

Wiener Stadtbibliothek

57291 F

Okt. 1965

Rathaus - Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TUR 309b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ



Freitag, 1. Oktober 1965

Blatt 2476

Donnerstag, den 7. Oktober:

Schulverkehrsgarten Prater wird eröffnet
=====

1. Oktober (RK) Am kommenden Donnerstag, dem 7. Oktober, um 10 Uhr wird Bürgermeister Bruno Marek den ersten Schulverkehrsgarten der Stadt Wien an der Prater Hauptallee seiner Bestimmung übergeben. Nach Eröffnungsansprachen des Bürgermeisters und des Stadtrates Heller wird Stadtschulratspräsident Nationalratsabgeordneter Dr. Neugebauer den Schulverkehrsgarten in die Verantwortlichkeit des Stadtschulrates übernehmen, der für den Betrieb der Anlage zuständig sein wird.

Außer der offiziellen Eröffnung gibt es an diesem Tag auch eine Premiere des Verkehrsgartens, dessen Verkehrszeichen, Kreuzungen, Ampelanlagen, Fußgänger- und Radwege in miniature nahezu alle Verkehrssituationen einer Großstadt repräsentieren. Zwei Wiener Schulklassen werden dabei die Rolle der Kraftfahrer und Passanten übernehmen. Den Kindern stehen nicht nur acht Tretautos und acht Fahrräder, sondern auch ein "richtiger" Polizist mit Pfeiferl und "Staberl" zur Verfügung. Die Polizeidirektion Wien hat nämlich zwei Beamte für den laufenden Dienst im Schulverkehrsgarten abkommandiert.

Im Wiener Stadtschulrat denkt man sich den Betrieb dieses ersten Wiener Schulverkehrsgarten so, daß an einem Vormittag vier Klassen zur gleichen Zeit in den Prater geführt werden. Zwei Gruppen beginnen mit einem Besuch des nahe gelegenen Planetariums und Pratermuseums, während die anderen beiden Klassen im Schulverkehrsgarten üben. Das geschieht so, daß eine Gruppe

./.

in dem zur Verfügung stehenden Schulungsraum an Hand von Bildtafeln, Diapositivbildern und Kurzfilmen theoretische Verkehrserziehung genießen, während die anderen sich ins Verkehrsgewühl stürzen. Nach etwa einer Stunde wird gewechselt.

Geehrte Redaktion!

Sie sind herzlich eingeladen, zu der Eröffnung des Schulverkehrsgartens 2, Prater Hauptallee, gegenüber der Vivariumstraße, am Donnerstag, dem 7. Oktober, um 10 Uhr, Berichterstatter und Fotoreporter zu entsenden.

- - -

Laxenburger Straße ist fertig
=====

1. Oktober (RK) Heute nachmittag wurden in der Laxenburger Straße die Sperren weggeräumt. In dem 300 Meter langen Bereich zwischen Landgutgasse und Gudrunstraße sind die Straßenbauarbeiten beendet worden, so daß die Laxenburger Straße wieder für den Verkehr frei ist.

Der Umbau dieses Straßenstückes stand im Zusammenhang mit dem Umbau des Matzleinsdorfer Platzes. Die Laxenburger Straße ist in ihrem neuen Teil erheblich verbreitert worden.

- - -

Rundfahrten "Neues Wien"
=====

1. Oktober (RK) Montag, den 4. Oktober, Route 2 mit drittem Zentralberufsschulgebäude, Theresienbad, Kennedy-Brücke, Einkaufszentrum Hietzing, Grünbergstraße, Schule Altmannsdorfer Straße, Industriegebiet Liesing, Unterführung Breitenfurter Straße und Straßenbrücke über die Südbahn sowie sonstigen städtischen Anlagen und Einrichtungen. Abfahrt vom Rathaus, 1, Lichtenfelsgasse 2, um 13.30 Uhr.

- - -

100 Jahre Wiener Straßenbahn
=====

1. Oktober (RK) Die Wiener Verkehrsbetriebe, die gerade in diesen Tagen wieder im Blickpunkt der Öffentlichkeit stehen, waren auch vor genau 100 Jahren Mittelpunkt des Interesses der Wiener; denn am 4. Oktober 1865 fuhr die erste Pferdebahnlinie vom Schottenring nach Hernalds. Damit gibt es seit 100 Jahren eine Straßenbahn in Wien. Die erste Straßenbahnlinie war 3,5 Kilometer lang und gehörte einem Genfer Bauunternehmen. Kurze Zeit später wurde die Wiener Tramway-Gesellschaft gegründet, mit der die Gemeinde Wien 1868 einen Vertrag über das zu erbauende Pferdebahnnetz festlegte. 1872 wurde der erste Versuch unternommen, anstelle von Pferden Dampf-lokomotiven zu verwenden. Die erste Elektrische fuhr in Wien auf der Strecke der heutigen Linie 5 im Jahr 1897.

Vortrag über 100 Jahre Wiener Straßenbahn

Heute abend, um 19 Uhr, hält in der Volkshochschule Wien-West, 6, Amerlingstraße 6, Hans Sternhart einen Vortrag über 100 Jahre Wiener Straßenbahn. In dem Vortrag wird die überaus interessante Geschichte der Wiener Straßenbahn von ihren ersten Anfängen als Pferdebahn über die Dampftromway und die Einführung des elektrischen Betriebs bis zu den modernen Großraumgelenktriebwagen unserer Tage geschildert.

Der Vortragende befaßt sich seit seiner Jugendzeit mit der Geschichte der österreichischen Eisenbahnen und Straßenbahnen und gilt als ausgezeichnete Kenner auf diesem Gebiete. Die gezeigten Bilder stammen aus seiner Privatsammlung.

- - -

Führungen im Historischen Museum der Stadt Wien

=====

Oktober 1965

1. Oktober (RK) Für geschlossene Gruppen können auch andere als die folgenden Termine vereinbart werden. Telefonische Anmeldung unter der Nummer 42 804/741, Klappe 46. Die Führungen sind kostenlos, es wird der normale Eintrittspreis eingehoben.

So 3. Oktober	9.30 bis 11 Uhr	Mittelalter und Neuzeit (Dr. Pötschner)
	11.00 bis 12 Uhr	Die Zivilstadt Vindobona (Dr. Neumann)
So 10. Oktober	9.30 bis 11 Uhr	19. und 20. Jahrhundert (Dr. Bisanz)
	11.00 bis 12 Uhr	Vindobona in der Antike (Dr. Neumann)
So 17. Oktober	9.30 bis 11 Uhr	Mittelalter und Neuzeit (Dr. Pötschner)
	11.00 bis 12 Uhr	Die urgeschichtliche Besiedlung des Wiener Raumes (Dr. Neumann)
So 24. Oktober	11.00 bis 12 Uhr	Die Frühzeit der römischen Besetzung im Wiener Stadtgebiet (Dr. Neumann)
So 31. Oktober	9.30 bis 11 Uhr	19. und 20. Jahrhundert (Dr. Bisanz)
	11.00 bis 12 Uhr	Das Stendlager Vindobona (Dr. Neumann)

- - -

Noch bis 15. Oktober:

Stadtforstamt kauft Kastanien!

=====

1. (ktober (RK) Bekanntlich hat diese Woche die Kastanien-sammelaktion des Wiener Stadtforstamtes begonnen. Bisher wurden 5.000 Kilogramm Kastanien bei der Sammelstelle abgeliefert. Aber das Stadtforstamt braucht noch viel mehr Kastanien für die Wildfütterung. Die "Madeln und Buam" haben deshalb noch bis einschließlich Freitag, den 15. Oktober, Gelegenheit, die so hübschen und nützlichen Früchte zum Preis von 45 Groschen je Kilogramm dem Stadtforstamt zu verkaufen.

Die Kastanien können am Lagerplatz der städtischen Praterverwaltung, 2, Zugang Ecke Laufbergergasse und Sportklubstraße an allen Werktagen außer Samstag von 8 bis 16 Uhr abgeliefert werden.

- - -

Neuer Fördertest in Ober-Laa

=====

1. Oktober (RK) Nachdem am Ufer des Liesingbaches in Ober-Laa bis in eine Tiefe von rund 390 Meter gebohrt wurde, wo man auf das Grundgestein stieß, will man nun endgültige Aufschlüsse über die Ergiebigkeit jener heißen Schwefelquelle erhalten, die aus einer Tiefe von 370 Meter zutage trat. Bei einem ersten Test, Ende August dieses Jahres, stellte man eine Quellschüttung von zehn Sekundenlitern fest, was einer Menge von etwa einer Million Liter pro Tag entspricht. Diese Ergiebigkeit liegt weit über der der Heilquellen von Deutsch-Altenburg, Tatzmannsdorf, Gleichenberg oder Bad Hall, allerdings unter jener von Baden, Gastein oder Schallerbach.

Da die Fachleute vermuteten, daß die Austrittsöffnung in der Höhe der Ton-Mergel-Schichte durch eingedrungenes Erdreich verengt gewesen sein könnte, hat man Schutzrohre eingeführt, die derartige Fehlerquellen ausschließen. Gestern wurden die Schutzrohre fertiggestellt und heute begann man mit einem neuerlichen Test über die zu erwartende Wassermenge. Der gegenwärtige Versuch hat aber bis jetzt keine Anzeichen dafür erbracht, daß die Quellschüttung wesentlich über jenen zehn Sekundenlitern liegt, die man schon Ende August festgestellt hat. Die Fachleute werden daher andere Möglichkeiten suchen, um das erreichbare Maximum von dem heißen, heilkräftigen Schwefelwasser heraufzubekommen.

- - -

Gesperrt bis 16 Uhr:

Verein für Kommunalwirtschaft tagt in Wien
=====

1. Oktober (RK) Heute nachmittag wurde im Stadtsenatsaal des Wiener Rathauses die Jahrestagung des Vereines für Kommunalwirtschaft Berlin eröffnet. Zu diesem Anlaß hielt Bürgermeister Bruno Marek eine Begrüßungsansprache, in der er ausführte:

"Kommunalpolitische Probleme stehen bei uns, angesichts der regen Anteilnahme der Bevölkerung und der Presse an diesen Themen fast jeden Tag zur Debatte. Es wäre daher an sich nichts Besonderes, daß in unserer Stadt, wie bei Ihrer Zusammenkunft, über Probleme des Finanzausgleichs zwischen Gemeinden, Ländern und Bund sowie über kommunale Freizeiteinrichtungen gesprochen wird. Daß es jedoch Berliner Kommunalpolitiker sind, die in Wien über diese Themen sprechen, ist einigermaßen ungewöhnlich und gibt dieser Tagung ihre besondere Note. Als Bürgermeister dieser Stadt freue ich mich herzlich, die Mitglieder des Vereines für Kommunalwirtschaft aus Berlin auf Wiener Boden begrüßen zu können. Die Wasser der Spree und der Donau fließen zwar in verschiedene Meere, aber die wirtschaftlichen, die sozialen und die menschlichen Probleme sind, wenn Sie mir das liebenswürdige Kennwort gestatten, in 'Spreeathen' die gleichen wie bei uns an der 'schönen blauen Donau'.

Die Mitglieder Ihrer Vereinigung treffen einander nicht zum ersten Mal in unserer Stadt. Ihre erste Tagung in Wien fand schon vor Jahrzehnten, im Jahre 1926 statt; ein weiteres Meeting wurde in Klagenfurt abgehalten. Zwei Persönlichkeiten danken wir es vor allem, daß diese Veranstaltungen zum Quellort fruchtbarer Auseinandersetzungen und zum Ausgangspunkt vieler neuer kommunalpolitischer Lösungen wurden: Ihrem Generalsekretär Stein, dessen Abwesenheit wir zutiefst bedauern, und unserem verewigten Vizebürgermeister Honay, der leider viel zu früh von uns gegangen ist. In Generalsekretär Stein personifiziert sich gleichsam die Berliner Kommunalgeschichte.

./.

Wir wünschen dem Erkrankten baldige Genesung und senden ihm aus Wien unsere herzlichsten Grüße.

Vizebürgermeister Honay hat als Sekretär und später als Geschäftsführender Obmann des Österreichischen Städtebundes für die Entwicklung der Kommunalpolitik ebenfalls Unvergeßliches geleistet.

Die Ereignisse des Jahres 1933 und der zweite Weltkrieg haben die zwischen unseren beiden Städten bestehenden kommunalpolitischen Bindungen zerrissen. Sie wurden jedoch nach dem Ende des Krieges alsbald neu geknüpft und auch durch Besuche unserer Delegierten bei Ihren Veranstaltungen und durch den Austausch von Publikationen weiter gefestigt. Mit besonderer Freude und Genugtuung stelle ich fest, daß Sie auch diesmal wieder einige Referenten aus Österreich eingeladen und damit Ihr unverändertes Interesse an unserer kommunalpolitischen Arbeit bekundet haben. Unsere Gemeindepolitiker werden die Gelegenheit nicht versäumen, sich über ihre Erfolge und Probleme ausführlich zu orientieren.

Wir Wiener haben niemals vergessen, daß die Berliner nicht bloß Ellenbogen besitzen; sondern auch unverfälschten und unverwüstlichen Humor - mag er auch etwas anders geartet sein als unserer - und gesunden Sinn für Realität, der sie auch in der Kommunalpolitik das rechte Maß finden läßt. Unsere beiden Städte haben der Welt schon mehrmals bewiesen, daß sowohl der Berliner als auch der Wiener nicht untergehen.

Mit diesem 'hoffnungsvollen Vermerk' - wie es bei dem an Spree und Donau gleichermaßen geschätzten Wilhelm Busch heißt - heiße ich Sie nochmals herzlich willkommen in Wien und wünsche Ihrer Tagung einen vollen Erfolg. Allerdings möchte ich an Sie appellieren, sich auch insofern dem genius loci anzupassen, daß Sie über Ihrer Arbeit nicht die angenehmen Seiten des Lebens vergessen mögen, für die Ihnen unsere Stadt offen steht."

Stadtrat Dr. Glück zur Besetzung der Primararztstellen
=====

1. Oktober (RK) Die "Rathaus-Korrespondenz" berichtete am 29. September über die Amtseinführung von drei neuen Primärärzten im Krankenhaus Floridsdorf, im Mautner Markhof'schen Kinderspital und im Krankenhaus Lainz. Zu den damals wiedergegebenen Ausführungen des städtischen Personalreferenten Stadtrat Bock übermittelt nun Gesundheitsstadtrat Dr. Glück der "Rathaus-Korrespondenz" folgende Stellungnahme:

"In seinen Erklärungen bei den Amtseinführungen der drei neuen Primärärzte stellte Stadtrat Bock fest, die Behauptung sei falsch, daß man keine Grundsätze bei der Bestellung von Primärärzten hätte und verweist darauf, daß sich der Landeshauptmann des Dreiervorschlages des Landessanitätsrates bediene. Er sagte dabei wörtlich: 'Der Beste wird ausgesucht.'

Dazu ist festzuhalten, daß beim Dreiervorschlag des Landessanitätsrates selbstverständlich der Bestqualifizierte 'primo loco', an erster Stelle, vorgeschlagen wird. Auch Landeshauptmann Jonas hat hierzu 1962 in einem Schreiben festgestellt: 'In der Regel übernimmt die städtische Personalverwaltung die Vorschläge des Landessanitätsrates und es kommt zur Bestellung des primo loco vorgeschlagenen Bewerbers'.

Der Landessanitätsrat, der nur aus Ärzten zusammengesetzt ist, dürfte nun als fachliches Gremium sicher am ehesten berufen sein, die Qualifikation eines Arztes für die Besetzung eines Primariates zu beurteilen. Der Amtsführende Stadtrat für das Gesundheitswesen hat deshalb stets die Pflicht vertreten, daß der vom Landessanitätsrat als erster gereichte Kandidat zu berücksichtigen ist. Er bedauere daher, daß die vom Landessanitätsrat vorgeschlagene Reihung und seine grundsätzliche Anerkennung dieser Reihung nicht konsequent berücksichtigt wird. Die Funktion des Landeshauptmannes erübrigt sich dadurch keineswegs, denn es kann für einen Politiker keine Schande sein, die Ratschläge eines qualifizierten Gremiums als verbindlich zu betrachten. Die Anspielung von Stadtrat Bock auf die Konvention der Menschenrechte geht vollkommen fehl. Wesentlich ist nicht, daß der Name des Kandidaten im Dreiervorschlag aufscheint, sondern daß er an erster Stelle gereicht ist. Und diese Reihung geschieht unabhängig von "Herkunft, Gesinnung, Rasse und Religion", sondern nach den "hervorragenden Qualitäten" des Kandidaten durch das unabhängige Gremium des Landessanitätsrates für Wien."

75. Geburtstag von Hermann Thimig

=====

1. Oktober (RK) Am 3. Oktober vollendet Kammerschauspieler Hermann Thimig das 75. Lebensjahr.

Er verbrachte die Kindheit in seiner Heimatstadt Wien und verspürte, da er wie alle seine Familienangehörigen Theaterblut hatte, bald den Drang zur Bühne. Zunächst spielte er drei Jahre hindurch in Meiningen. Bei einem Gastspielurlaub in Berlin traf er mit Max Reinhardt zusammen, spielte unter dessen Regie und ging mit ihm ans Theater in der Josefstadt nach Wien. 1934 wurde er ans Burgtheater berufen, wo er bis heute in bemerkenswerter Weise tätig ist. Seine Hauptstärke liegt in der Darstellung komischer Rollen des klassischen Lustspiels. Chlestakoff in Gogols "Revisor", Truffaldino in Goldonis "Diener zweier Herren" oder Argan in Molières "Der eingebildete Kranke" zählen zu seinen Glanzleistungen. Seine angenehme Baritonstimme befähigt ihn zur Mitwirkung in Operetten und Gesangspossen, so daß auch Figuren wie Eisenstein in der "Fledermaus" und verschiedene Gestalten in Stücken Nestroys, die gesangliches Können erfordern, von ihm erfolgreich verkörpert werden. Film, Rundfunk und Fernsehen haben ihn gleichfalls in der gesamten Bevölkerung populär gemacht. Hermann Thimig erhielt 1960 die Ehrenmedaille der Stadt Wien.

Bürgermeister Marek und Stadtrat Mandl haben dem Jubilar in herzlichen Worten gehaltene Glückwunschschriften übermittelt.

- - -

Die Begräbnisfeierlichkeiten für Gemeinderat Josef Bauer
=====

1. Oktober (RK) Die Begräbnisfeierlichkeiten für den verstorbenen Gemeinderat Josef Bauer finden am Mittwoch, dem 6. Oktober, um 15.30 Uhr im Südwest-Friedhof, 12, Hervicusgasse 44, statt.

Die Seelenmesse wird am Samstag, dem 9. Oktober, um 8 Uhr in der Schottenkirche gelesen.

- - -

Enge Zusammenarbeit deutscher und österreichischer Kommunalfachleute
=====

1. Oktober (RK) Bei der heutigen Eröffnung der Jahrestagung des Berliner Vereines für Kommunalwirtschaft im Stadtsenatssaal des Wiener Rathauses konnte der ehemalige Oberbürgermeister von Ludwigshafen Dr. Klüber, der Präsident dieser Vereinigung, Bürgermeister Marek, Vizebürgermeister Slavik, Stadtrat Dr. Prutscher und den Generalsekretär des Österreichischen Städtebundes, Bundesrat Otto Schweda, begrüßen. In seiner Eröffnungsansprache erinnerte Dr. Klüber an die jahrzehntelange enge Zusammenarbeit seines Vereines mit dem Österreichischen Städtebund. Der Verein für Kommunalwirtschaft Berlin, der bereits vor einigen Jahren sein 50jähriges Bestandsjubiläum gefeiert hat und damit sogar älter ist als der Österreichische Städtebund, hat bereits im Jahr 1918 ein Heft seines Verbandsorgans "Kommunalwirtschaft" Österreich gewidmet. 1926 fand bereits eine Jahrestagung der Vereinigung in Wien statt. Nach dem zweiten Weltkrieg war der Österreichische Städtebund nahezu bei jedem Vereins-Kongreß durch einen Vertreter repräsentiert. Der Verein für Kommunalwirtschaft wußte daher seine Dankbarkeit für diese gutnachbarlichen Beziehungen nicht besser zum Ausdruck zu bringen, als seine Jahrestagung heuer in dem gastlichen Wien abzuhalten. Präsident Dr. Klüber schloß mit dem Dank an die Stadt Wien, die der Veranstaltung einen würdigen Rahmen in den Räumen des Rathauses geboten hat und auch sonst größte Gastfreundschaft walten läßt.

Nach einer Begrüßungsansprache von Bürgermeister Marek ("Rathaus-Korrespondenz", Blatt 2482 und 2483) folgten zwei Referate über den Finanzausgleich in Deutschland und Osterreich, gehalten von Staatssekretär Dr. Heinke, Hannover, und Vizebürgermeister Slavik.

Am Abend gab Bürgermeister Marek zu Ehren des Vereines für Kommunalwirtschaft Berlin einen Empfang in den Wappensälen des Wiener Rathauses.

- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TUR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Samstag, 2. Oktober 1965

Blatt 2487

Die Radiorede des Bürgermeisters

=====

2. Oktober (RK) In der Sendereihe "Wiener Probleme" von Radio Wien diskutiert morgen Sonntag, den 3. Oktober (19.45 Uhr, Erstes Programm), Bürgermeister Bruno Marek mit Stadtbau-
direktor Dipl.-Ing. Dr. Koller und dem Leiter des Rundfunk-
ressorts "Politik und Wirtschaft", Dr. Wolfgang Gerle, über die
Verkehrsplanung der Gemeinde Wien.

- - -

Gesperret bis Sonntag, 3. Oktober, 20 Uhr!

Bürgermeister Bruno Marek:

Verkehrsplan für den Massenverkehr wird dem Gemeinderat vorgelegt

=====

Ein Rundfunkgespräch zwischen Bürgermeister und Stadtbaudirektor

2. Oktober (RK) In der Sendereihe "Wiener Probleme" von Radio Wien diskutierten am Sonntag, dem 3. Oktober, Bürger-
meister Bruno Marek und Stadtbaudirektor Dipl.-Ing. Dr. Rudolf
Koller mit dem Leiter des Rundfunkressorts "Politik und Wirt-
schaft", Dr. Wolfgang Gerle, über die Verkehrsplanung der Ge-
meinde Wien.

Dr. Gerle: Während der vergangenen Monate haben zahlreiche
Reisende Wien in ihr Urlaubsprogramm einbezogen. Ebenso wurden
viele internationale Kongresse in der Bundeshauptstadt abge-
halten und schließlich kamen auch viele Fachleute zu uns, um
Einrichtungen der Stadt Wien zu studieren und um mit den verant-
wortlichen Männern unseres Gemeinwesens Gedankenaustausch zu
pflegen. Herr Bürgermeister Marek, wenn ich recht orientiert

./.

bin, so kommen nicht nur Fachleute zu uns, sondern auch unsere Fachleute besuchen bedeutende Städte des Auslandes, um die dortigen Probleme zu studieren.

Bgm. Marek: Das ist richtig. Schon seit Jahren unternehmen die politischen Mandatäre sowie auch Beamte Informationsreisen ins Ausland und konnten dort zahlreiche Erfahrungen sammeln, die sich für unsere Stadtverwaltung als sehr günstig erwiesen. So entsandten wir zum Beispiel im letzten Jahr etwa 130 von den 730 Ingenieuren des Stadtbauamtes zu Tagungen und Studienreisen ins Ausland, und erst vor wenigen Tagen ist Herr Stadtbaudirektor Dipl.-Ing. Dr. Koller von einer Studienreise durch die Vereinigten Staaten zurückgekehrt. Ich habe ihn daher eingeladen, an unserem heutigen Gespräch teilzunehmen und uns etwas von seinen Eindrücken in den USA zu schildern. Bitte Herr Stadtbaudirektor.

Stadtbaudirektor Dipl.-Ing. Dr. Koller: Wir sind sehr froh, daß uns immer wieder Gelegenheit gegeben wird, die Probleme anderer Städte kennenzulernen und dabei Erfahrungen zu sammeln, die für unsere Arbeit in Wien von Nutzen sind. Ich möchte ausdrücklich feststellen, daß das unserer Arbeit sehr zugute kommt. Die Studienreise durch die Vereinigten Staaten konnte ich gemeinsam mit dem Amtsführenden Stadtrat für Öffentliche Einrichtungen Hubert Pfoch unternehmen; sie dauerte drei Wochen und hat uns von der Ostküste der USA bis an die Westküste und schließlich sogar nach Alaska im Norden geführt. Natürlich kann man die Verhältnisse im riesigen Amerika, das von rund 180 Millionen Menschen bewohnt wird, nicht mit den Verhältnissen im kleinen Österreich vergleichen. Aber dennoch konnten wir vor allem in den Städten Parallelen feststellen: In vielen amerikanischen Städten befaßt man sich mit ähnlichen Problemen wie bei uns in Wien. Ich möchte da vor allem die Wasserversorgung nennen.

Dr. Gerle: Vor wenigen Wochen konnte man in den Zeitungen lesen, daß New York unter großem Wassermangel leidet und selbst in den Restaurants Trinkwasser sozusagen Mangelware ist.

Dr. Koller: Ja, das habe ich selbst erlebt. Auf den Tischen in den Restaurants stehen gedruckte Kärtchen mit folgendem Text: 'In Zusammenarbeit mit dem Erhaltungsprogramm der Stadt New York wird Wasser nur über Verlangen serviert.'

Dr. Gerle: Ist das vielleicht schon die Vorstufe einer kommenden Trinkwasserrationierung?

Dr. Koller: Aber nein, das Kärtchen soll nur den Ernst der Situation in Erinnerung rufen und die New Yorker veranlassen, mit dem kostbaren Naß sparsam umzugehen. Ich muß sagen, die Amerikaner nehmen diesen Appell sehr ernst und sparen tatsächlich mit Wasser.

Bgm. Marek: Herr Stadtbaudirektor, Sie betonen das so bedeutungsvoll; nun, ich glaube, auch die Wiener nehmen das Wasserproblem sehr ernst und wann immer wir in den letzten Jahren an sie appellieren mußten, stets haben sie mitgeholfen, die Situation auf dem Trinkwassersektor zu erleichtern.

Dr. Koller: Wohl deshalb, Herr Bürgermeister, weil die Wiener wissen, wie schwierig es ist, eine Millionenstadt mit geschmacklich und hygienisch einwandfreiem Trinkwasser zu versorgen.

Dr. Gerle: Würden wir es so wie manche amerikanische Städte machen, die wegen des großen Wasserbedarfes bereits gezwungen sind, das Wasser schiffbarer Flüsse und Seen zu verwenden, so hätten wir es hier bei uns ein kleines bißchen leichter.

Dr. Koller: Gewiß, ein bißchen. Wenn ich aber etwa an Chicago denke, das vor kurzem ein neues Filtrierwerk in Betrieb genommen hat, das mehr als 2,7 Millionen Menschen mit Trinkwasser aus dem Michigansee versorgt und dessen Errichtung mehr als zwei Milliarden Schilling kostete, so erkennen Sie, daß auch die Entnahme von Trinkwasser aus Flüssen und Seen keineswegs so einfach ist, wie man vielleicht glauben möchte.

Bgm. Marek: Dieses Beispiel beweist wohl, daß man mit vollem Recht vom 'kostbaren Naß' sprechen kann. Besonders kostbar ist aber das Naß, das nicht durch chemische Aufbereitung aus sogenanntem Oberflächenwasser gewonnen werden muß, wie etwa in manchen Gegenden der USA, wo schon seit Jahren großer Trinkwassermangel herrscht. Wir sind sehr glücklich, daß wir noch heuer die Einleitung von Wasser aus den 'Sieben Quellen' bei Neuberg an der Mürz in die Erste Wiener Hochquellenwasserleitung in Angriff nehmen können.

Dr. Gerle: Und wann wird das Grundwasserwerk Lobau in Betrieb genommen, Herr Bürgermeister?

Bgm. Marek: Zu Beginn des nächsten Jahres. Und was den Ausbau unserer dritten Wasserleitung aus dem Raum Moosbrunn-Ebreichsdorf betrifft, so bemühen wir uns nach wie vor, mit dem Land Niederösterreich ins Reine zu kommen.

Dr. Gerle: Wo viel Wasser zugeleitet wird, fließt auch viel weg. Herr Stadtbaudirektor, wie löst man in den USA dieses Problem?

Dr. Koller: Die Städte an den Küsten haben es diesbezüglich leichter, sie können den in ihren großen Kläranlagen zurückbleibenden verfaulenden Klärschlamm nach seiner Ausfäulung entweder mit Schiffen oder über lange Rohrleitungen ins Meer bringen und dort versenken.

Dr. Gerle: Und die Städte im Landesinneren?

Dr. Koller: Da sie den Klärschlamm nicht auf einfache Weise wegführen können, bleibt ihnen nichts anderes übrig, als ihn zu verbrennen. Auch wir in Wien haben uns bei der Projektierung unserer Abwässeranlagen mit diesem Problem eingehend zu befassen.

Bgm. Marek: Ich möchte in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß sich der Wiener Gemeinderat im Februar dieses Jahres mit dem Problem der Abwässerreinigung für unsere Stadt befaßte und dem Stadtbauamt den Auftrag gegeben hat, die Planungsarbeiten so voranzutreiben, daß schon in den nächsten Jahren der Bau von Großkläranlagen vorgenommen werden kann.

Dr. Gerle: Die meisten Europäer denken, wenn von den Vereinigten Staaten die Rede ist, in erster Linie an Wolkenkratzer und an den beinahe unfaßbar dichten Straßenverkehr in den Städten.

Bgm. Marek: Ja, Herr Stadtbaudirektor, ein wesentlicher Programmpunkt Ihrer Amerikareise war doch, die dortigen Verkehrsprobleme zu studieren. Man wirft uns gelegentlich vor, die Stadt Wien tue zu wenig für den Verkehr und manches, was getan wurde, sei nur Stückwerk und unvollkommen. Welches Urteil haben Sie sich in den USA gebildet?

Dr. Koller: Die Vereinigten Staaten sind das Land, von dem die intensive Motorisierung ausgegangen ist, und zwar war das bald nach dem ersten Weltkrieg. In den seit damals vergangenen rund vier Jahrzehnten hat man großzügig für den Verkehr geplant und konnte dies auch, weil die USA ein sehr großes Land ist, in dem genügend Platz für Straßen und Verkehrsbauwerke ist. Dazu kommt noch, daß es in Amerika nicht so viele erhaltungswürdige historische

Städte und Dörfer gibt, die eine groß dimensionierte Verkehrsplanung nicht zulassen. So ist es also drüben möglich, Verkehrsbänder mit acht bis zwölf Fahrspuren in einer Breite von 60 bis 100 Metern und mehr, wenn man die erforderlichen Zu- und Abfahrten berücksichtigt, durch die Städte zu führen.

Dr. Gerle: Solche Straßen müssen ja immens viel Geld kosten.

Dr. Koller: Natürlich, und man hebt daher auch für die Benutzung von Autobahnen, Brücken und Unterführungen Mautgebühren ein. Daß in den Städten an manchen Stellen eine Parkgebühr bis zu vierzig Schilling pro Stunde eingehoben wird, möchte ich nur am Rande erwähnen, ebenso auch, daß es in manchen Städten Stadtviertel gibt, wo der Fußgänger praktisch von der Straße verschwunden ist und nur das Auto verkehrt, weil dort die Entfernungen für Fußgänger viel zu groß sind. Ich denke da vor allem an Los Angeles.

Bgm. Marek: Wie vorhin gesagt wurde, ist es in Europa wegen der vielen erhaltungswürdigen Bauwerke und Stadtviertel einfach nicht möglich, für den Individualverkehr Platz zu schaffen. Denken wir doch nur an die Innere Stadt von Wien. Um ein Ersticken der Stadt im Autoverkehr zu verhindern, müssen wir die Massenverkehrsmittel so ausbauen, daß sie die Wiener in kürzester Zeit in bequemen Fahrzeugen an ihr Ziel bringen können. Aus diesem Grund haben wir auch vor zwei Jahren begonnen, die Straßenbahnlinie 2 unter die Erde zu verlegen. Ebenso sind auch schon die Arbeiten für die unterirdische Führung einer großen Durchmesserlinie vom Süden zum Norden der Stadt im Gang, also von der Triester Straße durch die Wiedner Hauptstraße über Stephansplatz zum Praterstern.

Dr. Gerle: An diesen Arbeiten üben manche Publizisten heftige Kritik. Sie meinen, die Arbeiten würden ohne ein zusammenhängendes großes Konzept durchgeführt.

Bgm. Marek: Diese Behauptungen sind unrichtig. Der Wiener Gemeinderat hat Ende 1961 den Generalverkehrsplan für den Individualverkehr, also für den Kraftfahrzeugverkehr, beschlossen. Dieser Plan wurde damals allgemein begrüßt und die gesamte Straßenbautätigkeit in Wien wickelt sich seither im Rahmen dieses generellen Verkehrskonzeptes ab.

Dr. Gerle: Und welche Pläne wurden für den Massenverkehr erstellt?

Bgm. Marek: Um diesen Verkehrsplan zu erstellen, waren umfangreiche und intensive Vorstudien notwendig. Sie sind jetzt abgeschlossen, sodaß sich die Gemeinderätliche Stadtplanungskommission und der Wiener Gemeinderat bereits in den nächsten Monaten mit dem umfangreichen Plan für den Massenverkehr befassen können, welche das Wiener Stadtbauamt gemeinsam mit den Wiener Verkehrsbetrieben und in Abstimmung mit den Österreichischen Bundesbahnen ausgearbeitet hat.

Dr. Koller: Mit den Arbeiten an jenen Verkehrsbauwerken, die den Kern des vom Herrn Bürgermeister eben erwähnten Planes für den Massenverkehr bilden, wurde im Hinblick auf die Dringlichkeit der Lösung der Massenverkehrsprobleme, bereits begonnen.

Dr. Gerle: Ab wann wird die Linie 2 voraussichtlich unterirdisch verkehren?

Dr. Koller: Vermutlich ab Sommer nächsten Jahres. Wie Sie vielleicht wissen, ist eine Verlängerung des Bauwerkes in Richtung Secession, aber auch in Richtung Schottentor und Ringturmkreuzung vorgesehen. Ein weiterer Ausbau ist selbstverständlich möglich; Das trifft auch auf die vorhin beschriebene Nord-Süd-Verbindung zu.

Bgm. Marek: Für diese Verkehrslinien ist ein eigener Wagenpark vorgesehen. Die Fahrzeuge werden einen wesentlich größeren Fassungsraum haben als die heutigen Stadtbahnwagen oder die älteren Straßenbahngarnituren.

Dr. Gerle: Herr Bürgermeister, als man im Jahre 1961 den Generalverkehrsplan für den Individualverkehr beschloß, begann man mit der Ausarbeitung des Planes für den Massenverkehr, der demnächst in vollem Umfang dem Gemeinderat und damit der Öffentlichkeit vorgelegt wird. Man benötigte also für diesen Plan vier Jahre. Glauben Sie nicht, daß man zumindest Teile dieses Planes schon längst hätte veröffentlichen können, um die Bevölkerung über das, was die Gemeinde für sie schafft, zu informieren.

Bgm. Marek: Veröffentlichungen dieser Art führen erfahrungsgemäß zu Mißverständnissen und beeinträchtigen daher die weitere Planung. Ich glaube, die zuständigen Stellen, in erster Linie das Stadtbauamt, haben verantwortungsbewußt gehandelt, als sie,

./.

ohne sich beirren zu lassen, den Plan fertigstellten und nicht daran dachten, mit Teilen davon in die Öffentlichkeit zu gehen. Alle an diesem Werk Beteiligten genießen mein vollstes Vertrauen und ich konnte mich in den letzten Wochen mehrmals davon überzeugen, welche ausgezeichnete Arbeit sie geleistet haben, wofür ich ihnen herzlich danke. Ich möchte in diesem Zusammenhang aber auch allen Wienerinnen und Wienern dafür danken, daß sie für die unvermeidbaren Belästigungen bei der Durchführung der schwierigen Arbeiten an den großen städtischen Verkehrsbauwerken im allgemeinen so viel Verständnis aufbrachten. Ich bitte Sie, meine Damen und Herren, jedoch auch für die kommenden großen Bauarbeiten Verständnis zu haben, - und auch ein bißchen Geduld, wenn es nicht überall so rasch vorwärtsgeht, wie Sie und wir es uns wünschen. Bedenken Sie, daß wir das Verkehrswesen unserer Stadt auf jenen Stand bringen wollen und - falls sich unsere wirtschaftliche Lage nicht ungünstig entwickelt - auch bringen werden, der einer Millionenstadt entspricht. Und das erfordert eben Zeit, viel Zeit sogar.

- - -

Rundfahrten "Neues Wien"

=====

2. Oktober (RK) Dienstag, den 5. Oktober, Route 3 mit Albertina-Passage, Historischem Museum der Stadt Wien, Schweizer Garten mit Museum des 20. Jahrhunderts, Laaer Berg mit Aufforstung und Bad und Volkspark, Per. Albin Hansson-Siedlung, Schule Wienerfeld-West, Einfahrt der Südbahn, Sportanlage Nothnagelplatz und Volksheim Arthaberplatz sowie sonstige städtische Anlagen und Einrichtungen. Abfahrt vom Rathaus, 1, Lichtenfelsgasse 2, um 13.30 Uhr.

- - -

Zum Tag des Brotes:

Das Wiener Brot ist beste Qualität
=====

2. Oktober (RK) Anlässlich des Tag des Brotes, der am 4. Oktober begangen wird, übermittelte der Amtsführende Stadtrat für Wirtschaftsangelegenheiten Dr. Prutscher der "Rathaus-Korrespondenz" folgende Erklärung:

"Daß wir auch im heurigen Jahr einen 'Tag des Brotes' abhalten, und man kann schon sagen abhalten müssen, ist typisch für unsere Zeit. Wir haben erreicht, was in anderen Zeiten nur erträumt wurde. Wir müssen aber eigens propagieren, was in anderen Zeiten selbstverständlich war.

In der Zeit des Wohlstandes droht das Wissen um die besondere Bedeutung des Brotes in einem gesunden Ernährungshaushalt des Menschen immer mehr verloren zu gehen.

Die Fachleute weisen nach, daß Brot alle wichtigen Nährstoffe in der richtigen Menge enthält, wie der Mensch sie zur Erhaltung seiner Gesundheit braucht. Neben den wichtigen Kohlehydraten sind das lebensnotwendige Vitamine und Wirkstoffe. Wenn nun in Salzburg am 4. Oktober unter dem Ehrenschutz von Bundeskanzler Dr. Klaus, Erzbischof Dr. Rohrer, Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft Dr. Dipl.-Ing. Schleinzer, Landeshauptmann Dr. Lechner und Bürgermeister Kommerzialrat Alfred Bäck eine Festveranstaltung zum 'Tag des Brotes' abgehalten wird, die die Bedeutung des Brotes herausstellt, so fragt die Hausfrau als erstes auch nach der Qualität des Mehles, des Grundstoffes für die Broterzeugung. Die Qualität des Getreides schwankt naturgemäß von Ernte zu Ernte. Der österreichischen Mühlenwirtschaft ist es aber durch sorgfältige Verarbeitungsmethoden gelungen, diese Schwankungen in engsten Grenzen zu halten. Soweit die ungünstige Witterung dem Fleiß und der Mühe unserer Landwirtschaft entgegenwirkt, wird die Mehlsqualität durch Weizenimporte sichergestellt. Das Bäckergewerbe wieder unterhält ein eigenes Labor, um die Qualität seiner Erzeugnisse in guten Stand zu halten. Das Marktamt aber zieht in regelmäßigen Abständen Proben, und eine eigene Kommission überprüft an Hand dieser anonymen Proben, die nur Nummern tragen, ./.

die Qualität. Damit ist für die Wiener die Gewähr gegeben, daß sie ihr tägliches Brot in ständig gleichbleibender Qualität erhalten.

Die Wiener können also zum 'Tag des Brotes' die Überzeugung mitnehmen, daß dieses wichtige Lebensmittel im wahrsten und schönsten Sinne des Wortes von besten Kräften und nach besten Kräften erzeugt wird, und sie sollten deshalb an diesem Tag besonders an das 'tägliche Brot' denken."

Brot für die Wiener Bürgermeister

Kommenden Montag, den 4. Oktober, am "Tag des Brotes", wird eine Delegation der Bäckerinnung Bürgermeister Bruno Marek und die beiden Vizebürgermeister Slavik und Dr. Drimmel besuchen und ihnen Brot und Gebäck symbolisch überreichen.

- - -

Rathaus - Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Montag, 4. Oktober 1965

Blatt 2496

Am Samstag:

Eröffnung der städtischen Sportanlage Schwarzlackenu

4. Oktober (RK) Am kommenden Samstag, dem 9. Oktober, wird Kulturstadtrat Hans Mandl in Vertretung des Bürgermeisters um 14.30 Uhr die in knapp zweijähriger Bauzeit errichtete städtische Sportanlage in der Schwarzlackenu im 21. Bezirk (Christian Bucher-Gasse - Überfuhrstraße) eröffnen.

Die Sportanlage, deren Baukosten sich auf 5,545.000 Schilling belaufen, hat eine Gesamtfläche von 35.000 Quadratmeter und umfaßt ein Hauptspielfeld mit einer Laufbahn, einen Trainingsplatz, drei Tennisplätze, die im Winter als Eislaufplätze benützt werden, eine kombinierte Hoch- und Weitsprunganlage sowie ein großes Garderobenhaus. Die Anlage ist für eine Gesamtbesucherzahl von 3.000 Personen eingerichtet.

Geehrte Redaktion!

Sie sind herzlich eingeladen, Berichterstatter und Foto-reporter zur Eröffnung der Sportanlage zu entsenden. Termin: Samstag, 9. Oktober, 14.30 Uhr. Ort: 21, Schwarzlackenu, Christian Bucher-Gasse - Überfuhrstraße. Zufahrt: Straßenbahnlinie 132.

- - -

Ein Bürgermeister, ein Bär und viele Kinder
=====

4. Oktober (RK) Heute vormittag besuchte Bürgermeister Marek das Zentralkinderheim der Stadt Wien, 18, Bastiengasse, wo er von Primarius Dr. Jürgensen und der Heimleiterin Frau Direktor Zajicek empfangen wurde. Unmittelbarer Anlaß dieses Besuches war ein 30 Kilogramm schwerer Schokoladebär, den Bürgermeister Marek vor einigen Tagen als Gruß der Schweizer Regierungsstadt Bern erhalten hatte und den er den Kleinen des Zentralkinderheimes zum "Erlegen" überbringen wollte. Der Bürgermeister wurde von einer Gruppe Dreijähriger mit großem Hallo, einem Lied und einem Blumenstrauß begrüßt. Als er die nahrhafte "Jagd" auf den Schokoladebären freigab, der etwa die Größe der Kinder selber hatte, machten sich die Kleinen gleich ungeniert an die Arbeit. Unter dem Surren der Fernsehkameras wurde die Hellebarde, die das Berner Wappentier trug und die ebenfalls aus massiver Schokolade war, verspeist.

Im Anschluß an diese fröhliche Bärenjagd unternahm Bürgermeister Marek einen Rundgang durch das Kinderheim, das derzeit 480 Kinder beherbergt.

- - -

Rundfahrten "Neues Wien"
=====

4. Oktober (RK) Mittwoch, den 6. Oktober, Route 4 mit Verkehrsbeuwerk Schottentor mit Tiefgarage, Zentrale der Wasserwerke mit Vortrag über die Wasserversorgung Wiens, Ausbau des Mariahilfer Gürtels, Baustelle Matzleinsdorfer Gürtel, Krankenhaus Rudolfstiftung, Assanierung Alt-Erdberg, Ausgestaltung der Donaukanalufer und Verkehrszentrum Landstraße sowie sonstigen städtischen Anlagen und Einrichtungen. Abfahrt vom Rathaus, 1, Lichtenfelsgasse 2, um 13.30 Uhr.

- - -

Studenten, Spieler, Forscher und Pfleger
=====

Begrüßungen und Empfänge im Wiener Rathaus

4. Oktober (RK) Heute war wieder einmal "Empfangstag" für das Wiener Rathaus. Zu Mittag kamen amerikanische Studentinnen in den Steinernen Saal, kurze Zeit später wurden im Roten Salon Mitglieder des japanischen Go-Verbandes begrüßt und auf dem Kahlenberg gab es einen Empfang für die osteuropäischen Theaterforscher. Am Abend schließlich versammelte man sich neuerlich auf dem Kahlenberg anlässlich des Kongresses des Europarates über Schutz und Wiederbelebung historischer und künstlerischer Stätten.

Die erste Begrüßung absolvierte Stadtschulratspräsident Dr. Neugebauer, der 17 junge Studentinnen des Woman's College aus Denver, Colorado (USA) in Wien willkommen hieß. Zum drittenmal ist bereits ein Jahrgang dieses College in Wien, um ein akademisches Jahr hindurch in der österreichischen Bundeshauptstadt zu studieren. Die jungen Amerikanerinnen werden am Amerika Institut in Wien natürlich vor allem Deutsch lernen, dann aber auch europäische Geschichte und Kunstgeschichte studieren.

Dr. Neugebauer begrüßte die amerikanischen Gäste im Namen des Bürgermeisters und sagte, daß Wien eine Stadt sei, die am Rande der freien Welt liegt, wie wir heute sagen. Jenseits des Eisernen Vorhanges befindet sich eine Welt, die anders denkt als wir, aber dennoch hoffen wir, daß sich auch hier einmal die Tore auftun und Brücken geschlagen werden. Wir bemühen uns jedenfalls, unsere Jugend im Geiste des Friedens und der Verständigung zu erziehen. So hoffen wir, einen Beitrag zum Frieden in der Welt leisten zu können.

Im Namen der Studentinnen dankte Leah Zavin für die Begrüßung im Wiener Rathaus.

Den zweiten Empfang des heutigen Tages gab die Wiener Stadtverwaltung im Roten Salon des Rathauses. Hier begrüßte Kulturstadtrat Handl in Vertretung des Bürgermeisters eine Gruppe der besten japanischen Go-Spielerinnen und Go-Spieler, die in dem nach ihrer Gründerin benannten Masubuchi-Go-Verband zusammengeschlossen sind. Frau Tatsuko Masubuchi, ist die beste Go-Spielerin der Welt. Sie steht an der Spitze der Delegation, die eine Goodwill-Tour durch Europa unternimmt und sich gegenwärtig in Wien aufhält.

Stadtrat Mandl erinnerte an den Besuch der österreichischen Go-Spielermannschaft in den Jahren 1963 und 1964 in Japan. Die österreichischen Spieler hatten damals an internationalen Turnieren in Tokio teilgenommen und sich über ihre Japanreise begeistert geäußert. Im Namen dieser Mannschaft dankte Stadtrat Mandl den japanischen Go-Spielern für die herzliche Aufnahme in Tokio. Er wünschte den Gästen einen angenehmen Aufenthalt in Wien, bedauerte jedoch, daß dieser Aufenthalt mit zwei Tagen nur sehr kurz bemessen sei.

Frau Masubuchi dankte im Namen der Gäste für den Empfang und gab dabei ihrer Hoffnung Ausdruck, bald wieder nach Wien zu kommen, dann aber bestimmt für längere Zeit.

Ebenfalls Stadtrat Mandl begrüßte die osteuropäischen Theaterforscher auf dem Kahlenberg. Unter der Patronanz der Österreichischen Akademie der Wissenschaften veranstaltet das Institut für Theaterwissenschaft an der Wiener Universität vom 4. bis 7. Oktober eine Arbeitstagung osteuropäischer Theaterforscher, die sich zum erstenmal zu diesem Zweck in Wien versammeln. Die Jahrhundertelange Verbundenheit in der Theatergeschichte besonders der Donauländer aber auch der anderen osteuropäischen Gebiete soll bei diesem Kongreß erneuert und vertieft werden. Delegierte aus Bulgarien, der CSSR, Finnland, Jugoslawien, Polen, Rumänien und Ungarn sind zu dieser Tagung nach Wien gekommen.

Stadtrat Mandl sagte, es gibt so viele Fäden, die uns verbinden. Er betrachte daher die Delegierten aus Osteuropa nicht als Gäste sondern als Freunde, die zu uns gekommen sind. Wir sind sehr glücklich, von unserem Boden aus alle die alten Beziehungen wieder erneuern und fester anknüpfen zu können und wir bemühen uns aufrichtig um diese guten Beziehungen, die wir zu unseren Nachbarländern gehabt haben. So haben wir für die Wiener Festwochen 1967 den Donaauraum als Thematik ausgewählt. Die versammelten Wissenschaftler bat Stadtrat Mandl heute schon um ihre Mitwirkung bei diesen Festwochen.

Der Rektor der Akademie für darstellende Künste Prof. Kumbatović aus Laibach (Jugoslawien) verwies ebenfalls auf die alten Beziehungen zwischen Wien und den osteuropäischen Ländern und dankte für den freundlichen Empfang auf dem Kahlenberg.

Über den eingangs zitierten Empfang anlässlich des Kongresses des Europarates über Schutz und Wiederbelebung historischer und künstlerischer Stätten berichten wir in unserer morgigen Vormittagsausgabe.

- - -

Sitzungen von Wiener Bezirksvertretungen in dieser Woche
=====

4. Oktober (RK) In dieser Woche finden folgende Sitzungen von Wiener Bezirksvertretungen statt:

Dienstag, 5. Oktober:

18.30 Uhr, Hietzing, Hietzinger Kai 1, 2. Stock.

Donnerstag, 7. Oktober:

17.00 Uhr, Landstraße, Karl Borromäus-Platz 3, 1. Stock,

17.30 Uhr, Josefstadt, Schlosingerplatz 4.

- - -

Bürgermeister Marek zum "Tag des Brotes":

Ziel unseres Strebens: Brot und Arbeit
=====

4. Oktober (RK) Zum "Tag des Brotes", der heute begangen wird, fand sich im Wiener Rathaus eine Delegation der Wiener Bäckerinnung ein, die von Innungsmeister Fritz Klima und seinem Stellvertreter, Kommerzialrat Gemeinderat Karl Haag, geführt wurde. In strahlendes Weiß gekleidete Bäckergesellen überreichten Bürgermeister Bruno Marek im Beisein von Vizebürgermeister Felix Slavik und Stadtrat Dr. Pius Prutscher einen Korb mit den klassischen Erzeugnissen des traditionsreichen Wiener Bäckergewerbes.

In seiner Ansprache sagte Bürgermeister Marek, daß das Brot dem Menschen seit Jahrtausenden ein Sinnbild aller lebensspendenden Kräfte der Erde sei. Der Kampf um das tägliche Brot zieht sich ebenso durch die Weltgeschichte wie die Bitte "Unser täglich Brot gib uns heute" in dem weltumspannenden Gebet der Christenheit. In unseren Tagen ist das Brot als Grundnahrungsmittel etwas in den Hintergrund getreten. Obwohl wir stolz sind auf den von uns erarbeiteten Wohlstand, bedauern alle ernst denkenden Menschen doch manche Begleiterscheinungen der Hochkonjunktur, wie vor allem die, daß das Brot mitunter nicht mehr die Achtung genießt, die ihm zukommt.

Vor allem aber können wir unseren Zeitgenossen nicht oft und eindrücklich genug sagen, daß heute noch ein großer Teil der Menschheit nach Brot hungert. Die Welt bedarf heute mehr denn je der Gesinnung, der es heilige Verpflichtung ist, Brot und Arbeit für alle Menschen zu schaffen. Der Vers, den wir einst sangen, gilt heute noch im Hinblick auf weite Teile der Welt:

"Was wir erhoffen von der Zukunft Fernen:

Daß Brot und Arbeit uns gerüstet stehen,

Daß unsere Kinder in den Schulen lernen,

Und unsere Greise nicht mehr betteln gehen."

Im Namen des Wiener Bäckergewerbes dankten Innungsmeister Klima und Gemeinderat Haag.

"Familienfeste" im Wiener Rathaus
=====161 Ehejubiläen werden im Stadtsenatssaal gefeiert

4. Oktober (RK) Heute nachmittag fand die erste von drei Feierstunden statt, die heute, morgen und übermorgen im Stadtsenatssaal des Wiener Rathauses begangen werden. In ihrem Mittelpunkt stehen 161 Ehepaare, die 50, 60 und 65 Jahre gemeinsam durchs Leben gehen. 145 davon feiern die Goldene und 15 die Diamantene Hochzeit. Am Mittwoch werden außerdem Franz und Maria Zilka aus Floridsdorf erwartet, die in diesen Tagen das Fest der Eisernen Hochzeit begehen können.

Nachdem die Kapelle Prof. Falzl die Jubelpaare, die vielfach in Begleitung ihrer Kinder, Enkel und Urenkel erschienen waren, mit wienerischen Weisen unterhalten hatte, begrüßte Bürgermeister Marek im Beisein von Magistratsdirektor Dr. Ertl sowie der Bezirksvorsteher und deren Stellvertreter die Gäste. Er bezeichnete die Feierstunde als das alljährlich wiederkehrende Familienfest im Wiener Rathaus, das für die Jubilare sicher Anlaß zu besinnlichem Rückblick ist. Gern spreche man von der guten alten Zeit, die vielfach durch eine rosarote Brille gesehen werde. Bürgermeister Marek zitierte ein von Elfriede Ott gesungenes Chanson, in dem dargestellt wird, wie jede Generation immer wieder der sogenannten guten alten Zeit nachtrauert. Eine ehrliche Besinnung wird jedoch zu dem Resultat kommen, daß die alten Zeiten nicht immer auch die besseren Zeiten waren. Besonders die Mütter werden sich an all die Lebenslasten erinnern, die ihnen Kriege, Wirtschaftskrisen und Sorgen mit ihren Kindern auferlegt haben. Daß heute so viele Ehepaare die Goldene, Diamantene oder Eiserne Hochzeit feiern können, ist ein Erfolg der Sozialpolitik, die den Menschen vor Ausbeutung schützt, sowie der medizinischen Wissenschaft.

Abschließend richtete Bürgermeister Marek einen Appell an die anwesenden Vertreter der jungen Generation, die Achtung und Ehrerbietung vor den Älteren nicht zu vergessen, die 50 und mehr Jahre miteinander durchs Leben gehen und auf ein erfülltes Dasein zurückblicken. Ihnen wünschte der Bürgermeister einen geruhsamen Lebensabend in voller Gesundheit.

- - -

Rinderhauptmarkt vom 4. Oktober

=====

4. Oktober (RK) Unverkauft von der Vorwoche: O. Neuzuführen Inland: 105 Ochsen, 305 Stiere, 592 Kühe, 132 Kalbinnen, Summe 1.134, Ungarn: 21 Kühe. Gesamtauftrieb: 105 Ochsen, 305 Stiere, 613 Kühe, 132 Kalbinnen, Summe 1.155. Verkauft wurden: 105 Ochsen, 289 Stiere, 610 Kühe, 132 Kalbinnen, Summe 1.136. Unverkauft blieben: 16 Stiere, 3 Kühe, Summe 19.

Preise: Ochsen 14.50 bis 17.50 S, extrem 17.80 bis 18 S (5 Stück), Stiere 14 bis 16.90 S, extrem 17 S (5 Stück), Kühe 10 bis 14 S, extrem 14.30 bis 15 S (6 Stück), Kalbinnen 14 bis 17 S, extrem 17.20 bis 17.50 S (2 Stück); Beinlvieh Kühe 8 bis 9.70 S, Ochsen und Kalbinnen 11 bis 13.70 S.

Ungarische Kühe notierten 13.70 bis 14.60 S.

Der Durchschnittspreis ermäßigte sich bei Ochsen um 43 Groschen und erhöhte sich bei Stieren um zwei Groschen, bei Kühen um 17 Groschen und bei Kalbinnen um 17 Groschen je Kilogramm. Die Durchschnittspreise für inländische Rinder einschließlich Beinlvieh betragen für: Ochsen 15.67 S, Stiere 15.60 S, Kühe 11.28 S, Kalbinnen 15.43 S; Beinlvieh notierte unverändert. Der Durchschnittspreis für ungarische Kühe beträgt 14.30 S (Vorwoche 14.16 S = + 14 Groschen je Kilogramm).

- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT. DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Dienstag, 5. Oktober 1965

Blatt 2504

GR. Dr. Maria Schaumayer zum Stadtrat für die Städtischen Unter-
=====
nehmungen vorgeschlagen
=====

5. Oktober (RK) Gestern abend fand eine Sitzung der Landesparteileitung der Wiener ÖVP statt, bei der - wie die "Rathaus-Korrespondenz" erfährt - als Nachfolger für den kürzlich verstorbenen Stadtrat für die Städtischen Unternehmen Dr. Hans Wollinger die gegenwärtig mit der Leitung dieser Geschäftsgruppe beauftragte Gemeinderätin Dkfm. Dr. Maria Schaumayer nominiert wurde. Bei der nächsten Sitzung des Wiener Gemeinderates, die am 29. Oktober stattfindet, wird auf Vorschlag der ÖVP die Wahl der neuen Amtsführenden Stadträtin vorgenommen werden.

Die Stadtratskandidatin

Dkfm. Dr. Maria Schaumayer wurde am 7. Oktober 1931 in Graz geboren. Sie besuchte das Realgymnasium in Fürstenfeld und bestand 1949 die Matura mit Auszeichnung. Anschließend studierte sie bis 1952 an der Hochschule für Welthandel in Wien und legte sämtliche Staatsprüfungen mit Auszeichnung ab. Dr. Schaumayer beherrscht außer ihrer Muttersprache Englisch, Französisch und Spanisch. Am 8. November 1952 wurde sie zum Diplomkaufmann graduiert, bis 1954 studierte sie an der juristischen Fakultät der Universität Innsbruck mit besonderer Berücksichtigung von Verfassungs- und Verwaltungsrecht. Am 29. Mai 1954 erfolgte die Promovierung zum Doktor rer. oec.

Dr. Schaumayer trat dann bei der Credit-Anstalt ein, wo sie im Exportgeschäft tätig war. Seit 1957 war sie auch Betriebsrat und Leitungsmitglied der Betriebsgruppe des ÖAAB.

./.

Am 25. Oktober 1964 wurde Dr. Maria Schaumayer vom 19. Bezirk in den Wiener Gemeinderat gewählt. Seit 11. Dezember des gleichen Jahres gehört sie dem Gemeinderatsausschuß für die Städtischen Unternehmungen an. Sie war auch bis 25. Juni 1965 Schriftführerin des Gemeinderates und bis zu diesem Datum auch im Ausschuß für Wohlfahrtswesen tätig.

Am 2. Juni 1965 wurde Dr. Maria Schaumayer vom Bürgermeister mit der Vertretung des erkrankten Amtsführenden Stadtrates der Geschäftsgruppe XII Dr. Hans Wollinger betraut. Seither und auch nach dem Tod von Dr. Wollinger führt sie die Städtischen Unternehmungen.

- - -

Rundfahrten "Neues Wien"

=====

5. Oktober (RK) Donnerstag, den 7. Oktober, Route 5 mit Planetarium, Hauptfeuerwache Leopoldstadt, Wohnhausanlage Vorgartenstraße mit Kindergarten und Markt, Marshallhof mit Kindergarten und Volksheim, Montagebaufabrik und Neubaugebiet Kagran, Pensionistenheim "Sonnenhof", Donaupark mit Donauturm, Nordeinfahrt, Nordbrücke und Gürtelbrücke sowie sonstigen städtischen Anlagen und Einrichtungen. Abfahrt vom Rathaus, 1, Lichtenfelsgasse 2, um 13.30 Uhr.

- - -

Theodor Scheimpflug zum Gedenken

=====

5. Oktober (RK) Auf den 7. Oktober fällt der 100. Geburtstag des Erfinders der Aerophotogrammetrie Theodor Scheimpflug.

Er war ein gebürtiger Wiener, absolvierte die Marineakademie in Fiume und wurde Schiffsoffizier. 1896 erwirkte er einen längeren Urlaub und studierte an der Technischen Hochschule in Wien Maschinenbau. Schon damals arbeitete er am Aufbau des neuen Wissenszweiges der Photogrammetrie. Diese Entwicklung wurde entscheidend durch seine Idee beeinflusst, die Aufnahmen nicht von einem Punkt der Erde aus, sondern aus der Luft und mit Hilfe des Lichtes, wodurch die Schichtenlinien erkennbar werden, durchzuführen. Da die Luftfahrt um die Jahrhundertwende noch in ihren Anfängen stand und photogrammetrische Aufnahmen nur vom Ballon aus zu machen waren, unternahm Scheimpflug viele solcher Flüge. Die Photogrammetrie benützt die Photographie als Landkarte. Für Aufnahmen aus der Luft sind besondere Apparate erforderlich.

Scheimpflug konstruierte eine Panoramakamera und mehrere andere Apparate, durch welche die Schrägaufnahmen in die rechte Perspektive gebracht werden können. 1909 konstruierte er gemeinsam mit G. Kammerer einen Universaltransformator, an dem erstmalig die sogenannte Abstandssteuerung mit Hilfe eines "Inversors" zur Anwendung kam. Insgesamt hat Scheimpflug 25 Patente erworben und sich mit seinen Instrumenten an zahlreichen internationalen Ausstellungen beteiligt. Seine von ihm auf photographischem Weg ausgearbeiteten Landkarten wurden schon damals sehr bewundert. Leider war es ihm selbst nicht vergönnt, die Früchte seiner genialen Ideen und Konstruktionen zu verwerten. Er hatte sich in den Tropen eine schwere Krankheit zugezogen, der er am 22. August 1911 erlag. Die Gemeinde Wien hat ihn im Jahre 1914 durch die Benennung einer Gasse im 19. Bezirk geehrt.

- - -

Fritz Hasenöhrl zum Gedenken

=====

5. Oktober (RK) Auf den 7. Oktober fällt der 50. Todestag des Physikers Univ.-Prof. Dr. Fritz Hasenöhrl.

Er wurde am 30. November 1874 in Wien geboren, wo er die Fachstudien absolvierte. Nach deren Abschluß arbeitete er am Kälte-Laboratorium in Leyden und wandte sich ganz der theoretischen Physik zu. 1899 erfolgte seine Habilitierung an der Wiener Universität. Sein hauptsächliches Forschungsgebiet war vor allem die Thermodynamik. 1905 erhielt er für seine berühmt gewordene Untersuchung "Zur Theorie der Strahlung bewegter Körper" den Haitinger-Preis der Akademie der Wissenschaften. Von 1905 bis 1907 wirkte Hasenöhrl an der Wiener Technischen Hochschule. Anschließend übernahm er als Nachfolger Ludwig Boltzmanns dessen Lehrstuhl an der Universität und wurde damit auch Vorstand des Instituts für theoretische Physik. Als der erste Weltkrieg ausbrach, meldete er sich freiwillig und diente an der russischen Front als Automobilist und als Flieger. Später ließ er sich als Infanterist an die italienische Front versetzen und fiel an der Spitze seiner Kompanie bei den Kämpfen in Südtirol. Im Dezember 1922 wurde im Arkadenhof der Wiener Universität eine Gedenktafel für ihn enthüllt.

- - -

Empfang für den Denkmalpfleger-Kongreß
=====

5. Oktober (RK) Gestern wurde im Palais Schwarzenberg der Kongreß des Europarates über den Schutz und die Wiederbelebung historischer und künstlerischer Stätten eröffnet, der bis 8. Oktober dauern wird. Der Kongreß hat sich die Aufgabe gesetzt, die Bestrebungen zu fördern, unser kulturelles Erbe - Denkmäler und Monumente - nicht nur in musealer Weise zu bewahren, sondern in das moderne Leben einzugliedern.

Die Stadt Wien gab am Abend des Kongreß-Eröffnungstages auf dem Kahlenberg einen Empfang, wo Stadtrat Bock im Namen des Bürgermeisters die Delegierten begrüßte. Auch Beudirektor Dipl.-Ing. Dr. Koller nahm an dem Empfang teil. Die Stadt Wien, so betonte der Stadtrat, sei an den Problemen, die bei dem Kongreß diskutiert werden, sehr stark interessiert. Er sei auf diesem Gebiet fachlich nicht zuständig, wolle jedoch seine persönliche Meinung zum Ausdruck bringen. Er glaube, daß der Begriff Denkmalpflege immer mehr in das Bewußtsein unserer Bevölkerung dringt. Man erkennt, daß Denkmalpflege sehr wichtig ist. Wir sind aber leider nicht so weit, daß man erkannt hat, wieviel Geld man für diese Arbeiten braucht.

Den Beratungen des Kongresses wünschte der Stadtrat einen guten Erfolg und ersuchte die Kongreßteilnehmer, nicht nur die historischen Stätten Wiens zu besuchen, sondern ein bißchen auch das Neue Wien, dessen beste Bauwerke vielleicht in einigen 100 Jahren zu den denkmalgeschützten Stätten gehören werden.

Im Namen der Gäste sprach der Präsident des Kongresses, H. J. Reinink (Holland), der für den Empfang dankte. Wir lieben Ihre Stadt, sagte er, weil es hier Erinnerungen gibt, die uns Freude machen. Wir bewundern das moderne Wien, aber in unseren Herzen haben wir das alte Wien, haben wir die alte Stadt, die wir lieben.

Wien-Sendung hilft Oberdrauburg

=====

5. Oktober (RK) Die von der Stadt Wien und der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien gemeinsam gestaltete Sendereihe "Wien hat immer Saison", die jeden Donnerstag von 17 bis 18 Uhr als Live-Sendung aus dem AEZ ausgestrahlt wird, hat eine Aktion zugunsten der schwer hochwassergeschädigten Marktgemeinde Oberdrauburg in Kärnten gestartet. Dem Gedanken, von seiten der Hörergemeinde der beliebten Wien-Sendung eine Art "Patenschaft" über eine von Unwetterkatastrophen heimgesuchte Gemeinde zu übernehmen, liegt die Absicht zugrunde, die einzelmenschlichen Aspekte der Hochwassermisere in Erinnerung zu bringen. Keineswegs soll damit der Hochwasser-Hilfsaktion der Bundesregierung Konkurrenz gemacht werden, was aus dem Verlauf der Sendereihe deutlich werden wird.

Kommenden Donnerstag, den 7. Oktober, wird in der Sendung "Wien hat immer Saison" der Bürgermeister von Oberdrauburg, Josef Rohrachner, vor das Mikrophon kommen und in einem Zwiegespräch mit Sprecher Walter Niesner über den Verlauf der Flutkatastrophe in seiner Gemeinde erzählen.

Die Spendenkonten für die "Aktion Oberdrauburg" lauten:
Postscheckkonto 88.062, Kennwort "Hochwasserhilfe Oberdrauburg",
oder Zentralsparkassen-Konto 9,706.700.

Geehrte Redaktion!

Sie sind herzlich eingeladen, zu der Sendung "Wien hat immer Saison" am Donnerstag, dem 7. Oktober, 17 Uhr, im Rundfunksaal des AEZ, Berichterstatter und Fotoreporter zu entsenden. Eintritt mit Presseausweis, Fressetische sind reserviert.

- - -

Angelobung und Verabschiedung städtischer Bediensteter
=====

5. Oktober (RK) Heute früh fand im Stadtsenatssaal des Rathauses die feierliche Angelobung von 208 neu in den Dienst der Stadt Wien aufgenommenen Bediensteten statt. Die neuen Bediensteten - 162 Frauen und 46 Männer - leisteten Bürgermeister Marek in Anwesenheit von Vizebürgermeister Dr. Drimmel, der Stadträte Bock und Pfösch, des "designierten" Stadtrates für die Städtischen Unternehmungen, Gemeinderat Dr. Maria Schaumayer, sowie von Magistratsdirektor Dr. Ertl mit Handschlag das Gelöbnis.

Kurz danach fand die feierliche Verabschiedung von 219 Gemeindebediensteten - 34 Frauen und 185 Männern - statt, die in der letzten Zeit in den Ruhestand getreten sind. Dieser Feier wohnten ebenfalls Bürgermeister Marek, Stadtrat Bock und Magistratsdirektor Dr. Ertl bei.

- - -

Studienreise deutscher katholischer Jugendlicher nach Wien
=====

5. Oktober (RK) Im Steinernen Saal des Wiener Rathauses begrüßte heute vormittag Stadtschulratspräsident Dr. Neugebauer im Namen des Bürgermeisters eine Gruppe von 50 Mitgliedern des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend aus der Stadt Viernheim. Die Gruppe hält sich gegenwärtig zu einer zehntägigen Studienreise in Wien auf.

Der Stadtschulratspräsident gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß die Gruppe Wien als Ziel ihrer Studienfahrt gewählt hat. Nach einem kurzen Abriß der Geschichte Österreichs und seiner Hauptstadt sagte Präsident Dr. Neugebauer, daß es Aufgabe der Jugendorganisationen sei, nicht nur die Gemeinschaft zu pflegen, sondern die Jugendlichen auch "innerlich in Ordnung zu bringen", für sie also gleichsam eine innere Rangordnung der Werte zu schaffen. Denn erst dann ist man nach einem Wort des Philosophen Jaspers ein wirklich selbständiger und von allen äußeren Einflüssen unabhängiger Mensch.

Der Leiter der Jugendgruppe, Hans Laist, dankte im Namen der Gäste für den Empfang im Rathaus und überbrachte die Grüße des Bürgermeisters der 25.000 Einwohner-Stadt Viernheim, die zwischen Mannheim und Heidelberg liegt. Zur Erinnerung an unsere Stadt wurden den Gästen sodann Wien-Broschüren überreicht. Anschließend nahmen sie an einer Führung durch das Rathaus teil.

- - -

Personalmeldungen

=====

5. Oktober (RK) Auf Antrag des städtischen Personalreferenten Stadtrat Hans Bock hat heute der Wiener Stadtsenat dem Oberstadtbaurat Dipl.-Ing. Dr. Rudolf Kalina anlässlich seiner Versetzung in den Ruhestand den Titel Senatsrat verliehen. Dem Oberamtsrat Dr. Wilhelm Cejka und dem Amtsrat Friedrich Feilhuber wurde aus dem gleichen Anlaß Dank und Anerkennung ausgesprochen.

- - -

20.000 Schilling für die Gesellschaft der Filmfreunde

=====

5. Oktober (RK) Auf Antrag von Landeshauptmann-Stellvertreter Mandl hat heute die Wiener Landesregierung der Gesellschaft der Filmfreunde Österreichs einen Förderungsbeitrag von 20.000 Schilling zugesprochen. Die Subvention erhält die Gesellschaft für ihre Tätigkeit im Dienste des guten Films. Sie veranstaltet regelmäßig im Kinosaal der Albertina Filmabende und ist auch schon bisher von der Stadt Wien gefördert worden.

- - -

Zahlreiche Prominenz beim Österreichischen Städtetag

=====

5. Oktober (RK) Zum Österreichischen Städtetag 1965, der am Donnerstag beginnt und bis 9. Oktober dauert, haben neben rund 600 Bürgermeistern und Gemeindevertretern aus allen österreichischen Bundesländern auch zahlreiche ausländische Delegationen ihr Erscheinen zugesagt und damit ihr großes Interesse für diese Veranstaltung bekundet. Durch die Anwesenheit der Präsidenten der internationalen Kommunalverbände, Minister Antoine Spinoy (Belgien, für den Internationalen Gemeindeverband) und Staatssekretär Dr. Henry Cravatte (Luxemburg, für den Rat der Gemeinden Europas) sowie der Präsidenten und Generalsekretäre einer Reihe nationaler Kommunalverbände wird Wien in diesen Tagen das Zentrum der europäischen Kommunalpolitik sein.

Bekanntlich findet am 7. Oktober im Theater an der Wien anlässlich des 50jährigen Bestandes des Österreichischen Städtebundes ein Festakt statt, in dessen Rahmen der frühere Obmann des Österreichischen Städtebundes, Bundespräsident Jonas, Bundeskanzler Dr. Klaus sowie Vizebürgermeister Slavik das Wort ergreifen werden. Weiter werden Präsident Spinoy und Präsident Dr. Cravatte im Namen ihrer Verbände an die Festversammlung Grußworte richten. Die Festansprache wird das Ehrenmitglied des Österreichischen Städtebundes, Bürgermeister a.D. Dr. Koref, halten. Dem Festakt werden zahlreiche prominente Persönlichkeiten aus Politik und Wissenschaft, aus dem Rechtsleben und der Wirtschaft beiwohnen.

Die Arbeitstagung wird am 8. Oktober im Festsaal des Wiener Rathauses mit Referaten von Bürgermeister Aigner, Linz, über "Kommunalpolitik 1945 - 1965 - 1985", Außenminister Dr. Kreisky über "Strukturfragen der österreichischen Wirtschaft im Lichte der europäischen Integration" und Bürgermeister DDr. Lugger, Innsbruck, über "Föderalismus in einem kleinen Land - Möglichkeiten und Grenzen" eingeleitet.

5. Oktober 1965

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 2514

Am 9. Oktober stehen ein Bericht des Generalsekretärs des Österreichischen Städtebundes, Bundesrat Schweda, über die Arbeit des Österreichischen Städtebundes sowie die in den Statuten vorgesehenen Organisationsberichte und Wahlen auf dem Programm. Abschließend wird Nationalratspräsident Dr. Maleta zum Thema "Unsere Republik und ihre Volksverbundenheit" sprechen.

- - -

Schweinehauptmarkt vom 5. Oktober

==== =====

5. Oktober (RK) Unverkauft vom Vormarkt: 0. Neuzufuhren Inland: 5.259. Polen 1.687, Bulgarien 250, Ungarn 1.470, Dänemark 397. Gesamtauftrieb: 9.063. Verkauft wurde alles.

Auslandsschlachthof: Aus dem Inland aufgetrieben und verkauft 107 Stück Schweine zu 12.50 bis 15.70 S.

Preise: Extremware 16 bis 16.30 S, 1. Qualität 15.60 bis 16 S, 2. Qualität 15 bis 15.50 S, 3. Qualität 14.50 bis 15 S, Zuchten extrem 13 S, Zuchten 12 bis 12.80 S; Altschneider 10.50 bis 11 S. Ausländische Schweine notierten: Polen (13.50 S) 14.10 bis 15.30 S, Bulgarien 14 bis 14.20 S, Ungarn (13.50 S) 14 bis 15 S, Dänemark 14.50 bis 15.20 S.

Der Durchschnittspreis für inländische Schweine erhöhte sich um 35 Groschen je Kilogramm und beträgt nunmehr 15.28 S.

Der Durchschnittspreis für ausländische Schweine erhöhte sich bei: bulgarischen Schweinen um 13 Groschen und beträgt nunmehr 14.06 S, dänischen Schweinen um 12 Groschen und beträgt nunmehr 14.90 S, polnischen Schweinen um 9 Groschen und beträgt nun 14.53 S, ungarischen Schweinen um 17 Groschen und beträgt nunmehr 14.39 S je Kilogramm. Der Gesamtdurchschnittspreis für ausländische Schweine erhöhte sich um acht Groschen und beträgt nunmehr 14.48 S je Kilogramm.

- - -

Pferdehauptmarkt vom 5. Oktober

==== =====

5. Oktober (RK) Aufgetrieben wurden 66 Stück, hievon 17 Fohlen. Verkauft wurden als Schlachttiere 49 Stück, als Nutztiere 10 Stück, unverkauft blieben 7 Stück.

Herkunft der Tiere: Wien 1, Niederösterreich 25, Oberösterreich 6, Burgenland 13, Steiermark 20.

Preise: Schlachttiere Fohlen 13 bis 13.50 S, Pferde extrem 10 bis 10.80 S, 1. Qualität 9 bis 9.30 S, 2. Qualität 7.50 bis 8.70 S, 3. Qualität 6 bis 7 S, Nutztiere Fohlen 12.80 S, Pferde 7 bis 11 S. Auslandsschlachthof: 33 Stück aus der UdSSR 8 bis 11.20 S. Der Durchschnittspreis ermäßigte sich für inländische Schlachtpferde um 63 Groschen und für inländische Schlachtfohlen um 7 Groschen je Kilogramm. Der Durchschnittspreis für Schlachtpferde beträgt 8.19 S, für Schlachtfohlen 14.60 S, Schlacht- und Nutzpferde 8.31 S, Pferde und Fohlen 9.58 S.

- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Mittwoch, 6. Oktober 1965

Blatt 2516

Gleichenfeier für "Wohnbezirk" des neuen "Allgemeinen"

6. Oktober (RK) Am Montag, dem 11. Oktober, findet um 16 Uhr die Dachgleichenfeier für die im Rohbau fertiggestellten beiden Personalwohnhäuser und das Schwesterninternat des neuen Allgemeinen Krankenhauses statt. Die geladenen Gäste versammeln sich im Erdgeschoß der Schwesternschule. Die beiden Vorsitzenden des Spitzenausschusses, der Bundesminister für Unterricht Dr. Piffl-Perčević und der Wiener Landeshauptmann und Bürgermeister Marek, werden zu diesem Anlaß das Wort ergreifen. Für die an dem Baubeteiligten Firmen und ihrer Arbeiter werden Dr. Menzel und der Zentralbetriebsrat einer Baufirma sprechen. Auch die Vertreter des Bundesministeriums für Handel und Wiederaufbau und der Wiener Stadtbauamtsdirektion, die gemeinsam für den Bauausschuß federführend sind, werden anwesend sein. Im Anschluß an die Gleichenfeier ist eine Besichtigung der Großbaustelle unter fachkundiger Führung vorgesehen.

Geehrte Redaktion!

Im Einvernehmen mit den Pressestellen der Bundesministerien für Handel und Wiederaufbau und für Unterricht laden wir Sie herzlich ein, zur Gleichenfeier im neuen Allgemeinen Krankenhaus am Montag, dem 11. Oktober, um 16 Uhr, Berichterstatter und Fotoreporter zu entsenden. Zufahrt erfolgt diesmal über das Spitalstor am Währinger Gürtel (beim Umspannwerk Michelbauern). Pressefotografen haben schon vor 16 Uhr Gelegenheit, Aufnahmen zu machen.

- - -

Jedes "Rendezvous in Wien" ist wichtig
=====

Bgm. Marek begrüßte Gewerkschaftstag der öffentlichen Bediensteten

6. Oktober (RK) Heute vormittag bei der Eröffnung des 5. Gewerkschaftstages der öffentlichen Bediensteten im Konzerthaus hielt Bürgermeister Bruno Marek eine Begrüßungsansprache bei der er auf die große Bedeutung aller für die Öffentlichkeit wirkenden Bediensteten hinwies. Er sagte:

"Als Bürgermeister der österreichischen Bundeshauptstadt will ich Sie, verehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, herzlich willkommen heißen. In meiner noch nicht allzu langen Amtszeit hatte ich die Ehre, bereits zahlreiche große Kongresse und Tagungen im Namen der Stadtverwaltung und der Wiener Bevölkerung zu begrüßen. Es freut mich aber ganz besonders, diesen Kongreß zu begrüßen, bin ich doch seit nahezu 50 Jahren, seit meinem Eintritt in das Berufsleben, Mitglied der Gewerkschaft. Jedes derartige 'Rendezvous in Wien' ist wichtig für das Weiterkommen bei schwierigen Aufgaben, für die internationale Verständigung und - was mir als Bürgermeister stets am Herzen liegt - für die Herstellung immer neuer Freundschaftskontakte zu unserer Stadt.

Bei einem Gewerkschaftstag geht es aber um viel mehr, noch dazu bei dem der öffentlich Bediensteten. Da ich immer im Wirtschaftsleben gestanden bin und zugleich der Öffentlichkeit zu dienen habe, vermag ich auch abzuschätzen, welche wirtschaftliche, aber auch welche moralische Kraft in Ihnen vereinigt ist. Wenn ich bedenke, daß allein in Wien gegen 34.000 aktive und pensionierte Angehörige der Gewerkschaft der öffentlich Bediensteten leben, wozu die drei anderen Gewerkschaften der für die Öffentlichkeit wirkenden Bediensteten kommen - das sind 33.000 Eisenbahner, 22.000 bei der Post und fast 78.000 bei der Wiener Gemeinde - so sind das 167.000 Gehalts- oder Ruhegenußempfänger. Rechnet man die Familienangehörigen dazu, wobei man mindestens mit zwei oder zweieinhalb multiplizieren muß, so stellt sich heraus, daß allein in Wien

350.000 bis 400.000 Menschen ihren Lebensunterhalt von der öffentlichen Hand beziehen, das sind 20 bis 25 Prozent der Wiener Bevölkerung. Das bedeutet eine geballte Wirtschaftskraft und darüber hinaus eine große Armee von Menschen, die alle treu zur Republik stehen und damit beispielgebend sind für ihre Mitbürger. Es besteht daher kein Zweifel, daß die Gewerkschaft der öffentlich Bediensteten und ihre drei Brudergewerkschaften von eminenter Bedeutung sind und deshalb wünsche ich Ihrer Tagung, verehrte Damen und Herren, besten Erfolg.

Ihnen, sehr geehrte Kongreßteilnehmer aus den Bundesländern, wünsche ich auch persönlich einen angenehmen Aufenthalt und zwischen aller Arbeit auch einige Stunden der Muße, um die Schönheiten unserer Wienerstadt genießen zu können!"

- - -

Sitzung einer Wiener Bezirksvertretung in dieser Woche
=====

6. Oktober (RK) In dieser Woche findet folgende Sitzung einer Wiener Bezirksvertretung statt:

Donnerstag, 7. Oktober:

17 Uhr, Margareten, Schönbrunner Straße 54, Festsaal.

- - -

Rundfahrten "Neues Wien"
=====

6. Oktober (RK) Freitag, den 8. Oktober, Route 1 mit Verkehrsbaupark Schottentor, Assanierung Lichtental, Internationales Studentenheim, Volksheim "In der Krim", Ausflugsrestaurant Bellevue, Höhenstraße, Assanierung Alt-Ottakring, Müllverbrennung Flötzersteig und Spetterbrücke sowie sonstigen städtischen Anlagen und Einrichtungen. Abfahrt vom Rathaus, 1, Lichtenfelsgasse 2, um 13.30 Uhr.

- - -

Gegenbesuch des Unterrichtsministers im Rathaus

=====

6. Oktober (RK) Heute vormittag stattete der Bundesminister für Unterricht, Dr. Piffl-Perčević, einen Besuch bei Bürgermeister Bruno Marek im Wiener Rathaus ab. Der Unterrichtsminister machte damit eine Gegenvisite, durch die er sich für den seinerzeitigen Antrittsbesuch des neugewählten Wiener Bürgermeisters bedanken wollte. Dr. Piffl-Perčević überbrachte Bürgermeister Marek einige Exemplare der vom Unterrichtsministerium herausgegebenen Festschrift "Wien und seine Universität - Vergangenheit, Gegenwart, Zukunft", in der die Geschichte und die angestrebte zukünftige Entwicklung der Alma Mater Rudolphina dargestellt sind. Als Gegengabe überreichte Bürgermeister Marek dem Unterrichtsminister einen Abguß des ältesten Stadtsiegels von Wien.

- - -

Europäische Kommunalpolitiker im Wiener Rathaus
=====

6. Oktober (RK) Heute und morgen, Donnerstag, tagt im Wiener Rathaus der sogenannte Verbindungsausschuß, der aus Vertretern des Internationalen Gemeindeverbandes (IGV) und des Rates der Gemeinden Europas (RGE) zusammengesetzt ist. Diese beiden Spitzenorganisationen für Kommunalpolitik in Europa haben den Verbindungsausschuß ins Leben gerufen, um darin gemeinsame Probleme zu behandeln. Die Wiener Tagung des Gremiums steht unter dem Vorsitz des Präsidenten des IGV, des belgischen Ministers Dr. Spincy, und des Präsidenten des RGE, des luxemburgischen Ministers Dr. Cravatte.

Die Mitglieder des Verbindungsausschusses waren heute mittags Gäste der Wiener Stadtverwaltung. In den Repräsentationsräumen des Rathauses wurden sie von Bürgermeister Marek in Anwesenheit der Stadträte Heller, Mandl, Pfoch sowie von Gemeinderat Dr. Maria Schaumayer und des Generalsekretärs des Österreichischen Städtebundes, Bundesrat Schweda, empfangen. Er hieß die Gäste im Namen des Stadtsenates herzlich willkommen und dankte dafür, daß wieder Wien als Ort für eine so wichtige Zusammenkunft gewählt worden ist. Er unterstrich die Bedeutung der Probleme, die hier beraten werden, wobei es um die Koordinierung von Bestrebungen geht, die alle darauf hinzielen, das Fundament für ein geeintes Europa zu schaffen. Wien ist für solche Beratungen besonders geeignet, weil es die entsprechende Atmosphäre besitzt. Wieder wird damit in diesen Tagen ein wertvoller Beitrag nicht nur für die Entwicklung der einzelnen Städte, sondern für ein geeintes Europa geleistet, das wir alle anstreben und das wir sicher auch erreichen werden.

Im Namen der Gäste dankte Minister Dr. Cravatte für den herzlichen Empfang in Wien. Er stellte fest, daß sich die beiden Verbände hier in Wien zum erstenmal im Rahmen einer ~~Konferenz~~ Konferenz zusammensetzen, um die Modalitäten einer Zu-

sammenarbeit zu beraten und nach einer gewissen Anlaufzeit zu erproben. In der Vergangenheit wurde oft nebeneinander und manchmal sogar gegeneinander gearbeitet. Seit einiger Zeit besteht aber ein Abkommen zur Koordinierung. Dieses Abkommen und die nunmehrige Zusammenkunft sind vor allem auf das Drängen unserer österreichischen Freunde hin zustande gekommen. Dafür besonders verdient gemacht haben sich der frühere Obmann des Österreichischen Städtebundes und jetzige Bundespräsident Jonas und Stadtrat Heller in seiner ehemaligen Funktion als Generalsekretär. Bei der in Wien herrschenden Atmosphäre werden die Beratungen der kommenden zwei Tage sicher zu einem guten Ende kommen.

- - -

Antrittsbesuch des Portugiesischen Botschafters
=====

6. Oktober (RK) Der neue Botschafter Portugals in Wien, Almando Ramos de Paula Coelho, machte heute seinen Antrittsbesuch im Wiener Rathaus. Bürgermeister Marek überreichte dem Diplomaten einen Bildband über die Stadt Wien.

- - -

Städtische Musiklehranstalten sammeln für Hochwasseropfer
=====

6. Oktober (RK) Die Lehrkräfte und Angestellten der Musiklehranstalten der Stadt Wien haben in Befolgung des Aufrufes von Bürgermeister Bruno Marek für die Opfer der Hochwasserkatastrophe 3.435 Schilling gesammelt und diesen Betrag auf das Spendenkonto der Bundesregierung überwiesen.

- - -

Den Hochwasseropfern muß "ernsthaft" geholfen werden
=====

Gemeinde Wien gab Beispiel für wirksamen Spontaneinsatz

6. Oktober (RK) Die "Wochenpresse" vom 6. Oktober schreibt über eine Angelegenheit, die mit der Hochwasserkatastrophe in Zusammenhang steht. Dabei wird Bürgermeister Marek vorgeworfen, daß er eine von der Gattin des Finanzministers angeregte Wohltätigkeitsaktion von Ehefrau öffentlichem Mandat nicht unterstütze. Wie Bürgermeister Marek der "Rathaus-Korrespondenz" mitteilt, ist er der Überzeugung, daß bei einer nationalen Katastrophe, wie es dieses Hochwasser war, bei der Schäden im Ausmaß von mehreren Milliarden Schilling entstanden sind, nur durch eine generelle Maßnahme der Regierung geholfen werden kann. Die Ergebnisse von Wohltätigkeitsveranstaltungen können in einem solchen Fall materiell nur bedeutungslos sein und erwecken höchstens den falschen Eindruck, daß ohnehin viel geschieht. Den Hochwasseropfern soll aber ernsthaft geholfen werden.

Wie sehr Bürgermeister Marek für eine wirkliche und unaufdringliche Hilfe bei diesem Hochwasser war, geht daraus hervor, daß er nach dem Eintreffen der ersten Alarmmeldungen spontan einen Katastropheneinsatz der Wiener Stadtverwaltung anordnete. Innerhalb weniger Stunden wurden aus Fahrzeugen und Geräten des städtischen Fuhrparks und der Feuerwehr der Stadt Wien ein Hilfskonvoi zusammengestellt und in Bewegung gesetzt. Er bestand aus 33 Lastkraftwagen, teilweise mit Anhängern, zwei Rüstwagen und einem Kranwagen samt allem dazugehörigen Personal. Später folgte noch ein Transport mit weiteren Brückenteilen. In pausenlosem Einsatz wurde zwei Wochen hindurch gearbeitet. Über Drau und Gail wurden vier befahrbare Brücken errichtet. Der Schwerpunkt des Einsatzes bestand aber im Wegräumen und Abtransport riesiger Geröllmassen. Dabei sind die Ladeflächen fast aller Lkws stark in Mitleidenschaft gezogen worden. Sämtliche aufgelaufenen Kosten sowohl für die Verpflegung, Unterbringung und die Geldleistungen an das Personal wie auch die Kosten für Benzin, Reparaturen usw. wurden von der

Wiener Stadtverwaltung getragen. Soweit man die Ausgaben jetzt schon übersehen kann, betragen sie bereits mehr als eine Million Schilling.

Die Wiener Stadtverwaltung hat damit bewiesen, was wirkliche und rasche Hilfe ist. Mehrere herzliche Dankschreiben offizieller und privater Stellen sind aus Kärnten im Wiener Rathaus eingelangt. Wie die Bediensteten der Gemeinde Wien die Hilfsaktion aufgefaßt haben, geht am besten aus mehreren Artikeln Kärntner Zeitungen hervor. So sei lediglich die "Oberkärntner Zeitung" vom 24. September zitiert, in der es unter anderem heißt:

"Angestellte des Fuhrparkes der Stadtgemeinde Wien, die bereits seit 5. September im Einsatz stehen, haben in unermüdlicher Arbeit bereits zehntausende Kubikmeter Geröll entfernt. Der Arbeitstag dieser braven Männer beginnt schon um 6 Uhr und darn arbeiten sie mit Schubraupen und Lastwagen bis zum Einbruch der Dunkelheit."

Bürgermeister Marek wies abschließend darauf hin, daß er an die Wiener Bevölkerung eindringlich appelliert habe, die von der Bundesregierung eingeleitete Sammlung für die Hochwasserhilfe tatkräftig zu unterstützen.

- - -

Gesperrt bis 19.30 Uhr:

Festsaaalempfang für 20. Internationale Rot-Kreuz-Konferenz
=====

Die Rede des Bürgermeisters

6. Oktober (RK) Heute abend gab Bürgermeister Bruno Marek für die Delegierten der 20. Internationalen Rot-Kreuz-Konferenz in Wien einen Empfang im Großen Festsaal des Rathauses. In seiner Begrüßungsansprache führte der Bürgermeister aus:

"Ich übertreibe nicht, wenn ich sage, daß es für mich als Bürgermeister der österreichischen Bundeshauptstadt nicht nur eine hohe Ehre, sondern auch eine ganz besondere Freude und ein persönliches Anliegen ist, die Delegierten der zwanzigsten Internationalen Rot-Kreuz-Konferenz herzlich willkommen zu heißen. Sie, meine Damen und Herren, haben Selbstlosigkeit, Uneigennützigkeit und Nächstenhilfe auf Ihre Fahne geschrieben, auf eine Fahne, die nun schon seit mehr als 100 Jahren als Symbol des Schutzes für alle hilflosen, schwachen, verwundeten oder von Katastrophen heimgesuchten Menschen gilt.

Grauensvolle Kriege und schwerste Erschütterungen sind seit dem Jahr 1897, dem Jahr, da Ihre Organisation hier in Wien ihre sechste Konferenz abhielt, über die Menschheit hereingebrochen. Das Zeichen des Roten Kreuzes blieb in all diesen dunklen Jahrzehnten Sinnbild des Trostes und der Zuversicht, letzte Hoffnung für alle Verzweifelten und eine Oase der Menschlichkeit im Strudel der erbarmungslosen Völkerschlachten.

Ich darf hier Delegierte aus 106 Ländern begrüßen, die in unserer Stadt über die künftige Entwicklung Ihrer segensreichen Organisation beraten und entscheiden. Besonders erfreulich ist es, daß auch Abgeordnete internationaler humanitärer Organisationen an diesem Kongreß teilnehmen. Wir sind glücklich darüber, daß Wien die festliche Kulisse und ein mildes Herbstklima für Ihre Tagung zur Verfügung stellen kann.

Ihr Kongreß erfreut sich bei der Wiener Bevölkerung, wie Sie feststellen konnten, ganz besonderer Publizität. Nicht nur deshalb, weil es unter Ihnen Delegierte gibt, deren Charme unwillkürlich aller Augen auf sich zieht, sondern auch deshalb, weil wir Wiener am eigenen Leib verspürt haben, was

es bedeutet, in Zeiten des Krieges und der Not Linderung und Hilfe zu erhalten. Für dieses für uns lebenswichtige Eingreifen möchte ich dem Internationalen Roten Kreuz vor diesem Forum auch den offiziellen Dank der Stadt Wien aussprechen. Das Österreichische Rote Kreuz war auch seinerseits stets zur Stelle, wenn es galt, irgendwo in der Welt Hilfe in der Not zu leisten. Es wird dies auch in Zukunft so halten.

Nun darf ich Ihnen noch, meine Damen und Herren, die besten Erfolge bei Ihrer verantwortungsvollen Arbeit hier in Wien wünschen. Ganz besonders würde ich mich auch freuen, wenn Sie darüber hinaus auch Zeit fänden, die Schönheiten und Sehenswürdigkeiten unserer Stadt kennen zu lernen und sich ihrer zauberhaften Atmosphäre hinzugeben. Seien Sie alle nochmals herzlich willkommen in unserer Stadt!"

- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Donnerstag, 7. Oktober 1965

Blatt 2526

Anläßlich der Wiener Festwochen 1966:

Grandiose Schau - Das musikalische Erbe des Abendlandes
=====

7. Oktober (RK) Eine der größten musikalischen Dokumentationen wird die Gesellschaft der Musikfreunde in Wien anläßlich der Wiener Festwochen 1966 in den Räumen **ihres** neu erbauten Archivs auf dem Karlsplatz präsentieren. In Zusammenarbeit mit Bibliotheken und Sammlungen im In- und Ausland werden sechs Ausstellungen organisiert, die jeweils vier Tage dauern und das musikalische Erbe des Abendlandes in einer großangelegten Schau darstellen werden. Ein Großteil der zu dieser Zeit stattfindenden musikalischen Veranstaltungen soll als "Ausstellungskonzerte" bezeichnet und entsprechend organisiert werden.

Kürzlich hat der Kulturausschuß des Wiener Gemeinderates der Gesellschaft der Musikfreunde in Wien einen Förderungsbeitrag von 300.000 Schilling zugebilligt. Bekanntlich veranstalten die Gesellschaft der Musikfreunde und die Wiener Konzerthausgesellschaft den größten Teil der musikalischen Darbietungen in der Bundeshauptstadt, von denen eine beträchtliche Anzahl als Konzertzyklen der "Musikalischen Jugend" oder dem "Theater der Jugend" zu ermäßigten Preisen angeboten werden. Bisher haben beide Institutionen von der Stadtverwaltung einen jährlichen Förderungsbeitrag von je 250.000 Schilling erhalten.

In letzter Zeit hat die Gesellschaft der Musikfreunde in ihrem Gebäude verschiedene Investitionen vornehmen müssen,

./.

vor allem für eine einbruch- und feuersichere Verwahrung wertvoller Archivbestände, unter denen sich unschätzbare Original-Partituren befinden, die nunmehr Studierenden und Wissenschaftlern zugänglich gemacht worden sind. Der Kulturausschuß hat daher diesmal den Förderungsbeitrag für die Gesellschaft der Musikfreunde um 50.000 Schilling erhöht.

- - -

Eine halbe Million für kulturelle Institutionen
=====

7. Oktober (RK) Der Kulturausschuß des Wiener Gemeinderates hat sechs Wiener Kulturinstitutionen rund eine halbe Million Schilling als Subvention aus dem Vergnügungssteuererträgnis zur Verfügung gestellt. Bekanntlich fördert die Stadtverwaltung kulturell wertvolle Einrichtungen nicht nur aus Budgetmitteln, sondern auch aus dem Erträgnis jener Vergnügungssteuerbeträge, die von Theatern, Konzerthäusern, Ausstellungen und ähnlichen Veranstaltungen abgeführt werden. Dabei werden die wirtschaftliche Lage und die kulturelle Bedeutung des jeweiligen Antragstellers sorgfältig berücksichtigt. Diesmal werden aus dem Vergnügungssteuererträgnis das Ateliertheater, die Kleine Bühne am Lichtenwerd, das Theater im Palais Erzherzog Karl, das Ensemble "T", der Verein für Denkmal- und Stadtbildpflege, die Gesellschaft der Musikfreunde und die Gesellschaft der Österreichischen Nationalbibliothek finanziell unterstützt.

- - -

Neue Kleinausstellung der Wiener Stadtbibliothek
=====

7. Oktober (RK) Die Wiener Stadtbibliothek eröffnet am 11. Oktober die bis 3. Dezember dauernde 132. Kleinausstellung im Ausstellungsgang der Stadtbibliothek, Rathaus, Stiege 4, 1. Stock (gegenüber Tür 333) unter dem Titel: "Wien im Bilde und in der Illustration vom 17. bis zum 20. Jahrhundert". Die Ausstellung ist Montag bis Freitag von 9 bis 18 Uhr bei freiem Eintritt geöffnet.

- - -

Ferdinand Raimund-Ausstellung im Museum der Stadt Wien
=====

7. Oktober (RK) Gemeinsam mit der Raimund-Gesellschaft veranstaltet das Historische Museum der Stadt Wien am Karlsplatz eine Gedächtnisausstellung für Ferdinand Raimund, dessen 175. Geburtstag in diesem Jahr gefeiert wird. In dieser Ausstellung sind alle Objekte zu sehen, die das Historische Museum der Stadt Wien zum Leben und Schaffen des großen österreichischen Dramatikers besitzt, sowie auch einschlägige wertvolle Leihgaben aus Privatbesitz. Vieles wurde Jahrzehnte lang nicht gezeigt. Die Ausstellung wird am Dienstag, dem 12. Oktober um 17 Uhr eröffnet und ist ab 13. Oktober, Dienstag bis Freitag 9.15 bis 18 Uhr, Samstag und Sonntag von 9.15 bis 13 Uhr geöffnet.

Geehrte Redaktion!

Sie werden herzlich eingeladen, an einer Presseführung durch die Raimund-Ausstellung am 12. Oktober um 15 Uhr teilzunehmen, bei der auch der Präsident der Raimund-Gesellschaft, Hofrat Dr. Gustav Pichler, anwesend sein wird. Die Eröffnung der Ausstellung findet nach der Pressebesichtigung um 17 Uhr statt.

- - -

Gesperrt bis 20 Uhr!

Festakt 50 Jahre Österreichischer Städtebund:

Die Rede von Bundespräsident Franz Jonas
=====

7. Oktober (RK) Heute abend fand im Theater an der Wien ein Festakt anlässlich des 50jährigen Bestandes des Österreichischen Städtebundes statt. Bundespräsident Franz Jonas hielt dabei folgende Ansprache:

"Als ich nach meiner Wahl zum Bundespräsidenten aus meinen Funktionen im Österreichischen Städtebund ausgeschieden bin, habe ich diese große kommunale Familie mit dem befriedigenden Gefühl verlassen, Obmann einer Gemeinschaft gewesen zu sein, die jederzeit bemüht ist, unseren Bürgern in Stadt und Land zu dienen und die Weiterentwicklung unserer staatlichen Gemeinschaft zu fördern. Diese Organisation hat daher mit Recht Ansehen und Geltung im öffentlichen Leben unserer Republik.

Heute, da der Österreichische Städtebund seinen fünfzigjährigen Bestand feiert, komme ich wieder zu Ihnen, zu Ihnen, unter denen ich viele Freunde und zahlreiche liebe Bekannte habe. Ich möchte Anteil nehmen an Ihrem heutigen Festakt und Ihnen bei dieser Gelegenheit einen Gruß entbieten, ein Wort des Dankes sagen und einen Wunsch aussprechen.

Der Gruß gilt Ihnen allen, die hier versammelt sind, vor allem aber jenen unter Ihnen, die als Vertreter ihrer Gemeinden im Österreichischen Städtebund tätig sind oder an ihm Anteil nehmen; an dieser Organisation, die dem Gedanken der Gemeindefreiheit stets so leidenschaftlich und so erfolgreich gedient hat. Ich verbinde diesen Gruß mit den aufrichtigen Glückwünschen anlässlich Ihres Jubiläums. Ich kenne den Ablauf der bisherigen Städtetage und weiß um ihren notwendigerweise nüchternen Rahmen und ihren sachlichen Verlauf. Wenn Sie diesmal Ihrer Arbeitstagung eine Feierstunde voranstellen, tun Sie daran recht.

./.

Sie haben alle Ursache, Blick und Gedanken auf die Ereignisse der letzten **fünfzig** Jahre zurückzuwenden, die gleichermaßen leidvoll und ergebnisreich waren, für die Arbeit in den Gemeinden manche tiefe Zäsur brachten, uns aber heute doch gestatten, mit Stolz und **Befriedigung** viele Erfolge zu verzeichnen. Das gilt sowohl in rechtlicher Hinsicht - wobei die Verabschiedung der Gemeinde-Verfassungsnovelle 1962 für Jahrzehnte hinaus einen Markstein bilden wird - als: auch bezüglich dessen, was zweimal nach Kriegen und staatlichen Zusammenbrüchen von den Gemeinden geleistet wurde.

Und damit komme ich dazu, Ihnen Dank zu sagen für alle Mühe, die mit der Arbeit in den Gemeinden verbunden ist. Noch sind Funktionäre unter Ihnen, die an der Neugestaltung unserer kommunalen Gemeinschaften in der Ersten Republik aktiv mitgewirkt haben. Sie sind lebendige Zeugen einer Zeit, in der politische Zerrissenheit, wirtschaftliche Not und mangelndes Staatsgefühl uns in einen Abgrund rissen, uns ohnmächtig machten gegenüber fremder Gewalt.

Das Ende dieser Zeit des Schreckens, dieses Jahr Null unserer im Jahre 1945 wieder erstandenen staatlichen Gemeinschaft, war eine Zeit stillen Heldentums unserer Gemeinden und ihrer Funktionäre. Ich selbst habe damals meine kommunalpolitische Laufbahn begonnen und kann deshalb aus eigener Erfahrung bestätigen, daß Österreichs Wiederaufbau in den Gemeinden begonnen hat.

Zerstörungen, Hunger, fremdes Recht und oft sehr harte Methoden der Besatzungsmächte waren die Kennworte dieser Zeit. Karge, häufig nicht eingelöste Lebensmittelaufrufe, Mangel an allem und jedem, Wohnungsnot, Flüchtlingselend waren die Umstände, unter denen die Bevölkerung versuchte, neu zu beginnen, aus Ruinen Städte wiederaufzubauen, ihre Arbeitsstätten aus dem Schutt zu graben, sich im Gefühl der wiedergewonnenen Freiheit zu einer besseren Zeit durchzuhungern.

In diesen Wochen und Monaten **begannen** ungezählte und ungenannte Menschen ihre Aufbauarbeit in den Gemeinden. Unter Hintanstellung ihrer eigenen Person, unter Vernachlässigung

ihrer Familien, unter unsäglichen Schwierigkeiten, oft in Widerstreit mit der Besatzungsmacht, begannen sie den zähen Kampf gegen die Not, immer das Ziel vor Augen: einer neuen, in Freiheit und Frieden lebenden Gesellschaft eine schönere Heimstatt zu schaffen.

Und wenn wir nun sehen, was seit diesen Tagen in unserem Land und vor allem in unseren Gemeinden geleistet wurde, wenn wir uns in unseren schönen örtlichen Gemeinschaften eines bescheidenen Wohlstandes erfreuen dürfen, wenn wir überall soziale Einrichtungen haben, die wir unseren Alten und unserer Jugend widmen können, wenn Schulen, Spitäler, Wohnbauten und eine Vielzahl von Gemeinschaftseinrichtungen zur Verfügung stehen, dann ist heute ein Wort des Dankes fällig und ich fühle mich verpflichtet, Ihnen im Namen Österreichs diesen Dank auszusprechen.

Der Lohn für Ihre Arbeit aber soll die Gewißheit sein, dem Volk gedient zu haben, diesem schwer geprüften Volk, das erst nach Krieg und Verwüstung seine Heimat richtig lieben gelernt hat.

Und schließlich noch mein Wunsch, der zugleich eine Bitte an Sie ist: alles, was wir schaffen und erreichen konnten und an dem Sie alle Ihren Anteil haben, konnte nur in gemeinsamer Arbeit entstehen. Die Gemeinden haben ein gutes Beispiel gegeben. Ihre Funktionäre haben gemeinsam gewirkt, gemeinsam gebaut und gemeinsam verwaltet. Gestatten Sie mir, in diesem Zusammenhang einige Worte zu wiederholen, mit denen ich mich im Juni in einem an die Geschäftsleitung des Österreichischen Städtebundes gerichteten Schreiben von meinen Kollegen und Mitarbeitern verabschiedet habe:

'Die Zusammenarbeit, die unserem Land so hervorragende Erfolge gebracht hat, soll weiterhin der stärkste Pfeiler der Arbeit auch Ihrer bedeutenden Organisation sein. Dabei ist zu wünschen, daß über den Rahmen des Städtebundes hinaus die Gesamtheit der Gemeinden sich möglichst oft und möglichst weitgehend zusammenfinden möge, um als starke Kraft, zum Besten der Bürger unseres Vaterlandes, die großen Dinge von unten her mitgestalten zu können.'

Meine Damen und Herren, wir haben heuer Gelegenheit gehabt, in einer Reihe von Veranstaltungen den zwanzigsten Jahrestag der Wiedererrichtung der Zweiten Republik zu feiern. Bei allen diesen Gelegenheiten wurde auf die Früchte der Zusammenarbeit hingewiesen und der Wunsch nach weiterer Zusammenarbeit auch in der Zukunft betont. Geben Sie, meine Damen und Herren, unserem Land weiterhin ein Beispiel, gehen Sie weiterhin in gemeinsamer Arbeit an die Aufgaben heran, die vor uns liegen. Meine guten Wünsche bei diesem Zusammenwirken begleiten Sie in alle Ihre Gemeinden, und sie begleiten die Zukunft unserer Heimat, der Republik Österreich."

- - -

Gesperrt bis 20 Uhr!

Festakt 50 Jahre Österreichischer Städtebund:

Die Rede von Bundeskanzler Dr. Josef Klaus
=====

7. Oktober (RK) Zum Festakt anlässlich des 50jährigen Bestandes des Österreichischen Städtebundes hielt Bundeskanzler Dr. Josef Klaus heute abend im Theater an der Wien folgende Ansprache:

"Im Rahmen des Österreichischen Städtetages 1965 feiern wir zugleich den 50jährigen Bestand des Österreichischen Städtebundes. Wohl ist diese Organisation unserer Städte verhältnismäßig jüngeren Datums, sie beruht aber auf jener alten Tradition, auf die die Städte in Österreich mit Stolz zurückblicken können. Schon im Mittelalter haben sie einen hohen Grad von Eigenständigkeit und Selbstverwaltung erreicht und mehr als einmal haben sie entscheidend in den Gang der österreichischen Geschichte eingegriffen.

Die Märzverfassung des Jahres 1849 hat bereits die Autonomie der Gemeinden vorgesehen und im Jahre 1862 wurde das Gesetz 'Über die grundsätzlichen Bestimmungen zur Regelung des Gemeindewesens' erlassen. Die Städte und Gemeinden entwickelten sich in der Folgezeit zu den geistigen Zentren der fortschreitenden Demokratisierung in der Monarchie und sie sind die Basis unserer demokratischen Verwaltung in der Republik geworden.

Die Freiheit der Staatsbürger, die Ausübung seiner demokratischen Rechte beginnt in der Gemeinde. Den Städten und Gemeinden hat der Staat die unmittelbare Sorge für deren Angehörige übertragen, jene Aufgaben, die in das tägliche Leben des Gemeinde- oder Stadtbewohners am direktesten eingreifen und die sich auf die vielfältigsten Gebiete erstrecken: das Schulwesen, die Kranken- und Armenfürsorge, sanitäre und hygienische Angelegenheiten, wichtige Aufgaben des Straßen- und Verkehrswesens usw.

Schon aus der Ausübung so wichtiger Kompetenzen ergibt sich für Bund und Länder die Notwendigkeit einer besonders

engen Zusammenarbeit mit den Städten und Gemeinden und es ist klar, daß diese Art des Zusammenwirkens durch das Bestehen des Städtebundes wesentlich erleichtert wird. Dadurch können Wünsche und Anregungen der Städte in einheitlicher Form an den Bund und an die Länder herangetragen und verhandelt werden.

In den nächsten Jahren werden an Bund, Länder, Städte und Gemeinden neue große Aufgaben herantreten. Ich denke hier an die Bewältigung der Verkehrsprobleme ebenso wie an die fortschreitende Integration Europas, die durch unvermeidliche Standortverlagerungen, Veränderungen in der Wirtschaftsstruktur auch Rückwirkungen auf unsere Städte mit sich bringen wird. Um diese Fragen, aber auch andere Probleme der zukünftigen Gestaltung unserer Heimat leichter lösen zu können, hat die Bundesregierung heuer im Frühjahr beschlossen, Vorarbeiten für eine umfassende Raumplanung durchzuführen. Es ist dies eine sehr schwierige, für die zukünftige Gestaltung unserer Heimat aber lebenswichtige Aufgabe. Es ist klar, daß sie wieder nur in enger Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern, Städten und Gemeinden gelöst werden kann. Ebenso klar ist es aber, daß nur bei Vorliegen eines solchen, möglichst langfristigen Planes Investitionen sowohl auf dem privaten wie auch auf dem öffentlichen Sektor sinnvoll vorgenommen werden können.

Wie Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, wissen, befaßt sich die Bundesregierung schon seit einiger Zeit sehr eingehend mit dem Forderungsprogramm der Länder und Gemeinden im Zusammenhang mit dem Notopfer. Die Verwirklichung dieses Programmes erfordert eine Reihe von umfassenden legislativen Maßnahmen, es sind daher noch eingehende Beratungen notwendig, die aber, wie ich mit Recht erwarten kann, in Bälde abgeschlossen werden können. Durch die zu beschließenden Maßnahmen soll der föderative Aufbau unseres Staatswesens zugunsten der Länder und Gemeinden weiter ausgebaut werden. Unser Bestreben ist es, daß die dem einzelnen Menschen am nächsten stehende Verwaltungsstelle in die Lage versetzt wird, so viele Aufgaben wie möglich selbst durchzuführen. Dadurch wird gewähr-

7. Oktober 1965

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 2535

leistet, daß den individuellen Bedürfnissen und den lokalen Gegebenheiten am besten Rechnung getragen werden kann.

Alle diese Probleme, die ich kurz angedeutet habe, werden sicherlich bei Ihren Beratungen während der beiden nächsten Tage ebenfalls berührt werden. Ich wünsche daher Ihrer Tagung aus ganzem Herzen vollen Erfolg."

- - -

Musikveranstaltungen in der Woche vom 11. bis 17. Oktober

=====

7. Oktober (RK)

Montag, 11. Oktober:

- 19.30 Uhr, Musikverein, Großer Saal: Klavierabend Claudio Arrau (Beethoven: Sonaten Es-dur op. 31/3 und As-dur op. 110; Schumann: Carneval op. 9)
- 19.30 Uhr, Konzerthaus, Großer Saal: Musikalische Jugend Österreichs - Intereuropa Produktion: Chanson-Abend "Esther und Abraham Ofarim"

Dienstag, 12. Oktober:

- 18.30 Uhr, Musikakademie, Vortragssaal: Akademie für Musik u.d.K.: Gastvortrag Erik Tawastjerna, Helsinki "Sibelius und der interne Konflikt der Romantik" (mit Rahmenprogramm)
- 19.30 Uhr, Konzerthaus, Schubertsaal: Österreichische Gesellschaft für Musik - Volksoper Wien: Einführungsabend zur Volksoperpremiere von Gershwins "Porgy and Bess" (mit Schallplattenaufnahmen); es spricht Dr. Marcel Prawy

Mittwoch, 13. Oktober:

- 19.30 Uhr, Musikverein, Brahmssaal: Musikalische Jugend Österreichs: 1. Konzert im Zyklus IX A "Europas alte Musik" (Deutschland); Ensemble Musica antiqua, Leitung Rene Clemencic (K. Nachtigal, H. Sachs, H. Fink, T. Stoltzer, M. Praetorius und andere)
- 19.30. Uhr: Konzerthaus, Großer Saal: Konzert des Donkosaken-Chores, Leitung Serge Jaroff
- 20.00 Uhr, Musikverein, Großer Saal: Internationaler Chanson-Abend "Belina und Behrend"

Donnerstag, 14. Oktober:

- 18.30 Uhr, Musikakademie, Vortragssaal: Akademie für Musik u.d.K.: Vortrag Dr. Rudolf Haase "Die Bedeutung **der Pythagoreischen Lehre von der Weltenharmonie für die Gegenwart**"
- 19.30 Uhr, Musikverein, Brahmssaal: Musikalische Jugend Österreichs: 1. Konzert im Zyklus IX B; Ensemble Musica antiqua, Leitung Rene Clemencic (Wiederholung vom 13. Oktober)

7. Oktober 1965

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 2537

- 19.30 Uhr, Konzerthaus, Großer Saal: Konzert des Donkosaken-Chores, Leitung Serge Jaroff
- 19.30 Uhr, Konzerthaus, Mozartsaal: Violinabend Elaine Weldon, am Flügel Kurt Rapf (Brahms: Sonate d-moll op. 108, R. Strauss: Sonate Es-dur op. 18; Bloch: Sonate Nr. 1; Bartók: Rumänische Tänze)
- 19.30 Uhr, Konzerthaus, Schubertsaal: Klavierabend Otto Segor (Honegger, Holliger, Brahms, Debussy)

Freitag, 15. Oktober:

- 19.30 Uhr, Musikverein, Brahmssaal: Genser-Winkler-Trio (Brahms: Klaviertrio op. 8 H-dur; Beethoven: Klaviertrio op. 121 a; Schumann: Klaviertrio op. 63 d-moll)
- 19.30 Uhr, Konzerthaus, Großer Saal: Konzert des Donkosaken-Chores, Leitung Serge Jaroff
- 19.30 Uhr, Radio Wien, Großer Sendesaal: Österreichischer Rundfunk - Studio Wien: 2. Konzert im Zyklus III; Niederösterreichisches Tonkünstlerorchester, Eugenia Hyman (Klavier), Dirigent Kurt Richter (Weissensteiner: Symphonische Meditationen "Christ ist erstanden"; Chopin: Klavierkonzert f-moll op. 21; Sprongl: 2. Symphonie)
- 19.30 Uhr, Museum des 20. Jahrhunderts: Musikalische Jugend - IGNM: 1. Konzert im Zyklus XIII B; Societa cameristica italiana - Florenz (Berio, Webern, Bussotti, Wolff, Pablo, Petrassi)

Samstag, 16. Oktober:

- 16.00 Uhr, Musikverein, Großer Saal: Gesellschaft der Musikfreunde: 1. Konzert im Zyklus "Die große Symphonie"; Wiener Philharmoniker, Singverein der GdM, Wilma Lipp (Sopran), Margarita Lilowa (Alt), Peter Schreier (Tenor), Nicola Zaccaria (Baß), Dirigent Josef Krips (Schubert: 8. Symphonie h-moll; Mozart: Requiem)
- 19.30 Uhr, Konzerthaus, Großer Saal: Konzert des Donkosaken-Chores, Leitung Serge Jaroff
- 19.30 Uhr, Konzerthaus, Mozartsaal: Bachgemeinde Wien: 1. Abonnementkonzert; Solisten, Chor und Orchester der Bachgemeinde, Dirigent Julius Peter (J.S. Bach: Trauungskantaten und anderes)

Sonntag, 17. Oktober:

- 10.30 Uhr, Konzerthaus, Mozartsaal: Wiener Kammerorchester:
1. Abonnementkonzert; mitwirkend Ryoko
Ohno (Klavier), Dirigent Argeo Quadri (Marcello:
Concerto a 5; Mozart: Klavierkonzert A-dur KV 414;
Schubert: Rondo A-dur für Violine; Haydn: Symphonie
A-dur Nr. 59)
- 11.00 Uhr, Musikverein, Großer Saal: Gesellschaft der Musik-
freunde: Wiederholung des 1. Konzertes im Zyklus "Die
große Symphonie"; Wiener Philharmoniker, Singverein,
Dirigent Josef Krips (Schubert, Mozart)
- 16.00 Uhr, Konzerthaus, Schubertsaal: Konzertvereinigung
blinder Künstler: Solistenkonzert
- 19.30 Uhr, Konzerthaus, Großer Saal: Konzert des Donkosaken-
Chores, Leitung Serge Jaroff
- 19.30 Uhr, Konzerthaus, Schubertsaal: Musikalische Jugend
Österreichs: 1. Konzert im Zyklus XIV "Salonmusik";
Marianne Kopatz - Gesang, Louise Walker - Gitarre,
Werner Tripp - Flöte, Hans Kann und Otto Zykan -
Klavier (Diabelli, Sor, Tarrega, Field, Czerny,
Debussy, Zykan, Borne, Brecht, Eisler)

- - -

Rundfahrten "Neues Wien"

=====

7. Oktober (RK) Samstag, den 9. Oktober, Route 2 mit
drittem Zentralberufsschulgebäude, Theresienbad, Kennedy-Brücke,
Einkaufszentrum Hietzing, Grünbergstraße, Schule Altmanns-
dorfer Straße, Industriegebiet Liesing, Unterführung Breiten-
furter Straße und Straßenbrücke über die Südbahn sowie
sonstigen städtischen Anlagen und Einrichtungen. Abfahrt vom
Rathaus, 1, Lichtenfelsgasse 2, um 13.Uhr.

- - -

Gesperrt bis 20 Uhr!

Festakt 50 Jahre Österreichischer Städtebund:

Die Rede von Minister Antoine Spinoy
=====

7. Oktober (RK) Im Rahmen des Festaktes 50 Jahre Österreichischer Städtebund, der heute abend im Theater an der Wien stattfand, hielt der Präsident des Internationalen Gemeindeverbandes, Minister Antoine Spinoy, folgende Rede:

"Es ist mir eine große Freude und Ehre, bei diesem Festakt die guten Wünsche der Städte und Gemeinden der Welt, die sich in unserem Internationalen Gemeindeverband, der IULA, zusammenfinden, übermitteln zu dürfen.

Wohl nur in dieser Stadt kann sich ein solcher Jubiläumskongreß zuerst in diesen 'heiligen Hallen' der Musik und dann, morgen und übermorgen, in den 'heiligen Hallen' des kommunalen Schaffens, im Wiener Rathaus, abspielen, und wohl nur hier können Strauß Vater und Sohn den musikbeschwingten Auftakt zu der ernstesten Kongreßarbeit der nächsten Tage geben.

Es ist für uns nicht das erste Mal, daß wir einander im Rahmen der internationalen Kommunalarbeit in Wien, im Wiener Rathaus, als Gäste des Österreichischen Städtebundes und der Wiener Stadtverwaltung treffen. Aber auch bei den vorhergehenden Anlässen hat uns nicht die Zauberflöte nach Wien und Österreich gelockt, sondern das beispielhafte Schaffen und Wirken in jenem Bereich, der uns lieb ist, im Bereich der Arbeit für die Städte und Gemeinden.

Diese schöne Stadt Wien, in der wir heute wieder tagen, hat zwischen den beiden Weltkriegen der Welt ein Beispiel demokratischen kommunalen Aufbaus gegeben, und nach dem zweiten Weltkrieg haben diese Stadt und der Österreichische Städtebund eine große Rolle gespielt in dem zähen Ringen um eine neue, von Kriegsfolgen ungestörte demokratische Formgebung.

Wir in der IULA denken noch immer mit großer Dankbarkeit zurück an unseren ersten großen Kongreß nach dem Krieg, als wir im Jahre 1953 in Wien die Probleme der Großstadt und der kleinen

ländlichen Gemeinden einander gegenüberstellten.

Es sind aber nicht nur Körperschaften, sondern auch Persönlichkeiten, die für uns eine solche Anziehungskraft hatten und haben. Ich bin froh, jetzt hier in diesem Rahmen Ihnen, Herr Bundespräsident, jene Worte des Dankes sagen zu können, die wir bei unserem letzten Kongreß in Ihrer Abwesenheit sagen mußten. Als Mitglied unseres Exekutivkomitees und Vorsitzender unserer Europakommission haben Sie der internationalen und europäischen Kommunalarbeit in der IULA große Dienste erwiesen.

Ich freue mich, hier noch einem früheren Mitglied unserer Exekutive danken zu können: Dr. Ernst Koref, Ehrenmitglied des Städtebundes und Festredner dieses Abends.

Der Österreichische Städtebund hat in seinen 50 Jahren einen überaus wertvollen Beitrag zur kommunalen Arbeit innerhalb und ausserhalb der Grenzen Österreichs geleistet. Im Rahmen unseres internationalen Gemeindeverbandes hat er sich an allen Aspekten dieser Arbeit, besonders aber wohl an der Arbeit unserer Europakommission, beteiligt. Innerhalb der eigenen Grenzen hat er mit seinen Vorarbeiten für die Verfassungsnovelle und das neue Kommunalgesetz einen Beitrag zur kommunalen Gestaltung unserer Zeit geliefert. Die Städte und Gemeinden in aller Welt wissen ihm Dank, und ich freue mich, heute unseren vielen Freunden hier diese Worte des Dankes sagen zu dürfen.

Die IULA wünscht ihren Österreichischen Freunden eine erfolgreiche Kommunalarbeit in den nächsten 50 Jahren!"

- - -

Der Rot-Kreuz-Kongreß tanzte
=====Eine Landesfürstin und zwei Königliche Hoheiten beim Rathaus-Empfang

7. Oktober (RK) Gestern abend gab Bürgermeister Bruno Marek zu Ehren der gegenwärtig in Wien stattfindenden 20. Internationalen Rot-Kreuz-Konferenz einen Empfang im Großen Festsaal des Wiener Rathauses. Rund 1.000 Delegierte aus 106 Ländern aller Kontinente waren erschienen und die farbenfrohen Nationaltrachten zahlreicher Gäste gaben dem Saal ein besonders festliches Gepräge.

Nach der Begrüßungsansprache von Bürgermeister Marek ("Rathaus-Korrespondenz" vom 6. Oktober, Blatt 2524 und 2525) dankte der Präsident der Österreichischen Gesellschaft vom Roten Kreuz, Dr. Lauda, in herzlichen Worten für die Gastfreundschaft der Stadt Wien. Er sagte ferner: "Wir wollen mit unserer Konferenz nicht den falschen Eindruck erwecken, als käme es nicht auch in unseren Reihen manchmal zu Schwierigkeiten. Damit haben wir schon vor Beginn der Konferenz gerechnet und können heute sagen, daß wir diese Schwierigkeiten glänzend überwunden haben. Dies danken wir wohl in erster Linie der Stadt Wien, die irgendwo einen Charme zu entwickeln scheint, der auch Leute, die verbissen ihre eigene Meinung und Idee verteidigen, weicher stimmt und zu Freunden macht. Wenn uns dies gelingt, dann wird unsere Konferenz erfolgreich und wir verdanken das zum größten Teil unserer lieben Heimatstadt Wien."

Unter den festlichen Klängen der Kapelle Professor Faltls geleitete darauf Bürgermeister Marek, der mit Vizebürgermeister Dr. Drimmel und Stadtrat Mandl gekommen war, die Ehrengäste auf ihre Plätze. Man sah unter ihnen zahlreiche illustre Persönlichkeiten, wie den Päpstlichen Nuntius in Österreich, die Schwester und den Bruder des Königs von Nepal, die Botschafter zahlreicher Staaten und die Präsidenten der Rot-Kreuz-Gesellschaften mehrerer Länder. Eine Stunde nach der festgesetzten Beginnzeit stellte sich auch Fürstin Gracia Patricia von Monaco mit kleinem Gefolge und in betont schlichter Aufmachung ein. Besonderes Aufsehen erregte ein "Letkiss", den Gracia Patricia mit dem Präsidenten des Russischen Roten Kreuzes aufs Parkett legte. Im übrigen war die Stimmung ausgezeichnet und die Gäste zeigten sich vom Verlauf des Abends durchwegs sehr angetan.

Grünes Licht für ersten Wiener Schulverkehrsgarten

=====

7. Oktober (RK) Heute vormittag wurde der erste Schulverkehrsgarten der Stadt Wien in der Prater Hauptallee durch Bürgermeister Marek seiner Bestimmung übergeben. Der Bezirksvorsteher der Leopoldstadt, Hladej, konnte unter den zahlreich erschienenen Gästen außer Bürgermeister Marek den Ersten Präsidenten des Wiener Landtages Dr. Stemmer, die Stadträte Heller und Mandl, den Präsidenten und den Vizepräsidenten des Wiener Stadtschulrates, Dr. Neugebauer und Gemeinderat Bittner, sowie zahlreiche andere Persönlichkeiten begrüßen.

Stadtrat Heller umriß in seiner Ansprache die explosive Entwicklung des Kraftfahrzeugverkehrs, die Wien jedoch nicht unvorbereitet getroffen hat. Denn bereits vor der Motorisierungswelle ist wichtige Grundlagenforschung betrieben worden. 1955 gab es eine Straßenverkehrsenquete in Wien, als deren Ergebnis von den Fachleuten 109 Empfehlungen ausgearbeitet wurden, von denen 101 bereits in die Tat umgesetzt worden sind und die restlichen acht nur deshalb nicht, weil dafür gesetzgeberische Gründe maßgebend sind, die nicht in die Kompetenz der Stadt fallen. Stadtrat Heller betonte den Grundsatz, das Stadtbild nicht dem Kraftfahrzeugverkehr zu opfern. Vor allem seien administrative und bauliche Maßnahmen zur Bewältigung der Verkehrsprobleme nicht ausreichend, sie müßten vielmehr durch Erziehung der Verkehrsteilnehmer ergänzt werden, von der auch die Erwachsenen nicht ausgeschlossen sein sollten. Darum hat der Wiener Gemeinderat 1964 den Bau von Schulverkehrsgärten beschlossen, wo die Jugend verkehrsrichtiges Verhalten erproben kann, ohne den Gefahren der Straße ausgesetzt zu sein. Verständnis für die Verkehrsvorschriften zu wecken, sei auch ein wichtiger Beitrag zur staatsbürgerlichen Erziehung. Die Kosten für den 3.652 Quadratmeter großen Verkehrsgarten betragen 1,650.000 Schilling.

Darauf übergab der Direktor einer führenden Mineralölfirma, Stemberger, welche die acht Tretautos, die acht Fahrräder und Verkehrszeichen zur Verfügung gestellt hatte, diese

Fahrzeuge der Stadt Wien, indem er Bürgermeister Marek die Schenkungsurkunde überreichte.

In Wiener Schulen: Verkehrserziehung großgeschrieben

Der Präsident des Wiener Stadtschulrates, Nationalratsabgeordneter Dr. Neugebauer, übernahm den Schulverkehrsgarten in die Verwaltung der Schulbehörde. In seiner Ansprache betonte er, daß diese Einrichtung besonders an das Sprichwort erinnere, daß man nicht für die Schule, sondern für das Leben lernt. Die Schule darf hinter dem Leben nicht zurückbleiben. Wenn diese Gefahr droht, sind Reformen fällig. Die jüngste innere Schulreform brachte unter anderem die Verkehrserziehung als wichtigen Beitrag der Schule für die Bewältigung des modernen Lebens.

Im Anschluß daran berichtete Landesschulinspektor Dr. Schnell über die in den Wiener Schulen angewendeten Methoden der Verkehrserziehung. Die ersten und vierten Klassen der Volksschule werden regelmäßig von Polizeibeamten besucht, die mit den Kindern auch in den Straßenverkehr hinausgehen, um ihnen das richtige Verhalten an Ort und Stelle zu zeigen. In der dritten Klasse wird theoretische Schulung betrieben. Außerdem werden die sichersten Schulwege mit den Lehrern und Eltern besprochen. In den dritten Klassen der Hauptschule wird die Radfahrprüfung intensiv vorbereitet. Bisher fehlte es aber an Möglichkeiten, die Kenntnisse in den konkreten Verkehrssituationen praktisch zu erproben. Diese Lücke wird durch die Schulverkehrsgärten geschlossen. Alle Verkehrserziehung aber muß unbedingt durch das gute Beispiel der Erwachsenen ergänzt werden.

Bürgermeister Marek sagte, die Wiener Stadtverwaltung sei sich dessen bewußt, daß die Motorisierung nicht aufzuhalten sei; jedoch gebe die steigende Zahl der Verkehrsunfälle Anlaß, auf Abhilfe zu sinnen. 1954 gab es in Wien rund 50.000 Kraftfahrzeuge, heute sind es 230.267. Alltäglich spielen sich auf unseren Straßen schreckliche Tragödien ab.

1964 gab es in Wien 7.416 Unfälle, bei denen 825 Kinder zu Schaden kamen. Gestern stand wieder in der Zeitung, daß der Verkehr allein am ersten Tag dieser Woche elf Todesopfer gefordert hat, unter denen zwei Kinder waren. Hier muß sich die Gemeinschaft bemühen, eine Besserung der Situation herbeizuführen. Bürgermeister Marek dankte allen, die am Zustandekommen des Schulverkehrsgartens im Prater beteiligt waren und hob dabei das Kuratorium für Verkehrssicherheit, die Polizeidirektion Wien, das Stadtgartenamt und andere planende und ausführende Magistratsabteilungen hervor. An die Kinder richtete er den Appell, den Schulverkehrsgarten nicht als Spielplatz zu betrachten, sondern das hier Gelernte ernst zu nehmen. Vor allem aber sollen auch die Eltern durch entsprechende Aufklärungsarbeit und gutes Beispiel mithelfen, aus ihren Kindern verantwortungsbewußte Verkehrsteilnehmer zu machen.

Darauf gab Bürgermeister Marek "grünes Licht" für den ersten Wiener Schulverkehrsgarten und die Buben und Mädels zweier Wiener Schulklassen, die schon bei ihren Fahrzeugen bereitgestanden waren, stürzten sich ins "Verkehrsgewühl." Ein Polizeioffizier betätigte höchstpersönlich die automatische Lichtsignalanlage und rief mit einem Sprachrohr die Fahrzeuge, deren Lenker durch ungebundene Nummern gekennzeichnet werden, laufend zur Ordnung. Auch die Stadträte Heller und Mandl konnten nicht widerstehen, setzten sich in ein Tretauto und machten eine Ehrenrunde durch das Gelände.

Der Schulverkehrsgarten bildet in verkleinertem Maßstab die wichtigsten Verkehrssituationen naturgetreu nach und zeigt nahezu alle Verkehrszeichen. Es werden jeweils zwei Schulklassen anwesend sein: Während die eine mit den Fahrzeugen übt, wird die andere von der Zuschauertribüne auf dem Flachdach des Betriebsgebäudes den "Verkehr" beobachten können.

- - -

Gesperrt bis 20 Uhr!

Festakt 50 Jahre Österreichischer Städtebund:

Die Rede von Staatssekretär Dr. Henry Cravatte
=====

7. Oktober (RK) Im Rahmen des Festaktes 50 Jahre Österreichischer Städtebund, der heute abend im Theater an der Wien stattfand, hielt der Präsident des Rates der Gemeinden Europas, Staatssekretär Dr. Henry Cravatte, folgende Rede:

"Es ist mir eine außerordentliche Ehre, im Namen des großen Europäischen Kommunalverbandes, dem Rat der Gemeinden Europas, in dieser festlichen Veranstaltung sprechen zu dürfen. Zum 50jährigen Bestehen des Österreichischen Städtebundes überbringe ich unsere herzlichsten und aufrichtigsten Glückwünsche.

Seit seiner vor 15 Jahren erfolgten Gründung ist unser Verband kraftvoll in das europäische Feld vorgestoßen, insbesondere in Belgien, der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Griechenland, Italien, Österreich und Luxemburg, und er ist im Begriff, in Großbritannien, den Niederlanden und der Schweiz Fuß zu fassen.

Von besonderer Bedeutung war der kollektive Beitritt aller österreichischen Städte, die im Städtebund vereinigt sind. Wir empfanden es mit großer Genugtuung, daß dieser Beitritt noch vor unserem in Wien abgehaltenen VI. Europäischen Gemeindetag durchgeführt wurde. So hatten wir auch den Vorteil, Sie, hochverehrter Herr Bundespräsident, in Ihrer damaligen Eigenschaft als Obmann des Städtebundes in unserem internationalen Präsidium persönlich kennen und schätzen zu lernen. Sehr bald konnten wir Ihre außergewöhnliche geistige Probität und Ihre klare Sicht der Probleme des kommunalen Raumes bewundern und würdigen. Nur ungern sahen wir Sie infolge Ihrer Berufung zum höchsten Amt der Republik Österreich aus unserem Kreis scheiden. Wir sind jedoch des festen Glaubens, daß Herr Generalsekretär Otto Schweda, der Sie bei uns abgelöst hat, die von Ihnen begonnene loyale und wirksame Mitarbeit weiterführen wird.

./.

Trotz der dauernd sich verbessernden Lebenserwartungen sind 50 Jahre schon ein recht respektables Alter. Mir ist nur wenig aus der Historie des Städtebundes bekannt. Aber ich weiß, daß er dies Jubiläum triumphierend feiern darf, im Bewußtsein seiner Kraft und des Einflusses, den er auf das öffentliche Leben der Bundesrepublik ausübt. Ohne inneren Zusammenhalt wäre er längst vor den unerhörten Anforderungen unserer Zeit zusammengebrochen.

Wir leben inmitten einer Epoche der schnellen Umwandlung, der fundamentalen Umschichtung sogar jener Strukturen, die uns einmal als endgültig erschienen. Die Lebensbedingungen vieler Völker, ja ganzer Kontinente sind in Umbruch. Der Fortschritt im aufkommenden Zeitalter der Astronautik ist derart, daß Hirngespinnste genialer Phantasten zur Wirklichkeit werden. Aber die Lebensbasis für die Städte und allgemein die Kommunen ist im wesentlichen eigentlich seit tausenden Jahren die gleiche geblieben. Sie bieten gewiß die Vorteile, welche die Menschen im modernen Staat von einem organisierten Zusammenleben erwarten können. Darüber hinaus sind sie der beste Hort der Demokratie. Ihre Verbände festigen die Zielstrebigkeit, sichern den Zusammenhalt und gewährleisten den Erfolg der kommunalen Aktion.

Aber man nehme es mir nicht übel: Für mich und meine Freunde im Rat der Gemeinden Europas ist es entscheidend, daß sich der Österreichische Städtebund durch seinen Eintritt in unseren internationalen Verband mit uns unzweideutig für Europa entschieden hat.

Man mag darüber streiten, welches Europa denn eigentlich gemeint sei. Das der Sechs, der Sieben, der Achtzehn, das vom Atlantik zum Ural, vom Nordkap bis hinunter in die Aegaeis, das lose der Vaterländer, das integrierte der Gemeinschaften?

Es ist hier nicht der Platz, darüber längere Erörterungen anzustellen. Im wesentlichen wird es darauf ankommen, durch eine gute Europapolitik einen möglichst breiten und festen Zusammenschluß zu erlangen und nicht etwa neue Gegensätzlichkeiten zu fördern.

Es ist ein Gemeinplatz geworden zu erklären, daß die Städte aller dem Westen zugehörigen Länder unseres Kontinentes dabei

eine große Aufgabe zu erfüllen haben. Ihnen obliegt es dafür zu sorgen, daß jene Feststellung nicht wahr wird, wonach Europa in die Hände der Heimatlosen und der Technokraten fiele. Gerade durch das Mitwirken der Gemeinden wird diese Gefahr abgewendet. Wir wünschen ein Europa, das auf das Wohlergehen der Bürger ausgerichtet ist, ohne daß dabei die Bande mit der eigenen Heimat zu lösen wären.

Möge sich der Österreichische Städtebund in den kommenden Dezennien neben seinen gewiß bedeutenden nationalen Aufgaben mehr und mehr dem hohen Anliegen der Europäischen Völkerverständigung und Einheit widmen."

- - -

Gesperrt bis 20 Uhr!

Großer Festakt im Theater an der Wien:

50 Jahre Österreichischer Städtebund
=====

7. Oktober (RK) Der Österreichische Städtebund, die Interessenvertretung der österreichischen Städte und Großgemeinden, feiert heute die 50. Wiederkehr seiner Gründung. Aus diesem Anlaß fand heute abend im Theater an der Wien in Anwesenheit von Bundespräsident Franz Jonas ein feierlicher Festakt statt. Die Sitzreihen und Logen des festlich geschmückten Theaters waren von zahlreicher Prominenz aus dem In- und Ausland voll besetzt. Es waren erschienen: Bundeskanzler Dr. Klaus, Vizekanzler Dr. Fittermann, mehrere Bundesminister und Staatssekretäre, Bürgermeister Marek mit den Mitgliedern des Wiener Stadtsenates, der Wiener Landtagspräsident Dr. Stemmer, Mitglieder des National-, Bundes- und Gemeinderates und rund 600 Bürgermeister österreichischer Städte und Gemeinden. An der Spitze der ausländischen Delegationen standen der Präsident des Internationalen Gemeindeverbandes, Minister Spinoy, und der Präsident des Rates der Gemeinden Europas, Staatssekretär Dr. Cravatte.

Mit der Bundeshymne wurde der Festakt eingeleitet. Anschließend spielten die Wiener Symphoniker den 1. und den 4. Satz der Kleinen Nachtmusik von W.A. Mozart. Nach der Begrüßung der Festgäste durch den Geschäftsführenden Obmann des Österreichischen Städtebundes, Vizebürgermeister Felix Slavik, betrat Bundespräsident Franz Jonas das Rednerpult (siehe "Rathaus-Korrespondenz", Blatt 2529 bis 2532). Nach ihm sprachen Bundeskanzler Dr. Josef Klaus (siehe "Rathaus-Korrespondenz", Blatt 2533 bis 2535), Minister Spinoy und Staatssekretär Dr. Cravatte (siehe "Rathaus-Korrespondenz", Blatt 2540 bis 2541 bzw. Blatt 2545 bis 2547). Die Festrede hielt sodann das Ehrenmitglied des Österreichischen Städtebundes, der Linzer Bürgermeister a.D. Dr. Ernst Koref (Text folgt). Mit dem 1. Satz der 5. Symphonie von Franz Schubert klang der offizielle Teil des Festaktes aus.

Nach der Pause fand ein Konzert der Wiener Symphoniker unter der Leitung von Franz Bauer-Theussl mit Werken von Johann und Josef Strauß statt.

1915 - 1965

Mit dieser "Geburtstagsfeier" tritt eine Organisation in das Rampenlicht der breiten Öffentlichkeit, deren Tätigkeit für die Gemeinden von besonderer Bedeutung ist, die aber auch die Innenpolitik unserer Republik nicht unwesentlich beeinflusst.

Obwohl die Ursprünge einer österreichischen Städteorganisation bis in das Jahr 1887 zurückreichen, in dem auf Einladung des Bürgermeisters der Stadt Wien eine Zusammenkunft der Delegierten der Landeshauptstädte stattfand, und obwohl in den darauffolgenden Jahren schon fallweise Städtekonferenzen in Österreich abgehalten wurden, ist der 24. September 1915 die Geburtsstunde des Österreichischen Städtebundes. Für diesen Tag hatte die Stadt Wien die Vertreter der deutschsprachigen Städte der Monarchie in das Wiener Rathaus zur gründenden Tagung einer Städtevereinigung eingeladen. Dieser Vereinigung, die damals den Namen "Bund der deutschen Städte Österreichs" führte, traten zunächst 50 Städte bei. Beim Zusammenbruch der Monarchie im November 1918 umfaßte der Städtebund 155 Städte und Märkte mit mehr als fünf Millionen Einwohnern.

Im Jahr 1919 wurde die österreichische Städteorganisation der neuen Staatsform angepaßt. Ein Jahr später berief die Vereinigung, die zu diesem Zeitpunkt "Deutsch-österreichischer Städtebund" hieß, einen Städtetag nach Wien ein. Die Ziele, die sich der Städtebund damals steckte, sind im wesentlichen die gleichen, die er auch heute verfolgt: die Wohlfahrt der ihm angehörenden Gemeinwesen zu pflegen, die gemeinsamen Interessen der Städte und Großgemeinden zu vertreten, ihre Einrichtungen zu fördern und sie in rechtlichen und wirtschaftlichen Angelegenheiten zu beraten. In der Ersten Republik gewann der Österreichische Städtebund bald große Bedeutung. Die alljährlich abgehaltenen Städtetage wurden zu einem echten Parlament der Gemeindevertreter, das bei der Regierung und bei allen Parteien Anerkennung fand. Die Zerstörung der demokratischen Einrichtungen im Jahr 1934 setzte jedoch dieser Tätigkeit ein jähes Ende. ./.

Nach dem zweiten Weltkrieg wurde der Österreichische Städtebund am 10. März 1946 in Wien wiedergegründet. An der Gründungsversammlung, dem ersten Österreichischen Städtetag, nahmen 60 Vertreter aus 27 Gemeinden teil. Dieser Tagung folgten bis heute 17 weitere Hauptversammlungen.

Seit seiner Wiedererrichtung hat der Österreichische Städtebund - dem heute 184 Städte und Gemeinden angehören, in denen mehr als die Hälfte der Bevölkerung Österreichs lebt, - seine Tätigkeit auf alle Gebiete des kommunalen Lebens **ausge-**weitert.

Eine erhebliche Zahl von gesetzlichen Maßnahmen, die die gesamte Bevölkerung berühren, geht auf Initiativen des Österreichischen Städtebundes zurück. Einer der Höhepunkte im jahrzehntelangen Wirken des Österreichischen Städtebundes ist die 1962 erfolgte Schließung der in der österreichischen Bundesverfassung auf dem Gebiete des Gemeinderechtes bestandenen Lücke. Die Bundes-Verfassungsgesetznovelle 1962 ist im wesentlichen das Werk einer Studienkommission des Österreichischen Städtebundes, die in jahrelanger Arbeit unter Mitwirkung hervorragender Fachleute grundlegende Vorarbeiten geleistet hat. Bei den Verhandlungen um die Gestaltung des Finanzausgleichs, mit dem die finanziellen Beziehungen zwischen den Gebietskörperschaften geregelt werden, ist der Österreichische Städtebund anerkannter Partner des Bundes und der Länder und entschiedener Wahrer der gemeindlichen Interessen in der Erkenntnis, daß nur die finanziell gesunde Gemeinde jener feste Grundstein ist, auf dem das Gebäude des Staates ruhen kann.

Diese Ausweitung der Tätigkeit des Österreichischen Städtebundes machte es erforderlich, auch die Statuten der Organisation den neuen Gegebenheiten anzupassen. Höchstes Gremium des Österreichischen Städtebundes ist der Österreichische Städtetag, in dem jede Mitgliedsgemeinde Sitz und Stimme hat. Die Leitung der Arbeiten obliegt dem Hauptausschuß, der aus ständigen und nichtständigen Mitgliedern besteht.

Durch dieses System der wechselnden Mitgliedschaft zum Hauptausschuß ist praktisch allen Mitgliedsgemeinden Gelegenheit geboten, an den Arbeiten der Organisation mitzuwirken. Die Erledigung der laufenden Geschäfte obliegt der Geschäftsleitung, die in allen jenen Angelegenheiten, die nicht ausdrücklich dem Städtetag oder dem Hauptausschuß vorbehalten sind, Beschlüsse fassen kann. Ihr gehören Vertreter sämtlicher Bundesländer an. Eine besonders wichtige Rolle spielen die Fachausschüsse des Österreichischen Städtebundes, die für verschiedene Zweige der kommunalen Tätigkeit geschaffen worden sind. In diesen Ausschüssen werden von hervorragenden Experten Fragen fachlicher Natur eingehend vorberaten, bevor sie den beschlußfassenden Körperschaften des Österreichischen Städtebundes vorgelegt werden. Der Berichterstattung über kommunalpolitische und kommunalwirtschaftliche Probleme sowie über die Tätigkeit des Österreichischen Städtebundes und seiner Ausschüsse dient die "Österreichische Gemeinde-Zeitung".

Der Österreichische Städtebund ist aber auch in der internationalen Gemeindepolitik fest verankert. Er ist seit Jahrzehnten Mitglied des Internationalen Gemeindeverbandes in Den Haag und hat einen Sitz im Exekutivkomitee des IGV. Der Österreichische Städtebund gehört außerdem dem Rat der Gemeinden Europas an und ist im Präsidialrat dieser Einrichtung vertreten. Der Österreichische Städtebund nimmt weiters an den Arbeiten der Europäischen Gemeindekonferenz des Europarates in Straßburg teil, die in zweijährigen Abständen zusammentritt. Enge Verbindungen unterhält der Österreichische Städtebund zu zahlreichen Städteorganisationen in europäischen und überseeischen Ländern; dies gilt naturgemäß vor allem für das Verhältnis zu den Kommunalverbänden in den Nachbarstaaten.

Österreichischer Städtetag 1965

Morgen, Freitag, den 8. Oktober, und übermorgen, Samstag, den 9. Oktober, wird im Festsaal des Wiener Rathauses der Österreichische Städtetag 1965 abgehalten.

Auf dem morgigen Programm des Städtetages, der um 9 Uhr eröffnet wird, stehen am Vormittag folgende Referate: "Kommunalpolitik 1945 - 1965 - 1985", Referent Bürgermeister Edmund Aigner, Linz; "Die Strukturfragen der österreichischen Wirtschaft im Lichte

der europäischen Integration", Referent Außenminister Dr. Bruno Kreisky; "Föderalismus in einem kleinen Land - Möglichkeiten und Grenzen", Referent Bürgermeister Dr. Alois Lugger, Innsbruck. Für den Nachmittag sind eine Wienerwaldfahrt und ein Wiener Abend in der Stadthalle vorgesehen.

Am Samstag, dem 9. Oktober, wird der Österreichische Städte- tag 1965, gleichfalls im Festsaal des Rathauses, um 9.30 Uhr mit dem Bericht des Generalsekretärs des Städtebundes, Bundesrat Otto Schweda ("Aus der Arbeit des Österreichischen Städtebundes"), sowie den Berichten des Kassiers (Bürgermeister Kommerzialrat Alfred Bäck, Salzburg) und des Rechnungsprüfers (Bürgermeister Josef Wondrak, Stockerau) fortgesetzt. Anschließend finden eine Diskussion und die Neuwahl der Geschäftsleitung, der Rechnungs- prüfer und der nichtständigen Mitglieder des Hauptausschusses statt. Sodann wird Nationalratspräsident Dr. Maleta über "Unsere Republik und ihre Volksverbundenheit" sprechen. Die Schlußan- sprache wird Bürgermeister Bruno Marek halten.

- - -

Gesperrt bis 20 Uhr!

Festakt 50 Jahre Österreichischer Städtebund:

Die Festrede von Bürgermeister a.D. Dr. Ernst Koref
=====

7. Oktober (RK) Die Festrede bei dem Festakt 50 Jahre Österreichischer Städtebund, der heute abend im Theater an der Wien stattfand, hielt das Ehrenmitglied des Österreichischen Städtebundes, Bürgermeister a.D. Dr. Ernst Koref. Er sagte:

"In dieser feierlichen Stunde und festlichen Runde geziemt es sich, einen geschichtlichen Rückblick über den jubilierenden Österreichischen Städtebund zu geben, wenn er auch nur flüchtig sein kann. Ich habe Material gesammelt und gesichtet, wie und wo ich konnte. Einem zünftigen Historiker wird es vorbehalten bleiben, lückenloses Material aufzustöbern, um eine zusammenhängende Geschichte schreiben zu können.

Im alten Österreich hat es eine Reihe regionaler und nationaler Gemeindeverbände gegeben.

So fand vor 60 Jahren am 5. und 6. Mai 1905 - von Bürgermeister Dr. Karl Lueger eröffnet und begrüßt - in Wien der V. Österreichische Städtetag statt. 32 Städte mit eigenem Statut, ohne Unterschied der Nation, waren eingeladen, 29 leisteten aus dem weiten Rund der Reichshälfte diesseits der Leitha, der Einladung Folge. Zum Vorsitzenden war zum dritten Male, so heißt es, der Stadtpräsident von Lemberg, Dr. Ritter von Malachowski, gewählt worden.

Wir erfahren weiter, daß im damaligen österreichischen Reichsrat eine parlamentarische Vereinigung der Abgeordneten österreichischer Städte gebildet worden war, die vom Städtetag herzlich akklamiert wurde.

Es wurden damals fünf grundlegende Referate gehalten. Es regnete Proteste gegen die ständigen Eingriffe der Statthaltereien und Bezirkshauptmannschaften in die Autonomie der Gemeinden. Ein kritischer Geist wäre versucht, Parallelen festzustellen und vielleicht zu sagen: tout comme chez nous! Zu deutsch etwa: Das kommt uns nicht ganz unbekannt vor!

Sehr interessant ist das Schlußwort des Präsidenten zu lesen, in dem er 'der Zeit der höchsten Blüte der (parlamentarischen) Obstruktion' 'die leidenschaftslose Beharrlichkeit' gegen-

überstellte, die die Arbeit der Städte auszeichnet. Und dann heißt es wörtlich: 'Nachdem jetzt den vielen mageren Jahren unseres Parlamentarismus hoffentlich doch fettere nachfolgen werden und doch Hoffnung vorhanden ist, daß das Abgeordnetenhaus sich endlich auch mit den städtischen Interessen einmal wird befassen können - und befassen müssen, so glaube ich berechtigt zu sein, der sicheren Hoffnung Raum zu geben, daß auch die Beschlüsse des V. Österreichischen Städtetages seitens der Regierung und des Abgeordnetenhauses nicht unberücksichtigt bleiben werden'. Es folgte der Zwischenruf: 'Gott gebe es!'

Drei Monate vorher, am 10. Februar 1905 hatte, wie dem gleichen stenographischen Protokoll zu entnehmen ist, der 'Ständige Ausschuß' eine vorbereitende Sitzung abgehalten. Von seiner Existenz hören wir bei dieser Gelegenheit zum erstenmal und wir entdecken dabei, daß vor zwei Jahren (also 1903) gleichfalls ein österreichischer Städtetag stattgefunden habe. Es ist, wie Sie sehen, eine einigermaßen mühsame Komposition!

In dieser Sitzung sagte Dr. Lueger wörtlich: 'Die Agrarier haben einen kolossalen Einfluß im Abgeordnetenhaus. Die Städtevertreter werden förmlich als quantité négligeable betrachtet. Es geschieht für sie gar nichts. Wir werden hingestellt, als ob wir das Volk und das Land aussaugen würden und alle möglichen Unbilden werden auf uns gewälzt. Es ist daher notwendig, daß sich die Städte rühren!' - Ich will nicht noch einmal vorlaut sein! - Schließlich läßt Dr. Lueger, der große Wiener Bürgermeister und Österreicher, sich zu dem Ausspruch hinreißen: 'Es ist traurig in unserem lieben Vaterland Österreich!'

Die Bedürfnisse und Erfordernisse eines gesunden Zusammenlebens treten eben nirgends so deutlich und so zwingend in Erscheinung wie in der Gemeinde. Sie ist ja - neben der Familie - die lebensnächste Form der Gemeinschaft. Die res publica findet in ihr vor allem Lebensquell und Lebenskraft. Und so haben die Gemeinden in allen Phasen der österreichischen Geschichte eine höchst aner kennenswerte, aber nicht immer anerkannte geistige und ethische Aktivierung der Bevölkerung zuwege gebracht.

Was nun für uns von ganz besonderem Interesse ist, ist der Bericht über eine 'Tagung deutschösterreichischer Städte, die

am 14. Mai 1915 in Wien abgehalten wurde. Bei diesem Anlaß erhalten wir Kenntnis, daß es eine 'Finanzpolitische Städtekommission des Deutschen Nationalverbandes' gab, der diese Einberufung zu danken war.

Am 5. August desselben Jahres 1915 erweiterte sich diese Gruppe durch Beiziehung von Kronlandsvertretern zum vorbereitenden Ausschuß für die Organisation des Deutsch-österreichischen Städtebundes'. So steht es im Protokoll zu lesen.

Wir stehen nun im Jahre 1915 mitten in der Zeit des ersten Weltkrieges. Die Situation war durch dessen mit katastrophalen wirtschaftlichen Auswirkungen verbundenen Ablauf kritisch und auf jeden Fall für den Vollzug der Gründung des Deutsch-österreichischen Städtebundes reif geworden.

Sie erfolgte offiziell am 24. September 1915 in Wien. Dies ist also das eigentliche Gründungsdatum, dessen 50. Wiederkehr wir heute gedenken. Schon im Juni-Juli-Heft des Jahrganges 1912 schrieb die 'Österreichische Städtezeitung', die die Schaffung des Bundes gleichfalls intensiv propagierte, 'einen großen programmatischen Artikel, in dem sie die Grundzüge einer das ganze Reich umfassenden Städteorganisation' entwickelte. Darin ist folgendes zu lesen: 'Die Erfolge des von der Gemeinde Wien bereits achtmal einberufenen Städtetages der österreichischen Statutarstädte' (eine gewiß historisch beachtenswerte Mitteilung!) 'waren bisher nur sehr gering. Die Ursache dieses Mißerfolges lag sowohl in den politischen und nationalen Verhältnissen des Reiches und in der damit zusammenhängenden Lahmlegung jeder parlamentarischen Tätigkeit als auch in dem Mangel eines festen Gefüges'.

Diese erste Vollversammlung nun vom September 1915 war von 58 Städten Österreichs beschickt. An ihrem Ende wurde der damalige Bürgermeister von Wien, Minister a.D. Dr. Weißkirchner, ein prominentes Mitglied der christlich-sozialen Partei, zum Präsidenten gewählt.

Mit der Annahme der Statuten, der Wahl der Geschäftsleitung, eines engeren Arbeitsausschusses und des sogenannten 'Großen Ausschusses' war die Konstituierung des Deutsch-Österreichischen Städtebundes formgerecht vollzogen. Mit geziemender Würde

und Geduld nahm am 16. Oktober 1915 Ministerpräsident Graf Stürgkh die Vorstellung des Präsidiums und die Beschlüsse sowie die Wünsche der konstituierenden Versammlung zur geneigten Kenntnis.

Und schon am 4. November tagte in Wien die 1. Arbeitsausschußsitzung. Darüber liegt ein sehr ausführlicher Bericht aus dem 'Amtsblatt der k.k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom 12. November 1915' vor, der ganz ungewöhnlich interessant ist. Damals gehörten bereits 70 Städte mit insgesamt 3,174.000 Bewohnern dem Bunde an. In den Statuten war festgelegt, daß nur Gemeinden mit mindestens 3.000 Einwohnern die Mitgliedschaft erwerben können. Das ganze, sich ständig steigernde Elend der kriegswirtschaftlichen Verhältnisse und die große Not der Bevölkerung spiegeln sich bereits in diesem Bericht, aus dem hervorgeht, daß die Kommunalpolitiker jener Zeit kaum mehr ein und aus wußten. So jagten sich zum Beispiel die Kronländer, aber auch die Städte selbst gegenseitig die Lebensmittel ab, Ungarn nahm eine aufreizend egoistische Sonderhaltung ein, es ging alles statt miteinander auseinander und gegeneinander. Jedem, der sich jene so drangvolle Zeit vergegenwärtigen will, ist die Lektüre dieses Protokolls zu empfehlen. Es enthält Klagen und Anklagen, die die beste Illustration für die zur Katastrophe drängenden Zeitverhältnisse darstellen. Es wäre unendlich verlockend, eine Reihe von Beispielen zu bringen. Ich muß es mir hier versagen. Nur ein einziges Beispiel: Es wurde unter vielem anderen der Jammer der Kriegsinvaliden (wir schreiben erst 1915!) angeprangert. So erhielt ein vollinvalides Soldat eine 'Pension' (sit venia verbo!) von monatlich sechs Kronen. Alles übrige wurde kurzerhand den Gemeinden überlassen! -

Nunmehr aber stehe ich in der mir zur Verfügung gestandenen historischen Überlieferung einer großen Lücke gegenüber. Ab Mitte Mai 1916 bis in das Jahr 1924 hinein fehlte mir die notwendige Dokumentation. Es bleibt mir nur zu sagen übrig: Hier stehe ich, ich kann nicht anders! Jedenfalls wissen wir zur Genüge, daß das Verhängnis in jenen Kriegsjahren seinen Lauf nahm.

Die historischen Ereignisse selbst von 1917 und 1918, die mit unerbittlicher Zwangsläufigkeit abrollten, vom Kriegsende und Zerfall der alten Monarchie bis zur Gründung der Ersten Republik, das harte, schwere Erbe, das diese antreten mußte, das alles ist ja bekannt und braucht hier nicht erörtert zu werden. Wir Älteren und Ältesten wissen aus eigenem Erleben genug um die Dinge.

Was aber den Städtebund anbelangt, so können wir seine weitere Geschichte nur mühsam rekonstruieren.

Es war festzustellen, daß er mit Ende August 1924 sein Vertragsverhältnis mit der 'Österreichischen Städte-Zeitung' löste und mit 1. September 1924 ein eigenes, offizielles Organ 'Österreichische Gemeinde-Zeitung' herausbrachte. Der Kuriosität halber sei erwähnt, daß der jährliche Bezugspreis mit 200.000 Kr festgelegt wurde. Zur weiteren Verfolgung der geschichtlichen Entwicklung des damals noch 'Deutsch-Österreichischen Städtebundes' standen mir nun der erste Jahrgang (1924), der nur vier Folgen umfaßte, die zwei kompletten Jahrgänge 1925 und 1933 und von der ab 15. April 1946 (Jahrgang 13) wiedererschienenen 'Offiziellen Zeitschrift des Österreichischen Städtebundes' sämtliche Hefte zur Verfügung.

In einer Sitzung des 'Großen Ausschusses' vom 28. Februar 1925 gab der damalige geschäftsführende Obmann Vizebürgermeister Emmerling einen kurzen Überblick über die Arbeit des Städtebundes in den Jahren 1922 bis 1924. Er führte dabei die Gründe an, die dafür maßgebend waren, daß keine Vollversammlung abgehalten worden war. Die letzte hatte nach seiner Angabe im Oktober 1921 stattgefunden. Für den 9. Mai 1925 aber - sohin also vor 40 Jahren - (es liegt ein ganz eigenartiger Rhythmus vor: 1905-1915-1925!) wurde wiederum eine ordentliche Hauptversammlung nach Wien einberufen. Darüber nun gibt es einen genauen Bericht. Damals gehörten dem Städtebund 26 Städte mit mehr als 10.000, 36 Gemeinden mit mehr als 5.000 und 54 Gemeinden mit mehr als 3.000 Einwohnern an, sohin waren im Verbandsverbande 116 Großgemeinden, wenn der Ausdruck erlaubt ist, zusammengeschlossen.

Bürgermeister Karl Seitz, eine der markantesten Persönlichkeiten der Ersten Republik - wir haben seine verehrungswürdige Erscheinung in treuer Erinnerung -, sprach die Begrüßungs- und Einführungsworte. So erklärte er: 'Die gemeinsame Not ist es, die uns zusammenführt. Wenn wir auf die Städtetage zurückblicken, die wir seit 1887 gehabt haben, so waren es immer wichtige finanzielle, organisatorische und Verwaltungsaufgaben, die diese Kongresse beschäftigten'. Seitz nennt also das Jahr 1887, in dem ein Erster Städtetag stattgefunden habe. Die Angaben geben Fingerzeige, bedürfen aber der Klärung. Der schon erwähnte ausführliche Bericht ist durch erschütternde Darstellungen der Lage gekennzeichnet, in der sich damals die Gemeinden- kriegs- und ~~nach~~kriegsbedingt befanden. Ihr Aufgabenbereich war zwangsläufig wiederum wesentlich erweitert worden.

Nun setzt, wie schon erwähnt, die Überlieferung, soweit sie mir zur Verfügung stand, erst mit dem Jahre 1933 fort.

Wir erfahren aus dem Zehnten Jahrgang der genannten Zeitschrift, daß am 19. November 1932 Bürgermeister Seitz abermals eine 'Hauptversammlung des Städtebundes' eröffnet und begrüßt habe. 'Die Not der Städte und der Gemeinden schreit' - so verkündete der Mann, der ein großes Stück österreichischer Geschichte repräsentiert - .' Der Zustand, in dem sich heute die großen Gemeinden Österreichs befinden, ist unerträglich Man muß von einer Präpotenz des Staates gegenüber den Gemeinden sprechen - Die Gemeinde ist für sich ein Individuum mit besonderer Eigenart - Die Gemeinden müssen wieder zu ihrer Autonomie kommen.' - Die Beratungen werden 'vor allem in der Forderung nach Wiederherstellung des Gemeinderechtes in Österreich, des Rechtes der freien Gemeinde im freien Staate ausklingen müssen.'

Diese Worte spiegeln von ungefähr die Entwicklung der Dinge wider. Die Situation war für die Kommunalverwaltungen in der Tat **trost-** und hoffnungslos geworden. Es kam sogar zu Konkursanträgen und Konkursverfahren gegenüber den einzelnen Gemeinden und die Angestellten wurden in Raten bezahlt und mußten schließlich auf nicht unbeträchtliche Teile ihres ohnehin bescheidenen Einkommens verzichten. Man kann sich die

'atmosphärischen Störungen' ungefähr vorstellen, die solche 'freiwilligen' Zwangsmaßnahmen verursachten.

Daß sich im Zeichen der traurigen, die ganze Volkswirtschaft und den ganzen Staat erschütternden Entwicklung die innenpolitischen Verhältnisse verhängnisvoll zuspitzten, haben wir in bitterböser Erinnerung.

Wohl standen die Städte zunächst mehr oder minder an der Peripherie der zentralen Machtkämpfe, sie wurden aber schließlich in die tragische Entwicklung mit hineingerissen.

Inzwischen war ja in Deutschland mit dem Anbruch der nationalsozialistischen Ära die große Wende, damit aber auch die geschichtliche Peripetie eingetreten. Daß sie auf die Lage in unserem Lande alles eher als beruhigend einwirkte, war klar, sie beschleunigte unseren Sturz in jene Katastrophe, die mit dem 4. März 1933 und dem 12. Februar 1934 ihre Tiefpunkte erreichte.

Der Nationalratsabgeordnete Schmitz wurde von der Regierung Dollfuß zum Bundeskommissär für Wien und zum Treuhänder des Städtebundes bestellt. Schon für den 5. Mai 1934 waren 'die Herren Bürgermeister beziehungsweise Regierungskommissäre der Statutargemeinden' (so hieß es wörtlich) zu einer Beratung nach Wien eingeladen worden. Auf der Tagesordnung stand nur das Thema 'Die Gemeindeautonomie im Ständestaate'. Ich bedaure aus historischen Gründen, daß ich mangels an Material über das Wirken des Städtebundes zwischen 1934 und 1938 nichts Näheres berichten kann. Ein besonders reges autonomes Leben dürfte es der ganzen Sachlage nach kaum gegeben haben.

Die nationalsozialistische Okkupation Österreichs im März 1938 brachte die Auflösung des Städtebundes, beziehungsweise sein Aufgehen im 'Deutschen Gemeindetag'. Nun prasselte ein pathetischer Phrasenschwall ohnegleichen auch über den Gemeindesektor hernieder. Der zum Bürgermeister von Wien ernannte Dr. Ing. Hermann Neubacher, ein an sich hochbegabter, aber leider - wie so viele andere - von der Sturmflut der Ereignisse widerstandslos hingerissener Mann, erklärte am 14. Juni in Berlin: 'Die falsche Hülle von Feindesgnaden ist für immer weg; über die Kluft zwischen dem Gestern und dem Heute der deutschen Ostmark wird keine Macht der Welt mehr eine Brücke bauen

Der Orkan des Jubels, der den Führer empfing, war Gottes Stimme.' Der tönenden Phrasen war kein Ende. Es rauschte unentwegt dahin und, wenn man das heute nachliest, kann man es kaum mehr fassen, daß alle diese pseudorhetorischen Kaskaden so tosenden Beifall fanden. Freilich war manches Getue gestellt und bestellt, Zwang und Angst wurden durch Lärm kompensiert.

Mit 1. Oktober 1938 wurde im Lande Österreich, das dann in Gaue zersplittert wurde, um den Zusammenhalt zu untergraben, die 'Deutsche Gemeindeordnung' eingeführt, deren Grundlage das 'Führerprinzip' war. In Wien wurde eine Dienststelle des 'Deutschen Gemeindetages' errichtet, die dann dem berüchtigten Gauleiter Bürkl unterstellt wurde.

Elf Jahre währte das 'Tausendjährige Reich', der Rauschzustand erheblich kürzer! Sieben Jahre genügten, daß unser armes, seelisch und materiell schwerst geschlagenes Österreich - größtenteils ungewollt oder in wahrhaft verhängnisvoller Weise irreführt - in die größte Katastrophe der Weltgeschichte mit hineingerissen worden war. Wir haben wohl so ziemlich alle, die wir heute hier versammelt sind, die schrecklichen Jahre und das mit ihnen verbundene, unvorstellbare Chaos, das zurückblieb, in schauriger, trauriger Erinnerung.

Viele freilich haben vieles vergessen. Man kann darüber verschiedener Meinung sein, ob es gut so ist! Der in Stuttgart lebende Schriftsteller Albrecht Goes sagt in seiner Novelle 'Brandopfer': 'Es muß ja auch vergessen werden, denn wie könnte leben, wer nicht vergessen kann? Aber zuweilen muß einer da sein, der gedenkt!' Ich möchte in reiner Absicht einer von denen sein! Weil ich glaube, daß die gelegentliche Mahnung an jene gnadenlose Zeit im Interesse der Menschheit und der Menschlichkeit gelegen ist.

In jenen grauenvollen Jahren, da unser Land durch den Willen von Psychopathen besetzt und von Bomben zerfetzt - schwer angeschlagen und wund darnieder lag, ist es zunächst nur in den blutenden Herzen und in heißen Wunschträumen wieder erstanden, dann aber - wohl abermals besetzt und gevierteilt, von Leid und Hunger gepeinigt, staatsrechtlich als die Zweite Republik Österreich.

Mit nie geahnter Lebenskraft und von einheitlichem Willen be-
seelt, erhob sie sich zu einem freien, autonomen, geordneten
Staatswesen, das auf das Erreichte stolz sein darf und mit
aller Hingebung darauf bedacht sein muß und hoffentlich auch
sein wird, es zu erhalten und zu mehren.

Auch der Städtebund ist wieder erstanden. Aus begreif-
lichen Ressentiments und Staatsraison heißt es mit Verzicht-
leistung auf das bisherige Attribut 'deutsch' - nunmehr 'Öster-
reichischer Städtebund'. Er hat gewiß an der Wiedergeburt
unseres Staates opferbereit und verdienstvoll mitgearbeitet.

Für den 3. Februar 1946 wurde, ich darf es sagen, weil
es aktenkundig ist, über meine Anregung nach Linz eine 'Tagung
der österreichischen Städtevertreter' einberufen, über die
ein vollständiges Protokoll vorliegt. Ich hatte schon längst
mit den Kollegen Dr. Speck (Graz) und Neumayr (Salzburg) Füh-
lung aufgenommen und im ersten möglichen Moment auch die Ver-
bindung mit Wien hergestellt. An der Tagung nahm auch Landes-
hauptmann Dr. Gleissner teil, der herzliche Grußworte sprach.
Verkehrstechnischer Umstände halber trafen die beiden Ver-
treter Wiens, Bürgermeister General Theodor Körner und Stadt-
rat Honay, mit starker Verspätung ein.

Im Verlaufe der Diskussion, die sich an die drei großen
Referate anschloß, sprach auch Bürgermeister Körner und er
schloß mit dem Satze: 'Daher stelle ich den Antrag, daß Sie
den Städtebund wieder aufleben lassen und nach Wien möglichst
bald eine diesbezügliche Tagung einberufen.'

Inzwischen war von mir im Einvernehmen mit dem damaligen
Oberbürgermeister Dr. Scharnagl von München und der Amerikani-
schen Militärregierung für Oberösterreich und Salzburg der
während des Bombenhagels von Berlin nach Wels verlagerte
'Deutsche Gemeindetag' liquidiert worden. Die Niederschrift
hierüber trägt das Datum 28. November 1945 und liegt im
Linzer Stadtarchiv. Es verdient vermerkt zu werden, daß im
August 1945 noch folgendes Personal des 'Deutschen Gemeinde-
tages' in Wels im Stande geführt wurde: drei Beigeordnete, drei
Hauptreferenten, drei Referenten, ein Bürodirektor, ein Kassen-
leiter und zwölf Sekretärinnen! Am 10. März 1946 vollzog sich
auf Grund einer von Bürgermeister Körner 'An die Gemeinden

Österreichs' gerichteten Einladung vom 25. Februar im Wiener Rathaus die offizielle Wiedergeburt des 'Österreichischen Städtebundes', über die die gleichzeitig wiederbelebte 'Österreichische Gemeindezeitung' in ihrer Nummer 1 vom 15. April 1946 ausführlich berichtete.

Der Chronist, aber auch ein künftiger Geschichtsschreiber haben es nun wesentlich leichter. Denn ab nun bietet die genannte Zeitung durchaus verlässliche und erschöpfende Unterlagen. Es gibt von nun an keine Lücken mehr, die erst durch ein mühsames Stöbern und Quellenstudium geschlossen werden müßten.

Wir sind nun über Leben und Wirken des Städtebundes genau unterrichtet und es werden sehr, sehr viele heute unter uns sein, die dafür persönlich zeugen können. Es wäre müßiges Beginnen, auch nur andeutungsweise den Umfang seiner vielgestaltigen und verantwortungsbewußten Tätigkeit, die sich in den verschiedenen Ausschüssen und im Plenum - meist in bester Harmonie - vollzog, zu skizzieren.

Seit jenen Wiederbelebungsstag 1946 hat es insgesamt 18 Österreichische Städtetage gegeben, so daß der morgige noch keine Jubiläumsnummer trägt. Die meisten haben in Wien stattgefunden, je einer in Graz, Salzburg, Linz, Innsbruck und Klagenfurt.

Das Wirken unseres Städtebundes ist aus dem Achtung gebietenden Aufbauwerk der Zweiten Republik nicht wegzudenken. Dieses Aufbauwerk aber können auch anmaßende Spötter durch einen für politische Zwecke bestellten, sicherlich bestbezahlten, aber völlig verzerrten 'Spiegel' nicht aus der Welt schaffen. Man kehre lieber vor dem eigenen Spiegel!

Von den seit 1946 stets einstimmig gewählten Vorsitzenden, Geschäftsführern und Generalsekretären weilen General Körner, unser hochverdienter und hochverehrter späterer Bundespräsident, die Vizebürgermeister Emmerling, Speiser und Honay sowie Generalsekretär Riemer nicht mehr unter uns.

Wir wollen in dieser Feierstunde ihrer, aber auch der vielen anderen, verdienstvoll tätigen Kommunalpolitiker, die mit uns gemeinsam gearbeitet, uns aber inzwischen leider für

immer verlassen haben, in tiefer Dankbarkeit und aufrichtiger Trauer gedenken.

Die österreichische Gesamtleistung von Volk und Staat, Ländern und Gemeinden auch nur zu unreißen und einigermaßen zu würdigen, ist hier natürlich nicht möglich. Der überraschend schnell sich vollziehende Umwandlungsprozeß vom Agrarstaat zum Industriestaat und der damit naturbedingt verbundene soziale Strukturwandel, die gerade für die Kommunalpolitik folgenbelastete Agglomeration der Bevölkerung mit ihrer Großraumballung, die Auswirkungen der ohne die politischen Parteien nicht vorstellbaren und nicht funktionsfähigen modernen Massendemokratie, die nur Rückwärtsschauende nicht begreifen, die historisch **und sachlich** begründeten Parallelströme des Zentralismus und Förderalismus, die aus der Mitbestimmung und Mitverantwortung sich ergebenden vorwärtsdrängenden Kräfte der Selbstverwaltung - alle diese geistigen, ethischen und dynamischen Faktoren galt es zu nutzen und zu meistern. Ich möchte es kurz so zusammenfassen:

Die lenkende und regelnde, die vorwärts drängende und doch, wenn notwendig, immer auch ausgleichende Wirksamkeit der Demokratie hat erreicht, daß ein Ganzes wurde, das - aller Kritik trotzend - ein kleines Wunder darstellt, das draußen mehr anerkannt wird als drinnen, das wir nur sorgsam hüten und pflegen und einträchtig vergrößern und verschönern müssen. Hüten wir uns vor der verderblichen Zersplitterung der bewährten Kräfte! Der Ausgleich der Gruppeninteressen ist Aufgabe und Ziel der Demokratie. Sie muß in allen Situationen ein Notsteg menschlicher Beziehungen bleiben!

Ist die Entwicklung unserer Städte nach all dem furchtbaren Erleben des Faschismus und des zweiten Weltkrieges nicht geradezu ein klassischer Beweis für die Aufbau- und Gestaltungskräfte, die die Demokratie auszulösen vermochte? Wir sollen daher nicht ungerecht, ungeduldig und undankbar sein, sondern der Zukunft vertrauen und dienen.

Ihr vor allem dienen, unter Zurückstellung kleiner und kleinlicher Differenzen! Ich bitte um gütiges Verständnis, wenn ich an dieser Stelle ein unübertrefflich formuliertes Mahnwort des großen englischen Dramatikers John Priestley setze:

'Ein Gesellschaftsgebäude, dessen einziger Kitt der Wohlstand ist, würde in einer Krise zusammenbrechen wie ein Kartenhaus!' Der Dichter legitimiert sich mit diesem einen Satz als wahrer 'Staatsmann'!

Der Österreichische Städtebund hat stets auch großen Wert auf enge und aufrichtige Zusammenarbeit mit dem 2. Verband österreichischer Gemeinden, mit dem 'Österreichischen Gemeindebund' gelegt. Daß die Interessen und Aufgaben nicht immer ganz gleich gelagert waren und sind, liegt in der Natur der Sache. Dennoch aber darf von einem gegenseitigen Verhältnis gesprochen werden, das weit mehr als bloße Koexistenz ist, es war und ist eine Kooperation, die kaum etwas zu wünschen übrig läßt.

Bestfreundschaftliche Beziehungen unterhält der Österreichische Städtebund seit eh und je mit der 'Internationalen Städte-Union, kurz IULA genannt (International Union of Local Authorities), die ihren Sitz in Den Haag hat. Ich selbst hatte die Ehre, lange Jahre als einziger Österreicher ihrem Exekutivkomitee anzugehören, nach meinem selbstverfügten Ausscheiden übernahm unser hochverehrter Herr Bundespräsident, damals noch Bürgermeister von Wien, diese Funktion. Im Jahre 1953 hatten wir die Auszeichnung, daß die IULA ihren Kongreß in Wien abhielt. Es war ein Ereignis von hoher kommunalpolitischer, aber auch staatspolitischer und gesellschaftlicher Bedeutung. Die gewählten Vorsitzenden der von der IULA gegründeten Europa-Kommission waren zuerst ich, dann Bürgermeister Jonas.

Der Städtebund ist durch unseren sehr geschätzten Herrn Kollegen DDr. Lugger in führender Stellung auch mit dem Rat der Gemeinden Europas und mit der 'Internationalen Bürgermeister-Konferenz für die deutsch-französische Verständigung' verbunden. Er entsendet aber auch seine Vertreter zu den Gemeindekonferenzen des Europa-Rates in Straßburg. Es ist doch außerordentlich zu begrüßen, wenn die ernstesten Bemühungen um ein Vereintes Europa auch auf der Gemeinde-Ebene tatkräftig gefördert werden.

Eine besonders herzliche Verbindung besteht auch wiederum mit dem erneuerten, wieder genesenen 'Deutschen Städtetag', der bei unseren Tagungen - so wie wir bei seinen - immer willkommen zu Gaste weilt und mit Prominenz vertreten war und ist.

Und schließlich darf nicht vergessen werden, daß bei uns stets im Geiste der Völkerverständigung auch eine Reihe anderer, **gerngesehener** ausländischer Gäste aus West und Ost, Süd und Nord, begrüßt werden konnten und können.

Bei dem großen Internationalen Historikerkongreß, der vor einigen Wochen in der wieder in ganz großem Stil zur Kongreßstadt gewordenen österreichischen Bundeshauptstadt abgehalten wurde, ist das - mir neue, doch klar-verständliche - Wort vom Prozesse der Acculturation gebraucht worden. Ich greife es auf:

Kulturaustausch, Kulturangleichung, sie werden für die kommenden Generationen von schicksalhafter Bedeutung werden. Der Vorsitzende dieser Historikertagung, der Wiener Professor Engel-Janos, sagte mit Recht:

Nicht die Geschichte sei die Lehrmeisterin des Lebens, sondern in Wahrheit schulmeistere das Leben die Geschichte. Wenn der Österreichische Städtebund mit der reichen Pflege eines gesunden Gedankenaustausches und mit der freien Erörterung der vielfältigen, mit dem praktischen Leben verbundenen und aus diesem stammenden Problematik eine solche **unaufdringliche**, herzenswarme und ehrliche 'Schulmeisterei' betreibt, dann ist er - auch international gesehen - auf dem richtigen Wege und das war meines Erachtens bisher der Fall.

Ich glaube bei Hegel steht einmal zu lesen: wie herrlich die Welt für den begrenzten Untertan ~~ahnener~~ stand eingerichtet sei!

Ich bin überzeugt, daß diese Zeit nun einmal endgültig vorbei ist. Heute kommt es darauf an, sich - sozusagen im Zeichen der stemberaubenden Aeronautik - auf höherer Ebene zu finden und alles, was möglich ist, dazu beizutragen, daß der Mensch, daß die Völker in wohlverstandener Freiheit und in gesichertem Frieden werden leben können. Dazu bedarf es der geläuterten Kraft der autonomen Individuen, die über die Gängelband-Methoden von einst längst hinausgewachsen sind. Das sollen, das dürfen wir nicht verkennen und nicht übersehen. Wir stehen noch unmittelbar im Banne der großen geistig und moralisch verpflichtenden Rede, die Papst Paul VI. vor drei Tagen in der

Generalversammlung der 'Vereinten Nationen' gehalten hat. Sie sollte, müßte auf dem weiten Erdenrund mit hoffnungsvoller Zustimmung aufgenommen werden. Es ist schon so:

Die Welt muß eins werden oder sie wird zugrunde gehen! Eine andere Alternative ist fast nicht sichtbar. Verzeihen Sie mir diese pessimistische Abschweifung! Viele Dutzende geschichtsloser Völker, Hunderte von Millionen schuldlos-primitiver Menschen haben die Tribüne der Weltgeschichte betreten und werden sie mitformen. Das steht außer Zweifel. Murren und Raisonieren sind nicht zielführend!

Erschrecken Sie bitte nicht, wenn ich Karl Marx zitiere, der ja am Ende doch als ein großer Geist anerkannt werden muß. Er sagte einmal: 'Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, es kommt aber darauf an, sie zu verändern!' Er befindet sich da mit Immanuel Kant in bester Gesellschaft, der - idealistisch formuliert - von der Philosophie sagt 'sie sollte nicht die Schleppe nach, sondern die Fackel vorantragen. Leuchtet uns etwa das nicht ein, die wir die Welt in Bewegung sehen, wie nie zuvor? Muß nicht diese Welt im Fackellicht des gesunden Fortschrittes gründlich verändert werden, sonst ist sie wohl - rebus sic stantibus - um versöhnlich statt mit Marx mit Goethe zu reden: 'Wert, daß sie zugrunde geht!'.
.

Lassen Sie mich Ihre Geduld nicht länger in Anspruch nehmen. Ein im Alter, und, fast darf ich sagen, auch in der Welt gereifter, am Rande des Lebens stehender Expolitiker freut sich - ich glaube, mit Ihnen allen gemeinsam - über das in einem halben Saeculum vom Österreichischen Städtebund vollbrachte Gemeinschaftswerk. Dieses ist im Rahmen der Demokratie ein politischer Faktor ersten Ranges geworden. Ich habe unlängst die ebenso bissige wie drastische, ja fast makabre Feststellung gelesen, daß Politik für ein Metier gehalten wird, das jener Generation obliegt, die von Arterienverkalkung und Herzinfarkt bedroht ist.

Dennach hätten Sie mir eigentlich vorsorglich einen Internisten oder doch wenigstens einen Sanitäter an die Seite stellen müssen.

Doch, Spaß beiseite! Ich bin freudig bewegt darüber und dankbar dafür, daß ich als einer jener Männer, die diesen immerhin ansehnlichen und bisweilen sturmgeprüften Zeitraum nicht nur erlebt, sondern bewußt und dankend und nicht zuletzt doch auch irgendwie handelnd und ein wenig mitgestaltend überlebt und in lebhafter Erinnerung behalten haben, in dieser schönen Feierstunde zu Ihnen sprechen durfte. Bona, voluisse sat est. Gutes gewollt zu haben genügt. Das kann am Lebensabend für jeden eine große Genugtuung sein.

Es lebe für ein nächstes, erfolgreich schaffendes und zugleich schöneres Halbjahrhundert der Österreichische Städtebund in einem freien, glücklichen Österreich - in einer friedvollen Welt!"

- - -

Rindernachmarkt vom 7. Oktober
=====

7. Oktober (RK) Unverkauft vom Vormarkt: 16 Stiere, 3 Kühe, Summe 19. Neuzufuhren Inland: 5 Stiere, 29 Kühe, 17 Kalbinnen, Summe 51. Gesamtauftrieb: 21 Stiere, 32 Kühe, 17 Kalbinnen, Summe 70. Verkauft wurde alles.

Marktverkehr ruhig. Hauptmarktpreise.

- - -

Schweinenachmarkt vom 7. Oktober
=====

7. Oktober (RK) Unverkauft vom Vormarkt: 0. Neuzufuhren Inland: 236 Stück, Polen 130, Gesamtauftrieb 366. Verkauft wurde alles. Marktverkehr ruhig. Hauptmarktpreise. Polnische Schweine notierten von 14.50 bis 15 S.

- - -

Pferdenachmarkt vom 7. Oktober
=====

7. Oktober (RK) Inland kein Auftrieb.

Auslandsschlachthof: 24 Stück aus der UdSSR, 12 Stück verkauft zu 8 S, 12 Stück blieben unverkauft.

- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Freitag, 8. Oktober 1965

Blatt 2569

Weitere 2.500 Montagebauwohnungen

=====

8. Oktober (RK) Der Bauausschuß des Wiener Gemeinderates genehmigte auf Antrag von Stadtrat Heller mit Stimmenmehrheit einen Vertrag, durch den die Montagebau Ges.m.b.H in den nächsten fünf Jahren weitere 2.500 schlüsselfertige Wohnungen liefern soll. Dieser Vertrag stellt eine Erweiterung des im Jahr 1961 abgeschlossenen Vertrages auf die Lieferung von 5.000 Montagebauwohnungen innerhalb von fünf Jahren dar. Die Erwartungen, die die Stadt Wien bewogen haben, der Industrialisierung des Wohnungsbaues näherzutreten, sind nach den bisherigen Erfahrungen mehr als zufriedenstellend erfüllt worden. Deshalb soll nun die Montagebau den Auftrag auf die Lieferung weiterer 2.500 Wohnungen erhalten.

Die Bauarbeiten bei der Montagebau sind in höherem Maße von der Witterung unabhängig und gestatten ein kontinuierliches Bauen auch über die Wintermonate hinweg; ferner erweist sich eine Einschränkung des Arbeitsaufwandes je Wohnung und die Möglichkeit des Einsatzes ungelernter Arbeitskräfte in viel größerem Ausmaße als bisher, schließlich bieten die gleichbleibende Qualität der Fertigteile und deren große Maßgenauigkeit die Einführung neuer Arbeitsmethoden für die Professionisten, die den bisher errichteten Fertigteilwohnungen in einigen Ausführungen eine andere und bessere Ausstattung geben, als es in den in traditioneller Bauweise errichteten Wohnhausanlagen üblich ist. Dies trägt zweifellos zur weiteren Hebung des bereits erzielten hohen Standards des Wiener kommunalen Wohnungsbaues bei. Die Qualität des Innenausbaues ist hochwertig und liegt heute nicht nur in Wien, sondern auch bei internationalen Vergleichen an der Spitze des sozialen Wohnbaues.

./.

Die Erfahrungen zweier Winter zeigen, daß die Montagebauwohnungen auch in wärmetechnischer Hinsicht den erwartenden Anforderungen entsprechen und warm eingehüllt sind. Der Heizaufwand ist geringer als in den traditionellen Wohnhausbauten. Die schalltechnischen Messungen, die in fertiggestellten Häusern durchgeführt wurden, ergaben, daß sowohl das Luftschallschutzmaß als auch das Trittschallschutzmaß die Forderungen der Schallschutzgruppe 3 erfüllen.

Nach den Ausführungen von 3.000 Wohnungen auf verschiedenen Baustellen nach zwei Grundrisstypen werden die weiteren Bauvorhaben mit neuen Grundrissen geplant. Die Grundrißlösungen sind zweckmäßig und entsprechen einer zeitgemäßen Wohnkultur.

- - -

Lorenz Müller-Gasse wird ausgebaut

=====

8. Oktober (RK) Zur Vervollständigung des Hauptstraßensystems im nördlichen Teil der Brigittenau ist auch der Ausbau der Lorenz Müller-Gasse und der Dresdner Straße zwischen Brigittenauer Lände und Höchstädtplatz erforderlich. Durch diesen neuen Straßenzug wird eine wichtige Verbindung zwischen Döbling und der Brigittenau hergestellt. Die Lorenz Müller-Gasse bildet die direkte Fortsetzung der Heiligenstädter Brücke, überquert dann die neue Adalbert Stifter-Straße und mündet in die Dresdner Straße-Höchstädtplatz.

Der Bauausschuß des Wiener Gemeinderates **gerehmigte** den Ausbau des genannten Straßenzuges mit einem voraussichtlichen Kostenaufwand von 4,3 Millionen Schilling. Die Fahrbahn wird wie die Adalbert Stifter-Straße einen Asphaltbetonbelag erhalten.

- - -

Allerheiligenmarkt bei den Wiener Friedhöfen
=====

7. Oktober (RK) Heuer wird von Samstag, den 23. Oktober, bis einschließlich Mittwoch, den 3. November, vor den Wiener Friedhöfen täglich von 7 bis 17 Uhr der Allerheiligenmarkt abgehalten. Die Zuweisung der Verkaufsplätze erfolgt nach Maßgabe freier Plätze in der zuständigen Marktamtsabteilung. Regelung für den Zentralfriedhof: Für das I. Tor: Montag, den 11. Oktober, von 8 bis 12 Uhr. Für das Krematorium: Montag, den 11. Oktober, von 14 bis 16 Uhr. Für das II. Tor: Verkaufsplätze Nummer 1 bis 100: Dienstag, den 12. Oktober, von 8 bis 12 Uhr, Verkaufsplätze Nummer 101 bis 200: Dienstag, den 12. Oktober, von 14 bis 16 Uhr. Für das III. Tor: Mittwoch, den 13. Oktober, von 8 bis 12 Uhr. Für das IX. Tor: Mittwoch, den 13. Oktober, von 14 bis 16 Uhr.

Regelung für den Simmeringer und den Kaiser-Ebersdorfer Friedhof: Mittwoch, den 13. Oktober, von 14 bis 16 Uhr.

Für alle übrigen Wiener Friedhöfe: Montag, den 11. Oktober, und Dienstag, den 12. Oktober, von 8 bis 12 Uhr und von 14 bis 16 Uhr.

Für Nachzügler und Bewerber, die im Vorjahr keinen Verkaufsplatz zugewiesen hatten: Mittwoch, den 13. Oktober, von 8 bis 12 Uhr und von 14 bis 16 Uhr.

Vorzuweisen sind die Standjuxte des Jahres 1964 und der Gewerbeschein beziehungsweise das gültige, amtlich bestätigte Produzenten-Vormerkbuch.

Die Verkaufsplätze sind spätestens am Mittwoch, dem 3. November 1965, zu räumen.

- - -

Österreichischer Städtetag 1965 eröffnet
=====

8. Oktober (RK) Heute vormittag wurde im Festsaal des Wiener Rathauses der Österreichische Städtetag 1965 durch den Geschäftsführenden Obmann des Österreichischen Städtebundes, Vizebürgermeister Felix Slavik, feierlich eröffnet. Nach Darbietungen des ÖGB-Shores unter Prof. Erwin Weiss begrüßte Vizebürgermeister Slavik die Ehrengäste, unter ihnen Innenminister Czettel, Außenminister Dr. Kreisky, Staatssekretär Rösch, Mitglieder der Landesregierungen, des National- und Bundesrates sowie der Landtage, prominente Gäste aus dem Ausland und andere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens.

Das Programm des Österreichischen Städtetages sei auf das Jubiläumsjahr 1965 abgestimmt, in dem nicht nur der Österreichische Städtebund sein 50jähriges, sondern auch die Zweite Republik ihr 20jähriges Bestehen feiern. Dies biete Gelegenheit zu einem Rückblick und einer Vorschau. Daher habe man das erste Referat unter das Motto gestellt: "Kommunalpolitik 1945 - 1965 - 1985".

Nach einer Vorschau auf die übrigen Referate erhoben sich die Anwesenden von ihren Plätzen, um des Bundespräsidenten Dr. Schärff, des Landeshauptmannes Dipl.-Ing. Dr. Figl sowie jener Männer aus den Reihen des Städtebundes zu gedenken, die seit dem letzten Städtetag vor zwei Jahren verstorben sind. Vizebürgermeister Slavik würdigte die Verdienste der Verewigten um die österreichische Kommunalpolitik.

Der Geschäftsführende Obmann übermittelte sodann der Versammlung die Grüße des Internationalen Gemeindeverbandes und des Rates der Gemeinden Europas, die beide durch ihre Präsidenten vertreten sind.

Als "Hausherr" begrüßte Bürgermeister Bruno Marek die Delegierten und Gäste des Städtetages. Er betonte die enge Verbundenheit der Stadt Wien mit dem Städtebund, der vor 50 Jahren hier im Wiener Rathaus gegründet worden ist. Wien hat dem Städtebund viel zu danken und konnte umgekehrt dieser

Vereinigung auch manches geben, vor allem durch jene neuen kommunalpolitischen Ideen, die in Wien erprobt wurden.

Es sei nicht zuletzt das Verdienst des Städtebundes, daß die österreichische Kommunalpolitik ein hohes Ansehen genießt.

Der Präsident des Österreichischen Gemeindebundes, Nationalratsabgeordneter Grundemann, überbrachte die Grüße seiner Organisation und betonte das gute Einvernehmen, das zwischen Städtebund und Gemeindebund herrscht. Die beiden Organisationen hätten sehr ähnliche Interessen und fänden darum zu einer immer intensiver werdenden Zusammenarbeit, die auch in Zukunft erforderlich sein werde.

Das erste Referat des heutigen Vormittags hielt der Linzer Bürgermeister Edmund Aigner über das Thema "Kommunalpolitik 1945 - 1965 - 1985" (Text folgt).

- - -

Rundfahrten "Neues Wien"

=====

8. Oktober (RK) Montag, 11. Oktober, Route 3 mit Albertina-Passage, Historischem Museum der Stadt Wien, Schweizer Park mit Museum des 20. Jahrhunderts, Laaer Berg mit Aufforstung und Bad und Volkspark, Per Albin Hansson-Siedlung, Schule Wienerfeld-West, Einfahrt der Südbahn, Sportanlage Nothnagelplatz und Volksheim Arthaberplatz sowie sonstige städtische Anlagen und Einrichtungen. Abfahrt vom Rathaus, 1, Lichtenfelsgasse 2, um 13.30 Uhr.

- - -

Blindensammlung darf nicht gefährdet werden
=====

8. Oktober (RK) Der heutige "Kurier" behauptet, die Gemeinde Wien führe einen "offiziellen Schlag" gegen die sogenannte Katastrophenhilfe österreichischer Frauen. Es geht dabei um ein Ansuchen um Bewilligung einer öffentlichen Sammlung für die Zeit vom 10. bis 18. Oktober, also für die kommende Woche.

Dazu ist zu sagen, daß genau in dem gleichen Zeitraum in Wien die traditionelle Sammlung für die Blinden stattfindet. Die Blindensammlung, um die fristgerecht angesucht wurde, ist bereits seit langem bewilligt. Außerdem muß dabei in Erinnerung gebracht werden, daß nach einer bestehenden Verordnung der Wiener Landesregierung innerhalb eines Jahres höchstens sechs öffentliche Straßensammlungen abgehalten werden können. Je mehr Sammlungen sind, umso kleiner fallen die Ergebnisse aus. Diese sechs Sammlungen sind für heuer bereits bewilligt worden. Vier davon wurden schon durchgeführt (Tuberkulosekranke, Barmherzige Brüder, Jugendhilfswerk und Wiener Sozialwerk), während die Sammlung für die Blinden eben in der kommenden Woche stattfindet, und die Armensammlung in der ersten Dezemberwoche. In der kommenden Woche gibt es außerdem noch zwei kleinere begrenzte Sammlungen, und zwar eine für die Caritas und eine für den Gustav Adolf-Verein.

Die Nichtzulassung einer neuen Sammlung scheint damit mehr als begründet zu sein, vor allem soll die Sammlung für die Blinden nicht gefährdet werden. Von einem "offiziellen Schlag" kann keine Rede sein.

- - -

Österreichischer Städtetag 1965:Kommunalpolitik 1945 - 1965 - 1985
=====

8. Oktober (RK) Bürgermeister Edmund Aigner, Linz, hielt am ersten Tag ein Referat über "Kommunalpolitik 1945 - 1965 - 1985". Er sagte:

Der Übergang der abendländischen Industriestaaten zu den Formen einer sozialen Demokratie ist das bedeutendste und bestimmende Ereignis unseres Jahrhunderts.

Im Jahre 1945 waren Städte, Industrieorte und auch dörfliche Siedlungen zerstört, zerschlagen und mußten wieder aufgebaut werden. Die Überwindung der materiellen Not und den Wiederaufbau der zerstörten Einrichtungen, soweit sie Gebäude, Straßen und Einrichtungen betreffen, kann man als abgeschlossen betrachten.

Worum es heute und morgen gehen wird, ist eine Neuordnung nicht nur der Organisation, sondern des gesamten Siedlungsraumes.

Viel schwieriger war die Überwindung der geistigen Haltung, die der Faschismus hervorgebracht hat. Die Festigung der Demokratie, die Formen ihres Wirkens im Bewußtsein der Bevölkerung wachzurufen, sie wach zu halten und zu festigen, zählt zu den Aufgaben, die noch immer nicht restlos gelöst sind, denn der Staatsbrüger von heute hat viel Energie übrig für sich, wenig für die Gemeinschaft.

Für die Gemeinden galt es, die rechtlichen Formen zu finden, die sie in das Staatsgefüge als gleichberechtigter Faktor einbauen. Die rechtliche Stellung der Gemeinden wurde im Jahre 1962 durch das Bundesverfassungsgesetz auf eine neue Grundlage gestellt. Es ist nur zu hoffen, daß die Vollendung des Verfassungswerkes nicht genau solange Zeit in Anspruch nimmt, wie es die Zeit war, die zur Verfassungsnovelle 1962 führte.

Waren die Gemeinden bis 1848 dem Grundherrn unterstellt, so dekretierte die provisorische Gemeindegesetzgebung aus 1894 im Artikel I 'Grundfeste des freien Staates ist die freie Gemeinde.'

Im Jahre 1849 sah man einen stufenweisen Aufbau der Gemeindeselbstverwaltung vor. Eingerichtet wurde lediglich die Ortsgemeinde, deren Selbstverwaltung in der Folge empfindlich eingeschränkt wurde.

Ich will es mir ersparen, einen geschichtlichen Abriß von 1862, dem Jahr der Erlassung des Reichsgemeindengesetzes, bis zur Verfassungsnovelle 1962 zu geben. Ich möchte lediglich feststellen, daß mit jeder politischen Veränderung, die die verfassungsmäßigen Grundlagen Österreichs änderten, Änderungen in den Gemeindeordnungen versucht wurden, aber immer in ihren Ansätzen stecken geblieben sind. Erst das Jahr 1962 bringt durch die Verfassungsnovelle, mit der die Artikel 115 und 120 der Bundesverfassung geändert wurden, eine endgültige Konsolidierung der Rechtslage. Wir können mit Genugtuung feststellen, daß der Österreichische Städtebund durch seine Vorarbeiten zu den Erfolgen des Jahres 1962 Entscheidendes beigetragen hat.

Hoffen wir, daß die jetzt bei den einzelnen Landtagen erliegenden Statutenentwürfe für die Städte mit eigenem Statut und die den Landtagen zur Beschließung übertragenen Gemeindeordnungen dem Geiste der Bundesverfassungsnovelle entsprechen werden.

Wir haben als Gemeinden aber noch eine Reihe von Wünschen oder Forderungen offen, von denen wir hoffen, daß der Gesetzgeber sie ehebaldigst durch eine neue Novelle zum Bundesverfassungsgesetz berücksichtigen wird.

Ich möchte vorerst einige Feststellungen treffen, um daraus Schlußfolgerungen für die kommenden Aufgaben auf dem Gebiete des Verfassungsrechtes zu ziehen.

Die von den Gemeinden übernommenen öffentlichen Aufgaben stehen ebenbürtig neben denen der staatlichen Gemeinschaft. Es erscheint unmöglich, die Aufgabenerledigung der örtlichen Gemeinschaft als Verwaltung minderen Ranges zu betrachten. Die Gemeinde ist im Gegenteil wieder die Urzelle der Demokratie geworden, die auf der Volksgesinnung beruht.

Die neuerlich zu erhebende Forderung auf Aufnahme der Gemeinden in einem eigenen Hauptstück der Bundesverfassung, soll jeden Zweifel darüber ausschließen, daß durch die Selbstver-

waltung der Gemeinden die Vollziehungsbereiche des Bundes und der Länder eingeschränkt werden. Die staatsrechtliche Stellung der Gemeinde bedingt geradezu die Einordnung der verfassungsrechtlichen Grundlagen des Gemeinderechtes in ein eigenes Hauptstück der Bundesverfassung.

Kern- und Hauptstück einer gemeindlichen Selbstverwaltung sind das Recht zur freien Verwaltung ihres Vermögens, die Finanz- und Steuerhoheit, die Personalhoheit und das selbständige Verwaltungsrecht.

Die Gemeindeverfassungsnovelle hat die Freiheit der Gemeinden als Vermögensträger und als Wirtschaftskörper hergestellt. Sie bindet die gesamte privatrechtliche Tätigkeit der Gemeinde nur an die Schranken der allgemeinen, das heißt für alle juristischen Personen geltenden Bundes- und Landesgesetze, so daß die elementaren und unabdingbaren Voraussetzungen einer echten Selbstverwaltung durch die Bundesverfassungsnovelle in dieser Hinsicht gegeben erscheinen. Ein nicht unwesentlicher Teil des eigenen Wirkungskreises, nämlich die Finanzhoheit und die Finanzwirtschaft der Gemeinden, ist aber unter die Herrschaft des Finanzverfassungsgesetzes gestellt.

Das Steuererhebungsrecht der Gemeinden ist ganz in die Finanzverfassung des Bundes hineingestellt und mit dem Steuerwesen des Bundes und der Länder verzahnt. Es wäre daher richtiger im Hinblick auf die zugesicherten Erträge und Überweisungen von einer Ertragshoheit der Gemeinden zu sprechen. Im Grundsatz kennt das Finanzverfassungsgesetz nur zwei Stufen. Bund und Länder. Die Verantwortung für die Bereitstellung der von den Gemeinden benötigten Mittel ist somit weitgehendst in die Hand des Bundes und der Länder gelegt. Ein Zustand, der dringend einer Reform bedarf.

Die besonders nachteilige Rechtsstellung der Gemeinden zeigt sich auf dem Gebiet der Finanzverfassung. Der Grundsatz eigener Kostentragung konnte bisher trotz ständiger Bemühungen nicht verwirklicht werden.

Es ist auf die Dauer für die Gemeinden untragbar, ständig neue und zusätzliche Aufgaben übertragen zu erhalten und für den Bund beziehungsweise die Länder durchführen zu müssen, ohne daß gleichzeitig eine entsprechende finanzielle Abgeltung hierfür erfolgt.

Die Möglichkeit, den Bund und die Länder ganz oder teilweise zur Tragung von Kosten für Aufgaben heranzuziehen, die nicht sie, sondern die Gemeinden für sie besorgen, muß endlich geschaffen werden.

Die Gemeinden können die Anerkennung ihrer Eigenständigkeit als Unterbau des Gesamtstaates fordern und beanspruchen, neben Bund und Länder als dritte eigenständige und grundsätzlich gleichwertige Organisationsstufe des Gesamtstaates anerkannt zu werden.

Die Wirtschaftszentren und zentralen Orte des Landes bieten der Bevölkerung eine ausreichende Zahl von Arbeitsplätzen und diese Wirtschaftszentren dienen damit der Erhaltung der staatlichen Eigenständigkeit. Nur von den zentralen Orten aus ist ein ganzes Bundesland zu integrieren und die Entwicklung strukturschwacher Landteile voranzutreiben.

Es wäre zu überlegen, ob nicht vom Städtebund aus eine eigene Organisation für Forschungszwecke eingerichtet werden könnte. So wie der Deutsche Städtebund seine kommunale Beratungsstelle in Köln hat, die sich mit der Entwicklung der Verwaltungsaufgaben beschäftigt, müßte es möglich sein, über die Städte eigene Forschungsaufträge sowohl auf dem Gebiete der Raumplanung, der Gestaltung der Erholungsräume, aber auch auf finanzpolitischem Gebiete zu schaffen; eine Aufgabe, die noch ergänzt werden könnte durch die notwendigen Beobachtungen und Schlußfolgerungen, die mit der Luftverunreinigung im Zusammenhang stehen.

Der Österreichische Städtebund strebt daher die Schaffung eines Stipendienfonds an, wobei die Gelder an jene Dissertanten vergeben werden wollen, die sich mit kommunalwissenschaftlichen Problemen befassen. Dazu wird voraussichtlich morgen ein entsprechender Antrag gestellt werden.

Vor ganz neue Aufgaben werden die Städte durch die zunehmende Zahl der Kraftfahrzeuge gestellt. Je mehr Kraftfahrzeuge, umso dringlicher wird das Problem des innerstädtischen Verkehrs, aber auch des Verbindungsverkehrs zwischen Stadtstraßen und Landesstraßen. So begrüßenswert der Ausbau der Bundesstraßen, aber auch der Bau der Autobahn ist, so darf die Bedeutung der Straßen im innerstädtischen Verkehr nicht übersehen werden, aber auch dem Orts- und Nachbarschaftsverkehr kommt immer größere Bedeutung zu. Der bisherige Anteil, den die Städte an der Mineralölsteuer haben, reicht nicht aus, um dem innerstädtischen Verkehr jene Entwicklungsmöglichkeit zu schaffen, die er benötigt, um ein echter, flüssiger Verkehr zu werden.

Darf ich als Beispiel die Stadt Linz anführen, die einen Generalverkehrsplan beschlossen hat, der in einer Zehnjahres-Etappe planmäßig verwirklicht wird. Wir dürfen, wenngleich wir für den Kraftwagenverkehr alles tun, was nötig ist, aber den Fußgänger nicht vergessen. Denn es gibt immer noch mehr Menschen ohne Auto als Autobesitzer.

Der Anteil der Städte und Gemeinden am Gesamtverkehr ist wahrscheinlich größer als man allgemein annimmt. Soll die Autobahn mehr sein als nur eine große Verkehrsader, soll sie wirksam werden als Zubringer zu den einzelnen Städten und Orten, dann muß der Ausbau des örtlichen Straßennetzes genau so Beachtung finden, wie das allgemeine Verkehrsnetz, daß heißt, Orts- und Nachbarschaftsverkehr müssen gleichen Schritt halten können mit dem Ausbau und der Fertigstellung der Bundesstraßen.

Der Nationalrat hat im Jahre 1962 die Schulgesetze beschlossen. Man hat allerdings übersehen, daß man damit den Gemeinden Lasten auferlegt, die die Gemeinden zu tragen kaum in der Lage sind. Das 9. Schuljahr verlangt eine Vermehrung der Schulklassen, die Errichtung neuer Schulgebäude und auch deren Einrichtung. Soll die Verwirklichung der Schulgesetze

nicht auf die lange Bank geschoben werden, müssen Vorkehrungen getroffen werden, daß Städte und Gemeinden in die Lage versetzt werden, die daraus erwachsenden zusätzlichen Kosten auch tragen zu können. Ganz gleich wie hoch man den Aufwand für die Errichtung der notwendigen Gebäude und für die Einrichtung der Klassen einschätzen mag. Sicher ist eines: Die Belastung übersteigt die Möglichkeiten der einzelnen Schulgemeinden.

Die empfohlene Aufnahme einer Schulbauanleihe ist begrüßenswert. Die Vorsorgen hierfür müssen aber nicht nur auf dem Sektor der Finanzen, sondern auch auf dem Gebiete der Abdeckung der daraus entstehenden Verpflichtungen getroffen werden. Der Aufnahme von Anleihen durch die Gemeinden oder den Bund und die Länder für Zwecke der Errichtung von Schulen können die Städte nur dann zustimmen, wenn der Bund die Verpflichtung übernimmt, zumindest den Zinsendienst für eine solche Anleihe zu übernehmen.

Viel wichtiger erscheint mir, um Fehlinvestitionen zu vermeiden, daß länderweise eine echte Planung für den Schulneubau erfolgt, der auf die verschiedensten Umstände Rücksicht zu nehmen hat. Es gibt Gebiete, wo die Errichtung neuer Schulen vordringlich ist, während es in anderen Orten möglich sein muß, mit den vorhandenen auszukommen. Eines darf ich feststellen: Wir müßten uns schämen, wenn wir heute nicht in der Lage wären, die Aufgaben zu erfüllen, die uns durch das 9. Schuljahr gestellt sind, wenn bei Gesetzwerdung des Reichsvolksschulgesetzes vor 100 Jahren die Gemeinden in der Lage gewesen sind, die notwendigen Einrichtungen hierfür bereitzustellen.

Wohl eines der interessantesten Kapitel sowohl in der Auffassung der gesamten Gesellschaft als auch für die kommunale Politik ist die Gestaltung und Entwicklung des Sozialrechtes im weitesten Sinne. Endgültig vorbei ist die Zeit der Armen-gesetzgebung, mit allen ihren Begleiterscheinungen und Neben-erscheinungen.

Es blieb unserer Zeit vorbehalten, die Sozialeinrichtungen als gesellschaftliche Aufgabe zu erkennen, die ein Fürsorgerecht als Selbstverwaltungsaufgabe der Gemeinden schuf. Aus dem Armenhaus oder Bürgerspital wurde das Altersheim, der Kindergarten zu einer kommunalen Einrichtung, die Errichtung von Sportplätzen zu einer Pflichtaufgabe der Gemeinden. Daneben entwickelten sich Krankenfürsorge und Altersvorsorge als selbständige Einrichtungen.

Eine Frage, die in allen Gemeinden auftritt, und in den Städten und Industriorten zu einer vordringlichen sozialen Frage geworden ist, ist die Wohnung und die Wohnraumbeschaffung.

Im Jahre 1951 betrug das Wohnungsdefizit 148.000 Wohnungen. 1961 160.548. Gebaut wurden in diesem Zeitraum 361.000 Wohnungen, abgebrochen 17.000, als leerstehend gemeldet ungefähr 100.000, und doch ein Wohnungsfehlbestand, der in einzelnen Orten und Gemeinden ein katastrophales Ausmaß angenommen hat.

Wenn wir unterstellen, daß der Besitz einer Wohnung, oder noch enger ausgedrückt, der Besitz einer menschenwürdigen Wohnung, ein Grundrecht des Staatsbürgers ist, dann müssen wir die Schlußfolgerung daraus ziehen, daß die Wohnung nicht wie eine Ware im üblichen Sinn behandelt werden kann, daher auch nicht den allgemeinen Gesetzen von Angebot und Nachfrage unterliegt.

Mehr als ein halbes Jahrhundert dauern die Versuche über den Weg eines sozialen Wohnbaues für den Armen und Minderbemittelten vorzusorgen. Wenn es trotzdem in Österreich nicht möglich war, einkommensgerechte Wohnungen zu schaffen, so gibt es dafür viele Gründe. Auch hier darf ich auf Linz und seine Umgebung verweisen. Linz gehört unumstritten zu jener Stadtgemeinde mit dem höchsten quantitativen Wohnungsfehlbestand. Dazu müssen wir auch rechnen die Umgebungsgemeinden, die immer mehr und mehr als Wohngemeinden gesucht werden. Was für Linz gilt, gilt praktisch für alle Städte und Industriorte Österreichs.

Bodenpreise und Baukosten, der Zinsendienst für das Leihkapital sind heute bestimmend für die Mietzinsbildung. Je enger der Siedlungsraum ist, über den eine Stadtgemeinde verfügt, umso stärker steigen die Bodenpreise. Unter dem Druck dieser Boden-

preise werden heute neue Standorte bevorzugt. Die überhöhten Bodenpreise und die Erschließungskosten werden der Allgemeinheit auferlegt. Denn jede Gemeinde übernimmt heute eine Reihe von Kosten, die normal ein Bestandteil des Mietzinses sein würden. Wenn daher immer wieder der Ruf laut wird nach einem Bodenbeschaffungsgesetz und nach einem Assanierungsgesetz, so haben beide Forderungen ihre guten Gründe in der Tendenz der Entwicklung, die wir vorfinden.

Mit Unterstützung der Gemeinde haben die in Linz bestehenden Gemeinnützigen Bau- und Wohnungsgenossenschaften und die gemeinnützigen Bau- und Wohnungsgesellschaften eine Einrichtung geschaffen, die ihnen die Möglichkeit gibt, Grundreserven für eine Entwicklung auf dem Gebiete des Wohnbaues zu sichern. Jede städtische Erneuerung steigert den Bedarf an Bauland für Wohnungen, öffentliche Verkehrsflächen und wirtschaftliche Unternehmungen. Die schon wiederholt erhobene Forderung nach einem Baulandbeschaffungs- und Assanierungsgesetz braucht in diesem Kreise nicht neu begründet werden. Die Erfüllung dieser Forderung ist für ein geordnetes Wachstum unserer Städte eine zwingende Notwendigkeit. Darüber hinaus darf aber auch nicht vergessen werden, daß die Grundpolitik der Gemeinden bewußt auf diese Entwicklung auszurichten ist. Der Grundsatz der Gemeinden in den skandinavischen Ländern, daß die Grundreserve für eine Entwicklung der nächsten zehn bis zwanzig Jahre gesichert sein muß, müßte auch bei uns Selbstverständlichkeit werden. Daß hier noch wenig vorgekehrt wurde, müssen wir in aller Öffentlichkeit aussprechen und zugeben. Ob der skandinavische Weg für uns gangbar ist, muß geprüft werden, ansonsten müßten wir in Österreich neue Wege suchen. Ein enges Zusammenarbeiten der betroffenen Gemeinden ist ein unerläßliches Gebot. Die Möglichkeiten liegen in Gemeindeverbänden oder in anderen Möglichkeiten, die es zu wählen gilt.

Haben zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts Gemeinden und gemeinnützige Wohnungsunternehmungen trotz aller politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten den Versuch unternommen, ihren Bewohnern ein besseres Heim zu schaffen, so stellt uns der Rest dieses Jahrhunderts die Aufgabe, unseren Gemeinden die Garantie für eine den Bedürfnissen ihrer Bewohner entsprechende Entwicklung zu geben. Es muß zu den vordringlichsten Aufgaben

des Städtebundes gehören, den mit der Entwicklung unserer Städte und der Stadterneuerung notwendigerweise verbundenen Regionalplanungen in allen ihren Bereichen das vordringliche Augenmerk zu schenken.

Damit sind wir praktisch zu den Aufgaben für die nächste Zeit gekommen. Ich möchte diesen Teil meines Referates zusammenfassen unter dem Schlagwort "Zusammenarbeit", denn die Vorstellung der isolierten Gemeinde, die in ihrem Gebiet für die Bedürfnisse ihrer Einwohner alle erforderlichen Einrichtungen mit ihren Mitteln schafft, ist weitgehend überholt. Zahlreiche Städte und Gemeinden stehen vor Bedürfnissen und öffentlichen Aufgaben, die zwischengemeindliche Zusammenarbeit als vernünftig und wirtschaftlich zweckmäßig in Verdichtungsräumen als unbedingt notwendig erkennen lassen.

Der internationale Städtetag des Jahres 1965 stand unter der Devise "Erneuerung von Stadt und Dorf". Man hat in Belgrad die sicherlich richtige Auffassung vertreten, daß die Städte für eine Epoche und ihre Erneuerung gebaut wurden, und ihr Umbau muß wiederum für eine neue Epoche erfolgen. Die Stadt war immer Träger der Kultur und der Entwicklung. Der Versuch der Lösung der Aufgaben, die uns die Zeit stellt, muß daher von den Städten ausgehen und so wie in der Vergangenheit auf das Dorf ausstrahlen. Dies wird umso intensiver erfolgen, je stärker die Verflechtung zwischen Stadt und Dorf wird. Aber auch das Dorf macht denselben Erneuerungsprozeß durch. Ein Erfahrungsaustausch, eine Zusammenarbeit und eine gegenseitige Hilfe ist daher der erste Versuch auf diesem Gebiete, Zusammenarbeit zwischen öffentlichen und privaten Institutionen in den Fragen der Umsiedlung, der Arbeitsbeschaffung, des öffentlichen, des gemeinnützigen und des privaten Wohn- und Siedlungsbaues, gegenseitige Hilfe in den Aufgaben der Versorgung von Energie, Wasser und Verkehr, wobei die Aufgabe dadurch erleichtert wird, daß ein ständiges Wachstum der Städte in Richtung der Peripherie erfolgt. Die Überwindung der Entfernung ist heute nur mehr ein Problem des Verkehrs. Gemeinsam ist allen aber die Aufgabe, eine Gestaltung der Umwelt herbeizuführen, in der der Mensch sich wohl fühlt und sein Leben zu leben in der Lage ist.

Es gibt eine Fülle von gemeinsamen Aufgaben, die aber voraussetzen, daß die Verwaltungen der Gemeinden ihnen gerecht werden.

Die Verwaltung erfordert eine bestimmte Größenordnung. Im Hinblick auf die Zahl der Gemeinden und die Größe der Gemeinde ist Oberösterreich sehr günstig daran. Es gibt keine kleinen Gemeinden, welche die Verwaltung unnütz erschweren und komplizieren würden. In dem wohl etwas größeren, aber mit Oberösterreich vergleichbaren Bundesländern Niederösterreich und Steiermark gibt es 1.652 beziehungsweise 635 Gemeinden, das heißt grob gerechnet viernmal beziehungsweise doppelt so viele Gemeinden wie in Oberösterreich. Fast 42 Prozent aller Gemeinden in Österreich liegen in Niederösterreich, 21 Prozent in der Steiermark, aber nur 11 Prozent in Oberösterreich. Errechnet man eine durchschnittliche Einwohnerzahl pro Gemeinde in den einzelnen Bundesländern, so ergibt sich in Oberösterreich ein Durchschnitt von 2.543 Einwohner pro Gemeinde, in der Steiermark 1.362 und in Niederösterreich von 832.

Ich enthalte mich jeder Beurteilung über die Möglichkeit einer Führung und Verwaltung von Kleingemeinden, wenn man die Aufgaben sieht, die der Gemeinde von heute gestellt sind. Auch hier gibt es eine Reihe gemeinsamer Aufgaben. Die Zahl der Bevölkerung wächst in den Städten und Umgebungsräumen der Städte. Das wachsende Sozialprodukt steigert das Einkommen des einzelnen und läßt ihn immer höhere Anforderungen an die Gemeinschaft stellen. Unsere Wohnungen sehen heute anders aus als die Wohnungen vor noch wenigen Jahrzehnten. Die Ausstattung der Wohnungen verlangt von den kommunalen Verwaltungen zusätzliche Leistungen, ebenso der steigende Wasserverbrauch. Die Verkehrseinrichtungen, ursprünglich nur für den innerstädtischen Verkehr gedacht und entwickelt, müssen zwangsläufig die Umgebungsräume in das Verkehrsnetz einplanen und versorgen. Die Abfuhr von Müll verlangt nach immer wieder neuen Methoden, ob man jetzt schüttet, verbrennt oder kompostiert. Jede der Möglichkeiten hängt von den örtlichen Bedingungen ab. Sicher ist nur eines, daß der Aufwand hierfür von Jahr zu Jahr steigt. Und so könnte man noch eine Fülle von Aufgaben anführen, die gemeinsame Aufgaben der Kernstadt mit den Umgebungsräumen beinhalten und dies trifft für alle Industrieorte und alle Industriegemeinden praktisch zu.

Die Bevölkerungszunahme beschränkt sich nicht nur auf die Hauptstädte, sondern sie ist genau so spürbar, wenn nicht mit größeren Aufwendungen verbunden, in den Umgebungsräumen. Die Schaffung von Erholungsgürteln gehört zu der gemeinsamen Aufgabe geschlossener Räume. Gemeinsame Interessen in wachsender Zahl, Interessen, die zwingend eine Zusammenarbeit notwendig machen und zu ständiger Fühlungnahme Anlaß geben. Was daher vordringlich ist, ist eine Raumplanung, die regional ist, die Standortfragen für Wohnbau, Industrie und gewerbliche Siedlungen genauso wie für öffentliche Einrichtungen umfaßt.

Wenn ich eingangs meines Referates sagte, eine Neuordnung nicht nur der Organisation, sondern des gesamten Siedlungsraumes ist notwendig, so ist das Verlangen nach dieser Neuordnung von den Städten ausgehend, vordringlich. Ich will mich hier auf keine rechtliche Untersuchung einlassen, ob der Gemeindeverband oder eine echte Eingemeindung das Zweckmäßigste ist. In beiden Fällen wird es notwendig sein, Mißtrauen zu beseitigen, Meinungsverschiedenheiten aus der Welt zu schaffen und unmißverständlich auszusprechen, daß es keine Vergewaltigung der Kleinen durch die Großen geben darf. Genau so, ob es sich um einen kommunalen Zweckverband handelt, oder ob man bereit ist, einen Schritt weiter zu gehen, immer muß die Bereitwilligkeit zur Zusammenarbeit gegeben sein, die ohne Vorbehalt diese Zusammenarbeit sucht. Wenn die Städte und die im Städtebund vereinten Gemeinden in der Zukunft für ihre Bürger nicht nur den notwendigen Lebensraum sichern, sondern ihnen das Leben in der Gemeinschaft freudig gestalten wollen, müssen sie die Lebensbedingungen den technischen und ökonomischen Entwicklungen anpassen.

Professor Werner Jäger sagt in einer Studie über den Linzer-Raum: "Offene Gespräche über Probleme des Raumes, Gespräche, die Mißverständnisse zwischen Stadt und Land, Gemeinde und Gemeinde, Berufsgruppe und Berufsgruppe beseitigen können, ein Gespräch das zum Regionalbewußtsein führt und damit Voraussetzungen für das Kommende schafft".

Und darin liegt die kommende Aufgabe, die Stadt und Land zu erfüllen haben.

Österreichischer Städtetag 1965:Österreichs Wirtschaft vor dem Röntgenschirm
=====

8. Oktober (RK) Das Referat des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten, Dr. Bruno Kreisky, stand unter dem Thema: "Strukturfragen der österreichischen Wirtschaft im Lichte der europäischen Integration".

Minister Dr. Kreisky befaßte sich einleitend mit der wirtschaftlichen Entwicklung Österreichs seit dem Kriegsende: Das Nettonationalprodukt ist von 1946 bis 1950 um 88 Prozent gewachsen, was einer Steigerung von 17 Prozent pro Jahr entspricht. Bereits 1949 war das Nationalprodukt höher als 1937 und 1950 wurde das Niveau von 1913 beziehungsweise 1929 überschritten. Im Jahre 1963 war das Bruttonationalprodukt um 111 Prozent höher als 1913 und um 132 Prozent höher als 1937. Das bedeutet, daß es sich mehr als verdoppelt hat. Die einzelnen Wirtschaftszweige haben daran einen unterschiedlichen Anteil. Während die Produktion der Land- und Forstwirtschaft 1963 um 50 Prozent höher war als 1913 sind es bei der Industrie 163 Prozent darüber. Dies zeigt die in allen Industrieländern zu beobachtende Strukturveränderung. Der Außenhandel wies 1964 eine Steigerung der Exporte von 122 Prozent und der Importe von 162 Prozent gegenüber 1913 auf.

Die tiefgreifende Strukturveränderung wird auch an der Beschäftigtenstatistik sichtbar: 1934 gab es 1,2 Millionen Beschäftigte in Industrie, Gewerbe und Bergbau, das waren 36 Prozent aller Erwerbstätigen. 1961 umfaßte diese Gruppe 1,6 Millionen oder 48 Prozent aller Beschäftigten. Während jedoch die Land- und Forstwirtschaft 1934 mit 1,2 Millionen Menschen ebenso viele beschäftigte wie Industrie und Gewerbe, waren 1961 nur mehr 765.000 Personen landwirtschaftlich tätig. Das sind 23 Prozent der Arbeitnehmer. Die Zahl der Beschäftigten im Handel und Verkehr stieg von 1934 bis 1961 von 12,4 auf 16 Prozent. Ähnliche Veränderungen ergaben sich in der Bevölkerungsverteilung. Der Zuwachs an Arbeitsplätzen zeigt ein Gefälle vom Westen Österreichs nach dem Osten: Gegenüber 1913 hatten die einzelnen Bundesländer 1961, in Prozenten ausgedrückt, folgende Zunahme an Arbeitskräften zu verzeichnen: Oberösterreich 272, Salzburg 209, Tirol 157, Steiermark 92, Wien 80, Niederösterreich und das Burgenland 39.

Vor einigen Tagen erschien eine nationalökonomische Studie der OECD, die sich sehr eingehend mit Österreichs Wirtschaft beschäftigt. (Mit den Untersuchungen waren keineswegs nur sozialistische NationalökonomInnen befaßt.) Die Resultate dieser Studie sind für uns von größter Bedeutung, weil sie von unvoreingenommener Seite erarbeitet wurden. Die Fachleute kamen zu dem Schluß, daß für die Strukturprobleme der österreichischen Wirtschaft auch dann eine Lösung gefunden werden muß, wenn es zu keinem Arrangement mit der EWG kommen sollte. Es ist also keineswegs so, daß Österreich sich nur im Hinblick auf das zu erwartende "rauhe Klima" des europäischen Marktes zu einer Umstrukturierung seiner Wirtschaft entschließen müßte. Diese Notwendigkeit ist auf jeden Fall gegeben, da niemand bereit ist, unser Land als wirtschaftlichen Naturschutzpark zu betrachten.

Probleme bietet namentlich die Arbeitsmarktsituation: trotz der bemerkenswerten Entwicklung Österreichs nimmt unser Land heute nach dem Urteil der ausländischen Experten eine Zwischenstellung zwischen den am weitesten fortgeschrittenen westlichen Industriestaaten und den entwickelten Mittelmeerlandern ein. Daß 23 Prozent der Beschäftigten in der Landwirtschaft tätig sind, bezeichnen die Fachleute als noch nicht befriedigend. In modernen, durchindustrialisierten Systemen kann ein noch kleinerer Beschäftigtenanteil noch mehr landwirtschaftliche Güter produzieren, wie das Beispiel anderer westeuropäischer Industriestaaten beweist.

Besorgnis wird ferner über die außerordentlich große Pendler-Anzahl in Österreich ausgesprochen. Das zeigt, daß das Wohnungsproblem von maßgeblichem Einfluß auf das gesamte Wirtschaftsleben ist. In Österreich gibt es weite Regionen mit Saisonarbeitslosigkeit, relativ schlechten Arbeitsbedingungen und weiten Wegen zu den Arbeitsplätzen. Hier könnten die Gebietskörperschaften Wesentliches zur Abhilfe beitragen.

Durch protektionistische Maßnahmen werden Betriebe am Leben erhalten, die im freien Konkurrenzkampf nicht bestehen könnten.

Im Falle einer Totalintegration Europas käme es innerhalb Österreichs zu einer Desintegration der Infrastruktur: gewisse Landesteile kämen in engen Kontakt mit Deutschland, der Schweiz oder Italien, während Wien, Niederösterreich, Burgenland und die Steiermark ohne derartige Anlehnungsmöglichkeiten benachteiligt wären.

Es erhebt sich die Frage, was hier geschehen könnte, zumal sich unsere Wirtschaftsstruktur keineswegs grundlegend von der anderer hochentwickelter Industrieländer unterscheidet. Jedoch ist der Spezialisierungsgrad bei uns wesentlich geringer als anderswo. Hier sind Lösungen notwendig, die vor allem von den Unternehmen selbst ausgehen müssen. Vorausplanung und Produktionsumstellungen sind für eine weitblickende Wirtschaftspolitik notwendig. Beispielsweise wird der Abbau von Eisenerzen in Europa zunehmend unrentabel werden, weil diese Materialien aus den neu erschlossenen Gebieten Afrikas und Lateinamerikas viel billiger importiert werden können. Die Montan-Union hat bereits langfristige Lieferverträge mit afrikanischen Staaten abgeschlossen, die die europäische Erzgewinnung vor eine neue Situation stellen können. Es hat keinen Sinn, diese Tatsachen zu verschweigen, nur um den Landsleuten Unruhe zu ersparen. Denn jeder österreichische Betrieb ist heute zu einer Prognose hinsichtlich des zukünftigen Bedarfes gezwungen.

Nicht einem Dirigismus von Staats wegen, sondern vor allem der **Initiative** der Wirtschaftstreibenden selbst kommt hier die entscheidende Rolle zu. Allerdings spielt die staatliche Geldpolitik mit herein, denn das Geld ist bei uns viel zu teuer und macht die einheimische Wirtschaft gegenüber der ausländischen oft konkurrenzunfähig. Dabei muß der Aufholprozeß unserer Wirtschaft jetzt oder zumindest bald erfolgen, denn wenn sich die Krise abzeichnet, bekommen die Betriebe immer schwerer Gelder für notwendige Investitionen.

Es wäre auch ein Irrtum, anzunehmen, daß nach Abbau des Schutzsystems das "freie Spiel der Kräfte" automatisch alles ins Lot bringen werde. Ein solches freies Kräftespiel würde vielmehr bedrohliche Krisen und Störungen in manchen Gebieten hervorrufen. Die staatliche Konjunktur- und Finanzpolitik muß den notwendigen Umwandlungsprozeß fördern. Vor allem tut eine bessere Ausnützung der vorhandenen Arbeitskraftreserven not.

Dazu müssen in potentiellen Krisengebieten neue Betriebe gegründet werden. Auch die Unterstützung der Bautätigkeit im Winter, der Berufsausbildung, der Arbeitsvermittlung und der Berufsberatung kann hier viel Gutes tun. Ob für diese Fragen ein eigenes Ministerium oder ein neues Institut notwendig ist, kann hier offen bleiben.

Ein unerfreuliches Bild bietet Österreichs Geburtenstatistik: für 1970 erwarten Fachleute einen Bevölkerungsstand von 7,365.000, das ist um 4,1 Prozent mehr als 1961. Die Prognose bezüglich der zu erwartenden Zahl der **Berufstätigen** aber zeigt eine unliebsame demographische "Schere": Nach den Berechnungen wird es 1970 um 193.000 weniger Beschäftigte geben als 1961. Erst 1980 wird das Niveau von 1961 wieder erreicht sein. Man muß also die Möglichkeiten einer intensiveren Ausnützung der Arbeitskräfte überlegen. Dabei kann die Entwicklung der abnehmenden Arbeitszeit und der herunterrutschenden Pensionsgrenze nicht unterbrochen werden. Denn unsere Sozialpolitik ist gleichsam die wichtigste innere Landesverteidigung Österreichs am Rande der kommunistischen Welt. Die sich aus dieser Sozialpolitik ergebenden materiellen Verpflichtungen müssen eben durch entsprechende Leistungssteigerung der Wirtschaft erfüllbar gemacht werden.

Obwohl das Wort "Planung" bei uns vielfach Unbehagen auslöst, wird die Notwendigkeit der Sache heute eigentlich nirgends mehr bestritten. Man wählt vielleicht die neuen Ausdrücke "Programmierung" oder - wie die Schweiz - "staatliche Voraussicht". Ohne langfristige Planung ist jedenfalls ein Wirtschaftswachstum nicht möglich. Die Gebietskörperschaften können hier sehr viel tun, namentlich auf dem Gebiet der Bauwirtschaft, besonders der Winterbautätigkeit, wobei das größte Handikap der übermäßig hohe österreichische Baukostenindex ist.

Ein großes Problem bildet die Pendelwanderung in Österreich: von 3,306.000 Beschäftigten sind 638.000 oder 19 Prozent Pendler. Davon 192.000 allein in Niederösterreich, wo 30 Prozent aller Arbeitnehmer "pendeln". Im Burgenland sind es 29, in Vorarlberg 28 Prozent. Wenn man mehr als zweieinhalb Stunden täglich in der

Bahn sitzen muß, wie das eine Untersuchung von vielen Burgenländern festgestellt hat, paralyisiert dies viele Errungenschaften unseres Wohlfahrtsstaates.

Dr. Kreisky nannte als die sieben Hauptprobleme der österreichischen Wirtschaft: das niedere Einkommensniveau, die wirtschaftliche Stagnation und die strukturelle Arbeitslosigkeit mancher Gebiete, die unbefriedigende Produktivität gewisser Betriebe, die Saisonarbeitslosigkeit, die Pendelwanderung und die Abwanderung von Arbeitskräften. Zur Bewältigung dieser Probleme seien vorerst echte Analysen nötig, ein Katalog der Probleme von Entwicklungsgebieten und eine wirtschaftliche Regionalplanung. Vor allem fehlt es in Österreich an der Koordinierung, wozu eigene Stellen geschaffen werden müssen. Die Gebietskörperschaften könnten hier Wesentliches leisten.

Dr. Kreisky wandte sich mit Entschiedenheit gegen die Meinung, daß Österreichs Wirtschaft lebensgefährdet sei, wenn es nicht zu einem Anschluß an die EWG kommen sollte. Daß dies nicht richtig ist, geht aus der Tatsache hervor, daß Österreichs Exporte in die EWG-Länder trotz seiner Mitgliedschaft bei der EFTA volumensmäßig zunehmen.

Minister Dr. Kreisky betonte, daß er nicht der Erfinder der EFTA-Mitgliedschaft Österreichs sei. Diese wurde vielmehr unter Julius Raab als Bundeskanzler, Leopold Figl als Außenminister und Dr. Fritz Bock als Handelsminister beschlossen. Er selbst sei als neu bestellter Außenminister gerade zum Unterschreiben zurecht gekommen. Die Mitgliedschaft bei der EFTA, die ohne Belastung für die Neutralitätspolitik nötig ist, hat sich jedoch bewährt.

Dennoch muß Österreichs Außenhandel umstrukturiert werden. Der Redner wies auf unsere Exporterfolge nach Übersee hin und berichtete von den Handelsbeziehungen mit Persien, die sich während des Staatsbesuches des Bundespräsidenten angebahnt haben. Im Iran stößt unsere Wirtschaft allerdings auf die Konkurrenz deutscher Firmen, die Kredite mit einer Laufzeit von 15 bis 18 Jahren bei einer Verzinsung von dreieinhalb Prozent gewähren.

Zur Situation in Brüssel sagte Dr. Kreisky, es komme vor allem darauf an, wie handlungsfähig die EWG-Kommission bleibe, wann der Ministerrat wieder zusammentreten könne - das heißt, wann Frankreich wieder mittut - und welche Infraveränderungen der EWG sich ergeben.

Österreich müsse bedenken, daß seine Neutralität und Unabhängigkeit die wichtigsten Sicherheitsfaktoren seiner Außenpolitik seien. Mit all dem solle jedoch nicht gesagt sein, daß die Integration und große Märkte unnötig seien.

Zusammenfassend sagte Dr. Kreisky, daß Österreichs Wirtschaft nach der Phase des Aufbaues nach 1945 und der Phase der Umwandlung von einem Agrar- zu einem Industriestaat nunmehr in ihre dritte Etappe eintrete. Deren Ziel müsse die Erhöhung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und die Überwindung der bestehenden Disproportionalitäten sein. Die Voraussetzung dafür sei außen- und innenpolitische Ruhe und Stabilität. Diese könne nur erhalten werden, wenn die Zusammenarbeit der großen politischen Gruppen die Basis unserer Politik bleibt. Da die neue Phase unserer wirtschaftlichen Entwicklung viel diffiziler sei als die vorhergehenden, dürften keine politischen Experimente gemacht werden. Aber nur wenn die Ziele dieser dritten Etappe erreicht werden, könnten Österreichs Städte das sein, was sie sein sollen und bisher waren: Zentren des wirtschaftlichen und geistigen Lebens des Staates und Zentren einer neuen sozialen Sicherheit.

- - -

Österreichischer Städtetag 1965:"Föderalismus in einem kleinen Staat"
=====

8. Oktober (RK) Bürgermeister Dr. Alois Lugger, Innsbruck, hielt heute am ersten Tag ein Referat über "Föderalismus in einem kleinen Staat - Grenzen und Möglichkeiten". Er führte unter anderem aus:

Was versteht man denn nun unter dem Begriff "Föderalismus" überhaupt? In einem föderalistischen Staat, dessen übliche Form der Bundesstaat ist, sind die an sich souveränen Länder zu einem Gesamtstaat zusammengefaßt. Neben dem Gesamtstaat gibt es also noch Gliedstaaten, die ihrerseits echte Staaten sind. In einem solchen Staat bestehen neben einer Zentralregierung regionale Regierungen, die grundsätzlich einander gleichgeordnet und in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich voneinander unabhängig sind.

Meinen Ausführungen liegt die Überzeugung zugrunde, daß die föderalistische Staatsidee eine Aufgabe ist, die unserer Zeit gestellt ist. In einer Zeit, in der in Asien und Afrika die Völker in zunehmendem Maße im Vollzug der Entdeckung ihres politischen Eigenwertes und ihrer besonderen Eigenheiten ihre geschichtliche Eigenständigkeit bejahen und sich zu Nationen verbreitern, bietet sich der Föderalismus als eine die Völker versöhnende Staatsform als das natürliche politische Prinzip an, mit dessen Hilfe die jungen, ihre Selbständigkeit bejahenden Nationen sich zu größeren politischen Verbänden zusammenschließen können, ohne ihre Eigenständigkeit aufgeben zu müssen. Entsprechendes gilt für die westliche Hemisphäre, zum Beispiel für die im Zuge befindliche europäische Vereinigung. Die föderalistische Regierungsform scheint doch das System zu sein, in dem die Welt von heute und von morgen am freiesten und fruchtbarsten gedeihen kann.

Der föderalistische Staat hat eine Ordnung, innerhalb der mehr Raum ist für die Eigenverantwortung, für die Beteiligung der Bürger aus dem Gefühl der Zugehörigkeit in einer engeren Gemeinschaft. Das ist wiederum für die Demokratie

von entscheidender Bedeutung. Weiter ist die föderalistische Ordnung fast die einzige Form der Gewaltenteilung, die heute tatsächlich noch funktioniert.

Das Bestreben, die Eigenartigkeit der einzelnen Stämme zu wahren und sie nicht im Einheitsstaat untergehen zu lassen, wird von Gegnern des Föderalismus zu unrecht als "Eigenbrödelei" oder als "kleinstaatliches Spießbürgertum" bezeichnet.

Die großen Vereinigten Staaten von Amerika - der erste große Bundesstaat der Geschichte - sind weitestgehend, viel mehr als Österreich, nach dem föderalistischen Prinzip des Bundesstaates aufgebaut, ebenso wie die kleine Schweiz. Ja sogar Sowjetrußland ist offiziell ein Bundesstaat, wenngleich hier die Eigenstaatlichkeit der einzelnen Sowjetrepubliken durch die zentrale Macht der kommunistischen Partei wiederum weitgehend aufgehoben wird.

Die zentralistischen Tendenzen und autoritären Übergriffe der jüngsten Vergangenheit lassen eine Dezentralisierung der Staatsgewalt besonders begreiflich erscheinen, denn der Föderalismus ist ohne Zweifel eine wirksame Gegenkraft, um die Machtgier zu hemmen. Der Weg vom zentralistischen Einheitsstaat zur Diktatur ist kürzer als vom föderalistischen Bundesstaat.

Da der Föderalismus ein Regierungssystem und ein Lebensprinzip und kein Verwaltungssystem darstellt, ist er auch von der Größe eines Landes unabhängig.

Österreich blickt als Bundesstaat auf historische Traditionen zurück, die ohne Zweifel bei der Geburt der geltenden österreichischen föderalistischen Verfassung auch Pate gestanden sind.

Die ursprüngliche Staatsform des Habsburgerreiches war jene von selbständigen Staatsgebieten, die nur durch ein gemeinsames Staatsoberhaupt verbunden waren. Auch die Pragmatische Sanktion (1713) ließ die rechtliche Eigenschaft als souveräne Königreiche und Herzogtümer unangetastet. Auch die Gründungsurkunde des Kaisertums Österreich, das Kaiserliche Patent vom 11. August 1804, drückt diesem den Stempel eines

föderativen Staates auf, vereinigt nur durch ein gemeinsames Herrscherhaus. Lediglich durch das Oktoberdiplom des Jahres 1860 wurden aus der bisherigen Souveränität der Länder bestimmte Hoheitsrechte der Gesetzgebung entzogen. Durch 800 Jahre - gegenüber nicht einmal 60 Jahren - hat die föderalistische Staatsform Österreichs Geschichte bestimmt.

Mit dem am 12. November 1918 gefaßten Beschluß der Provisorischen Nationalversammlung nimmt sie die feierliche Beitrittserklärung der Länder, Kreise und Gaue des Staatsgebietes zur Kenntnis und stellt diese Gebiete des Staates unter den Schutz der ganzen Nation. Damit ist einwandfrei das föderalistische Prinzip anerkannt, das auf der Beitrittserklärung souveräner Länder und deren Annahme durch die Provisorische Nationalversammlung beruht.

Der Art. 2 Abs. 1 der geltenden österreichischen Bundesverfassung lautet: "Österreich ist ein Bundesstaat". Das heutige Österreich ist also ein föderalistischer Staat, bestehend aus dem Bundesstaat und den neun Bundesländern. Dieser Bundesstaat wäre nicht, wenn es die Gliedstaaten nicht gäbe. Dieser Bundesstaat ist als Gesamtstaat der rechtliche Ausdruck der nationalen Einheit Österreichs. Dieselben Menschen, die als Bürgerländer, Kärntner, Niederösterreicher, Oberösterreicher, Salzburger, Steirer, Tiroler, Vorarlberger oder Wiener Volk der Gliedstaaten, also der Bundesländer sind, sind in ihrer Gesamtheit - geeint durch eine übergreifende gesamtösterreichische Kultur, durch ein gemeinsames politisches Schicksal - das Staatsvolk des Gesamtstaates der Republik Österreich. Dieser Gesamtstaat vertritt das nationale Interesse; seine Aufgabe liegt in der Wahrnehmung des Gemeinwohles des in ihm lebenden österreichischen Volkes; seine Funktion ist, das für die Länder übergreifende Gemeinsame rechtlich faßbar und politisch realisierbar zu machen. Der Bundesstaat als Gesamtstaat hat also ebenso wie die Länder, seine Glieder, notwendige eigene Zuständigkeiten, eigene Macht, eigene Verantwortung, eigene gesamtösterreichische Aufgaben. Der Bundesstaat ist der Staat, der aus der Einheit des Gesamtstaates und aus der Kraft seiner Gliedstaaten lebt.

Im Bundesstaat müssen die Aufgaben und Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern aufgeteilt werden. In den Artikeln 10 bis 15 des österreichischen Bundesverfassungsgesetzes, im Finanzverfassungsgesetz, ist die Gewaltenteilung geregelt. Mit anderen Worten, in diesen Verfassungsbestimmungen sind die Zuständigkeiten von Bund und Ländern zur Gesetzgebung und Vollziehung im wesentlichen enthalten.

Wie auch in anderen modernen Bundesstaaten hat man nicht immer eine ideale Verteilung der Zuständigkeiten erreicht und es steht außer Zweifel, daß der föderalistische Gedanke in Österreich in den letzten Jahren durch dessen fortgesetzte "Unterernährung" immer mehr zurückgedrängt wurde.

Schon zur Zeit der Schöpfung der geltenden österreichischen Verfassung war die Zuteilung von Kompetenzen an den Bund zu wenig unter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips erfolgt, sodaß die wichtigsten Materien, vor allem die sogenannte Kompetenz-Kompetenz, als das Recht, zu entscheiden, was Bundes- und was Landessache ist, dem Bund zugewiesen wurde. Im Bereich der Gesetzgebung liegt der Schwerpunkt eindeutig beim Bund. Das weist der umfangreiche Katalog der ausschließlichen Gesetzgebung und der ebenfalls ausgiebige Katalog der Grundsatzgesetzgebung des Bundes aus.

Die Bestimmung des Artikel 15 der Bundesverfassung, daß Angelegenheiten, die nicht ausdrücklich durch die Bundesverfassung der Gesetzgebung oder Vollziehung des Bundes übertragen sind, im selbständigen Wirkungsbereich der Länder verbleiben, entspricht durchaus einer föderalistischen Staatsverfassung. Sie läßt erkennen, daß grundsätzlich das Gesetzgebungsrecht bei den Ländern liegt und daß der Bund nur für die besonders angegebenen Angelegenheiten zuständig ist. Allerdings ist, wie bereits erwähnt, der Katalog dieser besonderen Angelegenheiten sehr weitgehend und kann jederzeit vom Bund auch zu seinen Gunsten einseitig abgeändert werden. Diese Kompetenz-Kompetenz des Bundes ist ein Dorn in der föderalistischen Ordnung, denn eine Änderung der Zuständigkeit dürfte nie einseitig vom Bund, sondern immer nur mit Zustimmung der Länder erfolgen.

Die Länder haben anlässlich der Verhandlungen über das letzte Notopfer der Länder und Gemeinden im März 1963 ein Forderungsprogramm aufgestellt, in dem sie unter anderem die Übertragung bestimmter Kompetenzen vom Bund auf die Länder als Beitrag zu einer Verwaltungsvereinfachung durch Vermeidung von Doppel- und Mehrgeleisigkeiten und die Neuordnung des Förderungswesens und dessen Einbeziehung in den Finanzausgleich verlangen. Zu den Beratungen über dieses Programm, das zwar als Forderungsprogramm der Länder und der Gemeinden bezeichnet und über das nun bereits seit zwei Jahren verhandelt wird, waren die Gemeindeorganisationen nicht zugezogen, obwohl die Gemeinden hiervon wesentlich berührt werden. Ich glaube, daß die Bundesländer nicht gut beraten waren, als sie darauf verzichteten, auch die Gemeinden zu den Verhandlungen beizuziehen.

Die Forderung der Bundesländer nach Übertragung einer gewissen Steuerhoheit ist eine selbstverständliche und durchaus begründete. Es erfordert das föderative Prinzip, auch den Ländern unter ihrer eigenen unabhängigen Kontrolle Einnahmequellen zu übertragen. Die Idealforderung nach Übertragung so weitgehender eigener Besteuerungsrechte, die finanziell zur Vollziehung der eigenen Aufgaben ausreichen, ist wohl kaum zu realisieren. Gewiß soll neben die Ausgabenverantwortung einer Gebietskörperschaft auch die Aufbringungsverantwortung für die zur Erfüllung der Aufgaben erforderlichen Mittel treten. Von der Art, wie die öffentlichen Einnahmen bezogen werden, ob der Steuerdruck der Bevölkerung gegenüber direkt vertreten werden muß oder ob diese Einnahmen von dritter Seite anfallen, hängt erfahrungsgemäß die Bewirtschaftung dieser Mittel in starkem Maße ab. Die Bundesländer begründen dies auch in ihrem Forderungsprogramm mit den Worten: "Es ist auch demokratisch von Nachteil, daß die Landtage nicht mehr über Einnahmen, sondern nur mehr über Ausgaben zu beschließen haben, sodaß eine Verantwortung für die Ausgaben nicht gegeben ist. Durch die Wiederherstellung einer wenigstens bescheidenen Steuerhoheit soll den Landtagen eine entsprechende eigene Verantwortung für die finanzielle Bedeckung der Landeshaushalte zurückgegeben werden.

Bei den heutigen wirtschaftlichen Verflechtungen und der großräumigen Wirtschaftspolitik ist ein strenger Finanzföderalismus nicht realisierbar. Eine Kombination von Abgabenteilung und verbundener Steuerwirtschaft, so wie wir es im österreichischen Finanzausgleich bereits kennen, ist deshalb nicht zu umgehen. Durch den Steuerverbund sind sowohl die Länder wie auch die Gemeinden an erträgnisreichen Steuern, die der Entwicklung der Wirtschaft und der Kaufkraft folgen, beteiligt. Eventuelle Konjunkturschwankungen werden gleichmäßig von allen Beteiligten in einer echten "Schicksalsgemeinschaft" verspürt, im allgemeinen wird aber doch eine größere Stabilität der Finanzen erreicht. Verbund-Steuern, also gemeinsam bewirtschaftete Steuern, setzen ein Mitspracherecht aller Beteiligten voraus, verlangen also förmlich die Anerkennung der Beteiligten als Finanzausgleichspartner. Das Ziel muß sein, ein System zu schaffen, das die Aufteilung der Steuereinnahmen der Aufgabenteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden anpaßt. Gleichzeitig muß dieses System beweglich genug sein, um künftigen Verschiebungen in der Rangordnung der öffentlichen Aufgaben gerecht zu werden.

Ich vermisste bei den Forderungen der Bundesländer zwei Dinge:

1. In einem echten Bundesstaat muß es, wie es in der Ersten Republik der Fall war, eine Landesstaatsbürgerschaft geben, deren Verleihung durch das zuständige Verfassungsorgan des Landes bzw. durch die Verleihung des Heimatrechtes erfolgt und die für die Bundesstaatsbürgerschaft maßgebend ist.

2. Ein eminent wichtiges Problem im Bundesstaat ist die Beteiligung der Bundesländer an der Gesetzgebung. Nach der österreichischen Verfassung wurde der Bundesrat dazu eingerichtet, nach dem föderalistischen Prinzip die Interessen der Länder bei der Bundesgesetzgebung zu vertreten. Der Bundesrat hat allerdings insofern schon eine schwache Stellung, als er nur ein Einspruchsrecht mit aufschiebender Wirkung hat. Dennoch wäre seine Rolle durchaus nicht zu bagatellisieren, wenn er wenigstens von den ihm verfassungsmäßig zustehenden Rechten ausgiebig Gebrauch machen würde.

Eine Aufwertung des Bundesrates nicht nur in personeller, sondern vor allem in institutioneller Hinsicht ist meines Erachtens nach eines der dringendsten Anliegen unseres Bundesstaates.

Lassen Sie mich noch ein Wort als Kommunalpolitiker einfügen. Niemand könnte die Forderungen der Länder als Ausfluß eines echten föderalistischen Denkens und als Respektierung des Subsidiaritätsprinzips erkennen, wenn die Länder nicht selbst bereit wären, dieses Prinzip auch nach unten, also gegenüber den Gemeinden anzuwenden. Der Föderalismus darf, wie eine Wiener Zeitung vor kurzem geschrieben hat, nicht nur beim gemeinsamen Vorgehen der Länder gegen den Bund funktionieren. Auch die Gemeinden haben ein ursprüngliches Recht auf Selbstverwaltung in der staatlichen Gemeinschaft. Es ist daher ein Zusammenklang der politisch-ethischen Gestaltungsgrundsätze in der Gemeinde-, Landes- und Bundespolitik notwendig. Das Recht der Gemeinde gegenüber dem Rechte der übergeordneten Gemeinschaft muß ebenso geschützt sein, wie das Recht des Bürgers gegenüber der Gemeinde.

Wenn auch die föderalistische Politik ein Prozeß ist, der immer wieder neue Probleme hervortreibt, so hat doch die Erfahrung gezeigt, daß widerstreitende Interessen ausgeglichen werden können. Die Voraussetzung ist, daß Bund und Länder den Willen dazu haben und sich gemeinsam bemühen. An der Aufgeschlossenheit der Länder für das notwendige weiträumige Denken und Planen auch über die Grenzen eines Landes hinaus darf es dabei nicht fehlen.

Ich möchte nochmals abschließend wiederholen: Da der Föderalismus ein Regierungssystem und ein Lebensprinzip und kein Verwaltungssystem darstellt, ist er auch von der Größe eines Landes unabhängig.

Wenn Sie mich nun fragen, warum ein föderalistischer Staat, wenn es so schwierig ist, in einem solchen zu regieren, dann muß ich Ihnen eine Gegenfrage stellen: Warum Demokratie, wenn es sich doch im autoritären Staat so leicht regiert? Meine Antwort: Um der Freiheit willen!

Silberne "Julius Tandler-Medaille" für Ehrenobmann des Wiener
=====

Taubstummen-Verbandes

8. Oktober (RK) Heute mittag überreichte Bürgermeister Bruno Marek dem Ehrenobmann des Wiener Taubstummen-Fürsorgeverbandes (WITAF), Rudolf Haydn, die "Professor Dr. Julius-Tandler-Medaille der Stadt Wien" in Silber. Die Medaille wurde auf Beschluß des Gemeinderates anlässlich der Vollendung des 70. Lebensjahres von Rudolf Haydn für sein langjähriges verdienstvolles Wirken auf dem Gebiet der Taubstummenfürsorge verliehen.

Kulturstadtrat Hans Mandl stellte Rudolf Haydn, der in Begleitung der Präsidentin des Südtiroler Taubstummenverbandes Anna Gorio, und der Dolmetscherin des Wiener Taubstummenverbandes Leonore Kubin erschienen war, dem Bürgermeister vor. Stadtrat Mandl wies darauf hin, daß diese Medaille nur jenen Persönlichkeiten verliehen wird, die sich in jahrelanger Tätigkeit auf dem Gebiet des Wohlfahrtswesens ausgezeichnet haben. Rudolf Haydn, der von Beruf Schriftsetzer war, ist seit 55 Jahren ununterbrochen in der Taubstummenfürsorge tätig.

Bereits mit 15 Jahren trat er dem damaligen "Wiener Taubstummen-Unterstützungsverein 1865" bei, wo er mehrere leitende Funktionen innehatte, zuletzt die des Obmannes. Später war er einer der Mitbegründer des heutigen Wiener Taubstummen-Fürsorgeverbandes. Auch noch 1945 war er maßgebend am Ausbau des WITAF beteiligt und wirkte bei der Organisation des neuen Heimes im 2. Bezirk mit.

Bürgermeister Marek gab bei der Überreichung der Julius Tandler-Medaille, die eine der schönsten Auszeichnungen ist, die die Stadt Wien zu vergeben hat, seiner Freude über die Verleihung an Rudolf Haydn Ausdruck. Der Bürgermeister betonte, daß er nicht nur den Jubilar persönlich kenne, sondern auch dessen verdienstvolle Tätigkeit als Vertreter der Taubstummen und seine menschliche Einstellung zu allen seinen Leidensgefährten, denen er stets helfend zur Seite steht. Für diese aufopfernde Tätigkeit dankte der Bürgermeister dem Jubilar aus

ganzem Herzen und verband diesen Dank mit den besten Glückwünschen zum 70. Geburtstag. "Die Julius Tandler-Medaille", sagte der Bürgermeister abschließend, "wird nur für Werke der Menschlichkeit verliehen. Rudolf Haydn war zeit seines Lebens vom Geist der Menschlichkeit erfüllt und hat stets in diesem Geist gewirkt. Mit der Überreichung der Medaille wird jedoch gleichzeitig auch der Taubstummen-Fürsorgeverband geehrt, dem ich gleichfalls für sein Wirken danke."

Der Wiener Taubstummen-Fürsorgeverband begeht morgen und übermorgen den 100. Jahrestag seiner Gründung. Den Ehrenschatz über die Jubiläumsfeierlichkeiten, die unter dem Motto "100 Jahre Taubstummen-Fürsorge in Wien" abgehalten werden, hat Wohlfahrtsstadtrat Maria Jacobi übernommen.

- - -

Wiens 96 Pensionistenklubs werden am Montag eröffnet

=====

Der 97. kommt eine Woche später hinzu / Wieder um fünf Klubs mehr
als im Vorjahr

8. Oktober (RK) Kommenden Montag, den 11. Oktober, eröffnen die 96 Wiener Pensionistenklubs ihre Pforten. Eine Woche später wird ein weiterer Klub eröffnet, so daß heuer insgesamt 97 Pensionistenklubs zur Verfügung stehen werden. Gegenüber dem Vorjahr, in dem 92 Pensionistenklubs von der Gemeinde Wien - geführt wurden, bedeutet dies eine Vermehrung um fünf Klubs.

Täglich erhalten Besucher eine Kaffeejause, dreimal wöchentlich Mürbgebäck, zweimal wöchentlich Mehlspeise und zweimal im Monat ein komplettes Mittagessen. Zur Unterhaltung der Klubbesucher liegen Tageszeitungen und Bildzeitschriften auf. Aus den von der Städtischen Bücherei zur Verfügung gestellten Bücherkisten können Bücher entlehnt werden. Karten- und Gesellschaftsspiele dienen gleichfalls der Unterhaltung. Einmal im Monat findet eine Filmvorführung statt. Ärztliche Vorträge werden so wie in den letzten Jahren abgehalten werden. In einzelnen Klubs werden Bastelgruppen ihre Tätigkeit wieder aufnehmen. Auch die Fußpflegeaktion wird wieder durchgeführt.

Die Adressen der 97 Klubs und deren Namen bringen wir nachstehend:

1. Bezirk:

Stoß im Himmel 2

Alt Wien

2. Bezirk:

Kleine Sperlgasse 10

Zur Fröhlichkeit

Leopoldsgasse 13-15

Herzl-Hof

Vivariumstraße 13

Der Fraterfreunde

Vorgartenstraße 158/II

Der Geselligkeit

Wehlstraße 164

Donauparadies

3. Bezirk:

Erdbergstraße 16-28

Lustige Erdberger

Khunnungasse 6-8

Geselligkeit

Landstraßer Hauptstraße 173

3. Bezirk:

Rabengasse 3
 Weißgerberlande 24

Lustige Raben
 Zur Gemütlichkeit

4. Bezirk:

Argentinierstraße 44 (Beginn 18.10.)
 (vormals Karolinengasse 13)
 Preßgasse 24

Der gemütlichen Wiedner
 Zum goldenen Wiedner Herz

5. Bezirk:

Am Hundsturm 18
 (vormals Kohlgasse 27)
 Grüngasse 14
 Reinprechtsdorfer Straße 1 a

Die lustige Runde
 Margareten
 Die Matzleinsdorfer

6. Bezirk:

Grabnergasse 11-13

Mariahilf

7. Bezirk:

Kaiserstraße 38
 Zieglergasse 18

Am Brillantengrund
 Am Seidengrund

8. Bezirk:

Bennoplatz 1a

Harmonie

9. Bezirk:

D'Orsay-Gasse 8
 Währinger Straße 43

Rossau
 Michelbeuern

10. Bezirk:

Davidgasse 38
 (vormals Laxenburger Straße 6)
 Gußriegelstraße 52
 Laaer Berg-Straße 166
 Laxenburger Straße 203-217/28
 Puchsbaumplatz 13
 Troststraße 17/7
 Van der Nüll-Gasse 89

Favorit
 Fortuna
 Monte Laa
 Blumental
 Kudlich
 Altes Landgut
 Rudolfshügel

11. Bezirk:

Albin Hirsch-Platz, Baublock "B"
 Enkplatz 2

Der gmütlichen Simmeringer
 Strindberg

12. Bezirk:

Aichholzgasse 59
 Breitenfurter Straße 121
 Koflergasse 26
 Oswaldgasse 2
 Schönbrunner Straße 259
 (Eingang Meidlinger Hauptstraße 4)

Tivoli
 Altmannsdorf
 Gaudenzdorf
 Wienerberg
 Schönbrunn

13. Bezirk:

Eyslergasse 69
 Hietzinger Hauptstraße 55
 Wolkersbergenstraße 170

Waldheimat
 Alt Unter-St. Veit
 Lainzer Gemütlichkeit

14. Bezirk:

Breitenseer Straße 72-74
 Linzer Straße 254
 Linzer Straße 399
 Sebastian Kelch-Gasse 4-6

Spallartgrund
 Zufriedenheit
 Rosental
 Breitensee

15. Bezirk:

Diefenbachgasse 49-51/II/1
 Nobilegasse 35
 Oeverseestraße 1
 Rustengasse 9
 Staglgasse 3-5

Diefenbach
 Rudolfsheim
 Zukunft
 Die lustigen Fünfhauser

16. Bezirk:

Ganglbauergasse 10
 Liebhartgasse 56
 Liebknechtgasse 32
 Mildeplatz 7
 Montleartstraße 14-18/3
 Ottakringer Straße 150
 Sandleitengasse 9-13
 Wurlitzergasse 59
 (wegen Umbau Beginn in 16,
Paletzgasse 12)

Albert Sever
 D'Neulerchenfelder
 Alfons Petzold
 D'Speckbacher
 Josef Weinheber
 Die lustigen Ottakringer

Zagorskigasse 6

Karl Honay
 Franz Schuhmeier

17. Bezirk:

Jörgerstraße 38
 Dr. Josef Resch-Platz 6
 Röttergasse 15

Jörger
 Dr. Josef Resch
 Rötter

17. Bezirk:

Taubergasse 5

Tauber

Wichtelgasse 63

Wichtel

18. Bezirk:

Gymnasiumstraße 38

Währinger Park

Thimiggasse 63

Weimarer Straße 8-10

Schubertpark

19. Bezirk:

Heiligenstädter Straße 92

Heiligenstadt

Obkirchergasse 16

Krim

20. Bezirk:

Aignerstraße 2-6

Freundschaft

Engerthstraße 87-89

Solidarität

Leithastraße 29-33

Zwischenbrücken

Pappenheimgasse 22/17

Freude und Frohsinn

Wallensteinstraße 68-70

Brigittenau

21. Bezirk:

Bessemerstraße 10-16

Die lustigen Donaufelder

Freytaggasse 14/21

Die Gemütlichkeit

Jedleseer Straße 66

Die fröhlichen Jedleseer

Josef Baumann-Gasse 65

Leopoldau

Siemensstraße Stiege I7

Jedlersdorf

Strebersdorf, Rußbergstraße 27

Weisselgasse 9-13

Georg Weissl-Klub

22. Bezirk:

Erzherzog Karl-Straße 65

Neu Kagrán

Erzherzog Karl-Straße 169

Franz Novy

EBling, Hauptstraße 77

EBling

Hirschstetten, Markweg 88

Hirschstetten

Mergenthalerplatz 8

Kagrán

Mühlwasserstraße 30

Lobau

Schüttaustraße 1-39/1

Kaisermühlen

Siegesplatz 7, Aspern

Aspern

Spargelfeldstraße 198

Breitenlee

Stadlauer Straße 26

Stadlau

Viktor Kaplan-Straße 6-8

Sonnenhof

Wagramer Straße 55-61

Alte Donau

23. Bezirk:

Atzgersdorf, Breitenfurter Straße 230	Der fidelen Atzgersdorfer
Erlaa, Erlaaer Straße 131 (vormals Erlaaer Straße 123)	Frohsinn
Inzersdorf, Altwirthgasse 6	Der gemütlichen Inzer- dorfer Runde
Liesing, Breitenfurter Straße 358	Der gemütlichen Liesinger
Rodaun, Mauerberggasse 2	Der Rodauner Geselligkeit
Siebenhirten, Ketzergasse 40	Lebensfreude

- - -

Empfang im Rathaus
=====

8. Oktober (RK) Heute nachmittag gab Bürgermeister Marek zu Ehren der Delegierten zum 5. Gewerkschaftstag der öffentlich Bediensteten einen Empfang in den Wappensälen des Wiener Rathauses. In seiner Vertretung begrüßte Personalstadtrat Bock in Anwesenheit von Stadtrat Pfoch, Stadtschulratspräsident Dr. Neugebauer und Magistratsdirektor Dr. Ertl die Gäste recht herzlich. In seiner Ansprache umriß er die gegenwärtige Situation des öffentlichen Dienstes. Einerseits wird gefordert, man sollte den öffentlich Bediensteten mehr bezahlen, dann hätte man nicht über Personalmangel zu klagen, kommt dann aber die zuständige Gewerkschaft mit entsprechenden Forderungen, setzt sofort die Gegenpropaganda ein und spricht von der Gefährdung des Budgets und der Schilling-Stabilität. Mitten in diesem Dilemma steht der öffentlich Bedienstete selbst.

Die Stadt Wien jedoch steht nach wie vor zu ihrem stets vertretenen Grundsatz, daß auch die öffentlich Bediensteten ein Recht auf entsprechenden Anteil an dem steigenden Sozialprodukt haben.

Im Namen der Gewerkschaft der öffentlich Bediensteten dankte der Stellvertretende Vorsitzende Amtsrat Karl Bocek nicht nur für die Gastfreundschaft der Stadt Wien, sondern auch für das Verständnis, das die Wiener Stadtverwaltung den Anliegen seiner Gewerkschaft stets entgegenbringt.

- - -

Geehrte Redaktion!
=====

Wir erinnern daran, daß morgen Samstag, den 9. Oktober, um 14.30 Uhr, Kulturstadtrat Hans Mandl die von der Gemeinde Wien errichtete neue Sportanlage in der Schwarzlackenu im 21. Bezirk (Christian Bucher-Gasse - Überfuhrstraße) eröffnen wird. Zufahrt: Straßenbahnlinie 132.

- - -

Der Bürgermeister von Okayama zu Besuch in Wien
=====

8. Oktober (RK) Bürgermeister Bruno Marek empfing heute nachmittag in seinem Arbeitszimmer im Wiener Rathaus den Bürgermeister der japanischen Stadt Okayama, Hirao Okazaki. Die Stadt Okayama hat 200.000 Einwohner und liegt in der Nähe von Hiroshima. Wie der Gast erzählte, unternimmt er gegenwärtig eine Weltreise zum Studium kommunaler Einrichtungen. Aus Belgrad kommend, ist er gestern in Wien eingetroffen, wo er sich bis Sonntag aufhalten wird.

In einem herzlichen Gespräch unterhielten sich die beiden Stadtoberhäupter über kommunale Probleme, in deren Vordergrund auch in Okayama Wohnungs- und Verkehrsfragen stehen. Bürgermeister Okazaki ist in erster Linie am Fürsorge- und Erziehungswesen unserer Stadt interessiert. Heute vormittag hatte er bereits eine längere Aussprache mit leitenden Magistratsbeamten über verschiedene Fragen aus diesen Gebieten. Morgen wird er auf Einladung des Bürgermeisters mehrere Kindergärten, die Körperbehindertenschule, den Blindengarten und verschiedene andere soziale Einrichtungen unserer Stadt besichtigen.

Als Gastgeschenk überreichte der japanische Bürgermeister dem Wiener Stadtoberhaupt ein handgewebtes Seidenbild aus Kyoto. Bürgermeister Marek revanchierte sich mit einem Abdruck des ältesten erhaltenen Stadtsiegels von Wien und einem Bildband über unsere Stadt.

- - -

Keine Delogierungen im Winter
=====

8. Oktober (RK) Justizminister Dr. Broda hat Bürgermeister Marek in einem Schreiben mitgeteilt, daß er im Hinblick auf den kommenden Winter auch heuer die Gerichte neuerlich auf den Erlaß über Delogierungen im Winter hingewiesen hat. In diesem Erlaß wird die besondere Wichtigkeit hervorgehoben, bei der Anordnung von Delogierungen während der kalten Jahreszeit Härten zu vermeiden.

- - -

Rathaus - Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT. DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TUR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Samstag, 9. Oktober 1965

Blatt 2608

Wien hat wieder eine neue große Sportanlage

9. Oktober (RK) In der sogenannten Schwarzlackenau in Floridsdorf eröffnete heute nachmittag Kulturstadtrat Hans Mandl in Vertretung des Bürgermeisters eine neue große Sportanlage, die in zweijähriger Bauzeit von der Gemeinde Wien errichtet wurde.

Vor der Eröffnungsfeier, der nicht nur zahlreiche Festgäste, sondern auch hunderte Zaungäste aus der näheren Umgebung beiwohnten und die großzügig gestaltete Anlage gebührend bewunderten, fand ein begeistert akklamiertes Platzkonzert statt. Nach der Begrüßung durch den Floridsdorfer Bezirksvorsteher Emerling ergriff Stadtrat Mandl das Wort. Er sagte:

500 Millionen Schilling für den Wiener Sport

"Die Erhaltung der Volksgesundheit und damit in unmittelbarem Zusammenhang die körperliche Erzüchtigung der Bewohner einer Großstadt gehören zu den vornehmsten Aufgaben jeder Stadtverwaltung. Schon in der Ersten Republik war daher die Gemeinde Wien bestrebt, dieses Ziel durch den Bau großangelegter Sportanlagen zu fördern. Diese Bemühungen sind nach dem Ende des zweiten Weltkrieges in einer Zeit wieder aufgenommen worden, in der zunächst Ernährungs- und Wohnungsprobleme sowie der Wiederaufbau zerstörter Stadtviertel Vorrang haben mußten. In den folgenden Jahren lösten die Verkehrsfrage, die Entwicklung der geistigen Potenz unserer Stadt und der soziale Wohnbau wohl die unmittelbaren Nachkriegsaufgaben ab. Die Gemeindeverwaltung hat aber unverändert an ihrem Ziel festgehalten, Wien auch zur Sportstadt zu machen.

./.

In den letzten 15 Jahren wurden von der Stadt Wien für Sportzwecke mehr als 500 Millionen Schilling aufgewendet. Auf den Bau und die bauliche Erhaltung von Sportanlagen entfielen davon mehr als 400 Millionen. Gegenwärtig gibt es in unserer Stadt 102 Sportanlagen, 670 Spielplätze, 71 Tennisanlagen und 45 Schwimmbäder. Dazu kommen noch 313 Turnsäle, die Kinderfreibäder, Eislaufplätze und Spezialanlagen der verschiedensten Disziplinen. Aber nicht nur für die Schaffung neuer, sondern auch für die Erhaltung bereits bestehender Anlagen und den Bau von Ersatzsportanlagen sorgt unsere Stadtverwaltung in großzügiger Weise. Ein Beispiel dafür ist die neue Sportanlage in der Schwarzlackenu.

Seit vielen Jahrzehnten bestand in der näheren Umgebung dieses Platzes, in der Voltagasse, die Sportanlage des Vereines Columbia XXI, die nicht mehr den modernsten Anforderungen entsprach, weil sie kein Trainingsfeld besaß und auch sonst eben schon etwas überaltert war. Trotzdem war dieser Sportplatz die Heimstatt mehrerer Sportvereine. Als daher der Plan auftauchte, auf der Grundfläche des Columbia-Sportplatzes eine Wohnhausanlage zu errichten, mußte gleichzeitig auch Vorsorge getroffen werden, für alle diese Sportvereine einen neuen Sportplatz zu bauen. Es war klar, daß der Ersatzsportplatz nicht zu weit von der alten Sportanlage entfernt liegen sollte, um die Vereine nicht zu entwurzeln. Es wurde daher der Beschluß gefaßt, die Ersatzanlage hier in der Schwarzlackenu in unmittelbarem Anschluß an den wunderbaren Auwald des ehemaligen Brunnenschutzbereiches zu errichten.

Nicht nur den Erwachsenen und Jugendlichen sollen hier alle Möglichkeiten zu körperlicher Betätigung offenstehen, auch Schulklassen und die kleinen Besucher der Kindergärten werden hier auf gesunderhaltende Spiele vorbereitet werden. Für die Schulen wurde zusätzlich zu den Sportflächen eine Laufbahn sowie eine Sprunganlage gebaut. So wird diese Anlage dazu beitragen, vielen Wienern und Wienerinnen in unserem hektischen und übermotorisierten Zeitalter den Weg zu natürlicher Bewegung und körperlicher Entfaltung zu weisen.

Für die Wiener Stadtverwaltung ist die Anlage Schwarzlackenu ein Teil ihres großen Gesamtprogramms auf sportlichem Gebiet. Wir wollen uns mit dem Erreichten nicht zufriedengeben, sondern werden den Ruf Wiens als Sportstadt weiterhin vertiefen."

Anschließend richtete der Geschäftsführende Obmann des ASKÖ Wien, Franz Mayer, Worte des Dankes an die Wiener Stadtverwaltung. Nach mehreren sportlichen Darbietungen wurde die neue Sportanlage mit dem Meisterschaftsspiel Columbia gegen ESV Stadlau eingeweiht.

Die neue städtische Sportanlage

Die Sportanlage in der Schwarzlackenu, deren Baukosten sich auf 5,545.000 Schilling belaufen, wurde auf einem 35.000 Quadratmeter großen Areal entlang der Christian Bucher-Gasse - Überfuhrstraße errichtet. Sie umfaßt ein Hauptspielfeld (70 mal 105 Meter), mit einer Laufbahn, einen Trainingsplatz (64 mal 100 Meter), drei Tennisplätze, eine kombinierte Hoch- und Weitsprunganlage sowie ein großes Garderobenhaus. In dem Garderobenhaus sind fünf Umkleideräume für die Sportler, ein Schiedsrichterraum, ein Kanzleizimmer, ein Buffet, ein großer Geräteraum, zwei Brauseanlagen, die sanitären Einrichtungen und eine Platzmeisterwohnung untergebracht. Die Tennisplätze können im Winter als Eislaufplätze benützt werden. Aus diesem Grund sind alle Garderobenräume und die sanitären Anlagen geheizt. Mit Ausnahme der Trinkwasserversorgung ist die gesamte Sportanlage von der öffentlichen Wasserversorgung unabhängig, da für die Bewässerung der Sport- und Grünflächen ein schon früher gebauter Probebrunnen verwendet wird. Die gesamte Anlage ist für eine Besucherzahl von 3.000 Personen eingerichtet. Für die motorisierten Zuschauer wurden 150 Parkplätze angelegt. Außerdem wurde die Christian Bucher-Gasse bis zur Überfuhrstraße verlängert.

- - -

Österreichischer Städtetag 1965:Sorgen und Probleme unserer Gemeinden
=====

9. Oktober (RK) Der Generalsekretär des Österreichischen Städtebundes, Bundesrat Otto Schweda, hielt heute im Rahmen des Städtetages ein Referat, in dem er sich mit den Sorgen und Problemen unserer Gemeinden beschäftigte. Er sagte:

Es erscheint zweckmäßig, einige der bereits angeschnittenen Probleme besonders hervorzuheben und den Versuch zu unternehmen, sie mit Blick auf die vermutliche oder mögliche Entwicklung zu untersuchen.

Zum Fragenkomplex des neuen Gemeinderechtes möchte ich mich darauf beschränken, Sie zu bitten, mit allen Kräften dafür einzutreten, daß im Rahmen der Gesetzgebungstätigkeit der Länder nicht die Zugeständnisse der Gemeindeverfassungsnovelle 1962 ausgehöhlt oder gar zunichte gemacht werden. Wir wissen, daß Tendenzen in dieser Hinsicht bestehen. Uns ist zum Beispiel bekannt, daß hinsichtlich der wirtschaftlichen Betätigung der Gemeinden Auffassungen vertreten werden, die wir überwunden geglaubt haben; und wir haben als weiteres Beispiel feststellen müssen, daß die Frage des Instanzenzuges in den Statutarstädten einiger Länder in einer Weise geregelt werden soll, die zwar rechtlich zulässig ist, aber doch ein gewisses Mißtrauen gegenüber den Gemeinden bedeutet, ein Mißtrauen, das völlig unangebracht ist. Im Verhältnis zur Zahl der Gemeinden Österreichs sind es nämlich keineswegs mehr Entscheidungen der Gemeinden, die von den höchsten Gerichtshöfen nach Durchfechtung des Instanzenzuges aufgehoben werden, als solche von Dienststellen des Bundes oder der Länder. Eine Vielzahl wirklichkeitsfremder Entscheidungen von Bundes- oder Landesdienststellen mußte vielmehr über Einschreiten von Gemeinden aufgehoben werden. Man sollte mehr Vertrauen zu den Gemeinden haben, denn Paradefälle im negativen Sinn gibt es, wie überall wo Menschen am Werk sind, auch überall in der öffentlichen Verwaltung.

Ich bitte Sie daher eindringlich, mit all Ihrer Kraft und mit Ihrer ganzen Persönlichkeit dafür zu wirken, daß die Rechte

der Gemeinden nicht geschmälert werden. Und nun, wie in jedem Jahr, zu der Sie alle sicher interessierenden Frage eines neuen Finanzausgleichs. Dazu möchte ich von vornherein feststellen: nach meiner Meinung wird es heuer keinen neuen Finanzausgleich geben. Dies nicht etwa deshalb, weil die einzelnen Finanzausgleichspartner keine Wünsche hätten; durchaus nicht. Aber wie wir hören, sieht sich der Bund nicht in der Lage, im kommenden Jahr im Rahmen des Finanzausgleichs mehr Mittel als bisher für die Länder und für die Gemeinden freizumachen.

Wie haben sich die Dinge auf diesem Gebiet entwickelt? Der Finanzausgleich 1959 beendet nun bald das siebente Jahr seiner Geltung, und das scheint uns im wesentlichen ein Zeichen für seine Bewährung zu sein. Natürlich: Welche der Gebietskörperschaften hätte nicht den einen oder den anderen Wunsch an einen neuen Finanzausgleich! Aber es steht doch fest, daß von allen Seiten bei zahlreichen Gelegenheiten eingestanden wurde, daß die gegenwärtige Finanzausgleichsregelung eine in ihren Grundzügen brauchbare und bewährte Lösung ist. Dennoch sind im Laufe der Jahre einige sehr wesentliche Forderungen zum Finanzausgleich erhoben worden, und auch der Städtebund hat einen solchen Katalog erstellt. Unser Ziel müßte es sein, endlich zu einem Finanzausgleich zu kommen, der die Mittelverteilung an den Aufgaben orientiert. Eine solche Regelung wäre für unsere Gemeinden zweifellös: ein Erfolg.

Das Bundesministerium für Finanzen hat jedoch im Vorjahr einen Entwurf ausgearbeitet, der in dieser Hinsicht völlig untragbar war und über den es daher nicht einmal zu einer ernststen Diskussion kam.

Länder, Städtebund und Gemeindebund haben zugesagt, einen Gegenvorschlag zu erstatten, und in langgedauernden Verhandlungen, über deren Ergebnisse dem Hauptausschuß wiederholt berichtet wurde, kam es dann im Juli dieses Jahres zu einer Vereinbarung über einen von der Verbindungsstelle der Bundesländer gemachten Vorschlag, der dem Herrn Bundesminister für Finanzen unterbreitet wurde.

Dieser Vorschlag sieht den Abschluß eines neuen Finanzausgleichs für die Dauer von wieder fünf Jahren vor, wobei das erste Geltungsjahr ein Mehr für Länder und Gemeinden im Ausmaß von 250 Millionen Schilling erbringen und dieses Mehr sich auf 700 Millionen Schilling im letzten Geltungsjahr steigern soll. Dabei ist sicher von Interesse, daß die Landesumlage gegen 10 Prozent der Gewerbesteuer, im übrigen durch Veränderungen bei den Ertragsanteilen abgegolten werden soll. Das Mehr soll, wenn wir von Wien absehen, nach dem Wunsch der Länder 60 : 40 zugunsten der Länder, nach dem Willen der beiden Gemeindeverbände im Verhältnis 50 : 50 zwischen Ländern und Gemeinden aufgeteilt werden. Die Länder sind um einen Ausbau ihrer tatsächlich überaus bescheidenen Steuerhoheit bemüht. Schließlich ist eine Verbesserung der Schutzklausel vorgesehen. Grundsätzlich aber wurde vereinbart, daß kein Land und keine Gemeinde im Rahmen des neuen Finanzausgleichs Verluste erleiden darf. Außerhalb dieses Rahmens soll über die Finanzierung des Straßenbaus in Ländern und Gemeinden, über eine Hilfe für die Spitalhaltung und über die Kosten, die sich aus der Schulgesetzgebung ergeben, verhandelt werden.

Zur Behandlung des Problems der Straßen hat das Institut für Raumplanung durch die Erstellung einer Straßenstatistik, die die Länder dankenswerterweise in Auftrag gegeben haben, einen wesentlichen Beitrag geleistet. Diese Statistik erfaßt alle Straßen Österreichs mit Stichtag vom 1. Jänner 1964 und zeigt unter anderem auf, daß die Gemeindestraßen in ganz Österreich nahezu doppelt so lang sind wie Autobahnen, Bundesstraßen und Landesstraßen zusammen. Von den Bundesstraßen in den einzelnen Ländern sind 90 bis 100 Prozent staubfrei, von den Landesstraßen 40 bis 70 Prozent, von den Gemeindestraßen aber nur 10 bis 20 Prozent! In ihrem Bestreben, neue Straßen anzulegen und bestehende zu verbessern, haben die Gemeinden in den letzten Jahren Unerhörtes geleistet, wobei dieses Streben bei den Gemeinden aller Größengruppen vorhanden war. Während der Bund etwa seinen Aufwand für den Straßenbau (einschließlich der Autobahnen) in den Jahren 1961 bis 1963 um 33 Prozent gesteigert hat, betrug die Aufwandssteigerung bei Ländern und Gemeinden 57 Prozent, und dies, obwohl das Beteiligungsverhältnis an den durch den Kraftfahrzeugverkehr aufkommenden Steuern zum Beispiel im Jahre 1963 dem Bund 82 Prozent, den Ländern 16 Prozent, den Gemeinden aber nur 2 Prozent erbracht.

./.

Dieses Verhältnis, das ein Mißverhältnis ist, kann nicht Bestand haben. Der Finanzausgleichsentwurf der Länder und der Gemeinden sieht daher eine höhere Beteiligung der Gemeinden und der Länder an der Mineralölsteuer vor, die sie ^{dringend benötigen,} nicht nur für Zubringerstraßen, sondern auch zur Erleichterung des innerstädtischen Verkehrs. Die Verkehrsbauten verschlingen Unsummen, die Herstellung von Verkehrsanlagen kann mit der stets wachsenden Zahl der Kraftwagen nicht Schritt halten, das rollende Material überflutet, das ruhende erstickt uns. Wenn man in eine neu errichtete breitere Straße leicht hineinfindet, so ist noch nicht gesagt, daß man am anderen Ende ebenso leicht wieder herauskommt. Wir müssen uns sehr bemühen, gerade auf dem Verkehrssektor keine Fehlinvestitionen vorzunehmen, aber schon das, was unbestrittenermaßen getan werden muß, erfordert enorme Mittel. Diese Mittel können nicht allein von den Gemeinden aufgebracht werden und es ist sehr fraglich, ob alle diese Maßnahmen überhaupt ausschließlich durch die öffentliche Hand, durch wen immer sie repräsentiert wird, finanziert werden müssen. Ich glaube, wir werden uns sehr bald damit abfinden müssen, vor unseren Bürgern die Forderung zu vertreten, daß sie selbst bei der Aufbringung dieser Mittel werden maßgeblich mitwirken müssen. Ich gehe sogar so weit zu behaupten, daß die erforderlichen Lösungen um so drastischer werden müssen, je länger wir sie hinausschieben.

Was sich der Bund auf dem Sektor des Spitalwesens leistet, droht sich nachgerade zu einer Schande auszuwachsen. Was er für die Spitalerhalter tut, nimmt langsam die Gestalt eines gesetzlich geregelten Almosens an. Die Gemeinden sind auf diesem Gebiet Sorgen gewöhnt, doch die Situation ist unerträglich geworden. Wir stehen unentwegt unter dem Druck jener Bürgermeister, deren Gemeinden Spitäler zu führen und zu erhalten haben. In einer Reihe von Fällen belasten diese Spitäler die Gemeindehaushalte in einem Ausmaß, das einfach nicht mehr gerechtfertigt werden kann. Offenbar ist der Bund auf diesem Gebiet zu weit weg vom Schuß, um diese Not zu erkennen und den ihm zukommenden Anteil an dieser Last entsprechend zu erhöhen. Vielleicht sollten wir gelegentlich etwas unternehmen, was Aufsehen macht, was die Öffentlichkeit aufrüttelt.

Vielleicht würde so etwas bis in jene Bundesdienststellen dringen, die hier zuständig sind, ohne sich offenbar zuständig zu fühlen.

Das dritte große Problem ergibt sich aus der Schulgesetzgebung des Bundes. Die österreichischen Gemeinden haben an diesem Gesetzeswerk nicht mitgewirkt. Sie sind jedoch dazu ausersehen, es unter nicht zu bewältigenden Lasten verwirklichen zu helfen. Um den finanziellen Rahmen zu zeigen, der sich hier ergibt, darf ich vorerst darauf verweisen, daß die Länder und die Gemeinden im Rahmen der neuen Schulgesetzgebung Mehrbelastungen in der Höhe von rund 6,5 Milliarden Schilling zu tragen haben werden, wobei allein für die Gemeinden ohne Wien mit einem Erfordernis in der Höhe von 3,2 Milliarden Schilling gerechnet wird.

Die Notwendigkeit einer Hilfe für die Gemeinden auf dem Schulsektor stand von Anbeginn außer Zweifel. Die Frage ging lediglich nach der Form und der Höhe einer solchen Hilfe. Wurde ursprünglich die Auflage einer Schulbautenanleihe durch den Bund, später durch die Länder, als wünschenswert bezeichnet, so haben seither Gespräche und Überlegungen zu der Auffassung geführt, daß eine solche Anleihe weder durch den Bund noch durch die Länder sinnvoll durchzuführen wäre. Es ergäbe sich hier eine Vielzahl von Fragen und Problemen, die nicht gerade in einer den Vorstellungen einer Verwaltungsvereinfachung entsprechenden Form gelöst werden könnten. Im Hinblick auf eine Zusage des Herrn Finanzministers, den Zinsendienst einer Anleihe zu übernehmen, hat sich nun folgende Möglichkeit gezeigt, die als zweckentsprechend verfolgt werden sollte: Wir könnten versuchen, die Kapitalbeschaffung für das neunte Schuljahr von durch die Länder und Gemeinden aufzunehmenden Einzeldarlehen zu sichern, wodurch auch klare Verhältnisse zwischen Darlehensgebern und Darlehensnehmern geschaffen werden würden. Mit dem Bundesgesetzgeber wären die Einzelheiten der Übernahme des Zinsendienstes und einer Bürgschaft zu vereinbaren. Über eine Koordinierungsstelle könnten sodann die Schulerhalter in der Folge ihrer Reihung die benötigten Darlehensbeträge beantragen.

Die Vorarbeiten zu einer derartigen Lösung müßten möglichst umgehend aufgenommen werden, da uns nicht mehr viel Zeit bleibt, den Erfordernissen gerecht zu werden. Nach unserem Wissen

beschäftigen sich gegenwärtig die Bundesländer mit diesen Vorschlägen, und es ist zu hoffen, daß wir bald klar sehen werden. Eines aber, glaube ich, muß für uns unumstößlich sein: die Erfüllung der Schulgesetze darf nicht verschleppt werden.

Die Übernahme des Zinsendienstes durch den Bund bezüglich der vorgeschlagenen Einzeldarlehen zur Schulbautenfinanzierung scheint uns jedoch nicht das Höchstmaß an Hilfe zu sein, das der Bund den Gemeinden zuteil werden lassen sollte. Wir glauben vielmehr, daß diese Hilfe nur eine zusätzliche sein sollte; im Hinblick auf sein vielfach gefeiertes Gesetzgebungswerk wäre es wohl nicht unbillig, von ihm auch Baukostenzuschüsse in einem entsprechenden Ausmaß zu verlangen.

Besondere Sorgen bereitet uns, aber auch den Ländern, die Schutzklausel des Finanzausgleichsgesetzes. Städtebund, Gemeindebund und Länder treten gemeinsam dafür ein, daß die Schutzklausel in einem neuen Finanzausgleich eine echte Schranke für den Bund bildet, nicht über den Kopf von Ländern und Gemeinden hinweg steuerliche Maßnahmen durchzuführen, aus denen Nachteile für die betroffenen Gebietskörperschaften erwachsen. Uns Gemeinden trennt dabei nur ein Problem von den Ländern, nämlich jenes, daß wir gerne auch eine Schutzklausel gegenüber den Ländern sehen würden, denn auch einzelne Länder waren in der Vergangenheit manchmal bei der Belastung der Gemeinden nicht gerade zurückhaltend. Darüber wird noch zu verhandeln sein und wir hoffen, dann bei den Ländern auf Verständnis für diese unsere Forderung zu stoßen.

Soweit die wesentlichsten Einzelheiten über den dem Herrn Finanzminister vorgelegten Finanzausgleichsvorschlag. Ich kann jedoch nicht umhin zu wiederholen, daß es nicht **nur** meiner Meinung nach in diesem Jahr wohl kaum noch zu einem Abschluß kommen wird.

Es gehört nicht viel Phantasie dazu, zu erkennen, wie es um den Staatshaushalt bestellt ist: die an sich angespannte finanzielle Situation, die katastrophalen Hochwasserschäden dieses Sommers, die in den nächsten Tagen beginnenden Personalverhandlungen mit den öffentlich Bediensteten, das leise Unbehagen hinsichtlich der Preisentwicklung - es gibt wohl einige schwerwiegende

Tatsachen, die von uns Verständnis erfordern, doch, selbst wenn es zu keinem neuen Finanzausgleich kommt, weil der Herr Finanzminister nicht bereit oder nicht in der Lage ist, unseren Vorschlägen und Wünschen zu entsprechen, bleiben jene großen Probleme, die ich zuvor dargelegt habe, als nachdrückliche Forderungen aufrecht: Straßen, Spitäler und Schulen. Ich kann mir nicht vorstellen, daß wir auf diesen Gebieten auf eine Unterstützung und Hilfe durch den Bund verzichten könnten.

Und nun noch ein Kapitel aus dem finanziellen Bereich, das uns seit langem beschäftigt und dessen wir nicht Herr werden: Wir haben vor einigen Monaten eine Erhebung darüber durchgeführt, welche Leistungen unsere Gemeinden zugunsten des Bundes oder der Länder erbringen, und mußten dabei feststellen, daß diese Leistungen ein Ausmaß erreicht haben, das eine Art zweiter Finanzausgleich zu Lasten der Gemeinden geworden ist. In einer Vielzahl von Fällen wird die Errichtung von Bundes- oder Landesgebäuden vorfinanziert, werden Grundstücke für derartige Bauten beigestellt, werden Bundes- oder Landesstraßen mit Gemeindemitteln staubfrei gemacht usw.

Es sind alljährlich viele, sehr viele Millionen, die die Gemeinden für Zwecke aufbringen und aufwenden, die nicht ihrer Kompetenz unterliegen; vor allem auf dem Gebiet des Mittelschulbaues wird der Bund durch die Gemeinden überaus reichlich dotiert und in die Lage versetzt, mit Erfolgsberichten aufzuwarten. Es muß allerdings zugegeben werden, daß der Bund hier nicht allein die Schuld trägt, denn manche Gemeinden überbieten sich förmlich im Angebot an den Bund, um nur ja eine Mittelschule zu bekommen. Diese Unterstützung des Bundes geht natürlich manchmal unter sanftem Druck vor sich, Gemeinden werden gegeneinander ausgespielt, manche Gemeinden müssen sogar mehrmals Grundstücke kaufen oder tauschen, bevor der Bund bereit ist, es sich schenken zu lassen. Der Fiskus verdient dann überdies durch manche nicht immer verständliche Steuerpflichtigkeiten seitens der Gemeinden.

Zum Problembereich dieses zweiten Finanzausgleichs, wie wir ihn nennen, gehört auch noch die nicht immer einwandfreie Inanspruchnahme der Gemeinden durch Bund und Länder im Rahmen der an sich gesetzlich festgelegten Verpflichtung zur wechselseitigen Hilfeleistung. Wir haben uns mit dieser Frage vor kurzem im Rechtsausschuß befaßt und sind überein gekommen, die mancherorts gehandhabte Praxis auf ihre Gesetzmäßigkeit zu prüfen.

Ich wende mich nun einigen anderen Problemen zu, vorerst der Frage des Wohnungsbaues und des Mietrechtes. Die Gemeinden empfinden es zweifellos noch schmerzlicher als die übrigen Gebietskörperschaften, daß wir in der Frage der Wohnbauverhandlungen seit geraumer Zeit einen bedauerlichen Leerlauf haben. Die Gemeinden sind dadurch härter betroffen, denn in der Gemeinde wirkt sich der einzelne Wohnungsfall aus, der Gemeindefunktionär wird im einzelnen Fall um Hilfe ersucht, er hat zu vertreten und zu erklären, was in höheren politischen Regionen stecken geblieben ist. Man muß uns daher Verständnis entgegenbringen, wenn wir die Parteien ersuchen, nicht unbedingt um parteimäßig gefaßter Beschlüsse willen den Bürger zu zermürben, den Wohnungsuchenden zum Opfer politischer Auseinandersetzungen zu machen.

Uns allen ist doch bekannt, daß hinsichtlich des Wohnungsneubaues, der eines unserer Hauptanliegen sein muß, eine weitgehende Einheitlichkeit der Auffassungen besteht. Warum soll diese Einheitlichkeit der Auffassungen nicht ihren gesetzlichen Niederschlag finden? Der Wunsch nach einer Gesamtregelung besteht doch gleichfalls auf beiden Seiten. Aber ist es nicht tatsächlich besser, sich Stück für Stück zu Ergebnissen durchzuringen, als alles aufs Spiel zu setzen, auch das, worüber man sich im Grunde bereits zusammengestritten hat?

Bei uns wird in manchen Kreisen immer wieder versucht, den in der Bundesrepublik Deutschland bestehenden Rechtszustand in der Wohn- und Mietenfrage zu kopieren, und man glaubt, auf deutsche Erfolge in dieser Richtung hinweisen zu sollen. Unsere Hausbesitzerorganisationen verweisen so gerne auf die deutschen Verhältnisse, die uns in der Wohnungs- und Mieten-

politik ein Beispiel sein sollten und sich angeblich so segensreich auch für die deutschen Mieter ausgewirkt haben. Ich aber entnehme einem Referat, das der Direktor des Verbandes Bayrischer Wohnungsunternehmungen, Senator Dr. Aub, auf einer Tagung über "Wohnungsmarkt und Gemeinde" Ende 1964 gehalten hat, folgende Feststellungen:

"Es war für uns sehr aufschlußreich, die Antworten zu lesen, welche viele bayerische Bürgermeister und Landräte auf die Anfrage in unserer Verbandszeitschrift gaben, ob in ihrem Bereich noch eine akute Wohnungsnot herrscht. Ganz überwiegend wurde sie eindeutig bejaht. So, wie diese Antworten lauten, liegen die Dinge am Wohnungsmarkt, und nicht so, wie sie die Statistik des rechnerischen Wohnungsfehlbestandes darlegt. Das praktische Leben läßt sich eben nicht in das Zwangskorsett der Statistik pressen. Das gilt auch für den Wohnungssektor. Sicher gibt es in Bayern und im übrigen Bundesgebiet Gemeinden mit einem ausgeglichenen Wohnungsmarkt. Aber ebenso sicher herrscht anderwärts, besonders an Orten mit wirtschaftlicher Aktivität, noch eine echte Wohnungsnot."

Und Münchens Oberbürgermeister Dr. Vogel hat eine sehr beachtenswerte Mahnung folgendermaßen formuliert: "Ich möchte auch mit Deutlichkeit aussprechen, daß kein Lebensbereich ungeeigneter ist zur Erprobung von Dogmen als gerade das Gebiet der Wohnungsversorgung... die Wohnung ist nicht nur ein Behältnis zur vorübergehenden Aufbewahrung von Menschen, sondern die Wohnung ist der Lebensmittelpunkt und die Heimat und damit ein fester Bestandteil der Persönlichkeit eines jeden einzelnen Mitbürgers....".

Das ist die Sprache der deutschen Gemeinden, jene Sprache, die wir hören sollten. Messen wir doch mit unseren Maßen, zwingen wir uns nicht in eine Jacke, die uns einfach nicht paßt, weil sie nicht für uns geschneidert wurde!

Ähnlich unerfreulich liegen die Dinge auch in der Frage der Bodenbeschaffung. Auf diesem Gebiet gehören wir zweifellos zu den rückständigen Ländern. Wie weit müssen sich die Dinge denn noch entwickeln, bis sich die Einsicht durchsetzt, daß wir ein modernes Bodenrecht brauchen? Es kann doch nicht sinnlos gewesen sein, daß in den Regierungserklärungen der Jahre 1956 und 1959 die Bereitschaft der Bundesregierung zum Ausdruck ge-

bracht wurde, für die Verabschiedung eines Bodenbeschaffungsgesetzes zu sorgen. Bereits Anfang 1962 gab es eine zwischen den Regierungsparteien vereinbarte Fassung eines solchen Gesetzes, wie die Wiener Zeitung im Jänner 1962 unter Berufung auf den Pressedienst der ersten Regierungspartei dieses Landes feststellte. Daß es dennoch bisher zu keinem Gesetzesbeschluß gekommen ist, müssen wir als eine echte Tragik bezeichnen. Die Gegensätzlichkeiten, die zu überwinden bisher nicht gelungen ist, machen die Situation für eine große Zahl von Gemeinden, vor allem für die größeren Gemeinden, von Tag zu Tag bedenklicher. Wenn heute Gemeinden bereits bestimmte Grundstücke, die sie dringend benötigen, zum Preis pro Quadratmeter von 25.000 Schilling, wie in Linz, oder, wie vor kurzem in Wien passiert, um 45.000 Schilling kaufen sollen oder müssen, dann kann wohl nicht bestritten werden, daß hier etwas nicht stimmt.

Wenn hier nicht bald eine gesetzliche Regelung Platz greift, die den Gemeinden den im Interesse öffentlicher Maßnahmen oder des notwendigen Wohnungsbaues benötigten Baugrund sichert, dann gehen wir städteplanerisch und städtebaulich einer Entwicklung entgegen, für die wir von denen, die nach uns kommen, schuldig gesprochen werden müssen.

Wir hören hin und wieder den Hinweis, daß eben auch beim Baugrund das wirtschaftliche Gesetz von Angebot und Nachfrage zu berücksichtigen und als unumstößlich hinzunehmen sei. Wer in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts dieser Meinung ist, versündigt sich an der Allgemeinheit und ihren Bedürfnissen. Wer den Boden als eine Ware betrachtet, die man handelt wie Baumwolle oder wie Alkohol, dem müssen wir bescheinigen, daß uns eine Welt von ihm trennt und daß es zu dieser Auffassung keine Brücke geben kann. Aus der Tatsache, daß der Boden eben nicht vermehrbar ist, ergibt sich eine Sondersituation, eine Monopolstellung für die Eigentümer, aus der einige wenige, zu Lasten aller übrigen, ungeheure finanzielle Vorteile ziehen. Das ist ein himmelschreiendes Unrecht.

Der Österreichische Städtebund hat das Problem der Bodenbeschaffung vor nunmehr einem Dutzend Jahren durch die Ausarbeitung entsprechender Gesetzesentwürfe in den Blickpunkt einer breiten Öffentlichkeit gerückt. Zwölf wertvolle Jahren sind seither vertan worden. Es gehört viel Mut dazu, die Verantwortung für dieses Versäumnis zu übernehmen, und dieser Mut könne viel besser in eine andere, in eine bessere Sache investiert werden.

Die Gemeinden wollen nichts geschenkt. Sie wollen aber auch nicht von einzelnen ausgesaugt werden. Die Forderung, hier endlich Abhilfe zu schaffen, darf nicht von der Tagesordnung abgesetzt werden. Wir bitten Parlament, Regierung und die Parteien, endlich ein Problem zu lösen, das eine Schicksalsfrage unserer Städte ist.

Eine alte und immer wieder neue Sorge bedeutet für die Gemeinden das Problem der Trinkwasserversorgung und der Abwasserbeseitigung. Das Ausmaß der finanziellen Erfordernisse auf diesen beiden Gebieten ist gigantisch. Wir wissen, daß viele Milliarden notwendig sind, um allein den Nachholbedarf zu finanzieren und daß es auf Jahre hinaus zu den wesentlichsten Aufgaben der Gemeinden gehören wird, hier Verbesserungen herbeizuführen. Der Bund und die Länder sind sich in diesem Zusammenhang darüber im klaren, daß diese Aufgabe von den Gemeinden nicht ohne Hilfe gelöst werden kann. Von vielen Gemeinden ist daher die im Zusammenhang mit der Erstellung des Bundesvoranschlages für 1965 erfolgte Abänderung des Wasserbautenförderungsgesetzes begrüßt worden, derzufolge die Eingänge des Wasserwirtschaftsfonds merklich erhöht werden konnten.

Die Freude jener Gemeinden, die nun beim Wasserwirtschaftsfonds zum Zuge kamen, war auch sicherlich ebenso verständlich wie berechtigt. Im Zusammenhang gesehen aber haftet dieser Lösung ein schwerer Schönheitsfehler an: die Beitragsleistungen des Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds und des Wohnhauswiederaufbau-fonds an den Wasserwirtschaftsfonds wurden von bisher je fünf auf je zehn Prozent erhöht und weiters bestimmt, daß zehn Prozent der Eingänge aus der Wohnbauförderung 1954 an den Wasserwirtschaftsfonds abzugeben sind. Jene Mittel, die auf diese Weise den Wasserbauten zugeführt wurden, schmälerten das Ausmaß der den beiden staatlichen Wohnaufonds zur Verfügung stehenden Beträge. Ich halte eine solche Umschichtung der Mittel für überaus problematisch, solange wir auf dem Sektor des Wohnungsbaues selbst so überaus große Bedürfnisse haben. Es wäre zutiefst bedauerlich, wenn diese Art der bloßen Umschichtung der Mittel Schule machen würde.

./.

Wir sind einsichtig genug zu wissen, daß man nicht alles auf einmal haben kann, aber eine weitere Verbesserung der Förderungsmaßnahmen, die mit der Trinkwasserversorgung und mit der Abwasserbeseitigung zusammenhängen, muß im Auge behalten werden. Unsere offenen Gewässer sind ebenso wie die Grundwasservorkommen in vielen Fällen schwer gefährdet, das Ausmaß der Verunreinigungen ist weiterhin überaus bedenklich und birgt schwere Gefahrenquellen für die Volksgesundheit in sich. Wir sollten uns hier ein Beispiel an den Schweizern nehmen, die selbstverständlich die gleichen Sorgen haben, aber mit viel mehr Mut und Konsequenz an die Lösung dieser so wesentlichen Fragen herangehen.

Im Zusammenhang mit den Wasserbauten ist auch ein Wort hinsichtlich der Wassergebühren fällig. Wir haben lange, viel zu lange, an unserem Wasser gesündigt. Wir glaubten, es in ausreichend großen Mengen zur Verfügung zu haben, mußten aber feststellen, daß der Wasserbedarf unentwegt steigt. Dieses Steigen hängt selbstverständlich mit der baulichen Entwicklung und mit der Hebung des Lebensstandards eng zusammen, sollte aber auch im Hinblick darauf gesehen werden, daß bei der heutigen Tarifgestaltung in vielen Gemeinden für den einzelnen Bürger kaum ein Anlaß besteht, mit diesem köstlichen Naß zu sparen. Vor wenigen Tagen erst hat ein Hinweis von Vizebürgermeister Slavik auf einer Tagung deutscher Kommunalpolitiker über die in Österreich bestehenden Wassergebühren teils ungläubiges Staunen, teils nachsichtiges Lächeln ausgelöst, weil die dort anwesenden Gemeindevertreter einfach nicht glauben konnten, daß bei uns in vielen Fällen das beste Hochquellenwasser fast umsonst abgegeben wird und daß weiters dieses köstliche Hochquellenwasser vielfach Bedürfnissen dient, die man sehr wohl auch mit Nutzwasser befriedigen könnte. Hier müssen wir zweifellos umdenken lernen und ich habe die Hoffnung, daß wir auf diesem Gebiet in einem nicht unbedeutenden Teil der Presse eine verständnisvolle Stütze finden könnten. Vor kurzem erst hat eine bekannte Salzburger Tageszeitung kostendeckenden Gebühren auch beim Trinkwasser das Wort geredet, die Stadtväter in dieser Richtung gemahnt und die Einsicht der Bürger beschworen.

Das waren nur einige Kapitel aus dem umfangreichen Katalog der Probleme, die uns zum Teil leider schon sehr lange beschäftigen. Dieser Katalog enthält aber noch zahlreiche weitere Fälle, denen wir uns im Alltag immer wieder gegenübersehen: Probleme der Landesplanung, der Lärmbekämpfung, des Kampfes gegen die Luftverunreinigung, Fragen der Rehabilitation eines neuen Fürsorgerechtes, Aufgaben hinsichtlich unserer betagten Mitbürger und unserer Jugend, Anforderungen bezüglich des Verkehrs und der kommunalen Wirtschaft. Technische Fragen sollen gelöst, rechtliche Fragen untersucht werden, und immer wieder wird die Frage nach den Finanzquellen gestellt, aus denen alles bestritten werden soll.

Unsere Gemeindebürger fordern von der Allgemeinheit, von der Gemeindeverwaltung immer mehr und sie haben ein Recht, diese Forderungen zu erheben. Die Erfüllung all dieser Forderungen aber bedingt das Verständnis dafür, daß die Mittel auch von jedem einzelnen miterbracht werden müssen. Um dieses Verständnis müssen wir ringen. Wir müssen unermüdlich sein in unserem Bemühen, dieses Gemeinschaftsdenken wachzurufen und wachzuhalten. Nur dann wird die durch die Gemeinde repräsentierte Gemeinschaft auch in der Lage sein, dem zu helfen, der sozial schwach ist und dessen Möglichkeiten daher mit anderen Maßen gemessen werden müssen.

Österreichs Staatsfeiertag sollte arbeitsfrei sein!

Gestatten Sie mir, noch einen Augenblick bei der Frage des Gemeinschaftsdenkens zu bleiben und ein Problem aufzuzeigen, das damit im Zusammenhang steht und gegenwärtig überaus aktuell ist. In etwa zwei Wochen wird der Österreichische Nationalrat ein Gesetz über die Einführung eines Staatsfeiertages beschließen. Eines Tages, der wie kein anderer geeignet sein könnte, in Hinblick zu einem wesentlichen Teil in das Gemeinschaftsdenken einzugehen, wenn wir uns bloß richtig um die Einführung dieses Tages bemühen. Dieser Tag soll das Bewußtsein aller Bürger für unseren Staat stärken. Er soll der Jugend ein Tag der Einkehr und der Besinnung darauf sein, daß wir nicht immer diese Heimat Österreich unser eigen nennen durften. Wenn wir so oft betonen, und ich glaube mit Recht betonen, daß die Österreicher langsam aber

sicher zu einem langentbehrten Staatsgefühl kommen, dann sollten wir diesen Tag seinem Namen gemäß "feiern". Ich weiß nicht, zu welchen Instanzen staats- oder parteimäßiger Richtung ich mich in Widerspruch setze, wenn ich meine persönliche Meinung zum Ausdruck bringe, daß dieser Tag ein arbeitsfreier Tag des Feierns sein sollte. An uns allen wird es liegen, die Voraussetzungen dafür zu schaffen und unsere Bürger dafür zu gewinnen, daß sie in ihm einen echten Feiertag sehen, und nicht ein feiertägiges Surrogat.

Abschließend stelle ich fest, daß wir aus der Fülle dessen, das wir uns zu lösen vorgenommen haben, das uns zu lösen aufgetragen ist und bei dem wir der Hilfe von Bund und Ländern bedürfen, einige wesentliche Probleme herausgelöst und in eine Resolution aufgenommen haben, die ich Ihnen hiermit unterbreite.

Ich danke allen unseren Gemeinden für ihre Mitarbeit, ohne die die großen Gemeinschaftsaufgaben, die uns gestellt sind, nicht erfüllt werden könnten. Mein Dank gilt allen Funktionären, die in den Organen des Städtebundes tätig sind und stets Verständnis für die Erfordernisse des Sekretariats erbracht haben. Ganz besonderer Dank gebührt einer Vielzahl von Beamten, die, oft in selbstloser Weise, mit uns gemeinsam den Gemeinden zu dienen bemüht sind. Diesen Dank nach allen Seiten verbinde ich mit der Versicherung, daß das Sekretariat des Städtebundes wie bisher stets nach Kräften bemüht sein wird, Ihnen allen ein wertvoller Helfer zu sein, dem die Arbeit für die Gemeinden unseres Landes eine schöne Pflicht, vor allem aber eine Herzensangelegenheit ist.

- - -

Österreichischer Städtetag 1965:

Bürgermeister Bruno Marek zum Obmann des Städtebundes gewählt
=====

9. Oktober (RK) Heute vormittag wurde im Festsaal des Wiener Rathauses der Österreichische Städtetag 1965 fortgesetzt und abgeschlossen. Das erste Referat dieses Tages hielt der Generalsekretär des Städtebundes, Bundesrat Otto Schweda, der "Aus der Arbeit des Österreichischen Städtebundes" (siehe "Rathaus-Korrespondenz", Blatt 2611 bis 2624) berichtete. Nach weiteren Berichten des Kassiers (Bürgermeister Kommerzialrat Alfred Bäck, Salzburg) und des Rechnungsprüfers (Bürgermeister Josef Wondrak, Stockerau) wurde eine Resolution beschlossen, in der auf die großen Aufgaben hingewiesen wird, die von den Gemeinden zu bewältigen sind.

Appell des Städtebundes an Bund und Länder

Da die Aufbringung der hierfür erforderlichen Mittel die finanzielle Kraft der Gemeinden übersteigt, appelliert der Österreichische Städtetag an Bund und Länder, ihren gerechten Anteil zu der Lösung dieser Aufgaben in Zusammenarbeit mit den Gemeinden beizutragen, wobei der Städtetag insbesondere auf die Lasten aus der Schulgesetzgebung, auf die Erfordernisse des Wohnungsbaues, des Straßenbaues, der Trinkwasserversorgung, der Abwasserbeseitigung und der Sanierung und Sicherung der Krankenanstalten verweist. Auf dem Gebiet der Gesetzgebung erwarten die Gemeinden vor allem die Schaffung eines modernen Bodenrechtes, die Verabschiedung eines Fürsorge-Grundsatzgesetzes, Bestimmungen über Fragen der Rehabilitation, gesetzliche Maßnahmen gegen die Luftverunreinigung und Lärmentwicklung sowie die Verabschiedung von Landesplanungsgesetzen.

Der Österreichische Städtetag beauftragte ferner das Sekretariat, die Möglichkeiten zur Schaffung einer Stiftung zu prüfen, deren Ziel es sein soll, Dissertanten für Arbeiten auf den Gebieten der Kommunalwissenschaften zu gewinnen und zu fördern. Der Städtetag erhofft sich von der vermehrten Nutzbarmachung von Wissenschaft und Forschung eine Erleichterung bei der Lösung der den Gemeinden zufallenden Aufgaben.

Anschließend wurden die Neuwahlen durchgeführt. Zum neuen Obmann des Österreichischen Städtebundes wurde einstimmig Bürgermeister Marek, Wien, gewählt, der in dieser Funktion dem nunmehrigen Bundespräsidenten Jonas nachfolgt. Zu Obmann-Stellvertretern wählte der Österreichische Städtetag Vizebürgermeister Slavik, Wien, Bürgermeister Dipl.-Ing. Scherbaum, Graz, Bürgermeister Aigner, Linz, Bürgermeister DDr. Lugger, Innsbruck, und Vizebürgermeister Dr. Drimmel, Wien. Die Funktion von Rechnungsprüfern wurde den Städten Stockerau und Tulln übertragen. Zu nichtständigen Mitgliedern des Hauptausschusses wurden die Gemeinden Braunau am Inn, Dornbirn, Hallein, Kapfenberg, Lienz, St. Veit an der Glan und Vöcklabruck gewählt.

Das Hauptreferat des heutigen Tages hielt der Erste Präsident des Nationalrates, Dr. Maleta, der zum Thema "Unsere Republik und ihre Volksverbundenheit" sprach (Text folgt).

In seiner Schlußansprache dankte der neu gewählte Obmann des Österreichischen Städtebundes, Bürgermeister Marek, für das ihm entgegengebrachte Vertrauen. Bürgermeister Marek sprach hierbei Bundespräsident Jonas für seine Tätigkeit im Österreichischen Städtebund den Dank des Städtetages aus und legte ein Bekenntnis zur Zusammenarbeit und Toleranz ab. (Text der Schlußansprache folgt.)

VBgm. Slavik zum Geschäftsführenden Obmann wiedergewählt

Unmittelbar nach dem Städtetag hielt der Hauptausschuß des Österreichischen Städtebundes eine Sitzung ab, in der Bürgermeister Kommerzialrat Bäck, Salzburg, zum Kassier, und Bürgermeister Dr. Tizian, Bregenz, zum Schriftführer des Österreichischen Städtebundes wiedergewählt wurden. Die Geschäftsleitung des Österreichischen Städtebundes, die gleichfalls zusammentrat, wählte Vizebürgermeister Slavik, Wien, neuerlich zum Geschäftsführenden Obmann des Österreichischen Städtebundes. Die Bürgermeister Ausserwinkler, Klagenfurt, Tinhof, Eisenstadt, und Singer, St. Pölten, wurden in die Geschäftsleitung kooptiert, so daß in dieser Körperschaft alle Bundesländer vertreten sind.

Österreichischer Städtetag 1965:Unsere Republik und ihre Volksverbundenheit
=====

9. Oktober (RK) Der Präsident des Nationalrates, Dr. Alfred Maleta, hielt heute ein Referat zum Thema "Unsere Republik und ihre Volksverbundenheit". Er sagte:

Der Staat, sowohl als Staatsgebiet wie auch als Staatsidee und als Regierungsform, ist keine unwandelbare starre Größe, er ist als menschliche Gemeinschaft ein lebender Organismus und er ist überdies in seiner ideologischen Struktur gliedhafter Teil der gesamten abendländischen Kultur, somit einbezogen in das Spannungsfeld der diese durchwaltenden geistigen Kräfte, der Strömungen ihres immer sichtbarer werdenden ideologischen Strukturwandels. Politik ist nicht nur handfester Tagesstreit um Löhne, Preise und Lebensstandard, nicht nur visionäre Zielsetzung eines irrealen Zukunftsparadieses, nicht nur persönliches Machtstreben einiger Politiker; Politik ist vor allem angewandte Geschichtsphilosophie, Sinndeutung der sich wandelnden gegenseitigen menschlichen Beziehungen, sowohl der Individuen wie auch der Gemeinschaften, einschließlich der Staaten. Das Schauspiel auf der Bühne des vordergründigen tagepolitischen Geschehens, auf dem die Beziehung "Staat - Staatsvolk - parlamentarische Regierungsform" zur Diskussion gestellt ist, wird daher beeinflusst von Emotionen und Ideen, die aus strukturellen Tiefenschichten stammen.

Nur aus dieser Weite der Distanz bei unserer Untersuchung wird der eigentliche Wandel der ideologischen Substanz des Staates Österreich von der Ersten zur Zweiten Republik ersichtlich. Nur aus diesem ideologischen Strukturwandel ergibt sich die Antwort auf die Frage nach dem Ausmaß der Volksverbundenheit des Österreichers mit seinem Staat in diesen beiden Epochen. Daher ist Volksverbundenheit primär auch keine Angelegenheit des Folklorismus, der Festgestaltung, sondern einzig und allein der inneren Beziehung der Staatsbürger zu ihrem Staat, zu dessen Standort in der Umwelt der Staaten, zu seiner Herrschafts- und Regierungsform.

Im Denken der Bürger eines Staates spiegeln sich die Vorstellungswelten der Vergangenheit und aus den Schlußfolgerungen, die sie aus diesen für sich gezogen haben, erwachsen ihre Vorstellungen von der Zukunft, und diese wieder sind ihre Wertmaßstäbe für die Beurteilung der Gegenwart. So ist denn die Frage nach der Volksverbundenheit des Staates Österreich und seiner Regierungsform im letzten eigentlich die Frage nach der Festigkeit seines geistigen Fundamentes, das nicht seit jeher war, sondern auf Grund einer geschichtlichen Entwicklung erst so wurde, wie es heute ist.

Aber heißt diese Frage aufrollen nicht gleichzeitig die Festigkeit des Fundaments bezweifeln? Mit anderen Worten: ist denn die Volksverbundenheit der Republik nicht eine Selbstverständlichkeit? Ist sie für uns kein gesicherter Besitz, mangelt es den Österreichern etwa gar an Staatstreue und Staatsbewußtsein? Ist letzten Endes, wie gelegentlich behauptet wird, unsere Vergangeheit tatsächlich unbewältigt? Entspricht also die Treue zur Republik nur einem Bekenntnis gleichgültiger Lippen? Berührt somit die Kritik am Parlament und den Parteien das Fundament des Staates und nicht nur dessen Einrichtung und Oberbau?

Wir entsinnen uns, daß sogar der bekannte sozialistische Publizist Fritz Klenner, dessen Treue zum Staat nicht bezweifelt werden kann, trotzdem 1959 schrieb: "Trotz demokratischer Verfassung hat der österreichische Bürger bisher kein Gefühl der Geborgenheit und Verbundenheit entwickelt, er ist in seinem Staat noch nicht zu Hause, er steht noch draußen vor der Tür." Und wir entsinnen uns, daß auch in unabhängigen Zeitungen immer wieder von einer vorhandenen Malaise gesprochen und Kritik geübt wird.

So ergibt sich denn für den unbefangenen Beobachter, daß trotz bemerkenswert stabiler innenpolitischer Verhältnisse, die jedem Radikalismus abhold sind, von links bis rechts die innere Beziehung der Österreicher zu ihrem Staat zur Diskussion gestellt wird.

Dieses merkwürdige Phänomen bedarf somit der Untersuchung, der kritischen Sondierung, einer klaren Analyse, präziser Formulierungen, zur Gänze durchdachter Schlußfolgerungen, denn Phrasen und Schlagworte vernebeln! Wir aber müssen die Österreicher, um ein Modeschlagwort zu gebrauchen, zur Integration ihres politischen Denkens führen, zur Bewältigung unserer verschiedenen Vergangenheiten, zu einer gemeinsamen Staatsbejahung, zu gemeinsamem Staatsbewußtsein, zu einem gemeinsamen klaren "Ja" zur Republik und ihrer parlamentarischen Regierungsform, das alles eingebettet in ein gemeinsames Geschichtsbewußtsein, denn ein Volk ist eine Geschlechterfolge aus der Vergangenheit in die Zukunft. Ich will durch wenige Hinweise und Schwerpunkte diesen Weg skizzieren, nicht mit der gefärbten Brille des Parteimannes, sondern als dem gesamten Volk verpflichteter Repräsentant seiner gesetzgebenden Körperschaft.

Als erstes stellt sich nun die Frage nach der Methode unserer Untersuchung. Es ist meine Überzeugung, daß eine Analyse unserer staatlichen Situation nicht auf dem Wege einer juristischen Untersuchung gefunden werden kann, sosehr eine solche auch für mich als Jurist verlockend wäre. Denn Volksverbundenheit dokumentiert sich nicht in der geschriebenen Verfassung, möge sie von ihren Schöpfern auch für das Volk geschaffen sein, mögen ihre Paragraphen auch noch so ideal den demokratischen Prinzipien der Freiheit, Gleichheit und somit der Selbstregierung entsprechen.

Mein Referat kann keine juristische Vorlesung sein, denn Volksverbundenheit hat ihre Wurzeln weitgehend in der Gefühlswelt, die ihrerseits wieder von den bereits erwähnten ideologischen Denkvorstellungen bestimmt wird. Es wäre daher ebenso falsch, lediglich zu untersuchen, wie weit solche Gefühlswerte bereits ihren Niederschlag in äußeren Formen des Feierns, der Festgestaltung und des staatlichen Zeremoniells gefunden haben. Sicherlich: alle diese Formen sind notwendig, nützlich, sollen gefördert und entwickelt werden, gerade deshalb, weil die Republik als Staatsform der Vernunft, wie ich sie einmal nannte, in ihrem

äußeren Erscheinungsbild die Phantasie der Menschen nicht so anspricht, wie ein in einem Menschen aus Fleisch und Blut personifiziertes Staatssymbol. Daher gehen boshafte Zeitungspolemi-ken, ob der künftige Staatsfeiertag ein Tag des Volkes oder ein Tag der Politiker sein soll, an dem **dieser** in pfauenhafter Weise sich dem Volk mit langweiligen Reden präsentieren, völlig an der Sache vorbei, weil man nicht die Ursache mit der Wirkung verwechseln darf; denn nicht aus den äußeren Formen erwächst die innere Volksverbundenheit, sondern die Form des Feierns, die innere Festesfreude, erwächst aus der inneren Verbundenheit des Volkes zu seinem Staat ganz von selbst.

Die Frage nach der Volksverbundenheit der Republik ist also einzig und allein die Frage nach der Bejahung oder Verneinung des Staates und seiner Regierungsform. Nur wer innerlich bejaht, trägt in sich die Voraussetzung der gefühlsmäßigen Verbundenheit. Mein Referat stellt daher Österreich selbst in seiner staatlichen Substanz zur Diskussion. Und wenn ich dabei ständig zwischen Staat und republikanisch-parlamentarischer Regierungsform unterscheide, so deshalb, weil das Ausmaß der Volksverbundenheit sich mit diesen beiden Begriffen teilweise überschneiden, zur Gänze decken, oder auseinanderklaffen kann. Diese Feststellung ist keine Haarspalterei, sondern Hintergrund aktueller Tagespolitik, denn die sogenannte Malaise, das Unbehagen, die Kritik, haben nicht die gleichen Wurzeln, weil sie entweder den Staat Österreich oder seine Regierungsform zur Diskussion stellen.

So ist die Frage unserer Staatsbejahung, unseres Staatsbewußtseins, unseres Patriotismus, aber auch die vermeintliche oder wirkliche Mission Österreichs im Donaauraum und damit letztlich das innere Wesen unserer Neutralität, also die Perspektive der Betrachtung sowohl der westeuropäischen Integration, wie auch einer echten Ostpolitik, eindeutig die Frage des inneren Verhältnisses der Österreicher zu diesem Staate, und damit gleichzeitig auch eine Frage des Ausmaßes der Bewältigung unserer großösterreichischen oder nationalsozialistischen Geschichtsepochen.

Hingegen die Kritik an den Parteien, am Parlament; die Klagen über die sogenannte Herrschaft der Parteisekretariate, der Allgewalt des Koalitionsausschusses, des sogenannten Klubzwanges; das freie Mandat und seine moderne Problematik; die Stellung der Sozialpartner neben und wie viele behaupten, über dem Parlament, sowie die Frage ihrer Legalisierung und Institutionalisierung; sogar die Frage der eigentlichen Funktion des Bundesrates - sie alle gehören in den Bereich des Verhaltens des Staatsbürgers zum parlamentarischen Parteienrat.

Die Antwort auf diese beiden Problemkreise kann nur aus einem Vergleich des ideologischen Standortes der Österreicher in der Ersten und der Zweiten Republik gewonnen werden.

Der Ersten Republik fehlten Staatsbejahung und Staatsbewußtsein deshalb, weil ihr Staatsgebiet nicht mit dem der Monarchie identisch war. Der tiefe Gegensatz zwischen der staatlichen Realität Neu-Österreichs und dem nach wie vor wirksamen Großraumbilden der Bürger dieses Klein-Staates "wider Willen" mußte zwangsläufig innenpolitisch brisante Folgen haben. Die Ältern unter Ihnen werden sich vielleicht erinnern, welche Ablehnung, ja geradezu Hohn und Unverständnis das Wort von der Verschweigerung Österreichs in allen Lagern fand. Die Österreicher fühlten sich entwurzelt, wozu sich noch die wirtschaftliche Not des Zusammenbruchs gesellte. Die Republiken Frankreich und Italien waren und sind eben als Staaten identisch mit den vorangegangenen Königreichen Frankreich und Italien; während die Republik Österreich als Staat nicht identisch war mit der Monarchie Österreich. Noch bis vor wenigen Tagen spielte dieses Geburtsproblem unseres Staates, wenn auch entschärft, entgiftet, so doch noch eine aktuelle Rolle in unserer Innenpolitik, nämlich bei der Diskussion um das Datum des Staatsfeiertages. Denn breite Kreise der Sozialisten befürchteten in der Ablehnung des 12. November durch die ÖVP eine hintergründige Absage an die Staatsform der Republik, während umgekehrt für diese, wie ich es einmal formulierte, dieser deshalb kein Tag der Freude war, weil an ihm sich nicht die Umwandlung der Donaumonarchie in "Vereinigte Donaurepubliken", sondern der Zerfall des Großraumes vollzog.

Es ist ein wunderbares Zeichen einer weitgehenden Bewältigung der Vergangenheit, sowohl auf der rechten wie der linken Seite, daß nach jahrzehntelangem Streit eine Einigung erzielt wurde. Der 26. Oktober soll und wird deshalb ein Festtag für alle, ein Bekenntnis sowohl zum Staat wie auch zur Staatsform sein.

Nur in einer zur Gänze bewältigten Vergangenheit läßt sich das Staatsbewußtsein und damit die Volksverbundenheit der Zweiten Republik fundieren. Deshalb steht noch als Aufgabe vor uns, wenn ich an manche hitzige tagespolitische Diskussion erinnern darf, die Einbeziehung der österreichischen Vergangenheit vor dem 12. November 1918 in ein gesamtösterreichisches Geschichtsbewußtsein, ebenfalls eine Frage, die nicht aus dem Gegensatz zwischen Monarchie und Republik gesehen werden sollte. Deshalb müßte sich die rechte Seite vor einer unhistorischen Verklärung und Romantik hüten, während die linke Seite erkennen müßte, daß die Großtaten unserer Vergangenheit, aber auch ihre Leiden, von unseren Vätern, Großvätern und Ahnen getätigt, erstritten und erlitten wurden. Welch ein Gewinn für die staatspolitische Erziehung unserer Jugend, die nur aus der Bejahung der Vergangenheit zu einem inneren Verhältnis zur Gegenwart, und damit zur Liebe zu Staat und Vaterland, geleitet werden kann.

Die Geschichtsbilder der Vergangenheit sind zwar tot, mögen sie nun unter einem schwarz-gelben, einem schwarz-rot-goldenen, einem schwarz-weiß-roten oder dem Hakenkreuz als Vorzeichen gestanden sein. Das Großraumdenken des Österreichers aber ist nicht tot, es hat sich lediglich strukturell gewandelt. Der Österreicher sieht heute im Großraum nicht mehr ein staatsrechtliches Gebilde, sondern eine ideelle Größe. Und damit bewältigt er alle Spielarten unserer Vergangenheit, einschließlich großdeutscher Sehnsüchte, damit werden der Staat Österreich, aber auch die Staatsform der Republik in seinem Bewußtsein unproblematisch, zur bejahten Realität, und damit wird gleichzeitig dieser Staat in seinem Denken auch Träger einer überstaatlichen Funktion auf der West-Ostwaage im Donauraum.

Von dieser Warte aus erhalten die Dinge ihr richtiges Gewicht, sei es das Problem unseres Verhältnisses zur westeuropäischen Integration, sei es die längst fällige Frage nach der wirklichen politischen und geistigen Substanz der so oft zitierten Ostpolitik, oder sei es, diese beiden Kontrapunkte überdachend, die richtige Antwort auf die Frage nach der positiven Funktion unserer Neutralität, die meist nur kümmerlich in negativer Weise definiert wird. Deshalb sagt man in Festreden so gerne, Österreich sei mehr als ein Staatsgebiet, es sei eine Idee!

Aber was beinhaltet diese Idee, ist sie nicht ein überflüssiger, ja gefährlicher Ballast? Wieder stelle ich eine Nicht-Identität fest, nämlich die Nicht-Identität dieser so interpretierten Staatsidee mit den Staatsideen anderer Staaten. Im Geschichtsbewußtsein etwa Schwedens oder der Schweiz, also zweier ebenfalls neutraler Staaten, befindet sich keine Vorstellung einer besonderen Mission, also einer über das Staatsgebiet hinausreichenden Staatsidee. Vielleicht kann man dies bei Frankreich sagen, wenn wir uns etwa des de Gaull'schen Konzeptes eines Europa der Vaterländer erinnern, in dem doch Paris und Frankreich als Koordinationszentren gesehen werden, was letzten Endes nichts anderes als eine moderne Anpassung an alte französische Hegemonievorstellungen ist. Aber sei dem, wie es sei, immerhin basiert diese Vorstellung auf der politischen Realität einer Großmacht.

Worauf basiert aber die österreichische Idee, wenn sie mehr sein soll als Wunschtraum und sentimentale Erinnerung an eine nie mehr wiederkehrende Vergangenheit? Österreich ist heute ein europäischer Mittelstaat, kein Machtfaktor. Wenn also die oft gehörte Feststellung, daß Europa mehr sei als der Westen, daß es vom Atlantik bis zum Ural reiche und daß in diesem europäischen Gesamttraum Österreich - was geschichtlich und geographisch richtig ist - im Zentrum liegt, so darf deshalb die politische Tatsache nicht vergessen werden, daß durch diesen Zentralraum die ideologische und machtpolitische West-Ost-Grenze verläuft. Österreichs Ostpolitik kann daher nur, wenn sie nicht lediglich Redensart sein soll, in ihrem komplexen Zusammenhang mit der westeuropäischen Integration gesehen werden.

Nur ein politisch selbständiges Österreich kann echte Ostpolitik betreiben, denn nur aus der Selbständigkeit ergibt sich die Möglichkeit der Ausübung einer internationalen Funktion, die allerdings niemals illusionär die eines Gernegroß sein darf, der auf die wirtschaftliche Verflechtung mit und die politische Rückendeckung durch den freien Westen verißt. Deshalb ist die österreichische Neutralität nicht lediglich ein Produkt der Staatsräson, um den Staatsvertrag zu erlangen, nichts Oktroyiertes, sondern etwas, das im sinnvollen Zusammenhang mit der österreichischen Idee zu sehen ist. Österreichs Außenpolitik hat realpolitisch ihren Spielraum im Koexistenzwillen des Westens und des Ostens; innerhalb dieses aber eine reichhaltige Palette von Möglichkeiten zu seiner Aufrechterhaltung, Ausweitung und Vertiefung. Österreich kann deshalb tatsächlich zu einer Art Drehscheibe im zentraleuropäischen Raum werden und somit in bester alt-österreichischer Tradition einen echten Friedensbeitrag leisten. Beide Weltmächte wollen ein krisenfreies Österreich, einen krisenfreien Raum und hier liegen die Chancen und die Aufgabe Österreichs. Das Großraumdenken der Österreicher, noch in der Ersten Republik das Denken eines verarmten Aschenbrödels, hat in der Zweiten Republik seine Vergangenheit bewältigt, indem es diesen ursprünglich verneinten Staat bejaht und für ihn gleichzeitig eine neue Aufgabe, gleichsam eine moderne Variante der großösterreichischen Vergangenheit, gefunden hat.

Nun einige Worte zum Problemkreis Staatsbürger und parlamentarischer Parteienstaat. Die Frage lautet klipp und klar, ob die sogenannte Malaise, von der man spricht, die Kritik, die an manchen Erscheinungen unseres politischen Lebens geübt wird, sekundäre Oberflächenerscheinung und somit heilbar oder ob sie strukturbedingt sind. An und für sich ist es doch ein mysteriöses Phänomen, daß auch in unserer pluralistischen Gesellschaft, der doch im politischen Bereich die parlamentarische Regierungsform wie keine andere wesentlich entspricht, Malaise und Kritik sich zeigen. Ich will, die Antwort vorwegnehmend, sagen, daß die Kritik an der Zweiten Republik nicht so wie in der Ersten Republik strukturbedingt ist.

Denn der Pluralismus, dieser zwar viel zitierte, jedoch wenig definierte Zustand, ist kein Zufall, sondern die Folge einer geistigen Entwicklung in der abendländischen Gesellschaft; er bezeichnet eine Phase der Toleranz, die mehr ist als ein Zustand der Erschöpfung nach dem Wüten der Totalitarismen.

Die Krise der Ersten Republik war keine Krise der Demokratie als Staatsform, sondern eine Krise des Gemeinschaftsbewußtseins, ohne das auf die Dauer kein Staat und keine Gesellschaftsordnung denkbar ist. Man sprach damals von einer Krise der Formaldemokratie, weil man übersah, daß als Kriterium der Krise nicht die Demokratie als solche, sondern das Fehlen einer die gesellschaftspolitischen Leitbilder der Parteien überdachenden, gemeinsam anerkannten Wertordnung anzusehen war. Der geistige Hintergrund also ist entscheidend, der sich aus der geistesgeschichtlichen Situation der Zeit ergibt.

Das Stigma des 19. Jahrhunderts, in dem unsere derzeitigen politischen Bewegungen entstanden sind, war eben der Verlust der gemeinsamen Sprache, das heißt, der gemeinsamen Vorstellungen über letzten Sinn und Aufgabe einer Gesellschaftsordnung. Damit geriet das Gift des Totalitätsanspruches auch in die demokratischen Parteien, die allerdings mit demokratischen Mitteln keine Totalität erreichen konnten. Aus der Verzweiflung dieses Nichtvermögens entstand im Bewußtsein der Massen die chiliastische Sehnsucht nach totalitärer Schaffung eines neuen Gemeinschaftsbewußtseins im politischen Schnellzugstempo durch Gewalt. Die politischen Parteien wurden somit in politische Bewegungen mit einem quasi-Totalitätsanspruch verwandelt. Das Stigma unserer Zeit hingegen, also unserer sogenannten pluralistischen Gesellschaft, liegt umgekehrt im allmählichen Entstehen eines neuen Gemeinschaftsbewußtseins, wodurch automatisch die politischen Parteien den totalitären Ausschließlichkeitsanspruch verlieren. Sie verwandeln sich zwangsläufig in echte "partes", also Teile eines gesellschaftlichen Gesamtbewußtseins. Ich sehe darin den kardinalen Unterschied zwischen der Ersten und Zweiten Republik und ziehe daraus den beruhigenden Schluß, daß die heutige Malaise und Kritik nicht strukturbedingt sind.

Für den tagespolitischen Bereich ist dieses Phänomen die unbewußte, letzte Ursache der ständigen Programmdiskussionen in den politischen Parteien, die seit 1945 am laufenden Band beobachtet werden können. In allendrei historisch überlieferten politischen Weltanschauungsgruppen - dem Sozialismus, dem Liberalismus und der christlichen Demokratie - wird ständig diskutiert, vollzieht sich ein Wandel in der Bewertung der ursprünglichen Vorbilder, eine Anpassung an die modernen Gegebenheiten. Deshalb spricht man heute irrtümlich von einer sogenannten "Entideologisierung" der Programme, ein Prozess, den ich lieber als eine "Umideologisierung" bezeichnen möchte. Die Parteien verzichten nämlich lediglich auf ihren Totalitätsanspruch, nicht aber auf die Gültigkeit gewisser Prinzipien, die sich aus ihren gesellschaftspolitischen Auffassungen ergeben. Das faszinierende Gesamtphänomen unserer Zeit ist somit das Wachsen einer gemeinsam anerkannten Wertordnung, einer Ganzheit im guten Wortsinn, die sich den überlieferten politischen Weltanschauungen überordnet.

Im Pluralismus sind also folgerichtig die politischen Weltanschauungen gleichberechtigt, was gleichzeitig viel und wenig aussagt; denn jede politische Weltanschauung fühlt sich im Vergleich zur konkurrierenden zwar gleichberechtigt, aber nicht gleichwertig, sondern höherwertig; nimmt sie doch nach wie vor für sich in Anspruch, daß ihre politischen Leitbilder die richtigen sind. Das ist ja auch die Wurzel zum Verständnis für jede politische Werbung, die sich erübrigen würde, wenn sie nicht einer inneren Überzeugung der Höherwertigkeit der eigenen Auffassung entsprechen würde.

Ich möchte deshalb formulieren: der Pluralismus ist ein Gesellschaftszustand, in dem die politischen Weltanschauungen gleichberechtigt, jedoch verschieden und anderswertig sind. Aus der Gleichberechtigung ergeben sich die Spielregeln der Toleranz, aus der für sich in Anspruch genommenen Höherwertigkeit nach wie vor die Konkurrenz. Der Nachweis, weshalb und warum das alles so ist, wäre das Thema einer Reihe von Vorträgen und würde den Rahmen dieses kurzen Referates sprengen. Er ist eine fesselnde Aufgabe, die ich mir in einer großen Privatarbeit gestellt habe.

Schlußfolgend ist zu sagen, daß die heutige Kritik an politischen Erscheinungen unseres öffentlichen Lebens, wenn sie also ihren Ursprung nicht in strukturellen Ursachen besitzt, in Wachstums- und Anpassungskrisen besitzen muß. Es ist also die gesellschaftspolitische Wirklichkeit mit der geschriebenen Verfassung zu konfrontieren. Denn jede geschriebene Verfassung entspricht ja nur dem gestoppten Augenblick ihrer geschichtlichen Entstehung, während das Leben weitergeht. Dieses aber lehrt, daß unsere europäischen Verfassungen in ihrem geistigen Ursprung auf eine hoch-individualistische Zeit zurückgehen, in der das Individuum unmittelbar dem Staat gegenübergestellt wurde, während heute sich zwischen Staat und Individuum neue Gemeinschaftsformen eingeschaltet haben, die in die verfassungsrechtliche Wirklichkeit nicht organisch eingeordnet sind. Dabei wissen wir, daß diese Gemeinschaftsformen automatisch Bausteine einer neuen Gesellschaftsordnung des rechten Masses und der Mitte sind, in der allein die wirkliche Freiheit des Individuums organisch gesichert werden kann.

Ähnliches gilt parallel hiezu auch für die demokratischen politischen Parteien, weil der moderne Staat, in seiner Form eingebettet in die pluralistische Gesellschaft, zwar mit dem Gesamtinteresse der Staatsbürger identisch sein soll, wie es theoretisch richtig heißt, aber über die Vorstellung des Inhaltes dieses Gesamtinteresses kein einheitlicher Volkswille besteht. Der Begriff des Gesamtinteresses kann eben nicht aus den verschiedenen gesellschaftspolitischen Vorstellungswelten und den soziologischen Gegebenheiten ausgeklammert werden. Das Parlament ist zwar die letzte Instanz der staatlichen Willensbildung, aber der Wille des Volkes ergibt sich nicht aus der Addition der Willensabsichten von sieben Millionen Einwohnern, sondern entwickelt sich in vorbereitenden Organen, die Quellen, Bächen und Flüssen gleichend, zu einem breiten Strom der Willensbildung führen.

Wenn ich bei diesem Bild bleibe, so sind diese Flüsse die politischen Parteien; sie füllen den Leerraum zwischen Staatsbürger und Parlament und deshalb sind die Parteien

nicht wegdenkbare Koordinationsfaktoren der staatlichen Willensbildung. Sie sagen, was die Partei will und was die Partei glaubt, daß sein sollte; aber das, was sein kann, was geschehen oder zurückgestellt werden soll, kann sich nur auf dem Forum des Parlamentes als Stätte der Begegnung vollziehen. In ihren geistigen Hintergründen gehören also Erste und Zweite Republik zwei verschiedenen Epochen der abendländischen Kultur an. Eine tiefe Cäsar trennt jene Epoche des Individualismus, die mit dem Humanismus, der Renaissance und der Reformation begann und, nach meiner Auffassung, zwischen den beiden Weltkriegen ihren Ausklang fand, von einer Epoche einer neuen Bindung, die der Totalitarismus mit Gewalt versuchte und welche uns im Pluralismus im Geiste der Toleranz als Aufgabe gestellt ist.

Doch vergessen wir nicht: auch in der Epoche des Individualismus gab es anti-individualistische Rückschläge und Zwischenstadien. Wer sagt uns daher, daß es totalitäre Rückschläge nicht auch in unserer pluralistischen Gesellschaft in Zukunft geben kann? Untergründige und stets vorhandene Emotionen können jederzeit politisch virulent werden; sie können sich in den verschiedensten Reformströmungen innerparteilich harmlos ausdrücken, sie können aber auch, wie die Geschichte lehrt, ausbrechen und zu eigenständigen Bewegungen werden.

Unsere Aufgabe als demokratische Politiker der Gegenwart ist also nicht zuletzt die Verpflichtung, alles Emotionelle, was unsere demokratische Staats- und Gesellschaftsform gefährden könnte, rechtzeitig zu erkennen, rechtzeitig in geregelte Bahnen zu lenken und unserer Staatsidee dienstbar zu machen. Daher ist Volksverbundenheit von höchster Aktualität. Der Einzelmensch sehnt sich nach Freiheit und Persönlichkeit, aber der Mensch in der Masse ist immer bedroht von emotionellen Krisen, die ihn im gegebenen Moment Freiheit und Persönlichkeit vergessen lassen.

Deshalb ist unsere größte Aufgabe, das zu bewahren, was zeitloser Sinn und Inhalt der abendländischen Kultur seit ihrem Anbeginn ist, nämlich das Licht, das Europa der Welt entzündet hat, das Licht der Freiheit, der Menschenwürde und Persönlich-

keit. Europa hat der Menschheit im zivilisatorischen und technischen Bereich zwar viel gegeben, aber seine Aufgabe der Zukunft liegt in der Schaffung und dem Vorleben einer Gesellschaft freier Menschen.

Wir Österreicher tragen dabei unseren Anteil. Wir haben die Vergangenheit bewältigt. Wir bejahen diesen Staat, wir dienen diesem Staat als Träger einer menschenwürdigen Rechts- und Verfassungsordnung, als Träger einer funktionellen Aufgabe zwischen Ost und West in jenem Raum, mit dem wir durch Jahrhunderte verbunden sind, wir lieben diesen Staat, ganz schlicht und einfach deshalb, weil wir Österreicher sind.

- - -

Österreichischer Städtetag 1965:

Die Schlußansprache von Bürgermeister Bruno Marek
=====

9. Oktober (RK) Zum Abschluß des Österreichischen Städte-
tages 1965 hielt der neugewählte Obmann des Städtebundes,
Bürgermeister Bruno Marek, heute folgende Ansprache:

"Sie haben mir heute durch die Wahl zum Obmann des Öster-
reichischen Städtebundes ein Vertrauen entgegengebracht, für
das ich Ihnen nur danken kann. Diese Stunde bedeutet einen
Höhepunkt in meinem Leben, ähnlich jenem vor genau vier Monaten,
als mich der Wiener Gemeinderat zum Bürgermeister der Bundes-
hauptstadt berief. Ich bin damals einem Mann im Amte nachge-
folgt, den eine künftige Geschichtsschreibung der Reihe der
großen Wiener Bürgermeister zuzählen wird. Und es war für
mich wahrhaftig kein Geringes, Nachfolger einer so bedeutenden
und verdienstvollen Persönlichkeit zu werden, wie es unser
verehrter Bundespräsident Franz Jonas ist.

Heute ist es nun das zweitemal, daß ich ein Amt übernehme,
das unser Staatsoberhaupt innegehabt hat. Ich möchte darum an
den Beginn meiner Ausführungen einen ehrerbietigen Gruß an
Bundespräsident Franz Jonas richten und ihm für all das danken,
was er als Obmann des Österreichischen Städtebundes für die
Kommunalpolitik unseres Heimatlandes geleistet hat.

Ich habe bei meiner Antrittsrede vor dem Wiener Gemeinde-
rat gesagt, daß ich mein Programm zum Wohle unserer Bundes-
hauptstadt nicht besser zu formulieren weiß, als daß ich ver-
sichere, im Geiste von Franz Jonas wirken zu wollen. Ich kann
auch heute an dieser Stelle nichts Treffenderes sagen! Die von
unserem nunmehrigen Bundespräsidenten vorgezeichnete Linie des
Österreichischen Städtebundes soll beibehalten werden. Wir
wollen dabei vor allem den Appell beherzigen, den Bundespräsi-
dent Franz Jonas vorgestern abend im Theater an der Wien an uns
alle gerichtet hat und in dem er uns mahnte, allen Schwierig-
keiten zum Trotz, von dem bewährten Prinzip der Zusammenarbeit
nicht abzugehen. Es gibt ja bekanntlich verschiedene Möglich-
keiten demokratischen Zusammenlebens. Es kann eine Mehrheit ihre
eigenen Wege gehen, ohne sich um die Minderheit zu kümmern,

wie dies in der Ersten Republik vielfach gehandhabt wurde. Dies ist zweifellos die bequemere und unkompliziertere Lösung. Daß sie jedoch ungeheure Gefahren in sich birgt, haben wir alle in leidvoller Weise erfahren müssen. Die Zusammenarbeit der großen politischen Gruppen, wie sie sich in der Zweiten Republik herausgebildet hat, ist zweifellos mühseliger und unbequemer und stellt an die Geduld, die Spannkraft und die Nervensubstanz aller Beteiligten weitaus höhere Ansprüche. Und doch konnten nur mit diesem System die großen Erfolge der letzten beiden Jahrzehnte errungen werden.

So bekenne ich mich auch als Obmann des Österreichischen Städtebundes zu dem weniger bequemen, aber verheißungsvolleren Weg der Zusammenarbeit, der Toleranz, des Miteinander-Redens und Aufeinander-Hörens.

Die Probleme der Gemeindepolitik sind mir nicht fremd. Ich habe sie in meiner 20jährigen Zugehörigkeit zum Wiener Gemeinderat und als Vorsitzender des Finanzausschusses der Stadt Wien kennengelernt. Ich bin aber bereit, in meiner neuen Funktion als Obmann des Städtebundes stets dazuzulernen und Sie werden mich für alle Probleme aufgeschlossen finden, die in den Ihnen anvertrauten Gemeinwesen auftauchen.

Der 19. Österreichische Städtetag geht nunmehr zu Ende, und ich glaube in Ihrer aller Namen zu sprechen, wenn ich sage, daß wir bereichert in unseren Wirkungskreis zurückkehren. Im Rahmen des Festaktes im Theater an der Wien haben wir die Verbundenheit zu unserem hochverehrten Bundespräsidenten und zur demokratischen Republik Österreich bekundet. Die Grußworte von Minister Spinoy und Minister Dr. Cravatte haben uns der freundschaftlichen Verbindungen mit dem Internationalen Gemeindeverband und dem Rat der Gemeinden Europas versichert. Altbürgermeister Dr. Koref schließlich hat in seiner Festrede mehr als einen historischen Rückblick geboten, es war das politische Bekenntnis und Vermächtnis eines großen Politikers, gefiltert durch die ganze Weisheit eines erfüllten Lebens.

Wir haben in tiefschürfenden Referaten die wesentlichsten Probleme unserer sich stetig wandelnden Gesellschaft kennengelernt.

Bürgermeister Aigner hat nach einem ausgezeichneten Rückblick auf das Erreichte ein bemerkenswertes kommunales Förderungsprogramm für die nächsten zwei Dezennien entwickelt, das nicht ungehört verhallen darf. Außenminister Dr. Kreisky hat die österreichische Wirtschaft gleichsam vor den Röntgenschirm gestellt und uns gezwungen, auch unbequemen Tatsachen und Notwendigkeiten in die Augen zu sehen. Bürgermeister Dr. Lugger hat uns die in unserer Verfassung verankerten Grundsätze des Föderalismus neu verständlich gemacht und interpretiert. Und heute standen wir im Banne des Referates von Nationalratspräsident Dr. Maleta, das in uns allen eine nachhaltige Wirkung hervorrufen wird.

In den heute erstatteten Berichten des Generalsekretärs, Bundesrat Otto Schweda, unseres Kassiers, Bürgermeister Kommerzialrat Bäck, und des Rechnungsprüfers, Bürgermeister Wondrak, wurde uns ein eindrucksvolles Bild vom Umfang und der Bedeutsamkeit der Tätigkeit des Österreichischen Städtebundes gezeichnet.

Ich danke an dieser Stelle allen Referenten und Berichterstattern für ihre Mühe. Mein Dank gilt aber auch dem Geschäftsführenden Obmann, Vizebürgermeister Slavik, und der Geschäftsleitung des Österreichischen Städtebundes, die im Kampf um Erhaltung und Ausbau einer gesunden Gemeindeautonomie nicht müde wurden. Vor allem möchte ich auch dem Generalsekretär Bundesrat Otto Schweda und allen seinen Mitarbeitern danken, die die organisatorische Hauptlast dieses glanzvollen Österreichischen Städtetages 1965 getragen haben, der uns allen zu einem eindrucksvollen Erlebnis geworden ist.

Wir kehren nun neu gestärkt in die Wirkungsbereiche zurück, in die uns das Vertrauen der Bevölkerung berufen hat. Vielleicht ist uns das Ziel unserer Arbeit etwas klarer und deutlicher geworden, sicher aber wurden wir in dem Willen gefestigt, alle unsere Kräfte im Dienst unserer Gemeinwesen einzusetzen, zum Wohle unserer Mitbürger und unseres Heimatlandes Österreich.

Hiermit erkläre ich den Österreichischen Städtetag 1965 für geschlossen."

Geehrte Redaktion!

=====

Wir erinnern daran, daß kommenden Montag, den 11. Oktober,
um 16 Uhr, die Dachgläichenfeier für die im Rohbau fertig-
gestellten beiden Personalwohnhäuser und das Schwesterninter-
nat des neuen Allgemeinen Krankenhauses stattfindet. Unter-
richtsminister Dr. Piffl-Perčević und Bürgermeister Frano Marek
werden zu diesem Anlaß sprechen. Zufahrt: Spitalstor am
Währinger Gürtel, beim Umspannwerk Michelbeuern. Treffpunkt:
Erdgeschoß der Schwesternschule. Pressefotografen haben schon
vor 16 Uhr Gelegenheit, Aufnahmen zu machen.

- - -

Rathaus - Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Montag, 11. Oktober 1965

Blatt 2644

Wieder Jugendabonnement der Stadt Wien für 15.000
=====

11. Oktober (RK) Der Kulturausschuß des Wiener Gemeinderates hat für das Jugendabonnement 1965/66 1,6 Millionen Schilling bewilligt. Dieses Abonnement wurde wie in den Vorjahren wieder für 15.000 Teilnehmer aufgelegt. Die Abonnenten im Alter von 14 bis 25 Jahren - erhalten ein Kartenheftchen, das zum Besuch von je einer Aufführung in der Staatsoper, im Burgtheater, im Theater in der Josefstadt, in einer Kleinbühne sowie von zwei Aufführungen im Theater an der Wien berechtigt. Außerdem gibt es Karten für ein Orchesterkonzert, eine Zirkusvorstellung in der Wiener Stadthalle und eine sternenkundliche Vorführung im Wiener Planetarium. Im Abonnementheft sind weiter Berechtigungsscheine für eine 50prozentige Ermäßigung in Wiener Kellertheatern sowie für Zahlungsbegünstigungen in den Wiener Städtischen Büchereien, der Wiener Volkshochschulen und der "Schule für gutes Benehmen" eingehftet.

Die Abonnementpreise bewegen sich je nach Sitzkategorie zwischen 40 Schilling und 190 Schilling, sie haben sich also gegenüber dem Vorjahr nicht geändert. Die inzwischen eingetretenen Preiserhöhungen wurden durch einen Aufschlag auf die Abonnements für Erwachsene ausgeglichen. Diese Teilnehmergruppe umfaßt Lehrpersonen, Jugendfunktionäre und Mitglieder der "Wiener Lebensschule".

Im Theater an der Wien, das im Vorjahr erstmalig durch eine Eigenproduktion des Theaters der Jugend in das Abonnement einbe-

./.

zogen werden konnte, finden in der Spielzeit 1965/66 zwei Vorstellungen im Rahmen des Jugendabonnements statt. Es handelt sich um eine Aufführung von Nestroys "Der Talisman" und um "Der Widerspenstigen Zähmung" von Shakespeare.

Die organisatorische Durchführung obliegt wieder dem Theater der Jugend, das mit den Wiener Mittel- und Berufsschulen, den Wiener Jugendverbänden und den Wiener Volkshochschulen zusammenarbeitet.

- - -

85. Geburtstag von Hubert Leuer

=====

11. Oktober (RK) Am 12. Oktober vollendet Kammersänger Hubert Leuer das 85. Lebensjahr.

Er wurde in Köln-Ehrenfeld geboren, wo er am Konservatorium eine gediegene Ausbildung genoß, die ihn zu einer erfolgreichen Künstlerlaufbahn befähigte. 1904 kam er nach Wien und erhielt von Gustav Mahler am Hofopertheater ein Engagement für das Rollenfach lyrischer Tenöre. Er erfreute sich beim Publikum bald großer Beliebtheit und entwickelte sich zusehends weiter, so daß er auch Heldentenorpartien übernehmen konnte und eine verlässliche Stütze des erwählten Ensembles wurde. Leuer sang sämtliche Rollen der Wagneroper von Rienzi über Siegfried bis zum Tristan und Parsifal. In den Zwanzigerjahren unternahm er Gastspielreisen an die Opernhäuser von Budapest, Berlin, Leipzig, Barcelona und andere. Vielen Wienern ist neben seinem Wirken auf der Bühne und in großen Konzerten noch in Erinnerung, daß er bei der denkwürdigen Erstaufführung der "Gurrelieder" im Jahre 1920 und bei der Wiederholung des Werkes in der Staatsoper unter der persönlichen Leitung des Komponisten Arnold Schönberg den "Klaus Narr" interpretierte.

- - -

Anleihen auf Raten / Eine Aktion der Zentralsparkasse
 =====

11. Oktober (RK) Die Zentralsparkasse der Gemeinde Wien hat für die sechsprozentige Bundesanleihe 1965/II wieder eine Ratenzeichnungsaaktion gestartet. Bei Erteilung eines Ratenzeichnungsauftrages braucht der Interessent nur eine Anzahlung in der Höhe von acht Prozent des gezeichneten Nennbetrages - zum Beispiel 80 Schilling für Nominale von 1.000 Schilling zu leisten. Der Restbetrag kann in sechs Monatsraten in Höhe von fünfzehn Prozent des gezeichneten Betrages - das sind 150 Schilling pro Nominale 1.000 Schilling - beginnend mit 15. November 1965 bezahlt werden. Interessenten, die eine Lohnsteuerbegünstigung ausnutzen können, brauchen - da der Staat in diesem Fall fünfzehn Prozent des Nennwertes vergütet - nur fünf statt sechs Monatsraten bezahlen. Als Ersatz von Vorlagezinsen und Spesen werden nur zwei Prozent vom Nennwert - das sind 20 Schilling bei 1.000 Schilling Nominale - berechnet.

- - -

Rundfahrten "Neues Wien"
 =====

11. Oktober (RK) Dienstag, den 12. Oktober, Route 4 mit Verkehrsbauwerk Schottentor mit Tiefgarage, Zentrale der Wasserwerke mit Vortrag über die Wasserversorgung Wiens, Ausbau des Mariahilfer Gürtels, Baustelle Matzleinsdorfer Gürtel, Krankenhaus Rudolfsstiftung, Assanierung Alt-Erdberg, Ausgestaltung der Donaukanalufer und Verkehrszentrum Landstraße sowie sonstigen städtischen Anlagen und Einrichtungen. Abfahrt vom Rathaus, 1, Lichtenfelsgasse 2, um 13.30 Uhr.

+

Mittwoch, den 13. Oktober, Route 5 mit Planetarium, Hauptfeuerwache Leopoldstadt, Wohnhausanlage Vorgartenstraße mit Kindergarten und Markt, Marshallhof mit Kindergarten und Volksheim, Montagebaufabrik und Neubaugebiet Kagran, Pensionistenheim "Sonnenhof", Donaupark mit Donauturm, Nordeinfahrt, Nordbrücke und Gürtelbrücke sowie sonstigen städtischen Anlagen und Einrichtungen. Abfahrt vom Rathaus, 1, Lichtenfelsgasse 2, um 13.30 Uhr.

- - -

Bitte vormerken:

Heim für oberösterreichische Studenten in der Hermannngasse
=====

Gemeinde Wien stellte Baurechtsgrund und 13 Millionen zur Verfügung

11. Oktober (RK) Die gemeinnützige Baugenossenschaft "Vindobona", die der Wiener Städtischen Versicherung nahesteht, hat in den letzten Jahren in Wien bereits drei Studentenheime gebaut. Nun hat sie im Auftrag der Wirtschaftshilfe der Studenten Oberösterreichs in der Hermannngasse 2a im 7. Bezirk ein Heim für oberösterreichische Studenten, die in Wien studieren, errichtet. Aus diesem Anlaß findet Freitag, den 15. Oktober, um 11 Uhr, eine Pressführung statt, zu der Sie herzlich eingeladen sind. Die offizielle Eröffnung findet am gleichen Tag um 16 Uhr statt.

Für dieses Studentenheim hat die Gemeinde Wien das Grundstück im Baurecht zur Verfügung gestellt. Auch der größte Teil der Geldmittel, nämlich 13,3 Millionen Schilling, stammen aus der Wohnbauförderung der Stadt Wien. 8,5 Millionen Schilling an weiteren Bau- und Einrichtungskosten wurden von der Wirtschaftshilfe der Studenten Oberösterreichs unter Mithilfe des Landes Oberösterreich sowie der Städte Linz und Steyr und anderer offizieller Stellen Oberösterreichs aufgebracht.

Das Studentenheim bietet in 110 Einbettzimmern und 52 Zweibettzimmern 214 Studenten Unterkunft. Es gibt Gemeinschaftsräume, wie Lesezimmer und Musikzimmer, Räume für Gymnastik und Tischtennis sowie einen großen Saal für Vorträge und Diskussionen.

- - -

2. Internationaler Wettbewerb: "Das touristische Buch - Wien 1965"
=====

11. Oktober (RK) Der vom Fremdenverkehrsverband für Wien veranstaltete 2. Internationale Wettbewerb "Das touristische Buch - Wien 1965" hat bei den Verlagen des In- und Auslandes ein überaus lebhaftes Echo gefunden. So übertraf die Beteiligung in jeder Beziehung die Erfolgswerte des im Jahre 1962 erstmals durchgeführten Wettbewerbes. Bis zum Einsendeschluß am 1. September langten heuer 815 (683) Bücher von 189 (171) Verlagen aus 29 (25) Staaten ein. (In Klammern die Ziffern des Jahres 1962).

Alle zum Wettbewerb eingereichten Bücher werden in einer Ausstellung im Rahmen der Wiener Internationalen Frühjahrsmesse 1966 gezeigt werden, wo auch die Preisverteilung stattfinden wird.

Es werden je drei internationale Preise in den Klassen Bildbände, Reiseführer und Reisebeschreibungen vergeben, und zwar für den besten Text, die beste Illustration und die beste Herstellung. Ferner werden von jeder Klasse bis zu zwölf zusätzlich ausgewählte Bücher in Ehrenlisten aufgenommen.

Die Verlage der preisgekrönten Bücher sind berechtigt, die Werke mit Umschlagstreifen zu versehen, die den Aufdruck "Internationaler Preis für das touristische Buch - Wien 1965" tragen.

- - -

Sitzungen von Wiener Bezirksvertretungen in dieser Woche
=====

11. Oktober (RK) In dieser Woche finden folgende Sitzungen von Wiener Bezirksvertretungen statt:

Dienstag, 12. Oktober:

17.30 Uhr, Mariahilf, Amerlingstraße 11, 1. Stock.

Mittwoch, 13. Oktober:

16.00 Uhr, Simmering, Enkplatz 2, 1. Stock.

Donnerstag, 14. Oktober:

15.00 Uhr, Döbling, Gatterburggasse 14.

- - -

Dachgleiche der ANH-"Wohntürme":

Großer Tag für das neue Allgemeine Krankenhaus
=====

11. Oktober (RK) Heute nachmittag fand die Gleichentfeier für die Personalwohnhäuser und das Schwesterninternat des neuen Allgemeinen Krankenhauses statt. Aus diesem Anlaß wurde den Vertretern der Presse folgende Information übermittelt:

Eines der größten und schwierigsten Bauvorhaben dieses Jahrzehnts ist der Neubau des Wiener Allgemeinen Krankenhauses (Universitätskliniken). Mit der Planung dieses Neubaus wurden auf Grund des Ergebnisses eines Architektenwettbewerbes die Architekten Wolfgang Bauer, Lintl, Nobis, Köhler, Kässens, Mayr, Lippert, Marchart und Moebius betraut. Diesem Architekten-team wurde der Krankenhausplaner Dr. Hans Ulrich Riethmüller beigegeben. Als Berater wirken die Vertreter der Medizinischen Fakultät, die Vertreter des Anstaltenamtes und die Direktion des Allgemeinen Krankenhauses. Die statischen Bemessungen erfolgten durch die Statiker-Arbeitsgemeinschaft Kugi-Valentin, Wölzl, Lukele, Höllriegl und Krapfenbauer. Die örtliche Bauleitung obliegt einer Arbeitsgemeinschaft der Republik Österreich und der Stadt Wien.

Das Bauprogramm umfaßt im wesentlichen folgende vier Abschnitte:

Den "Wohnbezirk", der im südlichen Teil des Grundstückes gelegen ist und aus den Personalwohnhäusern A und B und dem Schwesternschulgebäude samt Internat besteht. Für diesen ersten Bauabschnitt findet nunmehr die Gleichentfeier statt. Die bezugsbereite Fertigstellung des Wohnbezirkes dürfte im Frühjahr 1967 erfolgen.

Zum "Wohnbezirk" gehören ferner eine unterirdische Garage mit einem Fassungsraum von 140 Fahrzeugen sowie die notwendigen Zufahrtsstraßen und Außenanlagen.

Die Gebäudegruppe der Kinderklinik, der Heilpädagogischen Abteilung und der Psychiatrischen Klinik.

Den Kern der Anlage, in dem die 1. und 2. Medizinische Klinik, die 1. und 2. Chirurgische Klinik, die 1. und 2. Frauenklinik, die 1. und 2. Hals-, Nasen- und Ohrenklinik, die 1. und 2. Hautklinik, die 1. und 2. Augenklinik, das zentrale Röntgeninstitut, die Apotheke, die Zentralküche und die Räume für den theoretischen Unterrichtsbetrieb untergebracht werden. Hierher gehört ferner der Bau einer unterirdischen Großgarage für die Unterbringung der ./.

Fahrzeuge des Personals und der Besucher mit einem Fassungsraum von 2.300 Fahrzeugen.

Die Gebäude des Kindergartens und des nordöstlich des Kerns der Anlage gelegenen Pathologisch-Anatomischen Instituts.

Diese Bauwerke sollen auf dem Spitalsgelände zwischen Gürtel, Lazarettgasse, Spitalgasse und Gießergasse, das zum größten Teil durch die im Jahre 1912 errichteten "Neuen Kliniken" verbaut ist, errichtet werden. Um den notwendigen Platz für die Unterbringung der Neubauten zu schaffen, sind einige Objekte abzutragen. Der Abbruch dieser Gebäude ist jedoch Zug um Zug mit dem Bau der neuen Objekte vorzunehmen. So kann das Bauwerk der Psychiatrie erst dann abgetragen werden, wenn der Neubau dieser Klinik fertiggestellt und bezugsbereit übergeben ist. Ähnlich liegen die Fälle bei der Apotheke und der Zentralküche.

Nach umfangreichen Planungs- und Vorbereitungsarbeiten lief der erste Bauabschnitt im Winter 1963/64 an. Vorerst wurden der Escherich- und der Wenckebachpavillon und das Torgebäude abgebrochen und mit der Neuherstellung der beiden Hauptsammler für die Kanalisationsanlagen begonnen. Diese Hauptsammler, die teilweise 18 Meter unter dem Terrain liegen, sind seit Ende April 1965 fertig. Heuer im Juli wurden die Terrainregulierungsarbeiten in Angriff genommen und das Gelände im Bereich des Wohnbezirkes um etwa acht Meter abgesenkt. Sodann erfolgte der Aushub - rund 75.000 Kubikmeter - für die Fundamentplatten. Die Fundamentplatten für die Personalwohnhäuser A und B und das Schulgebäude hat man aus bodentechnischen Gründen in kontinuierlichen Tag- und Nachtschichten betoniert. Sie sind im Durchschnitt 1,20 Meter stark.

Das Kellermauerwerk der Personalwohnhäuser A und B ist aus bewehrtem Ortsbeton, das Erdgeschoß aus Stahlbetonsäulen in Ortsbeton, die 17 Regelgeschoße sind in Stahlbetonscheibenbauweise mit Stahlbeton-Fertigteildecken hergestellt. Die Endtürme, in denen sich die Stiegenhäuser und die Aufzüge befinden, wurden mit Hilfe von Gleitschalungen in stetigem Tag- und Nachtschichtenbetrieb in der ersten Phase bis auf eine Höhe von 30 Meter hochgetrieben. Nach Abschluß aller Betonierungsarbeiten wurden die Fertigteildecken und Wandelemente eingebracht.

In der zweiten Phase wurden diese Endtürme auf die volle Höhe, das sind 60 Meter, gebracht und der weitere konstruktive

Ausbau der dazwischenliegenden Bereiche vorgenommen. Beim Bau des Schulgebäudes und des Internats wurden zunächst die vier Geschoße des Flachbaukörpers und das Technikgeschoß in Stahlbetonskelettbauweise errichtet, anschließend der Endturm des Hochbauteiles auf die halbe Höhe gebracht und Zug um Zug die Montage des Stahlskelettes nachgezogen und die Stahlbetonfertigteile für diesen Teil eingebracht. Ähnlich wie bei den beiden Personalwohnhäusern verlief die zweite Bauphase. Ende August 1965 ist nach dreizehnmonatiger Bauzeit bei den beiden Hochhäusern die Dachgleiche erreicht worden.

Nach Fertigstellung werden in den beiden Personalwohnhäusern den Ärzten und Schwestern rund 700 Wohneinheiten, im dritten Gebäude die Schwesternschule mit 200 Schlafplätzen zur Verfügung stehen.

Die Kosten des Wohnbezirkes wurden auf 340 Millionen Schilling geschätzt und vom Spitzenausschuß in seiner Sitzung am 1. Juli 1964 genehmigt.

Der umbaute Raum der Personalwohnhäuser beträgt 95.000 Kubikmeter, der des Schulgebäudes samt Internat 63.000 Kubikmeter.

Die Personalwohnhäuser A und B sind 45 Meter lang, 16 Meter breit und 60 Meter hoch. Das Schulgebäude mit Internat besteht aus einem Flachbauteil mit 39 Meter Länge, 40 Meter Breite und 17 Meter Höhe. Der Hochhausteil ist 39 Meter lang und ebenso breit und hoch wie die beiden anderen Personal-Hochhäuser.

- - -

Der Städtische Fuhrpark hat geschickte Chauffeure
=====

11. Oktober (RK) Das Kuratorium für Verkehrssicherheit führte heuer zum sechstenmal eine Geschicklichkeitsmeisterschaft für Pkw-, Lkw- und Omnibuschauffeure durch. An der Konkurrenz beteiligten sich in sechs Klassen 75 Fahrer. Davon waren 29, also mehr als ein Drittel, Chauffeure der Stadt Wien. Die Fahrzeuge des Städtischen Fuhrparks starteten nur in den schweren Klassen, in denen die Konkurrenz besonders hart ist. Dabei bewiesen die Fahrer der Gemeinde Wien, daß sie ihr Handwerk verstehen und unsere wertvollen Fahrzeuge bei ihnen in guten Händen sind.

Gestern wurde auf der Südportalstraße beim Wiener Messengelände die Landesmeisterschaft für Wien, also die Vor-**entscheidung** für die Bundesmeisterschaft, ausgetragen. Es waren zehn praktische und eine theoretische Prüfung abzulegen. So mußte etwa in einem Zug mit dem rechten Vorderrad in einen Kreis eingefahren und eine Holzkiste berührt werden ohne sie umzuwerfen oder zu verrücken. Dabei wurde um Zentimeter, ja sogar um Millimeter gekämpft.

Die Fahrer des Städtischen Fuhrparks konnten in der Klasse 3 einen zweiten Platz und damit eine Silbermedaille sowie die Plätze fünf bis neun belegen. Auch in den übrigen Klassen war ihre Beteiligung erfolgreich.

- - -

Wintersaison 1965/66 in der Wiener Stadthalle:

Meisterorchester spielen Meisterwerke

=====

Visuelle Ergänzung: Ausstellung "Klang im Bild"

11. Oktober (RK) Während der Wintersaison 1965/66 findet in der Wiener Stadthalle wieder ein Konzert-Zyklus statt, der von den drei führenden Orchestern unseres Landes, den Wiener Philharmonikern, den Wiener Symphonikern und dem Niederösterreichischen Tonkünstlerorchester, bestritten wird. Damit gibt die Stadthalle bereits zum drittenmal den Musikliebhabern unserer Stadt die Möglichkeit, zu geringen Eintrittspreisen gute Konzerte zu hören. Den Konzerthäusern soll mit diesem Zyklus allerdings keine Konkurrenz gemacht werden. Wie man weiß, ist es jedoch sehr schwierig, "normale" Konzertabonnements in Wien zu bekommen. Allen jenen, die nicht glückliche Abonnementbesitzer sind, soll daher im Rahmen der Stadthallen-Konzerte die Chance geboten werden, die drei großen Orchester zu hören. In den beiden vorangegangenen Wintersaisons wurde diese Chance jedenfalls sehr stark genutzt: die zwei ersten Konzertzyklen wurden von insgesamt rund 40.000 Personen besucht.

Die Direktion der Wiener Stadthalle, die mit Unterstützung des Kulturamtes der Stadt Wien diesen Zyklus veranstaltet - die Zusammenstellung des Programms besorgte der Musikreferent des Kulturamtes, Dr. Russ-Bovelino - hat diesmal, noch mehr als bisher, die große, für diesen Zweck 5.000 Personen fassende Halle der Atmosphäre eines Konzertsaales angepaßt. Es wurde nicht nur die Akustik wesentlich verbessert, sondern auch das Interieur durch verschiedene Umbauten und Installationen, durch neue Vorhänge, Beleuchtungseffekte usw. verschönert.

Um vor allem die Jugend als Abonnenten für diesen Zyklus zu gewinnen, wurden die Abonnementpreise auch heuer wieder sehr niedrig gehalten. Die Kartenblocks für die vier Konzerte (14. November, 5. Dezember, 20. März und 3. April) kosten 90, 110 und 130 Schilling. Sie sind an den Vorverkaufskassen ab sofort erhältlich.

Das Programm

Das erste Konzert am Sonntag, dem 14. November, 11 Uhr, bestreiten die Wiener Philharmoniker unter Hans Swarowsky; mitwirkend der Wiener Jeunesse-Chor. Auf dem Programm stehen die Leonoren-Ouverture Nr. 3 von Ludwig van Beethoven, die Symphonie Nr. 83 in g-moll ("La Poule") von Joseph Haydn, Trois Nocturnes von Claude Debussy und die Symphonische Dichtung "Eine Nacht auf dem kahlen Berge" von Modest Mussorgsky. Bei dem letzten Werk handelt es sich insofern um eine "Erst-aufführung", als Gottfried von Einem es neu überarbeitet und die Schlußfassung dafür geschaffen hat.

Im zweiten Konzert am Sonntag, dem 5. Dezember, 11 Uhr, spielen die Wiener Symphoniker unter der Stabführung von Ernst Märzendorfer die 4. Symphonie in c-moll von Franz Schubert, den "Nachmittag eines Fauns" von Claude Debussy, die Polowetzer Tänze aus "Fürst Igor" von Alexander Borodin und die Symphonische Dichtung "Pini di Roma" von Ottorino Respighi.

Auch das dritte Konzert am Sonntag, dem 20. März 1966, 11 Uhr, wird von den Wiener Symphonikern bestritten. Dirigent ist Miltiades Caridis. Das Programm: Ouverture zu "Oberon" von Carl Maria von Weber, Symphonie in c-dur (Jupiter-Symphonie) von W.A. Mozart, "Don Juan" von Richard Strauß, Scherzo capriccioso, op. 39, von Armin Kaufmann, Tänze aus Galánta von Zoltán Kodály.

Im vierten Konzert am Sonntag, dem 3. April 1966, 11 Uhr, ist das Niederösterreichische Tonkünstlerorchester unter dem Dirigenten Heinz Wallberg zu hören. Am Programm stehen die 4. Symphonie (Pastorale) von Ludwig van Beethoven, "Finlandia" von Jan Sibelius und die 2. Ballett-Suite "Daphnis und Chloe" von Maurice Ravel.

"Klang im Bild"

Gleichsam als visuelle Ergänzung der Konzerte wird im großen Foyer der Wiener Stadthalle vom 3. November 1965 bis 31. Jänner 1966 täglich von 10 bis 22 Uhr eine Gemäldeausstellung mit dem Titel "Klang im Bild" zu sehen sein. Die gezeigten Bilder einer Reihe junger europäischer Maler haben zum Großteil

jene Werke zum Thema, die in den vier Abonnementkonzerten zu hören sind. Der Eintritt in die Ausstellung ist frei, der hervorragend gestaltete und sehr informative Farbbildkatalog ist gleichfalls unentgeltlich zu haben.

Die Ausstellung wurde von der Firma Philips gestaltet und war zum erstenmal im vergangenen Jahr während der Festwochen im Palais Palfy zu sehen. Da ihr ein außerordentlich großer künstlerischer Erfolg beschieden war, wurde sie anschließend jeweils zu den großen Musikfestspielen in Amsterdam, Salzburg, Luzern, Montreux, in England und in Berlin gezeigt. Die Ausstellung in der Stadthalle wurde wesentlich erweitert, so daß insgesamt 24 Gemälde zu sehen sein werden.

- - -

Dachgleichenfeier für die "Wohntürme" des neuen "Allgemeinen"Bürgermeister Marek: Ein gewaltiges Werk der Zusammenarbeit
=====

11. Oktober (RK) Als ein "gewaltiges Werk der Zusammenarbeit, ein Werk der Humanitas" bezeichnete Bürgermeister Marek den Bau des neuen Allgemeinen Krankenhauses, für dessen im Rohbau fertiggestellte Personalwohnhäuser und das Schwesterninternat heute nachmittag die Dachgleichenfeier stattfand.

An der Feier, zu der sich zahlreiche Festgäste im Erdgeschoß der Schwesternschule versammelt hatten, nahmen die beiden Vorsitzenden des Spitzenausschusses, Unterrichtsminister Dr. Piffl-Percevic und Bürgermeister Marek, Baustadtrat Heller, Stadtbaudirektor Dipl.-Ing. Dr. Koller, Vertreter der Universität Wien mit Rektor Dr. Fellinger an der Spitze, Vertreter des Handelsministeriums sowie Mitglieder des Gemeinderates teil. Nach den Begrüßungsworten von Sprechern der am Bau beteiligten Firmen und der Bauarbeiter sowie von Architekten Lippert überbrachte Bürgermeister Marek die Grüße der Stadtverwaltung und würdigte die bisher geleistete Arbeit.

Der Bürgermeister hob dabei hervor, daß auch hier wie auf allen Gebieten der menschlichen Gesellschaft der Erfolg in der Zusammenarbeit zu suchen sei. Das gewaltige Werk sei für ihn auch ein Symbol unseres freien Staates, der nach dem zweiten Weltkrieg unter dem Zusammenschluß aller Kräfte und in einträchtiger Zusammenarbeit wiedererrichtet wurde. Der Bürgermeister dankte sodann für den Zusammenschluß von Bund und Gemeinde im Geist einer echten Gemeinschaft, in dem dieses Werk der Humanitas errichtet wird. Die erste Etappe dieses Milliardenprogrammes sei in einer Rekordzeit von dreizehn Monaten bewältigt worden. Der Beschluß, in einem Zug weiterzubauen, sei außerordentlich begrüßenswert, vor allem im Hinblick auf die dadurch möglichen Einsparungen. Immerhin koste ein Arbeitstag an dieser Baustelle 1,3 Millionen Schilling. Besonders erfreulich sei, daß kein einziger Arbeitsunfall zu verzeichnen war. Mit dem Dank an alle an dem Bau Beteiligten und dem Wunsch, daß im gleichen Geist der Zusammenarbeit weitergebaut werden möge, schloß der Bürgermeister seine Rede.

Unterrichtsminister Dr. Piffl-Percevic gab seiner Freude in "dreifacher Eigenschaft" Ausdruck: als Vertreter des Bundes über die ausgezeichnete und richtungsweisende Zusammenarbeit der beiden Bauherren, als Unterrichtsminister über das große Werk zur Förderung der medizinischen Wissenschaft und Forschung, und als Österreicher über den Geist der Zusammenarbeit nicht nur zwischen Bund und Gemeinde, sondern aller Bewohner unseres Landes.

Im Anschluß an die Gleichfeier, die mit der Bundeshymne ausklang, besichtigten die Festgäste die drei im Rohbau fertiggestellten, 60 Meter hohen Gebäude, in denen die Personalwohnungen und ein Schwesterninternat untergebracht sein werden.

- - -

Rinderhauptmarkt vom 11. Oktober
=====

11. Oktober (RK) Unverkauft von der Vorwoche: 0. Neuzufuhren Inland: 85 Ochsen, 335 Stiere, 580 Kühe, 121 Kalbinnen, Summe 1.121. Ungarn: 22 Kühe. Gesamtauftrieb: 85 Ochsen, 335 Stiere, 602 Kühe, 121 Kalbinnen, Summe 1.143. Verkauft wurde alles.

Preise: Ochsen 15 bis 17.50 S, extrem 18 bis 18.30 S, 6 Stück, Stiere 14 bis 17 S, extrem 17.20 bis 17.30 S, 6 Stück, Kühe 10.20 bis 14 S, extrem 14.20 bis 14.50 S, 5 Stück, Kalbinnen 14.50 bis 17 S, extrem 17.20 bis 18 S, 3 Stück; Beinlvieh Kühe 8.50 bis 10,10 S, Ochsen und Kalbinnen 12 bis 14 S; ungarische Kühe 14.30 bis 15.30 S.

Der Durchschnittspreis erhöhte sich bei Ochsen um 37 Groschen, bei Stieren um 13 Groschen, bei Kühen um 17 Groschen, bei Kalbinnen um 55 Groschen je Kilogramm. Die Durchschnittspreise für inländische Rinder einschließlich Beinlvieh betragen für: Ochsen 16.04 S, Stiere 15.73 S, Kühe 11.45 S, Kalbinnen 15.98 S; Beinlvieh verteuerte sich bis zu 50 Groschen je Kilogramm. Ungarische Kühe Durchschnittspreis 14.98 (Vorwoche 14.30 S = + 68 Groschen je Kilogramm).

- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT. DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TUR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Dienstag, 12. Oktober 1965

Blatt 2659

Die Geschichte des Weltspartages:

Freiheit und Wohlstand wahren! - Weitersparen!

=====

12. Oktober (RK) Die Sparkassen und die Sparer in aller Welt feiern am 29. Oktober dieses Jahres zum 41. Male den Weltspartag.

Der Weltspartag wurde im Jahre 1924 anlässlich des 1. internationalen Sparkassenkongresses, der in Mailand stattfand, ins Leben gerufen. Die Vertreter der 27 an diesem Kongreß teilnehmenden Staaten begründeten diesen Festtag der Sparer, um dem Gedanken der Sparsamkeit in aller Welt zum Durchbruch zu verhelfen.

Durch den zweiten Weltkrieg wurde die große Tradition des Weltspartages infolge der großen Not und den unstabilen Währungsverhältnissen, die das Sparen als unzweckmäßig erscheinen ließen, unterbrochen. Jedoch bereits in den ersten Jahren nach dem Krieg richteten die österreichischen Sparkassen an die Bevölkerung wieder den Appell zum Sparen. Ein mutiges Unterfangen, in einer Zeit, in der die meisten Österreicher unter dem Schock der Währungsabwertung die Anschauung vertraten, daß das Beiseitelegen von Geld jeden Sinn verloren hätte.

Im Jahre 1952 wurde zum erstenmal nach dem Krieg der Weltspartag unter erfreulichen Aspekten wieder gefeiert. Die weitgehende Stabilisierung der Währung ließ viele Österreicher am Weltspartag 1952 ein Sparbuch eröffnen.

An den folgenden Weltspartagen wurden, wie aus der obigen Aufstellung hervorgeht, immer mehr Sparbücher eröffnet und

./.

immer größere Beträge auf die Sparkonten eingezahlt. Waren es noch im Jahre 1952 lediglich 15.762 Sparer, von denen sich 5.370 Sparkassenbücher neu eröffnen ließen, die 8,5 Millionen Schilling auf Sparkonten bei den Sparkassen einlegten, so waren es im Jahre 1960 bereits 392.494 Sparer, von denen sich 47.675 Sparkassenbücher neu ausstellen ließen und die 293 Millionen Schilling einzahlten. Im Vorjahr wurde von 752.156 Sparern ein Betrag von 721,5 Millionen Schilling eingezahlt und 76.269 Personen ließen sich neue Sparkassenbücher ausstellen.

Die steile Aufwärtsbewegung der Anzahl der Sparer, die am Weltspartag eine Einlage tätigen, sich neue Sparkassenbücher eröffnen lassen und die immer größeren Beträge, die an diesem Tag auf Sparkonten eingezahlt werden, sind wahrlich ein Beweis dafür, welche große Bedeutung diesem internationalen Spartag zukommt.

In Österreich wurden seit dem Jahre 1952 allein am Weltspartag 3,892.100 Einzahlungen geleistet, 500.000 Sparbücher neu eröffnet und drei Millionen Schilling auf Sparkonten bei den Sparkassen eingezahlt.

In den nächsten Jahren nach 1952 wurde der Weltspartag in Österreich vorwiegend unter Slogans durchgeführt, die allgemein die Bedeutung des Sparens betonten. Im Jahre 1953 richteten die Sparkassen an die Allgemeinheit die Aufforderung "Spare" und 1956 wurde der Weltspartag unter der Devise "Sparen kann jeder" durchgeführt. In den letzten Jahren stand der Weltspartag häufig unter einer Devise, die die Notwendigkeit des Sparens als materielle Grundlage für ein glückliches Familienleben betonte. So lautete 1959 die Devise "Gut haushalten heißt Sparen". Im Jahre 1960 stand der Weltspartag unter dem Motto "Sparsamer Haushalt - guter Haushalt".

In diesem Jahr wollen die österreichischen Sparkassen gemeinsam mit ihren Sparern am Weltspartag, dem 29. Oktober, - 20 Jahre nach Kriegsende - Bilanz ziehen, um die Quellen des heutigen Wohlstandes zu erkennen: Sparen war eine wesentliche Grundlage für das Entfalten und den Aufbau der österreichischen Wirtschaft. Heute braucht Österreich die Ersparnisse nicht mehr

für den Aufbau seiner Wirtschaft aus dem Nichts, wohl aber für die Modernisierung der Betriebe im Gewerbe, in der Landwirtschaft und in der Industrie, um sich im größeren europäischen Markt erfolgreich behaupten zu können.

Für die Familie geht es auch nicht mehr nur darum, einen Notgroschen zur Seite zu legen, sondern durch Sparen ein kleines "Vermögen" zu bilden.

Sparen hat in der heutigen Zeit nichts von seiner Bedeutung für den Wohlstand und die Freiheit der Familie und der gesamten Wirtschaft eingebüßt, Deshalb haben die österreichischen Sparkassen den diesjährigen 41. Weltspartag unter das Motto "Bilanz nach 20 Jahren: Freiheit und Wohlstand wahren - weiter-sparen" gestellt.

- - -

Rundfahrten "Neues Wien"

=====

12. Oktober (RK) Donnerstag, den 14. Oktober, Route 1 mit Verkehrsbauwerk Schottentor, Assanierung Lichtental, Internationalem Studentenheim, Volksheim "In der Krim", Ausflugsrestaurant Bellevue, Höhenstraße, Assanierung Alt-Ottakring, Müllverbrennung Flötzersteig und Spetterbrücke sowie sonstigen städtischen Anlagen und Einrichtungen. Abfahrt vom Rathaus, 1, Lichtenfelsgasse 2, um 13.30 Uhr.

- - -

Zwei wichtige Kreuzungen bekommen Signalanlagen

=====

12. Oktober (RK) Der Gemeinderatsausschuß für Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten genehmigte gestern die Errichtung von Signalanlagen auf zwei wichtigen Kreuzungen in Wien. Die Gesamtkosten dafür betragen 605.000 Schilling.

Bei der einen Signalanlage handelt es sich um die Kreuzung im 3. Bezirk Beatrixgasse-Am Heumarkt beim Hotel "Intercontinental". Die andere Anlage soll an der Kreuzung Mariahilfer Straße-Winckelmannstraße im 15. Bezirk beim Technischen Museum den Verkehr regeln.

- - -

Brand in einer Niederfabrik

=====

12. Oktober (RK) Heute früh um 3.14 Uhr brach in Wien 7, Westbahnstraße 27-29, in dem im Mezzanin gelegenen, rund 1.200 Quadratmeter großen Fertigwaren- und Auslieferungslager der Firma Vorsteher, Badeanzüge- und Niederwarenerzeugung, vermutlich durch Wärmeübertragung eines elektrischen Nachtspeicherofens an gelagerte Waren ein Brand aus.

In weiterer Folge brannte auf einer Fläche von 80 Quadratmeter Lagergut, Einrichtungsgegenstände, Emballagen und Akten im großen Ausmaß. Das Übergreifen des Brandes auf weitere in offener Verbindung stehende Firmenräume wurde verhindert. Der Brand wurde umfassend mit sechs T-Rohren unter Einsatz von schweren und leichten Atemschutz-, Hitzeschutzhauben und Hitzeschutzhandschuhen sowie zwei Schiebeleitern und sechs Steckleitern gelöscht. Zwei Löschruppen vom Bereitschaftszug Leopoldstadt mit schweren Atemschutzgeräten wurden nach Vorbereitung von zwei Reservelöschleitungen zum Schutz der über den Firmenräumen gelegenen Wohnungen eingesetzt. Die Brandbekämpfung stand unter der Leitung des Stellvertretenden Feuerkommandanten Oberbrandrat Dipl.-Ing. Ströbl.

Vier Mann der Feuerwehr wurden bei der Aktion leicht verletzt, und zwar erlitt ein Mann eine leichte Rauchgasvergiftung, die anderen drei Schnittwunden an den Händen. Sie wurden vom Rettungsdienst behandelt.

Um 4.52 Uhr konnte "Brand aus" gemeldet werden.

- - -

Sonder-Modeschau in Hetzendorf für Minister-Gattinnen

=====

12. Oktober (RK) Heute vormittag besuchten die Gattinnen der europäischen Erziehungsminister, die gegenwärtig zu einer Tagung in Wien weilen, die Modeschule der Stadt Wien im Schloß Hetzendorf. Die Schülerinnen veranstalteten für diese prominenten Gäste eine Sonder-Modeschau mit Vorführungen ihrer gelungensten Kreationen. Die Damen zeigten sich von den Schöpfungen der Modeschule der Stadt Wien sehr beeindruckt und geizten nicht mit Beifall.

- - -

Gesperrt bis 17 Uhr:Ferdinand Raimund-Ausstellung im Historischen Museum eröffnet
=====

12. Oktober (RK) Heute nachmittag wurde im Historischen Museum der Stadt Wien am Karlsplatz die 17. Sonderausstellung dieses Hauses eröffnet, die dem österreichischen Dramatiker Ferdinand Raimund gewidmet ist. Die Exposition wurde vom Historischen Museum der Stadt Wien und von der Ferdinand Raimund-Gesellschaft, die heuer ihr 175. Bestandjubiläum feiert, gemeinsam veranstaltet.

Der Präsident der Ferdinand Raimund-Gesellschaft Dr. Pichler konnte unter den zahlreichen erschienenen Eröffnungsgästen prominente Persönlichkeiten des Wiener Kulturlebens, besonders der Theaterwissenschaft sowie leitende Beamte des Kulturamtes der Stadt Wien begrüßen. Er sprach der Direktion des Museums und dem Wiener Kulturstadtrat Hans Mandl den Dank für deren maßgebliche Mitwirkung am Zustandekommen der Ausstellung aus.

Dann erläuterte Museums-Direktor Dr. Glück die Anlage der Exposition, die von Erna Felmayer und Dr. Pötschner vom Historischen Museum der Stadt Wien gestaltet wurde.

Die Ausstellung umfaßt vier kostbare Raimundhandschriften aus dem Archiv der Raimund-Gesellschaft, die bei dieser Gelegenheit erstmalig öffentlich gezeigt werden und viele einschlägige Stücke aus dem Besitz der Stadt Wien. Auch von privaten Besitzern, von der Gesellschaft der Musikfreunde und der Österreichischen Nationalbibliothek wurden Leihgaben zur Verfügung gestellt.

Die Ausstellung ist bis 30. November, Dienstag bis Freitag von 9.15 bis 18 Uhr, Samstag und Sonntag von 9.15 bis 13 Uhr - jedoch am Sonntag, den 7. November von 9.15 bis 16 Uhr - geöffnet. Im Eintrittspreis für das Historische Museum ist der Besuch der Sonderausstellung mitenthalten.

Es wird überdies darauf hingewiesen, daß vom 1. Oktober bis 30. März 1966 an allen Samstagen, Sonntagen und Feiertagen der Eintritt in allen städtischen Museen und Sammlungen frei ist.

Rehe und Hirsche der städtischen Forste bitten um Wildkastanien
=====

12. Oktober (RK) Da die Wildkastanien-Sammelaktion bis jetzt noch nicht genügend von den für unser Hochwild so schmackhaften, braunglänzenden Früchten gebracht hat, wird sie bis zum 22. Oktober verlängert. Bis zu diesem Datum nimmt die Sammelstelle am Lagerplatz der städtischen Praterverwaltung, 2, Zugang Ecke Laufbergorgasse und Sportklubstraße, an allen Werktagen außer Samstag von 8 bis 16 Uhr Wildkastanien entgegen und zahlt pro Kilogramm 45 Groschen. Die Kastanien werden zur Wildfütterung im Winter benötigt. Rehe und Hirsche bitten also um Wildkastanien.

- - -

Bürgermeister Marek empfing Sozialarbeiter aus Österreich
=====

12. Oktober (RK) Auf Einladung des Frauenzentralkomitees der Sozialistischen Partei findet gegenwärtig in Wien eine Enquete über "die Sozialarbeit heute und morgen" statt. Bürgermeister Marek empfing die Teilnehmer an dieser Enquete, die aus Wien und den Bundesländern kommen, heute mittag in den Wappensälen des Rathauses.

- - -

Personalnachricht
=====

12. Oktober (RK) Auf Antrag des städtischen Personalreferenten Stadtrat Bock hat heute der Wiener Stadtsenat den Stadtbaurat Dipl.-Ing. Dr. Edmund Trinbacher (Kontrollamt) zum Oberstadtbaurat befördert.

- - -

Der Städtebund in der internationalen Kommunalpolitik
=====

12. Oktober (RK) Durch die Bundespräsidentenwahl waren auch die dem Österreichischen Städtebund zustehenden Mandate in den Leitungsorganen des Internationalen Gemeindeverbandes und des Rates der Gemeinden Europas neu zu besetzen. Die Geschäftsleitung des Österreichischen Städtebundes hat daher in ihrer Sitzung vom 7. Oktober beschlossen, in Hinkunft den Generalsekretär des Österreichischen Städtebundes, Bundesrat Otto Schweda, sowohl in die Exekutive des **Internationalen Gemeindeverbandes** als auch in den Präsidialrat des Rates der Gemeinden Europas zu entsenden.

-- -- --

Empfang für internationale Tagung
=====

12. Oktober (RK) Das Österreichische Produktivitätszentrum veranstaltete gemeinsam mit der österreichischen Studiengesellschaft für wirtschaftliche Güterbewegung eine internationale Tagung "Transport und Produktivität". Bei dieser Veranstaltung, die am 11. und 12. Oktober abgehalten wurde, kamen Fachleute und Wissenschaftler aus sieben europäischen Ländern zu Wort. Es ging dabei um das Problem, den Transport von Waren rationeller zu gestalten und damit die Produktivität zu steigern.

Heute abend gab die Stadt Wien für die Teilnehmer an der Tagung einen Empfang in den Wappensälen des Rathauses. In Vertretung des Bürgermeisters begrüßte Stadtrat Heller die Gäste im Beisein von Stadtrat Dr. Prutscher und hieß sie herzlich willkommen.

-- -- --

Schweinehauptmarkt vom 12. Oktober

=====

12. Oktober (RK) Unverkauft von der Vorwoche: 0. Neuzufuhren Inland: 5.740, Polen: 1.621, Bulgarien: 250, Ungarn: 1.539, Dänemark: 292, Summe: 9.442. Verkauft wurde alles. Auslandsschlachthof: Inland 554 Stück, Ungarn: 280 Stück.

Preise: Extremware 16.30 bis 16.50 S, 1. Qualität 15.80 bis 16.20 S, 2. Qualität 15 bis 15.80 S, 3. Qualität 14.50 bis 15 S, Zuchten extrem 13.20 bis 13.30 S, Zuchten 12 bis 13 S, Altschneider 10 bis 11.50 S; Ausländische Schweine: Polen 13.50 bis 13.30 S, Bulgarien 13.50 bis 14.50 S, Ungarn 13.50 bis 15 S, Dänemark 14.70 bis 15.50 S. Auslandsschlachthof: Inland 14 bis 16.20 S, Ungarn 210 Stück zu 14.60 bis 14.80 S, 70 Stück blieben unverkauft.

Der Durchschnittspreis für inländische Schweine erhöhte sich um 40 Groschen je Kilogramm und beträgt nunmehr 15.42 S. Der Durchschnittspreis für ausländische Schweine erhöhte sich für: bulgarische um 22 Groschen und beträgt nunmehr 14.28 S, dänische um 14 Groschen und beträgt nunmehr 14.04 S, ungarische um 7 Groschen und beträgt nunmehr 14.46 S. Der Durchschnittspreis für polnische Schweine ermäßigte sich um sieben Groschen und beträgt nunmehr 14.46 S. Der Gesamtdurchschnittspreis für ausländische Schweine erhöhte sich um zwei Groschen und beträgt nunmehr 14.50 S je Kilogramm.

- - -

Pferdehauptmarkt vom 12. Oktober

=====

12. Oktober (RK) Aufgetrieben wurden 45 Stück, hievon 14 Fohlen. Als Schlachttiere wurden 42 Stück verkauft, unverkauft blieben drei Stück.

Herkunft der Tiere: Wien 1, Niederösterreich 29, Oberösterreich 8, Burgenland 4, Steiermark 3.

Preise: Schlachttiere Fohlen 13 bis 15.30 S, Pferde extrem 10.50 bis 11.30 S, 1. Qualität 9.30 bis 10 S, 2. Qualität 8 bis 9 S, 3. Qualität 6.50 bis 7.50 S. Auslandsschlachthof: 35 Stück aus der UdSSR davon 24 Stück verkauft zu 8 bis 11.20 S, 11 Stück blieben unverkauft. Der Durchschnittspreis für inländische Schlachtpferde erhöhte sich um 58 Groschen. Der Durchschnittspreis für inländische Schlachtfohlen ermäßigte sich um 49 Groschen. Er beträgt für Schlachtpferde 8.77 S, Schlachtfohlen 14,11 S, Schlacht- und Nutzpferde 8.77 S, Pferde und Fohlen 10.60 S.

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN. MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Mittwoch, 13. Oktober 1965

Blatt 2667

Ab morgen Donnerstag:

Wien frei von Gerümpel!!

=====

Sperrmüllaktion beendet - das Wiener Stadion voll mit Mist

13. Oktober (RK) Das ganze Riesenoval des Wiener Stadions voll mit Gerümpel: das ist das von der Müllabfuhr ausgerechnete Ergebnis der Wiener Sperrmüllaktion, die morgen Donnerstag zu Ende geht. Nicht weniger als 160.000 Kubikmeter "Sperrmüll" haben die Wiener ihrer Müllabfuhr anvertraut, der natürlich nicht wirklich im Stadion, sondern auf den Ableerplätzen deponiert wurde. Mit morgigem Tag wird also Wien "gerümpelfrei" sein.

Wie der Amtsführende Stadtrat für die Öffentlichen Einrichtungen Pfoch der "Rathaus-Korrespondenz" in diesem Zusammenhang mitteilte, hat die Sperrmüllaktion, die unter seinem Vorgänger Stadtrat Koci begonnen wurde, insgesamt 3,740.000 Schilling gekostet. Als "gerümpelreichste" Bezirke erwiesen sich Mariahilf und Neubau. Den wenigsten Sperrmüll mußte man in Donaustadt und Liesing wegführen. Am 2. Dezember 1963 wurde ~~versucht~~ ^{versucht} mit dieser Aktion zunächst nur in Favoriten begonnen. Als am 6. Dezember der Versuch zufriedenstellend abgeschlossen war, hatte man bereits 226 Fuhren voll mit diversem "Glumpert" weggebracht. Im nächsten Jahr - 1964 - fing man am 2. März die Sperrmüllaktion mit voller Intensität an. Bis 4. Juni fuhren Montag bis Freitag die Lastwagen durch Wien. In 65 Tagen wurden 6.545 Fuhren geleistet. Die Bezirke 1 bis 9, 11, 20, 21 und 22 wurden von Gerümpel befreit. Im Herbst kamen dann noch die Bezirke Meidling und Hietzing daran, aus denen 599 LKW-Fuhren Sperrmüll weggeschafft werden konnten.

Heuer begann man am 22. März, wobei in 64 Tagen wieder 2.785 Fuhren geleistet wurden, und am 20. September begann der letzte Turnus, der nun morgen Donnerstag, den 14. Oktober, in Döbling zu Ende geht. Insgesamt wurden 11.755 Fuhren gefahren, durch- ./.

schnittlich waren 15 LKW und 30 Mann pro Tag eingesetzt. Doch gab es auch Tage, an denen nicht weniger als 285 Fahren geleistet werden mußten.

Wie Stadtrat Fföch abschließend mitteilte, will man die Sperrmüllaktion, allerdings in geänderter Form, alljährlich fortsetzen. Man dankt daran, auf Anruf "ins Haus" zu kommen. Allerdings wird diese Aktion nicht mehr kostenlos sein; für die Abholung sperriger Güter wird ein Entgelt verlangt werden.

Geehrte Redaktion!

Anläßlich der Beendigung der Sperrmüllaktion wird Stadtrat Fföch persönlich das letzte Stück Gerümpel auf den Mistwagen verladen. Bitte verständigen Sie Ihre Fotoreporter: morgen Donnerstag, 14. Oktober, 11 Uhr, im 19. Bezirk, Lißbauergasse 5, in der Nähe der Hochschule für Welthandel.

- - -

Dienstjubiläen

=====

13. Oktober (RK) Im Roten Salon des Rathauses feierten heute vormittag neun Bedienstete der Stadt Wien ihr 40. Dienstjubiläum, einer von ihnen sogar sein 50jähriges Jubiläum. Bei der musikalisch umrahmten Feier - das Streichquartett des Konservatoriums der Stadt Wien spielte Musik von Wolfgang Amadeus Mozart - dankten Bürgermeister Bruno Marek, Personalstadtrat Hans Bock und der "designierte" Stadtrat für die Städtischen Unternehmungen, Gemeinderat Dr. Maria Schaumayer, den Jubilaren für ihre treuen Dienste und wünschten ihnen weiterhin viel Erfolg auf ihrem Lebensweg. An der Feier nahmen auch Magistratsdirektor Dr. Rudolf Ertl und Stadtwerke-Generaldirektor Dr. Karl Reisinger teil. Für die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten sprach deren Vorsitzender, Gemeinderat Robert Weisz. Im Namen der Jubilare dankte Verwaltungsoberkommissär Leopold Wischinka von den E-Werken, der sein 50jähriges Dienstjubiläum feierte.

Ihr 40jähriges Dienstjubiläum begingen: Stationsschwester Marie Schabes (Altersheim Lainz), Torwart Wilhelm Sterzl (Allgemeine Poliklinik), Technischer Kanzleioberkommissär Walter Aschauer (Magistratsabteilung 33, Öffentliche Beleuchtung), Bade-
wart Viktor Caesar (Bäderverwaltung), Kanzleikommissär Leopold Swoboda (Verkehrsbetriebe), Karl Westermeier (Verkehrsbetriebe), Betriebsoberinspektor Friedrich Rissbacher (E-Werke) und Peter Jelanek (Gaswerke).

- - -

Albert Theer zum Gedenken

=====

13. Oktober (RK) Auf den 15. Oktober fällt der 150. Geburtstag des Bildnismalers und Lithographen Albert Theer.

Er wurde in Johannsburg, Österreichisch-Schlesien, geboren. Sein Vater war Edelsteinschneider, seine beiden Brüder Adolf und Robert betätigten sich gleichfalls als Maler und Lithographen. Albert Theer studierte an der Graveurabteilung der Wiener Kunstakademie und trat bereits 1835 mit Miniaturen und Porträtlithographien vor die Öffentlichkeit. Sein hauptsächliches Schaffensgebiet war die Porträtminiatur, die er mit großem Geschick pflegte. Albert Theer war von Daffinger beeinflusst, von dem er manches in seine eigene Arbeitsweise übernahm. Er ist am 30. August 1902 in Wien gestorben.

- - -

Rundfahrten "Neues Wien"

=====

13. Oktober (RK) Freitag, den 15. Oktober, Route 2 mit drittem Zentralberufsschulgebäude, Theresienbad, Kennedy-Brücke, Einkaufszentrum Hietzing, Grünbergstraße, Schule Altmannsdorfer Straße, Industriegebiet Liesing, Unterführung Breitenfurter Straße und Straßenbrücke über die Südbahn sowie sonstigen städtischen Anlagen und Einrichtungen. Abfahrt vom Rathaus, 1, Lichtenfelsgasse 2, um 13.30 Uhr.

- - -

Richtigstellung

=====

13. Oktober (RK) In der gestrigen Aussendung über die "Geschichte des Weltspartages" soll es auf Blatt 2660 in der dritten Zeile des dritten Absatzes richtig heißen: "drei Milliarden Schilling" und nicht drei Millionen Schilling.

- - -

Bürgermeister Marek dankt scheidendem Bezirksvorsteher Panek
=====

13. Oktober (RK) Der Vorsteher des 17. Bezirkes Karl Panek hat Bürgermeister Bruno Marek mitgeteilt, daß er mit Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand - er hat einen längeren Spitalsaufenthalt hinter sich - seine Funktion als Bezirksvorsteher mit Wirkung vom 10. November 1965 zurücklegen möchte.

Der Bürgermeister hat den Rücktritt zur Kenntnis genommen und ein herzliches Schreiben an Bezirksvorsteher Panek gerichtet, in dem es heißt: "Mit Ihrem Entschluß, Ihre Funktion zurückzulegen, wird der Bezirk Hernals und die Stadt Wien auf eine Persönlichkeit verzichten müssen, die über reiche Erfahrung in der Kommunalverwaltung verfügt und die Bedürfnisse Ihres Heimatbezirkes am besten kennt. Im November 1949 wurden Sie, sehr geehrter Herr Bezirksvorsteher, in Ihr hohes Amt berufen. Seit dieser Zeit haben Sie mit Hingabe, mit großer Sachkenntnis und beispielgebendem Fleiß Ihr Amt im Interesse Ihrer Mitbürger ausgeübt und in den entscheidenden Jahren des Wiederaufbaues nach dem zweiten Weltkrieg Ihrem Heimatbezirk Hernals und der Stadt Wien große Dienste geleistet. Ich nehme den Anlaß war, um Ihnen hierfür den vollen und aufrichtigen Dank im Namen der Stadt Wien und im eigenen Namen auszusprechen. Für die Zeit Ihres wohlverdienten Ruhestandes wünsche ich Ihnen volle Gesundheit und noch viele frohe Jahre."

- - -

Europäische Unterrichtsminister im Rathaus
=====

13. Oktober (RK) Heute mittag gab Bürgermeister Marek zu Ehren der Tagung europäischer Erziehungsminister, die derzeit in Wien stattfindet, einen Empfang in den Wappensälen des Wiener Rathauses. Von Seiten der Stadtverwaltung hatten sich mit Bürgermeister Marek auch Vizebürgermeister Dr. Drimmel sowie die Stadträte Heller, Mandl und Pfösch eingefunden. Unter den Gästen befanden sich 16 Unterrichtsminister aus Mitgliedsstaaten des Europarates sowie Delegierte der Erziehungsministerien anderer europäischer Nationen, des Heiligen Stuhles, der UNESCO und der OECD.

In seiner Tischrede entbot Bürgermeister Marek den prominenten Kulturpolitikern den Willkomm-Gruß der Stadt Wien und unterstrich die bedeutende Rolle der Stadt Wien als Brücke zwischen dem Osten und dem Westen Europas.

Der Delegierte der UNESCO würdigte den diesjährigen Tagungsort des Treffens als eine traditionsreiche Stätte des europäischen Kulturlebens und verwies auf die hervorragende Bedeutung Wiens bei der Entwicklung des modernen Schulwesens.

- - -

Antrittsbesuch des Rektors der Tierärztlichen Hochschule
=====

13. Oktober (RK) Heute nachmittag statteten der aus dem Amt scheidende sowie der neu gewählte Rektor der Tierärztlichen Hochschule Wiens Bürgermeister Marek einen Besuch ab.

Prorektor Prof. Dr. Alfred Kment dankte dem Bürgermeister für die Unterstützung, die ihm in der Zeit seiner Amtsführung von Seiten der Stadt Wien zuteil wurde. Der neue Rektor Prof. Dr. Michael Zacherl erbat sich weitere gedeihliche Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung, mit der die Tierärztliche Hochschule durch den Schlachthof und das Veterinäramt zahlreiche Kontakte unterhält. Die Herren sprachen mit Bürgermeister Marek auch über die in zwei Jahren stattfindende Jubiläumsfeier zum 200jährigen Bestand der Hochschule, die die älteste veterinärmedizinische Hochschule der Welt ist.

- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWÖRTLICH: WILHELM ADAMETZ

Donnerstag, 14. Oktober 1965

Blatt 2672

Zentralsparkasse der Gemeinde Wien:

Seit Jahresbeginn fast 554 Millionen Schilling Spareinlagenzuwachs
=====

Gesamteinlagen um 1,3 Milliarden gestiegen

14. Oktober (RK) Wie aus dem neuesten Monatsbericht der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien hervorgeht, haben die Spareinlagen bei diesem Institut im Monat September einen effektiven Zuwachs von 27,3 Millionen Schilling zu verzeichnen und sind damit auf insgesamt 7.311,7 Millionen Schilling angestiegen. Damit beträgt der Zuwachs an Spareinlagen seit Jahresbeginn insgesamt 553,8 Millionen Schilling. Da auch die sonstigen Einlagen seit Jahresbeginn um 764,4 Millionen Schilling angestiegen sind, ergibt sich eine Erhöhung der Gesamteinlagen um 1.318,3 Millionen Schilling.

Am 30. September verwaltete die Zentralsparkasse der Gemeinde Wien 15.469 Prämiensparkonten mit Gesamteinlagen von 162,4 Millionen Schilling. In diesem Monat konnte auch das 150.000ste Sparkonto für einen jungen Sparer eröffnet werden. Damit entfallen nunmehr rund ein Fünftel sämtlicher aktiver Sparkonten auf Kinder und Jugendliche. Eine beachtliche Steigerung erfuhren die Girokonten, die sich im Berichtsmonat um 5.061 auf 106.119 erhöhten. Im Monat September waren rund 849.000 Belege zu bearbeiten, das bedeutet gegenüber dem selben Monat des Vorjahres eine Steigerung um 19 Prozent.

- - -

Musikveranstaltungen in der Woche vom 18. bis 24. Oktober
=====

14. Oktober (RK)

Montag, 18. Oktober:

- 19.30 Uhr, Musikverein, Brahmssaal: Musikalische Jugend Österreichs: 1. Konzert im Zyklus XI (Voraufführung des 1. Konzertes des Musikvereinsquartetts der GdM); Musikvereinsquartett (Mozart, Haydn, Beethoven)
- 19.30 Uhr, Konzerthaus, Mozartsaal: Wiener Konzerthausgesellschaft: Sonatenabend Heidi Litschauer, Cello - Hans Petermandl, Klavier (Bach: Sonate Nr. 3 g-moll; Schubert Arpeggione-Sonate a-moll; Kodály: Sonate; Brahms: Sonate F-dur op. 99)

Dienstag, 19. Oktober:

- 18.30 Uhr, Musikakademie, Vortragssaal: Akademie für Musik u.d.K.: Gastvortrag Dr. Zofia Lissa, Warschau "Über das Wesen des Zitats in der Musik"
- 19.30 Uhr, Musikverein, Großer Saal: Musikalische Jugend Österreichs: 1. Konzert im Zyklus I B; Wiener Barockensemble, Wiener Jeunesse-Chor, Dirigent Theodor Guschlbauer (Bach: Orchestersuite C-dur, Kantate Nr. 50 und Magnificat; Vivaldi: Concerto d-moll)
- 19.30 Uhr, Musikverein, Brahmssaal: Sonatenabend Isolde Ahlgrimm, Cembalo - Hans Maria Kneihls, Blockflöte (Sonaten von G. Fr. Händel)
- 19.30 Uhr, Konzerthaus, Großer Saal: Musikalische Jugend Österreichs: 1. Konzert im Zyklus V; Das Hessische Rundfunkorchester, Dirigent Dean Dixon (Beethoven: 5. Symphonie c-moll op. 67; Blacher: Paganini-Variationen; R. Strauss: "Till Eulenspiegel")

Mittwoch, 20. Oktober:

- 19.30 Uhr, Musikverein, Großer Saal: Musikalische Jugend Österreichs: 1. Konzert im Zyklus X; Wiener Barockensemble, Wiener Jeunesse-Chor, Dirigent Theodor Guschlbauer (Bach, Vivaldi); Wiederholung vom 19. Oktober
- 19.30 Uhr, Musikverein, Brahmssaal: Gesellschaft der Musikfreunde: 1. Konzert des Musikvereinsquartetts (Mozart: Jagdquartett B-dur KV 458; Haydn: Lerchenquartett D-dur op. 64/5; Beethoven: Streichquartett F-dur op. 59/1)

- 19.30 Uhr, Konzerthaus, Großer Saal: Musikalische Jugend Österreichs: 1. Konzert im Zyklus II (Voraufführung des 1. Konzertes im Zyklus I der KHG); Das Große Polnische Rundfunkorchester, Wanda Wilkomirska (Violine), Dirigent Jan Krenz (R. Strauss, Mozart, Tschaikowsky)
- 19.30 Uhr, Collegium, Hungaricum, 2, Hollandstraße 4: Collegium Hungaricum: Konzert der Freisträger der 8. Internationalen Musikwettbewerbe 1965 in Budapest; Julia Hamari (Gesang), Tibor Dittrich (Klarinette), am Flügel Emmi Verasdy
- 19.30 Uhr, Nationalbibliothek, Vortragssaal: Österreichische Gesellschaft für Musik: Vortrag Professor Zofia Lissa, Universität Warschau "Musik in Polen heute"

Donnerstag, 21. Oktober:

- 18.30 Uhr, Musikakademie, Vortragssaal: Akademie für Musik u.d.K.: Vortragsabend der Violinklasse Eduard Melkus (Werke von Brahms)
- 19.30 Uhr, Musikverein, Brahmssaal: Gesellschaft der Musikfreunde: 1. Abonnement-Liederabend Hans Hotter, am Flügel Alexander Jenner (Schubert, Loewe)
- 19.30 Uhr, Konzerthaus, Großer Saal: Wiener Konzerthausgesellschaft: 1. Konzert im Zyklus I; Das Große Polnische Rundfunkorchester, Wanda Wilkomirska (Violine), Dirigent Jan Krenz (R. Strauss: "Metamorphosen" für Streicher; Mozart: Violinkonzert A-dur KV 219; Tschaikowsky: 4. Symphonie f-moll op. 36)

Freitag, 22. Oktober:

- 18.30 Uhr, Musikakademie, Vortragssaal: Akademie für Musik u.d.K.: Vortrag Franz Eibner "Schumanns 'Träumerei' in der Deutung von Hans Pfitzner, Alban Berg und Heinrich Schenker"
- 19.30 Uhr, Musikverein, Großer Saal: Klavierabend Paul Badura-Skoda (Mozart, Beethoven, Ravel, Bartók, Chopin)
- 19.30 Uhr, Musikverein, Brahmssaal: Gesellschaft der Musikfreunde: Wiederholung des 1. Konzertes des Musikvereinsquartetts (Mozart, Haydn, Beethoven)
- 19.30 Uhr, Konzerthaus, Großer Saal: Wiener Konzerthausgesellschaft - Radio Wien: 1. Konzert im Zyklus II der KHG - 1. Konzert im Zyklus I von Radio Wien - 1. Konzert im Zyklus VII der Musikalischen Jugend; Das Große Polnische Rundfunkorchester, Wanda Wilkomirska (Violine), Dirigent Jan Krenz (Lutoslawski: Drei Postludien; Baird: "Espressioni Varianti" für Violine und Orchester; Serocki; Sinfonische Fresken; Penderecki "Threnos"; Bach-Krenz: Polyphonische Suite)

Samstag, 23. Oktober:

- 15.30 Uhr, Musikverein, Großer Saal: Wiener Philharmoniker:
1. Abonnementkonzert, Dirigent Georg Solti
(Wagner: Siegfried-Idyll: Bruckner: 7. Symphonie
E-dur)
- 19.30 Uhr, Musikverein, Brahmssaal: Österreichischer Gewerk-
schaftsbund: Wiederholung des 1. Konzertes des
Musikvereinsquartettes der GdM (Mozart, Haydn,
Beethoven)

Sonntag, 24. Oktober:

- 11.00 Uhr, Musikverein, Großer Saal: Wiener Philharmoniker:
Wiederholung des 1. Abonnementkonzertes, Dirigent
Georg Solti (Wagner, Bruckner)
- 19.30 Uhr, Musikverein, Großer Saal: Wiener Kulturgesellschaft
1. Abonnementkonzert; Orchester der Wiener Kultur-
gesellschaft, Luise Drøyer-Zeidler (Harfe), Dirigent
Santi di Stefano (Rossini: Ouverture zu "Signor
Bruscino"; Gliere: Harfenkonzert; Schumann: 4. Sym-
phonie)
- 19.30 Uhr, Musikverein, Brahmssaal: Liederabend Tugomir Franc,
am Flügel Dr. Erik Werba (Altitalienische Arien,
Schubert, Wolf, R. Strauss)

- - -

Rundfahrten "Neues Wien"

=====

14. Oktober (RK) Samstag, den 16. Oktober, Route 3,
mit Albertina-Passage, Historischem Museum der Stadt Wien,
Schweizer-Park mit Museum des 20. Jahrhunderts, Laaer Berg,
mit Aufforstung und Bad und Volkspark, Per Albin Hansson-Siedlung,
Schule Wienerfeld-West, Einfahrt der Südbahn, Sportanlage
Nothnagelplatz und Volksheim Arthaberplatz sowie sonstigen
städtischen Anlagen und Einrichtungen. Abfahrt vom Rathaus,
1, Lichtenfelsgasse 2, um 13.00 Uhr.

- - -

30 Jahre Wintersport-Unfalldienst im Wienerwald
=====

14. Oktober (RK) Übermorgen, Samstag, den 16. Oktober, findet um 17 Uhr im Festsaal der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten, 9, Maria Theresien-Straße 11, eine Jubiläumsfeier der Arbeitsgemeinschaft für den Wintersport-Unfalldienst in Wien statt. Die Arbeitsgemeinschaft, in der der Arbeiter-Samariterbund, der Bergrettungsdienst, das Rote Kreuz und der Sportbeirat des Kulturamtes der Stadt Wien zusammenwirken, kann heuer auf 30 Arbeitsjahre im Dienste der wintersporttreibenden Wiener zurückblicken.

Bürgermeister Marek wird zu diesem Anlaß die Festrede halten und dem langjährigen Leiter des Wintersport-Unfalldienstes, Alfred Hudec, das Silberne Ehrenzeichen überreichen, das diesem vom Bundespräsidenten verliehen wurde.

An der Feier wirkt auch ein Streichquartett der Polizeimusik Wien mit.

Geehrte Redaktion!

Sie sind herzlich eingeladen, zu der Jubiläumsfeier der Arbeitsgemeinschaft für den Wiener Wintersport-Unfalldienst am Samstag, dem 16. Oktober, um 17 Uhr im Festsaal, 9, Maria Theresien-Straße 11, Berichterstatter und Fotoreporter zu entsenden.

- - -

Geehrte Redaktion!
=====

Wir erinnern daran, daß morgen Freitag, den 15. Oktober, um 11 Uhr eine Presseführung durch das neue Studentenheim der Wirtschaftshilfe der Studenten Oberösterreichs im 7. Bezirk, Hermannsgasse 2 a, stattfindet. Das Studentenheim wurde auf einem Baurechtsgrund der Wiener Stadtverwaltung zum größten Teil mit Mitteln aus der Wohnbauförderung der Stadt Wien errichtet.

Sie sind herzlich eingeladen, Berichterstatter und Fotoreporter zu dieser Presseführung zu entsenden. Die offizielle Eröffnung findet am gleichen Tag um 16 Uhr statt.

- - -

Die letzte Fuhr ist gefahren
=====

Sperrmüllaktion beendet - Stadtrat Pfoch war "im Bild"

14. Oktober (RK) "Im Bild" war der Amtsführende Stadtrat für Öffentliche Einrichtungen Pfoch, als er für die zahlreich erschienenen Fotografen das letzte Stück Gerümpel mit kühnem Schwung auf den bereitstehenden Lastwagen warf: einen großen vergoldeten Bilderrahmen, der zusammen mit alten Kinderwagen, Tornistern, Rodeln, Matratzen und anderem Kellerkram auf dem riesigen Haufen vor einem Haus in Döbling gelegen war. Mit dieser bildhaften Handlung des Stadtrates war die Entrümpelungsaktion in Wien offiziell abgeschlossen. Unmittelbar danach walteten die Straßenkehrer ihres Amtes, um auch die letzten Spuren des Abfallhaufens zu beseitigen.

Stadtrat Pfoch dankte den Bediensteten der Stadtreinigung für ihre wichtige Arbeit, durch die sie Wien gerümpelfrei gemacht haben. Er hob besonders hervor, daß oft bis spät in die Nacht hinein die Lastwagen fahren, um all den alten Kram fortzuführen. Nun gilt es weiterhin dafür zu sorgen, daß Wien eine saubere Stadt bleibt. Die Stadtreinigung steht hier vor einer täglichen großen Aufgabe. 2.000 Kilometer Straßen sind in Wien zu reinigen, 100 Millionen Schilling gibt die Stadtverwaltung jährlich dafür aus, 600 Bedienstete sind - besonders im Winter - mit dieser schweren Arbeit beschäftigt. An die Wiener Bevölkerung appellierte der Stadtrat in diesem Zusammenhang, dem Personal der Stadtreinigung diese schwere Arbeit zu erleichtern und mitzuhelfen, daß unsere Straßen möglichst sauber bleiben.

- - -

Egn. Marek besichtigte Renovierungsarbeiten im Rathauskeller
=====

14. Oktober (RK) Heute vormittag überzeugte sich Bürgermeister Marek in Begleitung von Baustadtrat Heller von den Fortschritten der Renovierungsarbeiten im Rathauskeller. Von den Beamten des Beschaffungsamtes wurden dem Bürgermeister verschiedene Musterstücke für das in Aussicht genommene Mobiliar gezeigt. Er äußerte sich anerkennend über die sehr sorgfältig vorgenommene Restaurierungen und gab selbst Anregungen für verschiedene Details.

Das traditionelle Restaurant "Wiener Rathauskeller" wird voraussichtlich am 1. Februar 1966 in neuem Glanze wiedereröffnet werden.

- - -

Rindernachmarkt vom 14. Oktober
=====

14. Oktober (RK) Unverkauft vom Vormarkt: 0. Neuzufuhren Inland: 3 Ochsen, 10 Stiere, 29 Kühe, 12 Kalbinnen, Summe 54. Verkauft wurde alles. Hauptmarktpreise.

Schweinenachmarkt vom 14. Oktober
=====

14. Oktober (RK) Neuzufuhren Inland: 191, Polen 319, Bulgarien 50, Gesamtauftrieb 560. Verkauft wurde alles. Auslandsschlachthof: 12 Stück zu 13 Schilling, 70 Stück (unverkauft vom Vormarkt) verkauft zu 14,70, polnische Schweine: 13,50 bis 15,30 Schilling, bulgarische Schweine: 13,50 Schilling. Marktverkehr ruhig.

- - -

Pferdenachmarkt vom 14. Oktober
=====

14. Oktober (RK) Inland kein Auftrieb. Auslandsschlachthof: Unverkauft vom Vormarkt 11 Stück aus der UdSSR, verkauft zu 8 bis 9 Schilling, 224 Eseln aus der UdSSR, verkauft 23 Stück zu 7 bis 7,50 Schilling, unverkauft 201 Stück.

- - -

Polnische Parlamentsdelegation auf dem Kahlenberg
=====

14. Oktober (RK) Gegenwärtig hält sich eine zehnköpfige polnische Parlamentsdelegation unter der Führung von Sejmmarschall Czeslaw Wycech, dem Präsidenten des polnischen Parlaments (Sejm), zu einem Freundschaftsbesuch in Österreich auf. Bürgermeister Bruno Marek gab heute mittag im Restaurant auf dem Kahlenberg einen Empfang für die Delegation, die heute in Wien eingetroffen ist. Neben dem Bürgermeister nahmen seitens des Wiener Stadt- senats auch die Stadträte Bock und Pfoch sowie der "designierte" Stadtrat Gemeinderat Dr. Maria Schaumayer an dem Empfang teil. Ferner waren Nationalratspräsident Dr. Maleta, der Dritte Präsi- dent des Wiener Landtages, Helene Potetz, und Nationalratsabge- ordnete Rosa Jochmann erschienen. In Begleitung der polnischen Delegation befand sich der polnische Botschafter in Wien, Roszak.

Bürgermeister Marek hieß die Gäste herzlich willkommen und wies auf die traditionellen freundschaftlichen Beziehungen zwischen Polen und Österreich hin. Er erinnerte daran, daß der Kahlenberg in diesem Zusammenhang historischer Boden sei, denn hier hatte der Polenkönig Sobieski während der zweiten Türken- belagerung im Jahr 1683 sein Entsatzheer gesammelt, um Wien zu befreien. Die freundschaftlichen Beziehungen seien jedoch nicht nur in der Vergangenheit begründet, sondern auch im gemeinsamen Leid, das die beiden Länder während des zweiten Weltkrieges er- litten haben. Österreich war das erste Land, Polen das dritte, das von Hitler überfallen wurde. Beide Länder haben die Schrecken dieser grausamen Zeit kennengelernt, und beide Länder wurden nach dem Krieg von demokratischen Kräften wiederaufgebaut.

Der Bürgermeister wünschte den Gästen sodann einen ange- nehmen Aufenthalt in unserer Stadt und überreichte Sejmmarschall Wycech einen Abdruck des ältesten erhaltenen Stadtsiegels von Wien. Den polnischen Abgeordneten wurden Wien-Bücher zur Erinnerung überreicht.

Sejmmarschall Czeslaw Wycech dankte für den herzlichen Empfang und betonte gleichfalls die traditionellen Freundschafts- beziehungen zwischen den Völkern Polens und Österreichs, die nicht

nur in die weite Vergangenheit zurückreichen, sondern auch im 19. und 20. Jahrhundert wurzeln. Es sei für die polnische Delegation eine besondere Ehre, mit dem Bürgermeister und den Vertretern des Stadtsenates von Wien zusammenzutreffen. Diese Stadt, so sagte der polnische Parlamentspräsident, habe Werke der Musik, der Kunst, der Wissenschaften und der Architektur hervorgebracht, die nicht nur Kulturgut Österreichs sind, sondern Kulturgut der gesamten Menschheit. "Im Namen der Volksvertretung Polens möchte ich Ihnen meine Anerkennung für all das Schöne und Gute, das in Wien geschaffen wurde, ausdrücken", schloß der Sejmmarschall seine Rede.

Am Nachmittag nahmen die Gäste an einer Rundfahrt durch das Neue Wien teil. Sie besichtigten dabei unter anderem das Internationale Studentenheim in Döbling, die Assanierung Alt-Ottakring, die Müllverbrennungsanlage am Flötzersteig, die Stadthalle sowie mehrere Wohnhausanlagen, Kindergärten und Verkehrsbauwerke.

- - -

Rathaus-Empfang anlässlich des Österreichischen Richtertages

=====

14. Oktober (RK) Vom 14. bis 16. Oktober findet in der Wiener Universität der Österreichische Richtertag 1965 zusammen mit der Tagung des Zentralrates der internationalen Vereinigung der Richter statt. Heute früh wurde im Auditorium maximum die festliche Eröffnungssitzung abgehalten. Am Nachmittag fand die erste von zwei Forumdiskussionen statt, die dem Thema "Rechtsprechung und Öffentlichkeit" gewidmet war. In der zweiten Diskussion wird morgen über "Recht und Richter im Astronautenzeitalter" gesprochen werden. Ferner werden in vier Arbeitskreisen Besoldungsprobleme der Richter, die Rechtsstellung des unehelichen Kindes, die Reform des Strafverfahrens und die Neuordnung der Sozialgerichtsbarkeit erörtert. Dem Zentralrat der internationalen Vereinigung der Richter, der 1953 in Salzburg gegründet wurde, gehören derzeit Richtervereinigungen von 14 Staaten an.

Die Stadt Wien gab heute abend im Festsaal des Rathauses für die Teilnehmer an diesen beiden Veranstaltungen einen Empfang, an dem Bürgermeister Marek, die Stadträte Heller und Dr. Prutscher sowie der "designierte" Stadtrat Gemeinderat Dr. Maria Schaumayer teilnahmen. Bürgermeister Marek hieß die Gäste, unter ihnen Justizminister Dr. Broda, herzlich willkommen und wünschte ihrer Veranstaltung einen erfolgreichen Verlauf.

Rathaus - Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Freitag, 15. Oktober 1965

Blatt 2681

Donnerstag, 21. Oktober:

Wiens modernstes Schulgebäude wird eröffnet
=====

15. Oktober (RK) Am Donnerstag, dem 21. Oktober, um 9 Uhr, wird Wiens modernste Schule, das 3. Zentralberufsschulgebäude, 12, Längenfeldgasse 13-15, durch Bürgermeister Bruno Marek offiziell seiner Bestimmung übergeben. Die Eröffnungsfeier findet im Festsaal der neuen Schule statt. Zu dem Anlaß werden außer Bürgermeister Bruno Marek auch Stadtrat Hans Mandl und Stadtschulratspräsident Nationalratsabgeordneter Dr. Max Neugebauer das Wort ergreifen. Ein gemischter Chor der Fachschule der Stadt Wien für Kleidermacher wird die Feierstunde umrahmen.

Der Gebäudekomplex steht auf einem 27.500 Quadratmeter großen Gelände zwischen Längenfeldgasse, Malfattgasse und Steinbauergasse, von dem 5.800 Quadratmeter verbaut wurden. Die Anlage, die rund 100 Millionen Schilling kostete, gruppiert sich um einen großen, gärtnerisch ausgestalteten Pausenhof und umfaßt einen Klassentrakt, einen Saaltrakt und einen Verwaltungstrakt mit Dienstwohnungen. Die einzelnen Objekte sind miteinander durch einen offenen Wandelgang verbunden. Den Schülern steht außerdem ein großer Sportplatz zur Verfügung.

Die Schule wird die zentrale Ausbildungsstätte für alle textilverarbeitenden Berufe sein. Insgesamt werden sechs verschiedene Berufsschulen in dem Gebäude eine neue Heimstatt finden. Den Lehrlingen werden 25 Klassenräume für den theoretischen Unterricht und 17 Lehrwerkstätten - alle mit den modernsten technischen Einrichtungen versehen - zur Verfügung stehen.

Geehrte Redaktion!

Sie sind herzlich eingeladen, zu der Eröffnungsfeier des 3. Zentralberufsschulgebäudes, 12, Längenfeldgasse 13-15, am Donnerstag, dem 21. Oktober, um 9 Uhr, Berichterstatter und Foto-reporter zu entsenden.

- - -

In den letzten Jahren:

Kapazität der I. Hochquellenleitung fast verdoppelt
=====

Auch heuer wieder Ausbesserungsarbeiten durchgeführt

15. Oktober (RK) Neben der Vorbereitung und Durchführung der Großprojekte für die Wiener Wasserversorgung haben sich die städtischen Wasserwerke auch ständig um Detailverbesserungen bemüht. Zusammengenommen ergeben diese "kleinen" Maßnahmen allerdings eine beträchtliche Leistungssteigerung. So wurde die Kapazität der I. Hochquellenleitung in den letzten Jahren fast um das Doppelte erhöht, wie der Amtsführende Stadtrat für die Öffentlichen Einrichtungen, Pfoch, heute einem Vertreter der "Rathaus-Korrespondenz" mitteilte.

Diese 1870 bis 1873 gebaute Wasserleitung war seinerzeit bei einer projektierten Durchflußmenge von 56.000 Kubikmeter täglich vorsorglich für 112.000 Kubikmeter ausgebaut worden. Heute können durch die I. Hochquellenleitung bereits bis zu 200.000 Kubikmeter Wasser pro Tag nach Wien gebracht werden. Diese Höchstdurchflußmenge steht allerdings natürlich nur in günstigen Zeiten zur Verfügung. Entlang der Strecke der Wasserleitung haben die Wasserwerke mit insgesamt 29 Gemeinden Verträge abgeschlossen, die ihr überschüssiges Wasser der Wiener Leitung zur Verfügung stellen. Die Wiener Wasserwerke sind jedoch auch mit dieser Leistungssteigerung noch nicht zufrieden. Sie wollen die Kapazität der I. Hochquellenleitung in den nächsten Jahren weiter erhöhen, und zwar auf insgesamt 230.000 Kubikmeter. Damit wird vorgesorgt, daß auch das Wasser aus den "Sieben Quellen" restlos nach Wien geleitet werden kann.

Eine weitere ständige Aufgabe der Wasserwerke stellt die Instandhaltung der Leitungen und des Rohrnetzes dar. So wurde in den letzten Jahren das Wiener Rohrnetz um 360 Kilometer erweitert und 320 Kilometer Rohre ausgewechselt und durch solche mit größerem Durchmesser ersetzt. Das heißt, daß fast ein Drittel des 2.300 Kilometer langen Verteilungsnetzes der Wasserwerke erneuert wurde.

Auch gegenwärtig sind wieder Instandsetzungsarbeiten im Gange, und zwar an der I. Hochquellenleitung. Mit der "Abkehr"

wurde gestern begonnen. Die "Abkehr" hat nichts mit einer Reinigung der Rohrleitungen zu tun; mit diesem Fachausdruck ist vielmehr gemeint, daß das Wasser abgeleitet wird. In Tag- und Nachtschichten wird an acht Baustellen entlang der Strecke der Rohrkanal ausgebessert. Nach einem genauen Zeitplan werden die schadhafte Gewölbestellen aufgestemmt und mit Torkret-Beton frisch abgedichtet. Heute um Mitternacht werden die Arbeiten abgeschlossen sein.

Seit gestern haben wir also auf die Zuflüsse aus der I. Hochquellenleitung verzichten müssen, doch war die Wiener Wasserversorgung dadurch nicht beeinträchtigt.

An der Baustelle des Aquäduktes in Mauer überzeugte sich Stadtrat Pfoch heute von dem guten Fortgang der Ausbesserungsarbeiten. Er sprach den Arbeitern seine Anerkennung für ihre rasche Arbeit aus, die wesentlich dazu beiträgt, die Ausbesserungszeit und damit die Wasserverluste so gering wie nur möglich zu halten.

- - -

"Die Auswirkung der Schulerneuerung auf den Nachwuchs in der Wirtschaft"
=====

Vortrag von Stadtschulratspräsident Dr. Neugebauer

15. Oktober (RK) Im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft der Österreichischen Gemeinwirtschaft hält am Dienstag, dem 19. Oktober, um 15.30 Uhr, der Präsident des Stadtschulrates für Wien, Nationalratsabgeordneter Dr. Max Neugebauer, im Festsaal der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien, 3, Vordere Zollamtsstraße 13, 6. Stock, einen Vortrag über das Thema "Die Auswirkung der Schulerneuerung auf den Nachwuchs in der Wirtschaft".

- - -

Sonntag vormittag:

Ständchen auf dem Rathausplatz

=====

15. Oktober (RK) Sonntag vormittag um 11.15 Uhr wird eine Blasmusikkapelle aus Bad Leonfelden im Mühlviertel Bürgermeister Marek ein Ständchen bringen und ein Platzkonzert geben. Der Musikverein Bad Leonfelden kommt anlässlich des 80jährigen Bestandsjubiläums des "Vereines der Oberösterreicher in Wien" in die Bundeshauptstadt.

Die Kapelle gibt am Samstag, dem 16. Oktober, von 19.30 bis 22.30 Uhr ein Festkonzert in den Sälen des Restaurants "Grünes Tor" und bringt am Sonntag früh in der Piaristenkirche die "Leonfelder Messe" von Pauspertl zur Auf-führung.

In Vertretung von Bürgermeister Marek wird Stadtrat Pfoch die oberösterreichischen Gäste auf dem Rathausplatz willkommenheißen.

- - -

Evangelische Theologen im Rathaus

=====

15. Oktober (RK) Heute vormittag empfing Vizebürgermeister Dr. Drimmel eine Gruppe evangelischer Theologen aus dem Predigerseminar im Kloster Loccum bei Hannover. Die Hörer dieser Institution, die als Elite des theologischen Nachwuchses der Evangelischen Kirche in Deutschland gelten, wurden von Vizebürgermeister Dr. Drimmel in einem längeren Round-table-Gespräch mit den kirchenpolitischen Grundsätzen, sowie den politischen und kulturellen Problemen Österreichs und seiner Bundeshauptstadt eingehend bekanntgemacht. Zur Erinnerung an ihren Besuch im Rathaus erhielten sie Bildbände über Wien.

- - -

Rathaus - Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWÖRTLICH: WILHELM ADAMETZ

Samstag, 16. Oktober 1965

Blatt 2685

Die Radiorede des Bürgermeisters

=====

16. Oktober (RK) In der Sendereihe "Wiener Probleme" von Radio Wien diskutieren morgen Sonntag, den 17. Oktober, um 19.45 Uhr im Ersten Programm Bürgermeister Bruno Marek, Magistratsdirektor Dr. Rudolf Ertl und der Leiter des Rundfunkressorts "Politik und Wirtschaft", Dr. Wolfgang Gerle über die bevorstehende Novellierung der Wiener Stadtverfassung.

- - -

Gesperret bis Sonntag, 17. Oktober, 20 Uhr!

Bürgermeister Bruno Marek:

Die Gemeindeordnung geht jeden an

=====

Ein Rundfunkgespräch über die geplante Novellierung der Wiener Stadtverfassung

16. Oktober (RK) In der Sendereihe "Wiener Probleme" von Radio Wien am Sonntag, dem 17. Oktober, diskutierten Bürgermeister Bruno Marek, Magistratsdirektor Dr. Rudolf Ertl und Dr. Wolfgang Gerle vom Österreichischen Rundfunk über die geplante Novellierung der Wiener Stadtverfassung.

Dr. Gerle: Im Rathaus beschäftigt man sich derzeit mit einer Änderung der Wiener Stadtverfassung. Da dies für uns alle von Bedeutung ist, mag es von allgemeinem Interesse sein, was Herr Bürgermeister Bruno Marek und Herr Magistratsdirektor Dr. Ertl dazu sagen. - Sehr geehrter Herr Bürgermeister, was haben wir denn überhaupt unter der "Stadtverfassung" zu verstehen?

./.

Bgm. Marek: Die Stadtverfassung ist das Grundgesetz der Gemeinde und des Bundeslandes Wien. Nach unserer Bundesverfassung ist Wien nämlich nicht nur eine Gemeinde, sondern auch ein Bundesland ...

Dr. Gerle: ... also etwa wie Kärnten oder Oberösterreich?

Bgm. Marek: Richtig, und daher sind nicht nur der Wirkungsbereich der Gemeinde Wien und deren Organe gesetzlich zu regeln, sondern auch die Aufgaben des Landes, also die Landesgesetzgebung und die Landesverwaltung. Ich glaube, es ist ja jedermann bekannt, daß der Gemeinderat der Stadt Wien zugleich auch der Landtag von Wien ist, der Stadtsenat zugleich die Landesregierung und der Bürgermeister zugleich auch Landeshauptmann.

Dr. Gerle: Unsere Wiener Verfassung enthält also einerseits Teile, die sich auf die Gemeinde und andererseits Teile, die sich auf das Land beziehen.

Bgm. Marek: Ja, die Wiener Verfassung gliedert sich in zwei Hauptstücke: im ersten finden wir jene Vorschriften, die die Gemeinde Wien betreffen, während im zweiten Hauptstück die Landesverfassung enthalten ist. Hier wird zum Beispiel geregelt, wie ein Landesgesetz entsteht und welche Aufgaben die Landesbehörden zu erfüllen haben. Das gesamte Gesetzeswerk bezeichnet man, wie schon gesagt, als Stadtverfassung.

Dr. Gerle: Welche Bestimmungen der Stadtverfassung sollen nun geändert werden?

Bgm. Marek: Die geplante Änderung bezieht sich nur auf das Erste Hauptstück der Stadtverfassung, also auf die Bestimmungen über die Gemeinde Wien. Das Zweite Hauptstück - Wien als Land - erfährt keine Änderung.

Dr. Gerle: Wieso ist es denn überhaupt notwendig, die Bestimmungen der Gemeindeordnung zu ändern?

Bgm. Marek: Der Grund für diese Änderung ist in einer Maßnahme des Bundesgesetzgebers zu sehen. - Übrigens, Herr Magistratsdirektor Dr. Ertl, das ist doch Ihr Spezialgebiet; darf ich Sie bitten unsere Hörer zu informieren.

Magistratsdirektor Dr. Ertl: Gerne, Herr Bürgermeister! Bereits im Jahre 1962 hat das Parlament dem österreichischen Gemeinde-recht eine neue verfassungsrechtliche Grundlage gegeben. Es bestand nämlich seit fast einem Jahrhundert praktisch nur ein verfassungsrechtliches Provisorium auf dem Gebiet des Gemeinde-rechtes. Erst vor drei Jahren wurde dafür eine klare und definitive Verfassungsgrundlage erarbeitet. Zugleich hat der Bundesverfassungs-Gesetzgeber die Länder beauftragt, bis zum Ende des Jahres 1965 die neuen verfassungsrechtlichen Grund-lagen in die Tat umzusetzen.

Bgm. Marek: Mit anderen Worten: die Landtage müssen bis Ende 1965 das Gemeinderecht dem neuen Bundesverfassungsrecht anpassen.

Dr. Gerle: Es muß also in jedem Bundesland geprüft werden, welche Änderungen des bestehenden Gemeinderechtes notwendig sind, um dem Willen des Nationalrates Rechnung zu tragen.

Bgm. Marek: So ist es, dieses Problem besteht also nicht allein für Wien.

Dr. Gerle: Herr Magistratsdirektor Dr. Ertl, ist das neue Verfassungsrecht aus dem Jahre 1962 zur Gänze auf Wien anwend-bar?

Dr. Ertl: Zum größten Teil bezieht sich das neue Gemeinde-Verfassungsrecht auch auf Wien, aber es gibt einige verfassungs-rechtliche Bestimmungen, die für Wien außer Betracht bleiben können. Ich denke da an die Beaufsichtigung der Gemeinden durch die staatlichen Behörden. Diese Bestimmungen sind für unsere Stadt ohne Bedeutung, weil ja Wien, wie schon der Herr Bürger-meister ausgeführt hat, nicht nur eine Gemeinde, sondern auch ein Bundesland ist.

Dr. Gerle: Ist es richtig, daß dieses neue Gemeindeverfasungs-recht in Zusammenarbeit mit den Gemeinden entstanden ist?

Dr. Ertl: Die Initiative ist vom Österreichischen Städtebund ausgegangen, der dann gemeinsam mit dem Österreichischen Gemeinde-bund maßgebenden Einfluß auf die Ausarbeitung des Verfassungs-gesetzes genommen hat. Nach der Verabschiedung des neuen Gemeinde-verfassungsrechtes im Jahre 1962 wurden von den beiden Gemeinde-verbänden Musterentwürfe für die diesbezügliche Gesetzgebung der Landtage zur Verfügung gestellt.

Dr. Gerle: Ist mit dem neuen Gemeindeverfassungsrecht nicht auch die Absicht verbunden, das österreichische Gemeinde-recht soweit als möglich zu vereinheitlichen?

Dr. Ertl: Das ist richtig. Wir sehen darin einen wert-vollen Beitrag zur Verwaltungsvereinfachung.

Dr. Gerle: Herr Bürgermeister, welche Bestimmungen der Stadtverfassung sollen nun geändert werden?

Bgm. Marek: Vor allem die über den Wirkungsbereich der Gemeinde, weil diese Angelegenheit durch das neue Verfassungs-recht neu geregelt wurde. Es wird nämlich alles in den Wirkungs-bereich der Gemeinde verwiesen, was von örtlicher Bedeutung ist und am einfachsten von der lokalen Gemeinschaft besorgt werden kann. Diese verfassungsrechtliche Regelung gewährleistet auch, daß die staatlichen Behörden nicht unnötig in das Eigenleben der Gemeinden eingreifen. Es müssen aber nicht nur die Be-stimmungen über den Aufgabenbereich der Gemeinde geändert werden, auch die Organisation der Gemeinde selbst ist dem neuen Gemeindeverfassungsrecht anzupassen.

Dr. Gerle: Eine strukturelle Änderung der staatsrechtlichen Stellung der Gemeinde ist damit aber nicht verbunden?

Bgm. Marek: Nein, es wurde die Rechtskontinuität gewahrt und es kann daher die Anpassung an das neue Verfassungsrecht ohne tiefgreifende Änderung der Stadtverfassung vorgenommen werden.

Dr. Gerle: Herr Magistratsdirektor, wird die wirtschaft-liche Tätigkeit der Gemeinde durch das neue Verfassungsrecht irgendwie betroffen?

Dr. Ertl: Es sind einige organisatorische Änderungen not-wendig, weil durch die Bundesverfassung neue Bestimmungen über die Einheitlichkeit der Geschäftsführung der Gemeinde getroffen wurden. Dabei wird es sich keineswegs um eine Neuregelung handeln, die eine wesentliche Veränderung der derzeitigen Situation mit sich bringt. Auch für das Kontrollamt der Stadt Wien werden neue Vorschriften erlassen, jedoch möchte ich aus-drücklich darauf hinweisen, daß keineswegs eine Änderung des Aufgabenbereiches des Kontrollamtes beabsichtigt ist. Nach wie vor soll es so sein, daß dem Kontrollamt die Überprüfung der ge-samten Gebarung zusteht. Hierbei hat es sich aber nicht nur auf die Überprüfung der ziffernmäßigen Richtigkeit zu beschränken, sondern in diese Prüfung auch die Momente der Sparsamkeit, Wirt-schaftlichkeit und Zweckmäßigkeit einzubeziehen. ./.

Dr. Gerle: Ist es richtig, daß im Zusammenhang mit dem Voranschlag der Gemeinde der Gemeinderat verpflichtet werden soll, auch die Gemeindeabgaben und die Tarife zu überprüfen?

Dr. Ertl: Das ist richtig. Es handelt sich dabei ganz einfach darum, daß der Gemeinderat, wenn er die Ausgaben der Gemeinde bei der Beschlußfassung über das Budget festlegt, auch die Einnahmenseite und damit auch die Höhe der Abgaben und Tarife zu überprüfen hat. Dadurch wird einem wirtschaftlichen und finanzpolitischen Prinzip Rechnung getragen.

Dr. Gerle: Wenn ich Sie richtig verstehe, so sind also auch Änderungen vorgesehen, die nicht deshalb vorgenommen werden, weil dies durch die Bundesverfassung verlangt wird.

Bgm. Marek: Ja, wir schlagen die Änderung von Bestimmungen vor, die als veraltet anzusehen sind und wir verwerten dabei die Erfahrungen, die in der täglichen Praxis der Stadtverfassung gesammelt wurden.

Dr. Ertl: Wir haben uns auch mit der Frage der sogenannten Wertgrenzen beschäftigt. Dabei wird die Zuständigkeit der einzelnen Gemeindeorgane unter Berücksichtigung des Geldbetrages festgelegt, der für eine bestimmte Aufgabe notwendig ist. Diese Wertgrenzen wollen wir den heutigen Bedürfnissen anpassen und auch hiebei versuchen, die Verwaltung so einfach als möglich zu gestalten.

Dr. Gerle: Bei der Vorbereitung jedes Gesetzentwurfes holt man doch die Ansichten aller interessierten Stellen ein?

Dr. Ertl: Ja, Wir haben den Entwurf der Stadtverfassung dem Bundeskanzleramt, den maßgebenden Bundesministerien sowie den zuständigen Interessenvertretungen zur Stellungnahme übermittelt. Diese Stellungnahmen sind eingelangt, wir haben sie studiert und manche Vorschläge auch im Entwurf berücksichtigt. Wir sind bestrebt, einen Entwurf fertigzustellen, der den vorgebrachten Ansichten soweit als möglich Rechnung trägt.

Bgm. Marek: Über diesen Entwurf unserer Stadtverfassung werden nunmehr die politischen Verhandlungen fortgesetzt; das letzte, entscheidende Wort wird dann der Wiener Landtag sprechen.

Dr. Gerle: Haben Sie den Eindruck, Herr Bürgermeister, daß sich die befragten Stellen intensiv mit der geplanten Novellierung befassen?

Bgm. Marek: Meiner Meinung nach lassen die abgegebenen Stellungnahmen sehr deutlich das große Interesse an dem Gesetzentwurf erkennen und es wurde uns manch wertvoller Hinweis gegeben, für den wir dankbar sind. Denn gerade die gesetzgeberische Tätigkeit erfordert doch eine äußerst sorgfältige Vorbereitung, will man nicht Gefahr laufen, bald wieder novellieren zu müssen. Je gründlicher die Vorarbeiten für ein Gesetz sind, desto besser wird das Resultat sein.

Dr. Gerle: Herr Magistratsdirektor, besteht nicht die Gefahr, daß unsere Stadtverfassung durch die beabsichtigte Änderung etwas unübersichtlich wird?

Dr. Ertl: Diese Befürchtung hatten wir auch, deshalb wollen wir den Text der Stadtverfassung jedermann in übersichtlicher Form zugänglich machen, indem wir sie nämlich in ihrer geänderten Fassung im Landesgesetzblatt neu verlautbaren.

Dr. Gerle: Vermutlich werden im Zusammenhang mit der Novellierung der Wiener Stadtverfassung auch andere Rechtsvorschriften geändert werden müssen?

Bgm. Marek: Ja, zum Beispiel die Geschäftsordnungen des Gemeinderates und der anderen Gemeindeorgane. Weiters ist beabsichtigt, für die städtischen Unternehmungen ein neues Statut zu erlassen, das detaillierte Bestimmungen für die Gemeindeunternehmungen enthalten wird.

Dr. Gerle: Herr Bürgermeister, wann wird sich, Ihrer Meinung nach, der Wiener Landtag mit der Stadtverfassung beschäftigen können?

Bgm. Marek: Das wird voraussichtlich schon Ende Oktober der Fall sein, denn das Gesetz muß ja bis Jahresschluß in Kraft treten. Meine Damen und Herren, ich kann mir vorstellen, daß vielleicht einige von Ihnen unser heutiges Thema nicht sehr interessant fanden. Ich möchte Ihnen aber versichern, daß eine moderne und zweckentsprechende verfassungsrechtliche Grundlage für jede Gemeinde und auch für jeden einzelnen Gemeindebürger von großer Bedeutung ist. Sie werden jetzt sicher verstehen, warum wir uns diesmal mit diesem etwas schwierigen Thema beschäftigen.

Gesperrt bis 17 Uhr:

30 Jahre Wintersport-Unfalldienst im Wienerwald
=====

16. Oktober (RK) Heuer feiert die Arbeitsgemeinschaft für den Wintersport-Unfalldienst in Wien das 30. Jahr ihrer Tätigkeit. Aus diesem Anlaß fand heute nachmittag im Festsaal der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten, 9, Maria Theresien-Straße 11, eine Feierstunde statt, bei der Bürgermeister Bruno Marek die Festansprache hielt. Er führte aus:

"Ihre heutige Festversammlung gibt mir die willkommene Gelegenheit, die umfassende Tätigkeit des Wintersport-Unfalldienstes und die selbstlose Arbeit vieler ehrenamtlicher Mitarbeiter zu würdigen.

Die Entwicklung des Wintersportes in den Alpenländern machte auch vor der Bundeshauptstadt nicht halt und der Wienerwald zog bereits in den Jahren 1931 und 1932 viele tausende Wintersportler an. Es gab wohl bereits mehrere, von verschiedenen Organisationen aufgezogene Hilfsdienste für verunglückte Skiläufer, doch erwies es sich als notwendig, diese Unfalldienste zu koordinieren, wenn man einen möglichst großen Erfolg erzielen wollte. Die Sportstelle der Stadt Wien lud daher am 31. Jänner 1932 alle Organisationen, welche sich mit dem Problem des Rettungsdienstes im Wienerwald beschäftigten, ein, um die Möglichkeit der Zusammenfassung dieser Rettungsdienste zu einer gemeinsamen Organisation zu beraten. Es wäre eine sehr lange Liste, wenn ich nun alle jene Vereinigungen und Behördendienststellen aufzählen würde, welche an dieser Gründungsversammlung des Wintersport-Unfalldienstes teilnahmen. Alpine Vereine, Freiwillige Feuerwehren, Rettungsgesellschaften, Arbeiter-Samariterbund sowie Vertreter von Bundes- und Landesbehörden waren es, welche die Zusammenarbeit und Koordinierung des Rettungseinsatzes beschlossen und die Einsatzpläne ausarbeiteten. Der Zweck des Wintersport-Unfalldienstes war ja ein gut durchdachter und gut organisierter Einsatzplan für die freiwilligen Hilfskräfte, welcher einerseits Lücken und andererseits Doppelbesetzungen von Rettungsstellen vermeiden sollte. Aber nicht nur die Organisation des Einsatzes, sondern auch eine einheitliche Ausrüstung und Schulung der Helfer war das Ziel dieser neuen Arbeitsgemeinschaft.

Zunächst wurden 40 Sanitätsstationen eingerichtet, die auch den Streifendienst auf den Rodel- und Skiwiesen durchführten. Die immer steigende Zahl der Wintersportler im Wienerwald machte in den Folgejahren einen Ausbau des Wintersport-Unfalldienstes und eine Vermehrung der Rettungsstationen und der freiwilligen Hilfskräfte notwendig. Obwohl gerade in diesen Jahren die politischen Gegensätze der einzelnen Rettungsorganisationen sehr groß waren, hielt der Geist der selbstlosen Hilfe die Arbeitsgemeinschaft doch zusammen. Der zweite Weltkrieg setzte dann, wie so vielen anderen der Tätigkeit des Wintersport-Unfalldienstes ein Ende. Doch schon im Winter 1945/46 nahm die Arbeitsgemeinschaft wieder ihren Dienst der Menschlichkeit auf und besetzte mit 261 Helferinnen und Helfern wieder 12 Hilfsplätze. Im Jahre 1946 war es wieder die Sportstelle der Stadt Wien, die alle Rettungsorganisationen zur Mitarbeit im Wintersport-Unfalldienst aufrief. Jenen Frauen und Männern, welche in dieser schweren Zeit nach dem zweiten Weltkrieg unter den schwierigsten Verhältnissen ihre Freizeit wieder in den Dienst der Hilfe an den Mitmenschen stellten, will ich besonders danken.

Die Entwicklung, die der Skisport in den Jahren nach dem zweiten Weltkrieg nahm, war so gewaltig, daß der Vergleich mit anderen Sportarten schwer fällt. So erfreulich dies ist, bedeutete es für die Arbeitsgemeinschaft schier unüberwindliche Probleme. Die Ausrüstung war fast vollständig zerstört und nur sehr schwierig nachzuschaffen. Die notwendigen Geldmittel wurden zwar von der Stadtverwaltung laufend zur Verfügung gestellt, aber es fehlte an Materialien, welche auch mit Geld nicht leicht zu beschaffen waren. Aber so wie der Aufbau in unserem Lande fortschritt, entwickelte sich auch der Wintersport-Unfalldienst wieder zu einer Hilfsorganisation, ohne die viele verunglückte Skifahrer im Wienerwald große gesundheitliche Schäden davongetragen oder gar ihr Leben eingebüßt hätten. Die von den Verkehrsbetrieben seit langem gewährte Unterstützung durch kostenlose Beförderung der Rettungsgeräte wurde bald auch von der Post und den Bundesbahnen zugestanden.

Schrittweise wurden die einzelnen Rettungsstationen modernisiert, um den erhöhten Anforderungen gerecht werden zu können. So erhielten die großen Stationen neben den normalen Hilfsmitteln auch Geräte für die Schockbekämpfung, da sich herausgestellt hatte, daß ein Teil der tödlichen Unfälle nicht auf

die Verletzung, sondern auf den erlittenen Schock zurückzuführen war. Durch diesen Aufbau wurde die Arbeitsgemeinschaft zu einer Institution, ohne die der Wintersport im Wienerwald undenkbar wäre.

Wenn man in den Statistiken und Aufzeichnungen der Arbeitsgemeinschaft nachblättert, kann man feststellen, daß seit Bestehen dieses Unfalldienstes mehr als 15.000 Personen erste Hilfe geleistet wurde. Davon sind rund 4.000 Personen mit schweren Verletzungen in die Krankenhäuser eingeliefert worden. Was aus den Aufzeichnungen aber nicht hervorgeht, ist die Zahl jener Personen, welche durch die Hilfe des Wintersport-Unfalldienstes vor dauernden gesundheitlichen Schäden bewahrt oder denen vielleicht gar das Leben gerettet wurde. Allen Frauen und Männern, die ihre Freizeit in den Dienst der Hilfeleistung an Verunglückten stellen, versehen ihre Arbeit im Verborgenen. Wer von den vielen hunderttausend Skifahrern kennt diese Menschen, die bei entsprechender Schneelage an jedem Wochenende den Wienerwald durchstreifen, um Hilfe zu leisten, wo es notwendig ist?

Goldene Verdienstmedaille für Alfred Hudec

Es ist mir nicht möglich, jeden von ihnen einzeln zu danken. Erlauben Sie mir daher, daß ich an Stelle aller den einen, der seit der Gründung der Arbeitsgemeinschaft darin führend tätig war, besonders hervorhebe: Es ist dies der langjährige Vorsitzende und nunmehrige Ehrenvorsitzende Ihrer Arbeitsgemeinschaft, Herr Alfred Hudec. Seine Leistungen sind in Ihrem Kreise so bekannt, daß ich sie wohl nicht mehr detaillieren muß. In Anerkennung seiner besonderen Verdienste wurde ihm bereits im Jahre 1963 von der Wiener Landesregierung die Medaille für das Feuerwehr- und Rettungswesen und im Jahre 1964 die Silberne Verdienstmedaille des Roten Kreuzes verliehen.

Neben seiner Tätigkeit im Wintersport-Unfalldienst hat Herr Hudec aber auch Großes im Lawinensuch- und Bergrettungsdienst geleistet. Im Laufe seiner Tätigkeit als freiwilliger und ehrenamtlicher Rettungsmann konnte er 1.659 Hilfeleistungen durchführen und 710 verletzte, 75 tote und 463 unverletzte Menschen im Gebirge bergen. Allein in den Jahren 1947 bis 1950 war es ihm mit seiner Lawinensuchhündin möglich, 15 durch Lawinen verschüttete Menschen zu retten. In Anerkennung dieser besonderen Verdienste hat der Herr Bundespräsident Herrn Hudec

das Goldene Verdienstzeichen der Republik Österreich verliehen und ich habe die große Freude, Ihnen, sehr geehrter Herr Hudec, diese hohe Auszeichnung im Namen des Herrn Bundespräsidenten zu überreichen. Nehmen Sie bitte diese Dekoration als Dank für Ihre langjährige uneigennützig und so erfolgreiche Tätigkeit im Dienste der Mitmenschen entgegen. Möge die Verleihung dieser hohen Auszeichnung an Sie aber auch der Ausdruck des Dankes an alle die vielen freiwilligen Helfer des Wintersport-Unfalldienstes sein."

Nach der Ansprache des Bürgermeisters überreichte der gegenwärtige Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft für den Wintersport-Unfalldienst, Ing. Paul Meihsl, den Ehrengästen, unter denen sich außer Bürgermeister Marek auch Vizebürgermeister Slavik und führende Funktionäre der in der Arbeitsgemeinschaft vertretenen Organisationen befanden, die neugeschaffene Ehrennadel der Institution. Das Abzeichen des Wintersport-Unfalldienstes in Wien zeigt das Wiener Stadtwappen, in das die Embleme des Arbeiter-Samariterbundes, des Bergrettungsdienstes und des Roten Kreuzes eingearbeitet sind. Die Feierstunde wurde von einem Streichquartett der Polizeimusik Wien musikalisch umrahmt.

- - -

Gesperrt bis 15 Uhr:

"Am Steuer 0,0 Promille"

=====

Sternfahrt des ARBÖ und AAB nach Wien

16. Oktober (RK) Heute nachmittag begrüßte Vizebürgermeister Felix Slavik in seiner Eigenschaft als Präsident des ARBÖ Wien die Teilnehmer der Sternfahrt "Am Steuer 0,0 Promille" auf dem Rathausplatz.

In seiner Ansprache sagte Vizebürgermeister Slavik, daß alle denkenden Menschen es nur begrüßen können, daß wir in einer Zeit der Vollbeschäftigung und der gesicherten Existenz leben, die uns die Möglichkeit gibt, unseren Lebensstandard systematisch zu erhöhen. Dazu gehört auch die Motorisierungswelle, die unser Land in einem kaum geahnten Ausmaß erfaßt hat und die wir weder ungeschehen machen, noch beklagen wollen. Daß diese Motorisierung auch Gefahren mit sich bringt, beweisen uns die täglichen Unfälle und Katastrophenmeldungen und die vielen Opfer des Straßenverkehrs.

Darum wird der gewissenhafte und verantwortungsbewußte Autofahrer alles tun, um jede Gefährdung der anderen Verkehrsteilnehmer, seiner Mitfahrer und schließlich auch seiner eigenen Gesundheit zu vermeiden. Leider hat der steigende Lebensstandard dazu geführt, daß mehr Alkohol konsumiert wird. Der Kampf gegen die Auswüchse des Alkoholismus ist ganz allgemein von großer Bedeutung, besonders aber für die Autofahrer. In den letzten vier Jahren hat die positive Wirkung der Straßenverkehrsordnung 1960 zusehends nachgelassen. Meist tritt die volle Strenge des Gesetzes erst dann in Kraft, wenn die Unfälle, die auf Alkohol-Beeinträchtigung zurückzuführen sind, bereits geschehen sind. Darum ist es besonders begrüßenswert, daß eine Gruppe verantwortungsbewußter Kraftfahrer das Hasardspiel um die 0,8 Promille-Grenze grundsätzlich ablehnt und allen Verkehrsteilnehmern durch absolute Nüchternheit am Steuer mit gutem Bei-

./.

spiel vorangeht. Die Verantwortung jedes Autofahrers ist so groß, daß man mit Fug und Recht verlangen kann, daß er am Volant im Vollbesitz seiner geistigen und physischen Kräfte ist. Hier hat die Aktion "Am Steuer 0,0 Promille" eine wertvolle Erziehungsarbeit zu leisten. Dem Arbeiter-Abstinentenbund (AAB) und dem Auto-Motor-Radfahrer-Bund Österreichs (ARBÖ), die diese Aktion ins Leben gerufen haben und zu ihrer Propagierung auch zugkräftige, gesellschaftliche Veranstaltungen durchführen, gebührt daher Dank und Anerkennung.

Abschließend wünschte Vizebürgermeister Slavik allen Teilnehmern an der Sternfahrt einen schönen Aufenthalt in Wien und eine glückliche Heimfahrt.

Die an der Sternfahrt beteiligten Kraftfahrzeuge trafen schon vormittag auf dem Rathausplatz ein, wo ihnen ein Erinnerungswirpel und ein Bildband über Wien überreicht wurde. Zahlreiche Kraftfahrer machten von der Möglichkeit Gebrauch, ihr Seh- und Reaktionsvermögen mit Hilfe der vom ARBÖ am Rathausplatz bereitgestellten Geräte testen zu lassen. Andere nahmen an einer Stadtrundfahrt durch das Neue Wien teil, zu der die Wiener Stadtverwaltung eingeladen hatte. Um 16 Uhr wurden die Teilnehmer im Festsaal 17, Rötzergasse 15, durch die Bundesminister Anton Proksch und Dr. Christian Broda sowie den Obmann des AAB, Medizinalrat Dr. Rot, begrüßt.

- - -

Rundfahrten "Neues Wien"

=====

16. Oktober (RK) Montag, den 18. Oktober, Route 4 mit Verkehrsbauwerk Schottentor mit Tiefgarage, Zentrale der Wasserwerke mit Vortrag über die Wasserversorgung Wiens, Ausbau des Mariahilfer Gürtels, Baustelle Matzleinsdorfer Gürtel, Krankenhaus Rudolfsstiftung, Assanierung Alt-Erdberg, Ausgestaltung der Donaukanalufer und Verkehrszentrum Landstraße sowie sonstigen städtischen Anlagen und Einrichtungen. Abfahrt vom Rathaus, 1, Lichtenfelsgasse 2, um 13.30 Uhr.

Dienstag, den 19. Oktober, Route 5 mit Planetarium, Hauptfeuerwache Leopoldstadt, Wohnhausanlage Vorgartenstraße mit Kindergarten und Markt, Marshallhof mit Kindergarten und Volksheim, Montagebaufabrik und Neubaugebiet Kagran, Pensionistenheim "Sonnenhof", Donaupark mit Donauturm, Nordeinfahrt, Nordbrücke und Gürtelbrücke sowie sonstigen städtischen Anlagen und Einrichtungen. Abfahrt vom Rathaus, 1, Lichtenfelsgasse 2, um 13.30 Uhr.

- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAQISTRAT DER STADT WIEN, MAQISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Montag, 18. Oktober 1965

Blatt 2698

Kommenden Sonntag, den 24. Oktober:

100 Jahrfeier der Wiener Großmarkthalle
=====

18. Oktober (RK) Die Wiener Großmarkthalle im 3. Bezirk, Vordere Zollamtsstraße 17, die seit 1962 eigentlich Fleischmarkthalle heißt, feiert heuer den 100. Jahrestag ihres Bestandes. Am 20. November 1865 wurde sie vom damaligen Bürgermeister Dr. Andreas Zelinka ihrer Bestimmung übergeben. Ihre wirtschaftliche Bedeutung ist nach wie vor außerordentlich groß. Das geht unter anderem aus folgenden Zahlen hervor: Der jährliche Fleischbedarf der Wiener Bevölkerung beläuft sich gegenwärtig auf rund 100 Millionen Kilogramm - in der Wiener Großmarkthalle wurden im vergangenen Jahr insgesamt 38,259.449 Kilogramm Fleisch und Fleischwaren "vermarktet".

Kommenden Sonntag, den 24. Oktober, findet um 10 Uhr die 100 Jahrfeier der Wiener Großmarkthalle statt. Sie wird in der Markthalle selbst, 3, Vordere Zollamtsstraße 17 (Eingang: Invalidenstraße), abgehalten. Die Festrede hält Bürgermeister Bruno Marek, ferner sprechen der Amtsführende Stadtrat für Wirtschaftsangelegenheiten, Dr. Pius Frutscher, und Marktamtsdirektor Dr. Gustav Beier. Musikalisch umrahmt wird diese Feier sozusagen von "haus-eigenen" Kräften: vom Männergesangverein der Fleischer unter der Leitung von Gerald Kunz und von der Musikkapelle der Lohnschlechter St. Marx. Sie werden den Festchoral "Gebet" von Jacov Gotovac, die Ouvertüre "Der Weg ins Glück" von H. Weber, das Lied "Wien, Du Stadt meiner Träume" von Rudolf Suczynski und den Chor "Troikaglocken" von Kurt Lissmann darbringen.

Geehrte Redaktion!

Sie sind herzlich eingeladen, Berichterstatter und Foto-reporter zur 100 Jahrfeier der Wiener Großmarkthalle zu entsenden. Termin: Sonntag, 24. Oktober, 10 Uhr. Ort: 3, Vordere Zollamtsstraße 17 (Eingang: Invalidenstraße). Zufahrt: Straßenbahnlinien G₂, H₂, E₂, T, J und O, Stadtbahn.

- - -

Mit dem Pkw gegen Straßenbahn

=====

Ein tödlicher Unfall in der Dornbacher Straße

18. Oktober (RK) Heute kurz nach 7 Uhr früh fuhr der 33jährige Dachdeckermeister Johann Post aus Hernals, Neuwaldegger Straße 21/3, durch die Dornbacher Straße stadteinwärts und überholte dabei eine Wagenkolonne. Dabei geriet er auf die Gleise der Linie 43, konnte vor einem herannahenden Straßenbahnzug nicht mehr rechtzeitig bremsen und stieß mit dem Triebwagen frontal zusammen. Johann Post wurde auf der Stelle getötet. Am Triebwagen der Straßenbahn entstand erheblicher Sachschaden. Der Straßenbahnverkehr war etwa eine halbe Stunde lang unterbrochen.

- - -

Kanalbauten um 4,8 Millionen Schilling

=====

18. Oktober (RK) Der Gemeinderatsausschuß für Öffentliche Einrichtungen genehmigte heute eine Reihe von Kanalbauten sowie deren Kosten in Höhe von 4,870.000 Schilling. Die beiden größten Projekte werden noch dem Stadtsenat und dem Gemeinderat zur endgültigen Beschlußfassung vorgelegt werden. Dabei handelt es sich um den Umbau folgender Straßenkanäle im 5. Bezirk: Wiedner Hauptstraße, Nikolsdorfer Gasse, Zentagasse, Hartmannngasse, Ziegelofengasse. Die Kosten dieses Vorhabens belaufen sich auf 2,3 Millionen Schilling, als Baurate für 1965 sind 800.000 Schilling vorgesehen.

Das zweite größere Projekt ist der Bau eines Straßenkanals und eines sogenannten Dükers unter dem Wienfluß im 14. Bezirk in der verlängerten Badgasse, und zwar vom linken Wienflußsammelkanal zur Gasse 2. Die Kosten betragen 1,6 Millionen Schilling; als Baurate für 1965 sind gleichfalls 800.000 Schilling vorgesehen. Die weiteren Kanalbauten sind: 23. Bezirk, von der Karl Schwed-Gasse bis zur Franz Graßler-Gasse 69 (600.000 Schilling); 14. Bezirk, Stauffergasse 1 bis zur Staargasse (370.000 Schilling).

- - -

Zwischenbericht zur Neuplanung des Schlacht- und Großmarktzentrum
=====

18. Oktober (RK) Der Gemeinderatsausschuß für Wirtschaftsangelegenheiten hat, wie die "Rathaus-Korrespondenz" am 23. September meldete, die Interconstruct Planungs- und Bauorganisation GmbH. mit der Ausarbeitung einer Grundsatz-Studie für den Neubau des Schlachthofes und des Obst- und Gemüse-großmarktes **beauftragt**. Ende voriger Woche konnte die Firma den Stadträten Heller und Dr. Prutscher sowie Stadtbaudirektor Dipl.-Ing. Dr. Koller bereits einen Zwischenbericht über den derzeitigen Stand der Grundsatzplanung vorlegen. Sobald die notwendigen Unterlagen endgültig fertiggestellt sind, werden die grundsätzlichen Entscheidungen über das künftige Schlacht- und Großmarktzentrum St. Marx getroffen werden.

- - -

Rundfahrten "Neues Wien"
=====

18. Oktober (RK) Mittwoch, den 20. Oktober, Route 1 mit Verkehrsbauwerk Schottentor, Assanierung Lichtental, Internationalem Studentenheim, Volksheim "In der Krim", Ausflugsrestaurant Bellevue, Höhenstraße, Assanierung Alt-Ottakring, Müllverbrennung Flötzersteig und Spetterbrücke sowie sonstigen städtischen Anlagen und Einrichtungen. Abfahrt vom Rathaus, 1, Lichtenfelsgasse 2, um 13.30 Uhr.

- - -

Fachbeirat für Stadtplanung bei Bürgermeister Marek
=====

18. Oktober (RK) Heute vormittag fand sich der Fachbeirat für Stadtplanung zu einem längeren Gespräch bei Bürgermeister Marek ein. Die Mitglieder dieses Gremiums, das eine begutachtende und beratende Funktion in allen Fragen der Wiener Stadtplanung ausübt, informierten den Bürgermeister in Anwesenheit von Stadtrat Heller und Stadtbaudirektor Dipl.-Ing. Dr. Koller über wichtige Probleme, die im Verlauf ihrer Beratungen aufgetaucht waren. Dabei standen Fragen der Verkehrsplanung, sowie der Denkmal- und Ortsbildpflege im Vordergrund.

Der Fachbeirat tagt unter dem Vorsitz eines vom Bürgermeister auf die Dauer von drei Jahren in diese Funktion berufenen Experten. Gegenwärtig ist dies Baurat h.c. Professor Dipl.-Ing. Lippert. Bürgermeister Marek dankte ihm und den anderen hervorragenden Fachleuten dieses Gremiums, die sich ehrenamtlich in den Dienst der Wiener Stadtplanung stellen, für ihre wertvolle, ja unentbehrliche Mitarbeit.

- - -

Empfang im Rathaus
=====

18. Oktober (RK) Heute abend gab Bürgermeister Marek zu Ehren der Teilnehmer am 2. Internationalen Kolloquium über die europäische Menschenrechtskonvention, das gegenwärtig in Wien stattfindet, einen Empfang in den Wappensälen des Wiener Rathauses. In seiner Vertretung begrüßte Stadtrat Heller die 250 Gäste aus allen Staaten Europas. Er wies in seiner Ansprache darauf hin, daß Österreich und seine Hauptstadt auf Grund der leidvollen Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit den Wert der Menschenrechtskonvention besonders zu schätzen wissen. Namens der Gäste dankte Universitätsprofessor Dr. Schwind von der juristischen Fakultät der Universität Wien für die Gastfreundschaft der Stadtverwaltung.

Auf dem Programm des Kolloquiums, das bis 20. Oktober dauert, stehen rechtsphilosophische und juristische Referate von namhaften Wissenschaftlern des In- und Auslandes.

- - -

Rinderhauptmarkt vom 18. Oktober

=====

18. Oktober (RK) Unverkauft von der Vorwoche: 0. Neuzufuhren Inland: 98 Ochsen, 327 Stiere, 628 Kühe, 183 Kalbinnen, Summe 1.236. Polen: 16 Stiere. Gesamtauftrieb: 98 Ochsen, 343 Stiere, 628 Kühe, 183 Kalbinnen, Summe 1.252. Verkauft wurden: 98 Ochsen, 341 Stiere, 627 Kühe, 183 Kalbinnen, Summe 1.249, unverkauft blieben: 2 Stiere, 1 Kuh, Summe 3.

Neuzufuhren im Auslandsschlachthof: Inland 11 Rinder, verkauft alle zum Preis von 9 bis 15.00 S. Zufuhren Auslandsschlachthof aus Ungarn 25 Rinder, verkauft alle zum Preis von 13 bis 15.20 S.

Preise: Ochsen 14 bis 17.30 S, extrem 18 S, 2 Stück, Stiere 13.80 bis 16.80 S, extrem 17 bis 17.50 S, 8 Stück, Kühe 10.20 bis 14 S, extrem 14.20 bis 14.80 S, 6 Stück, Kalbinnen 13.50 bis 17 S, extrem 17.20 bis 17.70 S, 8 Stück; Beinlvieh Kühe 8.50 bis 10.10 S, Ochsen und Kalbinnen 11 bis 13.50 S, polnische Stiere 15.80 S.

Der Durchschnittspreis ermäßigte sich bei Ochsen um 86 Groschen, bei Stieren um 27 Groschen, bei Kalbinnen um 70 Groschen je Kilogramm und erhöhte sich bei Kühen um 2 Groschen. Die Durchschnittspreise für inländische Rinder betragen: Ochsen 15.15 S Stiere 15.46 S, Kühe 11.47 S, Kalbinnen 15.28 S; Beinlvieh verbilligte sich bis zu 100 Groschen je Kilogramm.

- - -

Rathaus - Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Dienstag, 19. Oktober 1965

Blatt 2703

Altfassaden-Aktion des Kulturamtes:

Die erste Fassade ist fertig
=====

Im nächsten Jahr kommt das Bäckerstraßen-Viertel daran

19. Oktober (RK) Bekanntlich hat die Stadt Wien auf Initiative von Kulturstadtrat Mandl eine Altfassaden-Aktion ins Leben gerufen. Diese Aktion, die gemeinsam mit dem Bundesdenkmalamt durchgeführt wird, kann in diesen Tagen ihren ersten Erfolg verzeichnen: die reizvolle Barockfassade des aus dem Jahr 1682 stammenden Hauses Judenplatz 8 in der Inneren Stadt wurde fertiggestellt. In Kürze wird die Barockfassade eines anderen Hauses, und zwar in der Kurrentgasse 6, ebenfalls renoviert sein.

Die Altfassaden-Aktion hat den Sinn, einen finanziellen Beitrag für die Renovierung solcher Häuser zu leisten, die für unser Stadtbild von Interesse sind. Die Mehrkosten, die eine sorgfältige Renovierung erfordern, werden im Verhältnis 2 : 1 vom Kulturamt der Stadt Wien und vom Bundesdenkmalamt getragen. Das Besondere an der Aktion ist, daß sie möglichst geschlossene Stadtviertel erfaßt, und daß die Initiative für die Renovierung vom Kulturamt beziehungsweise Bundesdenkmalamt ausgeht. Man anerkennt somit das öffentliche Interesse an der Erhaltung des Stadtbildes und überläßt die finanzielle Belastung nicht dem Hauseigentümer beziehungsweise den Mietern.

Im nächsten Jahr wird die Altfassaden-Aktion verstärkt fortgesetzt werden. Auf dem Programm des Kulturamtes steht das Viertel im Bereich Bäckerstraße und Sonnenfelsgasse.

- - -

80. Geburtstag von Egon Wellesz

=====

19. Oktober (RK) Am 21. Oktober vollendet der Komponist und Musikschriftsteller Univ.-Prof. Dr. Egon Wellesz das 80. Lebensjahr.

Er wurde in Wien geboren, wo er an der Universität bei Guido Adler Musikwissenschaft studierte. 1913 erfolgte seine Habilitierung für Musikgeschichte. Gastvorlesungen führten ihn nach Köln, Mannheim, London, Cambridge und Oxford, wo ihm 1932 die seltene Ehrung der Verleihung des Titels "Doctor of Music" zuteil wurde. Seit 1931 leitete er die von ihm gegründete Reihe "Monumenta Musicae Byzantinae". Er war auch Mitarbeiter und Geschäftsführer der "Publikationen der Denkmäler der Tonkunst in Österreich". 1938 mußte Wellesz seine Heimat verlassen und ging nach England, wo er gastlich aufgenommen wurde. Zwei Jahre verbrachte er als Universitätslektor in London und Cambridge. 1940 machte er sich in Oxford ansässig. 1944 ernannte ihn die Königliche Dänische Akademie der Wissenschaften zu ihrem Mitglied. Seit 1946 ist er Mitherausgeber der "New Oxford History of Music". Seine wissenschaftlichen Arbeiten befassen sich mit der byzantinischen Kirchenmusik, mit Problemen der musikalischen Orientforschung, mit der Operngeschichte der Renaissance und des Barocks sowie mit Arnold Schönberg und seinem Kreis, dem er zeitweise selbst angehörte. Als Komponist ist Egon Wellesz mit zahlreichen Werken auf den verschiedensten Gebieten erfolgreich hervorgetreten. Sein künstlerisches Schaffen umfaßt unter anderem Opern, symphonische Orchesterwerke, Chorwerke, Kammermusik. Professor Dr. Wellesz ist Träger des Musikpreises und der Ehrenmedaille der Stadt Wien.

- - -

40 Jahre elektrische Stadtbahn

=====

19. Oktober (RK) Morgen, Mittwoch, den 20. Oktober, sind es genau 40 Jahre her, daß der elektrische Vollbetrieb auf der Wiener Stadtbahn aufgenommen wurde. Die Stadtbahn - seit Einführung der Totmanneinrichtung Wiens sicherstes Verkehrsmittel - feiert ihren elektrischen Geburtstag, wie sich das gehört, "in vollen Zügen".

Die Stadtbahn wurde in der Zeit zwischen 1892 bis 1900 von der "Commission für Verkehrsanlagen in Wien", welche aus Vertretern des Staates, des Landes Niederösterreich und der Gemeinde Wien bestand, als Dampfbahn errichtet und von den Österreichischen Staatsbahnen betrieben. Die Betriebsaufnahme der ersten Teilstrecke erfolgte am 9. April 1898. Bei der Erbauung waren vorwiegend strategische Gesichtspunkte ausschlaggebend. Es wurde daher eine Linienführung rund um den Stadtkern ohne Radialverbindung zur Inneren Stadt gewählt mit Übergangsmöglichkeit von Vollbahnzügen auf die wichtigsten Strecken der Staatsbahnen.

Am 8. Dezember 1918 wurde der Betrieb auf der bis dahin mit Dampf betriebenen Stadtbahnstrecke eingestellt, obwohl die Stadtbahn 1913 noch von etwa 40 Millionen Fahrgästen benützt wurde. Auch in den Folgejahren konnte sich die ÖBB zur Wiederaufnahme des Betriebes auf der Stadtbahn nicht entschließen, sodaß die Gemeinde Wien unter Bürgermeister Reumann am 25. August 1923 an die Commission für Verkehrsanlagen in Wien den Antrag stellte, die Wiental-, Gürtel-, Donaukanallinie der Gemeinde Wien zur Elektrifizierung und Betriebsführung zu überlassen.

Die Gemeindeverwaltung war sich wohl darüber klar, daß sie die Mängel, die der Gesamtanlage anhaftete, nicht beheben konnte. Aber die Umgestaltung der Betriebsform, nämlich die Aufnahme des elektrischen Betriebes versprach der Wiener Bevölkerung ganz erhebliche Vorteile. Erst nach ungemein schwierigen und langwierigen Verhandlungen gelang es Bürgermeister Seitz am 13. März 1924 einen Vertrag zwischen dem Bund und der Gemeinde Wien zu schließen, der die Überlassung der Stadtbahn und deren Umgestaltung auf elektrischen Betrieb ermöglichte. Das Abkommen wurde

für 30 Jahre abgeschlossen, der Bund behielt sich jedoch vor, den Vertrag schon nach zehn Jahren zu kündigen, falls er die Führung des Betriebes auf der Stadtbahn selbst durchzuführen beabsichtige.

Diese drückende Vertragsbestimmung führte bei der Elektrifizierung der Stadtbahn zur Wahl eines Wagenparkes, der im Bedarfsfall auch im Straßenbahnbetrieb verwendet werden konnte. Damit wurde jedoch verhindert, daß dem Schnellbahnbetrieb voll entsprechende Zugseinheiten verwendet werden konnten. Dieser 1924 abgeschlossene Vertrag war jedoch bereits 1934 überholt, da im Zusammenhang mit der Auflösung der Commission für Verkehrsanlagen in Wien die Stadtbahn in das Eigentum der Stadt Wien überging.

Am 26. Mai 1924 begannen die Bauarbeiten in Heiligenstadt, am 12. September des gleichen Jahres in Hütteldorf und bereits am 3. Juni 1925 konnte der elektrische Teilbetrieb auf der Strecke Hütteldorf - Obere Wientallinie - Gürtellinie bis Alser Straße aufgenommen werden. Am 22. Juli 1925 folgte die Teilstrecke Alser Straße - Heiligenstadt und am 7. September die Teilstrecke Meidling Hauptstraße - Hauptzollamt. Am 20. Oktober 1925 wurde dann der Vollbetrieb auf der 25,6 Kilometer langen Gesamtstrecke der Stadtbahn aufgenommen. Damit nahm der Ausbau und die Elektrifizierung der Wiener Stadtbahn eine der vordersten Stellen unter den großen Werken der Wiener Stadtverwaltung nach dem ersten Weltkrieg ein. Die Stadtbahn wurde trotz ihrer unter ungünstigen Bedingungen erfolgten Elektrifizierung dem Wiener Verkehr dienstbar gemacht.

Durch die in der Folge eingeführte Tarifeinheit zwischen Stadtbahn und Straßenbahn konnte die gewünschte Entlastung des Straßenbahnliniennetzes erreicht werden. Die Fahrgastfrequenz stieg auf etwa 90 Millionen Fahrgäste pro Jahr.

Der zweite Weltkrieg schlug der Stadtbahn leider sehr schwere Wunden. Von den 1939 betriebstauglichen 180 Triebwagen und 270 Beiwagen wurden bis zum Kriegsschluß 1945 102 Triebwagen und 172 Beiwagen völlig zerstört oder schwer beschädigt. Auf der Hochstrecke der Stadtbahn wurden vier Brücken schwer, zwei leichter und 39 Gewölbe beschädigt. Die Eindeckungen, Stütz- und Futtermauern wurden an 35 Stellen mehr oder

weniger stark beschädigt, ein Betriebsbahnhof und zwei Stationsgebäude wurden völlig zerstört. Trotzdem gelang es bereits Ende Mai 1945 einen Teilbetrieb auf der Stadtbahn zu eröffnen, der in den Folgemonaten über die gesamte Wiental-Donaukanallinie von Hütteldorf bis Friedensbrücke erstreckt wurde. Die Wiederaufnahme des Gesamtbetriebes auf der Stadtbahn, ausgenommen die schwerstbeschädigte Strecke Nußdorf-Heiligenstadt-Friedensbrücke erfolgte am 21. Februar 1947. Gleichzeitig gelang es, den Wagenpark so weit wieder instand zu setzen, daß insgesamt 172 Trieb- und 218 Beiwagen eingesetzt werden konnten.

Die Beseitigung der größten hochbaulichen Schäden fiel in die Zeit zwischen 1945 und 1949. 1951 erfolgte der Umbau der Station Mariahilfer Straße-Westbahnhof. 1953 begann der Wiederaufbau des Bahnhofes Heiligenstadt. Am 18. September 1954 erfolgte die Wiederaufnahme des Betriebes auf der Gürtel- und Donaukanallstrecke bis Heiligenstadt. In den Jahren 1954/55 wurde die Stadtbahnstation Schwedenplatz erneuert, 1961/62 die Stadtbahnstation Landstraße, vormals Hauptzollamt, umgebaut.

In den Jahren 1954/62 wurden die Stadtbahnwagen modernisiert mit Stahlkasten und selbstschließenden Türen, vollautomatischen Kupplungen und mit einem verbesserten Bremssystem ausgestattet. 1963 begann der Umbau der Stadtbahnstation Hietzing, die am 11. September 1964 gemeinsam mit der Kennedy-Brücke feierlich eröffnet wurde.

Der immer mehr fühlbare Personalmangel machte es notwendig, bei der Führung der Stadtbahnzüge vom Zweimann- auf den Einmannbetrieb überzugehen. Die Vorarbeiten reichen auf zwei Jahre zurück. Dabei mußte die Wageneinrichtung entsprechend geändert, nämlich die sogenannte Totmanneinrichtung eingebaut und die Signale auf der gesamten Strecke umgebaut werden. Gleichzeitig wurde der Umbau des Stellwerkes Meidling vorgenommen. Die Aufnahme des Totmannbetriebes, der eine wesentliche Verbesserung der Verkehrssicherheit mit sich bringt und gleichzeitig Personaleinsparungen ermöglicht, erfolgte am 16. August.

Antrittsbesuch des Rektors der Hochschule für Bodenkultur
=====

19. Oktober (RK) Heute vormittag stattete der neue Rektor der Hochschule für Bodenkultur, Prof. Dr. Turek, in Begleitung von Prorektor Prof. Dr. Kisser Bürgermeister Marek seinen Antrittsbesuch ab. Prorektor Dr. Kisser stellte seinen Amtsnachfolger vor und dankte für die Unterstützung, die ihm in seinem Amte als Rektor von seiten der Stadt Wien entgegengebracht worden war. Rektor Dr. Turek sprach die Bitte aus, ihm dasselbe Entgegenkommen zuteil werden zu lassen, was Bürgermeister Marek auch zusagte.

- - -

13.000 Rechenbücher für unsere Volksschüler
=====

19. Oktober (RK) Der Kulturausschuß des Wiener Gemeinderates hat 491.000 Schilling zum Ankauf von 13.000 Exemplaren des Rechenbuches "Wir können schon rechnen, III. Teil" bewilligt. Dieses Lehrbuch ist für die dritte Schulstufe bestimmt und wird den Schülern kostenlos zur Verfügung gestellt. Das bisher benützte Rechenbuch, das aus dem Jahr 1959 stammt, wird nach und nach aus dem Verkehr gezogen. Die Bestände sind nämlich schon ziemlich abgenützt und außerdem herrscht infolge der steigenden Schülerzahlen ein Mangel an Exemplaren.

Das neue Rechenbuch wird in einer soliden Ausführung in Halbleinen mit steifem Deckel angekauft, da sich eine derartige Ausstattung bei probeweiser Verwendung sehr bewährt hat. Es gilt nämlich, die Lebensdauer der sehr stark beanspruchten Bücher durch widerstandsfähiges Material zu verlängern.

- - -

"Jedermann" auf afrikanisch
=====

Gastspiel der Volksoper Nigeria im Theater an der Wien

19. Oktober (RK) Am 26. und 27. Oktober (Beginn jeweils 19.30 Uhr) gibt das "Duro Ladipo National Theater" aus Nigeria im Theater an der Wien ein Gastspiel mit den beiden afrikanischen Volksopern "Oba Koso" ("Der König hat sich nicht erhängt"), einer auf einer wahren Begebenheit beruhenden Yoruba-Tragödie, und "Eda", einer freien afrikanischen Version des "Jedermann" von Hugo von Hofmannsthal. Das aus 23 afrikanischen Schauspielern, Tänzerinnen, Sängern und Musikern bestehende Ensemble ist in Europa durch sein aufsehenerregendes Gastspiel bei den Berliner Festwochen 1964 nicht mehr unbekannt. Damals wurde erstmals "richtiges" afrikanisches Theater in Europa gezeigt und beeindruckte Fachleute und Kritiker ebenso wie alle anderen Liebhaber interessanter Theateraufführungen. Das Stück wurde anschließend vom Bayerischen Rundfunk übernommen.

Das "Duro Ladipo National Theater" wurde nun von der Regierung von Nigeria zu einer offiziellen Goodwill-Tournee nach Europa entsandt, um ein Beispiel für die traditionelle hohe Kultur dieses afrikanischen Landes zu geben. Die Yoruba-Kultur ist Jahrhunderte alt. In dem Stück "Oba Koso" wird eine historische Begebenheit aus der Zeit verarbeitet, aus der auch die berühmten Benin-Bronzeskulpturen stammen. Die neue Form der Yoruba-Volksoper hat auch viele europäische Einflüsse verarbeitet, so zum Beispiel in dem Stück "Eda". Die Aufführungen finden in der klangreichen Originalsprache statt. Leiter des Ensembles ist Nationalpreisträger Duro Ladipo, ein früherer Lehrer, heute Dichter und Schriftsteller, Komponist, Schauspieler, Regisseur und Verwaltungsdirektor seines Ensembles, das er vor wenigen Jahren gründete und durch das er die Yoruba-Volksoper bald mit Gastspielen und Fernsehproduktionen in aller Welt bekanntmachte.

Das "Duro Ladipo National Theater" trat bei seiner jetzigen Europa-Tournee zunächst Ende September unter der Schirmherrschaft von Königin Elisabeth beim Commonwealth Arts Festival in London, Cardiff, Glasgow und Liverpool auf.

Der Aufenthalt in England ergab die Möglichkeit, diese außergewöhnliche Kunst einem interessierten Theaterpublikum auch in anderen Ländern zu zeigen. Nach dem Festival ging das Ensemble zuerst nach Skandinavien, dann für fünf Vorstellungen im Palais des Beaux-Arts nach Belgien. Die Premiere des deutschen Teils dieser Europa-Tournee fand am 18. Oktober den Städtischen Bühnen Münster statt. Daran schließen sich Gastspiele in bekannten Theatern und Schauspielhäusern unter anderem in Bad Godesberg, Frankfurt, Stuttgart, München, Salzburg und am 26. und 27. Oktober in Wien an.

König und Jedermann

Die Geschichte der Oper "Oba Koso" von Duro Lapido beruht, wie schon erwähnt, auf einer wahren Begebenheit. Die Hauptfigur, Shango, lebte im 13. oder 14. Jahrhundert in Afrika. Er war ein mächtiger König und stand in dem Ruf, Feuer speien zu können. Er galt als gerecht, aber streng, Seine beiden Kriegsminister und Generäle aber führten fortdauernd irgendwelche Kriege. Das Volk, das endlich in Frieden leben wollte, bat den König um Absetzung der beiden Generäle, die sich bereits anschickten, den Thron zu usurpieren und die Macht im Staate an sich zu reißen, nachdem es nach außen hin nichts mehr zu erobern gab. Der König aber zaudert, sich mit seiner eigenen mächtigen Armee anzulegen. Durch geschickte Intrigen versucht er, seine beiden Generäle gegeneinander auszuspielen, damit sie sich möglichst gegenseitig umbringen. Als dies nicht gelingt, erhebt sich sein Volk gegen ihn. Shango flüchtet und erhängt sich, als auch seine Frau ihn verläßt. Er ist gescheitert, weil er nicht rechtzeitig handelte. Dann aber kommt die mythologische Wandlung: Weil er ein gerechter König war, wird er trotz des skandalösen Selbstmords zum Gott erhoben. Als sein Volk die Revolte bereut, spricht er mit Donnerstimme vom Himmel zu ihm. Seitdem wir er - auch heute noch - als Gott verehrt.

Das Stück "Eda" wurde beim dritten Jahrestag der Gründung des Theaters uraufgeführt und ist eine Yoruba-Version des Stückes "Jedermann" von Hugo von Hofmannsthal. Die Yoruba-Bearbeitung stammt von Obotunde Ljimere. In dieser Bearbeitung ist die christliche Mythologie geschickt durch den Yoruba-glauben an die Wiedergeburt ersetzt. "Jedermann" Eda befürchtet nicht, in die Hölle zu müssen, er hat Angst, daß es ihm nie mehr erlaubt sein wird, auf diese Welt zurückzukommen.

Personalmeldungen

=====

19. Oktober (RK) Auf Antrag des städtischen Personalreferenten Stadtrat Bock hat heute der Wiener Stadtsenat Obermagistratsrat Dr. Heinrich Keller (Magistratisches Bezirksamt 13/14) in die Dienstklasse VIII befördert und ihm den Titel Senatsrat verliehen. Oberbibliotheksrat Dr. Karl Glatt (Magistratsabteilung 9) wurde in die Dienstklasse VIII befördert. Die Amträte Johann Denk (Magistratsabteilung 17), Heinrich Schmidt (Magistratsabteilung 17) und Josef Schuller, (Magistratsabteilung 63) wurden zum Oberamtsrat befördert.

Schweinehauptmarkt vom 19. Oktober

=====

19. Oktober (RK) Unverkauft von der Vorwoche: 0. Neuzufuhren Inland: 5.433, Polen 1.865, Bulgarien 349, Deutsche Demokratische Republik 539, Dänemark 296. Gesamtauftrieb: 8.482. Verkauft wurde alles.

Auslandsschlachthof: Inland 653 Stück, Ungarn 1.785 Stück, Inlandpreise: 14.50 bis 16.30 S, Ungarn 14.50 bis 15 S.

Preise: Extremware 16.30 bis 16.50 S, 1. Qualität 15.80 bis 16.30 S, 2. Qualität 15 bis 15.80 S, 3. Qualität 14.50 bis 15 S, Zuchten extrem 13.50 S, Zuchten 12 bis 13.30 S, Altschneider 10.80 bis 11.20 S, Ausländische Schweine notierten: Polen 13.50 bis 15.30 S, Bulgarien 14.50 bis 14.60 S, Deutsche Demokratische Republik 13.50 bis 15.50 S, Dänemark 15 bis 15.30 S,

Der Durchschnittspreis für inländische Schweine erhöhte sich um acht Groschen je Kilogramm und beträgt nunmehr 15.50 S, für bulgarische Schweine erhöhte er sich um 24 Groschen und beträgt nunmehr 14.52 S. Der Durchschnittspreis für dänische Schweine erhöhte sich um drei Groschen und beträgt nunmehr 15.07 S, für polnische Schweine erhöhte er sich um 17 Groschen und beträgt nunmehr 14.63 S. Der Durchschnittspreis für DDR-Schweine beträgt 14.24 S. Der Gesamtdurchschnittspreis für ausländische Schweine erhöhte sich um neun Groschen und beträgt nunmehr 14.59 S.

- - -

Pferdehauptmarkt vom 19. Oktober

=====

19. Oktober (RK) Aufgetrieben wurden 42 Stück, hievon zwei Fohlen. Als Schlachttiere wurden 34 Stück, als Nutztiere zwei Stück verkauft, unverkauft blieben sechs Stück.

Herkunft der Tiere: Wien 3, Niederösterreich 28, Oberösterreich 6, Kärnten 2, Burgenland 3.

Preise: Schlachttiere Fohlen 15.20 S, Pferde extrem 10.30 bis 11 S, 1. Qualität 9 bis 10 S, 2. Qualität 7.60 bis 8.50 S, 3. Qualität (5.50 S) 6.50 bis 7.50 S, Nutztiere Fohlen 13 S, Pferde 8 S.

Auslandsschlachthof: 177 Stück Eseln aus der UdSSR (unverkauft vom Vormarkt), verkauft um 7 S; 79 Stück Pferde aus der UdSSR, davon verkauft 35 Stück, 9 bis 11.20 S, unverkauft blieben 44 Stück.

Der Durchschnittspreis für inländische Schlachtpferde ermäßigte sich um 33 Groschen. Der Durchschnittspreis für Schlachtfohlen beträgt 15.20 S je Kilogramm. Der Durchschnittspreis für Schlachtpferde beträgt 8.44 S, für ein Stück Schlachtfohlen 15.20 S, Schlacht- und Nutzpferde 8.42 S, Pferde und Fohlen 8.64 S.

- - -

Rathaus - Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TUR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Mittwoch, 20. Oktober 1965

Blatt 2713

Am 26. Oktober:

Festsitzung des Wiener Landtages
=====

20. Oktober (RK) Aus Anlaß des Nationalfeiertages hat der Erste Landtagspräsident Dr. Wilhelm Stemmer den Wiener Landtag für Dienstag, den 26. Oktober, 11.30 Uhr, zu einer Festsitzung im Gemeinderatssitzungssaal des Wiener Rathauses eingeladen. Die Festrede wird Dr. Stemmer halten.

Geehrte Redaktion!

Sie werden gebeten, die Plätze auf der Journalistengalerie bis 11.20 Uhr einzunehmen. Bitte um dunkle Kleidung.

Bitte Pressekonferenz vormerken!

Geehrte Redaktion!
=====

Die Wiener Stadtwerke planen die Einführung der Jahresabrechnung bei Strom und Gas. Über diese Maßnahme wird Sie der "designierte" Stadtrat für die Städtischen Unternehmungen Dkfm. Dr. Maria Schaumayer bei einer Pressekonferenz informieren.

Bitte merken Sie vor: Montag, 25. Oktober, 10 Uhr, im Direktionsgebäude der E-Werke, 9, Mariannengasse 4, Alter Kassensaal.

- - -

Geehrte Redaktion!

=====

20. Oktober (RK) Wir erinnern daran, daß morgen Donnerstag, den 21. Oktober, um 9 Uhr, das 3. Zentralberufsschulgebäude in 12. Bezirk, Längenfeldgasse 13-15, durch Bürgermeister Bruno Marek offiziell seiner Bestimmung übergeben wird. Die Eröffnungsfeier findet im Festsaal der neuen Schule statt. Außer dem Bürgermeister werden auch Kulturstadtrat Hans Mandl und Stadtschulratspräsident Dr. Max Neugebauer sprechen.

Die Pressevertreter werden im Anschluß an die Eröffnungsfeier Gelegenheit haben, unter fachlicher Führung den weitläufigen Gebäudekomplex zu besichtigen. Darüber hinaus wird anläßlich der Eröffnung ein

"Tag der offenen Tür"

veranstaltet, um allen Wienern die Möglichkeit zu geben, das modernste Schulgebäude Wiens und gleichzeitig den größten Schulneubau der Gemeinde seit Kriegsende zu besichtigen. Für die Zeit von 12.30 bis 16.30 Uhr am Donnerstag, dem 21. Oktober, ist also jedermann eingeladen, die neue 3. Zentralberufsschule in Meidling zu besuchen.

Bitte wollen Sie die Bevölkerung davon in Kenntnis setzen!

"Jugend am Werk" in der kommenden Woche:Sonderausstellung, Jubiläumstagung, Internatseröffnung
=====

20. Oktober (RK) Drei große Veranstaltungen stehen auf dem Programm der Aktion "Jugend am Werk" für die nächste Woche: In der Volkshalle des Rathauses wird eine Sonderausstellung gezeigt, im Franz Domes-Lehrlingsheim findet die Österreichische "Jugend am Werk"-Tagung 1965 statt und in Rodaun wird das neue "Jugend am Werk"-Internat eröffnet.

Die von der Gemeinde Wien im Jahr 1945 errichtete Aktion "Jugend am Werk", die eine Nachfolgerin der nach dem ersten Weltkrieg ins Leben gerufenen Fürsorgeeinrichtung "Jugend in Not" ist, hat sich die Aufgabe gestellt, jungen Menschen bei der Vorbereitung auf das Berufsleben jede mögliche Hilfe angedeihen zu lassen. Mit diesem Bestreben und dieser Zielsetzung hat "Jugend am Werk" nicht nur in Wien, sondern auch in allen anderen Bundesländern beachtliche Erfolge errungen. Seit 1945 ist es der Aktion gelungen, mehr als 30.000 Jugendlichen den Weg in einen Beruf zu ebnen. Sie alle wurden von "Jugend am Werk" in Vorbereitungskursen und Lehrwerkstätten geschult und zu tüchtigen Menschen erzogen. Ähnliche Institutionen wurden nach dem Wiener Vorbild auch im Ausland geschaffen.

Sonderausstellung "Jugend am Werk" im Rathaus

In einer Sonderausstellung in der Volkshalle des Wiener Rathauses, die am Montag, dem 25. Oktober, um 10 Uhr, von Bürgermeister Bruno Marek feierlich eröffnet wird, zeigen die Jugendlichen, die von "Jugend am Werk" betreut werden, ihr Können. In dieser Ausstellung, die nach Bundesländern gegliedert ist, sind Werkstücke und Gegenstände aus allen Berufsgruppen zu sehen, die die Jugendlichen in den von "Jugend am Werk" in ganz Österreich eingerichteten Berufsfortbildungskursen, Werkkursen und Lehrwerkstätten hergestellt haben. Interessant ist ferner, daß sich auch Berlin an dieser Ausstellung beteiligt.

Die Sonderausstellung "Jugend am Werk" wird vom 25. Oktober bis 4. November täglich von 10 bis 19 Uhr bei freiem Eintritt geöffnet sein. Am Anschluß an die Eröffnungsfeier wird den Pressevertretern Gelegenheit geboten, die Ausstellung zu besichtigen.

"Jugend am Werk"-Tagung 1965

Der 20. Jahrestag der Gründung von "Jugend am Werk"-Wien ist der Anlaß für eine Jubiläumstagung, die vom 27. bis 30. Oktober im Festsaal des Franz Domes-Lehrlingsheimes der Kammer für Arbeiter und Angestellte, 4, Theresianungasse 16-18, abgehalten wird. Die feierliche Eröffnung der Tagung findet am Mittwoch, dem 27. Oktober, um 9 Uhr im Franz Domes-Lehrlingsheim statt. Die Festreden werden Sozialminister Anton Proksch und Bürgermeister Bruno Marck halten. Ferner werden der Vorsitzende des Zentralen Arbeitsausschusses, Univ.-Dozent Dr. Karl Birzele, und der Vorsitzende des Wiener "Jugend am Werk"-Vereins, Bezirksvorsteher Leo Mistingger, sprechen.

An der Tagung nehmen Delegierte der "Jugend am Werk"-Vereine aus ganz Österreich, Vertreter der Landesregierungen, der Arbeitsbehörden sowie der Gewerkschaften und Arbeiterkammern, ferner Fachleute aus dem Schulwesen sowie Sozialarbeiter aus allen Bundesländern teil. Aus dem Ausland haben sich Delegationen aus der Bundesrepublik Deutschland, aus Holland, Jugoslawien, der Schweiz und der Tschechoslowakei zur Teilnahme angemeldet. Das Tagungsprogramm umfaßt folgende Referate:

Mittwoch, 27. Oktober: Dr. Heinrich Arimond (Nürnberg): "Berufsfindung und Berufsberatung". - Ministerialrat Dr. Maximilian Piperek: "Die Bedeutung der Berufsvorbereitung bei 'Jugend am Werk' und im Polytechnischen Jahr für die Arbeit der Berufsberatung". - Direktor Edwin Kaiser (Zürich): "Das Werksjahr der Stadt Zürich" (Das 9. Schuljahr auf handwerklicher Grundlage).

Donnerstag, 28. Oktober: Prof. Dr. Eberhard Schomburg (Hannover): "Der Weg der Schwachen zum erfüllten Leben". - Sekretär Emil Klaudinger (Wien): "Die Berufsausbildung in Österreich und ihre Problematik".

Freitag, 29. Oktober: Direktor Edwin Kaiser (Zürich): "Die Anlernung cerebralgeschädigter Jugendlicher". - Wirklicher Amtsrat Walter Palm (Salzburg): "Die Bedeutung von 'Jugend am Werk' für die Rehabilitation körper- und geistesbehinderter Jugendlicher". - Direktor Erwin Willax (Wiener Neustadt): "Die therapeutisch-funktionalen Übungen mit psychisch Schwerstbehinderten in Berufsvorbereitungskursen". - Hertha Herzog (Graz): "Verwendung von gymnastischen und rhythmischen Übungen in den Lehrgängen für cerebralgeschädigte Jugendliche". - Sonderschulinspektor Alois Lustig (Wien): "Der Werkkurs in der Schule für Schwerstbehinderte".

Eröffnung des Internates Rodaun

Am Donnerstag, dem 28. Oktober, wird Stadtrat Maria Jacobi das neue Internat von "Jugend am Werk" im 23. Bezirk, Rodaun, Elisenstraße 45, eröffnen. Das Internat ist in dem früheren Heim für körperbehinderte Kinder untergebracht, das in das neue Gebäude nach Mauer übersiedelt ist. Mit einem Kostenaufwand von 1,2 Millionen Schilling hat "Jugend am Werk" dieses Gebäude renoviert und für seine Zwecke neu eingerichtet. In dem Internat werden 70 schwerbehinderte Jugendliche untergebracht sein. Sie werden dort in Dreibett-Zimmern wohnen und in vier hauseigenen Werkstätten arbeiten können. In dem Gebäude sind außerdem verschiedene therapeutische Einrichtungen und eine Schwimmhalle untergebracht. Im großen Park, der zum Internat gehört, befinden sich ein Spielplatz und ein Schwimmbassin.

Gehrte Redaktion!

Sie sind herzlich eingeladen, Berichterstatter und Foto-reporter zu den drei Veranstaltungen von "Jugend am Werk" zu entsenden. Termine: Ausstellungseröffnung, Volkshalle des Rathauses, Montag, 25. Oktober, 10 Uhr; Tagungseröffnung, Festsaal des Franz Domes-Heimes, 4, Theresianungasse 16-18, Mittwoch, 27. Oktober, 9 Uhr; Internatseröffnung, 23, Rodaun, Elisenstraße 45, Donnerstag, 28. Oktober, 9 Uhr.

Europa-Gespräch 1966 wird vorbereitet:

"Der Einzelne und die Gemeinschaft in Ost und West"
=====

20. Oktober (RK) Das Europa-Gespräch 1966 ist für die Zeit vom 14. bis 18. Juni 1966 anberaumt und trägt den Arbeitstitel "Der Einzelne und die Gemeinschaft in Ost und West". Bekanntlich hat das letzte Europa-Gespräch der Stadt Wien im Frühsommer dieses Jahres ein weltweites publizistisches Echo gefunden, da bei dieser Gelegenheit "Brücken zwischen Ost und West" geschlagen und wesentliche Beiträge zu der Frage geleistet wurden, ob Europa in Koexistenz oder Kooperation gedeihen könne. Das Europa-Gespräch 1966 wird den damit eingeschlagenen Weg weiter verfolgen und zur Klärung der Begriffe "Individuum und Kollektiv" beitragen.

Bereits jetzt hat eine Reihe prominenter Persönlichkeiten ihre Mitwirkung zugesagt: Aus Belgien kommt der Organisator der "Expo 1958", Vizepräsident Maurice Lambilliotte.

Lambilliotte vertritt seine Ideen vornehmlich in der von ihm geleiteten Brüsseler Zeitschrift "Synthese". Aus der Bundesrepublik Deutschland haben der bekannte Politiker Carlo Schmid und der Wirtschaftswissenschaftler Prof. Dr. F. Baade zugesagt. Baades Publikation über die "Ökonomischen Aspekte der Abrüstung" wird derzeit viel diskutiert. Der Herausgeber der Münchner Zeitschrift für philosophische Forschung, Prof. Dr. Georgi Schischkoff, wird am Europa-Gespräch ebenso teilnehmen wie der bekannte Philosoph, Prof. Friedrich Bochenski.

Aus Jugoslawien haben sich bis jetzt der Soziologe Prof. Dr. Mihailo Djuric (Belgrad) und der Philosoph Prof. Dr. Eugen Pusic (Zagreb) zur Teilnahme gemeldet. Die Schweiz stellte ein Referat des Generaldirektors der CERN, Prof. Victor Weißkopf in Aussicht, der sich besonders mit der Kernforschung beschäftigt. Aus Polen hat Minister a.D. Prof. Stefan Zolkiewski sein Erscheinen zugesagt. Zolkiewski lehrt an der Universität Warschau und ist Mitglied der Akademie der Wissenschaften. Seine Publikation "Massenkultur im Polen von heute" gehört zu den gesellschaftspolitischen Standardwerken.

Die Liste der österreichischen Teilnehmer ist noch nicht fertiggestellt. Jedoch steht die Teilnahme von Prof. Dr. Franz Nemschak, dem Leiter des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung und von Direktor Dr. Werner Hofmann, dem Leiter des Museums des 20. Jahrhunderts, fest. Weitere Zusagen werden aus der CSSR, Großbritannien, Norwegen, der Bundesrepublik Deutschland, Polen, Rumänien, Schweden, der UdSSR und dem Vatikan erwartet.

- - -

Wildkastanien-Sammlung geht weiter!

=====

20. Oktober (RK) Da die Wildkastanien-Sammelaktion des Wiener Stadtforstamtes auch bis jetzt noch immer nicht genügend eingebracht hat, um im Winter den "Tisch" für Rehe und Hirsche in den städtischen Forsten ausreichend zu "decken", wird diese Aktion auf unbefristete Zeit verlängert.

Bis auf weiteres also nimmt die Sammelstelle im Lagerplatz der städtischen Praterverwaltung, 2, Zugang Ecke Laufbergerstraße und Sportklubstraße, an allen Werktagen außer Samstag von 8 bis 16 Uhr Wildkastanien entgegen und zahlt pro Kilogramm 45 Groschen.

- - -

Rundfahrten "Neues Wien"

=====

20. Oktober (RK) Donnerstag, den 21. Oktober, Route 2, mit drittem Zentralberufsschulgebäude, Theresienbad, Kennedy-Brücke, Einkaufszentrum Hietzing, Grünbergstraße, Schule Altmannsdorfer Straße, Industriegebiet Liesing, Unterführung Preitenfurter Straße und Straßenbrücke über die Südbahn sowie sonstigen städtischen Anlagen und Einrichtungen. Abfahrt vom Rathaus, 1, Lichtenfelsgasse 2, um 13.30 Uhr.

Freitag, den 22. Oktober, Route 3, mit Albertina-Passage, Historischem Museum der Stadt Wien, Schweizer-Park mit Museum des 20. Jahrhunderts, Laaer Berg mit Aufforstung und Bad und Volkspark, Per Albin Hansson-Siedlung, Schule Wienerfeld-West, Einfahrt der Südbahn, Sportanlage Nothnagelplatz und Volksheim Arthaberplatz sowie sonstigen städtischen Anlagen und Einrichtungen. Abfahrt vom Rathaus, 1, Lichtenfelsgasse 2, um 13.30 Uhr.

- - -

Gedenktage im November

=====

20. Oktober (RK)

- | | |
|--|-----------------|
| 1. Prof. Dr. Robert Ettenreich, Radiotechniker
(gestorben 7. Jänner 1951) | 75. Geburtstag |
| 4. Prof. Dr. Felix Braun, Schriftsteller | 80. Geburtstag |
| 4. Prof. Dr. Hans Finsterer, Chirurg | 10. Todestag |
| 9. Hochschulprofessor Hans Knesl, Bildhauer | 60. Geburtstag |
| 9. Josef Karl Ratislav, Schriftsteller, Drama-
turg des Burgtheaters | 10. Todestag |
| 14. Theodor Leschetitzky, Klaviervirtuose,
Komponist | 50. Todestag |
| 15. Dr. Lorenz von Stein, Rechtsgelehrter,
Nationalökonom und Soziologe | 150. Geburtstag |
| 16. Heinz Reichert, Librettist | 25. Todestag |
| 16. Werner Riemerschmid, Lyriker und Erzähler | 70. Geburtstag |
| 19. Adolf Wohlbrück, Filmschauspieler | 65. Geburtstag |
| 21. Moritz von Gerold, Buchdrucker und Verleger | 150. Geburtstag |
| 22. Prof. Dr. Hans Weber, Klaviervirtuose und
Pädagoge | 60. Geburtstag |
| 26. Max Frey, Maler | 10. Todestag |
| 26. Univ.-Prof. Dr. Oskar Herget, Theologe (ge-
storben 9. Oktober 1946) | 75. Geburtstag |
| 27. Nico Dostal, Komponist | 70. Geburtstag |
| 30. Johann Nepomuk David, Komponist und Organist | 70. Geburtstag |

- - -

5,78 Millionen Schilling für den Ausbau von Straßen
=====

20. Oktober (RK) Der Bauausschuß des Wiener Gemeinderates genehmigte heute die Kosten für eine Reihe von Straßenbauten in Wien in Höhe von insgesamt 5,780.000 Schilling. Es handelt sich dabei um den Ausbau oder die Fahrbahnerneuerung mehrerer Straßen und Gassen im Stadtgebiet.

Das größte Projekt ist der Ausbau der Sandleitengasse und der Maroltingergasse von der Wilhelminenstraße bis zur Hasnerstraße im 16. Bezirk. Der Ausbau dieses Straßenzuges, der eine wichtige Verbindung vom Flötzersteig zu den nördlichen Bezirken Wiens darstellt, steht im Zusammenhang mit dem Projekt der Wiener Verkehrsbetriebe, die Straßenbahnlinie 10, deren Endschleife sich derzeit beim Joachimsthalerplatz befindet, bis zur Hernalser Hauptstraße zu verlängern. Die Sandleitengasse und die Maroltingergasse werden durchgehend in dem genannten Abschnitt auf 25 Meter verbreitert und erhalten Asphaltbeton-Fahrbahnen. An der Seite der neuen Wohnhausanlagen zwischen Starckenburggasse und Ottakringer Straße werden Pkw-Parkplätze errichtet. Die Kosten für diese Straßenbauten belaufen sich auf 2,5 Millionen Schilling, als Baurate für 1965 sind 600.000 Schilling vorgesehen.

Ein weiteres heute vom Bauausschuß genehmigtes Projekt ist der Ausbau der Holbeingasse (von der Raxstraße bis zur Migerkastraße), der Fernkorngasse und Zohmannngasse (von der Raxstraße bis zum Brunnenweg) und der Migerkastraße (von der Neilreichgasse bis zur Zohmannngasse beziehungsweise von der Fernkorngasse bis zur Holbeingasse) im 10. Bezirk. Der Ausbau dieser Straßenzüge wurde im Zusammenhang mit der Errichtung neuer Wohnhausanlagen in diesem Gebiet notwendig. Die Kosten für diese Bauten betragen 1,2 Millionen Schilling, die erste Baurate für 1965 beläuft sich auf 400.000 Schilling.

Im Zusammenhang mit der Errichtung einer anderen Wohnhausanlage im 10. Bezirk, nämlich südlich des Stefan Fadinger-Platzes, steht der Ausbau der verlängerten Weitmosergasse, der Lindkogelgasse und einer noch unbenannten Gasse in diesem Gebiet. Die drei Gassen werden gleichfalls einen neuen Fahrbahn-

belag aus Asphaltbeton beziehungsweise aus Beton erhalten.
Die Kosten dieses Projekts: 800.000 Schilling; erste Baurate
1965: 400.000 Schilling.

Im 12. Bezirk wird die Lehrbachgasse, von der Wagenseil-
gasse bis zur Liebenstraße, eine neue Fahrbahn erhalten.
Kosten: 580.000 Schilling; erste Baurate 1965: 300.000 Schilling.

Alle genannten Projekte werden noch dem Stadtsenat und dem
Gemeinderat zur endgültigen Beschlußfassung vorgelegt werden.

Zwei weitere Straßenbauvorhaben schließlich sind die Er-
neuerung der durch das schlechte Wetter dieses Jahres schadhafte
gewordenen Fahrbahn der Anton Krieger-Gasse im 23. Bezirk
(300.000 Schilling) sowie die Herstellung von sogenannten
Asphaltteppichbelägen in der Gußhausstraße im 4. Bezirk und in
der Johnstraße im 15. Bezirk (400.000 Schilling).

- - -

Holländischer Bürgermeister in Wien

=====

20. Oktober (RK) Der Bürgermeister der niederländischen
Stadt Heerlen, F.J.W. Gijzels, der sich gegenwärtig in Wien auf-
hält, stattete heute vormittag Bürgermeister Bruno Marek im Wiener
Rathaus einen Besuch ab. Bürgermeister Marek hieß seinen hollän-
dischen Amtskollegen, der mit seiner Gattin und einem befreundeten
Ehepaar erschienen war, herzlich willkommen. In einem längeren Ge-
spräch unterhielten sich die beiden Stadtoberhäupter über zahl-
reiche kommunale Probleme.

Bürgermeister Gijzels, der früher Staatssekretär und Mit-
glied der Zweiten niederländischen Kammer war, wies auf die große
wirtschaftliche Bedeutung Heerlens hin. Heerlen ist die größte
Stadt des Kohlenbeckens in der niederländischen Provinz Limburg
und damit das Bergbauzentrum des Landes. Die Stadt, die im Süden
der Niederlande nur 15 Kilometer von Aachen entfernt liegt, hat
76.000 Einwohner. In der gesamten Bergbauregion, die acht Gemeinden
umfaßt, leben 250.000 Menschen.

Bürgermeister Marek überreichte seinem Gast zur Erinnerung
einen Abguß des ältesten erhaltenen Stadtsiegels von Wien und
Bücher über unsere Stadt.

- - -

Innerstädtisches Autobahnnetz nimmt Gestalt an

=====

20. Oktober (RK) Der Bauausschuß des Wiener Gemeinderates befaßte sich heute mit einem Antrag auf Abänderung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für das Gebiet beiderseits des Straßenzuges Rennweg - Simmeringer Hauptstraße zwischen Rennweg 110 und Simmeringer Hauptstraße 18. Der Antrag, der auch vom Fachbeirat für Stadtplanung einhellig gebilligt wurde, soll die rechtlichen Voraussetzungen für den Bau der Nordostautobahn schaffen, die in Verlängerung des Landstraßer Gürtels die Simmeringer Hauptstraße knapp südlich der Mündung der Rinnböckstraße überqueren wird.

Die Nordostautobahn - auf diesen Namen haben sich die zuständigen Behörden der Stadt Wien und des Bundes geeinigt - wird über das Gelände des gegenwärtigen Zentralviehmarktes St. Marx und auf einer neuen Brücke über den Donaukanal führen. Die Autobahn wird über die vierte Donaubrücke in die Donaustadt bis Aderklaareichen, aber auch einen Anschluß an die bereits fertiggestellte Nordeinfahrt haben.

Die Grundstücke zwischen Rennweg beziehungsweise Simmeringer Hauptstraße und Aspangbahn sowie ein Teil der Liegenschaft Simmeringer Hauptstraße 1 sollen als "Betriebsbaugelände" gewidmet werden, damit neben der zukünftigen Autobahn, der Bahn und der Hauptverkehrsstraße nicht eine unerwünschte Wohnbebauung entstehen kann. Der vorliegende Antrag wird noch dem Stadtsenat und Gemeinderat zur endgültigen Beschlußfassung vorgelegt.

Autobahn-Brücken für die Westeinfahrt

Der Bauausschuß nahm ferner einen Bericht darüber zur Kenntnis, daß das Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau die von der Magistratsabteilung für Straßenbau vorgelegten Pläne für die Straßenbrücke über das Wiental auf der Höhe des derzeitigen Nikolaisteges genehmigt hat. Bekanntlich wird die linksufrige Wientalbegleitstraße verlängert und über eine 266 Meter lange Spannbetonbrücke über den Wienfluß geführt werden. Die erforderlichen Anschlüsse an das übrige Straßennetz sollen durch Fertigteilbrücken hergestellt werden.

Eine andere Autobahnbrücke der Westeinfahrt in der Höhe von Mariabrunn wird die neue, stadteinwärts führende Richtungsfahrbahn der Bundesstraße 1 überspannen. Die Bundesstraßenverwaltung hat die Bauarbeiten für diese Brücke, die 5,2 Millionen Schilling kosten wird, bereits vergeben.

Mit der Errichtung der genannten Brückenbauwerke der Westeinfahrt wurde bereits begonnen. Sie sollen bis Ende 1966 fertiggestellt sein.

- - -

100. Geburtstag in Simmering

=====

20. Oktober (RK) Zum zweitenmal wird heuer in Simmering ein 100. Geburtstag begangen. Vorher hat es ein solches Ereignis in dem Bezirk seit 150 Jahren nicht mehr gegeben. Heute wurde Frau Anna Bartik in der Kopalgasse 55 hundert Jahre alt und erhielt zu diesem Anlaß den Besuch von Bürgermeister Marck und Bezirksvorsteher Weber. Der Bürgermeister überbrachte der Jubilarin einen rot-weißen Nelkenstrauß und ein Ehrengeschenk der Stadt Wien.

Frau Bartik, seit 1939 Witwe nach einem Baurat der Stadt Wien, lebt allein in ihrer Wohnung in einem Gemeindebau, versorgt ihren Haushalt größtenteils selbst und bereitet sich vor allem ihre Mahlzeiten eigenhändig zu. Mit Vorliebe geht sie in Begleitung einer hilfreichen Nachbarin spazieren, wobei sie oft kilometerlange Märsche zurücklegt. Von ihrer geistigen Rüstigkeit gab sie anläßlich des Besuches von Bürgermeister Marck eine Probe: sie deklamierte fehlerlos und mit einwandfreier Betonung mehrere Strophen eines patriotischen Gedichtes.

Bürgermeister Marck zeigte sich über das rüstige Geburtstagskind außerordentlich erfreut und versprach, zu den Geburtstagen der kommenden Jahre stets persönlich zu erscheinen.

- - -

Österreichischer Städtebund:

26. Oktober soll dienstfrei sein!

=====

20. Oktober (RK) Der Personalausschuß des Österreichischen Städtebundes hat heute in Linz eine Sitzung abgehalten und sich in dieser auch mit der Forderung der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten beschäftigt, am 26. Oktober dienstfrei zu geben. Dabei kam einstimmig folgende Auffassung zum Ausdruck:

Durch Gesetzesbeschluß des Nationalrates wird der 26. Oktober zum österreichischen Staatsfeiertag erhoben werden. Nationalrat und Bundesrat werden an diesem Tag zu einer gemeinsamen Festsitzung zusammentreten, um die Bedeutung dieses Tages für Österreich sichtbar zu manifestieren. Landtage und Gemeindevertretungen werden sich zu feierlichen Kundgebungen versammeln, die Schuljugend wird in Feierstunden unserer Heimat gedenken.

Unser Ziel aber muß es sein, zu erreichen, daß ganz Österreich, daß jeder einzelne Bürger an diesem Tag stärksten Anteil nimmt. Das erfordert aber auch, ihm das Gefühl zu geben, daß es sich um einen Tag handelt, der ein Feiertag, ein Festtag des gesamten Volkes ist. Dieser Tag wird aber solange nicht im Bewußtsein der Bevölkerung verankert sein, solange diesem Tag nicht auch die äußere Form eines Feiertages, eines Tages des Feierns, verliehen wird.

Der Personalausschuß des Österreichischen Städtebundes tritt daher dafür ein, diesen Tag arbeitsfrei zu halten. Für den Bereich der Gemeindeverwaltungen spricht er sich dafür aus, den Bediensteten im Rahmen der rechtlichen und praktischen Möglichkeiten auch schon am 26. Oktober dieses Jahres dienstfrei zu geben.

Gemeinde Wien gibt dienstfrei

Prompt reagiert hat Bürgermeister Bruno Marek auf den Vorschlag des Personalausschusses des Österreichischen Städtebundes. Er verfügte heute in einem Erlaß, daß der 26. Oktober für die städtischen Bediensteten als dienstfreier Tag gilt.

(Von dieser Regelung sind selbstverständlich jene Bediensteten ausgenommen, die auch sonst an Sonn- und Feiertagen Dienst machen müssen, wie zum Beispiel bei der Straßenbahn, bei E- und Gaswerk usw.)

75. Geburtstag von Eduard Gaertner
=====

20. Oktober (RK) Am 22. Oktober vollendet der Maler und Graphiker Professor Eduard Gaertner das 75. Lebensjahr.

Er wurde in Bubenitsch bei Prag geboren und war nach Absolvierung der Prager Kunstakademie als Freischaffender tätig. Nach seiner Entlassung aus dem Militärdienst übersiedelte er nach Wien, wo er ein Reklameatelier führte. Seine Bilder stellte er im "Hagenbund" aus, dessen Mitglied er wurde. Gaertner arbeitete als Gebrauchsgraphiker für große Firmen, als Illustrator für angesehenen Verlage und Zeitungen. In Wettbewerben errang er mehrfach Preise. Seine pädagogischen Fähigkeiten bewies er als Lehrer der Städelschule in Frankfurt am Main, an die er 1939 berufen wurde. Er war Leiter der Abteilung für darstellende Mode und des Modeamtes der Stadt Frankfurt. Nach seiner Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft wurde ihm die Leitung der Abteilung für angewandte Kunst übertragen. Im Juli 1949 bestellte ihn der Bürgermeister der Stadt Wien zum Fachkonsulenten für bildende und angewandte Kunst. Gaertner wurde in dieser Funktion dem Kulturamt zugeteilt und leistete Hervorragendes. Verschiedene bewährte Einrichtungen wie die "Schulgalerien", die "Plakatwertungsaktion", die Aktionen "Das gute Bild für jeden", "Die grüne Galerie im Stadtpark" sind seiner Initiative zu danken. Als Künstler hat sich Eduard Gaertner mit seiner gebrauchsgraphischen Arbeit, vor allem als zeitkritischer Zeichner, einen Namen gemacht. Für seine Verdienste wurde ihm 1951 der Professor-Titel, 1961 das Ehrenkreuz für Wissenschaft und Kunst verliehen.

Bürgermeister Bruno Marek und Stadtrat Hans Mandl haben dem Jubilar in herzlichen Worten gehaltene Glückwunschsreiben übermittelt.

- - -

Vom "Tag der Fahne" zum Staatsfeiertag

=====

20. Oktober (RK) Vizebürgermeister Dr. Drimmel empfing heute im Rathaus eine Abordnung des Mädchenrealgymnasiums Wien 6 unter Führung der Professorinnen Dr. Holin und Lindeck-Pozza. Professorinnen und Schülerinnen hatten den Wiener Vizebürgermeister gebeten sie über den Werdegang des Staatsfeiertages von der erstmaligen Feier des Tages der österreichischen Fahne am 26. Oktober 1955 an zu informieren.

Der Wiener Vizebürgermeister schilderte seinen Gästen die Beweggründe für die Feier jenes Tages, an dem Österreich sich zur immerwährenden Neutralität bekannte, als der letzte Besatzungssoldat den Boden des Landes verlassen hatte. In einer anschließenden Diskussion machten die Schülerinnen selbst Vorschläge für die Verlebendigung der künftigen Feier des österreichischen Staatsfeiertages. Sie regten auch an, künftig nicht so sehr Politiker und Funktionäre zu einem Staatsakt zu versammeln, sondern die in der Öffentlichkeit tätigen Männer und Frauen bei zahlreichen Einzelveranstaltungen mit allen Kreisen der Bevölkerung in Kontakt zu bringen. Besonders sollte dabei auch an die kleinen Gemeinschaften, an die Schulen und Vereine gedacht werden.

- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Donnerstag, 21. Oktober 1965

Blatt 2728

Wiener Achtung!

Kein giftarmes Gas zu Jahresende!

Eine Warnung der Wiener Gaswerke

21. Oktober (RK) Einen Agenturbericht haben gestern mehrere Wiener Zeitungen so interpretiert, als ob zu Jahresende die Wiener Gaswerke bereits giftarmes Stadtgas für die Haushalte liefern könnten. Die Wiener Stadtwerke-Gaswerke stellen dazu ausdrücklich fest, daß das zu Jahresende voraussichtlich vom Gaswerk Leopoldau gelieferte Gas zwar giftärmer sein wird, aber mit einem Kohlenmonoxydgehalt von acht Prozent (gegenwärtig zehn Prozent) noch immer giftig genug ist, um tödlich zu wirken!

Erst im Laufe des Jahres 1967 werden die Gaswerke die Entgiftungsanlagen so weit in Betrieb nehmen können, daß der Kohlenmonoxydgehalt nur mehr drei Prozent beträgt. Damit werden dann Leuchtgasunfälle praktisch unmöglich geworden sein, es sei denn, sie werden mit Absicht herbeigeführt.

- - -

"Simmering vor 20 Jahren"

Eine Ausstellung des Simmeringer Heimatmuseums

21. Oktober (RK) Das Simmeringer Heimatmuseum eröffnet am Sonntag, dem 24. Oktober, um 9 Uhr, im Amtshaus 11, Enkplatz 2, eine Sonderausstellung unter dem Titel "Simmering vor 20 Jahren".

Die Ausstellung ist jeden Sonntag von 9 bis 12 Uhr bei freiem Eintritt zu besichtigen.

- - -

In der "Stadt Wien":Hundert Jahre Wiener Großmarkthalle
=====

21. Oktober (RK) Wie bereits berichtet, feiert die Wiener Großmarkthalle im 3. Bezirk im Rahmen einer Gedenkfeier am Sonntag, dem 24. Oktober, den 100. Jahrestag ihrer Gründung. Diese Hundertjahrfeier hat nun das offizielle Organ der Bundeshauptstadt, "Stadt Wien", zum Anlaß für eine Gedenknummer (Nr. 83) genommen, die dieser Tage erschienen ist. Sie bringt Beiträge aus berufener Feder; die Autoren stehen oder standen mitten im turbulenten Marktbetrieb der großen Halle, die ihre Welt ist.

In den reich illustrierten Artikeln dieser Nummer erfährt man manch interessante Einzelheit über die Entwicklung der "Fleisch-Approvisionierung" unserer Stadt, allerlei über alte Marktbräuche, über "Krebsen-Richter" und Fischbeschauer im alten Wien, über Ochsenpektakel und Mahlzeiten für die Armen, über Streikdrohungen der Fleischer anno 1560 und über Rindfleischpreis-Tumulte im Wiener Rathaus in den späten Dreißigerjahren des vorigen Jahrhunderts. Wir verfolgen den "Weg allen Fleisches" gleichsam "von der Waage bis zur Ware", wir lesen von Fleischerzetrümmerungen und Fleischüberbeschauen und lernen die verantwortungsvolle Tätigkeit des Veterinärarnotes in der Großmarkthalle und die schwere Arbeit der Fleischergesellen kennen. Ein Überblick über die Gewerbebetriebe in der Großmarkthalle und den mannigfaltigen Aufgabenbereich des Marktarnotes der Stadt Wien rundet das überaus interessante Material ab, das die Gedenknummer der "Stadt Wien" fast zu einem kleinen "Nachschlagewerk" über die Wiener Großmarkthalle macht.

Die Gedenknummer "Hundert Jahre Wiener Großmarkthalle" ist um fünf Schilling in der Rathaus-Trafik, Eingang 1, Felderstraße, und im Drucksortenverlag des Rathauses, Stiege 7, Hochparterre, erhältlich.

Musikveranstaltungen in der Woche vom 25. bis 31. Oktober

=====

21. Oktober (RK)

Montag, 25. Oktober:

- 19.30 Uhr, Musikverein, Brahms-Saal: Konzert des brasilianischen Kammerchores "Associacao de Canto Coral" (Victoria, Pedro de Christo, Garcia, Poulenc, Nunes, Villa-Lobos)
- 19.30 Uhr, Konzerthaus, Mozart-Saal: Wiener Konzerthausgesellschaft: Das Wiener Streichtrio; mitwirkend Eduard Mrazek, Klavier (Beethoven: Streichtrio G-dur op.9/1; Martinu: Streichtrio; Brahms: Klavierquartett g-moll op.25)
- 20.00 Uhr, Kulturzentrum, 1, Annagasse 20: Internationales Kulturzentrum: Violinabend Stefan Ruha, am Flügel Renate Scheibe (Vitali, Brahms, Debussy, Bartók, Prokofieff, Saint-Saens)

Dienstag, 26. Oktober:

- 10.00 Uhr, Musikakademie, Vortragssaal: Akademie für Musik u.d.K.: Feierstunde zum Tag der österreichischen Fahne
- 19.30 Uhr, Musikverein, Großer Saal: Gesellschaft der Musikfreunde: Sonatenabend Wolfgang Schneiderhan, Violine - Karl Richter, Cembalo (J.S.Bach: Sonate Nr. 1 h-moll, Nr. 5 f-moll und Nr. 3 E-dur)
- 19.30 Uhr, Musikverein, Brahms-Saal: Klavierabend Doris Pines (Schumann: "Faschingsschwank aus Wien" op.26; Beethoven: Rondo G-dur op.51/2; Prokofieff: Sonate op.28/3; Chopin: Sonate b-moll op.35)

Mittwoch, 27. Oktober:

- 19.30 Uhr, Musikverein, Brahms-Saal: Gesellschaft der Musikfreunde: 1. Konzert im Kammermusik-Zyklus; Ensemble "Musica antiqua", Dirigent Rene Clemencic (Paschalis, Reuenthal, Münch von Salzburg, Wolkenstein, Godric, Coer de Lion, Dunstable, Henry VIII)
- 19.30 Uhr, Konzerthaus, Mozart-Saal: Wiener Konzerthausgesellschaft: 1. Konzert im Zyklus VI; Wiener Kammerchor, Josef Nebois (Orgel), Dirigent Dr. Hans Gillesberger (Krenek: "Lamentatio Jeremiae Prophetarum"; David: Evangelien-Motetten; Heiller: Kleine Messe über Zwölf-tonmodelle)

Donnerstag, 28. Oktober:

- 18.30 Uhr, Musikakademie, Vortragssaal: Akademie für Musik u.d.K.: Gastvortrag Lajos Hernádi, Budapest "Bela Bartók, der Pianist, der Pädagoge, der Mensch"
- 19.30 Uhr, Musikverein, Brahms-Saal: Sonatenabend Paul Roczek, Violine - Friederike Grünfeld, Klavier (Leclair: Sonate D-dur; Beethoven: Sonate c-moll op.30/2; Bach: Partita d-moll für Violine solo; Prokofieff: Sonate D-dur)
- 19.30 Uhr, Theater an der Wien: Konzert der Wiener Sängerknaben, Leitung Anton Neyder (Senfl, Scarlatti, Mozart, Brahms, Strauß, Volkslieder; Lortzing: szenische Aufführung des Einakters "Die Opernprobe")
- 19.30 Uhr, Palais Palffy, Figaro-Saal, Haydn-Salon: Österreichische Gesellschaft für zeitgenössische Musik: Kammermusikabend; Dr. Hans Weber, Klavier - Dora Streicher, Viola - Ottokar Drapal, Klarinette - Johann Krumpf, Kontrabaß (Färber, Marx, Schollup, Uhl, Schmidek, Walzel)

Freitag, 29. Oktober:

- 18.30 Uhr, Musikakademie, Vortragssaal: Akademie für Musik u.d.K.: Viola-Abend der Klasse Hatto Beyerle
- 19.30 Uhr, Musikverein, Brahms-Saal: Klavierabend Gottfried Herbst (Mozart, Scarlatti, Schubert)
- 19.30 Uhr, Konzerthaus, Mozart-Saal: Klavierabend Mirjana Vukdragovic (Bach, Beethoven, Tajcevic, Pericic, Bartók, Prokofieff)
- 19.30 Uhr, Radio Wien, Großer Sendesaal: Österreichischer Rundfunk - Studio Wien: 3. Konzert im Zyklus III; Chor und Orchester von Radio Wien, Lia Montoya (Sopran), Dirigent Karl Österreicher (Schumann: 8 Frauenchöre in der Orchesterfassung von Hans Pfitzner; Wellesz: Kantate für Sopran, Chor und Orchester op.45)

Samstag, 30. Oktober:

- 19.30 Uhr, Musikverein, Großer Saal: Österreichischer Gewerkschaftsbund: Voraufführung des 1. Abonnementkonzertes des Niederösterreichischen Tonkünstlerorchesters; mitwirkend William Barbini (Violine), Dirigent Thomas Christian David (Beethoven)
- 19.30 Uhr, Musikverein, Brahms-Saal: Liederabend James Schwabacher, am Flügel Alden Gilchrist (Bach, Scarlatti, Schubert, Debussy, Poulenc, Gilchrist)

- 19.30 Uhr, Konzerthaus, Großer Saal: Gesellschaft zur Hebung und Förderung der Wiener Volkskunst: Wiener Abend; Deutschmeisterkapelle, Dirigent Julius Herrmann, Solisten
- 19.30 Uhr, Palais Palffy, Beethoven-Saal: Wiener Madrigalchor: Reisebericht über die Konzert-Tournee Deutschland - Skandinavien (mit Lichtbildern)

Sonntag, 31. Oktober:

- 16.00 Uhr, Musikverein, Großer Saal: Niederösterreichisches Tonkünstlerorchester: 1. Sonntag-Nachmittagskonzert; mitwirkend William Barbini (Violine), Dirigent Thomas Christian David (Beethoven: Ouverture zu "Coriolan"; Violinkonzert D-dur; 2. Symphonie)
- 17.30 Uhr, Konzerthaus, Großer Saal: Musikalische Jugend Österreichs: 1. Konzert im Jazz-Zyklus "The Modern Jazz Quartet"
- 20.00 Uhr, Konzerthaus, Großer Saal: Musikalische Jugend Österreichs - Intereuropa Produktion: "Stars von heute" - "The Modern Jazz Quartet"

- - -

Rundfahrten "Neues Wien"

=====

21. Oktober (RK) Samstag, den 23. Oktober, Route 4 mit Verkehrsbauwerk Schottentor mit Tiefgarage, Zentrale der Wasserwerke mit Vortrag über die Wasserversorgung Wiens, Ausbau des Mariahilfer Gürtels, Baustelle Matzleinsdorfer Gürtel, Krankenhaus Rudolfsstiftung, Assanierung Alt-Erdberg, Ausgestaltung der Donaukanalufer und Verkehrszentrum Landstraße sowie sonstigen städtischen Anlagen und Einrichtungen. Abfahrt vom Rathaus, 1, Lichtenfelsgasse 2, um 13 Uhr.

- - -

Wien hat ein drittes Zentralberufsschulgebäude
=====Handwerk und Gewerbe müssen gerüstet in die Zukunft gehen

21. Oktober (RK) Heute vormittag bei der Eröffnung des dritten Zentralberufsschulgebäudes in Meidling ergriffen Bürgermeister Bruno Marek und Stadtrat Hans Mandl das Wort.

Der Amtsführende Stadtrat für Kultur, Volksbildung und Schulverwaltung, Hans Mandl, führte in seiner Rede aus:

Vorläufiger Abschluß in der Entwicklung des gewerblichen Berufsschulwesens

"Wir haben uns hier versammelt, um ein Schulgebäude seiner Bestimmung zu übergeben, das nicht nur das größte und modernste ist, das die Stadt Wien errichtet hat, sondern das auch seiner Bestimmung gemäß einen gewissen Abschluß in der Entwicklung und Neuordnung des gewerblichen Berufsschulwesens darstellt. Die Wiener Berufsschulen haben im zweiten Weltkrieg durch direkte und indirekte Kriegseinwirkungen außerordentlich gelitten. Nach 1945 haben Schulverwaltung, Berufsschullehrer und Schüler sofort begonnen, die ärgsten Schäden zu beheben, die durch Bombeneinwirkungen und Kriegsereignisse entstanden waren. Bis 1950 war das erste Zentralberufsschulgebäude in der Mollardgasse, das acht Bombentreffer aufwies, wieder instandgesetzt, und in den folgenden Jahren bemühten wir uns, Zug um Zug die übrigen Berufsschulen auf modernsten Stand zu bringen und den Erfordernissen der heutigen Zeit anzupassen. Neu entstanden die Berufsschule für Fleischer auf dem Gelände des Zentralviehmarktes in St. Marx und die Berufsschule für Friseure in der Reindlgasse, im 14. Bezirk. Die Baugewerbeschule in Kagran wurde erweitert und der daneben liegende 17.000 Quadratmeter große Schulgarten durch die Stadtgardendirektion vorbildlich gestaltet. Neue Räume und vor allem Betriebsstätten für den praktischen Unterricht erhielten die Berufsschule für das Gastgewerbe in der Kurrentgasse, die Schule für Bäcker in der Mollardgasse und die Schulen für Fotografen und Drogisten in der Hütteldorfer Straße.

Trotz dieser Arbeiten war es offenkundig, daß Wien mit den beiden bestehenden Zentralberufsschulen auf die Dauer nicht das Auslangen werde finden können.

Sind in der Mollardschule im wesentlichen die Lehrlinge der metallverarbeitenden Gewerbe und in der Schule Hütteldorfer Straße die der holzverarbeitenden und graphischen Gewerbe untergebracht, so waren bisher die Lehrlinge der 19 textilverarbeitenden Gewerbe, wie zum Beispiel Schneider, Wäschnäher, Hutmacher, Leber, Wirker, auch Schuhmacher, Kürschner, usw. auf sechs uralte, in Wien verstreut gelegene ehemalige Volksschulgebäude aufgeteilt. Auch die einzige gewerbliche Fachschule der Stadt Wien für Damenkleidermacher und Wäschnäher war unzulänglich in einem Volksschulgebäude in der Sperrgasse untergebracht.

Ordnung im Schulsektor Textilgewerbe

So entschloß sich die Stadtverwaltung, auch unter Berücksichtigung eines Bedarfes für das kommende neunte Schuljahr, ein drittes Zentralberufsschulgebäude zu bauen und damit die langsam unhaltbar gewordenen Zustände auf dem Sektor des Textilgewerbes zu sanieren. Der Wiener Gemeinderat hat dann mit Beschluß vom 20. Mai 1960 die Errichtung eines dritten Zentralberufsschulgebäudes grundsätzlich genehmigt. Anfangs schien es fast unmöglich, einen günstigen Bauplatz für das neue Haus ausfindig zu machen. Nach längerem Suchen konnten wir im 12. Bezirk dieses cirka 27.000 Quadratmeter große Gelände ausfindig machen. Allerdings sah es hier damals noch wesentlich anders aus als jetzt. Auf dem Gelände befand sich die Heizwerkstätte der Magistratsabteilung 32, zum größten Teil noch in Objekten, die im ersten Weltkrieg 1916 für die Heeresentlausungsanstalt errichtet worden waren. Die Baracken boten inmitten der modernen Wohnhausanlagen wahrlich keinen schönen Anblick. Im Jänner 1963 waren alle Freimachungsschwierigkeiten behoben, es wurde mit dem Aushub begonnen und im Juni des gleichen Jahres die feierliche Grundsteinlegung durch unseren damaligen Bürgermeister und jetzigen Bundespräsidenten Franz Jonas vorgenommen.

War die Grundstückssuche schon schwierig gewesen, so war es die Erstellung des Raum- und Funktionsprogrammes und die Festlegung der Detailplanung nicht weniger. Mußte doch bei Klassen- und Werkstättenräumen auf eine möglichst universelle Verwendbarkeit Bedacht genommen werden.

Die hier untergebrachten Schulen und Gewerbe unterliegen außerordentlich stark modischen Einflüssen und Umfang der Schule und Schülerzahlen sind weitgehend dem modischen Diktat unterworfen. Ob zum Beispiel unsere Damen Hüte tragen, oder ob diese gar mit Kunstblumen geschmückt werden, ist von wesentlichem Einfluß auf die Größe der Schule für Hutmacher und Kunstblumenerzeuger.

Die Pläne der Schule wurden in zweijähriger Arbeit von den Architekten Dipl.-Ing. Adolf Ellinger, Professor Dipl.-Ing. Hermann Kutschera und Dipl.-Ing. Alexander Letscheff erstellt, und ich danke den drei Herren für ihre ausgezeichnete Leistung und Bereitschaft, sich den Bedürfnissen der Schule anzupassen, ohne die eigene Grundidee aufzugeben.

In Hinblick auf das neunte Schuljahr

Für den Bau sind nicht weniger als 100 Millionen Schilling veranschlagt, doch hoffen wir, unter dieser Summe bleiben und einige Millionen ersparen zu können. Die Kosten der Einrichtung, der Maschinen und der Geräte werden sich auf insgesamt etwa vier Millionen Schilling belaufen. Ich danke bei diesem Anlaß auch den sieben Firmen, die den Schulen Maschinenbestände leih- oder geschenkwise zur Verfügung gestellt haben.

Ich glaube, daß diese Mittel gut angelegt sind. Abgesehen davon, daß nun endlich alle Berufsschulen der textilverarbeitenden Gewerbe ein eigenes Heim haben werden und auch die städtische Fachschule für Damenkleidermacher, hierher verlegt wird, werden ab dem Schuljahr 1966/67 auch die Schülerinnen des neunten, **polytechnischen** Unterrichtsjahres aus sechs Bezirken hier untergebracht sein.

Mit der Eröffnung dieses dritten Zentralberufsschulgebäudes ist die Schulraumnot der gewerblichen Berufsschulen saniert und so glaube ich, behaupten zu dürfen, vorbildlich für ganz Europa geordnet. Die 30 gewerblichen Berufsschulen, die in diesem Schuljahr von fast 20.000 Schülern in über 600 Klassen besucht werden, sind nun entweder in Neubauten oder in völlig renovierten Schulgebäuden untergebracht.

Zur endgültigen Krönung des Aufbauwerkes der Wiener Berufsschulen wird es jedoch noch der Errichtung eines vierten Zentralberufsschulgebäudes für die kaufmännischen Berufsschulen bedürfen. Diese acht Schulen mit rund 9.000 Schülern und 280 Klassen sind noch immer in acht verschiedenen alten Schulgebäuden untergebracht.

Gerade in unserer Zeit - in der die Sucht nach raschem Geldverdienen den Trend zum ungelernten Hilfsarbeiter fördert - müssen wir alles tun, um unserer Jugend eine gediegene Berufsausbildung zu ermöglichen."

Nach kurzer Schilderung des Bauwerkes selbst und Dankesworten an den Finanzreferenten Vizebürgermeister Slavik, Baustadtrat Heller und den Beamten des Stadtbauamtes, den planenden Architekten, den Beamten des Stadtschulrates und des Schulamtes sowie die am Bau beteiligten Firmen schloß Stadtrat Mandl seine Rede.

Strukturwandel des Arbeitsmarktes

Hierauf hielt Bürgermeister Bruno Marek die Festansprache: "Die gewaltige Entwicklung, die Technik und Weltwirtschaft in den vergangenen Dezennien durchgemacht haben, lassen das Wort von der 'zweiten industriellen Revolution' des 20. Jahrhunderts durchaus berechtigt erscheinen. Unauffälliger, aber doch außerordentlich bedeutsam, vollzieht sich neben und mit diesen Entwicklungsprozeß auch ein Strukturwandel des Arbeitsmarktes. Der Fortschritt der Technik bringt nämlich einen wachsenden Trend zur Spezialisierung. In dem Maß, als Geräte und Arbeitsvorgänge komplizierter werden, müssen auch die Kenntnisse der in den Arbeitsprozeß eingegliederten Menschen tiefer und umfassender werden.

Die logische Folge dieser Tendenz ist der Zug zur Konzentration, zum Zusammenschluß und zur Bildung von Arbeitsgemeinschaften, innerhalb derer alle notwendigen Spezialgebiete ausreichend vertreten sind. Dies brachte die Gründung der großen Konzerne mit sich, ohne die unser Wirtschaftsleben heute nicht mehr denkbar ist.

Die Tendenz zur Spezialisierung hat aber interessanterweise auch eine andere Seite. Sie fördert nämlich auch die Neuentstehung

von Klein- und Mittelbetrieben und hilft dem Gewerbe, das die Zeichen der Zeit versteht, sich zu behaupten. Freilich ist dabei eine ständige Umschichtung notwendig. So hat beispielsweise die Motorisierung bestimmte Gewerbe, wie Hufschmiede oder Wagner weitgehend eliminiert. Andererseits aber entstanden gerade durch die Motorisierung zahllose neue Handwerksbetriebe, wie Kraftfahrzeugmechaniker, Kraftfahrzeugelektriker usw. Ähnliches gilt auch für die Textilbranche: Während das traditionsreiche Weber- oder Färbergewerbe durch die moderne Textilindustrie abgelöst wurde, hat der steigende Lebensstandard unseres Jahrhunderts zu einer Vermehrung jener handwerklichen Betriebe geführt, die sich mit der Kleidermode, aber auch mit den dekorativen Accessoires unseres Lebens, wie handgewebten Dekorationsstoffen oder Teppichen beschäftigen. Gewerbe und Handwerk sind also in unserem Jahrhundert nicht nur durchaus lebensfähig, sondern haben die besten Zukunftschancen, wenn sie elastisch genug sind, sich den Bedürfnissen der Zeit anzupassen, um wirklich zu jenen Spezialisten zu werden, die die Zeit braucht.

In Wien mehr als 37.000 Familienbetriebe

Einige Zahlen mögen dies illustrieren: Bei der letzten Betriebszählung im Jahre 1959 wurden in Wien 39.646 Unternehmungen registriert. Davon waren 37.305 oder 41,6 Prozent reine Familienbetriebe ohne unselbständig Beschäftigte. 41.889 Betriebe, das sind 46,3 Prozent aller Unternehmungen, waren Kleinbetriebe mit ein bis neun Beschäftigten. Nur 5,6 Prozent aller Betriebe verzeichneten zehn bis neunzehn Arbeitnehmer und 4,9 Prozent zählten zu den Mittelbetrieben mit 20 bis 99 Beschäftigten. Nur 1,1 Prozent aller Unternehmungen waren Großbetriebe mit mehr als 100 Beschäftigten.

Das zeigt, daß trotz Industrialisierung, Mammutkonzernen und großräumigen Wirtschaftsgebieten die Tage des Klein- und Mittelbetriebes keineswegs gezählt sind. Die österreichische Statistik wird nämlich in ihren Ergebnissen auch durch die Verhältnisse in den klassischen Industrieländern bestätigt. So wachsen in den Vereinigten Staaten jährlich rund 50.000 gewerbliche Betriebe zu, während nur etwa 15.000 aus dem Wirtschaftsprozess ausscheiden.

In der gleichfalls hochindustrialisierten Bundesrepublik Deutschland dominiert ebenfalls der Kleinbetrieb.

Freilich dürfen Handwerk und Gewerbe deshalb nicht ungerüstet in die Zukunft gehen. Schon die erste industrielle Revolution in der Mitte des vorigen Jahrhunderts hat es deutlich gemacht, daß man in der Zeit des technischen Fortschritts mit der Meisterlehre allein nicht auskommen kann. In Österreich wurden deshalb schon 1857 eigene Gewerbeschulen auf freiwilliger Basis gegründet, die allerdings noch kaum über fachlich vorgebildete Lehrer, zweckentsprechende Lehrpläne und geeignete Schulräume verfügten. Der große Aufschwung des Berufsschulwesens in Wien erfolgte nach dem ersten Weltkrieg durch das Fortbildungsschulgesetz des Jahres 1923. 1926 wurde dann das zweite Zentralberufsschulgebäude in der Hütteldorfer Straße errichtet.

Wir brauchen vollwertige Fachkräfte

Heute, mitten in der 'zweiten industriellen Revolution', ist eine solide fachliche Ausbildung für möglichst viele junge Menschen wohl noch wichtiger. Nicht nur die Eltern, sondern auch die Jugend selbst soll erkennen, daß es nur eine gefährliche Verlockung ist, wenn der schulentlassenen Jugend ein hoher Hilfsarbeiterlohn winkt, und sie deshalb keine weitere Berufsausbildung mehr auf sich nehmen will, um möglichst rasch zu verdienen. Unser Land und unsere Heimatstadt Wien brauchen vollwertige Fachkräfte auf allen Lebensgebieten! Die Stadt Wien trägt das Ihre dazu bei, um ihrer Jugend die nötige Ausbildung zu ermöglichen. Dieses stattliche Schulgebäude ist dafür der beste Beweis.

Dank an Hans Mandl

Wenn das Wiener Berufsschulwesen heute mit Recht als vorbildlich bezeichnet werden kann, so ist das nicht zuletzt jenem Manne zu verdanken, der seit vielen Jahren sein ganzes Herz an diese Sache gewendet hat. Es ist dies unser allseits geschätzter Stadtrat Hofrat Hans Mandl, dessen Name mit dem Schulwesen unserer Stadt stets untrennbar verbunden bleiben wird.

./.

Unmittelbar nach den schrecklichen Jahren des zweiten Weltkrieges hat er bereits seine ganze Kraft für den Aufbau des Schulwesens eingesetzt und als provisorischer Bezirksschulinspektor für Ottakring Hervorragendes geleistet. Noch 1945 wurde er dem Landesschulinspektor für die gewerblichen Berufsschulen zur Seite gestellt und im November 1946 mit der pädagogisch-didaktischen Inspektion dieser Anstalten betraut. Ihm ist die umfassende Neuorganisierung des Wiener Berufsschulwesens zu verdanken, das früher von einem Fortbildungsschulrat betreut, nun aber der städtischen Schulverwaltung eingegliedert wurde. Darüber hinaus war er der Gründer der sogenannten Schulgemeinde, die noch heute wertvolle Erziehungsarbeit leistet. Als Hans Mandl 1949 Stadtrat für Kultur und Volksbildung wurde, hat er die Verbindung zur Berufsschule stets aufrecht erhalten. 1954 wurde die Schulverwaltung der Geschäftsgruppe von Stadtrat Mandl unterstellt und nun konnte er seine reiche Berufserfahrung direkt in den Dienst des Berufsschulwesens stellen. Dieses imposante dritte Zentralberufsschulgebäude, das wir heute eröffnen, darf wohl als einer der Höhepunkte im Schaffen Hans Mandls bezeichnet werden und krönt in eindrucksvoller Weise seine unermüdliche und rastlose Arbeit für das Wiener Berufsschulwesen.

So möchte ich an das Ende meiner Ausführungen den Dank an alle beteiligten Stellen und Firmen, den Stadtrat Mandl bereits ausgesprochen hat, den Dank an ihn selber voranstellen und ihm im Namen hunderttausender ehemaliger und zukünftiger Wiener Schüler die Anerkennung für seine großartigen Leistungen aussprechen.

Ich kann dieser dritten Zentralberufsschule für die Zukunft nichts Besseres wünschen, als daß in ihren Mauern stets im Geiste Hans Mandls unterrichtet werden möge. Damit erkläre ich das dritte Zentralberufsschulgebäude für eröffnet!"

Der Bericht über die feierliche Eröffnung des dritten Zentralberufsschulgebäudes erscheint heute in unserer zweiten Ausgabe.

Modeschule Hetzendorf feiert Staatsfeiertag mit großer Einladung
=====

21. Oktober (RK) Der österreichische Staatsfeiertag am 26. Oktober wird von der Modeschule der Stadt Wien im Rahmen einer internationalen Veranstaltung besonders festlich begangen werden. Die Teilnehmer des diesjährigen internationalen Kongresses der Fluggesellschaften, der von der IATA nach Wien einberufen wurde, werden sich am Vormittag im Hetzendorfer Schloß einfinden und dort in den aus Anlaß des Staatsfeiertages besonders geschmückten Festräumen einer Modeschau beiwohnen. Es handelt sich um mehr als 250 Persönlichkeiten, für die auch eine größere Entwurfsausstellung von der Schuldirektion vorbereitet wird. Die Modevorführung selbst sind für 9 und 11 Uhr anberaumt.

Am Nachmittag des 26. Oktober versammeln sich die Schülerinnen mit dem Lehrkörper nochmals in den Festräumen, um durch eine interne Feierstunde auf die Bedeutung des Tages hingewiesen zu werden.

Geehrte Redaktion!

Sie sind herzlich eingeladen, zu den Modevorführungen in Hetzendorf am Staatsfeiertag, dem 26. Oktober, Berichterstatter und Fotoreporter zu entsenden.

- - -

Pensionistenklub-Besucher und Gemeindeurlauber feiern Wiedersehen
=====

Rendezvous im Wiener Konzerthaus

21. Oktober (RK) Anlässlich der Eröffnung der Pensionistenklubs und zum Abschluß der diesjährigen Urlaubsaktion hat Bürgermeister Bruno Marek alle Urlauber und alle Besucher der Pensionistenklubs zu einem "Rendezvous im Wiener Konzerthaus" am Montag, den 25., Dienstag, den 26., Mittwoch, den 27. und Donnerstag, den 28. Oktober, jeweils um 15 Uhr, eingeladen.

Für diese Nachmittage, die im vergangenen Jahr ihre "Premiere" hatten, hat Peter Hey das Programm gestaltet. Prominente Künstler wie Hedy Fassler (Volksoper), Relly Gmeiner, Steffi Pohl, Vera Swoboda, Alfred Böhm (Theater in der Josefstadt), Adolf Dallapozza (Staatsoper), Josef Menschik, Herbert Prikopa (Volksoper), Prof. Jaro Schmid, und die Vienna-Singers werden die Gäste unterhalten. Für die musikalische Untermalung sorgt das Wiener Konzertsorchester unter Prof. Eduard Macku. Bürgermeister Bruno Marek und Stadtrat Maria Jacobi werden die Gäste begrüßen.

In diesem Jahr konnten 2.374 Befürsorgte der Stadt Wien einen vierzehntägigen Erholungsaufenthalt verbringen. Seit Beginn der Urlaubsaktion im Jahre 1952 haben 34.516 Personen einen Urlaub in schöner Umgebung erlebt.

Die 97 Pensionistenklubs (im Vorjahr 92), wurden am 11. Oktober eröffnet; rund 5.700 Wiener Pensionisten haben hier die Möglichkeit, die Winternachmittage in fröhlicher Gemeinschaft zu verbringen. Den Besuchern stehen Tageszeitungen, Bildzeitschriften und Bücher zur Verfügung, aber auch verschiedene Gesellschaftsspiele, Tonfilmvorführungen und Vorträge über die verschiedensten Wissensgebiete sorgen für Abwechslung.

Gehrte Redaktion!

Sie sind herzlich eingeladen, zum Rendezvous im Wiener Konzerthaus Berichterstatter und Fotoreporter zu entsenden. Eintrittskarten zu diesen Veranstaltungen stellt ihnen die Pressestelle auf Wunsch gerne zur Verfügung.

- - -

Bei der Neuplanung der Märkte:

Trennung Fleisch- und Gemüsegroßmarkt wird erwogen
=====

21. Oktober (RK) Stadtrat Dr. Brutscher berichtete heute im Gemeinderatsausschuß für Wirtschaftsangelegenheiten über neue Vorschläge für die Planung der beiden neuen Großmärkte. Die bisherige Planung ging dahin, sowohl Fleischgroßmarkt als auch den derzeit auf dem Naschmarkt und anderwärts befindlichen Gemüse- und Obstgroßmarkt auf einem gemeinsamen Gelände in St. Marx zu errichten. Nach den neuesten Erkenntnissen scheint es jedoch jetzt wirtschaftlicher zu sein, eine Trennung vorzunehmen. Der Fleisch- und Viehgroßmarkt sowie die Schlachthöfe sollen nach St. Marx kommen, der Obst- und Gemüsegroßmarkt jedoch an einen besseren Platz im Süden Wiens, der eine ruhige Abwicklung des Marktverkehrs garantiert, über einen guten Bahnanschluß verfügt und auch für den Lastwagenverkehr günstig liegt. Außerdem stehen dort die Gründe der Gemeinde Wien weitgehend zur Verfügung.

Die Einsparung durch diese Trennung der Großmärkte wird einen erheblichen Teil der Baukosten ausmachen, der seinerzeit auf über eine Milliarde geschätzt wurde. Auch ein Ausbau in verschiedenen Stufen ist in Erwägung gezogen.

Sanierung des Kühlhauses in St. Marx

Stadtrat Dr. Brutscher berichtete dem Gemeinderatsausschuß X auch, daß zur Sanierung des städtischen Kühlhauses in St. Marx die Angebote für neue Kältemaschinen durch die zuständige Bauabteilung bereits angefordert wurden. Sie sollen bis Monatsende vorliegen, so daß in nächsten Sommer die einwandfreie Kühlung der eingelagerten Fleischwaren zu erwarten ist.

- - -

Heinrich Schoof zum Gedenken

=====

21. Oktober (RK) Auf den 23. Oktober fällt der 100. Geburtstag des Chordirigenten und Komponisten Heinrich Schoof.

Er wurde in Wien geboren und studierte am Konservatorium Musik. Nach bewegten Wanderjahren debütierte er als Kapellmeister im Mödlinger Sommertheater und übernahm später die musikalische Leitung des Thalia-Theaters im Ottakringer Arbeiterheim. Die Berührung mit der sozialistischen Arbeiterbewegung wurde für sein Leben entscheidend. Als Pionier der musikalischen Volksbildung war Schoof einer der ersten Chorleiter der Wiener Arbeiterchöre. Er leitete verschiedene gemischte Chöre und seit 1903 30 Jahre hindurch den Arbeitergesangsverein "Freie Typographia", der unter seiner Führung eine anerkannte Position im Wiener Musikleben eroberte. Sein besonderes Verdienst bleibt es, den Arbeiterchören die großen Werke der musikalischen Weltliteratur erschlossen zu haben. Schoof gründete auch den ersten Wiener Arbeiterkinderchor. In weitesten Kreisen bekannt, wurde er durch die Vertonung des Kinderfreundliedes "Wir sind jung und das ist schön". Schoof stand in allen Körperschaften der österreichischen Arbeitersängerbewegung an hervorragender Stelle und war Redakteur der Arbeitersängerzeitung, ferner Vorstandsmitglied und Ehrenpräsident des österreichischen Musikerbundes. In Anerkennung seiner besonderen Leistungen im Dienste einer großen Gemeinschaft wurde ihm anlässlich seines 60. Geburtstages der Professortitel und das Bürgerrecht der Stadt Wien verliehen. Am 18. Juli 1939 ist er in Wien gestorben. Seine Beerdigung fand auf dem Ottakringer Friedhof statt.

- - -

Ein Schwesternheim für die Kinderklinik Glanzing
=====

21. Oktober (RK) Dem Bauausschuß des Wiener Gemeinderates lag gestern ein Antrag auf Abänderung des Bebauungsplanes für das Gebiet zwischen Glanzinggasse und Raffelspergergasse im 19. Gemeindebezirk vor.

In diesem Areal liegt die städtische Kinderklinik Glanzing. Der nördliche Teil des zu der Klinik gehörigen Grundstücks soll nun als Bauplatz für öffentliche Zwecke gewidmet werden, weil hier die Errichtung eines viergeschossigen Schwesternheimes beabsichtigt ist. Ein solches Schwesternheim gehört schon lange zu den dringenden Notwendigkeiten der renommierten Wiener Kinderklinik.

Der Antrag wird dem Stadtsenat und Gemeinderat zur endgültigen Beschlußfassung vorgelegt werden.

- - -

Größtes Schulgebäude der Zweiten Republik offiziell eröffnet
=====

21. Oktober (RK) Heute vormittag wurde das dritte Zentralberufsschulgebäude der Stadt Wien in Meidling, Malfattigasse-Längenfeldgasse, durch Bürgermeister Marek offiziell seiner Bestimmung übergeben. Zu der feierlichen Eröffnung hatten sich im Großen Festsaal der neuen Schule Hunderte von Ehrengästen eingefunden, die von einem Mädchenchor der Fachschule der Stadt Wien für Damenkleidmacher musikalisch begrüßt wurden. Bezirksvorsteher Hradil konnte unter den Ehrengästen Bürgermeister Marek, die Vizebürgermeister Slavik und Dr. Drimmel, die Stadträte Heller, Mandl und Pfoch sowie Stadtschulratspräsidenten Dr. Neugebauer willkommen heißen. Über besondere Einladung von Bürgermeister Marek hatte sich auch der an Schulfragen besonders interessierte japanische Botschafter in Wien, Shinsaku Hogen, eingefunden.

Der Bezirksvorsteher hob hervor, daß der Festsaal der neuen Schule nunmehr der größte Saal in Meidling ist und auch viele außerschulische kulturelle Veranstaltungen ermöglichen wird, die bisher hier keine Heimstätte finden konnten. Er sprach dafür der Stadtverwaltung im Namen aller Meidlinger den Dank aus.

Traditionelle Schulfreundlichkeit der Stadt Wien

Darauf ergriff der Amtsführende Stadtrat für Kultur, Volksbildung und Schulverwaltung Hans Mandl das Wort ("Rathaus-Korrespondenz", Blatt 2733 bis 2736). Nach ihm sprach der Amtsführende Präsident des Wiener Stadtschulrates, Nationalratsabgeordneter Dr. Neugebauer. Er bezeichnete das Gebäude als sichtbaren Ausdruck der traditionellen Schulfreundlichkeit der Stadt Wien. Das große Augenmerk, das Wien den Schulen zuwendet, sei deshalb besonders erwähnenswert, weil eine Stadtverwaltung auch andere große Aufgaben hat, wie Verkehrsbauwerke, Krankenhäuser und vieles andere. Dennoch rangiere der Schulbau in Wien weit vorne, was die Eltern, die Schüler und ihre Lehrer besonders zu schätzen wüßten. Was für das Schulwesen

allgemein gilt, daß die Schule hinter dem Leben nicht zurückbleiben darf, habe für die Berufsschule eine besondere Bedeutung. Hier dürfe nichts veraltet sein, weil die Lehrlinge sonst den Anforderungen des Berufslebens nicht gewachsen seien. Tatsächlich weisen die in den letzten Jahren entstandenen Berufsschulen in ihren Einrichtungen den neuesten Stand der Technik auf. Die dafür aufgewendeten Mittel seien keine Fehlinvestitionen. Die regelmäßig veranstalteten Ausstellungen von Arbeiten der Wiener Berufsschüler sowie die ständige Ausstellung in der Hütteldorfer Straße zeigen, daß hier das Beste geleistet wird, was geleistet werden kann.

Das "Lehrerherz" bewahren

Abschließend sprach Dr. Neugebauer im Namen des Stadtschulrates und der gesamten Wiener Lehrerschaft der Stadtverwaltung den Dank für ihre schulfreundliche Haltung aus. Er wandte sich dabei besonders an Stadtrat Mandl, mit dessen Namen alle neuen Schulbauten nach 1945 verknüpft sind. Er habe sich sein "Lehrerherz" bewahrt, als er in den Stadtsenat einzog, und darum auch das großartige Renovierungsprogramm für alle alten Schulen ins Leben gerufen. Wenn heute Besucher der Stadt eine Schule sehen wollen, brauche man sie nicht mehr in ausgewählte Gebäude zu führen, sondern es kann jede einzelne Schule gezeigt werden, ohne daß man sich ihrer zu schämen brauche.

Schließlich trat Bürgermeister Marek ans Rednerpult und übergab nach seiner Festansprache ("Rathaus-Korrespondenz", Blatt 2736 bis 2739) das dritte Zentralberufsschulgebäude offiziell seiner Bestimmung.

Im Anschluß an die Eröffnungsfeier wurden den Ehrengästen die Räumlichkeiten des Gebäudes und deren Einrichtungen bei laufendem Schulbetrieb gezeigt. Heute nachmittag hat die Wiener Bevölkerung Gelegenheit, die neue Schule im Rahmen eines "Tages der offenen Tür" zu besichtigen.

Technischer Bericht

Der größte und modernste Schulneubau der Zweiten Republik wurde auf einem zentral gelegenen, 27.000 Quadratmeter großen Grundstück zwischen Längenfeldgasse, Malfattigasse und Steinbauergasse auf dem Gelände der ehemaligen Heizwerkstätte der Stadt Wien errichtet. Die verbaute Fläche beträgt 5.600 Quadratmeter. Der Komplex umfaßt vier Teile: einen Klassen- und Werkstättentrakt, einen Saaltrakt mit Fest- und Turnsaal, das Verwaltungsgebäude und den Trakt mit den Dienstwohnungen. Diese Baulichkeiten umschließen einen 2.500 Quadratmeter großen Pausenhof, der von einem Kunststeinbrunnen geschmückt wird. Überdachte Gänge verbinden die einzelnen Gebäudeteile, die von geschmackvoll ausgestalteten Grünflächen umgeben sind. Außerdem ist ein 6.500 Quadratmeter großer Sportplatz vorhanden, der ebenso wie der Turnsaal fallweise auch anderen Schulen aus der Umgebung zur Verfügung stehen wird. Es gibt auch Parkplätze für 50 Autos und 100 Mopeds.

Der Haupttrakt umfaßt 25 Klassenzimmer für den theoretischen Unterricht, 17 Lehrwerkstätten, die Direktions- und Lehrerzimmer sowie die notwendigen Lehrmittel- und Materialräume. Bemerkenswert ist die technische Ausstattung der Lehrwerkstätten. Hier werden Weber, Schneider, Hutmacher, Schuhmacher, Wäschenäher, Posamentierer und verwandte Berufe auf die denkbar modernste und pädagogisch zweckmäßigste Weise ausgebildet. Maschinen, wie Webstühle aller Art, Knüpfrahmen oder verschiedene Nähmaschinen machen die Lehrlinge mit dem Grundsätzlichen ihrer zukünftigen beruflichen Tätigkeit vertraut. Aber auch einige hypermoderne Apparaturen sind vorhanden, wie etwa die "Raketenspulmaschine", von der es in Österreich derzeit nur zwei Exemplare gibt, davon eines hier in Meidling.

Den Schülern stehen weiters große und freundliche Pausenräume und ein Buffet zur Verfügung. Erwähnenswert ist, daß die übrigen Wiener Berufsschulen tatkräftig bei der Ausgestaltung des neuen Gebäudes mitgeholfen haben. So stammt der Brunnen

im Pausenhof von Wiener Steinmetzlehrlingen. Auch andere Details sind Werke von Berufsschülern für ihre Kollegen der Textilbranchen.

Der Festsaal, der 532 Sitzplätze hat, ist auch für Film- und Theateraufführungen eingerichtet. Auch Tanzveranstaltungen können hier durchgeführt werden, da die Sessel demontabel und stapelbar sind. Die Turnhalle, die die Durchführung größerer sportlicher Wettkämpfe gestattet, besitzt eine Zuschauergalerie.

Wiens Kulturleistungen: Hundert Millionen für eine Schule

Bei Großveranstaltungen in Wien kann das Haus auch als Massenquartier Verwendung finden, weil mehr sanitäre Anlagen und Nebenräume vorhanden sind, als dies sonst bei Schulen der Fall ist. Das Gebäude enthält beispielsweise 173 Waschtische, 90 Klosettanlagen, 15 Brausenischen und vier Fußbadebecken. Es gibt auch eine große Schulküche, da auch einzelne Berufsschulen der textilverarbeitenden Gewerbe im ersten Jahr in hauswirtschaftlichen Gegenständen unterrichtet werden. Das Gebäude verfügt über drei Personen- und Lastenaufzüge, eine Fernsprecher-, eine Lautsprecher- und eine Signalanlage und wird zentral beheizt.

Mit dem Bau wurde am 3. Dezember 1962 begonnen. Er konnte in 706 Arbeitstagen fertiggestellt werden. Der gesamte Komplex mit 71.467 Kubikmeter umbauten Raumes erforderte rund 100 Millionen Schilling.

- - -

Gnadenhochzeit und Eiserne Hochzeit am gleichen Tag:Floridsdorfer Ehepaar feiert 70., Favoritner Ehepaar 65. Hochzeitstag
=====

21. Oktober (RK) Zum sechsten Mal in der Geschichte unserer Stadt feiert heute ein Wiener Ehepaar die Gnadenhochzeit: Franz und Hermine Hajek aus der Baumergasse 21 in Floridsdorf sind seit 70 Jahren verheiratet. Am heutigen Tag aber gibts in Wien noch eine zweite "hohe" Hochzeitsfeier: Johann und Anna Boublik aus der Laaer Berg-Straße 168 im 10. Bezirk sind seit 65 Jahren verheiratet und begehen somit die Eiserne Hochzeit. Bürgermeister Bruno Marek fand sich heute vormittag in den Wohnungen der beiden Jubelpaare ein, um im Namen der Wiener Stadtverwaltung zu gratulieren.

Beim Ehepaar Hajek in Floridsdorf wies der Bürgermeister darauf hin, wie selten es einem Ehepaar vergönnt ist, die Gnadenhochzeit zu feiern. Bisher waren nur fünf solche Hochzeiten in den Annalen Wiens verzeichnet. Alle wurden übrigens erst in den Jahren seit 1957 gefeiert; und heuer ist es gar schon die dritte. Für Bürgermeister Marek allerdings, der dem Paar mit herzlichen Glückwünschen einen riesigen rot-weißen Nelkenstrauß überreichte, war es die erste Gnadenhochzeit, die er als offizieller Gratulant miterlebte. Im Namen der Floridsdorfer Bevölkerung gratulierte Bezirksvorsteher Emerling und überreichte dem Jubelpaar die Ehrengeschenke der Stadt Wien.

"Wenn uns jemand fragt, ob wir noch ein bisserl auf Erden bleiben wollen, dann sagen wir beide begeistert ja!", sagte der 93jährige ehemalige Dreher Franz Hajek, als der Bürgermeister dem Jubelpaar noch recht viele Jahre in Zweisamkeit und Gesundheit wünschte. Seine Gattin ist, wie er feststellte, "noch jünger" als er: im nächsten Monat feiert sie ihren 90. Geburtstag. "Wenig essen, wenig trinken, wenig rauchen" - das ist das Rezept Franz Hajeks fürs Jungbleiben beim Altwerden. Und so sind beide Ehepartner wirklich jung geblieben. Seit 50 Jahren haben sie einen Schrebergarten, den sie auch heute noch zum Teil selbst bestellen. Wie die Familienmitglieder erzählten, bestieg Herr Hajek, der noch immer aktiv im Schrebergartenverein mitarbeitet, erst dieser Tage in seiner Wohnung die Leiter, um die Fensterrahmen zu lackieren.

Franz und Hermine Hajek sind beide in Reichenberg in der Tschechoslowakei geboren, leben aber schon seit dem Jahr 1890 in Wien. Von den sieben Kindern des Ehepaars sind heute leider nur mehr drei am Leben.

Vor seinem Besuch in Floridsdorf fand sich Bürgermeister Marek in der Wohnung des Eisernen Hochzeitspaars Johann und Anna Boublik in Favoriten ein, um die Glückwünsche der Stadtverwaltung zu überbringen. Im Namen der Bezirksbevölkerung gratulierte Bezirksvorsteher Wrba, der auch die Ehrengeschenke der Stadt Wien überreichte. Das Eiserner Hochzeitspaar erhielt vom Bürgermeister einen großen rot-weißen Nelkenstrauß mit den besten Wünschen für die Zukunft.

Auch Johann und Anna Boublik sind in der Tschechoslowakei geboren; der Jubilar, der früher Bediensteter der Bundesbahn war, feiert im nächsten Jahr seinen 90. Geburtstag, seine Gattin ist 84 Jahre alt. Seit 1890 leben die beiden in Wien. Von den acht Kindern des Ehepaars sind leider nur mehr vier am Leben. Zur großen Familie gehören sieben Enkelkinder und zehn Urenkelkinder.

- - -

Gehrte Redaktion!

=====

Morgen, Freitag, den 22. Oktober, wird Bürgermeister Bruno Marek die erste in Wien aufgestellte Betatron-Bestrahlungsanlage (gegen Krebserkrankungen) in Krankenhaus Lainz besichtigen. Für diese Anlage wurde in Verbindung mit dem Pavillon III ein eigener "Bestrahlungsbunker" errichtet.

Sie sind herzlich eingeladen, Berichterstatter und Foto-reporter zur Besichtigung der fertiggestellten Anlage zu entsenden. Termin: Freitag, 22. Oktober, 11 Uhr. Ort: Krankenhaus Lainz, 13, Wolkersbergenstraße 1.

- - -

Aufruf des Wiener Bürgermeisters:Beflaggung am Staatsfeiertag
=====

21. Oktober (RK) Um dem Staatsfeiertag, den Österreich am kommenden Dienstag, dem 26. Oktober, zum erstenmal feiert, auch einen würdigen äußeren Rahmen zu geben, hat Bürgermeister Bruno Marck angeordnet, an diesem Tag alle Gebäude, in denen sich städtische Dienststellen befinden, sowie alle städtischen Wohnhäuser zu beflaggen.

Ferner hat Bürgermeister Marck auch an alle Wienerinnen und Wiener einen Aufruf erlassen, in den es heißt:

"Am 26. Oktober begeht die Bevölkerung Österreichs erstmals den von der österreichischen Bundesregierung beschlossenen Staatsfeiertag. Er soll uns an jene Sternstunde der Geschichte unseres Heimatlandes erinnern, die uns nach dunklen und schweren Jahren wieder die lang ersehnte Freiheit und Souveränität gebracht hat. Ich bitte daher alle Wienerinnen und Wiener, ihrer Anteilnahme an dem Geschick unseres Vaterlandes dadurch Ausdruck zu verleihen, daß sie ihre Häuser und Fenster an diesem Tage beflaggen."

- - -

Rindernachmarkt vom 21. Oktober

=====

21. Oktober (RK) Unverkauft vom Vormarkt: 2 Stiere, 1 Kuh, Summe 3. Neuzufuhren Inland: 1 Ochse, 10 Stiere, 9 Kühe, 12 Kalbinnen, Summe 32. Gesamtauftrieb: 1 Ochse, 12 Stiere, 10 Kühe, 12 Kalbinnen, Summe 35. Verkauft wurde alles.

Auslandsschlachthof: 1 Rind, verkauft zu 14.20 S je Kilogramm.

Marktverkehr ruhig, Hauptmarktpreise.

- - -

Schweinenachmarkt vom 21. Oktober

=====

21. Oktober (RK) Neuzufuhren Inland: 192 Stück, Bulgarien 150 Stück, Gesamtauftrieb 342 Stück. Verkauft wurde alles. Marktverkehr ruhig. Hauptmarktpreise. Bulgarische Schweine wurden verkauft zu 13.50 S je Kilogramm.

- - -

Pferdenachmarkt vom 21. Oktober

=====

21. Oktober (RK) Inland kein Auftrieb.

Auslandsschlachthof: Unverkauft vom Hauptmarkt 44 Pferde aus der UdSSR zu 8 bis 9 S je Kilogramm.

- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN. MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Freitag, 22. Oktober 1965

Blatt 2753

Anderung der Verfassung der Bundeshauptstadt Wien

=====

22. Oktober (RK) In der heutigen Sitzung der Wiener Landesregierung hat Stadtrat Bock den Entwurf des Gesetzes, mit dem die Verfassung der Bundeshauptstadt geändert wird, eingebracht. Dieser Entwurf wurde hierauf dem Präsidenten des Wiener Landtages zugeleitet. Der Wiener Landtag wird in seiner nächsten Geschäftssitzung am 29. Oktober die Verfassungsänderung behandeln.

- - -

Allerheiligen-Verkehr der Wiener Straßenbahn

=====

22. Oktober (RK) Von Mittwoch, den 27. Oktober, bis Dienstag, den 2. November, werden außer der Linie 71 nach Bedarf direkte Straßenbahnlinien und außerdem am Sonntag, den 31. Oktober, und Montag, dem 1. November, ein Autobus-Schnellverkehr vom Schottenring zum Zentralfriedhof geführt. Weiter wird am Sonntag, den 31. Oktober, und Montag, dem 1. November, die Autobuslinie 40 von ihrer Endstation über Dänenstraße-Hartäckerstraße bis zum Döblinger Friedhof verlängert. Nähere Angaben über die Linienführung und Fahrpreise sind den Anschlägen in den Straßenbahnwagen und Autobussen zu entnehmen.

Am Montag, dem 1. November, gilt auf der Straßenbahn, Stadtbahn, auf den Autobuslinien und im Gemeinschaftstarif mit der Schnellbahn der Sonntagsfahrpreis. Die Sonn- und Feiertags-Zweifahrtenkarten zu 5.50 Schilling im Tarifgebiet I oder auf den Ausnahmetarifstrecken Mauer, Lange Gasse - Mödling und Kagraner Platz - Groß-Enzersdorf sowie die Sonn- und

Feiertags-Zweifahrtenkarten für Kinder zu 50 Groschen im Tarifgebiet I und II sind an diesem Tag gültig. Die Kurz- und Teilstrecken-, Arbeitslosen-, Jugendfürsorge-, Hin- und Rückfahrtscheine sowie sämtliche Wochenkarten sind dagegen ungültig.

Auf den Strecken des Tarifgebietes II und den Aufzahlungsstrecken der Linie 64 A gilt der Drei Schilling-Fahrschein (im Vorverkauf 2.70 Schilling).

Die Vorverkaufsstellen sind an Montag, dem 1. November, von 8 bis 14 Uhr geöffnet.

"Winterbetrieb" der Höhenstraßen-Autobuslinie

Ab Montag, den 25. Oktober, fährt der letzte Wagen der Autobuslinie 21 (Grinzing-Kahlenberg) der Jahreszeit entsprechend bis auf weiteres von Grinzing über den Cobenzl auf den Kahlenberg um 20 Uhr, vom Kahlenberg über den Cobenzl nach Grinzing um 20.20 Uhr.

- - -

80. Geburtstag von Hans Leitmeier

=====

22. Oktober (RK) Am 24. Oktober vollendet der Mineraloge Univ.-Prof. i.R. Dr. Hans Leitmeier das 80. Lebensjahr.

Er wurde in Wien geboren und studierte an der Grazer Universität Mineralogie und Geologie. 1916 erfolgte an der Wiener Universität seine Habilitierung, 1938 seine Pensionierung. 1945 war er einer der ersten, die den Lehrbetrieb aufnahmen. Bis 1956 war er Ordinarius und Leiter des Mineralogisch-Petrographischen Instituts, um dessen Wiederaufbau er sich große Verdienste erwarb. Er bekleidete die Würde eines Dekans der Philosophischen Fakultät und ist Mitglied der Österreichischen Akademie der Wissenschaften. Sein spezielles Forschungsgebiet sind die mineralogenetischen Probleme. Leitmeier ist aber auch einer der besten Kenner der Alpen, ihres Aufbaues und ihrer Entstehung. Sein Hauptwerk ist die Arbeit "Einführung in die Gesteinskunde". Für die wissenschaftliche Volksbildung hat er als langjähriger Sekretär der volkstümlichen Universitätskurse gleichfalls viel geleistet.

Bürgermeister Marek und Stadtrat Mandl haben dem Jubilar in herzlichen Worten gehaltene Glückwunschsreiben übermittelt.

- - -

Karl Führich zum Gedenken

=====

22. Oktober (RK) Auf den 24. Oktober fällt der 100. Geburtstag des Chordirigenten und Komponisten Karl Führich.

Er wurde in Jannitz, Mähren, geboren und kam schon als Kind nach Wich, wo er seine Heimat fand. Er studierte an Konservatorium der Gesellschaft der Musikfreunde und war Schüler Anton Bruckners. Die Wiener Singakademie berief ihn zum Chormeister und eröffnete ihm das Fachgebiet, das seine Lebensaufgabe werden sollte. Als Nachfolger Weinzierls wurde er Regenschori der Basilika Maria Treu, eine Stellung, die er durch ein halbes Jahrhundert innehatte und der sich weitere ehrenvolle Berufungen zugesellten. Als er 1935 seinen 70. Geburtstag feierte, durfte er sich der Ehrenmitgliedschaft von 19 Gesangsvereinen rühmen. Mehrere Vereine ernannten ihn zum Ehrenchormeister. Sein eigenes kompositorisches Schaffen galt hauptsächlich dem Chorwesen. Hier waren ihm seine schönsten Erfolge beschieden. Besonders populär wurden seine Männerchöre, die sich durch melodischen Schwung, wirkungsvollen Satzbau und harmonischen Reichtum auszeichneten. Auch seine kirchlichen Kompositionen erlebten zahlreiche Aufführungen. Karl Führich stand als Nestor des Wiener Chorwesens in hohem Ansehen, erfreute sich aber auch als Mensch durch sein lebenswürdiges, bescheidenes Wesen allgemeiner Wertschätzung. Neben anderen offiziellen Anerkennungsbeweisen wurde ihm der Professortitel und das Bürgerrecht der Stadt Wien verliehen. Karl Führich ist am 30. April 1959 in Wien im 94. Lebensjahr gestorben.

- - -

Stimmen über Wien:

Wiener Musi, Wiener Müll und Wiener Massenverkehr
=====

22. Oktober (RK) In der in Nürnberg erscheinenden "Fränkischen Tagespost", Ausgabe vom 7. Oktober, bringt Fritz Schleicher unter obigem Titel einen ganzseitigen, reich bebilderten Bericht über den Besuch von 40 Aufsichtsräten der Städtischen Werke Nürnberg in der österreichischen Bundeshauptstadt. Wir bringen den Wortlaut des Artikels, der ein Beispiel dafür ist, wie Nachbarn über uns denken:

"Daß wir Bundesdeutschen von unseren österreichischen Nachbarn eine Menge lernen können (außer der sprichwörtlichen Gemütsruhe und der sagenhaften schwarz-roten Koalition), das erfuhren jüngst 40 Aufsichtsräte der Städtischen Werke Nürnberg, der EWAG und der VAG auf einer Studienreise nach Wien und Kaprun. In der Donaumetropole wandelten sie auf den Spuren Beethovens und des dritten Mannes, schauten tief in die Öfen der Müllverbrennung und in die Heurigen-Gläser in Nußdorf und ließen sich über die Wasserversorgung reinen Wein einschenken. Zwei Tage lang fuhren sie kreuz und quer durch die Hauptstadt der einstigen Donaumonarchie. Kinderheime, Treibhäuser, Wohnsiedlungen, halbfertige U-Bahn-Tunnels und abernals Wohnsiedlungen waren Stationen des strapaziösen Besichtigungsprogramms, das gerade noch erlaubte, am Stephansdom wenigstens vorbeizufahren und um das Schloß Belvedere einmal herumzugehen.

'Wien wird schön erst bei Nacht' - dieser melodienbeflügelte Gemeinplatz stimmt längst nicht mehr. Er würde der 'Weltstadt von heute' in keiner Weise gerecht. Auf breiten Schnellstraßen fährt man ins Zentrum, und in der zweiten Ebene bestaunt man schicke unterirdische Verkehrsanlagen, wie die 'Jonasgrotte' an der Oper und das Tunnelsystem an Schottenring oder an Südtiroler Platz. Sie beweisen selbst dem operettenhörigsten Bundestouristen, daß hier in den letzten Jahren ungeheuer viel gearbeitet wurde. Und da es in Österreich wenig Gastarbeiter gibt, mußten die bienenfleißigen Wiener tatsächlich selbst geschuftet haben. Überflüssig zu betonen, daß sie

nicht den ganzen Tag Fiakerfahr'n und Walzer tanzen und am Abend mit ihren Dackeln vom Grinzing heimwärts wackeln.

Der Verkehr nahm gewaltig zu und bricht sich unaufhaltsam Bahn. Von den 1,6 Millionen Einwohnern hat jeder sechste ein Kraftfahrzeug. Damit erreicht Wien zwar noch nicht die Verkehrsdichte von Nürnberg (mit 1:4,5), aber die Symptome der verstopften Straßen sind bereits die gleichen. Kreischende Bremsen und Autohupen klingen selbst in Wien nicht ganz so lieblich wie ein Glockenspiel. 'Ös hupn ham mer uns schon abg'wöhnt', meint unser Wiener Reiseführer aus dem Baureferat, 'wir wissen: es nutzt nix.'

Wie in Nürnberg: U-Strab oder U-Bahn

Je mehr Platz die Autos brauchen, umso schwieriger wird die Situation für die Tram. Da man auf das schienengebundene Massenverkehrsmittel auf keinen Fall verzichten kann, muß es in die zweite Ebene. 'Autobusse in der Innenstadt wären morgens und abends feststehende Plakatträger', sagt Oberstadtbaurat Dipl.-Ing. Engelberger auf die gezielte Frage von Prof. Dr. Ipfelkofer. Heute besteht kein Zweifel mehr, daß nur das schnelle Schienenfahrzeug den Massenverkehr bewältigen kann. Die Wiener Gemeinderäte stehen vor der gleichen Entscheidung wie ihre Kollegen von der Pegnitz: U-Strab (= Unterpflaster-Straßenbahn) oder gleich U-Bahn. Die Fachleute aus der Wiener Verwaltung plädieren leidenschaftlich und mit beweiskräftigen Prognosen für die U-Bahn. Und auch in Nürnberg sieht es so aus, als ob Verwaltung und Stadtrat der schnelleren, sicheren U-Bahn den Vorzug geben würden.

Oben wird gefahren, unten noch gebaut

Dabei sind die Wiener nicht nur fleißig, sondern auch schlau. Die Nürnberger staunten nicht wenig, als man ihnen stolz die Schlitzbauweise erklärte - ein modernes Verfahren für den Tunnelbau, das erlaubt, auf engstem Raum zu arbeiten. Nach ganz kurzer Zeit kann die Fahrbahndecke wieder geschlossen werden, während darunter noch eifrig gebaut wird. Beim Unterfahren der 'Lastenstraße' parallel zum Ring gehen die Wiener sogar in die dritte Ebene. An der Kreuzung Messeplatz-Maria-

hilfer Straße stiegen die 40 Nürnberger in die Unterwelt-Baustelle. Zuerst kommt man in einen Fußgängertunnel wie bei uns am Bahnhofplatz, von dort aus geht es um ein weiteres Stockwerk in die Tiefe zu den Bahnsteigen der künftigen U-Bahn (oder U-Strab).

Diese Erfahrung war für uns wichtig, weil sie bestätigte, daß wir mit einer U-Bahn unter dem Fußgängertunnel am Bahnhof hindurchkommen, ohne 'alles wieder aufzureißen', wie manche Leute schon befürchten.

Gleiches System in der Müllverbrennung

In einem weiteren Punkt fanden die Nürnberger Stadtväter eine frühere Entscheidung bestätigt: Wien verbrennt den Müll seit zweieinhalb Jahren in der gleichen Anlage, wie sie bei uns jetzt gebaut wird und hat damit die besten Erfahrungen gemacht. Die Wiener Müllverbrennung am Flötzersteig liegt im Westen der Stadt, umgeben von Villen und zwei Krankenhäusern. Diese Anstalten sind die Hauptabnehmer der erzeugten Heizkraft. Beim Rundgang sagt der Leiter der Wiener Stadtreinigung, daß die Nachbarn vor dem Bau furchtbar geschimpft haben über Rauch, Ruß und Gestank. Als der Müll wirklich brannte, verstumten die Klagen, denn den Rauch aus einem hundert Meter hohen Schornstein spürten sie nicht; die Luft wurde sogar reiner als vorher durch den Ölrauch aus den früheren Heizungen der Spitäler, und von Geruchsbelästigung merkt man nicht einmal in der Greifer-Kanzel des Müllbunkers etwas.

Parallelen zwischen den Städten Wien und Nürnberg ließen sich in einem weiteren Bereich der öffentlichen Versorgung feststellen. Wir beziehen unser Trinkwasser über eine 60 Kilometer lange Rohrleitung aus dem fränkischen Bergland bei Ranna, Wien holt sein Wasser über eine 100-Kilometer-Leitung aus dem heimischen Hochgebirge, Wien baute eine zweite und dritte Leitung von rund 200 Kilometer, Nürnberg muß jetzt rund 100 Kilometer weiter südlich die Donau ampumpen, um über eine zweite Wasser-Pipeline den Durst der Nürnberger Kehlen zu löschen. Die Wiener sind begeistert von ihren frischen, weichen Hochquellenwasser, sie pflegen es und erschließen immer neue Quellen. Und das besondere daran: das Wiener Wasser ist billig

(zum Unterschied vom Nürnberger Ranna-Sprudel). Ganze 60 Groschen (das sind nicht einmal zehn Pfennig) kostet der Kubikmeter.

Als dies bekannt wurde, stellte der Nürnberger Oberbürgermeister prompt die Rechtfertigungsfrage: 'Ist das ein Kostentarif?' Worauf der Wiener Wasser-Experte zugab, kostenecht müßten die Wiener mindestens zwei Schilling bezahlen. Aber einen Preis, der seit Jahrzehnten Gewohnheitsrecht ist, kann man schwer ändern. Das gleiche gilt in Wien für die Wohnungsmieten. Quadratmeterpreise von ein oder zwei Schilling (30 Pfennig) und in Neubauten von sechs Schilling erscheinen für uns unwahrscheinlich niedrig. Die Wohnung ist dort kein Handelsobjekt, die meisten Siedlungen baut die Stadt selbst. Sie lockert die dichten Viertel auf und baut Hochhäuser in Ottakring und Hernals, baut Schulen, Kindergärten, Heimstätten für alte Menschen und viele Sozialeinrichtungen.

Seine Pointen bereiteten die Nürnberger bestens vor auf das Feuerwerk des Wiener Witzes, das sie am Abend bei den 'Drei Spitzbäum' in Nußdorf erlebten, die Wiener Trinkwein-Versorgung nebenbei studierend. Am Abend zuvor war man in der Staatsoper oder im Burgtheater. Aber was ist eine Aufführung bei den vielen Bühnen und dem interessanten Spielplan? Wien hat ja viel mehr zu bieten als man in zwei Tagen besichtigen kann. Was die Nürnberger - außer den unmittelbaren wertvollen Facherfahrungen - mitnahmen, war der Eindruck einer lebendigen, schillernden Stadt, die ihre Gemütlichkeit gegen die hektische Betriebsamkeit unserer Tage noch verteidigen möchte, aber dennoch das Notwendigste großzügig und weitschauend plant und baut, die (ähnlich wie Nürnberg) eine große historische Tradition mit den Anforderungen der Gegenwart auf einen Nenner bringen muß - die Verpflichtung einer Weltstadt von gestern mit den Aufgaben einer Weltstadt von heute."

- - -

Stadtschulratspräsident dankt "Pionieren" der Wiener Schulwegpolizei
=====

22. Oktober (RK) Der Präsident des Wiener Stadtschulrates, Dr. Max Neugebauer, dankte heute im Rahmen einer Feierstunde den "Pionieren" der Wiener Schulwegpolizei - Müttern und Vätern an der Volksschule 9, Liechtensteinstraße 137. Seit Schulbeginn sind in dieser Schule viele Eltern als Schulwegpolizisten tätig. Sie sichern in der Liechtensteinstraße die Fußgänger-Übergänge vor Unterrichtsbeginn und nach Unterrichtsschluß, damit die Kinder diese stark frequentierte Verkehrsader wohlbehalten und sicher überqueren können. Sie sind dazu durch ein Wiener Landesgesetz ermächtigt und als Schulwegpolizisten auch äußerlich kenntlich gemacht. Sie tragen eine weiße Mütze und einen weißen Mantel; mit einer weithin sichtbaren roten Kelle können sie den Verkehr stoppen.

Präsident Dr. Neugebauer betonte, daß diese Leistung vor allem deshalb besonders anerkennenswert sei, weil die Väter und Mütter damit nicht nur ihre eigenen Kinder beschützen, sondern auch allen anderen Elternvereinen ein nachahmenswertes Beispiel geben. Nach und nach soll nunmehr an allen Wiener Volksschulen ein solcher Schulwegpolizeidienst eingerichtet werden. Präsident Dr. Neugebauer lobte insbesondere, daß die Eltern sich für diesen Dienst freiwillig zur Verfügung stellen und daß sie die damit verbundenen Gefahren gerne auf sich nehmen. Ferner dankte Dr. Neugebauer der Wiener Städtischen Versicherung, die durch Generaldirektor-Stellvertreter Dr. Paul Schärf vertreten war, dafür, daß sie den Versicherungsschutz der Schulwegpolizisten übernommen hat, sowie Generaldirektor Bauer von jener Mineralölfirma, die die Ausrüstung der Schulwegpolizisten zur Verfügung gestellt hat.

Im Namen des Wiener Polizeipräsidenten sprach Oberpolizeirat Dr. Baum Dankesworte an die erschienenen Schulwegpolizisten. Er wies darauf hin, daß die Polizei diese Bestrebungen immer unterstützten werde und daß ein Stab bewährter Verkehrspolizisten jene Eltern, die sich der Schulwegpolizei zur Verfügung stellen, gründlichst ausbilde. Wenn es gelingt, durch diesen Einsatz vorzuzusorgen, daß in Hinkunft kein Kind mehr auf dem Schulweg verunglückt, dann hat sich jedes Opfer und jeder Einsatz wirklich gelohnt.

Umleitung des Gürtel-Verkehrs

=====

22. Oktober (RK) Die Bauarbeiten für die Unterpflasterstraßenbahn am Wiedner Gürtel, am Margaretengürtel und in der Kliebergasse machen eine Umleitung des in westlicher Richtung fließenden Verkehrs am Gürtel notwendig.

In der ersten Umleitungsphase vom 25. Oktober bis voraussichtlich 15. November werden die Fahrzeuge über Radeckgasse - Schelleingasse - Gassergasse - Laurenzgasse umgeleitet.

Die zweite Umleitungsphase von Mitte November bis voraussichtlich 20. Jänner 1966 sieht eine Führung des westwärts gerichteten Gürtelverkehrs über Radeckgasse - Schelleingasse - Gassergasse - Hollgasse vor.

Diese genannten Straßenzüge werden für die Dauer der Verkehrsumleitungen zu Einbahnstraßen erklärt.

Die westwärts fahrenden - also vom Südtiroler Platz kommenden - Linksabbieger in die Landgutgasse benutzen weiterhin die Gürtelhauptfahrbahn. Die Gürtel-Nebenfahrbahn wird im Baustellen-Bereich für jeden Verkehr gesperrt.

- - -

Rumänische Parlamentsdelegation auf dem Kahlenberg
=====

22. Oktober (RK) Nach einer Delegation des Sejm, des polnischen Parlaments, hält sich nun eine neunköpfige rumänische Parlamentsdelegation auf Einladung des österreichischen Nationalrats zu einem Gegenbesuch in Österreich auf. Wie für die polnische Delegation am Donnerstag vergangener Woche gab Bürgermeister Bruno Marek heute mittag im Restaurant auf dem Kahlenberg auch einen Empfang für die rumänischen Gäste, an deren Spitze der Präsident des Rumänischen Instituts für kulturelle Beziehungen mit dem Ausland und Präsident der rumänischen Gruppe bei der Interparlamentarischen Union, Ion Pas, steht, der nicht nur Politiker, sondern auch einer der bekanntesten Lyriker und Schriftsteller seines Landes ist. Neben dem Bürgermeister nahmen auch der Erste Präsident des Wiener Landtages, Dr. Stemmer, der Dritte Landtagspräsident, Helene Potetz, sowie Stadtrat Pfoch an dem Empfang teil. Seitens des österreichischen Parlaments hatten sich Nationalratspräsident Dr. Maleta und Nationalratsabgeordnete Rosa Jochmann auf dem Kahlenberg eingefunden. In Begleitung der rumänischen Delegation befand sich der rumänische Botschafter in Wien, Ocheanu.

Bürgermeister Marek hieß die Gäste herzlich willkommen und wies auf die vielfältigen kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Rumänien und Österreich hin. Er erinnerte an zahlreiche rumänische Künstler, die in Wien gewirkt haben, so der Dichter Eminescu, der Komponist Enescu und die unvergeßliche Opernsängerin Maria Cebotari. Der Bürgermeister wünschte den Gästen sodann schöne Tage in Österreich und gab seine Hoffnung Ausdruck, daß ihre geplanten Verhandlungen mit verschiedenen österreichischen Stellen zu dem erhofften Erfolg führen.

Präsident Pas, dem der Bürgermeister zur Erinnerung einen Abdruck des ältesten erhaltenen Stadtsiegels von Wien überreichte, dankte im Namen der Delegation für den Empfang und die Gastfreundschaft der Stadtverwaltung und betonte, die Delegation habe vom ersten Moment ihres Besuches an gefühlt, daß sie

von den Österreichern mit großen freundschaftlichen Gefühlen aufgenommen werde. Als Gegengeschenk überreichte der Delegationsleiter dem Bürgermeister einen großen Bildband über Rumänien.

Am Nachmittag nahmen die Gäste an einer Rundfahrt durch das Neue Wien teil. Sie besichtigten dabei unter anderem das Internationale Studentenheim in Döbling, die Assanierung Alt-Ottakrings, das Wilhelminenspital, die Stadthalle, die Müllverbrennungsanlage am Flötzersteig sowie mehrere Wohnhausanlagen, Kindergärten und Verkehrsbauwerke.

Fast 2.000 Wiener besichtigten gestern die neue Zentralberufsschule
=====

22. Oktober (RK) Nach vorsichtigen Schätzungen besichtigten gestern nachmittag nahezu 2.000 Wienerinnen und Wiener den von Bürgermeister Marek seiner Bestimmung übergebenen größten Schulneubau der Gemeinde Wien seit Kriegsende, die dritte Zentralberufsschule im 12. Bezirk. Die offizielle Eröffnung für geladene Gäste fand am Vormittag statt, der Nachmittag jedoch war zu einem "Tag der offenen Tür" erklärt worden, an dem jedermann den weitläufigen Komplex dieser modernsten Schule Wiens besuchen und sich von dem sowohl in architektonischer als auch in einrichtungsmäßiger Hinsicht hervorragend gestalteten Gebäude ein genaues Bild machen konnte.

Jugendsparer-Ball der Zentralsparkasse im Wiener Rathaus
=====

22. Oktober (RK) Als Auftakt der bevorstehenden Jugendsparwoche veranstaltete die Zentralsparkasse der Gemeinde Wien heute abend in den Festräumen des Wiener Rathauses den schon zur Tradition gewordenen Jugendsparer-Ball. Rund 3.000 Jugendsparer der Zentralsparkasse hatten sich zu dieser repräsentativen Ballveranstaltung eingefunden, die von Bürgermeister Bruno Marek, der auch den Ehrenschatz übernommen hatte, eröffnet wurde. Bekannte Tanzorchester und Künstler sorgten für die Unterhaltung der sowohl sparsfreudigen als auch tanzlustigen Jugend, die sich an diesem Ballabend blendend unterhielt.

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWÖRTLICH: WILHELM ADAMETZ

Samstag, 23. Oktober 1965

Blatt 2764

Eine Heimstatt für Wiener Volksliedarchiv =====

23. Oktober (RK) Der Arbeitsausschuß für Wien und Niederösterreich des Österreichischen Volksliedwerkes hat nach jahrelangem Bemühen im 8. Bezirk, Fuhrmannsgasse 18 a, größere Räumlichkeiten für die Unterbringung des Volksliedarchivs bekommen. Dies soll Anlaß sein, die Öffentlichkeit über Aufgabe und Arbeit dieser Institution zu informieren. Das Österreichische Volksliedwerk geht auf das Jahr 1904 zurück und widmet sich seit damals der Sammlung der wissenschaftlichen Erforschung und der Veröffentlichung des heimischen Volksliedgutes. Von den landschaftlichen Arbeitsausschüssen ist das Volksliedarchiv für Wien und Niederösterreich das größte und bestorganisierte. Professor Raimund Zoder, von 1923 bis 1959 Leiter des Archives, hat es bereits vor dem zweiten Weltkrieg zu einem beachtlichen Archivbestand gebracht. Davon wurde allerdings durch Kriegseinwirkung viel zerstört. Professor Zoder baute mit Professor K.M. Klier das Archiv wieder auf und legte gemeinsam mit Klier einen Zettelkatalog über alle vorhandenen Werke an, der in seiner Art nicht nur in Österreich einmalig ist.

Diese Katalogisierung kommt vor allem den Benützern des Archives zugute; es sind dies Wissenschaftler, Studenten, Dissertanten, Musiker, Journalisten und Rundfunkleute aus dem In- und Ausland. Die Tätigkeit des Arbeitsausschusses, die ehrenamtlich geleistet wird, gliedert sich in drei Teile: Sammlung, Archivierung und wissenschaftliche Auswertung der Volksmusikstücke. Dazu werden in den letzten Jahren auch Tonbänder, Bilddokumente, Mikrofilme und Tonfilme herangezogen. Man kann auch heute noch auf verschiedene Weise dem Volkslied, der

./.

Volksmusik oder der Volkspoesie begegnen. So stellte vor einigen Jahren der derzeitige Leiter des Arbeitsausschusses, Franz Schunko, in Altersheimen der Stadt Wien eine Umfrage nach überlieferten Liedern und Reimen an und konnte dabei Wertvolles aufzeichnen.

Das Archiv des Volksliedwerkes Wien-Niederösterreich umfaßt heute 22.556 Volkslieder und Werke der Volkspoesie sowie 12.150 Instrumentalstücke. Daher ist es besonders zu begrüßen, daß für diese wertvollen Bestände endlich würdige Räumlichkeiten in Wien 8, Fuhrmannsgasse 18 a, gefunden werden konnten. Hier hofft man auch, das von Prof. Karl M. Klier eingerichtete Zentralarchiv endgültig unterbringen zu können. Das Österreichische Volksliedwerk wird von seiten der Stadt Wien durch Subventionen gefördert.

- - -

Gehrte Redaktion!

Wir erinnern daran, daß Montag der "designierte" Stadtrat für die Städtischen Unternehmungen Dkfm. Dr. Maria Schaumayer in einer Pressekonferenz über die Einführung der Jahresabrechnung bei Strom und Gas informieren wird.

Bitte merken Sie vor: Montag, 25. Oktober, 10 Uhr, im Direktionsgebäude der E-Werke, 9, Mariannengasse 4, Alter Kassen-saal.

- - -

Philipp Fahrbach zum Gedenken
=====

23. Oktober (RK) Auf den 25. Oktober fällt der 150. Geburtstag des Komponisten und Dirigenten Philipp Fahrbach sen., des bekanntesten und angesehensten aus der Zahl der Wiener Musiker gleichen Namens. Er wurde in Wien geboren, erlernte schon als Kind mehrere Instrumente und spielte in Wirtshauskapellen, bevor ihn Johann Strauß Vater für seine neugegründete Kapelle als Flötisten engagierte. Schon damals begann die lange Reihe seiner Tanzkompositionen, die sich damals größter Beliebtheit erfreuten. 1835 brachte Philipp Fahrbach ein eigenes Orchester zusammen, mit dem er sich zeitweise neben Lanner und Strauß ebenbürtig behauptete. Seit 1838 wurde er oft zur Leitung der Hofballmusik herangezogen. Gleichzeitig wirkte er als Militärkapellmeister, zunächst bei den Hoch- und Deutschmeistern, später beim Infanterieregiment Nr. 14, das er auch in die Feldzüge gegen Italien und Schleswig-Holstein begleitete. Nach dem letzteren quittierte er den Militärdienst und übernahm neuerlich die Leitung einer eigenen Zivilkapelle, mit der er in Wien und auch im Ausland konzertierte. Am 31. März 1885 ist er in Wien gestorben. Sein umfangreiches Schaffen steht in den Augen der Nachwelt zu Unrecht im Schatten seines großen Rivalen Johann Strauß. Viele seiner Walzer, Polkas, Märsche und Potpourris haben hohes Niveau. Auch um den Ausbau und die Leistungssteigerung der österreichischen Militärmusik hat sich Philipp Fahrbach verdient gemacht. Neben rund 400 gedruckten Kompositionen hinterließ er zahlreiche Fachaufsätze und Memoiren, die 1935 von Max Singer unter dem Titel "Altwiener Erinnerungen" herausgegeben wurden und manches Wissenswerte aus dem alten Österreich enthalten.

75. Geburtstag von Ernst Lothar
=====

23. Oktober (RK) Am 25. Oktober vollendet der Schriftsteller und Regisseur Hofrat Prof. Dr. Ernst Lothar das 75. Lebensjahr.

Er wurde in Brünn geboren, absolvierte die rechtswissenschaftlichen Studien an der Wiener Universität und trat in den Staatsdienst. Zunächst wirkte er bei Gericht, später als Präsidialchef im Handelsministerium. Nach seiner Pensionierung übernahm er die literarische Redaktion der "Neuen Freien Presse" und betätigte sich als Gastregisseur verschiedener Wiener Bühnen. Am Burgtheater inszenierte er die Grillparzer-Dramen "Ein Bruderzwist in Habsburg" und "König Ottokars Glück und Ende". 1936 wurde er als Nachfolger Max Reinhardts Direktor des Theaters in der Josefstadt. 1938 ging er nach Amerika, wo er als Schriftsteller und Colledgelehrer lebte. 1948 kehrte er endgültig nach Wien zurück und nahm seine frühere Beschäftigung wieder auf. Lothar ist vor allem Erzähler, hat sich aber auch als Lyriker und Dramatiker erprobt. Großen Erfolg hatte er als Autor vielgelesener Romane. In der Novellensammlung "Gottes Garten" sowie in den Romanen "Kleine Freundin" und "Romanze in f-Dur" bewies er seine Eigenart als Deuter der Kinderseele. In der Emigration entstanden fünf Romane, die in deutscher und englischer Sprache erschienen sind und zu seinen besten Arbeiten gehören. Unter ihnen verdienen "Heldenplatz" und "Der Engel mit der Posaune" besondere Erwähnung. Ernst Lothar ist der Gatte der Schauspielerin Adrienne Gessner und der Bruder des bekannten Dramatikers Hans Müller-Einigen. Für seine hervorragenden Leistungen wurde ihm die Ehrenmedaille, die Kainz-Medaille und der Literaturpreis der Stadt Wien verliehen.

Bürgermeister Marek und Stadtrat Mandl haben dem Jubilar in herzlichen Worten gehaltene Glückwunschsreiben übermittelt.

Gesperrt bis 24. Oktober, 10 Uhr!

100 Jahrfeier der Wiener Großmarkthalle
=====

Die Ansprache von Stadtrat Dr. Prutscher

23. Oktober (RK) Bei der 100 Jahrfeier der Wiener Großmarkthalle, Sonntag, den 24. Oktober, hielt der Amtsführende Stadtrat für Wirtschaftsangelegenheiten, Dkfm. DDr. Pius Prutscher folgende Ansprache:

"Die Großmarkthalle versorgt seit nunmehr 100 Jahren einen großen Teil der Wiener Bevölkerung mit Fleisch und Fleischwaren. Die Umsätze waren in den vergangenen Jahrzehnten sehr unterschiedlich. Die Schwankungen der Bevölkerungszahl, Wirtschaftskrisen und vor allem die zwei Weltkriege haben die Umsätze stark beeinflußt. Seit der Errichtung ist jedoch die Großmarkthalle als einziger Fleischgroßmarkt Wiens die wichtigste Markteinrichtung für die Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch und Fleischwaren.

So wurden 1886 3.400 Tonnen Fleisch angeliefert, 1913 50.500 Tonnen und 1955 39.000 Tonnen.

Das sind immerhin 54 Prozent der gesamten Wiener Fleischanlieferung. Die Bedeutung der Großmarkthalle für unsere Zeit zeigeh die Zahlen des Jahres 1964 mit einer Gesamtanlieferung von 45.000 Tonnen; das sind noch immer 48 Prozent des gesamten Wiener Bedarfes.

Diese Zahlen zeigen einwandfrei die Bedeutung der Großmarkthalle für den Konsumenten. Dabei ist für den Verbraucher der Detailmarkt in der Halle natürlich von großer Bedeutung, denn nur dort kann er Preisvergleiche anstellen.

Hier zeigt sich auch, daß die Großmarkthalle ihre Funktion als Preisregulator erfüllt. Kalbfleisch zum Beispiel war hier anfangs September um 9 bis 19 Prozent billiger, Rindfleisch in einigen Sorten sogar um 15 bis 27 Prozent billiger und Wurst- und Selchwaren zwischen 7 und 23 Prozent billiger als anderswo.

Die Bereitstellung eines solchen Marktes ist ein Beitrag der Stadt, wie er schon vor 100 Jahren bei ihrer Errichtung für die Funktion der Märkte richtig gesehen wurde.

Dieser Markt-Zweck hat eine Reihe von Voraussetzungen.

1.) Ein massiertes Angebot, 2.) ein Warensortiment, das nicht ins Uferlose geht, bringen eben die Preise mit sich, die am Markt niedriger sind, als außerhalb des Marktes.

Neben der Preisstatistik, die erwähnt wurde, zeigt auch die große Zahl der Käufe, wie die Großmarkthalle ihre Aufgabe als Preisregulator erfüllt. Es wird viel von der Trennung von Großmarkt und Detailmarkt gesprochen.

Wenn auch die Großmarkthalle seit nunmehr 100 Jahren die ihr seinerzeit zugedachte Aufgabe erfüllt und noch heute funktionsfähig ist, so wird die Stadtverwaltung doch daran denken müssen, möglichst bald den Fleischgroßmarkt und den Detailmarkt zu modernisieren.

Die Großmarkthalle ist heute leider veraltet, man konnte zwar Verbesserungen vornehmen - zum Beispiel wurden 1964 für Instandhaltungsarbeiten 700.000 Schilling aufgewendet - aber diese Möglichkeiten sind jetzt nahezu erschöpft. Dazu kommt, daß auch eine verkehrsgerechte Lösung verlangt werden muß. Es steht damit außer Zweifel, daß der Fleischgroßmarkt abzusiedeln ist. Dafür bietet sich das Gelände von St. Marx geradezu an.

Hier sind ausreichende Grundstücke vorhanden, die Verkehrssituation ist wesentlich günstiger und nicht zuletzt ist die unmittelbare Nähe des Schlachthofes von besonderer wirtschaftlicher Bedeutung.

Wie beim Naschmarkt muß eine vielfach verbreitete irrige Meinung richtiggestellt werden, daß nämlich der Detailmarkt nicht abgesiedelt wird, sondern bleibt. Der Detailmarkt soll zur Versorgung der Bevölkerung der engeren und weiteren Umgebung an Ort und Stelle verbleiben.

Allerdings in anderer Form, in einem neuen Gebäude, das nach den modernsten Grundsätzen errichtet werden soll.

Dazu eine grundsätzliche Feststellung. Es gibt heute eine Menge Leute, die glauben, modern sei schon alles, was anders ist.

Leute, die glauben, die Zeit der Märkte, wie wir sie hier in Wien haben, sei vorbei. Die bereit sind, unsere Märkte jeder beliebigen Verkehrslösung zu opfern. Die bereit sind, die Märkte in ihrer Planung sozusagen in den Winkel zu stellen.

Freilich, sie getrauen sich nicht es laut zu sagen, aber sie meinen scheinbar, daß Märkte zu einer Weltstadt nicht passen, sie sollten sich einmal Paris ansehen.

Sie glauben, die Über-Märkte, die Supermärkte seien das Heil. Freilich, man kann dort vielleicht rascher einkaufen, aber das günstigere Angebot, die größere Auswahl hat die Hausfrau auf den bewährten Wiener Märkten. Dort stehen die Preise der Konkurrenten im Gegensatz zum Wettbewerb. Auf den Märkten, wo die Vielzahl der vertretenen Firmen dafür sorgen, daß die Preise unter Kontrolle bleiben. Anders ist es bei den Supermärkten. Diese haben zwar auch ein sehr vielfältiges Angebot, aber es ist nur ein Unternehmer, der alle Preise festsetzt.

Ich kenne eine Reihe von Planungen, die die Märkte sozusagen in den Winkel stellen wollen. Aber Sie alle und die Wiener Konsumenten können sich darauf verlassen, daß ich mich voll und ganz dafür einsetzen werde, daß den Märkten ihr Platz an der Sonne - oder in der Halle,- zum Nutzen der Wiener Bevölkerung erhalten bleibt.

So soll auch dieser künftige Detailmarkt einen Vergleich mit anderen neuen Detailmärkten ausländischer Großstädte nicht fürchten müssen.

Da für den neuen Detailmarkt aber bessere und modernere Verkaufsstände errichtet werden, so muß auch jeder einzelne Betrieb das Seine dazu tun, um diesen Rahmen richtig auszufüllen.

Wenn man die Märkte etwa mit den Supermärkten und Einkaufszentren vergleicht, so sieht man, daß dort sehr vieles geschieht, um den Kundenstock zu erhalten und auszubauen.

Dazu aber gehört eine gezielte Werbung, gehört Gemeinschaftswerbung, mit den vielen Möglichkeiten des Kundendienstes.

Dazu gehört als betriebswirtschaftliche Erkenntnis das Wissen um die Verlustquellen im Betrieb, dazu gehört bei aller Modernisierung die Erhaltung der besonderen Marktatmosphäre eines gut funktionierenden Marktes.

Dazu gehört nicht zuletzt die Sorge um den Nachwuchs, und zwar nicht nur in ihren Betrieb, sondern auch um den Käufernachwuchs. Denn ein Betrieb, der der Jugend modern erscheint, kann mit Nachwuchs rechnen. Und nur ein moderner Betrieb wird auch dem jungen Käuferpublikum einen Anreiz bieten.

Unsere europäische Wirtschaft ist in einer Umwandlung begriffen.

Internationalisierung der Wirtschaft und des Konsums bringen erweiterte Aufgaben für den Import und Großhändler. Damit aber auch neue Aufgaben und Probleme für den Händler am Markt. Was bislang nur in kleinen Quantitäten und gelegentlich den Weg zu uns fand, wird im Großen und das ganze Jahr über angeboten. Auch Saisonartikel wurden zu Waren, die das ganze Jahr über angeboten werden.

Die Großmarkthalle hat einen Platz mit einer reichen Tradition. Auch heute liegt sie an einem Schnittpunkt des Verkehrs.

Die Zukunft birgt wie überall ungeahnte Möglichkeiten, als Chance und als Gefahr. Beides richtig erkennen, gibt den Ansatzpunkt, den Augenblick und seine Gelegenheit richtig zu nützen.

Die 100 Jahrfeier der Großmarkthalle möge für alle, die an diesem Platz für die Versorgung der Bevölkerung unserer Stadt verantwortlich sind, ein Ansporn sein, das zu unternehmen, was die Zukunft von uns verlangt."

- - -

Gesperret bis 24. Oktober, 10 Uhr!

100 Jahrfeier der Wiener Großmarkthalle
=====

Die Festrede von Bürgermeister Marek

23. Oktober (RK) Bei der 100 Jahrfeier der Wiener Großmarkthalle, Sonntag, den 24. Oktober, hielt Bürgermeister Bruno Marek folgende Festrede:

"In genau einer Woche wird die Wiener Großmarkthalle hundert Jahre alt. Nur wenige Schritte von hier entfernt kündigt es der in den Boden eingelassene Marmorblock mit der Inschrift: 'Schlußstein - gelegt am 30. Oktober 1865'. Die Großmarkthalle ist seit Generationen für alle Bewohner dieser Stadt ein Begriff. Sie gehört, im Bereich der Versorgung, der einfachen, alltäglichen Bedürfnisse, ebenso zu den Traditionsstätten, die dem Wiener ans Herz gewachsen sind, wie unter anderen Perspektiven der Prater oder Schönbrunn.

Vier Generationen von Fleischhauern und Geschäftsleuten haben hier ihre Waren eingelagert, sortiert und verkauft, vier Generationen von Hausfrauen sind Jahr um Jahr, Jahrzehnt um Jahrzehnt, täglich mit ihrer Einkaufstasche hierher gepilgert, weil sie wußten, daß sie alle Waren vorfanden, die an Reichtum der Auswahl, an Frische und an Wohlfeilheit in Wien kaum ihresgleichen hatten. Vor allen an den Freitagen und Samstagen wurde die Großmarkthalle zum beliebtesten Einkaufszentrum der Bevölkerung. Die städtischen Verkehrsbetriebe paßten sich der Lage an: sie errichteten eine Autobusstation vor der Markthalle und verlegten auch die Zonengrenze dorthin, damit die Hausfrauen aus der Inneren Stadt noch zum 1-Schilling-Tarif ihre Einkäufe besorgen konnten.

Ein Gedenkstein im Haupteingang der Großmarkthalle erinnert daran, daß der Bau im Jahre 1865 unter Bürgermeister Dr. Andreas Zelinka aufgeführt wurde. Das Gebäude, das die damalige Stadtverwaltung errichten ließ, wurde zwar zunächst Zentralmarkthalle genannt, aber schon drei Jahre später in Großmarkthalle umgetauft.

Im Jahre 1962 erfolgte, was allerdings nur wenige wissen, die offizielle Umbenennung in Fleischmarkthalle. Sie wurde jedoch von der Öffentlichkeit nicht zur Kenntnis genommen, die Wiener halten weiter an ihrer Großmarkthalle fest, obwohl sie diese Funktion eigentlich längst nicht mehr erfüllt.

Dem Planer und Bauleiter der Halle, dem damaligen Vize-Direktor des städtischen Bauamtes Karl Gabriel, gebührt noch heute ein Kompliment: er hat wahrhaftig für die Zukunft gebaut! Obwohl die Großmarkthalle eine der ältesten Marktanlagen Wiens darstellt, blieb sie dennoch in ihrer ursprünglichen Form bis heute erhalten und erfüllte ihre Aufgaben, wenn ihr auch jetzt der Weltstadtverkehr langsam über den Kopf zu wachsen beginnt.

Die Stätte unserer Geburtstagsfeier ist das Herz der Anlage, der älteste, 1865 fertiggestellte Gebäudeteil, die sogenannte 'Alte Halle'. Ihr schloß sich im Jahre 1899 an der Invalidenstraße die neue 'Polnische Halle' an, deshalb so genannt, weil sie vornehmlich dem Umschlag der aus Polen eingeführten Waren diente. Fast ein dreiviertel Jahrhundert nach der Gründung wurde an der Stelle eines Holzsteges, der über die Trasse der Verbindungsbahn führte, die 'Brückenhalle' errichtet. Seit dem Jahre 1935 schließt sie die alte und die neue Halle zu einem Komplex zusammen. Sehen wir von marktfremden Zubauten ab, bildete die Brückenhalle die jüngste Ergänzung der Großmarkthalle. Sie dürfte allerdings auch die letzte gewesen sein.

Freilich war es nicht immer so wie heute, daß der Mann, der Sohn und die Helfer in den Marktständen die Kunden bedienten und die Frau an der Kasse saß - auf Grund des vor 100 Jahren gültigen Marktstatuts wurden die Waren zunächst durch einen Auktionator ausgerufen und an die Kundschaft versteigert. Erst einige Jahre später wurde dieses Statut durch eine neue Marktordnung ersetzt, die es den Verkäufern künftighin gestattete, ihre Waren selbst an den Mann, oder besser gesagt, in den meisten Fällen, an die Frau zu bringen.

In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, daß die Großmarkthalle ursprünglich nicht allein für den Fleischhandel, sondern auch zum Verkauf von Fischen, Fettwaren, Hülsenfrüchten, Gemüse und Obst

zugelassen war. 1886 beschloß dann der Wiener Gemeinderat, die Halle in einen Fleischgroßmarkt umzuwandeln. Ein Jahr später wurde dieser Großmarkt, der bis dahin in St. Marx abgehalten worden war, an dieser seiner heutigen Stelle eröffnet. Seit jener Zeit haben sich weder das Warensortiment noch die Handelsformen wesentlich geändert. Fast 80 Jahre lang erfüllte die Wiener Großmarkthalle tagaus und tagein klaglos ihre Funktion. Und wenn ihr dies in den schweren Zeitläuften - denken wir nur an die beiden Weltkriege zurück - nicht immer gelang, war dies gewiß nicht ihre Schuld.

Die Großmarkthalle war ein Jahrhundert lang das Barometer unseres Lebensstandards. Blicben die Riemennägel in der Halle leer, waren auch die Tische der Bevölkerung nur karg gedeckt und die Wiener mußten ihre eigenen Riemen enger schnallen. Hingen jedoch Rinder, Kälber und Schweine an den 11.000 Nägeln der drei Hallen des Fleischgroßmarktes, war dies ein Zeichen dafür, daß es wieder aufwärts ging. Die Bezeichnung Riemen - dies zur Aufklärung der Branchenfremden - stammt übrigens noch aus alter Zeit, da man das Fleisch mit Hilfe von Lederriemen an den Nagel hängte. Die Riemen wurden inzwischen längst durch eiserne Traversen abgelöst, aber der Name Riemennägel kündigt weiterhin von der uralten Tradition und der bodenständigen Verwurzelung des Wiener Fleischer-gewerbes. Wir alle wollen unsere gemeinsamen Anstrengungen darauf richten, daß diese traditionsbeschwerten Riemennägel niemals wieder leer werden!

Bei dieser Hundertjahrfeier gilt es aber auch, schuldigen Dank abzustatten. Die Stadt Wien hat für die Errichtung dieser Anlage zwar Grund und Boden zur Verfügung gestellt, sie hat vor hundert Jahren diese Gebäude errichtet, sie hat die Marktverordnung erlassen, auf Grund der sich die geschäftliche Tätigkeit in diesen Hallen abwickelte. Zum eigentlichen Leben erweckt aber wurde die Großmarkthalle erst durch die Menschen, die hier arbeiten und ihr Gewerbe ausüben. Ihnen gilt daher heute nicht nur mein Glückwunsch, sondern auch mein herzlicher Dank und meine höchste Anerkennung für ihr unermüdliches, auch in schwierigen Zeiten erprobtes Bemühen und Streben im Dienste der Versorgung der Bevöl-

kerung unserer Stadt. Dank und Anerkennung gelten in gleichem Maße den Gewerbetreibenden, ihren Angestellten, den lizenzierten Markthelfern und allen arbeitenden Menschen, die in den vergangenen Jahren zum klaglosen Funktionieren der Großmarkthalle beigetragen haben.

Aber die Zeit bleibt nicht stehen. Und so fällt denn auch ein Wermutstropfen in den Freudenbecher des Jubiläumsgeburtstages. Die Großmarkthalle, vor wenigen Jahrzehnten noch das beherrschende Gebäude an der Landstraßer Brücke, wird heute von Großkaufhäusern flankiert, die weiteres Publikum und weiteren Verkehr anziehen und damit Probleme heraufbeschwören, die sich, ebenso wie vor hundert Jahren, wieder nur durch großzügiges, auch für die Zukunft berechnetes Planen lösen lassen.

Die Großmarkthalle wird nicht mehr ein weiteres Jahrhundert an dieser Stelle verbleiben können; sie wird, wie Sie alle wissen, an einen Platz übersiedeln müssen, wo sie, unbeengt, freie Entfaltungsmöglichkeiten hat. Zum Trost der Landstraßer Bevölkerung sei gesagt, daß sie ihre Großmarkthalle trotzdem nicht verlieren wird, übersiedelt diese doch nur in einen anderen Grenzbereich ihres Bezirkes, nach St. Marx.

Sicherlich werden viele Wiener Trennungsschmerz empfinden, wenn die Großmarkthalle von ihrem traditionellen Standort Abschied nimmt. Nicht nur die Hausfrauen werden sie im Herzen der Stadt vermissen, auch die zahlreichen Laufkunden der kleinen Würstelstände, Beante, Anwälte, Geschäftsleute, die sich hier auf ihren Berufswegen für einige Minuten gütlich taten, werden der alten Halle sicherlich noch an vielen Vormittagen mit unbehaglichem Gefühl im Magen gedenken.

Aber die Dinge lassen sich nun einmal nicht ändern, die Weltstadt fordert gebieterisch ihre Rechte und der alte Rohziegelbau in Renaissancestil hat ausgedient. Wir können die Großmarkthalle an ihrem alten Standort leider nicht unter Denkmalschutz stellen. Ihre Institution, ihre Betriebe und ihre Menschen sollen jedoch, auch wenn wir sie von einem Bezirksende zum anderen verpflanzen müssen, unverändert erhalten bleiben.

Die Fleischer der Wiener Großmarkthalle können sich auf eine ebenso urwüchsige Tradition berufen wie etwa die Wiener Fiaker, die leider zum Aussterben verurteilt sind. Die Wiener Großmarkthalle und ihre Fleischhauer aber dürfen und werden nicht sterben! Mit der Gratulation zum hundertjährigen Geburtstag verbinde ich daher im eigenen und in Namen der gesamten Wiener Bevölkerung meine besten Wünsche auch für das Leben und Gedeihen der neuen Wiener Großmarkthalle!"

- - -

Landeshauptmann Marek vor den Jungmännern des Bundesheeres
=====

23. Oktober (RK) Heute vormittag fand im Schloß Schönbrunn die Angelobung von 100. Jungmännern der Garnison Wien statt. Bei dieser Gelegenheit sprach der Bürgermeister von Wien, Landeshauptmann Bruno Marek vor den jungen Soldaten. Er führte aus:

"Als Landeshauptmann und Bürgermeister von Wien überbringe ich Ihnen die Grüße des Bundeslandes Wien und der Wiener Bevölkerung, die an Ihrem Ehrentag aufrichtigen Anteil nimmt. Ihnen wird heuer die Auszeichnung zuteil, im Jubiläumsjahr der zweiten Republik zu den rotweißbroten Fahnen gerufen zu werden. In der heutigen Feier der Angelobung übernehmen Sie, liebe Jungmänner, die Verpflichtung, sich in den Dienst der Gemeinschaft zu stellen, die in der demokratischen Republik Österreich verkörpert wird. Die geschichtliche Entwicklung in Österreich hat durch harte und opfervolle Erfahrung gelehrt, wie wichtig es ist, daß alle positiven Kräfte unseres Landes die Grundsätze der Demokratie achten und einhalten. Nur dann ist die Gewähr für ein gedeihliches Zusammenleben in Frieden und Freiheit gegeben und jeder innere Zwiespalt, der zum Zerfall führen könnte, von vornherein ausgeschlossen. Wir Österreicher können heuer mit berechtigtem Stolz darauf verweisen, daß wir die zwanzig Jahre, die unsere zweite Republik nun zählt, gut genützt haben. Vor zehn Jahren haben wir uns bei der Unterzeichnung des österreichischen Staatsvertrages

./.

zur Neutralität verpflichtet, und wir haben diese Neutralität von da an zur Richtlinie unseres Verhaltens im Verkehr mit allen anderen Ländern gemacht. Diese Neutralität wird aber nur dann als echt anerkannt, wenn die Welt weiß, daß wir auch bereit sind, unsere Neutralität notfalls mit Waffengewalt zu verteidigen. Das ist der Grund dafür, daß unser Land die Elite der Jugend alljährlich unter die Fahnen ruft, um sie für einen Fall vorzubereiten und heranzubilden, der unserer Heimat hoffentlich für immer erspart bleiben möge. Zu diesem Zweck nimmt ganz Österreich Einschränkungen und Lasten auf sich, damit das Bundesheer die nötigen Mittel und Geräte erhalten und seinen Aufgaben auch wirklich gerecht werden kann. Ich weiß ganz genau, daß der Dienst beim österreichischen Bundesheer auch für Sie, meine lieben Jungmänner, mit vielen Opfern und Entbehrungen verbunden ist. Im Namen des Bundeslandes Wien und im Namen der österreichischen Bundeshauptstadt danke ich Ihnen als den jüngsten Angehörigen der Wiener Garnison dafür, daß Sie bereit sind, diese Opfer auf sich zu nehmen. Sie zeigen damit Ihre Bereitschaft, Ihre staatsbürgerliche Pflicht so zu erfüllen, wie es vor Ihnen die älteren Jahrgänge getan haben und wie es nach Ihnen die jüngeren Österreicher tun werden. Sie beweisen damit, daß Sie, meine lieben Jungmänner, vollwertige und gleichberechtigte Mitglieder unserer Gemeinschaft sind, erwachsene, verantwortungsbewußte Menschen, die genau wissen, was sie tun und warum sie es tun. Die Opfer, die Sie bringen, die Mühe, die Sie sich machen, um gute, verlässliche Soldaten zu werden, diese Opfer erbringen Sie unserer gemeinsamen Heimat Österreich, für die wir alle, jeder auf dem Platz, auf den er gestellt ist, unser Bestes zu geben bemüht sind. Sie werden lernen, daß die enge Gemeinschaft unter den Soldaten des österreichischen Bundesheeres ein wertvolles Gut ist, das es zu pflegen gilt. Es bedeutet schon etwas, ein Kamerad zu sein, auf den man sich unter allen Umständen verlassen kann und wer das zu sein vermag, der ist auch ein rechter Mann, der Achtung verdient. Erhalten Sie sich bitte dieses Gefühl der Zusammengehörigkeit, das das Schönste ist, was Sie nach Ablauf Ihrer Militärdienstzeit ins private Alltagsleben

./.

mitnehmen können, und seien Sie sich immer dessen bewußt, daß alle Österreicher ohne Unterschied immer zusammengehören, daß sie gemeinsam arbeiten müssen, um unserer Heimat eine glückliche Zukunft zu erarbeiten. In diesem Sinne bitte ich Sie, Ihre Zeit beim österreichischen Bundesheer als Ausbildungszeit nicht nur des Soldaten, sondern auch des Staatsbürgers zu betrachten. Nehmen Sie Ihre Aufgaben ernst und versuchen Sie, alle Ihre Fähigkeiten einzusetzen, um zu zeigen, was in Ihnen steckt, was Sie leisten können, wenn es darum geht, der Heimat zu dienen! Seien Sie stolz darauf, den Rock derer tragen zu dürfen, die Österreichs Sicherheit garantieren, und verhalten Sie sich immer so, daß alle Österreicher stolz auf ihr Bundesheer sein können! Ihre Kameraden haben gerade im heurigen Sommer beim härtesten Katastropheneinsatz und danach im Manöver größte Leistungen erbracht, die ihnen volle Anerkennung eingetragen haben. Ihnen dabei nachzueifern, ist eine große Aufgabe, aber ich bin dessen sicher, daß Sie, meine lieben Jungmänner das Zeug dazu haben, diese Aufgabe zu bewältigen. Dazu wünsche ich Ihnen für Ihre Dienstzeit beim österreichischen Bundesheer viel Glück und Erfolg!"

- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT. DER STADT WIEN. MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Montag, 25. Oktober 1965

Blatt 2779

350 Kanzleilehrlinge der Stadt Wien im Rathaus-Festsaal
=====

25. Oktober (RK) Im vergangenen Jahr hat die Wiener Stadtverwaltung zum ersteumal Kanzleilehrlinge aufgenommen. Während es damals nur 150 Jugendliche waren, sind es heuer bereits 350, die im Lauf einer dreijährigen Lehrzeit Gelegenheit haben, sich mit den verschiedensten Dienststellen der Stadtverwaltung vertraut zu machen. Neben dem Besuch der Berufsschule lernen sie dabei die Verwaltungs- und Bürotätigkeit von der Pike auf kennen.

Übermorgen Mittwoch, dem 27. Oktober, werden die heuer von der Stadt Wien aufgenommenen 350 Kanzleilehrlinge im Rahmen einer Feierstunde im Festsaal des Wiener Rathauses Personalstadtrat Hans Bock und Magistratsdirektor Dr. Rudolf Ertl vorgestellt. In der um 8.30 Uhr beginnenden, musikalisch umrahmten Feierstunde werden Stadtrat Bock, Magistratsdirektor Dr. Ertl und der leitende Referent der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten Rudolf Pöder zu den Lehrlingen sprechen.

Geehrte Redaktion!

Sie sind herzlich eingeladen, Berichterstatter und Foto-reporter zu dieser Feier zu entsenden. Termin: Mittwoch, 27. Oktober, 8.30 Uhr. Ort: Festsaal des Rathauses.

- - -

Umbau des Margaretenplatzes abgeschlossen:

13er verkehrt wieder "normal"
=====

25. Oktober (RK) Da der Umbau des Margaretenplatzes im 5. Bezirk abgeschlossen ist, wird die Autobuslinie 13 ab Mittwoch, den 27. Oktober, in der Fahrtrichtung zur Alser Straße zwischen der Wiedner Hauptstraße und dem Margaretenplatz wieder auf ihrer normalen Strecke verkehren, also über Lambrechtgasse - Leibensfrostgasse - Phorusplatz - Ziegelofengasse - Margaretenstraße - Margaretenplatz zur Pilgramgasse.

- - -

Fälligkeitstermine der Abgaben der Stadt Wien im November
=====

25. Oktober (RK) Im November sind nachstehende Abgaben fällig:

- 10. November: Ankündigungsabgabe für Oktober,
Getränkesteuer für Oktober,
Gefrorenessteuer für Oktober,
Vergnügungssteuer und Sportgroschen für die zweite Hälfte Oktober.
- 14. November: Anzeigenabgabe für Oktober,
Ortstaxe für Oktober.
- 15. November: Lohnsummensteuer für Oktober,
Grundsteuer zu einem Viertel ihres Jahresbetrages,
wenn dieser 200 Schilling übersteigt,
Kanalräumungs- und Hauskehrrichtabfuhrgebühr zu einem Viertel ihres Jahresbetrages.
- 25. November: Vergnügungssteuer und Sportgroschen für die erste Hälfte November.

- - -

Kommenden Samstag:Internationaler Maschinschreibwettbewerb in Wien
=====

25. Oktober (RK) Teilnehmer aus Jugoslawien, aus der Tschechoslowakei und aus Österreich treten am Samstag, dem 30. Oktober, um 9.30 Uhr in Wien zu einem internationalen Maschinschreibwettbewerb an. Geschrieben wird nach den Bestimmungen der INTERSTENO (Internationale Föderation für Kurzschrift und Maschinschreiben).

Bei einem 30-Minuten-Schreiben sind Geschwindigkeiten von mehr als 500 Anschlägen pro Minute zu erwarten. (Die Staatliche Stenotypieprüfung erfordert vergleichsweise 240 Anschläge). Das Perfektionsschreiben verlangt als zweiter Wettbewerb äußerste Konzentration, da in zehn Minuten nicht mehr als höchstens vier Fehler gemacht werden dürfen und überdies je Fehler 500 Strafpunkte abgezogen werden.

Für die Organisation und Durchführung dieses Wettbewerbes zeichnet der Österreichische Stenografenverband verantwortlich. Die Veranstaltung findet in 10. Bezirk, Triester Straße 91, statt und ist frei zugänglich.

Das Ergebnis wird bei der Preisverteilungsfeier im Volkshaus Margareten, bei der auch die österreichischen Teilnehmer an der 6. Weltmeisterschaft im Maschinschreiben und Kurzschrift, die in Juli dieses Jahres in Paris ausgetragen wurde, geehrt werden, am Sonntag, dem 31. Oktober, bekanntgegeben. Die Siegerehrung nimmt Stadtrat Hans Bock vor.

- - -

Eröffnung der XVIII. Betriebswirtschaftlichen Woche
=====

25. Oktober (RK) Vom 25. bis 29. Oktober findet im Großen Festsaal des Messepalastes die von der Kammer der Wirtschaftstreuhänder veranstaltete XVIII. Österreichische Betriebswirtschaftliche Woche statt. Im Rahmen dieser Vortragsveranstaltung werden prominente Fachleute des In- und Auslandes in insgesamt 23 Referaten zu aktuellen Fragen des Steuerrechts, der Betriebswirtschaft und Betriebsorganisation sowie der österreichischen Volkswirtschaft Stellung nehmen.

Heute vormittag fand die feierliche Eröffnung dieser Veranstaltung statt. In Vertretung von Bürgermeister Bruno Marek hieß Stadtrat Hans Bock die Tagungsteilnehmer im Namen der Stadt Wien willkommen. Der Stadtrat sagte in seiner Rede:

"Eine Tagung, die nunmehr schon zum 18. Male in ununterbrochener Reihenfolge abgehalten wird, bedarf, so glaube ich wohl sagen zu können, keiner besonderen Ankündigung und Hinweise mehr. Ich freue mich daher, feststellen zu können, daß auch das Programm der diesjährigen Betriebswirtschaftlichen Woche das hohe Niveau der bisherigen Veranstaltungen bestätigt. Besonders begrüßenswert finde ich es, daß der Einladung der Kammer der Wirtschaftstreuhänder zu dieser Tagung nicht nur zahlreiche Besucher aus dem Inland, sondern auch viele Delegationen befreundeter Berufsorganisationen Folge geleistet haben. Dies beweist die Beachtung, die diese Veranstaltung auch in ausländischen Fachkreisen gefunden hat.

Ich freue mich, weiter feststellen zu können, daß das Vortragsprogramm der diesjährigen Veranstaltung wie stets bemüht war, auf den Gebieten der Betriebswirtschaft, des Steuerrechts und der Volkswirtschaft durch hervorragende Fachleute des In- und Auslandes aktuellste Fragen zu behandeln. Als Vertreter der Stadt Wien heiße ich die Tagungsteilnehmer, die auch heuer wieder so zahlreich sowohl aus dem Ausland als auch aus den österreichischen Bundesländern zu dieser Veranstaltung gekommen sind, auf das herzlichste willkommen. Ich hoffe, daß Ihnen durch die diesjährige Tagung wieder wertvolle Informationen für Ihre berufliche Tätigkeit vermittelt werden. Den ausländischen Gästen ebenso wie den

Gästen aus den Bundesländern darf ich ans Herz legen, trotz der Fülle des Gebotenen nicht achtlos an den Schönheiten unserer Heimatstadt vorbeizugehen, sondern ihren Aufenthalt in Wien mit der Besichtigung der Schönheiten dieser Stadt zu verbinden. Zum Abschluß wünsche ich Ihnen allen einen angenehmen Aufenthalt in Wien und ein gutes Gelingen der XVIII. Österreichischen Betriebswirtschaftlichen Woche!"

- - -

Morgen Staatsfeiertag: Lainzer Tiergarten geöffnet

=====

25. Oktober (RK) Am morgigen Staatsfeiertag, dem 26. Oktober, ist der Lainzer Tiergarten geöffnet. Er kann ab 7 Uhr früh durch alle Tore betreten werden. Mit Einbruch der Dämmerung, etwa um 17.30 Uhr, wird der Lainzer Tiergarten geschlossen.

- - -

Eine Ausstellung über den 2. Bezirk in alten Wien:"Die alte Leopoldstadt - Vom Fischerdorf zum Großstadtbezirk"
=====

25. Oktober (RK) Am Mittwoch, den 3. November, wird um 12 Uhr Bezirksvorsteher Hubert Hladej eine vom Leopoldstädter Heimatmuseum eingerichtete Ausstellung über den 2. Bezirk in alten Wien eröffnen. Die Ausstellung trägt den Titel "Die alte Leopoldstadt - Vom Fischerdorf zum Großstadtbezirk" und ist gleichsam der erste Teil einer Ausstellungsreihe, die in nächsten Jahr fortgesetzt werden und die "Leopoldstadt heute" zeigen soll.

Die Ausstellung über die alte Leopoldstadt wird den Zeitraum von 16. Jahrhundert bis etwa zum Ende des vergangenen Jahrhunderts umfassen. An Hand von Modellen, Bildern, Diagrammen und Originalgegenständen wird sie ein Bild der alten Zeit entwerfen, in der die Donauregulierung durchgeführt wurde, die Nordbahn ihre erste Fahrt unternahm und das Carltheater noch spielte. Die Ausstellung wird in Amtshaus 2, Karmelitergasse 9, werktags von 9 bis 12 Uhr und 14 bis 16 Uhr, Samstag und Sonntag von 9 bis 12 Uhr bei freiem Eintritt zu sehen sein.

Gehrte Redaktion!

Für Pressevertreter findet am Donnerstag, dem 28. Oktober, um 11 Uhr, in Amtshaus Karmelitergasse 9, Festsaal, 2. Stock, eine Vorschau über die Ausstellung statt, bei der alle Unterlagen zur Verfügung gestellt werden und die Ausstellung besichtigt werden kann. Sie sind herzlichst eingeladen, Bericht-erstatte und Fotoreporter zu entsenden.

- - -

Wien - historischer Boden für die Luftfahrt
=====Eröffnung der IATA-Konferenz

25. Oktober (RK) Eine Woche lang ist Wien jetzt die Hauptstadt des Weltluftverkehrs: vom 25. bis 29. Oktober tagt hier der Weltkongreß des Luftverkehrs. Auf Einladung der österreichischen Bundesregierung findet die alljährliche Generalversammlung der IATA (International Air Transport Association - Internationale Vereinigung der Luftfahrtgesellschaften) im Kongreßzentrum der Wiener Hofburg statt. Damit tagt die IATA zum zweitenmal in der Geschichte des Luftverkehrs in unserer Stadt; der erste IATA-Kongreß in Wien wurde 1927 veranstaltet. Rund 300 Delegierte und Beobachter der 96 Luftfahrtgesellschaften, die Mitglieder der IATA sind, nehmen an dem Kongreß teil.

Heute vormittag wurde die IATA-Konferenz durch Bundespräsident Franz Jonas eröffnet. In Vertretung von Bürgermeister Bruno Marek hieß Stadtrat Kurt Heller die Tagungsteilnehmer im Namen der Stadt Wien herzlich willkommen. Stadtrat Heller sagte:

"Als die IATA, die Weltorganisation der internationalen Verkehrsluftfahrt, vor einem Jahr in Bogota beschloß, ihre nächste Generalversammlung in Wien abzuhalten, haben wir diese Entscheidung freudig begrüßt. Wien ist für die Luftfahrt ein historischer Boden. Von den ersten Tagen der Fliegerei an fanden hier Forscher, Pioniere und Piloten dieses jüngsten Verkehrsmittels bereitwillige und verständnisvolle Förderung.

Infolge des Krieges und der Nachkriegszeit waren Österreich und seine Bundeshauptstadt dann allerdings zwanzig Jahre lang von der aktiven Teilnahme am Luftverkehr faktisch ausgeschaltet. Nicht nur die Welt, sondern auch die Jugend unseres Landes, die in diesen zwei Jahrzehnten heranwuchs, war sich nicht mehr bewußt, was Wien einst für die Luftfahrt bedeutet hatte.

Erlauben Sie mir daher, vor diesem illustren Forum nur an die wichtigsten geschichtlichen Tatsachen zu erinnern: Im Jahre 1880 gründeten begeisterte Flugpioniere in Wien den "Flugtechnischen Verein", die erste Organisation der Welt, die - mit öffentlichen Mitteln gefördert - die wissenschaftlichen Grundlagen des

Motorfluges erforschte. 1906 wurde in Wien die erste Lehrkanzel für Flugzeugbau ins Leben gerufen. In Wien wurde auch der erste Windkanal der Welt in Betrieb genommen; hier wurden die ersten, in ihren Ergebnissen heute noch gültigen Untersuchungen der Strömungsprofile an Tragflächen und Propellern durchgeführt. In Wien lebten und wirkten bedeutende Wissenschaftler wie Ernst Mach, Christian Doppler und Ludwig Boltzmann, deren Namen mit goldenen Lettern in die Geschichte der Luftfahrttechnik eingeschrieben sind.

Ich darf auch besonders darauf hinweisen, daß unsere Stadt stolz darauf ist, Ausgangspunkt der ersten Linienflugverbindung und des ersten Flugpostverkehrs gewesen zu sein. Diese beiden historischen Ereignisse des Luftverkehrs trugen sich im Jahre 1918 auf unserem Flughafen Aspern zu. In den Dreißigerjahren war die 'ÖLAG', die Vorgängerin unserer 'AUA', die viertgrößte Fluggesellschaft Europas, und der Wiener Flughafen galt, gemessen an der Zahl der landeberechtigten ausländischen Fluggesellschaften, als der internationalste der Welt.

Der Krieg, der unserem Land und unserer Stadt schwere Wunden schlug, vernichtete auch alle Anlagen der Verkehrsluftfahrt. Trotz aller mit dem Wiederaufbau verbundenen Schwierigkeiten war die Stadt Wien schon unmittelbar nach Beendigung des Krieges vorsorglich darauf bedacht, den Wiederaufbau der Verkehrsluftfahrt zu fördern und hat zu diesem Zweck bedeutende Mittel zur Verfügung gestellt. Neben dem Bund und dem Land Niederösterreich übernahm die Stadt die Teilhaberschaft an dem neuen, damals noch im Planungsstadium befindlichen Flughafen Wien. Heute dürfen wir stolz darauf sein, einen der schönsten und modernsten Flughäfen Europas zu besitzen.

Wir können uns aber mit Rücksicht auf die Ausweitung des Flugverkehrs und auf die rasante technische Entwicklung keineswegs mit dem einmal Erreichten zufriedengeben. Die Gesellschafter der Flughafen Wien-Betriebsgesellschaft und damit natürlich auch die Stadt Wien haben sich daher vor kurzem entschlossen, neuerlich einen Betrag von 300 Millionen Schilling für den weiteren Ausbau des Flughafens Wien zur Verfügung zu stellen, damit dieser die zukünftigen Verkehrserfordernisse klaglos erfüllen kann. Die Stadt

Wien übernahm aber auch Anteile an den 'Austrian Airlines' und schaltete sich damit aktiv in den Wiederaufbau einer nationalen österreichischen Luftverkehrsgesellschaft ein.

Alle diese Bemühungen trugen ihre Früchte: die Zahl der Touristen und Geschäftsreisenden, die unsere Stadt auf dem Luftweg besuchen, wächst in einer steilen Kurve an, mit einer Zuwachsrate von weit mehr als 20 Prozent pro Jahr liegt der Flughafen Wien im Hinblick auf seine Steigerungsquote in der Spitzengruppe der europäischen Flughäfen.

Seit Jahrhunderten war Wien Schauplatz internationaler Begegnungen und Drehscheibe des europäischen Verkehrs zwischen Nord und Süd, Ost und West. Wir hoffen, daß unsere Stadt auch in Zukunft in der Entwicklung des kontinentalen und transkontinentalen Luftverkehrs die gleiche wichtige Rolle spielen wird. Daher freue ich mich ganz besonders, heute die höchsten Repräsentanten des internationalen Luftverkehrs in den Mauern unserer Stadt begrüßen zu können und darf Ihnen versichern, daß die Stadt Wien alles unternommen hat, um der zu erwartenden stürmischen Entwicklung des Luftverkehrs gewachsen zu sein.

Die Atmosphäre unserer Stadt, ihre historischen Bauten und kulturellen Veranstaltungen üben auf Besucher aus allen Kontinenten stets eine besondere Anziehungskraft aus. Es war daher verständlich, daß auch der große Strom der Flugtouristen, der von Ihnen als den maßgeblichen Repräsentanten der internationalen Fluggesellschaften gelenkt wird, vor den Mauern unserer Stadt nicht halt machte. Wir freuen uns über diese Entwicklung und werden unsere Gäste stets mit der hierzulande traditionellen Freundschaft und Herzlichkeit aufnehmen. Ich habe nur eine Bitte: machen Sie mit Ihren Fluggesellschaften von den Möglichkeiten, die Wien als Reiseziel des internationalen Flugtourismus bietet, in Zukunft noch mehr und noch intensiver Gebrauch.

Es war schon immer die Aufgabe der modernen Verkehrsmittel, Brücken menschlichen Verstehens zwischen den Völkern zu schlagen. Im Luftverkehr hat sich diese Zielsetzung in globalen Ausmaß erweitert. Die Luftverkehrsgesellschaften erleben die Genugtuung, daß sie neben allen technischen Errungenschaften und geschäftlichen Erfolgen auch an der Erfüllung des ewigen Menschheitswunsches nach einem dauernden Frieden tatkräftig mitwirken können.

Im Sinne dieser hohen Aufgaben, heiße ich Sie in Vertretung des Herrn Bürgermeisters nochmals herzlich willkommen, wünsche Ihrer Konferenz viele fruchtbare Ergebnisse und Ihnen persönlich einen angenehmen Aufenthalt. Wien und den Wienern aber wünsche ich, daß Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, neben Ihrer Arbeit auch Zeit finden, diese Stadt und deren Bevölkerung näher kennenzulernen und daß dieses Kennenlernen in Ihnen den Wunsch weckt, möglichst bald wieder, sei es nun in offizieller Eigenschaft oder als private Reisende, zu uns nach Wien zu kommen. Seien Sie versichert, daß Sie in Wien immer gern gesehene Gäste sein werden."

Am Donnerstag, dem 28. Oktober, gibt die Stadt Wien für die Delegierten dieses bedeutsamen Großkongresses einen Empfang im Großen Festsaal des Wiener Rathauses.

- - -

100. Geburtstag in Währing

=====

25. Oktober (RK) Fünf Generationen versammeln sich heute am Geburtstagstisch der jüngsten Hundertjährigen Wiens, Frau Elisabeth Hejduk, die diesen Ehrentag in voller Frische in ihrer Wohnung im 18. Bezirk, Gertrudplatz 6, feiert. Fünf Generationen: die Jubilarin, ihre Tochter, vier Enkelkinder, drei Urenkeln und ein Ururenkel.

Bürgermeister Bruno Marek stattete heute mittag der Jubilarin einen Besuch ab und überbrachte ihr mit einem großen Blumenstrauß die herzlichsten Glückwünsche der Stadtverwaltung. Bezirksvorsteher Dr. Gräf und Bezirksvorsteher-Stellvertreter Dipl.-Ing. Haiden gratulierten im Namen der Währinger Bevölkerung und überreichten der Jubilarin die Ehrengeschenke der Stadt Wien.

Frau Hejduk, die in der Tschechoslowakei geboren wurde, aber bereits seit ihrem 15. Lebensjahr in Wien wohnt, ist nicht nur geistig, sondern auch körperlich außerordentlich rüstig, obwohl sie vor vier Jahren einen Oberschenkelbruch erlitt und dadurch etwas gehbehindert ist. Die seit 1937 verwitwete Jubilarin ist am täglichen Geschehen noch sehr interessiert und liest gerne Bücher und Zeitungen.

- - -

"Jugend am Werk - Gestern, heute, morgen"

=====

Jugend am Werk-Ausstellung in der Volkshalle des Rathauses

25. Oktober (RK) Heute vormittag eröffnete Bürgermeister Marek in der Volkshalle des Wiener Rathauses eine repräsentative Schau der österreichischen Jugend am Werk-Organisationen, die aus Anlaß des 20jährigen Bestehens dieser Jugendförderungs-Institution gestaltet wurde. Sie steht unter dem Motto "Jugend am Werk - Gestern, heute, morgen".

Den musikalischen Auftakt der Eröffnungsfeier gaben ein Bläseroktett der Wiener Symphoniker und ein Chor der Kindergärtnerinnenschule der Stadt Wien.

Der Vorsitzende des Vereines "Jugend am Werk", Bezirksvorsteher Leo Mistingher konnte unter den zahlreich erschienenen Eröffnungsgästen Bürgermeister Marek, Stadtschulratspräsident Nationalratsabgeordneten Dr. Neugebauer, Mitglieder des Wiener Gemeinderates, Bezirksvorsteher und deren Stellvertreter sowie Behördenvertreter begrüßen. Er erinnerte an die Zeit unmittelbar nach dem zweiten Weltkrieg, da Bürgermeister Körner jenen denkwürdigen Aufruf an die Jugend der Stadt erlassen hat, der schließlich zur Neugründung der Jugend am Werk-Organisation führte. Oft waren es neben der Wiener Feuerwehr nur die freiwilligen Helfer dieser Aktion, die der Stadtverwaltung für Ausräumungsarbeiten und Katastropheneinsätze zur Verfügung standen. Die Zentralstelle der Vereinigung, damals noch im Rathaus, verfügte über ganze fünf Tische und vier Sessel. Aber unter der verständnisvollen Förderung durch die Wiener Stadtverwaltung wuchs das Werk rasch. 1946 hat Bürgermeister Marek, damals als Direktor der Wiener Messe, der "Jugend am Werk" einen Messestand zur Verfügung gestellt, der der Öffentlichkeit die Anliegen der Vereinigung näherbringen konnte. Der Verein hoffe sicher nicht vergeblich, daß die Stadt Wien sich auch in Zukunft voll und ganz hinter seine Arbeit stellen werde.

Nie wieder arbeitslose Jugendliche!

Bürgermeister Marek führte in seiner Eröffnungsansprache aus, daß in großen österreichischen Jubiläumsjahr 1965 auch die

Aktion "Jugend an Werk" auf ein 20jähriges Bestehen zurückblicken kann. Die Anfänge dieses Werkes reichen jedoch schon in die Erste Republik zurück und sind in jener bösen Zeit zu suchen, die die Jugend von heute sich gar nicht mehr vorstellen kann und hoffentlich nie erleben möge. Die Weltwirtschaftskrise bescherte Österreich 600.000 Arbeitslose, davon 200.000 Jugendliche. Damals riefen der heutige Sozialminister Anton Proksch und Leo Mistingger zu der Aktion "Jugend in Not" auf, die vom Jugendbeirat der Arbeiterkammer unterstützt wurde. Ihre Zentrale war eine Baracke in Sievering, in der Notstandsarbeiten organisiert wurden. Als Entlohnung erhielten die Jugendlichen eine warme Mahlzeit täglich. Das Wichtigste aber war, daß sie sich der Arbeit nicht entfremdeten. 1935 wurde die Organisation unbenannt und hieß jetzt "Jugend in Arbeit". Sie leistete wertvolle Aufbauarbeit auf verschiedenen Gebieten. Faschismus und Krieg unterbrachen das Werk. Nach 1945 jedoch rief der unvergeßliche Bürgermeister Theodor Körner die Jugend wieder in den Dienst der Gemeinschaft. Als eigentlicher Geburtstag der Aktion in der Zweiten Republik ist der 1. Juni 1945 anzusehen, als sich der Verein Jugend an Werk unter der Leitung von Fritz Konir konstituierte. Da Leo Mistingger mittlerweile aus den Konzentrationslager zurückgekehrt war, übernahm er am 1. September den Vorsitz des von ihm mitbegründeten Werkes. Bereits das erste Jahr brachte eine vielfältige Tätigkeit und wertvolle Leistungen, die sich von Jahr zu Jahr steigerten. Auch die Bundesländer schlossen sich der zuerst von Wien allein getragenen Aktion an. Heute gibt es überall rege "Jugend an Werk"-Gruppen, die Hervorragendes zur beruflichen Förderung der Jugendlichen leisten.

Bürgermeister Marek schloß mit dem Dank an alle Mitarbeiter und Förderer von "Jugend an Werk" und mit dem Hinweis auf die große Jubiläumstagung des Vereines, die übermorgen im Franz Domes-Heim stattfinden wird.

Von der Trachtenpuppe bis zur elektronischen Schaltanlage

Die Ausstellung vermittelt einen repräsentativen Querschnitt durch die mannigfaltige Tätigkeit des Vereines "Jugend an Werk" in allen Bundesländern. Neben Bildtafeln und graphischen Darstellungen herrschen die sehr beachtlichen Beispiele von ./. .

Erzeugnissen der Lehrwerkstätten des Vereines vor. Einen breiten Raum nehmen Produkte des Kunsthandwerkes ein, die vielfach zugunsten der Hochwassergeschädigten verkauft werden. Auch in der Volkshalle kann man einige sehr schöne Proben des handwerklichen Könnens unserer Jugend käuflich erwerben.

In Verlag für Jugend und Volks ist eine 90 Seiten starke Festschrift "Arbeitsfreude, Lebenslust - Jugend am Werk 1945 bis 1965" erschienen, die einen sehr interessanten Überblick über die Arbeit dieser Institution in den letzten 20 Jahren vermittelt.

Die Ausstellung in der Volkshalle des Rathauses ist bis 4. November täglich von 10 bis 19 Uhr durchgehend bei freiem Eintritt geöffnet. Die Ausstellungsräume sind geheizt.

- - -

Schülerzeichnungen im Pädagogischen Institut

=====

25. Oktober (RK) Stadtschulratspräsident Dr. Max Neugebauer eröffnete heute die bisher größte Ausstellung von Zeichnungen im Pädagogischen Institut der Stadt Wien.

Die Ausstellung steht unter dem Motto "Arbeiten - Sparen - Feiern". Volksschüler, Hauptschüler und Mittelschüler haben sich daran beteiligt. Das Thema scheint die Kinder sehr angesprochen zu haben, denn es sind noch nie so viele und so hervorragend gestaltete Arbeiten abgeliefert worden wie bei dieser Ausstellung. Die Jury hatte es nicht leicht, aus der Fülle der wertvollen Zeichnungen die besten auszusuchen.

Die Preisträger erhielten aus der Hand von Präsident Dr. Neugebauer die von den beiden Wiener Sparkassen gestifteten Geschenke in Form von Malfarben und Büchern. Präsident Dr. Neugebauer äußerte sich sehr anerkennend über die Kunsterziehungsarbeit in den Schulen, die auch in dieser Ausstellung eine sichtbare Dokumentation findet.

Die Ausstellung befindet sich im Pädagogischen Institut der Stadt Wien, 7, Burggasse 14-16, und ist bis 12. November täglich von Montag bis Freitag in der Zeit von 9 bis 19 Uhr bei freiem Eintritt geöffnet.

- - -

Jugendorchester aus der Hohner-Stadt konzertiert in Wien
=====

25. Oktober (RK) Heute kommt ein Jugendorchester aus der Württembergischen Stadt Trossingen, wo die Instrumentenfabrik Hohner zu Hause ist, nach Wien. Die "Musiker" sind zwischen acht und vierzehn Jahre alt und spielen kindertümliche Instrumente, wie Melodica, Mundharmonika, Akkordeon oder Orff-Instrumente. Im Einvernehmen mit dem Stadtschulrat für Wien führt das Landesjugendreferat mehrere Konzerte dieses Jugendorchesters vor allem für Lehrpersonen und Schüler durch.

Am Mittwoch, dem 27. Oktober wird um 14.15 Uhr im Volkshaus Groß Jedlersdorf und um 16.30 Uhr im Saal des Gewerkschaftshauses, 4, Treitlstraße, konzertiert.

Donnerstag, den 28. Oktober ist um 14.30 Uhr die Volkshochschule Favoriten an der Reihe und **am Nachmittag** werden die jungen Musikanten im Rahmen der Sendereihe "Wien hat immer Saison" zu hören sein. Am Weltspartag, Freitag, dem 29. Oktober, gibt es bereits um 8 Uhr früh im Großen Kassensaal des neuen Zentralsparkassen-Hauptgebäudes **ein** Konzert, um 10 Uhr ein Ständchen im Hof des Stadtschulrates für Wien und um 15.30 Uhr eine musikalische Darbietung in der Volkshochschule Ottakring.

- - -

Ab nächstes Jahr:Jahresabrechnung für Gas und Strom
=====

Der "designierte" Stadtrat Dkfm. Dr. Maria Schaumayer informierte über eine neue Rationalisierungsmaßnahme der Wiener Stadtwerke

25. Oktober (RK) In einer Pressekonferenz in der Direktion der Wiener E-Werke in der Mariannengasse informierte heute der "designierte" Stadtrat für die Städtischen Unternehmungen, Dkfm. Dr. Maria Schaumayer, über die Einführung der Jahresabrechnung von Gas und Strom in Wien. Mit dieser Neueinführung, die nicht nur für die Stadtwerke wirtschaftlicher ist, sondern auch den Kunden der Gas- und E-Werke etliche Vorteile bringt, wird am 1. Jänner 1966 begonnen werden.

An der Pressekonferenz nahmen auch Generaldirektor Dr. Reisinger sowie der Direktor der E-Werke Dipl.-Ing. Ruiss und der Direktor der Gaswerke Dr. Jorde sowie leitende Beamte der Wiener Stadtwerke teil. Dr. Maria Schaumayer betonte bei ihren Ausführungen, daß man gerade bei dieser Neueinführung die Mitarbeit der Presse brauche. Es geht darum, unsere Kunden so zu informieren, daß sie in der Neuerung nicht fälschlich einen Anschlag auf ihre Briefftasche erblicken, sondern eine möglichst umfassende Information bekommen.

Die Jahresabrechnung wird ab 1. Jänner 1966 eingeführt, Zum gleichen Datum wird übrigens auch Niederösterreich auf dieses Verfahren übergehen. Die Wiener Stadtwerke folgen mit dieser Methode zahlreichen ausländischen und inländischen Beispielen (Graz, Linz, Salzburg). Für Wien hat man sich jedoch ein eigenes Verfahren zurechtgelegt, das unseren Gegebenheiten am besten entspricht. In Zukunft wird also nur einmal jährlich abgelesen, und zwar entweder im November im sogenannten Abrechnungsgebiet 1 oder im Dezember im Abrechnungsgebiet 2. Nur bei dieser einmal jährlichen Ablesung muß der Zähler zugänglich sein. Fünfmal im Jahr wird ein gleichhoher Teilbetrag vom Gaskassier wie bisher persönlich kassiert. Die Wiener werden also auch weiterhin nicht zur Post gehen müssen, die übrigens auch gar nicht in der Lage wäre, diese Million Erlagscheine zu bearbeiten. Außerdem

wären die Kosten bei dieser Abrechnungsart fast ebenso hoch, wie die Personalkosten für die Gaskassiere. Es gäbe also kein Ersparnis. Da der Teilbetrag bekannt ist, kann man das Geld viel besser einteilen und muß auch nicht zu Hause bleiben, sondern kann diesen Betrag dem Nachbarn oder dem Hausbesorger übergeben. Ein Teilbetrag besteht aus einem Fünftel des Verbrauches der letzten zwölf Monate, wobei auf fünf Schilling auf- beziehungsweise abgerundet wird.

Eine weitere Zahlungsmöglichkeit besteht darin, durch einen Dauerauftrag die Überweisung von einem Geldinstitut vornehmen zu lassen.

Das Jahr 1966 wird für die Wiener Jahresabrechnung noch ein Übergangsjahr sein. Heuer wird im November beziehungsweise Dezember (je nach dem Abrechnungsgebiet) die letzte Ablesung nach dem alten Verfahren stattfinden. Der Gaskassier bringt dann die Rechnung für den Verbrauch im November beziehungsweise Dezember 1965 im Jänner beziehungsweise Februar 1966 und teilt gleichzeitig mit, welchen Teilbetrag er entweder im März, Mai, September und November oder im April, Juni, Oktober und Dezember kassieren kommt. Im Jänner beziehungsweise Februar 1967 wird dann zum erstenmal die gesamte Jahresabrechnung vorgelegt werden. Hat der Kunde durch seine gleichbleibenden Teilbeiträge zu viel einbezahlt, wird ihm diese Summe gutgeschrieben, war der Pauschalbetrag zu niedrig, erfolgt bei dieser Gelegenheit ein Nachinkasso.

Die Vorteile der Neuregelung für die Wiener Stadtwerke liegen nicht in einer Personalerparnis, sondern darin, daß kein zusätzliches Personal gebraucht wird, das bei einer jährlichen Zuwachsrate von ungefähr 30.000 Gas- und Stromabnehmern nunmehr erforderlich wäre. Außerdem können die Stadtwerke mit gleichmäßigeren Geldeingängen und mit kürzeren Außenständen rechnen, was eine Zinsersparnis bedeutet. Schließlich legen die Stadtwerke darauf Wert, daß der Kundenkontakt weiter erhalten bleibt.

In diesem Zusammenhang brachte Dr. Schaumayer drei Bitten an die Wiener vor:

Sie mögen bei Erweiterung oder Verringerung der Anlagen dieser Gas- und Stromverrechnung melden, damit es bei der End-

abrechnung zu keinen unangenehmen Überraschungen kommt, beziehungsweise um zu vermeiden, daß man während des Jahres zu viel bezahlt.

Die Wiener mögen auch hie und da einen Blick auf ihre Zähler werfen, die jetzt nur mehr einmal jährlich überprüft werden können. Der technische Dienst kommt bei einem Gebrechen sofort ins Haus.

Am allerliebsten wäre es den Stadtwerken, wenn sich möglichst viele Gas- und Stromabnehmer bei der Begleichung der Rechnungen der Wiener Geldinstitute bedienen wollten.

Im Anschluß an die Pressekonferenz wurde auch die elektronische Datenverarbeitungsanlage im E-Werk besichtigt, die die Wiener Gas- und Stromverrechnung bewältigt. Täglich werden ungefähr 30.000 Abrechnungen mit allen dazugehörigen Nebenarbeiten durchgeführt. Außerdem ist die Anlage auch auf anderen Gebieten des kaufmännischen Rechnungswesens der Wiener Stadtwerke eingesetzt.

- - -

Stadtrat Pfoch begrüßte Kolloquium zur Verhütung von Arbeitsunfällen
=====

25. Oktober (RK) Heute vormittag wurde in Wien ein Internationales Kolloquium über Verhütung von Arbeitsunfällen eröffnet. Im Namen des Bürgermeisters hieß Stadtrat Pfoch die Delegierten in Wien herzlich willkommen. Er führte dabei unter anderem aus:

"Wir sind geneigt, Ihnen meine, sehr verehrten Damen und Herren, das Heimatrecht der Stadt zu verleihen, da Sie schon zum viertenmal Wien zu Ihrem Tagungsort bestimmt haben.

Sie kennen Wien aus dem Jahr 1928, es war vor dem Krieg, und trotz beginnender Weltwirtschaftskrise versuchten wir, Medizin und Wohlfahrtswesen vorbildlich für die Welt zu organisieren.

Sie kennen Wien aus dem Jahr 1951 - von vier Mächten besetzt - Faschismus und Krieg hatten Wien und den Wienern schwere Opfer abverlangt, und schließlich waren Sie 1958 hier im befreiten Land, in dem Sie sich sicherlich mit uns über den erfolgreichen Wiederaufbau gefreut haben.

Seither sind wir nicht müßig gewesen, und wenn es Ihr Tagungsprogramm erlaubt, laden wir Sie ein, sich ein wenig umzusehen, um festzustellen, daß das klare Licht der frühen Herbsttage die altehrwürdigen Bauten ebenso reizvoll ausleuchtet, wie die lichten Fassaden und roten Dächer von Wohnhausbauten, Schulen, Spitalern und Wohlfahrtseinrichtungen der Stadt.

So wünsche ich Ihnen einen angenehmen Aufenthalt in Wien und Ihrer Tagung einen vollen Erfolg."

- - -

Steinerne Hochzeit in Hernals
=====

25. Oktober (RK) Das Ehepaar Rudolf und Rosa Tritta feiert morgen Dienstag, den 26. Oktober, das auch in Wien noch seltene Fest der Steinernen Hochzeit. 67 1/2 Ehejahre haben die Jubilare gut hinter sich gebracht. Seit 1919 wohnt das "steinerne" Paar in Wien. Der Jubelbräutigam steht im 94., seine Gattin im 87. Lebensjahr. Beide sind recht rüstig, Frau Tritta führt ihren Haushalt noch allein, während ihr Mann die Einkäufe besorgt.

Im Namen der Stadt Wien besuchte heute Stadtrat Pfösch das Jubelpaar in seiner Wohnung und überreichte ihm einen großen Blumenstrauß sowie die Ehrengaben der Stadtverwaltung. Für die Hernalser Bevölkerung gratulierte Bezirksvorsteher-Stellvertreter Losert.

- - -

Empfang für die Völkerkundler
=====

25. Oktober (RK) Anlässlich der Internationalen Völkerkunde-Tagung, die heute eröffnet wurde und bis 30. Oktober dauern wird, gab die Stadt Wien heute abend in den Wappensälen des Rathauses einen Empfang. Stadtrat Sigmund begrüßte die Völkerkundler, darunter 120 Ausländer aus 14 verschiedenen Ländern im Beisein des designierten Stadtrates Dkfm. Dr. Maria Schaumayer und hieß sie im Wiener Rathaus herzlich willkommen. Wien zeigt durch diesen Kongreß, bei dem auch viele Teilnehmer aus den Oststaaten vertreten sind, wieder einmal mehr seine Funktion als Basis für einen völkerverbindenden Gedankenaustausch.

- - -

Rinderhauptmarkt vom 25. Oktober

=====

25. Oktober (RK) Unverkauft vom Vormarkt: O. Neuzufuhren Inland: 83 Ochsen, 307 Stiere, 715 Kühe, 143 Kalbinnen, Summe 1.248. Polen 7 Stiere. Gesantauftrieb: 83 Ochsen, 314 Stiere, 715 Kühe, 143 Kalbinnen, Summe 1.255. Verkauft wurde alles. Im Auslandsschlachthof Inland 21 Rinder, Ausland 10 Rinder aus Ungarn.

Preise: Ochsen 14 bis 17.30 S, extrem 17.50 bis 17.60 S, 7 Stück, Stiere 14.50 bis 17.20 S, extrem 17.60 S, 1 Stück, Kühe 10 bis 14 S, extrem 14.30 bis 15.20 S, 5 Stück, Kalbinnen 13.50 bis 17.50 S; Beinlvieh Kühe 8 bis 9.90 S, Ochsen und Kalbinnen 11.50 bis 14 S, polnische Stiere notierten zu 15.70 S.

Der Durchschnittspreis bei inländischen Rindern erhöhte sich bei Ochsen um 38 Groschen, bei Stieren um 23 Groschen, bei Kalbinnen um 20 Groschen und ernährte sich bei Kühen um 19 Groschen je Kilogramm. Die Durchschnittspreise einschließlich Beinlvieh betragen für: Ochsen 15.56 S, Stiere 15.69 S, Kühe 11.28 S, Kalbinnen 15.48 S; Beinlvieh verbilligte sich bis zu 30 Groschen je Kilogramm.

- - -

Rathaus - Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Dienstag, 26. Oktober 1965

Blatt 2799

Österreichs Staatsfeiertag: Auch in Finnland begangen
=====

26. Oktober (RK) Im Rahmen der Österreich-Tage in Finnland fand heute anlässlich des Österreichischen Staatsfeiertages im Stadttheater von Tampere eine Feier statt, bei der den beiden Gestaltern des Plakates für das finnische "West Side Story"-Gastspiel im Theater an der Wien, Räsänen und Paukku, sowie der Druckerei Tampereen Kirjapaino und Theaterdirektor Tavaste, die ihnen vom Kulturredamt der Stadt Wien verliehenen Diplome überreicht wurden. Die Urkunden wurden vom Wiener Veranstalter des Gastspiels, Redakteur Alois Brunnthaler, überbracht, der ein Schreiben Bürgermeister Mareks, an den Bürgermeister von Tampere, Erkki Lindfors, weiterleitete, in dem für die intensive Förderung der Beziehung zwischen Tampere und Wien gedankt wird. Das "West Side Story"-Gastspiel des Tampereen Teatteri war eine der bestbesuchten Aufführungen der vergangenen Spielsaison im Theater an der Wien.

Dem erfolgreichen Dirigenten des Gastspiels, Kapellmeister Juhani Raiskinen, der übrigens ein hervorragender Pianist ist und der ebenfalls sehr intensiv zur Förderung des Kulturaustausches zwischen Österreich und Finnland beiträgt, ließ Bürgermeister Marek eine Johann Strauß-Figur aus Augartenporzellan überreichen.

Bürgermeister Lindfors erklärte im Rahmen der kleinen Feier, für Wien zu werben sei nicht schwer, denn Wien und alles, was aus Wien kommt, habe in Finnland einen sehr guten Namen. Daher auch das große Echo auf die verschiedenen Veranstaltungen der Österreich-Tage in Finnland, angefangen von den Modenschauen bis zu den Aufführungen des Reinhardt-Seminars in Tampere.

./.

Weil Wien aber an kulturelle Ereignisse einen sehr hohen Maßstab anlegt, war es für Tampere doppelt erfreulich, daß das "West Side Story"-Gastspiel seines Stadttheaters so gut aufgenommen und ein so großer Erfolg wurde.

In einer Grußbotschaft an Bürgermeister Marek und alle Wiener sagte Bürgermeister Lindfors, daß es bald keinen Finnen mehr geben werde, der nicht zumindest einmal Wien besucht und die Herrlichkeiten der Vergangenheit und die imposanten neuen Bauwerke bewundert habe. Es wäre daher auch zu begrüßen, wenn auch die Wiener nach Tampere kämen, um die Schönheit der finnischen Landschaft, die hervorragenden Erzeugnisse des finnischen Kunstgewerbes und die sehenswerten Aufführungen unserer Bühne näher kennenzulernen.

- - -

90. Geburtstag von Karl Wiesinger

=====

26. Oktober (RK) Morgen, den 27. Oktober, begeht Schulrat Karl Wiesinger seinen 90. Geburtstag. Der bekannte Schulmann aus Mauer hat sich als Pädagoge, Volksbildner und Lokalhistoriker verdient gemacht. Der Liesinger Bezirksvorsteher Reinhold Suttner wird ihm die Glückwünsche der Wiener Stadtverwaltung überbringen.

- - -

Neuer Nationalfeiertag: Krönung des Jubiläumsjahres
=====Die Festrede des Landtagspräsidenten

26. Oktober (RK) Heute vormittag trat der Wiener Landtag zu einer Festsitzung zusammen, um den gestern vom Parlament beschlossenen Nationalfeiertag zu begehen. Zu diesem Anlaß hielt der Erste Präsident des Wiener Landtages, Dr. Wilhelm Stemmer, folgende Ansprache:

"Am heutigen Tage feiern die Bundesversammlung und die Landtage erstmals den gestern im Parlament beschlossenen österreichischen Nationalfeiertag.

Mit diesem gestrigen Beschluß hätte das Jubiläumsjahr 1965, in welchem wir den 20. Jahrestag der Wiederrichtung unserer Republik und den 10. Jahrestag des Abschlusses des Staatsvertrages gefeiert haben, einen würdigen Abschluß finden können.

Und nun endet das Jubiläumsjahr bedauerlicherweise mit einer politischen Dissonanz, die ihre Schatten auf die heutige Feier unseres Nationalfeiertages wirft. Soll der neue Nationalfeiertag doch das Gemeinsame, das Einigende in unserer Republik zum Ausdruck bringen. Wurde für diesen Feiertag doch mit Bedacht - nach langer Diskussion - ein Datum gewählt, dem sich alle Österreicher ohne Vorbehalte und Ressentiments verbunden fühlen können, der Tag der Erklärung unserer immerwährenden Neutralität.

Differente Auffassungen innerhalb der Bundesregierung sind keineswegs eine nationale Katastrophe. Drücken sie doch sinnfällig aus, daß die von den beiden Regierungsparteien bekundeten Auffassungen, - entsprechend den Interessen, die sie in erster Linie zu vertreten haben - in vielen Punkten sehr unterschiedlich sind. Wären die Auffassungen zu allen Fragen im Staate die gleichen, brauchten sich die Staatsbürger nicht für verschiedene Parteien zu entscheiden.

Kein Geringerer, als der Erste Präsident des Nationalrates der Zweiten Republik, Leopold Kunschak, unterstrich dies bei seinem Amtsantritt am 19. Dezember 1945 mit folgenden Worten:

'Ein Jahrzehnt schlimmster Erfahrungen und Erkenntnisse haben wir hinter uns. Die Demokraten haben daraus die Schlußfolgerung

gezogen, daß sie in Hinkunft gemeinsam arbeiten wollen. Selbstverständlich ist jede Partei dieses Hauses entschlossen, ihr Programm der Verwirklichung zuzuführen. Das ist nicht nur ihr gutes Recht, sondern sogar ihre Pflicht! Denn auf Grund ihres Programmes wurden sie von ihren Wählern in das Parlament entsandt. Achtenswert ist nur der Mensch, der Grundsätze hat und sich diesen verpflichtet fühlt.' Und er schloß mit den Worten: 'Über allem aber steht das Gemeinsame: dem Volk und dem Vaterland zu dienen.'

Das Bestehen unterschiedlicher Auffassungen stellt an sich noch keine Gefahr dar. Grund zur Besorgnis besteht erst, wenn die unterschiedlichen Auffassungen nicht mehr mit demokratischen Mitteln vertreten werden oder wenn sie überhaupt nicht mehr vertreten werden können. Differente Auffassungen gehören zum Wesen einer pluralistischen Gesellschaft, die wir auf Grund der Erfahrungen der letzten Jahrzehnte mit aller Leidenschaft verteidigen. Mit gleicher Leidenschaft aber verteidigen wir, ebenfalls auf Grund der Erfahrungen der letzten Jahrzehnte, das Recht auf die demokratische Entscheidung.

Gerade die Neutralitätserklärung zeigt ja, daß die gleiche Problematik in der ganzen Welt besteht. Die Welt ist heute - grob vereinfacht - in die beiden großen Blöcke mit sehr differenten Auffassungen geteilt. Und die gesamte Menschheit ist daran interessiert, daß die unterschiedlichen Auffassungen auf demokratische Weise in Wettbewerb treten. Die Welt weiß, daß sich die UNO ständig im Spannungsfeld dieser unterschiedlichen Auffassungen befindet, daß sie oft hart zu ringen hat, um wieder einen Ausgleich herbeizuführen. Aber die Welt wünscht mit aller Inbrunst, daß die oft unter schweren Bedingungen nur mühselig arbeitende UNO als Plattform der demokratischen Begegnung bestehen bleibt.

Und das österreichische Volk hat durch seine Entscheidungen seit 1945 immer wieder bekundet, daß es die Zusammenarbeit - trotz aller Schwierigkeiten - dem Gegeneinander der Ersten Republik vorzieht.

Österreich hat seine Neutralitätserklärung nie nur egoistisch und unter dem Gesichtswinkel einer weltpolitischen Abstinenz aufgefaßt, sondern als eine Aufgabe. Bundeskanzler Ing. Raab führte hiezu aus: 'Damit ist keine Verpflichtung zu ideologischer Neutralität verbunden. Wir glauben, mit diesem Beschluß nicht nur uns, sondern auch unseren Nachbarstaaten und darüber hinaus der ganzen Welt nützen zu können.' Und Bundespräsident Körner begrüßte den Neutralitätsbeschluß 'als den Beginn eines neuen Abschnittes in der Geschichte Österreichs und vielleicht der Welt.'

Sie ist aber nicht der einzige 'neue Abschnitt' in der Geschichte Österreichs seit 1945. Die Verbundenheit mit der Republik und das Bekenntnis zum Staat sowie zur Demokratie ist heute ein anderes als in der Ersten Republik. Maßgebend hierfür waren die Erfahrungen jener Männer und Frauen, die 1945 das Schicksal Österreichs in die Hand nahmen.

Seither sind zwei Jahrzehnte vergangen, und die heute politisch entscheidende Generation ist nicht mehr jene von 1945. Die heute auf der Höhe ihres Lebens politisch Wirkenden - also die Fünfzigjährigen etwa - haben ihre ersten politischen Erfahrungen in den dreißiger Jahren gemacht, und die Schlüsse, die sie daraus zogen, mögen durchaus unterschiedlich sein, je nachdem, auf welcher Seite der Barrikade sie damals ihre Erfahrungen machten, wobei 'Barrikade' keineswegs nur bildlich zu nehmen ist. Aber auch diese Generation wird nicht mehr allzu lange die Geschichte Österreichs bestimmen. Neue Generationen wachsen heran, die mit keinerlei persönlichen Erfahrungen mehr mit der Vergangenheit verbunden sind, die den meisten von uns noch Gegenwart war. Das Problem ist keineswegs ein spezifisch österreichisches. Selbst der zweite Weltkrieg rückt für viele schon in eine nebelhafte Ferne. Damit auch das Wissen um die Schrecken eines Krieges.

So bleibt für uns alle die unabweisliche Verpflichtung: unsere Erfahrungen weiterzugeben und mit aller Kraft beizutragen, den Frieden zu sichern! Im besonderen wollen wir in den Heranwachsenden eine tätige Liebe zu Österreich entwickeln! Der Ton liegt auf 'tätig', denn man kann sein Erbe auch durch Abseitsstehen, durch Gleichgültigkeit und Passivität verwirtschaften.

Die politische Abstinenz - teils eine Begleiterscheinung unserer sogenannten Wohlstandsgesellschaft, sicher aber auch eine Folge mancher Versäumnisse in den Beziehungen des Staates zu seinen Bürgern - ist für die Erhaltung des so schwer Wiedererrungenen eine mindestens ebenso große Gefahr wie Aggression von außen!

Österreich hat im heurigen Jubiläumsjahr die markanten Daten der Zweiten Republik gebührend gewürdigt. Mit Recht, denn Österreich hat Grund, auf seine Entwicklung seit 1945 stolz zu sein. Österreich hat aber ebenso gut getan, das Jubiläumsjahr durch die Schaffung des Nationalfeiertages zu krönen und damit einen Beitrag für die Zukunft zu leisten. Jeder Österreicher muß sich noch inniger als bisher mit seinem Lande verbunden fühlen!

Der neue Nationalfeiertag allein kann das nicht bewirken. Am wenigsten, wenn es nicht gelingt, ihm Leben einzuhauchen. Noch ist er kein echter Feiertag, und noch sind wir weit davon entfernt, ihn wirklich zu feiern. Schulfeiern, die Beflaggung öffentlicher Gebäude, Ansprachen im Rundfunk und Fernsehen, Parlaments- und Landtagssitzungen - das alles ist zu wenig und außerdem zu offiziell..

Das bei solchen Gelegenheiten immer wieder zitierte Dichterwort (übrigens von dem Nichtösterreicher Schiller stammend!) 'Der Österreicher hat ein Vaterland, er liebt's und hat auch Ursach', es zu lieben', gilt heute viel allgemeiner und für einen viel größeren Bevölkerungskreis in unserem Lande als damals vor 170 Jahren, da es geschrieben wurde.

Unser heutiges Österreich ist aus der Gewaltherrschaft und den Trümmern des Krieges unter Blut und Tränen wiedererstanden. Es hat sich in den zwanzig Jahren - dank des Fleißes aller seiner Bürger - zu einer Heimstatt der Arbeit und eines bescheidenen Wohlstandes, zu einem Hort der Freiheit und des Friedens entwickelt. Es ist fñhrwahr 'ein gutes Land, wohl wert' - Grillparzer variierend - daß jeder es von ganzem Herzen liebe!

In dieser Liebe soll sich heute und kñnftig ganz Österreich an seinem Feiertag vereinen."

Festsitzung des Wiener Landtages
=====

26. Oktober (RK) Anlässlich des österreichischen Nationalfeiertages trat heute vormittag der Wiener Landtag unter dem Vorsitz des Ersten Präsidenten Dr. Wilhelm Stemmer zu einer Festsitzung zusammen. Zu der Feierstunde hatte sich mit Landeshauptmann Bruno Marek die gesamte Wiener Landesregierung eingefunden. Auch die Wiener Bundesräte waren erschienen, an ihrer Spitze der Stellvertretende Vorsitzende des Bundesrates Alfred Porges. Auch zahlreiche Ehrengäste, unter ihnen Minister a.D. Meisel waren anwesend. Auf der dichtbesetzten Zuschauergalerie sah man die Gattin des Wiener Bürgermeisters, zahlreiche Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und leitende Beamte der Wiener Stadtverwaltung.

Die Kammermusikvereinigung des Österreichischen Rundfunks unter der Leitung von Professor Dr. Redtenbacher gab mit einem Oktett von Franz Schubert den musikalischen Auftakt zu der Feierstunde. Darauf ergriff Landtagspräsident Dr. Wilhelm Stemmer das Wort zu seiner Festansprache (siehe "Rathaus-Korrespondenz", Blatt 2801 bis 2804). Mit der gemeinsam gesungenen Bundeshymne schloß die Festsitzung des Wiener Landtages.

- - -

Wien ehrt Opfer des Widerstandes
=====

26. Oktober (RK) Anlässlich des heutigen Nationalfeiertages wurden an den Gedenkstätten der drei letzten Opfer der Wiener Widerstandsbewegung Kränze der Stadt Wien niedergelegt. In Vertretung von Bürgermeister Marek nahm Obersenatsrat Dr. Kutil die Kranzniederlegung an den Gräbern von Biedermann, Huth und Raschke auf dem Hietzinger Friedhof sowie bei der Gedenktafel am Palais Auersperg vor, während der Floridsdorfer Bezirksvorsteher Emerling an der Gedenktafel am Floridsdorfer Spitz einen Kranz der Stadt Wien niederlegte.

- - -

Der Staatsfeiertag in der Modeschule
=====

26. Oktober (RK) Heute vormittag gab die Modeschule der Stadt Wien im Schloß Hetzendorf einen Empfang für die Damen der Delegierten der IATA-Konferenz. Wegen des österreichischen Nationalfeiertages wurde die Besichtigung der Schulräume besonders feierlich gestaltet. Zunächst überzeugten sich die mehr als 250 Besucherinnen von der gediegenen Ausbildung in den Klassen, wo die Schülerinnen ihre Entwürfen für Schmuck und Schuhe, sowie Bastelarbeiten, Schnittzeichnungen und Schneiderarbeiten zeigten.

Hierauf begaben sich die Gäste in die Repräsentationssäle des Schlosses, wo im Rahmen einer großen Modeschau ein Querschnitt durch die Tätigkeit der Schule im letzten Jahr gezeigt wurde. Besonderen Beifall fand die Kreppapierschau der jüngeren Klassen, die eine österreichische Bauernhochzeit darstellte. Wegen des großen Anlages wurde die Vorführung im Laufe des Vormittags nochmals wiederholt.

Die eigentliche Schulfeier anlässlich des heutigen Tages findet im Kreis des Lehrkörpers und der Modeschülerinnen heute nachmittag statt. Bei dieser Gelegenheit wird im Festsaal ein großer österreichischer Adler in Gold, den eine Hetzendorfer Gruppe entworfen und ausgeführt hat, enthüllt.

- - -

Empfang im Rathaus
=====

26. Oktober (RK) Gestern begann unter dem Ehrenschutz von Bürgermeister Bruno Marek die von der Kammer der Wirtschaftstreuhänder veranstaltete 18. Österreichische Betriebswirtschaftliche Woche. Zu Ehren der Teilnehmer, unter denen sich namhafte Finanz- und Wirtschaftsfachleute befinden, gab Bürgermeister Bruno Marek heute abend einen Empfang in den Wappensälen des Wiener Rathauses. In seiner Vertretung hieß Stadtrat Rudolf Sigmund in Anwesenheit von Stadtrat Dr. Pius Prutscher und Gemeinderat Dr. Maria Schaumayer die Gäste herzlich willkommen.

- - -

Schweinehauptmarkt vom 26. Oktober
 =====

26. Oktober (RK) Unverkauft vom Vormarkt: O. Neuzufuhren Inland: 4.701, Polen 1.749, Bulgarien 450, Rumänien 50, DDR 453, Dänemark 300, Gesamtauftrieb 7.703. Verkauft wurde alles. Auslandsschlachthof: Inland 862, Ungarn 1.899.

Preise: Extremware 16.30 bis 16.50 S, 1. Qualität 16 bis 16.30 S, 2. Qualität 15.50 bis 16 S, 3. Qualität 15 bis 15.50 S, Zuchten extrem 13.50 bis 13.80 S, Zuchten 12 bis 13.50 S, Alt-schneider 11 bis 12 S, ausländische Schweine: Polen 13.50 bis 15.30 S, Bulgarien 13.50 bis 15.20 S, Rumänien 13.50 bis 15.50 S, DDR 13.50 bis 15 S, Dänemark 15 bis 15.30 S.

Der Durchschnittspreis für inländische Schweine erhöhte sich um 24 Groschen je Kilogramm und beträgt nunmehr 15.74 S. Der Durchschnittspreis für bulgarische Schweine erniedrigte sich um 32 Groschen und beträgt 14.20 S, für dänische Schweine erhöhte er sich um 3 Groschen und beträgt 15.10 S, für DDR Schweine erhöhte er sich um 32 Groschen und beträgt 14.56 S, für polnische Schweine erniedrigte er sich um 2 Groschen und beträgt 14.61 S, für rumänische Schweine beträgt er 14.70 S. Der Gesamtdurchschnittspreis für ausländische Schweine blieb unverändert und beträgt 14.59 S.

- - -

Pferdehauptmarkt vom 26. Oktober
 =====

26. Oktober (RK) Aufgetrieben wurden 50 Stück, hievon sechs Fohlen. Als Schlachttiere wurden 39 Stück verkauft, unverkauft blieben elf Stück.

Herkunft der Tiere: Niederösterreich 29, Oberösterreich 7, Burgenland 7, Steiermark 7.

Preise: Schlachttiere Fohlen 14 bis 15.80 S, Pferde extrem 11 bis 11.10 S, 1. Qualität 8.90 bis 10 S, 2. Qualität 7.70 bis 8.80 S, 3. Qualität 5 bis 7.20 S.

Auslandsschlachthof: 82 Stück aus der UdSSR, verkauft 24 Stück zum Preis von 8 bis 9 S.

Der Durchschnittspreis für Pferde erniedrigte sich um 9 Groschen je Kilogramm. Der Durchschnittspreis für Schlachtpferde beträgt 8.35 S, Schlachtfohlen 14.85 S, Pferde und Fohlen 9.35 S.

- - -

Rathaus - Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN. MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Mittwoch, 27. Oktober 1965

Blatt 2808

Gemeinde Wien vergibt auch heuer:

Förderungspreise an begabte Wissenschaftler und Künstler =====

27. Oktober (RK) Seit 1951 vergibt die Stadt Wien Förderungspreise an begabte Wissenschaftler und Künstler, die auf Grund ihrer bisherigen **Leistungen** eine erfolgreiche Weiterentwicklung versprechen. Die Stadt Wien will damit zeigen, daß sie die auf wissenschaftlichen und künstlerischem Gebiet vorhandenen fruchtbaren Ansätze überblickt und deren Wachsen und Ausreifen ermutigt.

Die sich alljährlich wiederholende Verleihung findet heuer zum 15. Male seit Bestehen dieser bewährten Einrichtung zur Förderung unserer Nachwuchskräfte statt. Es wurde einstimmig beschlossen, im Jahre 1965 vier Wissenschaftlern, zwei Schriftstellern, zwei Komponisten und zwei bildenden Künstlern Preise in der Höhe von je 10.000 Schilling zuzuerkennen. Senatsrat Dr. Gapp, in Vertretung von Kulturstadtrat Hans Mandl, hat heute die Preisträger empfangen und ihnen die Preise überreicht.

Die Preisträger und ihr Schaffen

Ernst Vasovec wurde am 21. September 1917 in Müglitz, Nordmähren, geboren, studierte in Wien und wirkte viele Jahre als Hauptschullehrer. Seine literarische Tätigkeit begann nach 1945. Er ist als Lyriker und als Erzähler hervorgetreten. Das Hauptgewicht seines Schaffens liegt auf dem Gebiet der Prosa. Seit 1949 sind fünf Bücher mit Novellen und Erzählungen erschienen. 1954 legte er den Gedichtband "Der silberne Leuchter" vor. Seine Arbeiten zeugen von strenger sprachlicher und geistiger Zucht. Sie weisen ihn als einen der besten Novellisten Österreichs aus, der in der Erzählung die ihm genäße Form gefunden hat.

./.

Karl Wawra wurde am 27. August 1924 in Wien geboren, wo er die Mittelschule, das Reinhardt-Seminar und das Konservatorium besuchte. Er war als Schauspieler tätig und arbeitet gegenwärtig in der Privatindustrie. Wawra hat sich als Lyriker und Erzähler einen Namen gemacht. Bisher sind die Gedichtbände "Gärtchen in Moll", "Der Stufenbrunnen" und "Die Boten jeder Stunde" erschienen, die eine starke Formbegabung zeigen. Noch bekannter sind seine Prosaarbeiten geworden. Seine beiden Romane "Kindern Eintritt verboten" und "Peter verläßt das Paradies" sind stark autobiographisch. Wawra ist auch als Jugendbuchautor erfolgreich hervorgetreten.

Ernst Kölz wurde am 26. Jänner 1929 in Wien geboren und studierte am Konservatorium der Stadt Wien. Er spezialisierte sich zunächst auf alte Musik, besuchte aber auch theoretische und praktische Lehrgänge für neue Musik. Gegenwärtig lebt er als freier Musiker und Privatlehrer. 1949 trat er erstmals mit eigenen Kompositionen hervor. Seither erfolgten Aufführungen in Österreich und in fast allen europäischen Ländern. Kölz beschäftigt sich hauptsächlich mit Textvertonungen. Seine Kompositionstechnik ist der Vorlage mit feinem Stilgefühl angepaßt. Auch Bearbeitungen alter Musik liegen von ihm vor.

Karl Franz Müller wurde am 1. Mai 1922 in Wien geboren und studierte an der Staatsakademie für Musik sowie als Privatschüler in München bei Hans Pfitzner. Er war Mitarbeiter der Ravag, freischaffender Musikschriftsteller und betätigte sich schon frühzeitig als Komponist. Seit 1960 ist er als Musikreferent in der Abteilung für ernste Musik von Radio Wien beschäftigt. Sein eigenes künstlerisches Schaffen besteht hauptsächlich aus Orchesterwerken, Kammermusik und Liedern. Viele davon wurden in In- und Ausland wiederholt aufgeführt. Müller betätigt sich auch als musikwissenschaftlicher Autor und schreibt zahlreiche Kritiken, Feuilletons und Essays.

Otto Eder wurde am 4. Februar 1924 in Seeboden, Kärnten, geboren. Seine eigentliche Formung erhielt er in der Schule Notrubas, die er seit 1947 besuchte. Eder will den plastischen Grundelementen nachspüren. Seine eigenwilligen Arbeiten wirken ursprünglich und versuchen, das künstlerische Urerlebnis zu vermitteln. Seine Formungen sind großzügig, vorwiegend rund- ./.

plastisch. Eder ist seit 1964 Mitglied der Wiener Secession. Werke von ihm wurden in verschiedenen Ausstellungen gezeigt.

Karl Stark wurde am 4. November 1921 in Glojach, Oststeiermark, geboren und studierte zunächst Bildhauerei, dann Malerei in Graz und schließlich in Wien, wo er an der Akademie das Diplom erlangte. Er erhielt eine Reihe von Preisen und stellt in In- und Ausland aus. Arbeiten von ihm befinden sich in öffentlichen Sammlungen und in Privatbesitz. Stark ist ein eigenwilliger, temperamentvoller Maler und vor allem ein bemerkenswerter Kolorist mit kräftiger Farbgebung. Von ihm stammen **Porträts**, **Stilleben** und **Landschaften**. Er ist Mitglied der Wiener Secession.

Dr. Felix Butschek wurde am 16. März 1932 in Wien geboren und studierte an der Grazer Universität Rechtswissenschaften, an der Wiener Universität Staatswissenschaften. Von 1950 bis 1954 war er in Dienste der Landwirtschaftskrankenkasse für Steiermark. 1955 begann seine Tätigkeit im Bundesministerium für soziale Verwaltung, wo er vorwiegend Fragen der zwischenstaatlichen Sozialversicherung bearbeitete und den Entwurf für ein Behindertengesetz vorbereitete. Seit 1962 ist er wissenschaftliche Sachbearbeiter für Arbeitsmarkt und Sozialpolitik am Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung. Von ihm liegen bisher zehn wissenschaftliche Arbeiten vor.

Dr. Peter Fuchs wurde am 2. Dezember 1928 in Wien geboren. Er studierte Völkerkunde und Anthropologie. Schon frühzeitig wandet er sich der Erforschung der letzten Naturvölker der Erde zu. Er unternahm Expeditionen in die zentrale Sahara, die Ostsahara, die Südsahara sowie in den zentralen und östlichen Sudan, in deren Verlauf er bisher völlig unbekannte **Völkerstämme** und **Geheimkulte** entdeckte. Die Ergebnisse seiner Forschungsreisen liegen in 25 wissenschaftliche Publikationen vor. Dr. Fuchs ist Mitglied der Anthropologischen Gesellschaft in Wien, der Deutschen Gesellschaft für Völkerkunde und der Societé de Africanistes, Paris.

Dr. Eva Obernayer-Marnach wurde am 4. Oktober 1923 in Wien geboren, wo sie die Fachstudien absolvierte. Seit 1947 steht sie in Dienste der Österreichischen Akademie der Wissenschaften. Seit 1951 ist sie Schriftleiterin des von der Akademie heraus-

gegebenen "Österreichischen biographischen Lexikons", in dem auch die Persönlichkeiten der ehemaligen Monarchie aufgenommen werden. Dieses Riesenwerk, von dem bisher 15 Lieferungen erschienen sind, ist von größter Bedeutung. Ein Stab von 400 Mitarbeitern mußte aufgebaut werden. Das gesamte Material wird in einer einheitlichen alphabetischen Kartei, dem "Biographischen Zentralarchiv", gesammelt, das allen Interessenten zur Verfügung steht. Ihre privaten wissenschaftlichen Neigungen gelten der Sammlung der Papsturkunden in Österreich. Auch damit erschließt sie wertvolles historisches Material.

Oberarzt Dr. Alois Stacher wurde am 16. Februar 1925 in Wien geboren und promovierte 1952 zum Doktor der gesamten Heilkunde. Anschließend arbeitete er als Gastarzt am Pathologischen Institut des Hanusch-Krankenhauses. Seit 1955 leitet er die haematologische Station und Ambulanz der I. Medizinischen Abteilung. 1959 wurde er Facharzt für innere Medizin. Bisher liegen 82 wissenschaftliche Arbeiten, vor allem auf dem Gebiet der Blutkrankheiten, von ihm vor. Die meisten von ihnen hat er in In- und Ausland vorgetragen. Sein Habilitierungsverfahren ist eingeleitet.

- - -

Sitzung einer Wiener Bezirksvertretung in dieser Woche

=====

27. Oktober (RK) In dieser Woche findet folgende
Sitzung einer Wiener Bezirksvertretung statt:

Donnerstag, 28. Oktober:

16.00 Uhr, Liesing, Perchtoldsdorfer Straße 2/1/43, Festsaal.

- - -

Wiens Stadtverwaltung begrüßt ihre neuen Kanzleilehrlinge
=====

27. Oktober (RK) In geschmückten Festsaal des Rathauses versammelten sich heute früh rund 370 Kanzleilehrlinge, die heuer von der Wiener Stadtverwaltung aufgenommen wurden. Viele von ihnen hatten auch ihre Eltern mitgebracht. Der Leiter des Personaleinsatzes, Obermagistratsrat Prof. Zorn, hieß Kanzleilehrlinge und Eltern herzlich willkommen. Ferner begrüßte er Personalstadtrat Bock, Stadtschulratspräsident Dr. Neugebauer, Magistratsdirektor Dr. Ertl, Mitglieder des Personalausschusses des Gemeinderates sowie Vertreter der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten und der Berufsschullehrerschaft. Prof. Zorn wies darauf hin, daß im Vorjahr zum erstenmal 150 Kanzleilehrlinge von der Stadt Wien aufgenommen wurden, heuer sind es bereits 370. Besonders erfreulich sei, daß heuer rund 1.000 Ansuchen um Aufnahme eingelangt seien.

Stadtrat Bock betonte, daß es nur durch die gemeinsame Arbeit der Gemeindebediensteten mit der Bevölkerung Wiens gelungen sei, unsere Stadt schöner denn je zu machen. Die Kanzleilehrlinge, für die ein neuer Abschnitt ihres Lebens beginne, gehören nun zu diesem Kreis von mehr als 50.000 Gemeindebediensteten. Der Stadtrat beglückwünschte die Jugendlichen zu ihrem Entschluß, in den Dienst der Gemeinde Wien einzutreten, und gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß es ihr Ziel sei, tüchtige Beante zu werden und jene Aufgaben zu erfüllen, die oberstes Gebot aller Gemeindebediensteten ist: den Bürgern unserer Stadt zu dienen, zum Wohle Wiens und seiner Bevölkerung. Die Eltern bat Stadtrat Bock, die Stadtverwaltung bei ihren Bemühungen zu unterstützen, aus den Jugendlichen tüchtige und strebsame Menschen zu machen. Das könne nur gelingen, wenn Eltern, Lehrer und Dienstgeber zusammenwirken.

Magistratsdirektor Dr. Ertl appellierte an die jüngsten Bediensteten unserer Stadtverwaltung, stets ihre Pflicht mit Freude zu erfüllen, strebsam zu sein und die Arbeit niemals als lästige Verpflichtung aufzufassen. Eines der wichtigsten Dinge aber sei, auch späterhin, wenn die Lehrlingszeit vorbei ist, sich stets weiterzubilden und immer mehr zu lernen. Denn: wer mehr weiß, leistet mehr, und nach seiner Leistung wird man stets beurteilt.

Im Namen der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten, die mit 121.000 Mitgliedern die fünftgrößte Arbeitnehmervereinigung Österreichs ist, sprach Referent Rudolf Pöder.

So wie die Feier begonnen hatte, endete sie auch, nämlich mit Musik von Wolfgang Amadeus Mozart. Ein Ensemble des Konservatoriums der Stadt Wien unter der Leitung von Prof. Margarethe Biedermann spielte den ersten und dritten Satz aus der Salzburger Symphonie Nr. 3.

- - -

Österreichische 'Jugend am Werk'-Tagung eröffnet
=====

27. Oktober (RK) Heute vormittag wurde im Franz Domes-Lehrlingsheim die Jubiläumstagung der österreichischen "Jugend am Werk"-Organisationen eröffnet. Der Vorsitzende des Wiener Landesvereines, Bezirksvorsteher Leo Mistingher, konnte als Ehrengäste Sozialminister Anton Proksch, Bürgermeister Bruno Marek, Landtagspräsident Dr. Wilhelm Stemmer, Stadtrat Hubert Pfösch, Landesrat Emmerich Wenger, den Präsidenten der Arbeiterkammer Ing. Wilhelm Hrdlitschka und den ehemaligen Präsidenten des Salzburger Landtages, Anton Kimml, begrüßen.

Sozialminister Anton Proksch würdigte in seiner Eröffnungsansprache die Bedeutung von "Jugend am Werk" für die Eingliederung jener Schulentlassenen in den Arbeitsprozeß, die dafür besonderer Hilfe bedürfen. In seinem Rückblick auf die Geschichte der Organisation betonte der Minister, daß es schon in der Ersten Republik eine vorbildliche Zusammenarbeit von demokratischen Jugendorganisationen verschiedener politischer Richtungen gegeben hat, obwohl die damaligen Verhältnisse dies besonders schwer machten. Eingehend befaßte sich Proksch mit den Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben von "Jugend am Werk" in einer Zeit der Hochkonjunktur. Heute gäbe es zwar kaum noch berufsreife Jugendliche, die keine Lehrstellen finden können, dennoch werde die Bedeutung von "Jugend am Werk" nicht zurückgehen. Sie werde sich nur spezialisieren und sich besonders der leistungsbehinderten Jugendlichen annehmen, beziehungsweise für jene sorgen, die auch nach dem neunten Schuljahr die volle Berufsreife noch nicht erlangt haben werden. So zeige sich "Jugend am Werk" als eine elastische Organisation, die sich den Realitäten der Gegenwart stets anpassen könne.

Bürgermeister Bruno Marek wies auf die vorgestern eröffnete Ausstellung von "Jugend am Werk" in der Volkshalle des Wiener Rathauses hin und unterstrich die bedeutsame Wandlung, die sich darinnen widerspiegle. In einer drückenden wirt-

schaftlichen Notsituation als humanitäre Hilfsmaßnahme gegründet habe sie vielen Jugendlichen ihr schwieriges Dasein wesentlich erleichtert. Nach dem zweiten Weltkrieg rief Bürgermeister Körner zusammen mit Vizebürgermeister Honay und Stadtrat Afritsch abermals zu einer Aktion auf, die die schulentlassene Jugend von den Straßen wegbringen und zu einem geregelten Arbeitsleben hinführen sollte. Maßgeblich haben damals der Nationalratsabgeordnete Konir und der heutige Bezirksvorsteher Mistinger, aber auch Landtagspräsident Dr. Stemmer an der Spitze eine Reihe fortschrittlicher Pädagogen daran mitgearbeitet. Im Wiener Gemeinderat gab es lange Debatten, in denen vor allem Maria Jacobi und Leo Mistinger für die Lehrwerkstätten eingetreten sind.

Die Stadt Wien hat stets durch namhafte finanzielle Zuwendungen die Arbeit von "Jugend am Werk" gefördert und gemeinsam mit dem Bundesministerium für soziale Verwaltung die Hauptlast der Organisation getragen. Fast 50.000 Jugendliche konnten durch "Jugend am Werk" seit 1945 in den Arbeitsprozeß eingliedert werden. Da sich darunter zahlreiche Behinderte befanden, bedeutet dies eine unschätzbare Wendung zum Guten für viele Einzelschicksale.

Nach den Grußworten des Arbeiterkammerpräsidenten Ing. Hrdlitschka, gab der Vorsitzende des Zentralen Arbeitsausschusses von "Jugend am Werk", Univ.-Dozent Dr. Birzele, einen Überblick über die zu behandelnden Themen und über die grundsätzliche Gestaltung der Tätigkeit der Organisation in Gegenwart und Zukunft. In den vier Tagen der Konferenz werden zahlreiche Referate von namhaften Fachleuten gehalten, unter denen sich auch Experten aus Deutschland und der Schweiz befinden.

Heute abend gibt Bürgermeister Marek zu Ehren der Teilnehmer an der "Jugend am Werk" Arbeitstagung einen Empfang in den Wappensälen des Wiener Rathauses. In seiner Vertretung wird Stadtrat Sigmund die Gäste, die aus allen Bundesländern, aber auch aus dem Ausland kommen, begrüßen.

Wiener Fremdenverkehr im September

=====

27. Oktober (RK) In September haben insgesamt 128.529 Gäste die österreichische Bundeshauptstadt besucht (1964: 129.031). Sie erbrachten 362.292 Nächtigungen (376.883). Von den Besuchern waren 103.425 aus dem Ausland. An erster Stelle stehen dabei mit 27.460 (31.255) die Gäste aus der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin. An zweiter Stelle liegen die Vereinigten Staaten mit 18.285 (15.773) Wien-Besuchern. Es folgen Großbritannien und Nordirland mit 6.237 (5.230) und die Schweiz mit 6.128 (4.922) Touristen. Die Jugendherbergen verzeichneten im September 6.026 (6.366), die Campingplätze 3.320 (3.240) Gäste.

Der Reiseverkehr aus den Oststaaten zeigt weiterhin eine steigende Tendenz. Aus Ungarn kamen 3.277 Gäste. Die Zahl der Wien-Besucher aus der Tschechoslowakei stieg von 1.928 im September 1964 auf 2.496. Aus Jugoslawien kamen 1.514 (1.477), aus Polen 887 (555) und aus Bulgarien 314 (121) Besucher.

- - -

Personalnachricht

=====

27. Oktober (RK) Auf Antrag des städtischen Personalreferenten Stadtrat Bock hat heute der Wiener Stadtsenat den Technischen Antsrat Ing. Johann Stelzl (Magistratsabteilung 27) zum Technischen Oberantsrat befördert.

- - -

Weitere 100 Millionen für zinsfreie Instandhaltungsdarlehen
=====

27. Oktober (RK) In der heute unter Vorsitz von Bürgermeister Marek abgehaltenen Sitzung des Wiener Stadtsenats beantragte Vizebürgermeister Slavik eine Erhöhung des Gesamtbetrages der von der Gemeinde Wien geführten Aktion der zinsfreien Darlehensgewährung für die Instandhaltung von privaten Mietwohnhäusern und für die Herstellung von Kanalanschlüssen um weitere 100 Millionen auf 1,4 Milliarden Schilling. Eine Erhöhung ebenfalls um 100 Millionen Schilling hatte der Wiener Gemeinderat erst im Juni dieses Jahres vorgenommen.

Heuer schon acht Subventionslisten der Gemeinde Wien

In der gleichen Sitzung des Wiener Stadtsenates legte Vizebürgermeister Slavik die 8. Subventionsliste dieses Jahres vor und Stadtrat Maria Jacobi eine weitere Reihe von Subventionsanträgen für kulturelle Vereinigungen. Die dem Wiener Gemeinderat nunmehr vorliegenden Subventionsanträge ergeben einen Gesamtbetrag von rund 1,5 Millionen Schilling. Es erhalten: die Arbeitsgemeinschaft der katholischen Studentenorganisationen, die Evangelische Akademikerschaft, die Evangelische Studentengemeinde und der Katholische Akademikerverband für ihre gemeinsame Vortragsreihe: "Judenhaß - Schuld der Christen" 10.000 Schilling, der Evangelische Preßverband in Österreich 15.000 Schilling, die Freiwillige Feuer- und Wasserwehr Naßwald 1.500 Schilling, der Österreichische Kynologenverband 5.000 Schilling, die Sozialwissenschaftliche Studiengesellschaft 50.000 Schilling, der Verband der Kriegsblinden Österreichs 500.000 Schilling, das Wiener Institut für Entwicklungsfragen 500.000 Schilling, die Österreichische Exlibris-Gesellschaft 3.000 Schilling, der Wiener Goethe-Verein 8.000 Schilling, die Anton Wildgans-Gesellschaft 5.000 Schilling, das Institut für Wissenschaft und Kunst 60.000 Schilling, die Geologische Gesellschaft 8.000 Schilling, der Landesverein für Höhlenkunde in Wien und Niederösterreich 5.000 Schilling, die Mikrographische Gesellschaft 5.000 Schilling, der Verein für Volkskunde Wien 10.000 Schilling, der Österreichische Esperantisten-Verband 5.000 Schilling, der Verband der Arbeiter-

Musikvereine Österreichs 20.000 Schilling, der Wiener Trabrenn-Verein 40.000 Schilling, die Arbeitsgemeinschaft der Wiener Heimatmuseen 150.000 Schilling, das Österreichische Komitee für Internationalen Studienaustausch 10.000 Schilling, die Wirtschaftshilfe der Arbeiterstudenten Österreichs 15.000 Schilling und der Österreichische Schachbund 10.000 Schilling.

Der Wiener Gemeinderat wird sich in seiner nächsten Sitzung, die für übermorgen, Freitag, den 29. Oktober, anberaumt ist, mit diesen Anträgen beschäftigen.

- - -

An Freitag Wiener Landtag und Gemeinderat

=====

27. Oktober (RK) Der Wiener Landtag ist für Freitag, den 29. Oktober, 10 Uhr, zu seiner nächsten Geschäftssitzung einberufen worden. Auf der Tagesordnung steht als einziges Geschäftsstück die Vorlage des Gesetzes, mit dem die Verfassung der Bundeshauptstadt Wien geändert wird. Referent ist Stadtrat Sigmund.

In Anschluß daran tritt der Wiener Gemeinderat zu einer Sitzung zusammen. Auf der Tagesordnung stehen vorläufig 49 Geschäftsstücke.

- - -

Empfang für deutsche Kinotheaterbesitzer
=====

"Goldene Leinwand" für Stadthallenfilm

27. Oktober (RK) In der Bundesrepublik Deutschland gibt es eine Vereinigung, die die Kinobesitzer der Erstaufführungstheater umfaßt. 30 Besitzer der 100 größten und besten Kinos sind dort vertreten. Vierteljährlich wird eine Tagung dieser Vereinigung abgehalten. Zum erstenmal findet nun eine solche Tagung in Wien statt. Aus diesem Anlaß gab die Stadt Wien heute mittag für die Teilnehmer an der Tagung einen Empfang auf den Kahlenberg, wobei Stadtrat Glaserer die Gäste begrüßte.

Auf den Kahlenberg wurde auch dem Stadthallenfilm "Die große Kür" ein seltener Preis des Deutschen Wirtschaftsverbandes der Theaterbesitzer verliehen: die "Goldene Leinwand". Diese Auszeichnung wird für einen Film gegeben, der innerhalb der ersten zwölf Monate nach dem Start drei Millionen Besucher aufweisen kann. Die "Goldene Leinwand" wurde bisher nur siebenmal verliehen.

Auf den Kahlenberg sagte Stadtrat Glaserer zu seinen Gästen, er freue sich, daß sie bei ihrer ersten außerhalb der Bundesrepublik Deutschland abgehaltenen Tagung nach Wien gekommen seien. Wir hätten hier ungefähr die gleichen Sorgen und Probleme, und er könne daher nur wünschen, daß die Beratungen erfolgreich waren, denn das Ergebnis werde sicher auch uns zugute kommen.

In Namen der Gäste dankte Herr Lukliner (Frankfurt an Main), der die Bedeutung des österreichischen Films für die deutschen Kinotheater hervorhob. Die Beratungen in Wien hätten jedenfalls gezeigt, daß man optimistisch sein könne: "Wir glauben daran, daß der Film auch Zukunft hat, und daher ist es unsere Verpflichtung, an dieser Zukunft zu arbeiten".

Kranzniederlegungen zu den Totengedenktagen
=====

27. Oktober (RK) Die Stadt Wien gedenkt auch heuer ihrer großen Toten. Am Samstag, dem 30. Oktober, wird Bürgermeister Marek in Begleitung der beiden Vizebürgermeister Slavik und Dr. Drimmel auf dem Zentralfriedhof Kränze der Stadt Wien niederlegen.

Die Kranzniederlegung beginnt um 8.30 Uhr beim Grabmal von Bürgermeister Seitz, dann begeben sich die Wiener Stadtväter zum Opfermal, zu den Gräbern der Bundespräsidenten Dr. Renner, Dr. Körner und Dr. Schärf und schließlich zu den Kriegsofopferdenkmälern des ersten und des zweiten Weltkrieges. Der Rundgang wird um 9.15 Uhr beendet sein.

- - -

Anmeldungen für Hausgehilfenehrung
=====

27. Oktober (RK) Von der Gemeinde Wien werden alljährlich alle jene Hausgehilfen und Hausgehilfinnen geehrt, die 25 oder mehr Jahre ununterbrochen bei einem Dienstgeber tätig waren.

Anmeldungen können bis 30. November bei der Magistratsabteilung 62, 1, Rathausstraße 9, 2. Stiege, 2. Stock, Zimmer 319, erfolgen. Es wird gebeten, folgende Unterlagen mitzubringen: Meldezettel, eine Urkunde über die österreichische Staatsbürgerschaft und der letzte Zahlungsabschnitt für die Krankenkasse.

- - -

Zwei Empfänge in Rathaus

=====

27. Oktober (RK) Diese Woche findet in Wien ein Schulungskurs für junge Funktionäre der Internationalen Falkenbewegung (IFM) statt. Für die aus diesem Anlaß in Wien weilenden Delegationen von sechs Mitgliedsorganisationen der IFM gab die Stadtverwaltung heute mittag einen Empfang in den Repräsentationsräumen des Wiener Rathauses. Vizebürgermeister Slavik hieß die Gäste in Namen der Stadt Wien herzlich willkommen. Er appellierte an die jungen Leute, stets einen offenen Blick für die Probleme der ganzen Welt zu haben und immer dort helfend einzugreifen, wo vor allem von der Jugend geholfen werden kann.

Stadtschulratspräsident Dr. Neugebauer, der auch Bundesobmann der österreichischen Kinderfreunde ist, dankte in Namen der österreichischen Roten Falken, die der Kinderfreundebewegung angehören und heuer den 40. Jahrestag ihrer Gründung feiern. Der Internationalen Falkenbewegung, die ihren Sitz in Wien hat, gehören Organisationen aus 14 Ländern an, darunter Israel, Malta und Indien.

Gleichfalls in dieser Woche veranstaltet die Internationale Vereinigung für Soziale Sicherheit (IVSS) gemeinsam mit dem Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger in Wien drei Kolloquien zur Verhütung von Arbeitsunfällen. Die Themen dieser bedeutsamen Vortragsreihe sind: Arbeitsschutz in der Landwirtschaft; wirtschaftliche Folgen des Arbeitsunfalles; Arbeitsschutz in Hoch- und Tiefbau.

Für die 400 Teilnehmer an diesen Kolloquien - der IVSS gehören 202 Organisationen aus 101 Ländern an - gab die Stadt Wien heute abend in den Wappensälen des Rathauses einen Empfang, bei dem Stadtrat Sigmund die Gäste in Namen des Bürgermeisters und der Stadtverwaltung willkommen hieß und ihrer Veranstaltung einen erfolgreichen Verlauf wünschte.

- - -

Gedenken an Lustig-Prean

=====

27. Oktober (RK) Morgen vormittag wird Regierungsrat Prof. Karl Lustig-Prean, der kürzlich verstorben ist, im Wiener Zentralfriedhof zu Grabe getragen. Die Bahre des Verstorbenen wird ein Kranz der Stadt Wien schmücken. Seitens der Wiener Stadtverwaltung wird der Leiter des Kulturamtes, Senatsrat Dr. Gapp, an den Trauerfeierlichkeiten teilnehmen, in deren Verlauf auch ein Kranz der Stadt Wien am Grabmal des Verstorbenen niedergelegt wird.

Karl Lustig-Prean war von 1949 bis zum Herbst 1959 Direktor der Musiklehranstalten des Konservatoriums der Stadt Wien. Von 1950 bis Ende 1959 wirkte er außerdem als Vorsitzender des Direktorates der Wiener Symphoniker. 1952 wurde Lustig-Prean zum Ritter der französischen Ehrenlegion ernannt.

- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN. MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Donnerstag, 28. Oktober 1965

Blatt 2823

Zum morgigen Weltspartag:

Bürgermeister Marek empfing Sparkassen-Mitarbeiter =====

28. Oktober (RK) Heute vormittag empfing Bürgermeister Bruno Marek im Roten Salon des Wiener Rathauses Mitarbeiter von drei ausländischen Sparkassen, die im Rahmen eines von der Zentralsparkasse ins Leben gerufenen internationalen Personalaustausches am morgigen Weltspartag in Wiener Z-Zweiganstalten Dienst machen werden. Budapest, Lyon und München - diese drei Städte nehmen heuer am Personalaustausch teil, - haben außerordentlich charmante Vertreterinnen und Vertreter entsandt. Die französischen, bayrischen und ungarischen Sparkassenbeamtinnen erschienen alle in ihren prächtigen Nationaltrachten, in denen sie morgen auch die Kunden der Zentralsparkasse bedienen werden.

Nachdem Generaldirektor Dr. Neubauer dem Bürgermeister die Gäste vorgestellt hatte, richtete dieser herzliche Worte des Willkommens an sie. Er unterstrich den Charakter Wiens als Stadt der Begegnung, weshalb auch der Gedanke einer engen Zusammenarbeit der europäischen Großsparkassen in Form menschlicher Kontakte nicht zufällig gerade hier entstanden ist. Mit dem Personalaustausch von Sparkassenmitarbeitern anlässlich des internationalen Weltspartages leistet unsere Stadt auch einen kleinen, aber doch wertvollen Beitrag zur Völkerverständigung. Bürgermeister Marek wünschte den Gästen angenehme und erlebnisreiche Tage in Wien und bat sie, die Grüße der österreichischen Bundeshauptstadt in ihre Heimat mitzunehmen.

./.

Die Delegationen überreichten Bürgermeister Marek als Gruß ihrer Institute Sparschweine und Sparbüchsen in besonders origineller Ausführung. Im Namen der Gäste dankte Direktor Kammerer von der Münchner Sparkasse für die Gastfreundschaft der Stadt Wien.

Morgen: pro Z-Kunden ein Schilling für Hochwasseropfer

Wie die Zentralsparkassen-Generaldirektor Dr. Neubauer bei dieser Gelegenheit mitteilte, hat sich die Zentralsparkasse der Gemeinde Wien für den morgigen Weltspartag eine besonders schöne Geste einfallen lassen. Für jeden Einzahler, der morgen eine Zweiganstalt der Zentralsparkasse aufsucht, wird das Institut einen Schilling für die schwer hochwassergeschädigte Kärntner Gemeinde Oberdrauburg spenden.

Bekanntlich wurde im Rahmen der Sendereihe "Wien hat immer Saison" zu einer Hilfsaktion für Oberdrauburg aufgerufen. Diese kleine Gemeinde hat nach amtlichen Ermittlungen reine Privatschäden von mehr als zehn Millionen Schilling erlitten. In diesem Betrag sind die Zerstörungen der Straßen, Brücken und öffentlichen Einrichtungen nicht enthalten. Das Kärntner Nothilfswerk konnte für die geschädigten Privatpersonen erst 500.000 Schilling zur Verfügung stellen. Darum hat der Kärntner Landeshauptmann Sima Oberdrauburg als besonders hilfsbedürftig bezeichnet.

Wie Generaldirektor Dr. Neubauer ausführte, ist es eine der Hauptaufgaben, die sich die Zentralsparkasse gestellt hat, den Gemeinden in Geldangelegenheiten unter die Arme zu greifen. Darum soll am diesjährigen Weltspartag ein besonderes Notopfer der Zentralsparkasse für Oberdrauburg gewidmet werden: für jeden Sparrer, ungeachtet des eingelegten Betrages, einen Schilling für die Hochwasseropfer!

Im Vorjahr besuchten am Weltspartag 150.000 Menschen die Zweiganstalten der Zentralsparkasse. Neuer werden es sicher nicht weniger sein. Das Geld wird auf das Konto "Hochwasserhilfe Oberdrauburg, Kontonummer 9.706.700, für das Bürgermeister Marek zeichnungsberechtigt ist, eingezahlt, auf dem auch schon namhafte Spendenbeträge von privater Seite liegen. Am 18. November wird die erreichte Summe im Rahmen der Sendung "Wien hat immer Saison" dem Bürgermeister von Oberdrauburg übergeben werden. Diese Sendung wird um 17 Uhr aus dem Gemeindesaal in Oberdrauburg direkt übertragen werden. Generaldirektor Dr. Neubauer wird persönlich als Überbringer der Hochwasserspendsen fungieren. Spendenkonto: Zentralsparkasse Nr. 9.706.700, Postsparkasse Nr. 88.002.

Musikveranstaltungen in der Woche vom 1. bis 7. November

=====

28. Oktober (RK)

Montag, 1. November:

18.00 Uhr, Augustinerkirche: Bachgemeinde Wien: W.A. Mozart "Requiem"; Chor und Orchester der Bachgemeinde, Emiko Ilyama, Gisela von Struve, Ingrid Mayr, Adolf Tomaschek, Franz Hölbling und Albert Antalffy (Gesang), Dr. Rudolf Scholz (Orgel), Dirigent Julius Peter

Dienstag, 2. November:

19.30 Uhr, Musikverein, Brahmsaal: Sattler-Trio, Zürich (Beethoven: Klaviertrio c-moll op. 1/3; Martin: Trio über irländische Volkslieder; Smetana: Klaviertrio g-moll op. 15)

19.30 Uhr, Konzerthaus, Mozartsaal: Wiener Konzerthausgesellschaft: Liederabend William Warfield (Baß), am Flügel Hans Dokoupil (Hammerschmidt, Purcell, Händel, Brahms (Vier ernste Gesänge), Ravel (Don Quichotte a Dulcinee), Loewe, Schubert, Negro Spirituals)

Mittwoch, 3. November:

19.00 Uhr, Augustinerkirche: Bachgemeinde Wien: W.A. Mozart "Requiem"; Solisten, Chor und Orchester der Bachgemeinde, Dirigent Julius Peter (Wiederholung vom 1. November)

19.30 Uhr, Musikverein, Großer Saal: Musikalische Jugend Österreichs: 2. Konzert im Zyklus X; Ensemble "Die Wiener Solisten", Leitung Wilfried Boettcher (Bach: Brandenburgische Konzerte Nr. 1 und Nr. 3; Vivaldi: Konzert für zwei Violinen und Streicher h-moll; Konzert für Streicher A-dur)

19.30 Uhr, Musikverein, Brahmsaal: Klavierabend Carol Rosenberger, USA (Händel, Beethoven, Debussy, Fauré, Chopin)

19.30 Uhr, Musikverein, Kammersaal: Liederabend August Gspandl

Donnerstag, 4. November:

18.30 Uhr, Musikakademie, Vortragssaal: Akademie für Musik u. d. K.: Vortragsabend der Violinklasse Eduard Melkus (Brahms, Beethoven, Mozart, Dvořák); nachgeholt vom 21. Oktober 1965

./.

- 19.30 Uhr, Musikverein, Großer Saal: Musikalische Jugend Österreichs: 2. Konzert im Zyklus I A (Voraufführung des 2. Konzertes im Zyklus "Die große Symphonie" der GdM); Wiener Symphoniker, Nell Gotkovsky (Violine), Dirigent Mario Rossi (Respighi, Mendelssohn, Tschaikowsky)
- 19.30 Uhr, Konzerthaus, Großer Saal: Wiener Konzerthausgesellschaft: 2. Konzert im Zyklus III; Ensemble "I Musici di Roma" (Locatelli: Introduzione Teatrale Nr. 5 D-dur op. 4; Vivaldi: Concerto A-dur für Violine, Cello, Streicher und Cembalo; Mozart: Konzert für Klavier und Streicher A-dur KV 414; Mendelssohn: Oktett für Streicher Es-dur op. 20)
- 19.30 Uhr, Konzerthaus, Schubertsaal: Violinabend Oscar Borgerth, am Flügel Ilara Gomes-Grosso (Francouer, Schumann, Debussy, Santora, Guarneri, Villa-Lobos)

Freitag, 5. November:

- 19.30 Uhr, Musikverein, Großer Saal, Österreichischer Gewerkschaftsbund: Voraufführung des 2. Konzertes im Zyklus "Die große Symphonie" der GdM; Wr. Symphoniker, Nell Gotkovsky (Violine), Dirigent Mario Rossi (Respighi, Mendelssohn, Tschaikowsky)
- 19.30 Uhr, Musikverein, Brahmssaal: Konzert auf zwei Klavieren: Kurt Nemetz-Fiedler - Erich Roubicek (F. Bach, Reger, Beethoven, Bresgen, Dvořák)
- 19.30 Uhr, Konzerthaus, Großer Saal: Wiener Volksbildungswerk: Festveranstaltung "20 Jahre Zweite Republik - 10 Jahre Staatsvertrag"; Österreichischer Arbeiter-Sängerbund, Verband der Arbeitermusikvereine Österreichs, Arbeiter-Symphonieorchester Gruppe West, Verband der österreichischen Trachtenvereine
- 19.30 Uhr, Konzerthaus, Mozartsaal: Wiener Konzerthausgesellschaft: Orgelabend, Gustav Leonhardt; "Orgelmusik der Renaissance und des frühen Barocks" (Mundy, Byrd, Scheidemann, Sweelinck, Cabanilles, de Arauxo, Froberger, de Grigny, Nivers)
- 19.30 Uhr, Volksbildungshaus Alsergrund, 9, Galileigasse 8: Volkshochschule Alsergrund - Kulturstadt der Stadt Wien: Zyklus "Konzerte in Volkshochschulen"; Brigitte Lorenz, Violine - Sissy Weisshaar, Klavier (Mozart, Beethoven, Brahms, Chopin, Smetana, Liszt, Prokofieff, Ravel, Bartók)
- 19.30 Uhr, Museum des 20. Jahrhunderts Ausstellungshalle: Musikalische Jugend Österreichs: 1. Konzert im Zyklus XIII A; Ensemble "die reihe", Dirigent Friedrich Cerha (Varese, Ives, Ruggles)

Freitag, 5. November:

19.30 Uhr, Radio Wien, Großer Sendesaal: Österreichischer Rundfunk - Studio Wien: 4. Konzert im Zyklus III; Niederösterreichisches Tonkünstlerorchester, Lottie Morel (Klavier), Dirigent Samuel Baud-Bovy (d'Indy: Orchestersuite op. 61 "Jour d'été à la Montagne"; Marescotti: Konzert für Klavier und Orchester; Wissner: "L'Enfant et la Rose")

Samstag, 6. November:

16.00 Uhr, Musikverein, Großer Saal: Musikalische Jugend Österreichs: 1. Konzert im Zyklus VI A (Voraufführung des 2. Abonnementkonzertes des Niederösterreichischen Tonkünstlerorchesters); mitwirkend Jacques Abram (Klavier), Dirigent Franz Allers (Beethoven, Prokofieff, R. Strauss)

19.00 Uhr, Konzerthaus, Mozartsaal: Wiener Zitherfreunde Josef Haustein: Zither-Konzert

19.30 Uhr, Musikverein Großer Saal: Gesellschaft der Musikfreunde: 2. Konzert im Zyklus "Die große Symphonie"; Wiener Symphoniker, Nell Gotkovsky (Violine), Dirigent Mario Rossi (Respighi: "Fontane di Roma"; Mendelssohn: Violinkonzert e-moll op. 64; Tschaikowsky: 6. Symphonie g-moll op. 74 "Pathétique")

Sonntag, 7. November:

15.00 Uhr: Konzerthaus, Mozartsaal: Mandolinen-Verein "Arion": Mandolinen-Konzert

16.00 Uhr, Musikverein, Großer Saal: Niederösterreichisches Tonkünstlerorchester: 2. Sonntag-Nachmittagskonzert; mitwirkend Jacques Abram (Klavier), Dirigent Franz Allers (Beethoven: 1. Symphonie; Prokofieff: 3, Klavierkonzert; R. Strauss: "Till Eulenspiegel")

19.30 Uhr, Musikverein, Großer Saal: Gesellschaft der Musikfreunde Wiederholung des 2. Konzertes im Zyklus "Die Große Symphonie"; Wiener Symphoniker, Nell Gotkovsky (Violine), Dirigent Mario Rossi (Respighi, Mendelssohn, Tschaikowsky)

19.30 Uhr, Konzerthaus, Großer Saal: Musikalische Jugend Österreichs - Intereuropa Produktion: "Stars von heute"; Spanische Zigeuner-Folklore; Festival Flamenco Gitano 1965

19.30 Uhr, Palais Palfy, Beethovensaal: Indische Botschaft in Wien: Indische Tanzvorführungen

10.30 Uhr, Konzerthaus, Mozartsaal: "Unterhaltungsmusik aus der Wiener Biedermeierzeit"; Kammerorchester des Österreichischen Rundfunks, Karl Scheit (Gitarre), Dirigent Johann Sklenka

Zehnjähriger Bub von Stadtbahn überfahren

=====

28. Oktober (RK) Heute früh, 8 Uhr, ereignete sich in der Stadtbahnstation Hietzing ein tödlicher Unfall, dem der zehnjährige Schüler Thomas Halpers aus Wien 1, Salvatorgasse 3, zum Opfer fiel. Das Kind geriet aus bisher ungeklärten Gründen auf den Gleiskörper, wurde von den Rädern des anfahrenden Zuges erfaßt und tödlich verletzt. Für den Vorfall gibt es keinen Augenzeugen.

Dieser Unfall löste beim Fahrpersonal der Wiener Stadtbahn beträchtliche Unruhe aus. Man erwog nämlich die Möglichkeit, daß die neue personalsparende Abfertigungsmethode der Züge nicht genügend Sicherheit bieten könnte. Die Fachleute der Wiener Verkehrsbetriebe betonen jedoch, daß die neuen technischen Betriebseinrichtungen der Stadtbahn allen Ansprüchen hinsichtlich der Sicherheit der Fahrgäste entsprechen.

Bis zur genauen Rekonstruktion des Unfallherganges und Überprüfung des klaglosen Funktionierens der Sicherheitseinrichtungen ruhte der Fahrbetrieb der Wiener Stadtbahn bis 10.15 Uhr.

- - -

Brigittenauer Mittelschule jubiliert
=====

28. Oktober (RK) Anlässlich des 90jährigen Bestandsjubiläums der Brigittenauer Mittelschule und der 65. Wiederkehr des Eröffnungstages ihres Schulhauses veranstalten das Bundesgymnasium und das Gymnasium 20, Unterbergergasse 1, am Samstag, dem 30. Oktober um 10 Uhr eine Feierstunde, zu der auch die Elternschaft und die Bevölkerung eingeladen sind.

Im Rahmen der Jubiläumsfeier wird der Präsident des Wiener Stadtschulrates, Nationalratsabgeordneter Dr. Neugebauer, eine Gedenktafel für die verstorbenen und gefallenen Lehrpersonen und Schüler der Anstalt enthüllen.

Die Feierstunde wird vom Streichquartett Georg Schmetterer, dem Schulchor und Schülern der Maturaklassen gestaltet. Der Direktor der Anstalt, der bekannte Volksbildner Dozent Dr. Hans Klimpt wird in seiner Festrede aus der sehr interessanten Schulchronik erzählen.

Geehrte Redaktion!

Sie werden herzlich eingeladen, zu dieser Feierstunde der Brigittenauer Mittelschule am Samstag, dem 30. Oktober, um 10 Uhr vormittag, 20, Unterbergergasse 1, Berichterstatter und Foto-reporter zu entsenden.

- - -

Einbahnregelung Karolinengasse
=====

28. Oktober (RK) Die derzeit geltende Einbahnregelung in der Karolinengasse im 4. Bezirk, von der Mommsengasse zur Prinz Eugen-Straße wird umgedreht. Die Karolinengasse gilt nunmehr als Einbahn von der Prinz Eugen-Straße in Richtung Mommsengasse. Die Stoptafel bei der Prinz Eugen-Straße wird entfernt und die bestehende Einbahnregelung zwischen Mommsengasse und Elisabethplatz wird aufgehoben.

- - -

Auszeichnungen für städtische Bedienstete

=====

28. Oktober (RK) Heute vormittag überreichte Bürgermeister Marek in Anwesenheit der Stadträte Dr. Glück und Dr. Maria Schaumayer sowie des Magistratsdirektors Dr. Ertl, des Generaldirektors der Wiener Stadtwerke Dr. Reisinger und anderer hoher Beamter an zwei städtische Bedienstete die Goldenen Verdienstzeichen der Republik Österreich, die ihnen vom Bundespräsidenten verliehen worden waren.

Oberschwester Margarete Jesser bekam die Auszeichnung für eine 45jährige verdienstvolle Tätigkeit im Wiener Gesundheitswesen. Sie ist derzeit als Oberschwester an der II. Medizinischen Universitätsklinik tätig.

Amtsrat Konrad Buca erhielt ~~das Goldene~~ Verdienstzeichen für hervorragende organisatorische Leistungen im Rahmen der Städtischen Bestattung.

Bürgermeister Marek gratulierte den Ausgezeichneten, sprach ihnen den Dank der Stadtverwaltung aus und wünschte ihnen viel Glück für ihr weiteres Wirken.

- - -

Die Wiener Bevölkerung im September

=====

28. Oktober (RK) Das Statistische Amt der Stadt Wien weist in seinem Monatsbericht für September 1.470 Eheschließungen, 1.596 Lebendgeborene und 2.072 Sterbefälle aus. Damit lag die Zahl der Eheschließungen um 67, die Zahl der Lebendgeborenen um 73 unter den vorjährigen September-Zahlen. Die Zahl der Sterbefälle überstieg die entsprechende Vorjahreszahl um 63.

Nach dem Bericht der Polizeidirektion sind im Monat September 17.246 Personen nach Wien zugewandert, 13.973 sind abgewandert. Die fortgeschriebene Bevölkerungszahl am 1. September betrug 1,639.334.

- - -

Das erste Internat der Aktion "Jugend am Werk" eröffnet

70 cerebralgeschädigte Jugendliche haben eine neue Heimat

28. Oktober (RK) Als großes pädagogisches und humanitäres Werk bezeichnete Stadtrat Maria Jacobi das erste Internat der Aktion "Jugend am Werk" in Rodaun, Elisenstraße 45, das heute vormittag von ihr in Anwesenheit zahlreicher Festgäste eröffnet wurde. 70 cerebralgeschädigte Jugendliche, 30 Burschen und 40 Mädchen im Alter zwischen 15 und 21 Jahren, haben hier eine neue Heimat gefunden, in der sie von hervorragenden Pädagogen betreut werden und eine individuelle Berufsausbildung erhalten.

Das schucke, gelb getünchte, zweistöckige Gebäude mit seinen grünen Fensterläden liegt mitten in einem 10.000 Quadratmeter großen Park. Es ist das ehemalige Heim für körperbehinderte Kinder, das im vergangenen Jahr in ein neues Gebäude in Mauer übersiedelt ist. Mit einem Kostenaufwand von 1,2 Millionen Schilling, von denen die Stadt Wien rund 600.000 Schilling in Form einer Pension beigesteuert hat, renovierte "Jugend am Werk" dieses Gebäude und richtete es neu ein. Nach einem gut überlegten Funktionsplan wurden neben den 16 Wohnräumen zwei Werkstätten für Industrie- und Metallarbeiten, eine Wäscherei und eine Büglerei geschaffen, in denen die Jugendlichen unter denselben Bedingungen wie in der Wirtschaft arbeiten können. Ferner sind in dem Gebäude verschiedene Freizeiträume, therapeutische Einrichtungen und ein Schwimmbecken untergebracht. Auch im Park befinden sich ein Schwimmbassin und ein Spielplatz.

Zur musikalisch umrahmten Eröffnungsfeier hatten sich auch Landtagspräsident Dr. Stemmer, die Bezirksvorsteher Mistingner und Suttner sowie zahlreiche Mitglieder des Gemeinderates eingefunden. Die Ehrengäste jedoch waren körperbehinderte Kinder, die früher in diesem Haus gewohnt hatten. Mit Musik und Liedern, darunter dem Kanon "Glück und Heil und Wohlsein diesem Haus" wünschten sie den neuen Bewohnern eine wohlbehütete Zukunft.

Bezirksvorsteher Mistingner, der Vorsitzende des Wiener Jugend am Werk-Vereins, hieß die Festgäste herzlich willkommen und dankte Stadtrat Maria Jacobi und der Wiener Stadtver-

waltung für die großzügige Unterstützung, die sie der Errichtung des Internats angedeihen ließen.

Stadtrat Maria Jacobi gab in ihrer Eröffnungsrede einen Überblick über die Leistungen der Aktion "Jugend am Werk", die gegenwärtig in elf Ausbildungsstätten und in verschiedenen kleineren Praxisstellen rund 470 behinderte Jugendliche betreut und damit erfolgreich den Versuch unternimmt, jungen Menschen die Arbeitsfähigkeit zu erhalten und damit die Möglichkeit zu geben, am Leben der Gesellschaft aktiv teilzunehmen. Von 500 Jugendlichen, die im vergangenen Jahr Kurse von "Jugend am Werk" besuchten, konnten 129 soweit geschult werden, daß sie heute im Wirtschaftsleben vollwertige Arbeitskräfte sind.

"Dieses Internat - ein großes pädagogisches und humanitäres Werk - ist eigentlich nur eine selbstverständliche Fortsetzung des bisherigen Wirkens der Aktion Jugend am Werk", sagte Stadtrat Maria Jacobi ferner. "Junge Menschen, die bis jetzt etwa im Psychiatrischen Krankenhaus als Pflegefälle betreut werden mußten, weil es nicht möglich war, sie täglich den Strapazen des langen Weges zu einer Ausbildungsstätte auszusetzen, Jugendliche, die bis jetzt in einer Station des Altersheimes Lainz leben, werden hier leben und arbeiten. Aus den Heimen der Stadt Wien sollen ungefähr 35 Mädchen und Burschen kommen, die eben jetzt die Sonderschule verlassen und nicht weiterhin gefördert werden könnten, weil es ihnen nicht möglich ist, in ihre Familien zurückzukehren. Und es werden auch aus einigen Familien jene jungen Leute herkommen, die besonders pflegebedürftig sind, denen vielleicht ein Elternteil fehlt, so daß die Mutter nicht der doppelten Belastung der Berufstätigkeit und der Betreuung des behinderten Kindes gewachsen ist. Diese jungen Menschen sollen hier lernen, in ihre gesellschaftliche Aufgabe hineinzuwachsen, sie sollen so lange hier wohnen, bis sie die Fähigkeit zu arbeiten erlangt haben und ihnen durch Training und behutsame Führung die Möglichkeit gegeben werden kann, selbständig zu werden.

Alles, was an organisatorischer Vorarbeit für diese 30 Burschen und 40 Mädchen, notwendig war, wurde geleistet. Alles, was

zu einer Förderung an Einrichtungen erforderlich ist, wurde bereitgestellt, um in diesem Haus einer neuen wichtigen Aufgabe dienen zu können. Ich hoffe, daß jener Geist des sozialen Verantwortungsbewußtseins, jenes pädagogische Bewußtsein auch weiterhin die Arbeit dieses Hauses formen werden, um so für eine ganz besondere, von der Natur stiefmütterlich behandelte Gruppe junger Menschen die Brücke zu bauen zum Bestehen in unserer Gesellschaft.

Mögen alle Bewohner dieses Hauses, die jungen Menschen und ihre Helfer, hier viele schöne Tage in guter Gemeinschaft erleben.

Mögen die jungen Menschen, die in diesem Daheim heranreifen, hier jene Kraft gewinnen, mit der sie sich dann draußen so bewähren können, daß sie auch dort, im großen Gemeinwesen, das Glück eines erfüllten Lebens finden."

- - -

Die Wiener Jungbürgerfeier am 12. November
=====

28. Oktober (RK) Die diesjährige Jungbürgerfeier der Stadt Wien, zu der Bürgermeister Bruno Marek alle Angehörigen des Jahrganges 1944 einlädt, ist für Freitag, den 12. November, um 19.30 Uhr, in der Wiener Stadthalle festgesetzt. Bei dieser Veranstaltung werden unter der Gesamtleitung und Regie von Alexander Giese das Tonkünstlerorchester und das Wiener Ballett-Theater Mastaire mitwirken. In den Sprechrollen: Eva Zilcher, Erich Auer, Wolfgang Gasser, Peter Gerhard und Helmut Janatsch. Im offiziellen Teil wird Bürgermeister Marek zu den Jungbürgern sprechen.

- - -

Auch Wiens Bürgermeister begeht den Weltspartag
=====

28. Oktober (RK) Bürgermeister Marek wird am morgigen Weltspartag seine Verbundenheit mit dem volkswirtschaftlich so wichtigen Spargedanken sinnfällig zum Ausdruck bringen: Noch vor der für morgen angesetzten Sitzung des Wiener Landtages und Gemeinderates wird sich Bürgermeister Marek um 8 Uhr früh in der Hauptanstalt der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien, 3, Vordere Zollamtsstraße 3, einfinden und seinen Weltspartagsobolus auf sein Z-Sparbuch einlegen.

Er wird von Generaldirektor Dr. Neubauer und den charmenten, Sparkassenbeamtinnen aus Budapest, Lyon und München begrüßt werden, die morgen im Rahmen des internationalen Personalaustausches der Geldinstitute die Zentralsparkassenkunden bedienen werden.

- - -

Wienerbergbrücke in Meidling
=====

28. Oktober (RK) Die neue Straßenbrücke in Meidling, die im Zuge der Wienerbergstraße die Südbahn überquert, hat ihre amtliche Bezeichnung erhalten. Der Kulturausschuß beschloß, das Bauwerk mit "Wienerbergbrücke" zu benennen, da es sich um eine direkte Verbindung der gleichnamigen Straße mit dem Gebiet des Wienerberges handelt.

- - -

Neuer Bezirksvorsteher in Döbling

=====

Bezirksvorsteher Opfermann krankheitshalber zurückgetreten

28. Oktober (RK) Heute vormittag wurde in Döbling der neue Bezirksvorsteher für den 19. Bezirk von der Bezirksvertretung gewählt: Bezirksvorsteher Franz Weber, der im 55. Lebensjahr steht. Bezirksvorsteher Franz Opfermann (65) hat, wie er zu Beginn der Sitzung ausführte, auf ärztliches Anraten seine Funktion zurückgelegt.

Der scheidende Bezirksvorsteher gehörte seit 1945 der Döblinger Bezirksvertretung an. Im Jahr 1960 wurde er zum Bezirksvorsteher gewählt. Der neue Bezirksvorsteher Franz Weber kommt aus der Gewerkschaftsbewegung und war seit 1949 als Bezirksrat von Döbling tätig.

An der Sitzung der Döblinger Bezirksvertretung nahm auch Stadtrat Sigmund teil, der den scheidenden Bezirksvorsteher dankte und dem neuen Bezirksvater die besten Wünsche für seine Arbeit aussprach. Der Stadtrat betonte, daß Döbling ein Spiegel der österreichischen Verhältnisse sei. So wie in ganz Österreich, so kämpfen auch hier zwei große politische Gruppen den Kampf um die Mehrheit. Beide Parteien müssen versuchen, von ihren Standpunkt aus für ihre Wähler das Beste zu tun. Es ist also nicht so wie manche Antidemokraten heute noch unseren demokratischen System entgegenhalten, daß nicht die freie Meinung des Wählers zum Ausdruck kommt, sondern vielmehr zwei Parteien "packeln". In Wirklichkeit müssen vielmehr in Österreich wie auch in Döbling beide Parteien bestrebt sein, ihr Bestes zu geben.

--- --

Angelobung von Bezirksräten

=====

28. Oktober (RK) Heute wurden von Stadtrat Sigmund in Vertretung des Bürgermeisters in Rathaus Kurt Gorski (2. Bezirk), Karl Kriz (12. Bezirk) und Hans Schauhuber (23. Bezirk) als neue Bezirksräte angelobt. Senatsrat Dr. Schütz verlas die Gelöbnisformel. Die neuen Bezirksräte leisteten Stadtrat Sigmund mit Handschlag das Gelöbniß.

--- --

Bürgermeister Marek gratuliert wiedergewählten Präsidenten der
=====

Pressefotografen Österreichs
=====

28. Oktober (RK) Bürgermeister Bruno Marek hat heute an den wiedergewählten Präsidenten des Syndikats der Pressefotografen, Pressebildagenturen und Filmreporter Österreichs, Fritz Basch, ein Glückwunschtelegramm gerichtet, in dem es heißt:

"Zu Ihrer Wiederwahl zum Präsidenten des Syndikats der Pressefotografen gratuliere ich Ihnen herzlich. Die Bundeshauptstadt Wien hat Ihnen viel zu danken. Sie und Ihre Kollegen haben in den vergangenen Jahren Bilder der wichtigsten Ereignisse **durch Ihre Agenturen** in die anderen Bundesländer unserer Republik und darüber hinaus in die ganze Welt gebracht. Die gute Zusammenarbeit mit der Pressestelle des Wiener Rathauses möge auch in Zukunft gesichert bleiben."

- - -

„eltkongreß der Fluggesellschaften im Rathaus
=====

28. Oktober (RK) Die Delegierten des großen Weltkongresses der Fluggesellschaften, der gegenwärtig in Wien tagt, waren heute abend Gäste des Bürgermeisters im Großen Festsaal des Wiener Rathauses. Bürgermeister Bruno Marek empfing die Teilnehmer an der XXI. Generalversammlung der IATA im Beisein der Stadträte DDr. Prutscher und Sigmund. Wie viele andere Kongresse in Wien tanzte auch dieser in dem großen Saal des Rathauses, so daß die Zeit stilgemäß "wie im Fluge" verging.

- - -

Rindernachmarkt vom 28. Oktober
=====

28. Oktober (RK) Unverkauft vom Vormarkt: 0. Neuzufuhren
Inland: 4 Stiere, 2 Kühe, 7 Kalbinnen, Summe 13. Gesamtauftrieb
dasselbe. Verkauft wurde alles.

Marktverkehr ruhig, Hauptmarktpreise. Auslandsschlachthof:
Inland 9 Stück, alles verkauft.

- - -

Schweinenachmarkt vom 28. Oktober
=====

28. Oktober (RK) Unverkauft vom Vormarkt: 0. Neuzufuhren
Inland: 129, Polen 121, Bulgarien 200, Rumänien 201, DDR 150,
Gesamtauftrieb 801. Verkauft wurde alles. Auslandsschlechthof:
Inland 32, Ungarn 210. Ungarische Schweine verkauft zu 14.50
bis 14.70 S.

Preise: ausländische Schweine: Polen 14.20 bis 15.20 S,
Bulgarien 14 S, Rumänien 14 bis 15 S, DDR 13.70 S.

- - -

Pferdenachmarkt vom 28. Oktober
=====

28. Oktober (RK) Inland kein Auftrieb.

Auslandsschlachthof: unverkauft vom Hauptmarkt: 58 Stück
aus der UdSSR, verkauft zum Preis von 8 bis 10.50 S.

- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT. DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Freitag, 29. Oktober 1965

Blatt 2838

Weltspartag - ein neues Wiener Volksfest

=====

29. Oktober (RK) Heute wird nicht nur in Österreich, sondern auch in vielen anderen Ländern der Weltspartag begangen, der sich in Wien dank des Ideenreichtums der Sparkassenmitarbeiter immer mehr zu einer Art Volksfest entwickelt.

Bürgermeister Marek fand sich bereits um 8 Uhr morgens in der Hauptanstalt der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien in der Vorderen Zollantsstraße ein, wo er von Generaldirektor Dr. Neubauer herzlich willkommen geheißen wurde. Das über Einladung der Stadtverwaltung derzeit in Wien "gastierende" Jugendorchester aus der Hohner-Stadt Trossingen begrüßte die Gäste musikalisch. In Rahmen eines von der Zentralsparkasse veranstalteten internationalen Personalaustausches sind Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Geldinstituten in Budapest, Lyon und München nach Wien gekommen und gaben in ihren farbenprächtigen Nationaltrachten der großen neuen Kassenhalle der Hauptanstalt einen besonders festlichen Anstrich. Schließlich vereinigten sich die Kinder der schwäbischen Jugendkapelle mit den ABC-Schützen einer Wiener Volksschule zu einer gemeinsamen musikalischen Darbietung, die allgemeinen Beifall fand. Der Organisator der Trossinger Harmonikakapelle Arnbruster und ihr Kapellmeister Herold dankten Bürgermeister Marek für die Einladung und die Gastfreundschaft der Stadt Wien und überreichten ihm eine Schwarzwälder Porzellanfigur.

Unter dem Surren der Fernseh- und Wochenschaukameras erlegte Bürgermeister Marek am Erssenschalter sodann seinen Sparbetrag. Auch für ihn wird die Zentralsparkasse so wie für jeden Einleger, der heute in eine Zweiganstalt kommt, einen Schilling

./.

für die Hochwasserhilfe Oberdrauburg spenden.

Das gibt es nur in Wien: eine "Sparefrohgasse"

Anschließend wurde die an der Hauptanstalt der Zentralsparkasse vorbeiführende Verbindungsgasse zwischen Vorderer Zollantsstraße und Gigergasse offiziell "Sparefrohgasse" benannt. Dieser originelle Straßename wurde von der Zentralsparkasse beantragt, um damit jene gerade in Wien so populär gewordene Figur zu ehren, die zu einem Symbol für den Sparwillen unserer Jugend geworden ist. Das "Sparefroh"-Männchen mit dem Schillingbauch und der spitzen Kappe bildet heute nicht nur die Leitfigur für die auflagenstärkste österreichische Jugendzeitschrift, sondern auch ein zugkräftiges Sinnbild für viele Schulsparer.

Der Leiter des Kulturantes der Stadt Wien, Senatsrat Dr. Gapp, enthüllte in Vertretung von Stadtrat Mandl eine Gedenktafel Ecke Vordere Zollantsstraße-Sparefrohgasse, die der Nachwelt die Motive dieser Straßenbenennung überliefert. Die Tafel wurde von Bildhauerin Pompe-Niederführ gestaltet. In seiner Ansprache sagte Dr. Gapp, daß diese Namensgebung echt wienerisch-unbürokratisch ist. Sie gilt einer Straße, die, solange das Bürgertheater stand, ein namenloser Privatweg gewesen ist, auf dem der Durchgang "bis auf Widerruf gestattet" war. Nunmehr, da es eine öffentliche Verkehrsfläche wurde, hat die "Z" dafür den Namen "Sparefrohgasse" beantragt. Sowohl der zuständige Stadtrat als auch die Mitglieder des Gemeinderätlichen Kulturausschusses und die Beamteten des Kulturantes schmunzelten über diese originelle Idee und setzten sich in diesem Fall über die sonst für Straßenbenennungen geltenden Prinzipien hinweg.

Auch Bürgermeister Marek gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß Wien jetzt eine Sparefrohgasse hat, durch die die verdienstvolle Erziehungsarbeit der österreichischen Sparkassen gewürdigt wird.

- - -

Verkehrsverbesserung auf der Linie 40

=====

29. Oktober (RK) Ab Dienstag, den 2. November, wird auf der Linie 40 (Börse, Türkenschanzpark, Dänenstraße) jeder zweite Autobus über Dänenstraße, Hartäckerstraße bis zur Borkowskigasse geführt.

- -

Eine Fahne für das Wiener Heeres-Telregiment
=====

29. Oktober (RK) Am Mittwoch, dem 3. November, findet um 14.30 Uhr in der Franz Ferdinand-Kaserne, 10, Gußriegelstraße 45, die feierliche Übergabe einer Standarte an das I. Bataillons-Heeres-Telregiment statt, zu der Landeshauptmann Bruno Marek und das Bataillonskommando einladen. Anlässlich der Standartenübergabe werden Verteidigungsminister Dr. Georg Prader, Landeshauptmann Bruno Marek und Oberst i.R. Emil Bittner das Wort ergreifen. Die kirchliche Weihe wird Feldkurat Josef Vollnhofer vornehmen.

Geehrte Redaktion!

Sie werden herzlich eingeladen, zu der Standartenübergabe Berichterstatter und Fotoreporter zu entsenden.

- - -

Fahrverbot im Zentralfriedhof
=====

29. Oktober (RK) Die städtische Friedhofsverwaltung macht darauf aufmerksam, daß während der Totengedenktage das Einfahren mit Personenkraftwagen im Wiener Zentralfriedhof verboten ist. Das Fahrverbot gilt an folgenden Tagen: 30. und 31. Oktober, 1. und 2. November.

- - -

Nach Explosion in Apotheke:Soforthilfe für Franz Lösch
=====

29. Oktober (RK) Der Mann, dessen Frau Margarethe auf tragische Weise durch eine Explosion einer Wiener Apotheke ums Leben kam, ist durch den plötzlichen Verlust obendrein in finanzielle Schwierigkeiten geraten. Als die Generaldirektion der Wiener Städtischen Versicherung erfuhr, daß die Apotheke gegen derartige Ereignisse keinen Versicherungsschutz genoß, entschloß man sich zu einer finanziellen Soforthilfe und überwies Herrn Franz Lösch 5.000 Schilling.

- - -

Sitzung des Wiener Landtages

=====

29. Oktober (RK) Unter dem Vorsitz von Präsident Dr. Wilhelm Stemmer trat der Wiener Landtag heute vormittag zu einer Sitzung zusammen. Ein Antrag der ÖVP betraf die Befreiung alkoholfreier Getränke von der Getränkesteuer.

Zu Beginn der Sitzung gedachte der Vorsitzende des vor einem Monat verstorbenen Abgeordneten Josef Bauer (ÖVP). Zum Zeichen der Trauer hatten sich die Abgeordneten von den Sitzen erhoben.

Änderung der Wiener Verfassung

Über den einzigen Punkt der Tagesordnung, die Änderung der Wiener Verfassung, referierte Stadtrat Sigmund.

Berichterstatler Stadtrat Sigmund bezeichnet den Gesetzentwurf als das Ergebnis einer staatsrechtlich bedeutsamen Fortentwicklung des Gemeinderechtes. Mit Recht hat man das Gemeinderecht als unterentwickeltes Rechtsgebiet bezeichnet. Erst im Jahre 1962 hat das Gemeinderecht eine feste und seiner Bedeutung entsprechende verfassungsrechtliche Grundlage in unserer Bundesverfassung erhalten. Diese Bundes-Verfassungsgesetznovelle 1962 - im Sprachausdruck Gemeinde-Verfassungsnovelle genannt - ist der Ausgangspunkt für den vorliegenden Gesetzentwurf.

Die verfassungsrechtliche Neuregelung ist als Auftrag des Bundesverfassungsgesetzgebers an die Landesgesetzgeber aufzufassen, ihrerseits das Gemeinderecht unter Bedachtnahme auf die verfassungsrechtlichen Grundsätze neu einzurichten, sie also zu transformieren. Die Transformierung hat, wie dies bei einer so umfassenden rechtlichen Neuregelung nicht anders zu erwarten ist, eine Reihe schwieriger Fragen aufgeworfen. Ein Umstand mußte bei der Ausarbeitung des vorliegenden Landesgesetzes besonders beachtet werden: das Problem der gesamtösterreichischen Rechtsvereinheitlichung auf dem Gebiet des Gemeinderechtes. Städtebund und Gemeindebund haben ein Musterstatut und eine Mustergemeindeordnung ausgearbeitet und den Ländern für ihre legislatischen Arbeiten zur Verfügung gestellt.

Soweit man derzeit den Stand der legislativen Arbeiten in den Ländern überblicken kann, ist erfreulicherweise festzustellen, daß die Arbeit der Gemeindeverbände fruchtbringend war. Bei der Transformierung der verfassungsrechtlichen Vorschriften für Wien muß beachtet werden, daß Wien auch eine Stadt mit eigenem Statut ist und demnach nicht nur die Aufgaben der Gemeindeverwaltung, sondern auch die der Bezirksverwaltung zu besorgen hat.

Im Sinne der verfassungsrechtlichen Neuregelung werden durch den Entwurf die Bestimmungen über den Aufgabenbereich der Gemeinde neu geregelt. Dies zeigt sich schon darin, daß die bisher üblichen Ausdrücke nicht mehr beibehalten werden. In Zukunft hat man nicht mehr von dem selbständigen Wirkungsbereich der Gemeinde, sondern von dem "eigenen Wirkungsbereich" zu sprechen; der Ausdruck staatlicher Wirkungsbereich wurde durch "übertragener Wirkungsbereich" ersetzt. Weiter werden jene Bestimmungen des neuen Verfassungsrechtes für Wien übernommen, die sich mit der sogenannten inneren Gemeindeverfassung beschäftigen, also mit den Organen der Gemeinde und mit den Aufgaben, die von diesen Organen zu besorgen sind. Die Anpassung der Stadtverfassung an das neue Verfassungsrecht gibt auch Gelegenheit für eine Rechtsbereinigung. Daneben wurden nach Möglichkeit auch Bestimmungen in der Vorlage aufgenommen, die der Vereinfachung der Verwaltung dienen und nach den Erfordernissen der Praxis notwendig sind. Es sei aber betont, daß sich mit den vorgeschlagenen neuen Bestimmungen keine strukturelle Änderung der Verwaltung unserer Stadt verbindet.

Im Zusammenhang mit der Bundesverfassungsnovelle 1962 wurde von dem Beginn einer neuen Epoche des österreichischen Gemeinderechts gesprochen. Aufgabe des Wiener Landtages ist es nunmehr, das Werk des Verfassungsgesetzgebers für Wien in die Tat umzusetzen.

Nach dem Referat von Stadtrat Sigmund gibt Präsident Dr. Stemmer bekannt, daß über diesen Gesetzentwurf eine General- und eine Spezialdebatte abgeführt wird. Das Haus geht zunächst in die Generaldebatte ein.

./.

Die Generaldebatte

Der erste Redner der Generaldebatte ist Abg. Lauscher (KLS). Er meint, daß man seit 1962 genügend Zeit gehabt hätte, eine gründliche Erneuerung der Stadtverfassung durchzuführen. Dies sei jedoch nicht geschehen. Die bisherigen Veränderungen der 36 Jahre alten Stadtverfassung seien unwesentlich. Die Bestimmungen über die Bezirksvertretungen hätten zum Beispiel längst geändert gehört. Auch für Volksabstimmungen in Wien sei in der neuen Vorlage nicht vorgesorgt. Während es in Wien keine Volksabstimmungen gibt, können zum Beispiel in allen Gemeinden Kärntens und Tirols solche Abstimmungen durchgeführt werden.

Abg. Lauscher gibt seiner Enttäuschung über den vorliegenden Entwurf Ausdruck: Die Vorlage halte mit den Anforderungen, die die innenpolitische Entwicklung der letzten Zeit an die Demokratie stelle, nicht Schritt. Außerdem hätte der Entwurf in der Öffentlichkeit zur Diskussion gestellt werden müssen. Dies sei vielleicht deshalb nicht geschehen, weil die Vorlage Bestimmungen enthalte, die sich nachteilig auf die Bevölkerung auswirken können. Schließlich sei auch unverständlich, warum den Abgeordneten erst wenige Tage vor der heutigen Sitzung die Grundlagen der Änderungen bekanntgegeben worden seien.

Die KLS-Fraktion könne den Entwurf daher nur mit größtem Vorbehalt zustimmen. Sie erwarte, daß in Bälde eine echte Modernisierung und Demokratisierung unserer Stadtverfassung vorbereitet werde.

Abg. Dr. Hirnschall (FPÖ) bedauert gleichfalls, daß den Abgeordneten nur die kurze Frist einer Woche für die Vorbereitung eingeräumt worden sei, ganz abgesehen davon, daß die oppositionellen Abgeordneten auch da nicht alle Unterlagen zur Verfügung gestellt erhielten.

Im weiteren stellt er fest, daß mehrere Bestimmungen, die längst reformiert gehört hätten, in der Vorlage unverändert geblieben seien, so zum Beispiel die Bestimmungen über die Wahl und die Rechte der Gemeinderäte. Jedermann wisse, daß in der Wahlpraxis nicht jede Stimme gleiches Gewicht habe. Bei der letzten Wahl zum Beispiel habe die FPÖ für ein Mandat mehr als doppelt soviel Stimmen gebraucht als die SPÖ.

Aber auch hinsichtlich der Arbeit im Gemeinderat seien die kleinen Parteien benachteiligt. So sei zum Beispiel die Einsichtnahme in die Akten nur den Ausschußmitgliedern möglich. Das Recht, an den Ausschuß-Sitzungen als Zuhörer teilzunehmen, sei kein Ersatz. Ein anderer alter Wunsch der FPÖ-Fraktion, dem in der Vorlage auch nicht entsprochen wurde, sei die Einführung einer Fragestunde im Gemeinderat. Mit der Fragestunde, die sich zum Beispiel im Parlament sehr bewährt habe, könnte man auch erreichen, daß die Bevölkerung stärkeren Anteil an der Arbeit des Gemeinderates nimmt.

Sehr enttäuscht sei die FPÖ-Fraktion auch von den neuen Bestimmungen über die Bezirksvertretungen, denen man größere Mitarbeit bei wichtigen Dingen, die den jeweiligen Bezirk angehen, einräumen müßte. Im Entwurf aber seien im Gegenteil sogar mehrere Rechte der Bezirksräte gestrichen worden.

Zu den neuen Bestimmungen über das Kontrollamt sagte Abg. Dr. Hirnschall, daß das Kontrollamt hinsichtlich seiner bisherigen Position "Federn lassen mußte". Laut Entwurf seien seine bisherige Unabhängigkeit und Sonderstellung abgeschafft. Es soll nun ein Teil der Magistrats sein. Die Einordnung in den Magistrat aber führe dazu, daß das Kontrollamt dem Magistratsdirektor unterstellt sein werde. Damit wäre die Prüfstelle jener Behörde unterstellt, die sie auch zu prüfen habe. Mit dieser Regelung könne man keinesfalls einverstanden sein. Die unabhängige Stellung des Kontrollamtes hätte im Gegenteil ausgebaut und gefestigt werden müssen.

Der neue Paragraph 36 über "Zusammensetzung und Wahl des Stadtsenates" spricht nur von Stadträten und erwähnt den Bürgermeister nicht, der dem Stadtsenat nicht mehr angehören soll und nur durch einen späteren Paragraphen das Recht erhält, den Stadtsenat einzuberufen und ihm zu präsidieren. Dies sei ein schlechter Kompromiß. Es wäre besser gewesen, den Bürgermeister weiterhin dem Stadtsenat angehören zu lassen und ihn dafür auf den Proporz anzurechnen. Dies entspreche auch der Praxis in anderen Landeshauptstädten.

Vor allem sei zu befürchten, daß diese Bestimmungen des ersten Hauptstückes Auswirkungen auf das zweite Hauptstück haben werden, das von der Novelle eigentlich gar nicht berührt wird.

Der Paragraph 117 bestimmt nämlich, daß der Stadtsenat auch die Landesregierung darstellt, und der Bürgermeister auch Landeshauptmann ist. Durch den neuen Paragraphen 36 hat diese Bestimmung jetzt einen anderen Inhalt bekommen: Die Stadträte bilden jetzt ohne den Landeshauptmann die Landesregierung. Dies widerspricht jedoch dem Artikel 101 der Bundesverfassung, der feststellt, daß eine Landesregierung aus dem Landeshauptmann, den Landesräten usw. besteht.

Die FPÖ-Fraktion stellte daher den Antrag, den Gesetzesentwurf zu weiterer eingehender Beratung an den zuständigen Ausschuß zurückzuverweisen. Dies sei trotz des Zeitdruckes notwendig, da die Novelle in einem wesentlichen Punkt verfassungswidrig sei.

Abg. Dr. Habl (ÖVP) erinnerte noch einmal an die Vorgeschichte der Gesetzesnovelle und bemängelte, daß der durch das Bundesgesetz von 1962 notwendig gewordene Gesetzesentwurf erst jetzt vorgelegt werde, weil dadurch zu wenig Zeit ist, um bei dieser Gelegenheit eine Gesamtreform der Wiener Verfassung durchzuführen, wie sie die ÖVP verlangt hat. Gerade in der Situation innenpolitischer Unruhe, die seit einigen Tagen herrscht, warte die Öffentlichkeit auf Beweise dafür, daß Zusammenarbeit mehr fruchtet, als überspitzte Opposition und überspitzter Parteiegoismus.

Die ÖVP hat weiterreichende Forderungen in Bezug auf die Stadtverfassung gehabt, als nun berücksichtigt wurden. Aber in einem demokratischen Gemeinwesen kann man eben die Mehrheit nicht zwingen, ein Gesetz so oder so zu beschließen. Die Minderheit darf aber die Arbeit am Ganzen nicht aufgeben, wenn ihre eigenen Forderungen nicht vollständig erfüllt werden.

Wien hat mit dem vorliegenden Gesetzesentwurf ein gutes Beispiel gegeben und die gestellte Aufgabe der Anpassung der Wiener Verfassung an das Bundesverfassungsgesetz 1962 gelöst. Diese Aufgabe war nicht einfach. Denn das Rahmengesetz läßt sich mit einem Muster für eine Hausordnung vergleichen, die ein Haus durchschnittlicher Größe vor Augen hat. Darum bereiteten die Größenverhältnisse Wiens, der größten Gemeinde Österreichs, der Bundeshauptstadt, die zugleich auch Bundesland ist, Schwierigkeiten.

Die ÖVP habe vorgeschlagen, die Novelle als Landesverfassungsgesetz zu behandeln. Dagegen wurde eingewendet, daß das erste Hauptstück, also die eigentliche Gemeindeordnung, viele Detailbestimmungen enthält, die man elastischer durch ein einfaches Gesetz regle. Außerdem sei das, was eines verfassungsgesetzlichen Schutzes bedarf, ohnedies durch die Bundesverfassung gesichert. Aber auch politische Gründe waren maßgeblich, weil sich die Mehrheit nicht von einer Minderheit abhängig machen wollte, da ja Verfassungsgesetze mit Zweidrittelmehrheit beschlossen werden müssen. Ein Verfassungsgesetz brächte jedoch eine größere Stabilität mit sich.

Es wäre ein Ausweg gewesen, die veränderlichen Detailbestimmungen in einem "Statut der Stadt Wien" als einfaches Gesetz und die grundsätzlichen Bestimmungen als Landesverfassungsgesetz zu beschließen. Es ist überhaupt fraglich, ob man von "Verfassung" reden kann, wenn es sich um ein einfaches Gesetz handelt. Beträchtliche Auseinandersetzungen gab es um die Aufzählung der Organe, wobei in der neuen Aufzählung das Kontrollamt nicht mehr aufscheint und beinahe auch die Amtsführenden Stadträte ausgelassen worden wären. Die ÖVP hat diese drohende Abwertung der Stadtsenatsmitglieder verhindert.

Die SPÖ hat im Verfassungsausschuß entsprechend dem Musterstatut des Städte- und Gemeindebundes die Formulierung verlangt: "Im Gemeinderat vertretene Wahlparteien haben nach Maßgabe ihrer Stärke Anspruch auf Vertretung im Stadtsenat". Bisher hatte der Wiener Bürgermeister im Stadtsenat Sitz und Stimme und das Dirimierungsrecht. Dies ist durch die Gesetzesänderung nicht mehr gegeben.

Eine vielumstrittene Frage ist auch das Sistierungsrecht des Bürgermeisters. Diesbezüglich gab es in der alten Stadtverfassung widersprüchliche Bestimmungen, die nunmehr beseitigt wurden. Der Gemeinderat hat jetzt gegenüber dem Bürgermeister eindeutig das letzte Wort, so daß hier von einer Demokratisierung der Stadtverfassung gesprochen werden kann.

Der Redner verweist darauf, daß in einigen Punkten sicherlich für eine Demokratisierung vorgesorgt wurde.

Die Zustimmung der Volkspartei zur Gesetzesvorlage kann jedoch nicht bedeuten, daß damit alle Wünsche bezüglich der Wiener Verfassung erfüllt sind. Viele Vorschläge sind aber tatsächlich berücksichtigt worden. Während der Beratungen wurden von beiden Seiten konkrete Textverbesserungs-Vorschläge gemacht und man kann sagen, daß sich die Verhandler als Gesetzgeber auch im technischen Sinn des Wortes betätigt haben. Den beteiligten Beamten und Bediensteten gebührt für ihre Leistungen besonderes Lob.

Zu den Ausführungen der Generalredner der Freiheitlichen und der Kommunisten stellt der Redner fest, daß jeder Gemeindegänger das Recht hat "Erinnerungen bzw. Einwendungen" einzubringen. Wenn der Redner einer kleinen Partei hier für die Interessen der Selbstverwaltung in der Gemeinde eintrat, kann man ihm nur sagen, daß er in den östlichen Ländern auf dem Sektor der Demokratisierung ein großes Betätigungsfeld hätte. In der DDR hat Ulbricht mit seinem "Gesetz über die östlichen Organe der Staatsmacht" schon am 17. Jänner 1957 die gemeindliche Selbstverwaltung aufgehoben.

Abschließend stellt der Redner fest, daß seine Fraktion außer der Hoffnung auf eine möglichst baldige größere Reform der Verfassung, den Wunsch hat, daß dieses Gesetz ein brauchbares Instrument sein möge, um damit zum allgemeinen Wohl der Wiener Bevölkerung und im dadurch gegebenen Rahmen unserem Vaterland Österreich dienen zu können.

Abg. Dr. Bohmann (SPÖ) bezeichnet den heute zur Beschlußfassung vorliegenden Entwurf einer Abänderung der Verfassung der Bundeshauptstadt Wien als ein Gesetz von großer Bedeutung. Er spricht über den Werdegang dieses Gesetzes und damit im Zusammenhang über die Bundesverfassungsgesetznovelle, die es erst ermöglicht hat, eine Novellierung der Gemeindeverfassung vorzunehmen. Er verweist auch auf den 10. Österreichischen Städtetag im Jahr 1954, bei dem der damalige Generalsekretär Riemer in einer Resolution des Städtetages bekunden ließ, daß die verfassungsmäßigen Grundlagen des Gemeinderechtes in Österreich als äußerst dürftig anzusehen sind und baldigst einer verfassungsmäßigen Regelung zugeführt werden müßten.

Am besten charakterisiert hat diese schwierige Lage der Gemeinden vielleicht der Präsident des Verfassungsgerichtshofes, als er damals - vielleicht im Zusammenhang mit dem Städtetag - erklärte "die österreichischen Gemeinden leben seit Jahrzehnten von einer gewagten Auslegung von Verfassungsverordnungen." Das war auch das Charakteristikum der verfassungsmäßigen Grundlage des österreichischen Gemeinderechts. Dieser zehnte Städtetag hat eine Kommission eingesetzt, die beauftragt wurde, sich unverzüglich mit der Schaffung einer verfassungsmäßigen Basis des Gemeinderechts zu befassen. Die Kommission hat in jahrelanger mühevoller Arbeit einen Entwurf für die Novellierung einer österreichischen Bundesverfassung erarbeitet, der endlich dem Gemeinderecht die so lange entbehrtete Grundlage geben sollte. Städtebund und Gemeindebund haben in guter und sachlicher Zusammenarbeit in relativ kurzer Zeit den Verfassungsentwurf erstellt und an die Bundesregierung weitergeleitet. Den Mitgliedern dieser Kommission wollen wir herzlich danken, vor allem dem jeweiligen Magistratsdirektor und seinen Mitarbeitern (Beifall). Mit dem Inkrafttreten der Verfassungsnovelle 1962 hat das österreichische Gemeinderecht, insbesondere die österreichische Gemeindeautonomie eine sehr entscheidende Phase erreicht. Weiter zurückblickend, verweist der Redner auf die ersten Ansätze zur Erreichung einer Selbstverwaltung der Gemeinde und einer Autonomie der Gemeindeverwaltung, die sich in den Jahren 1848/49 zeigten. Unsere Generation und auch die kommenden werden kaum nachfühlen können, welcher revolutionärer Schritt damals getan wurde, wenn man denkt, daß bis zum Ende des 18. Jahrhunderts die österreichischen Gemeinden unter der Fron und Leibeigenschaft der Grundherren gestöhnt haben. Die Städte haben ja eine etwas andere Entwicklung als die Gemeinden, da dort bereits früher Handel und Gewerbe verschiedene Positionen erringen konnten. 1862 erhielt Österreich das erste Gesetz, das das Gemeinderecht regelte. Heute, rund hundert Jahre später, können wir sagen, daß es, den damaligen Verhältnissen entsprechend, ein gutes Gesetz war und daß es bis zum Inkrafttreten der Verfassungsgesetznovelle wirksam war.

Die schreckliche Belastung der Gemeinden nach Zusammenbruch des zweiten Weltkrieges haben die Gemeinden vor schwere Aufgaben gestellt. Sie haben jedoch einen Weg gefunden, der aus den Trümmerhaufen und dem Chaos herausgeführt hat.

Eine generelle Regelung des Gemeinderichts blieb stets eine Lücke in der österreichischen Verfassung. Mit dem Gesetz aus dem Jahr 1962 haben wir nun endlich die Gemeindeautonomie in der Bundesverfassung garantiert.

Der Redner unterstreicht, daß in der Verfassung das Recht auf wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden verankert ist, ein Recht, das von manchen Seiten einzuengen versucht wird.

Die Entwicklung des Gemeinderichtes ist noch lange nicht abgeschlossen. Auch in der Zukunft harren der Selbstverwaltung der Gemeinden große Aufgaben. Heute werden ja von den Gemeinden Agenden erfüllt, die man noch vor Jahrzehnten strikte abgelehnt hätte. Er denke dabei an Wohnungsangelegenheiten, an den Gesundheitsdienst, an die Probleme, die der öffentliche Verkehr mit sich bringt.

Zum Entwurf selbst bemerkt Dr. Bohmann, daß man für eine grundlegende Reform der Wiener Stadtverfassung deswegen nicht gewesen sei, weil nicht genug Zeit für ein solches Verfassungswerk war. Er sehe auch keine rechtliche Veranlassung dazu, die Gemeindeordnung als Verfassungsgesetz zu beschließen. Der Redner betont auch, daß die Wiener Gemeindeverwaltung in nicht vielen Punkten abgeändert werden muß.

Durch den Begriff des Magistrates war man gezwungen, die Unternehmungen in den Geschäftsbereich des Magistrates einzubeziehen. Dabei hat man jedoch auf eine möglichst große Selbständigkeit der Unternehmungen Bedacht genommen.

Zum Kontrollamt: Es gibt rechtstheoretisch keine Grundlagen, dem Kontrollamt die Organstellung zuzuerkennen. Aber auch hier ist für eine möglichst große Selbständigkeit vorgesorgt. Der Kontrollamtsdirektor allein bestimmt die Art und Weise wie zu kontrollieren ist. Besonders zu begrüßen ist die Bestimmung, daß Betriebe an denen die Gemeinde mehrheitlich beteiligt ist, vom Kontrollamt geprüft werden können.

Abschließend erklärt der Redner, daß die Autonomie der Gemeinde sich in einem Jahrhundert glänzend bewährt hat. Er glaube daher, daß die Gemeinde diese verfassungsmäÙe Regelung der Selbstverwaltung wohl verdient hat. Der Wunsch seiner Partei ist es, daß die heute beschlossene Änderung eine Plattform für eine glückliche Entwicklung einer freien und demokratischen Gemeinde Wien sein möge.

Damit ist die Generaldebatte beendet, der Antrag der FPÖ wird nicht behandelt, da er nicht genügend unterstützt wird.

Die Spezialdebatte

Hierauf läÙt Landtagspräsident Dr. Stemmer darüber abstimmen, ob in die Spezialdebatte eingegangen werden soll. Die Abhaltung der Spezialdebatte wird mit den Stimmen der SPÖ, ÖVP und KLS beschlossen.

Abg. Dr. Glatzl (ÖVP) nimmt zur Frage der Neuformung des Kontrollamtes Stellung, die er als eine der schwierigsten Probleme bezeichnet. In den Augen des Staatsbürgers ist das Kontrollamt so etwas wie ein "Kleiner Rechnungshof". Dem natürlichen Empfinden nach entsteht das Bild jener Unabhängigkeit, die unser Kontrollamt bisher gehabt hat. Auch meint man, daß das Kontrollamt, das immerhin über ein Elfmilliarden-Budget zu wachen hat, einem Kontrollausschuß, der dem Landtag verantwortlich ist, untersteht. Dem ist jedoch leider nicht so.

Wien ist Land und Gemeinde. Aber wir haben kein Landeskontrollamt, keinen Landeskontrollausschuß und keine Aufsichtsbehörde. Das Kontrollamt existiert in der "Gemeinde", als solches berichtet es an den Bürgermeister und der Bürgermeister hat im Rahmen der gemeindlichen Selbstverwaltung für die entsprechende Erledigung zu sorgen. Die Juristen sagen daher, das Kontrollamt hätte ein Teil des Magistrates zu sein. Mit der Abstimmung über diese Vorlage löschen wir den schönsten Satz unserer alten Gemeindeverfassung aus, der gelautet hat: "Unabhängig vom Magistrate besteht ein Kontrollamt". Das ist die Realität.

Anschließend stellt Abg. Dr. Glatzl die Frage, ob es denn undenkbar wäre, daß einmal an irgendeiner Stelle unserer Verfassung die Landesorgane Gestalt annehmen könnten.

Es könnte doch eine Konstruktion denkbar sein, in der die Aufsicht über die Gemeindeorgane im Landtag verankert ist und in der es einen Kontrollausschuß des Landtages gibt, der diesem allein verantwortlich ist und der seine Einschauberichte über den Landtag dem Bürgermeister weiterleitet. Wir müssen allerdings unsere Gemeindeverfassung adaptieren, Wien aber sollte einmal wieder mehr als Bundesland konstituiert werden.

Obwohl nun das kommende Wiener Kontrollamt nicht unabhängig sein, keine Organstellung haben und dem Magistrat eingegliedert sein werde und es auch keinen Kontrollausschuß gebe, könne das Kontrollamt doch seinen Zweck erfüllen, auch wenn es kein Rechnungshof, sondern nur eine gemeindeinterne Kontrollstelle sei.

Im folgenden befaßt sich der Debattenredner mit einigen Bestimmungen der Vorlage, so zum Beispiel mit jener, die auch die Kontrolle der Institutionen vorsieht, an denen die Gemeinde Wien mehrheitlich beteiligt ist. Ferner sei die Stellung des Kontrollamtsdirektors dadurch herausgehoben, daß er nur durch Gemeinderatsbeschluss berufen werden kann. Nun hänge es mehr denn je davon ab, daß der Direktor und die Beamten des Kontrollamtes jene innere Freiheit und Unabhängigkeit besitzen, die anderswo durch Paragraphen gesichert ist. Die ÖVP-Fraktion werde der Vorlage zustimmen.

Als nächster Redner in der Spezialdebatte erwidert Abg. Maller (KLS) dem Abg. Dr. Habl, es sei zu hoffen, daß er und seine Fraktion einmal zur Kenntnis nehmen werden, daß wir uns hier im Wiener Gemeinderat befinden und nicht in irgendeinem Land. Seine Bemerkung ist genauso unsinnig, als wenn wir Kommunisten die Volkspartei dafür verantwortlich machen würden, wenn in Amerika Negerkinder aus der Schule vertrieben werden, oder dafür, was in der Bundesrepublik Deutschland vor sich geht, wo die Freunde der Volkspartei an der Macht sind.

Der Vorlage geben wir unsere Zustimmung nur mit Vorbehalt. Wir haben mit Genugtuung die Erklärung zur Kenntnis genommen, daß im Laufe der Zeit weitere Verbesserungen an der Stadtverfassung vorgenommen werden. Derzeit wird die Bestimmung aufrecht erhalten, daß jede Bezirksvertretung aus 30 Mitgliedern

besteht. Wenn man berücksichtigt, daß zum Beispiel im 1. Bezirk 576 Stimmen für einen Sitz in der Bezirksvertretung notwendig waren, im 10. Bezirk aber 3.001 Stimmen, dann kann man nicht von einer Gleichheit der Stimmen reden. Mit einer Änderung dieser Bestimmung könnte das Ansehen und die Bedeutung der Bezirksvertretungen gehoben werden. Weiter hielten wir es für zweckmäßig, die Bestimmung aufzuheben, daß die Bezirksvertretungen mindestens einmal in jedem Vierteljahr vom Bezirksvorsteher einzuberufen sind. Diese Bestimmung wirkt in der Praxis einengend; die Bezirksvertretung sollte nicht nur alle drei Monate einmal, sondern acht- bis zehnmal im Jahr einberufen werden. Die beabsichtigte Streichung des Paragraphen 105 hat zur Folge, daß den Bezirksvertretungen das Recht genommen wird, Bezirkswünsche für den Voranschlag der Stadt Wien einzubringen. Es wäre im Gegenteil gut, den Voranschlag nicht nur im Rathaus, sondern in den einzelnen Bezirken aufzulegen. Wenn man den Bezirksvertretungen jetzt aber auch noch das Recht nimmt, über Bezirkswünsche zu beraten und sie an den Bürgermeister weiterzuleiten, so ist das eine arge Beeinträchtigung der Rechte der Bezirksvertretungen. Wenn dieser Paragraph gestrichen wird, so bringt dieses Gesetz keine weitere Demokratisierung, sondern einen weiteren Abbau einer demokratischen Bestimmung. Der Redner stellt aus diesem Grund den Antrag, die vorgesehene Bestimmung über die Streichung aus der Vorlage zu eliminieren.

Weiter kritisiert er die Bestimmung, wonach die Erträge jeder Unternehmung in der Regel zumindest alle Aufwendungen zu decken und die technische und wirtschaftliche Fortentwicklung der Unternehmung zu ermöglichen habe. Damit, sagt er, ist Tarifierhöhungen Tür und Tor geöffnet. Ähnlich verhält es sich mit der Bestimmung, wonach bei der Beschlußfassung über das Budget geprüft werden muß, ob nicht Neufestsetzungen von Steuern, Abgaben und Entgelten erforderlich sind. Gestützt auf diese Bestimmung, wird man dann Wassergebühren, Mietzinse in den Gemeindebauten, Pflegegebühren usw. erhöhen. Das ist einer der Hauptgründe, warum wir nur mit größten Bedenken dieser Vorlage unsere Zustimmung geben können.

Bei der Unterstützungsfrage wird der Antrag nicht genügend unterstützt und steht daher nicht zur Verhandlung.

Abg. Dr. Schmidt (FPÖ) stellt sich ebenso wie sein Klubkollege auf den Standpunkt, daß eine Bestimmung eindeutig im Widerspruch zur Bundesverfassung steht. Nach dieser Bestimmung gehört zukünftig der Bürgermeister dem Stadtsenat nicht mehr an. Da aber in Wien der Stadtsenat auch die Landesregierung bildet, gehört der Bürgermeister als Landeshauptmann auch der Wiener Landesregierung nicht mehr an. Das steht eindeutig gegen die Bundesverfassung. Es sollte bedacht werden, welche Blamage es für einen Landtag und Gemeinderat bedeutet, wenn etwa die Bundesregierung innerhalb der gesetzlichen Einspruchsfrist gegen dieses so beschlossene Gesetz Einspruch erheben würde.

Abg. Dr. Macher (ÖVP) befaßt sich mit einer Bestimmung, die durch diese Vorlage aufgehoben werden soll. Sie besagt, daß ein Mitglied des Gemeinderates seines Amtes verlustig werden soll, wenn es aus der Partei ausscheidet, auf deren Liste es gewählt wurde. Diese Bestimmung, sagt er, kann nur schlecht ihre parteipolitische Herkunft verleugnen. Sie steht außerdem im Widerspruch zur Bundesverfassung und zur Gelöbnisformel nach der Landesverfassung. Das Prinzip des "freien Mandats" besagt, daß der Mandatar bei der Ausübung seines Amtes an keinen Auftrag gebunden ist. Das freie Mandat wurzelt in der Vorstellung, daß der Abgeordnete ausschließlich Repräsentant des Volkes ist, und zwar auch dann, wenn er auf einer Parteiliste gewählt worden ist. Das freie Mandat ist vor beinahe 200 Jahren von Montesquieu klassisch formuliert worden. Es ist überraschend, daß trotzdem im Jahre 1920 wiederum eine Beschränkung dieses Prinzips in die Verfassung der Stadt Wien hineinschlüpfen konnte und damit sozusagen die Parteilinie zur Verfassungsbestimmung der Stadt Wien erhoben wurde. Eine Parteilinie ist aber durchaus nicht immer eine gerade. Der Fall ist nicht nur denkbar, sondern in der Geschichte der Zweiten Republik auch schon eingetreten, daß es zur Streitfrage wurde, ob ein Mandatar von der Parteilinie abwich, oder vielleicht die Parteilinie die Gerade aufgab, die andererseits der Mandatar, seinem Gewissen folgend, und den Treuepflichten der Republik gehorchend, einhielt. Dadurch, daß die Mitglieder des Landtages eine solche undemokratische Bestimmung in die neue Verfassung nicht aufnehmen lassen, widerlegen sie im vorhinein jeden Verdacht, sich als Parteienvertreter statt als Repräsentanten aller Bewohner dieser Stadt anzusehen. (Beifall bei der ÖVP.)

Abg. Dr. Ebert (ÖVP) sprach ganz allgemein über die grundsätzliche Bedeutung gemeinwirtschaftlicher Unternehmungen in ihrem Verhältnis zur Privatwirtschaft. Er setzte sich dabei für ein weises Subsidiaritäts-Prinzip ein, demzufolge die öffentliche Hand nur dann wirtschaftlich tätig werden soll, wenn das private Unternehmertum dazu nicht ausreichend in der Lage ist. Andere Landesverfassungen enthalten diesbezügliche Bestimmungen, die Wiener Stadtverfassung nicht. Es sei aber zu hoffen, daß die Praxis der Stadtverwaltung in ihrer wirtschaftlichen Aktivität von weiser Mäßigung geleitet werde.

Auch Abg. Lanc (SPÖ) machte die Städtischen Unternehmungen zum Gegenstand seines Debattenbeitrages. Er erinnerte daran, daß die verfassungsrechtliche Grundlage für gemeinwirtschaftliche Unternehmungen in dem Artikel 116, Absatz 2, des Bundesverfassungsgesetzes gegeben ist. Auch die Unterstellung solcher Betriebe unter den Magistrat wird durch den Artikel 117, Absatz 6, gedeckt. Die notwendige Elastizität und Selbständigkeit der Unternehmungen wird durch diese Unterstellung nicht eingeschränkt. Der neue Paragraph 73 der Stadtverfassung erhöht die Unabhängigkeit der Unternehmungen sogar durch verschiedene Bestimmungen. Der Paragraph enthält auch einige neue Dinge. So etwa wird ein Wirtschaftsziel angegeben und der Grundsatz festgelegt, daß die Betriebe nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu führen sind. Dies bedeutet, daß politisch motivierte Unternehmungen, vor denen in der Debatte wiederholt gewarnt wurde, gar nicht möglich sind. Der Absatz 3 schließlich legt einen Regelfall für die Einnahmenstruktur der Unternehmungen fest und bestimmt, daß die Tarife jährlich zu überprüfen sind. Dies aber nicht im Sinne einer schrankenlosen Tarifpolitik. Denn die Absicht ist in keinem Fall Gewinnmaximierung, sondern eher ein vernünftiges Kostendeckungsprinzip. Die Auflage, die Tarife jährlich zu überprüfen, zwingt den Wiener Gemeinderat, immer neu zu überlegen, ob die geltende Tarifstruktur den wirtschaftlichen Gegebenheiten noch angemessen ist. Dies ist ein Akt der Aufrichtigkeit und Ehrlichkeit gegenüber der Bevölkerung und bremst andererseits eine schrankenlose Tarif-Demagogie, wie sie von den Oppositionsparteien manchmal betrieben wird.

Der Redner stellt fest, daß sich seine Fraktion zu der vorliegenden Fassung der Bestimmungen über die Unternehmungen unserer Stadt bekennt. Die verfassungsrechtlichen Grundlagen für die kommunale Wirtschaftstätigkeit finden sich im Artikel 116 Absatz 2 des Bundesverfassungsgesetzes. Es wird auch die Rechtsfähigkeit der Gemeinden auf diesem Gebiet unterstrichen. Diese Feststellung bringt aber an sich nichts Neues. Die Rechtsfähigkeit war auch schon vor dem Jahr 1962 anerkannt. Die dargestellten Rechte der Gemeinden, bezüglich Erwerb von Vermögen, Führung von Wirtschaftsunternehmungen etc. unterliegen nur einer selbstverständlichen verfassungsrechtlichen Schranke: Die Rechte der Gemeinde auf dem in Rede stehenden Gebiet dürfen nur innerhalb der Schranken der allgemeinen Bundes- und Landesgesetze ausgeübt werden. Das heißt, daß die Gemeinde wie jeder andere an die Gesetze gebunden ist. Zum Schutz der Gemeinde folgert aber daraus, daß Vorschriften zu ihren Ungunsten verfassungsmäßig unzulässig sind und ein diesbezügliches Gesetz aufzuheben wäre.

Abschließend appelliert der Redner, auf dem Boden der Verfassung zu bleiben, die Gemeindeautonomie nicht selber einzuschränken und nicht die Einführung von Bestimmungen zu verlangen, die die Rechte der Gemeinden einschränken würden. "Laßt andere Verfassungskriege führen, du glückliches Wien bleibe mit der Verfassung vermählt". (Beifall)

Abg. Dr. Bauer (ÖVP) verweist einleitend auf einen der bedeutendsten österreichischen Juristen, den Schöpfer unserer Bundesverfassung Dr. Kelsen, der in seinem grandiosen Werk "Vom Wesen und Wert der Demokratie" den Parlamentarismus das notwendige Kompromiß zwischen der primitivierenden Idee der politischen Freiheit und dem Prinzip differenzierender Arbeitsteilung nannte. Begreift man eine demokratische Verfassung institutionell als eine Technik zur Verwirklichung der menschlichen Freiheit, wird man ihr etwa anhaftende Mängel nicht der Demokratie selbst anrechnen dürfen. In einer Zeit, in der innenpolitisch eine kritische Lage herrscht, scheint es notwendig, auf Überlegungen des großen Griechen Platon hin-

zuweisen, der unter Demokratie jenen nicht unerfreulichen Zustand bezeichnet, in dem das Volk in brüderlicher Gesinnung freiwillig die Gesetze über sich herrschen läßt.

Der Redner kommt sodann auf die Arbeit in den Bezirken zu sprechen und stellt fest, daß man dort noch verwalten kann, während Stadt und Staat regiert werden müssen. In einem Bezirk spürt man da und dort noch die Existenz der früheren dörflichen Gemeinschaften. Es ist daher erfreulich, daß die Verfassung der Bundeshauptstadt die Tätigkeit der Bezirksvertretungen regelt, die eine wesentliche Aufgabe zur Vermenschlichung der Administration haben. Wesentlich erscheint in der Gesetzesvorlage der Passus, der klar die Stellung des Bezirksvorstehers und seines Stellvertreters beschreibt und regelt, wer die Vertretung des Bezirksvorstehers bei dessen vorübergehender zeitlicher Verhinderung zu übernehmen hat. Anerkennung und Dank gebühre den Bezirksvorstehern, ihren Stellvertretern und den Bezirksräten Wiens, die sich oft in außerordentlich schwierigen Situationen bemühen, die Interessen einer geordneten Verwaltung und die berechtigten Wünsche der Bevölkerung in Einklang zu bringen. Augenscheinverhandlungen, Erhebungen, verschiedene Stellungnahmen für den Magistrat, Ehrung von Jubilaren und Hochzeitspaaren und der ganze oft rechtzeitraubende und eine große innere Belastung darstellende Parteienverkehr, erfordern nicht nur Sachkenntnis, sondern auch großes Einfühlungsvermögen und vor allem Zeit. Der Bezirksvorsteher ist manchmal so etwas wie der Vater seines Bezirkes, der die Sorgen und Nöte des Bezirkes am besten kennt. Deshalb sollten die Positionen des Bezirksvorstehers und der Bezirksvertretung eine gewisse Aufwertung erfahren. So manche von der Bevölkerung kritisierte Aufgraberei könnte mit später notwendigen Arbeiten koordiniert werden, wenn man die Bezirksvorsteher zu Rate zöge. Auch budgetmäßig könnte manches einfacher und besser gemacht werden, wenn man vor den Perlustrierungen die Bezirksvorsteher wenigstens anhören würde.

Sollen in einem Gemein ~~den~~ Menschen mit verschiedenen Meinungen in Frieden zusammenleben, muß es zu Kompromissen kommen, die für alle tragbar sind. Eine Institution, die zur Schaffung von Kompromissen geradezu prädestiniert ist, scheint die Bezirksvertretung zu sein, denn dort kann noch immer gesprochen und gehandelt werden, wenn anderswo schon verbittert geschwiegen wird.

Aus all den Gründen können wir froh sein, daß die Bezirksvertretungen in der Verfassung unserer Stadt verankert sind. Ihr Funktionieren hängt freilich nicht von den Buchstaben der Verfassung ab, sondern von der inneren Einstellung jener, die in sie berufen werden. Der Respekt seiner Fraktion wird jenen sicher sein, stellt Abgeordneter Dr. Bauer abschließend fest, die in den Bezirksvertretungen einen Hort der Selbstbescheidenheit, des Dienstes am Mitmenschen und der Toleranz erblicken. Die Abgeordneten der Volkspartei werden dem vorliegenden Entwurf zustimmen.

Abg. Binder (SPÖ) spricht ebenfalls zu den Bezirksvertretungen und betont, daß die mühselige Kleinarbeit der Bezirksfunktionäre oft nicht genügend gewürdigt wird. Es besteht auch die Gefahr, daß immer weniger junge Menschen da sind, die Bezirksrat sein können, weil ihnen der Beruf nicht genug Zeit läßt. Als problematisch empfindet der Redner die Bestimmung, daß der Bezirksvorsteher vom Stellvertreter vertreten wird, der der anderen Partei angehört. Hier sei man bis an die Grenze der Toleranz herangegangen. Abg. Binder gibt auch zu bedenken, daß die Zahl der Bezirksräte mit 30 in jedem Bezirk gleich ist, egal wie groß der Bezirk ist, wieviel Einwohner er hat, wie groß seine Fläche, wie verschieden seine Struktur ist.

Schließlich fordert er den Landtag auf, bei dieser Gelegenheit den Bezirksräten Dank und Anerkennung auszusprechen. (Allgemeiner Beifall.)

Stadtrat Sigmund hebt in seinem Schlußwort hervor, daß jeder Debattenredner von seinem Standpunkt aus mit bestem Wissen und Gewissen zu der Gesetzesvorlage Stellung genommen hat. Er möchte daher den Vorschlag machen: schauen wir uns in Ruhe die Anregungen der Debattenredner an, nehmen wir sie in den Ausschuß und überlegen wir uns, was man dann ändern kann oder nicht ändern kann.

Abschließend dankt der Referent nochmals den Debattenrednern für ihre Sachlichkeit und bittet um Zustimmung zu dem Gesetzentwurf.

Bei der Abstimmung wird das Gesetz in erster und zweiter Lesung mit den Stimmen der SPÖ, ÖVP und KLS angenommen. ./.

Landtagspräsident Dr. Stemmer dankt ebenfalls den Abgeordneten für die sachliche Behandlung und dem Magistratsdirektor, den übrigen Beamten und den Unterhändlern für die geleistete Vorarbeit.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

- - -

Bürgermeister Marek dankt Bezirksvorsteher Opfermann
=====

29. Oktober (RK) Wir berichteten bereits gestern von der Amtseinführung eines neuen Vorstehers im 19. Bezirk, der dem bisherigen Bezirksvorsteher Franz Opfermann nachfolgt. Bezirksvorsteher Opfermann, der im 65. Lebensjahr steht, ist zurückgetreten, weil ihn sein Gesundheitszustand zu diesem Schritt zwingt. Bürgermeister Marek richtete an Franz Opfermann ein Schreiben, in dem er sein Bedauern über den Rücktritt zum Ausdruck bringt. In dem Brief heißt es unter anderem:

"Beim Ausscheiden aus Deinem Amte kannst Du mit berechtigtem Stolz auf die Leistungen zurückblicken, die Du Deiner Heimatstadt erbracht hast. In der schweren Zeit unmittelbar nach dem Ende des zweiten Weltkrieges hast Du als Bezirksrat mitgeholfen, eine gut funktionierende Verwaltung aufzubauen. Im August 1960 wurdest Du dann Bezirksvorsteher, und Deihem Wirken ist es zu danken, daß der 19. Wiener Gemeindebezirk sich in den letzten Jahren so günstig entwickelt hat. Ich lege großen Wert darauf, Dir bei der Beendigung Deiner Funktion als Bezirksvorsteher meinen Dank und meine Anerkennung für Deine wertvolle Mitarbeit auszusprechen."

- - -

125 neuangestellte Lehrer an Schulen der Stadt Wien
=====

29. Oktober (RK) Stadtschulratspräsident Dr. Max Neugebauer überreichte heute an 20 Junglehrer und 85 Junglehrerinnen das Anstellungsdekret, durch welches sie in den Schuldienst der Stadt Wien berufen werden. Er wies in seiner Ansprache auf die Schulfreundlichkeit der Wiener Stadtverwaltung hin, durch die es nunmehr wieder möglich geworden ist, eine größere Anzahl von Lehrerinnen und Lehrern einzustellen. Am 1. September wurden, um den dringendsten Bedarf zu decken, bereits 11 Lehrerinnen und 9 Lehrer in den Schuldienst aufgenommen, sodaß nunmehr 125 neuangestellte Lehrer den Wiener Schulen zur Verfügung stehen. Präsident Dr. Neugebauer konnte darauf hinweisen, daß im Wiener Schulwesen für den klaglosen und erfolgreichen Dienst an der Schuljugend alles vorgesorgt worden ist und er appellierte an die neuen Lehrpersonen, sich ihrer Berufsfreude und ihren Idealismus zu bewahren, sich weiterhin gut fortzubilden und ihr Herz den Kindern zu schenken. Die Lehrpersonen leisteten sodann das Dienstgelöbnis in die Hand des Präsidenten. Sie werden schon heute und morgen in den zugewiesenen Schulen ihren Dienst antreten.

- - -

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes)

Sitzung des Wiener Gemeinderates

=====

29. Oktober (RK) Unter dem Vorsitz vom Bürgermeister Bruno Marek trat der Wiener Gemeinderat im Anschluß an den Landtag zu einer Sitzung zusammen. Es lag je eine Anfrage der ÖVP und der KLS vor. Ferner wurden von der FPÖ zwei Anträge eingebracht, und zwar betreffend Subvention an den Allgemeinen Turnverein zur Durchführung des Kinderturnens und Kinderschwimmens, und betreffend Erschließung einiger Randgebiete des 13. Bezirkes.

Dkfm. Dr. Maria Schaumayer - Amtsführender Stadtrat für die
Städtischen Unternehmungen

Durch das Ableben des Gemeinderates Josef Bauer war die Stelle eines Gemeinderatsmitgliedes im 1. Bezirk freigeworden. Bürgermeister Marek teilte mit, daß er Dr. Hannes Krasser (ÖVP) berufen habe. Der neue Gemeinderat leistete das Gelöbnis.

Anstelle des verstorbenen Stadtrates Dr. Hans Wollinger wurde von der ÖVP die Gemeinderätin Dkfm. Dr. Maria Schaumayer zum Stadtrat vorgeschlagen. Sie wurde mit den Stimmen von ÖVP und SPÖ zum Stadtrat gewählt. Stadtrat Dr. Schaumayer leistete das Gelöbnis.

Bürgermeister Marek unterbrach hierauf die Sitzung für kurze Zeit. Währenddessen traten die Mitglieder des Stadtsenates zu einer Sitzung zusammen, um gemäß der Verfassung den Vorschlag für die Wahl des Amtsführenden Stadtrates der Verwaltungsgruppe XII zu beschließen. Nach Wiederaufnahme der Sitzung wurde Stadtrat Dr. Maria Schaumayer ebenfalls mit den Stimmen von ÖVP und SPÖ zum Amtsführenden Stadtrat der Verwaltungsgruppe XII, Städtische Unternehmungen, gewählt.

Schließlich wurde eine Reihe weiterer formeller Wahlen vorgenommen. Anstelle des verstorbenen Gemeinderates Bauer wurde Gemeinderat Kabesch (ÖVP) zum Schriftführer und Gemeinderat Steinweis (ÖVP) zum Mitglied des Gemeinderatsausschusses V (Gesundheitswesen) gewählt. Gemeinderat Dr. Krasser wurde anstelle von Stadtrat Dr. Schaumayer zum Mitglied des Gemeinderatsausschusses XII gewählt.

Gemeinde Wien kauft weitere 2.500 Montagebau-Wohnungen

Den ersten Verhandlungsgegenstand bildet der Antrag, mit der Firma Montagebau Wien-Ges.mbH. aus Anlaß der Kapazitätsausweitung dieses Unternehmens einen Vertrag auf Lieferung von weiteren 2.500 schlüsselfertigen Wohnungen nach dem Camus-Verfahren abzuschließen.

In seinem Referat beleuchtete Stadtrat Heller (SPÖ) die bisherigen Erfahrungen mit der Montagebauweise. Wie er ausführt, sind die schlüsselfertig gelieferten Wohnungen qualitativ mustergültig. Der Bau dieser Montagebauwohnungen ist von der Witterung unabhängig, was ein kontinuierliches Bauen, also auch im Winter, gestattet, und eine Einschränkung des Arbeitsaufwandes ermöglicht. Die Wohnungen haben eine zum Teil bessere Ausstattung als die in traditioneller Bauweise errichteten, die Wohnungen liegen nicht nur für Wiener Verhältnisse, sondern auch international gesehen, an der Spitze des sozialen Wohnhausbaues. Ganz besonders günstig sind sie in wärmetechnischer Hinsicht und hinsichtlich des Schallschutzes. Auch in preislicher Hinsicht haben sie sich als sehr günstig erwiesen und auch die übrige Preisentwicklung günstig beeinflußt.

Die Montagebaugesellschaft hat nun dem Stadtbauamt angeboten, ihre Kapazität zu erweitern und mehr Wohnungen für die Gemeinde Wien zu bauen. Sie hat angeboten, in den nächsten fünf Jahren 2.500 Wohnungen zusätzlich zu liefern und dabei auch einen Preisnachlaß von einem halben Prozent zu gewähren. Es wird nun beantragt, den Magistrat zu ermächtigen, mit der Firma Montagebau Wien Ges.mbH. aus Anlaß der Kapazitätserweiterung dieses Unternehmens einen Vertrag über die Lieferung von weiteren 2.500 schlüsselfertigen Wohnungen nach dem Camus-Verfahren abzuschließen.

In der Debatte gibt Gemeinderat Lauscher (KLS) seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß sich die Montagebauweise bestens bewährt hat und die Montagebauwohnungen größeren Anforderungen entsprechen. Er begrüßt es auch, daß die Montagebaugesellschaft einen neuen Auftrag erhalten soll und Wohnungen mit neuen Grundrissen geplant sind. Darüber hinaus wäre sogar eine noch größere Ausweitung der Montagebauweise und die Errichtung nicht nur einer neuen Fabrik, sondern mehrerer Fabriken notwendig.

Er sei jedoch auf das Höchste erstaunt, so fährt Gemeinderat Lauscher fort, daß die ÖVP den vorliegenden Antrag abgelehnt hat. Dies gehe zumindest aus einem Interview hervor, das Vizebürgermeister Dr. Drimmel dem "Volksblatt" am 16. Oktober gegeben hat. Darin heiße es unter dem Titel "Attacke gegen private Bauwirtschaft", daß die Erweiterung der Montagebaugesellschaft unnötig sei und man die Errichtung von Montagebauwohnungen im Süden Wiens zurückstellen solle, um der Privatwirtschaft gleiche Startbedingungen zu geben. Die Konkurrenzfähigkeit, so meint die ÖVP, dürfe nicht eingeschränkt werden.

Auch er, GR. Lauscher, sei der Ansicht, daß alle Möglichkeiten ausgenützt werden sollten, wenn entsprechende Offerte der privaten Baufirmen vorhanden seien. Er sehe jedoch darin keinen wie immer gearteten Gegensatz zur Erweiterung der Montagebaufabrik der Gemeinde Wien. Die ÖVP wolle verhindern, daß die wirtschaftliche Tätigkeit der Gemeinde Wien erweitert wird, weil sie eine Beschränkung der Privatwirtschaft befürchtet. Sie sehe darin einen Weg zur "kalten Sozialisierung". Die Befürchtungen der ÖVP seien jedoch völlig grundlos. Im Interesse der Bevölkerung werde die KLS-Fraktion dem Antrag zustimmen.

GR. Dr. Schmidt (FPÖ) bezeichnet das Experiment der Errichtung von Montagebauwohnungen als gelungen. Es sei schneller und billiger gebaut worden. Die Einsparungen hätten rund 14.000 Schilling pro Wohnung betragen.

Der Redner zeigt sich jedoch darüber äußerst bestürzt, daß neue Grundrißpläne für die künftigen Wohnungen vorgesehen sind. Wie nämlich aus diesen Plänen hervorgehe, soll zum Beispiel die künftige Drei-Raum-Wohnung mit 79 Quadratmetern um insgesamt neun Quadratmeter kleiner sein, als die bisherige Wohnung des gleichen Typs.

Abschließend stellt GR. Dr. Schmidt fest, daß die Montagebau-Gesellschaft natürlich keine Monopolstellung haben dürfe, sondern auch private Baufirmen mit gleichen oder ähnlichen Methoden der Fertigteilbauweise zum Wohnungsbau herangezogen werden sollten, damit sich ein echter Wettbewerb entwickelt. Die FPÖ-Fraktion werde den Antrag annehmen.

GR. Dr. Ebert (ÖVP) stellt in seinem Debattenbeitrag einleitend fest, daß seine Fraktion immer für einen maximalen und bestmöglichen Wohnungsbau eingetreten sei. Die österreichische Bauwirtschaft könne ihre Kapazität noch steigern. Das Montagebauverfahren ist ein wertvoller Faktor des österreichischen Wohnungsbaus geworden. Das System hat sich im großen und ganzen bewährt und die seinerzeitige Kritik an seinen "Kinderkrankheiten" hat dazu geführt, daß gewisse Mängel beseitigt wurden. Die entscheidende Frage ist jedoch, ob die heute zur Debatte stehenden 2.500 Montagebauwohnungen von dem bestehenden nördlichen Werk errichtet werden sollen. Dann haben sie die volle Zustimmung der ÖVP. Soll der Beschluß jedoch schon ein Vorgriff auf ein südliches Montagebauwerk sein, haben wir dagegen erhebliche wirtschaftliche Einwände. In Wien haben auch andere Firmen die Möglichkeit, Montagebauzentren zu errichten, wenn man ihnen dieselben Bedingungen einräumt, wie der Montagebau Kagran. Man müßte also aus der Privatwirtschaft Offerte einholen, unter genauer Angabe der Anzahl der in Auftrag zu gebenden Wohnungen beziehungsweise des zur Verfügung stehenden Bauplatzes. Nur dann sind echte Vergleiche hinsichtlich des Preises und der Bauzeiten möglich. (Zwischenruf Vizebürgermeister Slavik: "Das wäre eine schöne 'Arbeitsteilung' - die eine Firma soll forschen, die andere den Gewinn einstecken!") Sie wollen doch nicht eine Monopolstellung für die Wiener Montagebau-Ges.m.b.H.? (Zwischenruf Vizebürgermeister Slavik: "Das ist doch völlig falsch! Wir haben jahrelang die Privatwirtschaft gebeten, diese Aufgabe zu übernehmen. Sie hat es aber stets abgelehnt!") Man muß sich fragen, wann das war und die heutigen Begebenheiten berücksichtigen. Wie hoch sind die für das System Camus bezahlten Lizenzgebühren? Auch einheimische Firmen haben schon Gelder für Forschungsarbeiten investiert und man sollte ihnen die Möglichkeit geben, ihre Resultate auszuwerten. Auch im Montagebauverfahren gibt es ständig Fortschritte, und es ist die Frage, ob das Verfahren der Stadt Wien heute noch das billigste und beste ist. Man kann diese Frage nicht beantworten, solange echte Vergleichsmöglichkeiten fehlen.

Wenn nun im Süden ein zweites Montagebauwerk gebaut wird, kostet das Zeit und Geld, die vielleicht gespart werden könnten, wenn bestehende Unternehmen dieselbe Anzahl von Wohnungen besser und billiger aufstellen könnten. Es wird daher ein Abänderungsantrag eingebracht, demzufolge eine öffentliche Ausschreibung mit ausreichenden Planunterlagen zur Errichtung von Wohnungen in Fertigteilbauweise durchzuführen wäre.

GR. Laš (SPÖ) betonte, daß der Gemeinderat heute nur darüber zu beschließen hat, ob weitere 2.500 Wohnungen im Montagebauverfahren errichtet werden sollen oder nicht. Hier kann nicht darüber entschieden werden, ob diese Wohnungen von dem bestehenden Werk oder von einem neuen gebaut werden sollen. Das muß dem Unternehmen selbst überlassen werden, das in einem System der freien Wirtschaft seine Entscheidungen nach der jeweiligen Marktsituation treffen muß. Die Montagebau-Ges.mBH ist kein reiner Gemeindebetrieb, da auch zwei private Firmen daran beteiligt sind. (Zwischenrufe bei der ÖVP.) Die ÖVP hätte gegen sie sicher nichts einzuwenden, wenn sie dort die Mehrheit hätte. Schließlich sind zu Luegers Zeiten ganz andere städtische Unternehmungen gegründet worden!

1961 hat der Wiener Gemeinderat einstimmig beschlossen, die Montagebaufabrik zu errichten. Nun kann man das Unternehmen nicht daran hindern, sich nach wirtschaftlichen Wachstumsgesetzen zu entfalten. Man muß auch bedenken, daß bei herkömmlichen Baumethoden die Bauzeiten durchschnittlich 24 Monate betragen, aber sich auch bis zu vier Jahren ausdehnen können. Im Montagebau betragen die Bauzeiten sieben bis neun Monate. Auch leistet das Werk einen Beitrag zur Linderung der Winterarbeitslosigkeit. Denn hier wird kein einziger Arbeiter im Winter abgebaut. Exakte Preisvergleiche haben ergeben, daß die Montagebau um 600 Schilling pro Quadratmeter Wohnfläche billiger baut. Der Einsatz modernster Maschinen garantiert Maßgenauigkeit und Qualität. Ich habe in ganz Europa Montagebauwohnungen und Montagebaufabriken besichtigt und kann hier feststellen, daß die Wiener Fertigteilwohnungen die beste Qualität in ganz Europa darstellen.

Der Bedarf an Wohnungen in Wien ist nach wie vor gigantisch. 63,9 Prozent aller Wohnungen in Wien sind vor 1919 erbaut worden. Das erklärt den enormen qualitativen Wohnungsfehlbestand in unserer Stadt. Eine gewisse Erleichterung ist durch die Montagebauweise bereits erreicht worden. Wurden in Wien bisher jährlich rund 10.200 bis 10.900 Wohnungen errichtet, waren es 1964 bereits 12.354. Die Gemeinde Wien hat nicht nur einmal an die Bauwirtschaft das Ersuchen gerichtet, Montagebaufabriken zu errichten. Eine einzige Firma wollte diesem Ersuchen nachkommen, konnte dann jedoch mit ihren eigenen Problemen nicht fertig werden. Es ist der "Montagebau" zu verdanken, daß nun endlich auch andere Firmen diese Methode anwenden wollen. Es wäre zu begrüßen, wenn es dazu käme, denn man braucht auch auf diesem Sektor eine gesunde Konkurrenz. Es hängt von der Montagebauart ab, ob man nur auf großen Flächen bauen kann, oder ob sie auch für eine Lückenverbauung in Frage kommt. Es gibt bereits Methoden, die ohne weiters die Errichtung auch von nur 50 Wohnungen an einer Stelle ermöglichen.

Als selbstverständlich bezeichnet es der Redner, daß die Gemeinde Wien sich rückversichern muß, wenn sie im großen Ausmaß Wohnungen bestellt. Sie kann schließlich mit den Steuergeldern der Allgemeinheit nicht leichtfertig umgehen. Mit der Frage der Errichtung von Montagebauwohnungen eng verbunden ist die Frage der Assanierung und der Baugrundbeschaffung. Die Ausdehnung der Stadt an den Stadtrand führt zur Entvölkerung der inneren Bezirke. Ein Assanierungs- und Bodenbeschaffungsgesetz wird daher unbedingt notwendig sein, ohne daß man dabei an eine Sozialisierung denken muß. Die Bauwirtschaft ist doch letzten Endes der Impuls für die Erhaltung der Vollbeschäftigung und man muß daher alles für ihre ausreichende Beschäftigung und Erhaltung tun. Die Errichtung der Montagebau-Gesellschaft wird der Bauwirtschaft weitere Impulse geben und mit dazu beitragen, ausreichenden und guten Wohnraum zur Verfügung zu stellen.

Stadtrat Heller gibt seiner Freude darüber Ausdruck, daß sich sämtliche Diskussionsredner grundsätzlich für eine Ausweitung der Montagebautätigkeit in Wien und damit für den sozialen Wohnungsbau ausgesprochen haben. Bekanntlich war das in diesem Hause nicht immer der Fall. Die einzige Kritik war die Sorge um eine eventuelle Monopolstellung der Montagebau Wien-Ges.mBH. Der Stadtrat hofft,

daß es gelingen wird, diese Sorge zu beseitigen. Als bedauerlich bezeichnet er es, daß als Vertreter der Volkspartei keiner der sachkundigen Herren des Gemeinderatsausschusses VI Stellung genommen hat, sondern ein anderer Vertreter der Volkspartei, der die Behauptung aufstellte, er hätte nie eine klare Antwort auf seine Fragen bekommen. Stadtrat Heller erwidert darauf, daß er nicht wisse, an wen die Fragen gerichtet wurden, denn im Gemeinderatsausschuß VI wurde jede Frage sehr klar beantwortet.

Der Stadtrat kommt dann auf die Bemühungen der Stadtverwaltung zu sprechen, private Unternehmungen für die Montagebauweise zu interessieren. Es haben Kontaktgespräche stattgefunden, es waren Informationsreisen in verschiedene Länder vorgesehen und ähnliches. Von den Unternehmungen wurde mitgeteilt, daß bereits diesbezügliche Gespräche im Gange sind. Allerdings kam nie ein konkretes Ergebnis zustande. Anscheinend hat man nur versucht, die Errichtung von weiteren Montagebaufabriken zu verhindern oder wenigstens zu verzögern. Das war auch der Grund, warum sich die Gemeinde Wien dann mit zwei großen privaten Unternehmungen zusammengetan und die Montagebaugesellschaft gegründet hat. Die Gemeinde Wien hat sich zur Abnahme von jährlich 1.500 Wohnungen verpflichtet. Wenn die Firma mehr bauen kann, kann sie diese an Private absetzen. Stadtrat Heller stellt fest, daß seine Sorge nicht dahin geht, daß wir zuviel Montagebauwohnungen bekommen könnten, sondern daß wir eines Tages nicht genügend großflächiges Bauland zur Verfügung haben könnten. Er appelliert, alles zu unternehmen, daß wir möglichst bald zu einem vernünftigen Bodenbeschaffungs- und vielleicht auch Assanierungsgesetz kommen.

Es wurde so dargestellt, als ob die Montagebaufirmen nur darauf warten, von uns einen Auftrag zu erhalten. Bis vor kurzem bestanden in Wien nur zwei derartige Firmen. Eine ist seit vielen Jahren vollbeschäftigt und hat sich trotz Aufforderung an keiner Ausschreibung der Stadtverwaltung beteiligt. Die zweite Firma hat Bauaufträge erhalten. Die Bauten stehen knapp vor der Fertigstellung und soviel man bisher feststellen konnte, sind die Bauten tadellos ausgeführt.

Der einvernehmlich festgelegte Preis war erträglich. Vor wenigen Stunden wurde jedoch bekannt, daß die Firma einer Wohnbaugenossenschaft ein Anbot erstellt hat, das weit über dem seinerzeitigen Preis liegt. Der Stadtrat spricht daher die Befürchtung aus, daß wir eines Tages auch bei den Montagebauwohnungen wieder zu einem Lizitieren der Preise kommen.

Stadtrat Heller schilderte dann weiter, daß mit einer Firma vereinbart wurde, möglichst bald ein konkretes Angebot für den Bau von 200 Wohnungen zu stellen. Es ist jedoch nichts geschehen. Daraufhin wurde brieflich urgiert und die Antwort kam **such** prompt, daß die Unterlagen in Kürze eintreffen werden. Sie sind bis heute immer noch nicht eingelangt. Man wird verstehen, daß wir daher etwas besorgt sind. Wenn wir aber wirkliche konkrete Angebote bekommen, dann werden wir auch die Kapazität dieser Unternehmungen genauso in Anspruch nehmen wie die der anderen Firmen.

Was die Wohnungsgrößen betrifft, so ist es richtig, daß Grundrisse und Anordnungen variiert werden sollen. Es wird jedoch Gelegenheit bei den einzelnen Anträgen sein, darüber zu debattieren. Wir sollten uns aber auch die Frage vorlegen: wer sich die großen Wohnungen überhaupt noch leisten kann.

Zum Schluß betont der Referent, daß das Bau- und das Baunebengewerbe und die Arbeiter und Angestellten in der großen Mehrzahl ausgezeichnet im Dienst der Stadtverwaltung arbeiten. Es wäre richtig und zweckmäßig, wenn der Gemeinderat bei dieser Gelegenheit den Unternehmungen, ihren Arbeitern und Angestellten den Dank des Gemeinderates ausspricht. (Allgemeiner Beifall.)

Bei der Abstimmung wird der Abänderungsantrag der OVP mit den Stimmen von SPÖ, FPÖ und KLS abgelehnt. Der Antrag des Referenten wird einstimmig angenommen.

Vorentwurf für unterirdische Straßenbahn

GR. Dkfm. Hintschig (SPÖ) referiert einen Antrag auf Erstellung eines Vorentwurfes der unterirdischen Straßenbahnführung in der Wiedner Hauptstraße im Bereiche zwischen Kriehbergasse und Paulanergasse einschließlich der Haltestellen Johann Strauß-Gasse und Waaggasse. Die Kosten für den Entwurf betragen 315.000 Schilling.

Das vorliegende Projekt ist ein Teil der Fortsetzung der Tieflegung der Straßenbahn Matzleinsdorfer Platz-Wiedner Hauptstraße und soll die Verkehrsflächen für den Individualverkehr weitgehend freimachen.

GR. Neusser (ÖVP) stellt fest, daß der vorliegende Akt im vergangenen Monat ohne Begründung von der Tagesordnung des Gemeinderates abgesetzt worden ist. Heute scheint er wieder auf. Am 1. Oktober habe er, Gemeinderat Neusser, die Erklärung für die Absetzung gefunden: die "Arbeiter-Zeitung" berichtete an diesem Tag, daß von Stadtrat Heller der Öffentlichkeit ein Generalverkehrsplan vorgelegt worden sei. Dies sei augenscheinlich eine Flucht nach vorne. Endlich habe sich die SPÖ zu einer modernen Lösung der Verkehrsprobleme durchgerungen und ihr bisheriges "Njet" aufgegeben.

Hoffentlich gehe es dem vorliegenden Projekt nicht so wie dem Projekt Karlsplatz, über das bis jetzt noch immer kein endgültiger Bescheid dem Gemeinderat vorliegt, obwohl es schon 1961 in der Gemeinderätlichen Planungskommission erörtert wurde. Hier zeigt sich das Fehlen eines wirklichen Generalverkehrsplanes besonders deutlich.

Stadtrat Heller behaupte immer wieder, es gebe einen Generalverkehrsplan. (Zwischenruf Stadtrat Heller: für den Individualverkehr!) Dieser Plan scheint aber so geheim zu sein, daß nicht einmal der Bürgermeister etwas davon weiß.

In der Sendereihe "Wiener Probleme" von Radio Wien am 3. Oktober 1965 diskutierte der Wiener Bürgermeister mit dem Stadtbaudirektor und einem leitenden Rundfunkangestellten über die Verkehrsplanung der Gemeinde Wien, wobei der Bürgermeister unter anderem wörtlich feststellte: "Der Wiener Gemeinderat hat Ende 1961 den Generalverkehrsplan für den Individualverkehr, also für den Kraftfahrzeugverkehr, beschlossen." Auf die anschließende Frage, welche Pläne für den Massenverkehr erstellt wurden, antwortete der Bürgermeister: "Um diesen Verkehrsplan zu erstellen, waren umfangreiche und intensive Vorstudien notwendig. Sie sind jetzt abgeschlossen, sodaß sich die Gemeinderätliche Stadtplanungskommission und der Gemeinderat bereits in den nächsten Monaten mit dem umfangreichen Plan für den Massenverkehr befassen können."

Wenn wir nun einen Generalplan für den Individualverkehr haben und an einem Generalplan für den Massenverkehr arbeiten, wo ist dann der Generalverkehrsplan? Denn unter einem Generalverkehrsplan verstehen wir etwas ganz anderes. Die ÖVP stellt sich unter einem Generalverkehrsplan vor, daß die wechselseitigen Wirkungen des Individual- und des Massenverkehrs koordiniert, daß die verschiedenen Verkehrsebenen aufeinander abgestimmt werden, daß aber auch die Auswirkungen auf die Struktur der Stadt und auf die Wirtschaft berücksichtigt werden und daß schließlich auch für die Zukunft vorgesorgt wird. Um endlich wegen des Generalverkehrsplanes klär sehen zu können, habe ich mir erlaubt, eine Anfrage an den Herrn Bürgermeister zu richten.

Als Mandatar des 4. Bezirks wirft der Redner die Frage auf, ob die Arbeiten wie bei der Zweierlinie und am Gürtel durchgeführt werden sollen oder ob an eine bergmännische Durchführung mit Schildvortrieb gedacht ist. Wir konnten feststellen, sagt er, daß der Vorteil, den die beiden Systeme einer offenen Baugrube aufweisen, hauptsächlich finanzieller Natur ist, allerdings nur auf das Bauvorhaben allein bezogen. Man bedenke nur, wie lange die Lastenstraße schon gesperrt ist und welche unangenehme Folgen dies auf den Verkehr ausübt. Dabei bieten sich aber im Zuge der Lastenstraße fast ideal zu nennende Umleitungen an. Bei der Wiedner Hauptstraße gibt es keine Parallelstraßen, welche den Umleitungsverkehr aufnehmen könnten. Dazu kommt, daß man die Wirtschaftstreibenden dieser Hauptgeschäftsstraße nicht auf Jahre in ihrer Existenzgrundlage einschränken kann. Man muß auch berücksichtigen, wie unangenehm die Auswirkungen solch einer Riesenbaustelle auf die Bewohner der umliegenden Häuser sind. Es muß ferner die Frage aufgeworfen werden, ob wir kostbaren und unersetzlichen Baumbestand einfach dem Verkehr opfern wollen, nur weil es bequemer und billiger erscheint. Es ist zu hoffen, daß eine diesbezügliche Petition der Wiener Bevölkerung Berücksichtigung und wohlwollende Unterstützung des Bürgermeisters erfährt.

./.

Die Notwendigkeit einer leistungsfähigen zweiten Verkehrsebene für den Massenverkehr, die Notwendigkeit einer U-Bahn ist nun doch eigentlich unbestritten. Es muß aber daran erinnert werden, daß die ÖVP-Fraktion bereits im Frühjahr 1951 einen Antrag zum Bau einer U-Bahn eingebracht hat. Im Dezember 1953 wurde wieder ein solcher Antrag gestellt und immer wieder wurde auf die Notwendigkeit dieser Verkehrslösung hingewiesen. "Spät kommt Ihr, doch Ihr kommt!", kann man nur sagen. Zuviel wurde bisher versäumt und hinausgezögert, und es wird großer Anstrengungen bedürfen, das Versäumte nachzuholen. Daher nochmals die Forderung nach einem Generalverkehrsplan! Wir brauchen ein Gesamtkonzept, nach welcher Rangfolge die einzelnen Ausbaustufen in Angriff genommen werden sollen, dann werden auch Fehlplanungen und Fehlinvestitionen vermieden werden können.

GR. Maller (KLS) erinnert daran, daß seine Fraktion im Juni eine dringliche Anfrage eingebracht hat, und erklärt gegenüber seinem Vorredner: Es geht nicht an, in einer demokratischen Institution auf der einen Seite gegen eine dringliche Anfrage zu stimmen und sich dann auf der anderen Seite dieser Materialien und Argumente zu bedienen. (Heiterkeit.)

Berichterstatter GR. Dkfm. Hintschig faßt aus der Diskussion zusammen, daß dieses Problem nicht auf einmal aus der Welt geschafft werden kann und daß jedes einzelne Teilstück sehr genau geplant werden muß. Jedenfalls sind die Untersuchungen zu einem Plan für den Massen- und Individualverkehr schon sehr weit gediehen, es müssen aber noch Koordinierungsgespräche mit den Bundesbahnen geführt werden. Selbstverständlich wird bei der Durchführung des Projekts Wiedner Hauptstraße auf die Wünsche der Bevölkerung Rücksicht genommen werden, so gut dies solch ein Bauvorhaben zuläßt.

Die von GR. Neusser eingebrachte Anfrage wird auf schriftlichem Wege beantwortet werden. Der Referenten-Antrag wird einstimmig angenommen.

./.

Gemeindekredite für Instandhaltung von Privathäusern um 100 Millionen erhöht

Hierauf referiert Vizebürgermeister Slavik über die Erhöhung des Gesamtbetrages für die Gewährung zinsfreier Darlehen zur Instandhaltung von privaten Wohnhäusern und für die Herstellung von Kanälen um 100 Millionen auf 1,4 Milliarden Schilling.

GR. Lauscher (KLS) erklärt, es besteht kein Zweifel, daß diese Kreditaktion für tausende Mieter eine finanzielle Erleichterung bedeutet. Leider ist aber nicht zu bestreiten, daß die Hausherren durch den Paragraph 7 des Mietengesetzes auf Kosten der Mieter unverdienter- und ungerechterweise eine Aufwertung ihres Besitzes erzwingen können. Daneben betreiben die Hausherren sehr ergiebige Geschäfte mit freiwerdenden Wohnungen. Die Wohnungsnot besonders junger Eheleute wird von diesen Kreisen trotz des seinerzeitigen Appells der Wiener Volkspartei skrupellos ausgenutzt. So überrascht es niemanden, daß es die Hausherren entschieden ablehnen, den Gemeinden wieder das Recht zu übertragen, über unbenützte Wohnungen im Interesse der Wohnungsbesitzer zu verfügen, und daß sie sich auch mit allen Mitteln gegen die Schaffung eines zentralen Reparaturausgleichsfonds sträuben. Ein Sinn für Gerechtigkeit und Menschlichkeit kann offensichtlich von dieser Seite nicht erwartet werden. Wir wollen hoffen, daß die Sozialistische Partei die Interessen der wohnungsuchenden Mieter konsequent vertreten wird und sich nicht auf faule Kompromisse einläßt.

Wenn ein Zwischenruf von der "Volksfront" gefallen ist, dann kann man nur darauf hinweisen, welche Rolle die Volksfront in den Jahren des drohenden Faschismus gespielt hat. Heute liegen die Verhältnisse anders. Wir sollten aber nicht übersehen, daß in Westdeutschland der Imperialismus und Militarismus wiedererstandenen ist und daß sich der rechte Flügel der Volkspartei an diese Kräfte anlehnt und glaubt, auch in Österreich ein System des autoritären Regierens durchsetzen zu können. (GR. Leinkauf, ÖVP: Die militärischen Übungen in Thüringen sind Pazifismus?) Es ist zu hoffen, daß die kommenden Wahlen der Volkspartei den entsprechenden Riegel gegen diese Pläne vorschoben werden.

GR. Windisch (SPÖ) erinnerte an die Meinungsverschiedenheiten in Sachen der Wohnbauförderung auf Bundesebene. ./.

Ein Antrag der Sozialisten auf verstärkte Wohnbauförderung durch den Bund ist unerledigt geblieben, während sich die ÖVP-Fraktion im Gemeinderat gegen einen Vertrag mit der Montagebau-Ges.mBH. zur Lieferung von 2.500 Wohnungen wehrt. Offenbar bestehen da gewisse Zusammenhänge. Im Wiener Gemeinderat betont die ÖVP immer ihr Verständnis für das Wohnungsproblem. Eine solche Haltung müßten ihre Parteifreunde auch auf der Bundesebene unter Beweis stellen. Die Wiener ÖVP soll endlich durchsetzen, daß ihre Parteifreunde im Parlament der Schaffung eines Reparatur-Ausgleichsfonds zustimmen und die Wohnbauförderung nicht länger blockieren.

Auch Vizebürgermeister Slavik betonte in seinem Schlußwort, daß eine gesamtösterreichische Lösung des Wohnungsproblem es sehr wünschenswert wäre. In Wien wird durch die zur Debatte stehende Maßnahme wertvolle Hilfe für viele Familien geleistet. Bisher wurden für diese Kreditaktion 1.300 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt, von denen 1.100 Millionen bereits vergeben und 200 Millionen noch vorhanden sind. 870 Millionen Schilling sind noch ausständig. Mit diesen Geldern wurden 3.826 Häuser instandgesetzt und 1.752 Kanalanschlüsse hergestellt. Da ein Haus im Durchschnitt zwölf Familien beherbergt, ist durch diese Kreditaktion nicht weniger als rund 46.000 Haushalten wesentlich geholfen worden. Bei der darauffolgenden Abstimmung wurde der Antrag einstimmig angenommen.

Neue städtische Zentralwäscherei

Gemeinderat Käthe Jonas (SPÖ) referiert einen Antrag auf Errichtung einer neuen städtischen Zentralwäscherei, in der Steinbruchstraße im 14. Bezirk - das ist in der Nähe der Müllverbrennungsanlage am Flötzersteig - und Genehmigung der dafür erforderlichen Mittel in Höhe von mehr als 102 Millionen Schilling. Davon wurden in den Jahren 1961 bis 1964 1,520.000 S für Planungs- und Vorbereitungsarbeiten ausgegeben. Für 1965 ist eine Baurate von vier Millionen Schilling zu genehmigen.

In der Debatte bemängelt GR. Peter (FPÖ), daß die Vorbereitungsarbeiten dreieinhalb Jahre in Anspruch genommen haben, was beim heutigen Stand der Technik nicht notwendig wäre. Er begrüßte den geplanten Neubau und seine in Aussicht genommene moderne Einrichtung. Er stellte jedoch die Frage, ob die veranschlagten Baukosten realistisch seien und gehalten werden könnten. Es sei zu begrüßen, daß die Zentralwäscherei von der Müllverbrennungsanlage mit Wärmeenergie versorgt werden soll, da hier namentlich im Sommer Energie unausgenützt bleibt. Schließlich stellte GR. Peter die Frage, wie lange es bis zur Inbetriebnahme der Zentralwäscherei dauern werde.

Die Berichterstatterin begründete in ihrem Schlußwort die Vorbereitungszeit von dreieinhalb Jahren damit, daß der Baugrund nur teilweise im Besitz der Stadt Wien war, es sich um ein Schrebergartengebiet gehandelt hat und die Freimachung sowie die Kaufverhandlungen sich sehr schwierig und langwierig gestaltet haben. Die Planung selber richtete sich nach den modernsten Erkenntnissen. In zwei Studienreisen wurden die modernsten Wäschereien Europas besichtigt. Auf jeden Fall bedeute eine gründlich Planung Einsparungen an der Bauzeit. Mit dem Bau werde noch heuer begonnen und die fertige Anlage wird die gewaltige Kapazität von 440.000 Kilo Reinwäsche pro Monat aufzuweisen haben.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Achte Subventionsliste dieses Jahres

Vizebürgermeister Slavik (SPÖ) legt dem Gemeinderat anschließend die achte Subventionsliste des Jahres 1965 vor, die Subventionen seitens der Gemeinde Wien im Gesamtbetrag von 1.081.500 Schilling für sieben verschiedene Institutionen vorsieht, darunter eine Subvention in Höhe von 500.000 Schilling für das Wiener Institut für Entwicklungsfragen.

GR. Dr. Schmidt (FPÖ) verlangt in der Debatte, daß über die Subvention für das Institut für Entwicklungsfragen getrennt abgestimmt wird, da die FPÖ-Fraktion der Meinung sei, daß eine so hohe Summe nicht einer bürokratischen Institution, sondern lieber direkt der Entwicklungshilfe zugute kommen sollte.

Diesem Institut wurde bereits voriges Jahr von der Gemeinde Wien eine Subvention in der gleichen Höhe gewährt. Was mit diesen Mitteln bisher geschehen ist, hat man niemals bekanntgegeben. Für dieses Institut sei im übrigen das Außenministerium zuständig, also sei es Sache des Bundes, die notwendigen Mittel bereitzustellen. In welcher Höhe subventioniere eigentlich der Bund das Institut für Entwicklungsfragen?

Im Schlußwort stellt Vizebürgermeister Slavik fest, daß die Tätigkeit des Wiener Instituts für Entwicklungsfragen, das schon mehrere Veranstaltungen durchgeführt hat, von großer wirtschaftlicher Bedeutung für unser Land sei. Das Institut veranstaltet Diskussionen und Ausstellungsreihen auch im Ausland, so daß der Name Österreich immer wieder genannt wird. Für Österreich ist es außerordentlich wichtig, in den Entwicklungsländern bekannt zu werden. Gegenwärtig plane das Institut die Durchführung eines Symposions "Afrika und Asien im Dokumentarfilm"; ferner soll eine Ausstellung über Entwicklungsfragen eingerichtet werden, die von Wien aus in alle Landeshauptstädte und auch ins Ausland gehen soll.

Die Subventionen für dieses Institut dürfen nicht im Zusammenhang mit der Hilfe für die Entwicklungsländer gesehen werden. Dafür sind viel größere Beträge notwendig. Im übrigen werde das Institut von der UNO unterstützt und der Bund zahle etwa das Doppelte von dem, was die Gemeinde Wien an Subventionen beisteuert.

Vizebürgermeister Slavik schließt sich sodann dem Wunsch auf getrennte Abstimmung an, um, wie er sagt, der FPÖ Gelegenheit zu geben, dagegen zu stimmen.

Bei der Abstimmung wird der Antrag bezüglich der Subventionen für die übrigen Institutionen einstimmig, bezüglich des Instituts für Entwicklungsfragen mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und KLS angenommen.

(Ende des Sitzungsberichtes)

- - -

Christliche Jugendführer im Wiener Rathaus

=====

29. Oktober (RK) Über Einladung des Internationalen Referates der Österreichischen Jugendbewegung findet derzeit die erste Konferenz der Christlich-Demokratischen und Konservativen Jugendorganisationen Europas in Wien statt. Vizebürgermeister Dr. Drimmel empfing die Teilnehmer dieser Konferenz, unter denen sich Delegierte aus zehn europäischen Ländern befinden, heute nachmittag im Wiener Rathaus. Er gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß diese Tagung in Wien stattfindet und daß sie sich das Thema gestellt hat: "Die europäische Zusammenarbeit und das Problem der Entwicklungsländer". Vizebürgermeister Dr. Drimmel führte aus, daß Wien ein besonders geeigneter Boden zur Behandlung dieses Fragenkomplexes sei. Denn hier im Herzen Europas gelte notwendigerweise ein universeller Europa-Begriff. Gerade für die Entwicklungsländer wäre eine partielle Schau vom Wesen und Begriff Europas besonders gefährlich.

- - -

Empfang im Festsaal des Rathauses

=====

29. Oktober (RK) Im Festsaal des Rathauses fand heute abend ein Empfang der Stadt Wien für die ausländischen Mitglieder des "Internationalen Forum-Studentenclub" statt, bei dem Stadtrat Pfoch in Vertretung des Bürgermeisters die Gäste willkommen hieß. Seitens des Stadtsenates nahmen an dem Empfang auch die Stadträte Heller und Dr. Maria Schaumayer teil. Das "Internationale Forum", das gegenwärtig im Rahmen einer großen Veranstaltung die Öffentlichkeit auf seine Tätigkeit aufmerksam macht, befaßt sich mit der Betreuung ausländischer fremdsprachiger Studenten in Wien. Von den 500 Studenten, die an dem Empfang teilnahmen, kommen die meisten aus den Entwicklungsländern, ferner aus Griechenland, Israel, Kolumbien, Japan, Indien, der Türkei, Schweden und Dänemark.

- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TUR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Samstag, 30. Oktober 1965

Blatt 2876

Die Radiorede des Bürgermeisters

=====

30. Oktober (RK) In der Sendereihe "Wiener Probleme" von Radio Wien diskutieren morgen Sonntag, den 31. Oktober, um 19.45 Uhr im Ersten Programm Bürgermeister Bruno Marek, Marktamtsdirektor Dr. Gustav Beier und der Leiter des Rundfunkressorts "Politik und Wirtschaft", Dr. Wolfgang Gerle, über die Wiener Märkte und die Tätigkeit des Marktantes der Stadt Wien.

- - -

Gesperrt bis Sonntag, 31. Oktober, 20 Uhr!

Bürgermeister Bruno Marek:

Wer auf Märkten einkauft, spart Zeit und Geld!

=====

Ein Rundfunkgespräch über die Wiener Märkte und das städtische Marktamt

30. Oktober (RK) In der Sendereihe "Wiener Probleme" von Radio Wien am Sonntag, den 31. Oktober, diskutierten Bürgermeister Bruno Marek, Marktamtsdirektor Dr. Gustav Beier und Dr. Wolfgang Gerle vom Österreichischen Rundfunk über die Wiener Märkte und die Tätigkeit des Marktantes der Stadt Wien.

Dr. Gerle: Das Jahr 1965 ist reich an Jubiläen verschiedenster Art. Von Geburtstag der Alma mater bis zum 10. Jahrestag des Abzuges der Besatzungsmächte reiht sich ein Kranz von Gedenktagen. Auch die Stadt Wien feiert - neben zahlreichen anderen Jubiläen - in diesen Wochen einen besonderen Gedenktag. Zwar kann sich der Jubilar, dessen hundertsten Geburtstag wir jetzt begehen, keines-

./.

wegs mit den vorhin erwähnten prominenten Jubilaren messen, aber er ist dennoch für den überwiegenden Teil der Wiener Bevölkerung von größter Bedeutung und aus dem täglichen Leben überhaupt nicht mehr wegzudenken. Kurz gesagt: unsere Großmarkthalle wird dieser Tage hundert Jahre alt. Aus diesem Anlaß beschäftigt sich in heutigen Gespräch Bürgermeister Bruno Marek mit der jubilierenden Großmarkthalle und den dazugehörenden Einrichtungen sowie auch mit den Marktamt der Stadt Wien, dessen Leiter, Marktamtsdirektor Dr. Gustav Beier, dem Herrn Bürgermeister - wenn ich so sagen darf - assistieren wird. Herr Bürgermeister, Märkte gibt es, seit der Mensch Handel treibt; Markthallen sind aber eine relativ junge Einrichtung ...?

Bgm. Marek: Verglichen mit anderen kommerziellen Einrichtungen sind die Markthallen in ihren heutigen Formen wirklich noch relativ jung. Als Vorläufer können die Loggien in Italien und die Kaufhäuser mit angeschlossenen Schranken in Deutschland gelten. Die in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts in Frankreich und England errichteten Bauten nahm sich dann die Stadt Wien zum Vorbild für ihre Großmarkthalle, die im Oktober 1865 feierlich eröffnet wurde.

Dr. Gerle: Was bezweckten damals mit dieser Großmarkthalle beziehungsweise Zentralmarkthalle?

Bgm. Marek: Man wollte durch einen Zentralmarkt eine ausreichende und billige Lebensmittelversorgung der Wiener Bevölkerung erreichen. Und das ist ja auch in großen und ganzen gelungen; selbst heute noch wirkt die Großmarkthalle durchaus preisregulierend.

Dr. Gerle: Den Bauwerk selbst merkt man aber doch schon sein - wenn auch jugendliches - Alter an.

Bgm. Marek: Natürlich, aber das darf man keinesfalls so verstehen, als wäre die Großmarkthalle nicht mehr voll funktionsfähig. Sie ist nach wie vor für die Lebensmittelversorgung unserer Stadt von entscheidender Bedeutung. Ich glaube, Herr Marktamtsdirektor Dr. Beier kann uns diesbezüglich einige interessante Zahlen nennen.

Marktamtsdirektor Dr. Beier: Gerne, Herr Bürgermeister. Die Bedeutung der Großmarkthalle ist am besten aus der Anlieferung des

Jahres 1964 zu ersehen. Die Gesantanlieferung betrug rund 45.000 Tonnen Fleisch, davon fast 23.000 Tonnen Schweinefleisch, 11.000 Tonnen Rindfleisch und 7.000 Tonnen Kalbfleisch.

Dr. Gerle: Und das ist etwa der Jahresverbrauch der Bevölkerung der Stadt Wien?

Dr. Beier: Nein, nur knapp die Hälfte.

Dr. Gerle: Aber die Großmarkthalle ist doch voll ausgelastet?

Dr. Beier: Im wesentlichen ja. Die Verantwortlichen tragen sich aber schon seit einiger Zeit mit den Gedanken, den in der Großmarkthalle untergebrachten Fleischgroßmarkt abzusiedeln. Wir glauben nämlich, daß er funktionsmäßig in die unmittelbare Nähe der Schlachthanlagen gehört, wo auch die Kühlanlagen besser und wirtschaftlicher ausgenützt werden können.

Dr. Gerle: Dadurch würde auch das Transportproblem gelöst werden; die vielen Fahrten zwischen den Schlachthäusern in St. Marx und der Großmarkthalle beim Hauptzollamt könnten unterbleiben.

Dr. Beier: Sehr richtig, aber gänzlich wird sich das Verkehrsproblem beim Hauptzollamt dadurch leider nicht bereinigen lassen, denn die Detailmarkthalle für Viktualien und der Fleischkleinmarkt bleiben bestehen.

Bgn. Marek: Abgesehen davon ist die Gegend um das Hauptzollamt sozusagen Schnittpunkt vieler Verkehrslinien, so daß sicher auch in Zukunft mit lebhaftem Verkehr zu rechnen ist. Ich kann also den Anrainern und den dort Beschäftigten leider nicht versprechen, daß sie in den kommenden Jahren nach Absiedelung der Großmarkthalle, leichter einen Parkplatz finden werden.

Dr. Gerle: Ähnliche Probleme gibt es ja auch rings um den Naschmarkt!

Bgn. Marek: Ja, leider. Als er 1916 auf der Wienflußwölbung errichtet wurde, war er nur als Provisorium gedacht. Aber wie das hierzulande so ist, halten sich Provisorien oft erstaunlich lange. Nun, meiner Meinung nach und auch nach Meinung der Fachleute ist es höchste Zeit, nunmehr auch einen modernen und leistungsfähigen Obst- und Gemüsegroßmarkt zu errichten.

Dr. Gerle: Mit anderen Worten: auch der Naschmarkt ist bereits zu klein geworden. ./.

Dr. Beier: Sehr richtig. Für die Versorgung der Bevölkerung ist er aber äußerst wichtig. Allein im Jahr 1964 wurden dort 46.000 Tonnen Obst, 41.000 Tonnen Gemüse und 19.000 Tonnen Kartoffeln verkauft. Aber dennoch ist der Naschmarkt, wie der Herr Bürgermeister schon sagte, nur ein Provisorium. Es fehlt ihm ein direkter Bahnanschluß und es mangelt an Parkplätzen für den Zubringer- und Abholverkehr.

Bgn. Marek: Die Bewohner der Gegend rings um den Naschmarkt leiden schon seit Jahren unter der durch Kraftfahrzeuge aller Größen verursachten Verstopfung der Straßen, vor allem aber leiden sie - besonders in der Nacht - unter dem Lärm, denn die Zulieferung erfolgt ja überwiegend in den Nachtstunden. Ich glaube, auch aus diesen Grund müssen wir die Verlegung des Naschmarktes bald in Angriff nehmen.

Dr. Gerle: Herr Bürgermeister, braucht man nicht auch das Gebiet des Naschmarktes für eine zur Westautobahn führende Schnellstraße?

Bgn. Marek: Ja, wir beschäftigen uns mit entsprechenden Plänen, über die zu sprechen aber noch verfrüht ist.

Dr. Gerle: Aber wo der neue Naschmarkt hinkommen wird, können Sie uns schon sagen.

Bgn. Marek: Auch das kann ich Ihnen nicht sagen, denn die Prüfung aller für die Errichtung eines Obst- und Gemüsemarktes überhaupt in Betracht kommenden Areale auf ihre Eignung ist noch nicht abgeschlossen. Der Herr Marktantsdirektor wird Ihnen sicher gerne sagen, was bei diesen Prüfungen alles berücksichtigt werden muß.

Dr. Beier: Neben dem bereits erwähnten Bahnanschluß müssen günstige Verkehrsverbindungen für die Anlieferung und Abholung der Ware bestehen. Ebenso ist es auch notwendig, daß der Großmarkt außerhalb des dichter verbauten Gebietes errichtet wird, um den Schwerlastverkehr - ein großer Teil der Anlieferungen erfolgt per Achse - gar nicht erst in die Stadt gelangen zu lassen. Vor allem muß aber genügend Platz vorhanden sein, damit der Markt, falls es in Zukunft notwendig sein sollte, erweitert werden kann.

Dr. Gerle: Das alles wird aber viel Geld kosten.

./.

Bgm. Marek: Sehr viel Geld, und deshalb wird auch sehr sorgfältig geplant und sehr genau gerechnet, denn die Kosten, für die die Wiener Bevölkerung, sei es in Form von Steuer-geldern oder beim Einkauf von Obst und Gemüse, wird aufkommen müssen, sollen ja möglichst niedrig und der Betrieb des Marktes soll möglichst wirtschaftlich sein.

Dr. Gerle: Hat in diesem Zusammenhang nicht eine Tages-zeitung von einem Planungsskandal geschrieben?

Bgm. Marek: Ja, und das ist, meiner Meinung nach, ausgesprochen gehässig und zeigt von wenig Einsicht. Wir können ~~doch~~ nicht den nächstbesten Vorschlag aufgreifen und ver-wirklichen. Wie schon der Herr Marktantsdirektor gesagt hat, muß sehr viel berücksichtigt werden, will man nicht Gefahr laufen, etwas zu machen, das auch wieder nur knapp 50 Jahre Be-stand hat.

Dr. Gerle: Herr Marktantsdirektor Dr. Beier, manche Leute meinen, der Markt, wie wir ihn heute kennen, sei nicht mehr zeitgemäß.

Dr. Beier: Dieser Ansicht kann ich mich nicht anschließen, denn unserer Erfahrung nach werden die Märkte von den Hausfrauen sehr geschätzt. Auf den Märkten liegt praktisch das gesamte Warenangebot zur Besichtigung auf und jedermann kann, ohne ein Geschäft betreten zu müssen, aus einer Vielzahl von Angeboten sorgfältig auswählen, Preise und Qualitäten vergleichen und sich dann für das ihm am günstigsten erscheinende Angebot ent-schließen.

Bgm. Marek: Meiner Meinung nach bevorzugen die Hausfrauen auch deshalb die Märkte, weil sie dort auf verhältnismäßig kleinen Raum die meisten der gängigen Waren angeboten bekommen und sie nicht von Geschäft zu Geschäft, von Straße zu Straße gehen müssen, um Preis- und Qualitätsvergleiche anstellen zu können. Wer auf Märkten einkauft, spart Zeit und meistens auch Geld.

Dr. Gerle: Auf manchen Märkten bieten auch die Produzenten ihre Ware direkt, also unter Ausschluß eines Zwischenhändlers an, Sie können daher die Ware frischer und billiger verkaufen. Herr Marktantsdirektor, ich nehme an, auch diese Verkäufer unterliegen einer ständigen Kontrolle.

Dr. Beier: Natürlich. Die Organe des Marktantes wachen ständig auf allen Märkten darüber, daß nur einwandfreie Ware ./.

feilgehalten und verkauft wird. Selbstverständlich kontrollieren wir auch in der Großmarkthalle, ebenso auf dem Naschmarkt und auch sonst überall, wo Lebensmittel angeboten werden.

Dr. Gerle: Einer strengen Kontrolle unterliegen natürlich auch der Zentralviehmarkt in St. Marx und die städtischen Schlachthanlagen?

Dr. Beier: Das ist selbstverständlich. In St. Marx werden jährlich rund 500.000 Schweine und 90.000 Rinder verkauft und geschlachtet. Hier erfolgt eine besonders sorgfältige Überwachung durch die Amtstierärzte.

Bgn. Marek: Aber die Organe des Marktantes kontrollieren nicht nur, sie beraten auch. Ich denke daran, daß die Marktantsbeurten geprüfte Pilzkenner sind, die nicht nur überprüfen, ob die angelieferten Pilze genießbar sind, sondern sie beraten auch den Privatmann, der sich seine Pilze selbst aus dem Wald geholt hat.

Dr. Gerle: Herr Marktantsdirektor, wieviel Märkte gibt es denn in Wien?

Dr. Beier: Vierunddreißig. Sie werden von Marktamt, einer Abteilung des Wiener Magistrates, verwaltet, und zwar unter oberster Leitung und Verantwortung des Herrn Bürgermeisters. Als Landeshauptmann ist der Bürgermeister der Stadt Wien für die Genehmigung der Marktordnung und der Markttarife zuständig.

Dr. Gerle: Herr Bürgermeister, der Aufgabenbereich des Marktantes erschöpft sich doch nicht nur in der Marktverwaltung?

Bgn. Marek: Keineswegs. Besonders ausgebildete und besidete Fachbeante überwachen die Einhaltung der lebensmittelgesetzlichen Bestimmungen und schützen damit die Bevölkerung vor gesundheitlichen und wirtschaftlichen Schädigungen.

Dr. Beier: Der Überwachung unterliegen aber nicht nur Nahrungs- und Genußmittel, sondern auch kosmetische Mittel, Spielwaren, Bekleidungsgegenstände, EB- und Trinkgeschirr, ja sogar Farben zur Zimmernalerei und der Verkehr mit Petroleum.

Dr. Gerle: Ich nehme an, die Kontrolle der Lebensmittel beginnt bereits beim Erzeuger und bei den Rohstoffen?

Dr. Beier: Das ist richtig, denn wir wollen verhindern, daß beanstandete Waren überhaupt in den Verkehr gelangen. Wir kontrollieren regelmäßig fast 17.000 Kleinhandelsbetriebe und

fast 1.500 Lebensmittelgroßbetriebe der verschiedensten Art. In vergangenen Jahr wurden über 26.000 Proben abgenommen. Vor allen wurden Milch, Speisefette und Speiseöle sowie Fleisch und Fleischwaren überprüft und in unseren Laboratorium beziehungsweise von der Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung begutachtet.

Dr. Gerle: Herr Bürgermeister, es gibt doch eine Einrichtung, die in Volksmund "Wurstparlament" genannt wird ...

Bgn. Marek: Richtig, und das ist eine sehr populäre Kommission. Unter Beiziehung von Vertretern der zuständigen Interessenvertretungen finden nämlich regelmäßig kommissionelle Begutachtungen von Brot, Wein und auch von Aurst statt. Die - wenn ich so sagen darf - Aurstkommission ist offenbar die bekannteste.

Dr. Gerle: Welche besonderen Aufgaben haben denn diese Kommissionen, Herr Marktantsdirektor?

Dr. Beier: Bei diesen Begutachtungen soll in erster Linie ein allgemeiner Überblick über Qualität und Preis der betreffenden Waren gewonnen werden. Auf die Erzeuger oder Händler der nicht oder der weniger entsprechenden Waren wird durch Ermahnungen und Belehrungen eingewirkt.

Dr. Gerle: Herr Bürgermeister, der Herr Marktantsdirektor erwähnte oben den Preis der Waren. Kann das Marktamt die Preise beeinflussen?

Bgn. Marek: Leider nein, denn es sind nur mehr einige wenige Waren an entlich festgesetzte Höchstpreise gebunden. Alle anderen Sachgüter des täglichen Bedarfes unterliegen allein den Preistreiberengesetz. Für diese Waren darf nur der ortsübliche Preis verlangt werden; ihn festzustellen ist keine leichte Aufgabe. Nur bei erheblicher Überschreitung dieser ortsüblichen Preise kann die Anzeige erstattet werden. Wohl aber wird die ordnungsgemäße Preisauszeichnung streng überwacht. Ich glaube aber, selbst wenn das Marktamt auf diesen Gebiet nicht so eingreifen kann, wie dies die meisten Hausfrauen gerne hätten, so ist doch seine Tätigkeit für uns alle von größter Bedeutung. Denken wir darüber einmal genau nach! So zum Beispiel, wenn es kontrolliert, ob die im öffentlichen Verkehr verwendeten Waagen, Gewichte und Meßgeräte den gesetzlichen Bestimmungen entsprechend geeicht beziehungsweise

nachgeacht sind. Wir sprachen heute über die Märkte und über das Marktamt der Stadt Wien. Das Thema wird möglicherweise die Damen mehr als die Herren interessiert haben; dennoch glaube ich, daß es wichtig war, auch einmal darüber zu sprechen. Denn wir alle brauchen die Märkte, und wir brauchen auch das Marktamt, das überwacht und überprüft und dafür sorgt, daß uns stets qualitativ einwandfreie und preisgünstige Lebensmittel zur Verfügung stehen.

- - -

Robert Ettenreich zum Gedenken

=====

30. Oktober (RK) Am 1. November wäre der Pionier der österreichischen Radiotechnik Prof. Dr. Robert Ettenreich 75 Jahre alt geworden.

Er wurde in Wien geboren, wo er an der Universität Physik studierte. Bereits als Assistent beschäftigte er sich vor allem mit der Elektrotechnik und unternahm die ersten Versuche auf dem Gebiet der drahtlosen Telegraphie. Während des ersten Weltkrieges richtete er auf dem Col Santo eine Feldradiostation ein und konstruierte dafür eigene Antennen. Experimente mit neuen Vakuumröhren und den damals neuen Hochfrequenzverstärkern folgten. Nach Kriegsende kehrte Ettenreich an die Wiener Universität zurück und habilitierte sich 1922, fünf Jahre später auch an der Technischen Hochschule. Er trat in die Firma Schrack ein, die die ersten Radioapparate in Österreich baute. Eine bahnbrechende Erfindung glückte ihm mit der Verwendung des Quarzkristalls als Detektor. Andere wichtige Patente schlossen sich an. Seit 1920 war Ettenreich auch als Leiter der radiotechnischen Versuchsanstalt an Technologischen Gewerbemuseum tätig, wo 1924 die ersten Radiosendungen in Österreich ausgestrahlt wurden. Trotz seiner Beschäftigung in der Industrie war Ettenreich in seinem akademischen Wirkungskreis weiterhin erfolgreich tätig. Er betätigte sich als glänzender Vortragender und veröffentlichte wissenschaftliche Arbeiten, vor allem über elektrische Wellen und Elektronenröhren. Nach Kriegsende etablierte er sich als selbständiger Patentanwalt und erwarb sich internationalen Ruf. Am 7. Jänner 1951 ist er gestorben.

- - -

Infektionskrankheiten im September

=====

30. Oktober (RK) Das Gesundheitsamt der Stadt Wien bringt in seinen Tätigkeitsbericht über den Monat September folgende Zahlen über die in Wien aufgetretenen anzeigepflichtigen Infektionskrankheiten: infektiöse Leberentzündung 107 (4 Todesfälle), Scharlach 162, Keuchhusten 49, Ruhr 6, Typhus 4, Paratyphus 3 Fälle. Keine Erkrankungsfälle gab es bei Diphtherie und Kinderlähmung.

Bei einer Gesamtzahl von 6.480 Besuchern betrug die Zahl der Neuuntersuchten in den Tbc-Fürsorgestellen 1.908. In 79 Fällen wurde eine aktive Tuberkulose festgestellt. In den Tbc-Fürsorgestellen wurden insgesamt 3.325 Röntgendurchleuchtungen, 584 Röntgenaufnahmen und 1.817 Hausbesuche gemacht.

Die Parteienfrequenz in der Beratungsstelle für Geschlechtskranke betrug 3.802. Von 579 im Wochendurchschnitt untersuchten Kontrollprostituierten war 12, von 123 untersuchten Geheimprostituierten 19 venerisch infiziert. Aus ganz Wien wurden 146 Fälle frischer venerischer Erkrankungen gemeldet.

In den 53 Mutterberatungsstellen wurden an 331 Beratungstagen 8.758 ärztliche Beratungen durchgeführt. In 7 Schwangerenberatungsstellen der Gemeinde Wien wurden im Berichtsmonat 608 Frauen untersucht, davon erstmalig 229. Bei 67 Frauen wurden krankhafte Befunde erhoben, welche zu einer Störung der Schwangerschaft führen können.

In den Wiener Schulen wurden 13.907 Kinder untersucht, in den Kindergärten 797 und in der Augenärztlichen Zentrale 712.

In Rahmen der systematischen Schulzahnpflege wurden in den Schulzahnkliniken 17.071 Kinder untersucht und 5.688 Kinder behandelt. An der Fluortabletten-Aktion nahmen 14.344 Kinder teil.

In den beiden Beratungsstellen der Fürsorge für Alkohol- kranke wurden in 27 Gruppentherapiestunden 244 Patienten behandelt. Insgesamt wurden von dieser Stelle 2.523 Personen betreut.

In Krebsreferat sind im Berichtsmonat 338 Personen, davon 124 Männer, untersucht worden. Dabei wurden 12 geschwulstverdächtige Befunde erhoben und 241 Personen wegen anderer Erkrankungen ihren behandelnden Ärzten zugewiesen. Davon waren 9 Erkrankungen, die erfahrungsgemäß unbehandelt in ein Krebsleiden übergehen können.

In der Sportärztlichen Untersuchungsstelle wurden 70 Sportler untersucht.

- - -

Ehrenring der Stadt Wien für Univ.-Prof. Antoine
=====

30. Oktober (RK) Der Wiener Gemeinderat hat gestern einstimmig beschlossen, dem Vorstand der I. Frauenklinik der Universität Wien, o.Univ.-Prof. Dr. Tassilo Antoine, in Würdigung seiner außerordentlichen Leistungen auf dem Gebiete der Medizin anlässlich der Vollendung seines 70. Lebensjahres den Ehrenring der Stadt Wien zu verleihen. Der Zeitpunkt der feierlichen Überreichung durch Bürgermeister Bruno Marek wird noch bekanntgegeben.

- - -

Entfallende Sprechstunden
=====

30. Oktober (RK) Die Ehe- und Familienberatungsstelle des Wohlfahrtsamtes der Stadt Wien, 1, Gonzagagasse 23, hält Dienstag, den 2. November, keine Beratungsstunden ab.

- - -

Zum Jubiläum der Technischen Hochschule:

Straßennamen nach Professoren

=====

30. Oktober (RK) Der Kulturausschuß hat beschlossen, die Verlängerung jenes Teilstückes der Amaranthgasse im 10. Bezirk, das sich bereits im Zuge der Heinkelergasse befindet, in diese Verkehrsfläche einzubeziehen.

In gleichen Bezirk erhielten fünf Gassen, die durch Neubauten nördlich der Per Albin Hansson-Siedlung entstanden sind, amtliche Bezeichnungen. Hiefür wurden unter Berücksichtigung des diesjährigen Jubiläums der Wiener Technischen Hochschule ausschließlich Professorennamen gewählt, die sich um dieses Institut besondere wissenschaftliche Verdienste erworben haben.

So erinnert nunmehr die Saligergasse an den Professor der Technischen Hochschule Rudolf Saliger, der von 1873 bis 1958 lebte und als Pionier des Eisenbetonbaues gilt. Saliger übernahm 1908 die neugeschaffene Lehrkanzel für Baumechanik, Eisenhochbau und Eisenbetonbau und wirkte 1924/25 als Rektor magnificus.

Der benachbarte Holeyplatz verewigt das Andenken des Architekten und Donbaumeisters zu St. Stephan Karl Holey, der von 1879 bis 1955 lebte und ebenfalls an der Technischen Hochschule gelehrt hat. Er wurde 1925 zum Ordinarius für Baukunst, Entwerfen und Bauaufnahmen ernannt und war in den Folgejahren zweimal Rektor. 1947 übernahm er die Präsidentschaft des Vereins für Denkmalpflege in Wien. Holey, der auch an Ausgrabungen der Österreichischen Akademie der Wissenschaften in Ägypten teilgenommen hat, wurde 1937 Donbaumeister zu St. Stephan und leitete ab 1945 den Wiederaufbau des Salzburger Domes. Holey baute Kirchen und Kulturstätten nicht nur in Österreich sondern auch in Italien und beteiligte sich maßgeblich an Restaurierungsarbeiten in Dalmatien.

Die Pichelnayergasse erinnert an den Professor der Technischen Hochschule Karl Pichelnayer, der von 1868 bis 1914 lebte. 1905 wurde Pichelnayer an die Technische Hochschule zur Übernahme der neu geschaffenen Lehrkanzel für den Bau und die Konstruktion elektrischer Maschinen und Apparate berufen, nachdem er bereits

1900 auf der Pariser Weltausstellung die goldene Medaille für die von ihm entworfenen Produkte der Firma Siemens & Halske in Wien erhalten hatte. Pichelnayer gehörte auch dem Patentgerichtshof an und war Mitglied der Internationalen Kommission.

Die Stinygasse wurde nach dem Ingenieurgeologen Prof. Josef Stiny, der von 1880 bis 1958 lebte, benannt. Stiny betreute von 1925 bis 1947 die Geologische Wissenschaft an der Wiener Technischen Hochschule und trat durch seine Arbeiten über die Auswahl und Beurteilung der Straßenbaugesteine sowie durch seine Tunnelbaugeologie zeitgemäß besonders hervor.

Schließlich erinnert die Fingergasse an Prof. Josef Finger, der von 1841 bis 1925 lebte und sich an der Technischen Hochschule besonders mit reiner Mechanik und graphischer Statik befasst hat. Finger war noch vor der Jahrhundertwende Rektor der Technik und gilt als Erfinder des Kommunikationspendels.

- - -

Mittwoch, 3. November:

Eröffnung der Stadthallen-Ausstellung "Klang im Bild"
=====

30. Oktober (RK) Im großen Foyer der Wiener Stadthalle wird am Mittwoch, dem 3. November, um 11 Uhr, die Ausstellung "Klang im Bild" von Stadtrat Hans Mandl und Philips-Direktor Kopietz eröffnet. Diese Exposition ist als Einleitung zu der am 14. November beginnenden Konzertreihe "Meisterorchester spielen Meisterwerke" in der Stadthalle gedacht.

Die Ausstellung "Klang im Bild", um deren Zustandekommen der Philips-Konzern bemüht war, ist bereits in kleinerem Umfang in mehreren Städten Europas gezeigt worden. Es handelt sich dabei um den Versuch, Musik mit den Mitteln der bildenden Kunst zu interpretieren. Eine Anzahl junger europäischer Maler wurde eingeladen, sich mit der Musik "malerisch" auseinanderzusetzen. Die Idee dafür war im wesentlichen, die suggestive Kraft zu testen, die eine musikalische Komposition auf die künstlerische Arbeit eines andersartigen, wenn auch ästhetisch verwandten Mediums haben könnte.

Im einzelnen handelt es sich bei den ausgestellten Bildern um Werke der Engländer Trevor Bell und Jeffery Camp, des Belgiers Georges Debatty, der Italiener Gianni Dova, Guisepe Motti und Pino Ponti, der Spanier Ricardo Macarron und Rafael Reyes Torrent, der Österreicherin Lucia Kellner, des Türken Asuman Kilic und anderer. Von anderen Künstlern, wie zum Beispiel von Rupert Rosenkranz, einem Österreicher der in Deutschland lebt, sind in der Stadthalle mehr Werke als bei früheren Ausstellungen von "Klang im Bild" zu sehen. Die Thematik reicht von Darstellungen über die Kunst der Fuge von Johann Sebastian Bach und die Wassermusik von Georg Friedrich Händel bis zu Tonschöpfungen von Claude Debussy, Igor Strawinsky, Arthur Honegger und zu George Gershwins Rhapsodie in Blue. In einigen Vitrinen wird überdies aus der Musikaliensammlung der Wiener Stadtbibliothek und der Österreichischen Nationalbibliothek ergänzendes Material gezeigt.

Die Ausstellung "Klang im Bild" im großen Foyer der Wiener Stadthalle ist während der nächsten Wochen täglich bei freiem Eintritt zugänglich.

- - -

Gesperrt bis Sonntag, 11 Uhr:

Der 15. Österreichische Stenografentag
=====

30. Oktober (RK) Der vom Österreichischen Stenografenverband veranstaltete 15. Österreichische Stenografentag fand am 31. Oktober 1965 in der Volkshochschule Margareten statt. Der 1. Vorsitzende, Professor Wilhelm Zorn, sprach in seinem Tätigkeitsbericht über die Anstrengungen und Leistungen, die Österreich auf den Gebieten der Kurzschrift und der Schreibmaschine machte und über die sich daraus ergebenden ausgezeichneten internationalen Wertungen. Ein Beweis hiefür sei, daß der Österreicher Franz Sager bei der diesjährigen Weltmeisterschaft in Maschinschreiben in Paris vierter wurde, führte der 2. Vorsitzende, Fritz Baumgartner, aus.

Der Amtsführende Stadtrat Hubert Pfoch sowie Ministerialrat DDR. Felix Romanik vom Unterrichtsministerium dankten der österreichischen Mannschaft für ihre außerordentlichen Leistungen und gaben ihrer Freude darüber Ausdruck, daß eine Delegation der Tschechoslowakei unter Führung von Dr. Vlcek und eine zweite Gruppe unter der Leitung von Dr. Kojic aus Jugoslawien nach Wien kamen, um an einem Maschinschreibwettbewerb teilzunehmen. Als prominenter Vertreter der Schweiz war der Präsident der Lehrervereinigung Ary Stauffer anwesend.

Wertvolle Preise wurden vom Unterrichtsministerium und von der Stadt Wien zur Verfügung gestellt.

- - -



43.288

